

11 47

Seigler 117

UB Braunschweig

84



2248-739-7

+ 5-

Lehrstuhl für Rechtswissenschaft
Technische Hochschule Braunschweig

Univ.-Bibliothek Braunschweig

Repertorium
der
Gesetz- und Verordnungs-Sammlung
auch der Gesetze des Norddeutschen Bundes
für die
Herzoglich Braunschweigischen Lande
umfassend den Zeitraum vom 1. Januar 1860 bis 1. Januar 1870
mit
erläuternden und ergänzenden Rescripten, Instructionen, Bekanntmachungen, Berichten &c.
und einem vollständigen Register.

Begonnen

von

Carl Bege,

Herzogl. Braunsch. Landesh. pens. Kreisrichter.

Fortgesetzt

von

Wilhelm Görk,

Amtsrichter zu Braunschweig.

Neunter Theil.

Mit Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums.

Wolfenbüttel.

Druck und Verlag von L. Helle.

1871.

Mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministerii übergebe ich hienmit den neunten Band des Repertoriums der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande dem Drucke. Wenn dieser Band umfangreicher geworden ist, als die frühern, so ist solches die natürliche Folge sowohl des größern Zeitraums welchen derselbe umfaßt, als der vermehrten Thätigkeit der Gesetzgebung, insbesondere auch der Bundesgesetzgebung in den zehn Jahren von 1860 bis 1870. Es ist aber auch die Sammlung der den Geist der Gesetze practisch erläuternden Rescripte u. umfangreicher und werthvoller in Folge davon geworden, daß Herzogliches Staatsministerium die Benützung der Registratur der Herzoglichen Geheimen Kanzlei gestattete, sowie es auch nur in Folge dessen möglich gewesen ist, einige frühere Lücken auszufüllen.

Ich darf deshalb hoffen, daß diese mühevolle Arbeit, welche mich drei Jahre hindurch in den Mußestunden beschäftigte, billigen Anforderungen genügen wird.

Braunschweig im Januar 1872.

B. Görg.

Ablösungen.

Gesetz, die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste betreffend. 23. April 1867 Nro. 19 Seite 89.

11. Mai

- §. 1. Umfang des Gesetzes.
- §. 2. Von der Ablösung ausgenommenen Lasten.
- §. 3. Gegenseitigkeit des Provocationsrechts.
- §. 4. Entschädigungsgemaßstab.
- §. 5. Ausnahmen.
- §§. 6. 7. Ermittlung des Reinertrages.
- §. 8. Besondere Bestimmungen in Betreff der Dienste.
- §. 9. Repartition der Capitalentschädigung für aufgehobene Dienste.
- §. 10. Repartition der Dienstreute.
- §. 11. Ablösung constituirter Renten.
- §. 12. Zahlung der Renten.
- §. 13. Besondere Bestimmungen wegen der auf die Gemeindefasse zu übernehmenden Renten.
- §. 14. Bekanntmachung der Getreidepreise.
- §. 15. Bekanntmachung der Ablösungen.

Bekanntmachung der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Bestimmung der Normalpreise behuf Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste für den Kreis Braunschweig betreffend. 13. 20. Februar 1868 Nro. 24 Seite 55.

Bekanntmachung der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Bestimmung der Normalpreise behuf Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste für den Kreis Gandersheim betreffend. 7. 16. Juli 1868 Nro. 56 Seite 175.

Bekanntmachung der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Bestimmung der Normalpreise behuf Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste für den Kreis Helmstedt betreffend. 21. Januar 1869 Nro. 8 Seite 55.

1. Februar

Bekanntmachung der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Bestimmung der Normalpreise behuf Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste für den Kreis Wolfenbüttel betreffend. 19. Februar 1869 Nro. 14 Seite 87.

3. März

Lehrstuhl für Rechtswissenschaft
Technische Hochschule Braunschweig

Bekanntmachung der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Bestimmung der Normalpreise beauf Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste für den Kreis Blankenburg betreffend. 29. September 1869 No. 76 Seite 3-4.

11. October

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel vom 14. April 1858.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection auf die Berichte vom 20. November v. J. No 8459 und vom 12. Februar d. J. No. 1028, die Pertinenzqualität der beauf Ablösung von Baubolzberechtigungen geschlossener Höfe gezahlten Capitale betreffend, nach Anhörung der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, Folgendes:

Der §. 16. des Gesetzes vom 3. Juli 1851 No. 29 hebt die Pertinenzqualität der fraglichen Ablösungscapitale nicht auf, es ist vielmehr zu der Entlassung dieser Capitale aus dem Pertinenzverbande — aber auch nur hierzu — die specielle Genehmigung erforderlich und einzubolen, welche jedoch, da die Ablösung der Baubolzberechtigungen — weil die durch das Fortbestehen derselben herbeigeführten Nachteile überwiegend sind — überhaupt wünschenswerth erscheint, in der Regel, wenn nicht wegen besonderer Umstände die sofortige freie Disposition über das Capital für schädlich erachtet werden muß, gewährt werden wird.

Wir wollen daher zu der Entlassung der in den Berichten gedachten Baubolz-Berechtigungs-Ablösungscapitale, des vv. in Reinstadt, aus dem Pertinenzverbande die Genehmigung ertheilen u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Gandersheim vom 10. October 1867.

Auf den Bericht vom 22. Juli d. J. No. 5985 wollen Wir zur Ablösung der dem Diekmannschen Rothhofs No. ass. 46 in Badenhausen zustehenden Natural-Brennholzrente gegen Capital-Entschädigung, sowie zur Entlassung des Ablösungs-Capitales aus dem Pertinenzverbande die Genehmigung hiemit ertheilen.

Zugleich wollen Wir Herzogl. Kreisdirection hiermit autorisiren, in allen Fällen, wo Holzberechtigungen gegen Capital-Entschädigung zur Ablösung gebracht werden — sofern nicht besondere Bedenken obwalten — in die Entlassung der Entschädigungs-Capitale aus dem Pertinenzverbande zu consentiren.

Bei der Ablösung von Brennholzrenten gegen Capital wird daher eventuell nur die nach §. 13. des Gesetzes vom 3. Juli 1851 No. 29 erforderliche Genehmigung zu dem Ablösungsgeschäfte zu beantragen sein.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Cammer, Direction
der Domainen vom 27. Mai 1868.

Wir erwidern auf den die beantragte Ablösung der dem Stiftsgute Glus obliegenden Kornprästation an die Schule zu Tanelohheim betreffenden Bericht vom 28. v. Mts., daß bereits bei Erlassung des Gesetzes vom 23. April v. J. No. 19 die Absicht gewesen ist, auch im Falle der gezeichneten Fixation von Naturalprästationen an die Pfarren, Schulen und Pfarrwittwen-
thümer auf einen festen Geldbetrag die Ablösung der ursprünglichen Naturalprästationen nach den Bestimmungen des gedachten Gesetzes dann zuzulassen, wenn die Rechtsbeständigkeit der Fixirung wegen formeller Mängel, z. B. wegen fehlender Zustimmung der Gemeinde — in Zweifel gezogen würde, während bei der Verschiedenheit der Fälle nicht für zweckmäßig hat gehalten werden können, eine ausdrückliche dessfallige Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Auch im vor-
liegenden Falle ist hiernach und mit Rücksicht auf die gegen die Rechtsbeständigkeit der verfügten Fixirung erhobenen Zweifel von Uns genehmigt, daß die ursprüngliche Natural-Kornprästation zur Ablösung gebracht werde und dabei muß es sein Verbleiben behalten, während selbstverständlich die gezeichnete Fixirung außer Wirksamkeit tritt.

Wenn in ferner vorkommenden Fällen die Rechtsbeständigkeit einer früher erfolgten Fixirung in Zweifel gezogen und die Ablösung der ursprünglichen Naturalprästationen beantragt wird, so hat Herzogl. Cammer zur weiteren Verfügung an Uns zu berichten.

Abzugerecht.

Berordnung, die Publication einer mit dem Kaiserlich Russischen Gouvernement ausgetauschten Declaration über die gegenseitige Aufhebung des Ab-
zugerechts betreffend. 30. Juni 1860 No. 17 Seite 63.

13. Juli

Das bei Ausführung und Uebertragung von, Ausländern zugehörigen, Verlassenschaften und anderen Gütern zu Gunsten des Staatsschatzes ausgeübte Abzugerecht, wird zu Gunsten der russischen und braunschweigischen Untertanen gegenseitig vom 26. Novbr. 1859 an aufgehoben.

Auctionswesen.

Berordnung, den Erlass eines Regulativs für das Auctionswesen in der Stadt
Braunschweig betreffend. 24. October 1862 No. 50 Seite 195.

22. November

- §. 1. Berechtigung zur Abhaltung der Auktionen.
- §. 2. Ausnahmen.
- §. 3. Beantragung einer Auction.
- §. 4. Legitimationsprüfung des Verkäufers.
- §. 5. Reihenfolge der Auktionen.
- §. 6. Beschränkende Bestimmungen.

Autorenrecht. Büchernachdruck u.

- §. 7. Verkaufs-Lokal.
- §. 8. Bekanntmachung der Auktionen.
- §. 9. Pflichten des Auctionators für die Sachen.
- §. 10. Verfahren bei den Auktionen.
- §. 11. Bezahlung der Auctionsgelder.
- §. 12. Ausschließung unbekannter oder unsicherer Käufer.
- §. 13. Ablieferung der Auctionsgelder.
- §. 14. Auctionsgebühren.
- §. 15. Controle.

Autorenrecht. Büchernachdruck u.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Aufhebung der im Artikel V. des Vertrags zwischen Preußen und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte vom 13. Mai 1846 bestimmten Einfuhrabgabe von Büchern betreffend. 28. October 1861 No. 58 Seite 279.

5. November

Bekanntmachung, den Beitritt der Großherzoglich Hessischen Regierung zu den zwischen Preußen u. und Großbritannien, wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte gegen Nachdruck u. unterm 13. Mai 1846 u. 14. Juni 1855 abgeschlossenen Verträgen betreffend. 7/19. Decbr. 1861 No. 65 Seite 325.

Verordnung, den diesseitigen Beitritt zu der am 2. August 1862 zwischen Preußen und Frankreich wegen des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst geschlossenen Uebereinkunft betreffend. 18. Mai 1865 No. 23 Seite 325.

15. Juni

Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst.

- Art. 1. Schutz des Autorenrechts.
- Art. 2. Veröffentlichung von Auszügen oder Theilen von Werken.
- Art. 3. Vorschrift bestimmter Förmlichkeiten.
- Art. 4. Darstellung oder Aufführung dramatischer oder musikalischer Werke.
- Art. 5. Uebersetzungen.
- Art. 6. Bedingungen des Schutzes gegen Uebersetzungen.
- Art. 7. Rechte der Verleger.
- Art. 8. Gesetzliche Vertreter oder Rechtsnachfolger der Autoren.
- Art. 9. Erlaubniß zur Veröffentlichung von Artikeln aus Journalen oder periodischen Sammelwerken.
- Art. 10. Verbot des Verkaufs der unbefugt vervielfältigten Gegenstände.
- Art. 11. Beschlagnahme und Strafen.

Bundesgesetzgebung. Bankscheine. Papiergeld. Berg- und Hüttenwesen.**7****Art. 12. Verwaltungsmaassnahmen zur Verhütung von Contraventionen.****Art. 13. Zollfreiheit bei Einföhrung bestimmter Gegenstände der Literatur und Kunst.****Art. 14. Abfertigungsstellen bei der Einföhr solcher Gegenstände.****Art. 15. Befreiung von einer Verbrauchsabgabe auf Papier.****Art. 16. Vorbehalte rüchssichtlich solcher Einföhr.****Art. 17. Beitritt der zum Zollverein gehörenden Staaten.****Art. 18. Eintritt der Wirksamkeit.****Art. 19. Austausch der Ratificationen.**

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Ausführung des Art. 12 der Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen Bunde und Italien wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, vom 12. Mai d. J. betreffend. 30. August 1869 Nro. 70 Seite 367.

8. September

Bundesgesetzgebung.

Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen Bunde und Italien wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst.
Vom 12. Mai 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 293.

Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen Bunde und der Schweiz wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. Vom 13. Mai 1869. Bd.-Ges.-Bl. S. 624.

Bankscheine. Papiergeld.

Bekanntmachung, die Form der von der Braunschweigischen Bank auszugehenden neuen Banknoten betreffend. 9/13. Novbr. 1869 Nro. 85 Seite 443.

Berg- und Hüttenwesen.

Berggesetz für das Herzogthum Braunschweig. 15. April 1867 Nro. 23 Seite 109.
18. Mai

§§. 1 u. 2. Erster Titel. Allgemeine Bestimmungen.**Zweiter Titel. Von der Erwerbung des Bergwerkseigentums.****§§. 3—12. Erster Abschnitt. Vom Schürfen.****§§. 13—22. Zweiter Abschnitt. Vom Ruthen.****§§. 23—40. Dritter Abschnitt. Vom Verleihen.****§§. 41 u. 42. Vierter Abschnitt. Vom Vermessen.****§§. 43—51. Von der Consolidation.**

Dritter Titel. Von dem Bergwerkseigenthume.

§§. 52—66. Erster Abschnitt. Von dem Bergwerkseigenthume im Allgemeinen.

§§. 67—81. Zweiter Abschnitt. Von dem Betriebe und der Verwaltung.

§§. 82—96. Dritter Abschnitt. Von den Bergleuten.

§§. 97—137. Vierter Titel. Von den Rechtsverhältnissen der Mitbetheiligten eines Bergwerks.

Fünfter Titel. Von den Rechtsverhältnissen zwischen den Bergbautreibenden und den Grundbesitzern.

§§. 138—151. Erster Abschnitt. Von der Grundabtretung.

§§. 152—156. Zweiter Abschnitt. Von dem Schadenersatze für Beschädigungen des Grundeigenthums.

§§. 157 u. 158. Dritter Abschnitt. Von den Verhältnissen des Bergbaues zu öffentlichen Verkehrs-Anstalten.

§§. 159—167. Sechster Titel. Von der Aufhebung des Bergwerkseigenthums.

§§. 168—189. Siebenter Titel. Von den Knappschaftsvereinen.

§§. 190—197. Achter Titel. Von der Bergbehörde.

Neunter Titel. Von der Bergpolizei.

§§. 198—204. Erster Abschnitt. Von dem Erlasse bergpolizeilicher Vorschriften.

§§. 205—207. Zweiter Abschnitt. Von dem Verfahren bei Unglücksfällen.

§§. 208—210. Dritter Abschnitt. Von den Uebertretungen bergpolizeilicher Vorschriften.

§§. 211—218. Zehnter Titel. Uebergangsbestimmungen.

§§. 219—222. Elfter Titel. Schlussbestimmungen.

Gesetz, die Veranlagung und Erhebung der Bergwerksabgaben betreffend.

15. April 1867 Kro. 24 Seite 173.

18. Mai

§§. 1 u. 2. Abgabepflichtiger Gegenstand und Höhe der Abgabe.

§. 3. Feststellung der abgabepflichtigen Producten-Quantität.

§. 4. Anzeige von den mit dem Vermessen, Verwiegen oder Abzählen der Producte beauftragten Personen.

§. 5. Verbot der Abfuhr abgabepflichtiger Producte vor Feststellung der Quantität.

§. 6. Bestimmungen über zu führende Abfahrregister.

§§. 7—9. Werthermittelung der abgabepflichtigen Producte.

§§. 10 u. 11. Nachweisungen über die zu entrichtende Bergwerksabgabe.

§. 12. Zahlungstermin der Abgabe.

§. 13. Reclamationen gegen Verfügungen der Bergbehörde.

§. 14. Einziehung rückständiger Bergwerksabgaben.

§. 15. Vorrecht der Bergwerksabgaben im Concurse.

§. 16. Erlasse von Bergwerksabgaben.

§. 17. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

§. 18. Ausnahmebestimmung hinsichtlich der Goslarischen Stadtfors.

Brandversicherung. Brandschäden.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der „Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft“ zum Betriebe von Feuerversicherungs-geschäften in hiesiger Stadt betreffend. 25. Juni 1862 Nro. 33 Seite 159.

5. Juli

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der „Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft“ zum unbeschränkten Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 22. Mai 1863 Nro. 16 Seite 187.

4. Juni

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der „Kölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft Colonia“ zum unbeschränkten Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 23. Mai 1863 Nro. 17 Seite 189.

4. Juni

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt, der Feuerversicherungs-Gesellschaft Thuringia in Erfurt und der Schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft in Breslau zum unbeschränkten Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 10/19. Juli 1865 Nro. 41 Seite 557.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Deutschen Feuerversicherungs-Actiengesellschaft in Berlin zum Geschäftsbetriebe in hiesiger Stadt betreffend. 19/29. Juli 1865 Nro. 47 Seite 569.

Gesetz, Abänderungen der Gesetze vom 24. Juli 1837 Nro. 35 und 21. December 1857 Nro. 53 über die Landesbrandversicherungs-Anstalt betreffend. 24. April 1867 Nro. 22 Seite 103.

13. Mai

- §. 1. Aufhebung des §. 5. des Gesetzes vom 24. Juli 1837 Nro. 35 und Ersetzung durch anderweite Bestimmungen.
- §§. 2 u. 3. Ermächtigung der Direction zu Bestimmungen über die Aufnahme gewisser Grundstücke und Erhöhung der Prämienzahlung.
- §. 4. Versicherung in auswärtigen Anstalten.
- §§. 5 u. 6. Austritt aus der Versicherungsanstalt.
- §. 7. Abänderung der Bestimmungen im Gesetze vom 21. Decbr. 1857 Nro. 53.
- §. 8. Ermächtigung Herzogl. Staatsministeriums zu Bewilligung von Beiträgen behuf Verbesserung des Löschwesens in den Gemeinden.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Oldenburger Versicherungsgesellschaft zum unbeschränkten Betriebe des Feuerversicherungsgeschäfts im hiesigen Lande betreffend.

23. Mai 1867 Nro. 36 Seite 271.

6. Juni

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Versicherungs-gesellschaft „Providentia“ in Frankfurt a. M. und der „Deutschen Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft“ in Berlin zum unbeschränkten Betriebe des Feuer-Versicherungsgeschäfts im hiesigen Lande betreffend.
11/14. Juni 1867 Nro. 40 Seite 285.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der „Westdeutschen Versicherungs-Actienbank“ in Essen zum Betriebe des Feuer-Versicherungsgeschäfts im hiesigen Lande betreffend.
19/27. November 1867 Nro. 102 Seite 691.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Preussischen Feuerversicherungs-Actiengesellschaft in Berlin zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 6/13. Februar 1868 Nro. 20 Seite 43.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Hoya'schen Provinzial-Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zum Geschäftsbetriebe im Amtsbezirke Thedinghausen betreffend.
9/17. Februar 1868 Nro. 21 Seite 45.

Bekanntmachung: die Zulassung der Gladbacher Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zum Betriebe des Feuer-Versicherungsgeschäfts im hiesigen Lande betreffend. 11/20. Februar 1868 Nro. 23 Seite 53.

Gesetz, die vom 1. Januar 1868 an bei der Landesbrand-Versicherungs-Anstalt zu erhebenden Versicherungsbeiträge betreffend.
17/21. März 1868 Nro 29 Seite 71.

- §. 1. Feststellung der Beitragsquote nach Verhältniß der Höhe des Reservefonds und Feststellung der Extraprämie.
- §. 2. Antheil der ausgeschlossenen Versicherten am Reservefonds.
- §. 3. Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung des Feuer-Assicuranz-Vereins in Altona zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 23. Juni 1868 Nro. 44 Seite 115.

1. Juli

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Feuerversicherungs-Actien-Gesellschaft für Deutschland „Adler“ in Berlin zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend.
23. Juni 1868 Nro. 45 Seite 117.

1. Juli

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend.
30. September 1868 Nro. 68 Seite 211.

8. October

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung des Hannoverischen Windmühlen-Brand-Versicherungs-Vereins zu Lehrte zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend.

13. December 1868 Nro. 1 Seite 1.

6. Januar 1869

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der Dresdener Feuerversicherungs-Gesellschaft zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 16/24. März 1869 Nro. 20 Seite 105.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Gandersheim vom 10. Januar 1867.

Wir haben den von Herzogl. Kreisdirection über die Vorstellung des Hauptagenten der Feuerversicherungsgesellschaft Colonia, Bruno v. Seckendorf, hieselbst, wegen Verfassung der polizeilichen Genehmigung zu einem Versicherungsvertrage mit dem Restaurateur Brahmman in Gandersheim unterm 24. v. M. Nro. 10,342 erstatteten Bericht empfangen und daraus ersehen, dass der von dem Recurrenten zur Sprache gebrachte concrete Fall durch die Zurückziehung des Brahmman'schen Versicherungsantrages inzwischen bereits erledigt worden ist.

Was aber die von dem Recurrenten theils in Veranlassung des Brahmman'schen Falles und theils mit Rücksicht auf frühere Versicherungsfälle erhobenen Ausstellungen gegen die von der Herzogl. Kreisdirection in Feuerversicherungssachen beobachteten Principien anlangt, so bemerken Wir hierüber, mit Bezug auf die berichtlichen Erörterungen Folgendes:

1. Es kann für gesetzlich unzulässig (conf. Gesetz vom 15. Mai 1835 Nro. 40) nicht erachtet werden, dass, in Abweichung von dem regelmäßigen Verfahren, das Mobiliar eines und desselben Besitzers in gesonderten Partien bei verschiedenen Feuerversicherungsgesellschaften versichert wird, falls nur eine Ueberschreitung des wahren Werthes der Versicherungsobjecte dabei nicht stattfindet. Wenn aber Jemand, der seine Mobilien noch bis zu einem bestimmten Zeitpunkte bei einer Gesellschaft versichert hat, dasselbe sammt den inzwischen neu erworbenen Mobilien vor dem Eintritte jenes Zeitpunktes bei einer anderen Gesellschaft versichern will und nun diese andere Gesellschaft, mit nachgewiesener Einwilligung der ersteren, das gesammte Mobiliar dergestalt in Versicherung nimmt, dass bis zu dem Ablaufe der früheren Versicherung die erstgedachte Gesellschaft mit dem Werthbetrage der bei ihr versicherten Gegenstände an der Gesamtversicherung participirt, so ist hierin nur scheinbar eine doppelte Versicherung der nämlichen Gegenstände und vielmehr in Wirklichkeit eine Versicherung des Mobilars in gesonderten Partien bis zum Ablaufe der früheren Versicherung enthalten. Voraussetzung für die polizeiliche Zulässigkeit einer solchen Versicherungsform bleibt jedoch immer, dass der Consens der ersteren Versicherungsgesellschaft unzweifelhaft nachgewiesen worden.

2. Wenn gleich die Bestimmung darüber: wie in jedem einzelnen Falle die gesetzlich vorgeschriebene „sorgfältige Prüfung“ der Verzeichnisse und Werthberechnungen der Mobilien, behuf polizeilicher Genehmigung der Versicherung, am zweckmäßigsten zu bewerkstelligen und ob dazu namentlich die specielle Nachweisung resp. Revision der zu versichernden Gegenstände resp. ihres Werthes erforderlich ist, von dem Ermessen der Polizeibehörden abhängt, so darf doch bei diesen Prüfungsverfahren die im §. 13. Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Mai 1835, Nro. 40, festgestellte Frist von längstens 8 Tagen nicht überschritten werden zc.

Bund, Norddeutscher. Bundesverfassung.

Verordnung, die Bekanntmachung eines von der Deutschen Bundesversammlung gefassten Beschlusses wegen Abänderung der Art. 8—10 der Bundes-
Cartelconvention vom 10. Februar 1831 betreffend.

30. October 1863 Nro. 36 Seite 553.

7. November

Abänderung einiger Bestimmungen über Auslieferung von Deserteuren.

Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

13|26. November 1866 Nro. 62 Seite 213.

§§. 1—3. Bestimmungen über Wahlberechtigung.

§§. 4 u. 5. Bestimmungen über Wählbarkeit.

§§. 6 u. 7. Wahlbezirke.

§. 8. Bedingung der Ausübung des Wahlrechts.

§. 9. Listen der Wahlberechtigten.

§§. 10 u. 11. Wahlhandlung.

§. 12. Ausschluss von Stellvertretern.

§. 13. Wahltag.

§. 14. Bestimmung der Wahlkreise, Wahlbezirke, Wahldirectoren und des Wahlverfahrens.

§. 15. Vollmachten der Gewählten.

§. 16. Unverantwortlichkeit der Reichstagsmitglieder.

§. 17. Tagegelder und Reisekosten der Abgeordneten.

Verordnung, die Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom heutigen Tage betreffend.

13|26. November 1866 Nro. 63 Seite 221.

§. 1. Zahl der Abgeordneten und Wahlkreise.

§. 2. Bezirksweise Vornahme der Wahlen.

§. 3. Aufstellung der Wahllisten.

§. 4. Stimmzettel.

§. 5. Leitung der Wahlen.

§. 6. Verfahren im Wahltermine.

§. 7. Feststellung des Ergebnisses der Wahl.

Verordnung, die Abänderung und Ergänzung des der Verordnung vom 30. Novbr. 1849 Nro. 47 als Anlage 1 beigelegten Verzeichnisses der Wahlbezirke in den Landgemeinden behuf der Wahlen für den Reichstag des Norddeutschen Bundes betreffend. 28. November 1866 Nro. 66 Seite 231.

4. December

Verordnung, die fernere Abänderung des der Verordnung vom 30. Novbr. 1849 Nro. 47 als Anlage 1 beigelegten Verzeichnisses der Wahlbezirke in den Landgemeinden behuf der Wahlen für den Reichstag des Norddeutschen Bundes betreffend. 24/31. Decbr. 1866 Nro. 68 Seite 235.

Wahlausschreiben. 17/22. Januar 1867 Nro. 4 Seite 7.

Wahlen für den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Verordnung, die Einberufung des Reichstags des Norddeutschen Bundes betreffend. 15/18. Februar 1867 Nro. 9 Seite 21.

In Folge Ermächtigung durch die Conferenzbevollmächtigten beruft die Krone Preußen den Reichstag zur Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Publications-Patent über die Verfassung des Norddeutschen Bundes 25. Juni 1867 Nro. 43 Seite 293.

Verfassung des Norddeutschen Bundes:

Art. 1. I. Bundesgebiet.

Art. 2—5. II. Bundesgesetzgebung.

Art. 6—10. III. Bundesrath.

Art. 11—19 IV. Bundespräsidium.

Art. 20—32. V. Reichstag.

Art. 33—40. VI. Zoll- und Handelswesen.

Art. 41—47. VII. Eisenbahnwesen.

Art. 48—52. VIII. Post- und Telegraphenwesen.

Art. 53—55. IX. Marine und Schifffahrt.

Art. 56. X. Consulatwesen.

Art. 57—68. XI. Bundeskriegswesen.

Art. 69—73. XII. Bundesfinanzen.

Art. 74—77. XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen.

Art. 78. XIV. Allgemeine Bestimmung.

Art. 79. XV. Verhältniß zu den süddeutschen Staaten.

Gesetz, Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 13. Novbr. 1866 betreffend. 3/8. August 1867 Nro. 55 Seite 437.

§. 1. Aufhebung des §. 1. des Gesetzes vom 13. November 1866 und Ersetzung durch anderweite Bestimmung.

§. 2. Beschränkung der Bestimmung im Absatz 1 des §. 26. der Landschafts-Ordnung vom 12. October 1832.

§. 3. Der §. 17. des Wahlgesetzes vom 13. November 1866 wird aufgehoben.

Verordnung, Abänderung der Verordnung vom 13. Novbr. 1866 Nro. 63, zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes betreffend. 3|8. August 1867 Nro. 56 Seite 439.

Die Bestimmungen des Absatzes 4 im §. 2. der Verordnung vom 13. Novbr. v. J. Nro 63 werden aufgehoben und durch anderweite Bestimmungen ersetzt.

Wahlausschreiben für die erste Legislaturperiode des Reichstages des Norddeutschen Bundes. 19|22. August 1867 Nro. 69 Seite 509.

Gesetz, die Verpflichtung der Stadtgemeinden und der Landgemeinden des Herzogthums zu Haltung des Bundesgesetzblattes des Norddeutschen Bundes betreffend. 4|13. Februar 1868 Nro. 19 Seite 41.

Verordnung, die anderweite Wahl eines Abgeordneten für die erste Legislaturperiode des Reichstages des Norddeutschen Bundes Seitens des dritten Wahlkreises betreffend. 30. Novbr. 1868 Nro. 88 Seite 321.

9. Decbr.

Bundesgesetzgebung.

Allerhöchster Erlass vom 14. Juli 1867, betreffend die Ernennung des Präsidenten des Staatsministeriums und Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Bismarck-Schönhausen, zum Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 23.

Verordnung, die Einführung des Bundesgesetzblattes für den Norddeutschen Bund vom 26. Juli 1867. Bd.-Gef.-Bl. Seite 24.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes vom 3. August 1867. Bd.-Gef.-Bl. Seite 25.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 26.

Allerhöchster Präsidial-Erlass vom 12. August 1867, betreffend die Errichtung des Bundeskanzler-Amtes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 29.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstages des Norddeutschen Bundes vom 31. August 1867. Bd.-Gef.-Bl. Seite 31.

Verordnung, betreffend den Diensteid der unmittelbaren Bundesbeamten. Vom 3. December 1867.

Bekanntmachung, betreffend die Wahrnehmung der Central-Kassengeschäfte des Norddeutschen Bundes. Vom 21. Januar 1868 Nro. 32. Bd.-Gef.-Bl. S. 1.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 15. Februar 1868. Bd.-Gef.-Bl. Nro. 2 Seite 5.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 28. Februar 1868. Bd.-Gef.-Bl. S. 11.

- Verordnung**, betreffend die Einberufung des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes. Vom 4. März 1868. Bd.-Gef.-Bl. Seite 19.
- Verordnung**, betreffend die Einberufung des Reichstages des Norddeutschen Bundes. Vom 4. März 1868. Bd.-Gef.-Bl. Seite 19.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 10. Novbr. 1868. Bd.-Gef.-Bl. S. 517.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 23. Novbr. 1868. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 521.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 3. Decbr. 1868. Bd.-Gef.-Bl. S. 567.
- Verordnung**, betreffend die Einberufung des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes. Vom 29. Januar 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 41.
- Bekanntmachung** die Ernennung zweier Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 15. Februar 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 43.
- Verordnung**, betreffend die Einberufung des Reichstages des Norddeutschen Bundes. Vom 22. Februar 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 45.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes. Vom 8. Mai 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 130.
- Wahlgesetz** für den Reichstag des Norddeutschen Bundes. Vom 31. Mai 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 145.
- Gesetz**, betreffend die Cautionen der Bundesbeamten. Vom 2. Juni 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 161.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins. Vom 5. August 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 632.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins. Vom 18. November 1869. Bd.-Gef.-Bl. Seite 683.

Rescripte u.

Schreiben des Kanzlers des Norddeutschen Bundes an Herzogl. Staatsministerium vom 8. September 1868.

Zu den in dem Antrage der Großherzoglich Sächsischen Regierung (Nro. 72 der diesjährigen Drucksachen des Bundesrathes) bezeichneten, von der Auslegung des Artikels 3 der Bundesverfassung abhängigen Rechtsfragen gehört unter anderen auch die, ob die strafgerichtliche Verhängung der Landesverweisung gegen Bundesangehörige noch als zulässig zu betrachten sei. Die Mittheilungen, welche dem Unterzeichneten zufolge des über jenen Antrag vom Bundesrathe gefassten Beschlusses von den hohen Landesregierungen bis jetzt zugegangen sind, ergeben, daß

16 Bundesflagge. Bundesflotte. Bundesgesandtschaften. Bundeskonsulate.

diese Frage von den Gerichtsbehörden verschieden beantwortet worden ist. Mit Rücksicht hierauf wird es dem Herzogl. Braunsch.-Lüneburgischen hochlöblichen Staatsministerium von Interesse sein, von dem abschriftlich ganz ergebenst beigelegten Urtheil des Königl. Preuß. Obertribunals vom 18. Juni d. J. Kenntniss zu nehmen, laut dessen gegen Angehörige eines anderen zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staats nicht mehr auf Landesverweisung, sondern statt dessen auf Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen ist.

Bundesflagge. Bundesflotte.

Gesetz, betreffend die Nationalität der Kauffahrteischiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge. Vom 25. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 35.

Verordnung, betreffend die Bundesflagge für Kauffahrteischiffe. Vom 25. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 39.

Bekanntmachung, betreffend die Prüfung der Seeschiffer und Seesteuerleute auf deutschen Kauffahrteischiffen. Vom 25. Septbr. 1869. Bd.-Ges.-Bl. S. 660.

Anlage I. Schifferprüfung für kleine Fahrt. Seite 664.

Anlage II. Steuermannsprüfung. Seite 665—668.

Anlage III. Schifferprüfung für große Fahrt. Seite 668—670.

Bundesgesandtschaften. Bundeskonsulate.

Gesetz, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate, sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln. Vom 8. Novbr. 1867. Bd.-Ges.-Bl. S. 137.

§§. 1—11. Organisation der Bundeskonsulate.

§§. 12—38. Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln.

Gesetz, über die Gerichtsbarkeit der Consuln. Vom 29. Juni 1865. Bd.-Ges.-Bl. S. 144.

§§. 1—19. I. Allgemeine Bestimmungen.

§§. 20—34. II. Bestimmungen betreffend das Verfahren bei Ausübung der Civilgerichtsbarkeit.

§§. 35—57. III. Bestimmungen, betreffend das Verfahren bei Ausübung der Strafgerichtsbarkeit.

§§. 58—60. IV. Schlussbestimmungen.

Beglaubigung des Preussischen Gesandten am Kaiserlich Russischen Hofe als Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 1 de 1868.

Beglaubigung des Preussischen Gesandten am Kaiserlich Französischen Hofe als Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 2 de 1868.

Beglaubigung des Preussischen Gesandten am Kaiserlich Oesterreichischen Hofe als Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 2 de 1868.

Beglaubigung des Preussischen Gesandten bei dem Könige von Italien als Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 2 de 1868.

Beglaubigung des Preussischen Gesandten bei dem Könige der Belgier als Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 2 de 1868.

Beglaubigung des Italienischen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am Königlich Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 3 de 1868.

Beglaubigung des Kaiserlich Oesterreichischen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am Königlich Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 3 de 1868.

Beglaubigung des Kaiserlich Französischen Gesandten und bevollmächtigten Botschafters beim Königlich Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 3 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Belgischen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. S. 3 de 1868.

Ernennung des Königl. Preussischen Konsuls zu Moskau zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 4 de 1868.

Ernennung eines Kaufmanns zu Harburg Namens des Norddeutschen Bundes zum Großbritannischen Vizekonsul. Bd.-Ges.-Bl. Seite 4 de 1868.

Ernennung des Dr. Elmdorf zu Wiedenbrück zum Konsul des Norddeutschen Bundes bei der Republik Costa-Rica. Bd.-Ges.-Bl. Seite 4 de 1868.

Ernennung eines Kaufmanns in Altona als Generalkonsul des Norddeutschen Bundes bei der Dominikanischen Republik. Bd.-Ges.-Bl. Seite 4 de 1868.

Ernennung eines Kaufmanns in Stolpemünde zum Vizekonsul des Norddeutschen Bundes für Schweden und Norwegen. Bd.-Ges.-Bl. Seite 4 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 6 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Könige der Niederlande als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 6 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei der Königin von Spanien als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 6 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei dem Könige von Schweden und Norwegen als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 6 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei der Ottomanischen Pforte als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 7 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei dem Bundesrathe der Schweizerischen Eid-Genossenschaft als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 7 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Papste als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 7 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters bei der Königin von Großbritannien und Irland als außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 7 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei dem Könige von Dänemark als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 8 de 1868.

Beglaubigung des Kaiserlich Russischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 8 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Niederländischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 8 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Schwedischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 8 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preuß. Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei dem Könige von Portugal als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. S. 10 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Könige von Griechenland als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 17 de 1868.

Beglaubigung des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Vereinigten Staaten von Amerika beim Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. S. 17 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Großbritannischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters beim Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 20 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Dänischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 20 de 1868.

Ernennung eines Kaufmanns zu Neustadt in Holstein Namens des Norddeutschen Bundes zum Schwedisch-Norwegischen Vicekonsul. Bd.-Ges.-Bl. S. 20 de 1868.

Bekanntmachung, betreffend den provisorischen Gebührentarif für die Konsuln des Norddeutschen Bundes. Vom 18. März 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 21.

Ernennung des Königlich Preussischen Generalkonsuls für Aegypten in gleicher Eigenschaft Namens des Norddeutschen Bundes.

Desgleichen des Königl. Preussischen Konsuls in Bosnien in gleicher Eigenschaft Namens des Norddeutschen Bundes.

Desgleichen des Königl. Preussischen Konsuls in Beirut in gleicher Eigenschaft Namens des Norddeutschen Bundes.

Desgleichen des Königl. Preussischen Konsuls in Smyrna in gleicher Eigenschaft Namens des Norddeutschen Bundes; ferner

des Dänischen Kommerzienraths Gerdes in Aarhus;

des Preussischen Konsul in Syannka;

" " " in Rönne;

" " " in Fandö;

" " " in Friedrichshafen;

" " " in Helsingör;

des Hamburgischen Konsul in Håring;

des Preussischen Konsul in Horsens;

" " " in Kopenhagen;

" " " in Randers;

" " " in Ringkjöbing;

" " " in Thisted;

zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 24 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Spanischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 40 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Portugiesischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 40 de 1868.

- Ernennung** des bisherigen Königl. Preussischen Consul zu Amsterdam zum Generalkonsul, sowie der bisherigen Preussischen Consuln zu Rotterdam und Bissingen, ferner der Kaufleute A. Bauer zu Batavia und L. von Abermon zu Macassar zu Consuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. S. 40.
- Ernennung** der Königl. Preussischen Consuln Günther zu Antwerpen, Neuhaus in Brüssel, Prajon de Pauw in Gent und Bach in Ostende zu Consuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 40 de 1868.
- Beglaubigung** des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Ottomanischen Pforte beim Königl. Preuß. Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. Seite 115.
- Beglaubigung** des Königl. Preussischen Ministerresidenten am Kaiserlich Brasilianischen Hofe zugleich als Ministerresident des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 115 de 1868.
- Ernennung** der Preussischen Consuln in Rouen, Nizza, Marseille, Montpellier, Nantes, Brest, Mühlhausen, Dünkirchen, Bordeaux, Toulon, Havre, Bagnone, Gette, Rochelle, Algier zu Consuln des Norddeutschen Bundes und die Preussischen Viceconsuln zu Calais, Havre, St. Molo, Caen, Cherbourg, Dieppe, Lorient, St. Martin und Rochefort, zu Viceconsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 223 und 224.
- Ernennung** des Preussischen Generalkonsul zu Triest zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 224.
- Ernennung** des Preussischen Consul zu Paramaribo zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 236.
- Ernennung** der Preussischen Consuln zu Calamata, zu Patras, Piräus, Syra, Corfu und Zante zu Consuln des Norddeutschen Bundes und des Preuß. Viceconsul zu Cephallonia zum Viceconsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 317.
- Beglaubigung** des Kaiserlich Französischen Viceconsul zu Kiel in gleicher Eigenschaft Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 S. 317.
- Ernennung** des Königl. Preussischen Consul zu Stockholm zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes und der Preussischen Consuln zu Hernösand, Söderhamm, Geflo, Nyköping, Norrköping, Wisby, Calmar, Carlshamm und in Landskrona, sowie der Lübeckischen Consuln zu Ystad und Malmö und des Hamburgischen Consul zu Gothenburg zu Consuln des Norddeutschen Bundes, und des Preussischen Viceconsuls zu Sundswall zum Viceconsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 333.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Caracao zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 333.
- Beglaubigung** des Königl. Preussischen Geschäftsträgers bei der Republik Chili als Geschäftsträger des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. S. 334 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Niederländischen Vicekonsuls in Königsberg in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 S. 334.

Ernennung des Preussischen Generalkonsul für Kur- und Liefland in Riga und in Odessa zu Generalkonsuln des Norddeutschen Bundes; der Preussischen Konsuln zu Archangel und in Uleåborg und der Lübeckischen Konsuln in Ny Karloby, in Wasa, in Christinestadt, in Björneborg, in Åbo, in Helsingfors und in Vrego, der Preussischen Konsuln in Wiburg, in Glanäs, in Naova, in Reval, in Pornau, in Windau, in Libau, in Brodjansk, in Tiflis, und des Hamburgischen Konsuls in Rostoff zu Konsuln des Norddeutschen Bundes; der Preussischen Vicekonsuln in Moskau, in Kronstadt, in Odessa, in Taganrog und der Mecklenburgischen Vicekonsuln in Karttsch und Marionpol zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 342 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Kaiser von China in gleicher Eigenschaft Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 372.

Ernennung des Hamburgischen Generalkonsuls in Christiania zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes; des Lübeckischen Consul zu Tromsøe, des Sächsischen Consul zu Bergen und der Preussischen Konsuln zu Drontheim, zu Stavanger, zu Christiansand und zu Arendal zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 372.

Ernennung des Hanseatischen Generalkonsul zu Genua, des Preussischen Generalkonsul zu Livorno und des Preussischen Consul zu Neapel zu Generalkonsuln des Norddeutschen Bundes; der Preussischen Konsuln zu Anirna, Cagliari, Florenz, Messina, Palermo und Venedig zu Konsuln des Norddeutschen Bundes; und der Preussischen Vicekonsuln zu Bari und Brindisi sowie des Hamburgischen Vicekonsul zu Tarent zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 372 und 373 de 1868.

Beglaubigung des Königl. Griechischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei dem Königl. Preussischen Hofe in gleicher Eigenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 436.

Ernennung eines Consul des Norddeutschen Bundes zu Funchal auf Madeira. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 436.

Ernennung des Preussischen Consul in Hammerfest zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 470.

Beglaubigung des Königl. Belgischen Consul zu Frankfurt a. M. als Belgischer Generalkonsul, Namens des Norddeutschen Bundes.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 470 de 1868.

Ernennung eines Consul des Norddeutschen Bundes in Trapezunt.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 470 de 1868.

- Ernennung** des Preußischen Konsul zu St. Valery zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 470 de 1868.
- Beglaubigung** des Kaiserlich Französischen Konsul zu Stettin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 470 de 1868.
- Ernennung** des Preußischen Konsul zu Karlskrona zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 470 de 1868.
- Ernennung** der Hamburgischen Konsuln zu King Georges Sound, und Newcastle und Auckland und der Preußischen Konsuln zu Sydney und Brisbane zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 471.
- Ernennung** des Preußischen Konsul zu Guayaquil zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 471.
- Ernennung** des Preußischen Konsul zu Manila zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 471.
- Ernennung** des Preußischen Generalkonsul in Havanna zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes, der Bremischen Konsuln zu San Jago und zu Trinidad und des Hamburgischen Konsul zu Matargas zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 471.
- Ernennung** der Preußischen Konsuln in Santander, in Corunna, in Sevilla, in Carthagera, in Toronringa, in Tarragona, in Barcelona, in Palma auf Mallorca, des Hamburgischen Konsul in Alicante, der Bremischen Konsuln in Valencia und Port Dratava auf Teneriffa, endlich eines Kaufmanns zu Malaga, zu Konsuln des Norddeutschen Bundes und der Preußischen Vicekonsuln in Huelva und in San Lucar de Barrameda und des Hamburgischen Vicekonsul in Algeciras zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 471 und 472.
- Beglaubigung** des Generalkonsul der Republik Liboria in Hamburg Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 472 de 1868.
- Ernennung** der Preußischen Konsuln in Kurrachee, in Bombay, in Ponang, in Bassein, in Rangoon, in Singapore, in Priat de Galla, in St. Helena, in St. Johns (Neu-Braunschweig), in Belige (Honduras), in Kingston (Jamaika); des Bremischen Konsul in Calcutta, des Lübeckischen Konsul in Capstadt und der Hamburgischen Konsuln in Port of Spain (Trinidad), in Wellington (Neu-Seeland) und Dunedi (Neu-Seeland) zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 479 de 1868.
- Ernennung** von Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes in Kairo, in Chartum, in Port Said und in Suez. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 480.
- Beglaubigung** des Königl. Schwedischen Konsul zu Kiel Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 480 de 1868.
- Ernennung** des Preußischen Konsul zu Gibraltar zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 480.

- Beglaubigung** des Königl. Belgischen Konsul zu Rendsburg Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 480 de 1868.
- Ernennung** des Preussischen Vizekonsul in Westermind zum Vizekonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 512.
- Ernennung** eines Konsul des Norddeutschen Bundes zu Sourabaya. Bd.-Ges.-Bl. Seite 512 de 1868.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu San José zum Konsul des Norddeutschen Bundes für die Republik Costa-Rica. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 512.
- Ernennung** des Oldenburgischen Konsul zu Barranquilla und des Hamburgischen Konsul zu Santa Martha zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 512.
- Beglaubigung** eines Kaiserlich Französischen Botschafts-Secretairs als Kaiserlich Französischer Generalkonsul in Frankfurt a. M. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 512.
- Ernennung** des Hamburgischen Konsul zu Monrovia zum Konsul des Norddeutschen Bundes für die Republik Liberia. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 514.
- Ernennung** des Preussischen Vizekonsul zu Stockholm zum Vizekonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 514.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Saigon zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 514.
- Ernennung** des Preussischen Konsul in Lissabon zum Generalkonsul, des Preussischen Konsul in St. Miguel und in Fayal sowie eines Kaufmanns in Porto zu Konsuln und eines Kaufmanns in Lissabon, des Preussischen Vizekonsul in Lagos und des Mecklenburgischen Vizekonsuls in Setubal zu Vizekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 S. 514.
- Ernennung** des Vizekonsul zu Arensburg auf Desel zum Vizekonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 514.
- Ernennung** eines Generalkonsul des Norddeutschen Bundes in Newyork und der Preussischen Konsuln in Baltimore, in Chicago, in Galveston, in St. Louis (Missouri), in Milwaukee, in New-Orleans, in Philadelphia, in Richmond und St. Paul, des Hamburgischen Konsul in Charleston und des Sächsischen Konsul in Louisville, in Kentucky zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 515.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Lima zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes für die Republik Peru. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 515.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Georgetown (Guyana) und eines Kaufmanns zu Akhat zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 515.
- Beglaubigung** eines Konsul der Argentinischen Republik für Berlin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.

- Ernennung** des Hamburgischen Konsul zu Honolulu (Sandwichs-Inseln) zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu La Paz (Bolivien) zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Guatamala zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Panama zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Quebeck und des Preussischen Konsuls zu Montreal zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 S. 516.
- Beglaubigung** des Königl. Italienischen Generalkonsul zu Frankfurt a. M. Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Bridgetown zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 516.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Pernambuco und eines Kaufmanns zu Rio de Janeiro zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 519.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Bangkok zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 519.
- Ernennung** des Preussischen Vicekonsul zu Buenos-Ayres zum Konsul des Norddeutschen Bundes und des Preussischen Vicekonsul zu Gualaguaychú und eines Kaufmanns zu Rosario de Santa Fé zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 520.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Montevideo zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 520.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Damiette (Aegypten) zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 520.
- Beglaubigung** des Königl. Niederländischen Konsul in Stettin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 520.
- Beglaubigung** des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Schweizerischen Eidgenossenschaft beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 520.
- Beglaubigung** des Konsul der Argentinischen Republik in Harburg Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 522.
- Ernennung** der Preussischen Konsuln zu Rom und zu Civita vecchia zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 522.
- Ernennung** der Preussischen Vicekonsuln zu Montevideo und zu Mercados zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 S. 522.
- Beglaubigung** des Königl. Portugiesischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 S. 568.

- Ernennung** des Preussischen Konsul in Ragusa und des Preussischen Vicekonsul in Fiume zu Konsuln und des Preussischen Vicekonsul in Zengg zum Vicekonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 568 u. 569.
- Beglaubigung** des Dänischen Vicekonsul in Bremen für Bremerhafen, Geestemünde und Brake Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 569.
- Beglaubigung** des Generalkonsuls der Republik Honduras in Hamburg Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 569.
- Beglaubigung** des Preussischen Konsuls zu Elberfeld Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 569.
- Ernennung** des Preussischen Konsul in Yokohama zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes für Japan. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 569.
- Ernennung** des Preussischen Vicekonsul in Terpeira (Azoren) und des Preussischen Konsul in Mayo (Cap Verdische Inseln) zu Konsuln und die Hanseatischen Vicekonsuln zu Ilha do Sal (Cap Verdische Inseln), in Elvas und in Villa nova de Portimao zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 570.
- Ernennung** des Preussischen Vicekonsul zu San Juan (Portoriko) und des Verweser des Preussischen Konsulats in Melbourne zu Konsuln des Norddeutschen Bundes und Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes zu Ferral und Benicarlo. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 577.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Gijon und des Preussischen Konsul zu Santa Cruz (Teneriffa) und des Oldenburgischen Konsul zu Santa Cruz, zu Konsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 30.
- Ernennung** des Preussischen Konsul in St. Thomas (Antillen) zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 30.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Lagos (Guinea) zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 30.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Cadix zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 30.
- Ernennung** des Preussischen Konsul zu Bilbao zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 31.
- Beglaubigung** des Königl. Niederländischen Konsul in Berlin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 31.
- Beglaubigung** des Kaiserlich Brasilianischen Konsul in Stettin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 31.
- Beglaubigung** des Königl. Dänischen Vicekonsul zu Stolp Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 31.
- Beglaubigung** des Kaiserlich Französischen Konsul in Stettin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 31.

Beglaubigung des Königl. Belgischen Consul und Königl. Belgischen Viceconsul zu Köln Namens des Norddeutschen Bundes.

Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 31.

Ernennung des Hamburgischen Generalkonsul zu Valparaiso zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes und der Preussischen Consuln zu Santiago, zu Concepcion und zu Cojiapo, und des Hamburgischen Consul zu Valdivia zu Consuln des Norddeutschen Bundes und des Preussischen Viceconsul zu Coronel zum Viceconsul des Norddeutschen Bundes.

Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 40.

Ernennung des Preussischen Generalkonsul zu Bukarest zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 42.

Ernennung der Preuß. Konsular-Agenten in Oran, in Bona und in Philippeville zu Viceconsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 S. 42.

Ernennung des Preussischen Consul in Belgrad zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 44.

Ernennung des Preussischen Viceconsul zu La Valette (Malta) zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 44.

Ernennung des Preussischen Viceconsul zu Catania zum Viceconsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 44.

Ernennung eines Consul des Norddeutschen Bundes in Pesth.

Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 44.

Beglaubigung des Königl. Dänischen Viceconsul zu Bremerhafen Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 44.

Beglaubigung des Viceconsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Barmen Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 44.

Ernennung des Preussischen Consul zu San Miguel de St. Salvador zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 46.

Ernennung des Preussischen Consul zu Iquique zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 46.

Beglaubigung des Spanischen Consul in Hamburg Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 46.

Ernennung eines Kaufmanns zu La Rochelle zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 50.

Ernennung des Preussischen Viceconsul zu Galacz zum Consul des Norddeutschen Bundes und des bisherigen Viceconsul zu Alexandrien zum Consul des Norddeutschen Bundes in Jassy. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 50.

Ernennung des Preussischen Consul zu Gonaïves (Hayti) zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 50.

Ernennung des Preussischen Consul zu Boston zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 50.

- Ernennung** des Preußischen Vicekonsul in Affirmann zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 50.
- Ernennung** eines Konsul des Norddeutschen Bundes in Konstantinopel. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 54.
- Ernennung** des Preußischen Konsul zu Alemeria zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 54.
- Ernennung** des Lübeckischen Vicekonsul zu Halder, des Preußischen Konsular-Agenten zu Texel und eines Kaufmanns zu Harlingen zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 54.
- Ernennung** des Hamburgischen Konsul zu Port au Prince zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 54.
- Beglaubigung** eines Kaiserlich Französischen Konsul in Stettin Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 54.
- Beglaubigung** eines Kaiserlich Französischen Konsul in Danzig Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 54.
- Ernennung** des Preußischen Konsul zu Samarang (Java) zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 69.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Tiflis zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 72.
- Ernennung** eines Generalkonsul des Norddeutschen Bundes für die Republik Venezuela. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 108.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Zanzibar zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 108.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Cincinnati zum Konsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 108.
- Ernennung** des Geschäftsträgers des Norddeutschen Bundes bei der Republik Chili zum Generalkonsul des Norddeutschen Bundes daselbst. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 108.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Ponce (Portoriko) zum Vicekonsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 108.
- Ernennung** des Preuß. Konsul in Parade Balem, in Ceara, in Bahia, in Santos, in Desterro, in Blumenau, in Porto Alegre und die Preuß. Vicekonsuln in Donna Franziska und in Petropolis und den Preuß. Konsul in Rio Grande de Sul, des Lübeckischen Konsul in San Luiz und eines Kaufmanns in Maroim zu Konsuln des Norddeutschen Bundes und eines Kaufmanns zu Natal (Rio Grande de Norte) und eines Kaufmanns in So Paulo zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 112.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Cardenas, eines Kaufmanns zu Manzanillo und eines Kaufmanns zu Cienfuegos zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 112.

- Konsular-Vertrag** zwischen dem Norddeutschen Bunde und Italien. Vom 21. Decbr. 1868. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 113.
- Ernennung** des Lübeckischen Consul zu Port Elizabeth (Cap der guten Hoffnung) zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 128.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Wafa zum Consul des Norddeutschen Bundes daselbst. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 135.
- Ernennung** des Preussischen Consul zu Arica (Peru) zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 135.
- Ernennung** des Preussischen Consul zu Ricata zum Viceconsul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 135.
- Beglaubigung** eines Ministerresidenten des Norddeutschen Bundes bei den Regierungen des Argentinischen Bundes zu Uruguay. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 139.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Savannah zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 139.
- Beglaubigung** des Kaiserlich und Königlich Oesterreichisch-Ungarischen Generalkonsul zu Danzig Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 139.
- Beglaubigung** des Königlich Niederländischen Consul zu Bremen. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 139.
- Ernennung** eines Generalkonsul des Norddeutschen Bundes in London für Großbritannien und Irland. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu d'Urban (Kolonie Natal in Afrika) zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Ernennung** eines Kaufmanns zu Port Louis (Insel Mauritius) zum Consul des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Ernennung** des Preussischen Consul in Nagasaki, des Preuß. Viceconsul in Hakodade, eines Kaufmanns zu Niegata und eines Kaufmanns zu Yokohama zu Consuln des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Beglaubigung** des Consul der Vereinigten Staaten von Amerika, in Sonneberg (Herzogthum Sachsen-Meiningen) Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Beglaubigung** des Consul der Vereinigten Staaten von Amerika in Barmen Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Beglaubigung** des Kaiserlich Russischen Viceconsul zu Emden Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 144.
- Beglaubigung** des Spanischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Norddeutschen Bunde. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 168.

Ernennung eines Generalkonsul des Norddeutschen Bundes für die Vereinigten Staaten von Mexico und Beglaubigung desselben als Geschäftsträger des Norddeutschen Bundes bei der Mexicanischen Regierung.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 240.

Beglaubigung eines Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika für Hamburg Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 240.

Ernennung eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes am Königl. Italienischen Hofe.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 288.

Ernennung eines Kaufmanns zu Madras zum Konsul des Norddeutschen Bundes.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 288.

Beglaubigung eines Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika für Braunschweig Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 288.

Beglaubigung eines Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika für Bremen Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 304.

Beglaubigung eines Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika für Altona Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 304.

Ernennung eines Konsul des Norddeutschen Bundes in Schanghai und eines Konsul des Norddeutschen Bundes zu Taganrog.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 376.

Beglaubigung eines Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika für Geestemünde Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 376.

Beglaubigung eines Kaiserlich Französischen Konsul für Danzig Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 376.

Beglaubigung des Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Columbien in Amsterdam, zum Generalkonsul der genannten Republik für den Norddeutschen Bund. Bd.-Gef.-Bl. Seite 632 de 1869.

Ernennung des Preussischen Konsul zu St. Thomé (Portugiesische Besitzung an der Westküste von Afrika) zum Konsul des Norddeutschen Bundes.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 632.

Ernennung zu Konsuln des Norddeutschen Bundes:

1. eines Kaufmanns zu Cardiff,
2. eines Kaufmanns zu Hartlepool,
3. des Preussischen Vicekonsul zu Middlesbró,
4. des Lübeckischen Vicekonsul zu Plymouth,
5. eines Kaufmanns zu Sunderland,
6. des Preussischen Vicekonsul zu New-Castle,
7. des Preussischen Vicekonsul zu Shields,
8. eines Kaufmanns zu Belfast,
9. des Preussischen Vicekonsul zu Dublin,

10. eines Kaufmanns zu Aberdeen,
11. des Mecklenburgischen Vicekonsul zu Glasgow,
12. des Mecklenburgischen Vicekonsul zu Dundee,
13. des Hamburgischen Vicekonsul zu Leith.

Ernennung zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes:

1. eines Kaufmanns zu Southampton,
2. des Lübeckischen Vicekonsul zu Dover,
3. des Preussischen Vicekonsul zu Great Grimsby,
4. des Preussischen Vicekonsul zu Bristol,
5. des Preussischen Vicekonsul zu Weymouth,
6. des Oldenburgischen Vicekonsul zu Milford,
7. des Preussischen Vicekonsul zu Jersey,
8. des Hamburgischen Vicekonsul zu Dartmouth,
9. eines Hüttendirectors zu Swansea,
10. des Preussischen Vicekonsul zu Shornham,
11. eines Kaufmanns zu Gloucester,
12. des Preussischen Vicekonsul zu Penzance,
13. des Preussischen Vicekonsul zu Harwich,
14. des Preussischen Vicekonsul zu Ramsgate,
15. des Preussischen Vicekonsul zu Manchester,
16. des Preussischen Vicekonsul zu Arbroath,
17. des Preussischen Vicekonsul zu Newport.

Vd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 633 und 634.

Ferner Ernennung zu Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes:

1. den Preussischen Vicekonsul zu Kirkwall,
2. einen Kaufmann zu Birmingham,
3. den Preussischen Vicekonsul auf den Scilly Inseln,
4. den Preussischen Vicekonsul zu Cork,
5. den Preussischen Vicekonsul zu Londonderry.

Vd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 634.

Beglaubigung des Consul des Freistaates Uruguay für Memel Namens des Norddeutschen Bundes und des Consul der Vereinigten Staaten von Amerika für Stettin Namens des Norddeutschen Bundes.

Vd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 634.

Beglaubigung des Gesandten der Spanischen Regierung beim Norddeutschen Bunde. Vd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 672.

Ernennung im Namen des Norddeutschen Bundes:

- eines Generalkonsuls in Jerusalem,
- eines Consul zu La Guayra,
- „ „ „ Ciudad Bolivar,

eines Konsul	zu	Maracaibo,
"	"	" Puerto Cabello,
"	"	" Porto Plata,
"	"	" Canton (China),
"	"	" Korsör,
"	"	" Friedericia,
"	"	" Hongkong,
"	"	" Nassau (New-Providence),
"	"	" Papeete (Tahiti),
"	"	" Colombo (Ceylon),
"	"	" Aleppo,
"	"	" Rustschuk,
"	"	" Warna;
eines Vicekonsul	zu	Adrianopel,
"	"	" Gallipoli,
"	"	" Brussa,
"	"	" Puerto-Montt (Chili),
"	"	" Perth,
"	"	" Onega,
"	"	" Honfleur,
"	"	" Permick,
"	"	" Colon (Kolumbien),
"	"	" Majaguez.

Bd.=Ges.-Bl. Seite 673 und 674.

Beglaubigung eines Königl. Italienischen Generalkonsuls für Hamburg Namens des Norddeutschen Bundes, eines Königl. Dänischen Generalkonsuls für Frankfurt desgleichen, eines Generalkonsuls der Vereinigten Staaten von Nordamerika für Frankfurt und eines Konsuls der Vereinigten Staaten von Nordamerika für Aachen. Bd.=Ges.-Bl. Seite 674.

Ernennung im Namen des Norddeutschen Bundes:

eines Konsul	zu	Hull,
"	"	" Campeche,
"	"	" Colima,
"	"	" Guadalajara,
"	"	" Matamoros,
"	"	" Mazatlan,
"	"	" Puebla,
"	"	" San Louis-Potosi,
"	"	" Tampiko,
"	"	" Vera Cruz;

eines Vicekonsul zu Montrose,
 " " " Paole,
 " " " Berwick,
 " " " Peterhead,
 " " " Stornaway,
 " " " Wick,
 " " " Sheerness,
 " " " Cordova,
 " " " Durango,
 " " " Guanajuato,
 " " " Huatusco,
 eines Konsul zu Antwerpen,

" " " Mentone,

" " " Port Stanley (Falklands Inseln).

Beglaubigung des Königl. Italienischen Konsul zu Breslau Namens des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 680 und 681.

Ernennung des Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien zum Votschafter des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 684.

Ernennung des Generalkonsul des Norddeutschen Bundes in Bukarest zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 684.

Ernennung eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Norddeutschen Bundes bei dem Regenten des Königreichs Spanien. Bd.-Gef.-Bl. Seite 684.

Ernennung eines Konsul des Norddeutschen Bundes zu Tepic (Mexico) für Tepic und San Blas. Bd.-Gef.-Bl. Seite 684.

Ernennung eines Vicekonsul des Norddeutschen Bundes zu Dieppe. Bd.-Gef.-Bl. Seite 684.

Ernennung von Vicekonsuln zu Falmouth, zu Grangemouth, zu Stockton, zu Har-
 mouth, zu Lynn für Lynn und Wisbeach und zu Portsmouth im Namen
 des Norddeutschen Bundes. Bd.-Gef.-Bl. Seite 685.

Ernennung eines Konsul des Norddeutschen Bundes zu Lyon. Bd.-Gef.-Bl. Seite 685.

Ernennung von Vicekonsuln des Norddeutschen Bundes zu Dundalk, zu Limerick
 und Lowestoft. Bd.-Gef.-Bl. Seite 685.

Beglaubigung eines Kaiserlich Russischen Konsular-Agenten zu Danzig. Bd.-Gef.-Bl. Seite 685.

Ernennung eines Konsul des Norddeutschen Bundes zu Adelaide und eines Vice-
 konsul des Norddeutschen Bundes zu Boulogne s. M. Bd.-Gef.-Bl. Seite 689.

Beglaubigung eines Generalkonsul der Argentinischen Republik zu Harburg mit dem amtlichen Wohnsitz zu Altona für den Norddeutschen Bund.

Bd.-Gef.-Bl. Seite 690.

Beglaubigung eines Königl. Schwedisch-Norwegischen Vicekonsuls zu Husum Namens des Norddeutschen Bundes.

Bd.-Gef.-Bl. Seite 690.

Beglaubigung des Königl. Schwedisch-Norwegischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beim Norddeutschen Bunde.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 S. 696.

Ernennung eines Consul des Norddeutschen Bundes in Liverpool und eines Vicekonsul des Norddeutschen Bundes in Bordeaux.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 702.

Beglaubigung eines Spanischen Vicekonsul für Hamburg und Altona zu Hamburg Namens des Norddeutschen Bundes.

Bd.-Gef.-Bl. de 1869 Seite 702.

Rescripte 2c.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 30. November 1869.

Nach dem Bundesgesetze vom 8. Novbr. 1867, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate, sowie die Amtsrechte und Amtspflichten der Bundeskonsuln §§. 19. und 20. können die Bundeskonsuln innerhalb ihres Amtsbezirks an die sich dort aufhaltenden Personen auf Ersuchen der Behörden eines Bundesstaats Zustellungen jeder Art bewirken und die erfolgte Zustellung durch ihr schriftliches Zeugniß nachweisen; dagegen sind zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden nur diejenigen Bundeskonsuln, gleich den zuständigen inländischen Behörden befugt, welche dazu vom Bundeskanzler besonders ermächtigt sind.

In Gemäßheit eines Ministerial-Rescripts vom 24. d. Mts. No. 10639 setze ich nun die Herren Staatsanwälte zur Nachachtung davon in Kenntniß:

1. daß sie sich mit ihren Anträgen auf Insinuation von Vorladungen, Verfügungen oder Erkenntnissen an solche Personen, welche sich in dem vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland aufhalten, fortan nicht mehr, wie bisher, an Herzogl. Staatsministerium, sondern unmittelbar an den Generalkonsul des Norddeutschen Bundes in London zu wenden haben, und
2. daß, nachdem durch Verfügung des Bundeskanzlers vom 22. Juli d. Jrs. dem Generalkonsul des Norddeutschen Bundes zu London die Ermächtigung zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden erteilt worden ist, Requisitionen um Abhörung von Zeugen und Abnahme von Eiden, jedoch nur insofern die betreffenden Zeugen oder Parteien in London wohnen, in Zukunft direct an den gedachten Generalkonsul gerichtet werden können.

Bundeshaushalt. Bundesfinanzen.

Gesetz, betreffend den Bundeshaushalt für das Jahr 1867. Vom 4. Novbr. 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 59.

Gesetz, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf des Norddeutschen Bundes zum Zwecke der Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und der Herstellung der Küstenvertheidigung. Vom 9. November 1867. Bd.-Ges.-Bl. S. 157.

Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1868. Vom 30. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 161.

Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 163.

Haupt-Etat der Militair-Verwaltung des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 177.

Gesetz, betreffend die Abänderung des Haushalts-Etats des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1868. Vom 30. März 1868.

Entrichtung von Pensionsbeiträgen betreffend. Bd.-Ges.-Bl. S. 25.

Gesetz, betreffend die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. November 1867 aufzunehmenden Bundesanleihe. Vom 19. Juni 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 339.

Gesetz, betreffend die Controle des Bundeshaushalts für die Jahre 1867—1869. Vom 4. Juli 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 433.

Einführung und Befugnisse des Rechnungshofes des Norddeutschen Bundes.

Allerhöchster Erlass vom 4. Juli 1868, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. November 1867 genehmigte Ausgabe von verzinslichen Schatzanweisungen. Bd.-Ges.-Bl. Seite 435.

Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869. Vom 29. Juni 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 437.

Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869. Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 439.

Verordnung, betreffend die Feststellung des Etats der Militairverwaltung des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869. Vom 29. Juni 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 453.

Haupt-Etat der Militairverwaltung des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 455.

Gesetz, betreffend die theilige Uebnahme einer Garantie des Norddeutschen Bundes für eine zur Herstellung der dauernden Fahrbarkeit des Sulina-Arms der Donau-Mündungen von der Europäischen Donauschiffahrts-Kommission aufzunehmenden Anleihe. Vom 11. Juni 1868. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 33.

Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes. Vom 18. März 1869.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 51.

Nachtrag zum Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 52.

Allerhöchster Erlass vom 15. März 1869, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. November 1867 genehmigte Ausgabe von verzinslichen Schatzanweisungen. Bd.-Ges.-Bl. Seite 71.

Gesetz, wegen Abänderung des Gesetzes vom 9. November 1867, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf des Norddeutschen Bundes zum Zwecke der Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und der Herstellung der Küstenvertheidigung. Vom 20. Mai 1869. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 137.

Gesetz, betreffend eine anderweitige Feststellung der Matrifular-Beiträge zur Deckung der Gesamtausgaben für das Jahr 1868. Vom 9. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 165.

Anlage. Berechnung der anderweitig festgestellten Matrifular-Beiträge zur Deckung der Gesamt-Ausgaben für das Jahr 1868.

Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 167.

Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1870. Vom 13. Juni 1869.

Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 211.

Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1870.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 213.

Haupt-Etat der Militärverwaltung des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1870. Bd.-Ges.-Bl. Seite 229.

Allerhöchster Erlass vom 24. Mai 1869, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. November 1867 genehmigte Ausgabe von verzinslichen Schatzanweisungen im Betrage von 2,248,900 Thalern.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 239.

Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1870. Vom 29. Juni 1869.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 289.

Nachtrag zum Haushalts-Etat des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1870. Bd.-Ges.-Bl. Seite 290. Kosten des obersten Gerichtshofes für Handelsfachen betreffend.

Allerhöchster Erlass vom 4. December 1869, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 5,500,000 Thalern.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 697.

Gammerfrugberechtigungen.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an jede der Herzogl. Kreisdirectionen vom 1. September 1865.

Da die Fälle sich mehren, in welchen Cammerfrugberechtigungen zur Veräußerung gelangen, so sehen Wir Uns veranlaßt, der Herzogl. Kreisdirection in Beziehung auf die derselben nach dem, in Abschrift mitgetheilten, Rescripte an die Herzogl. Cammer, Direction der Domainen vom 1. Mai d. J. obliegende Erklärung über die Råthlichkeit derartiger Veräußerungen Folgendes bemercklich zu machen.

Es ist nicht zu verkennen, daß vorzugsweise in den Landgemeinden schlechte Krugwirthschaften einen entsetzlichen Einfluss zu äußern vermögen, während dort auf der anderen Seite solchem Uebelstande durch polizeiliche Controlmaßregeln häufig nicht ausreichend entgegen getreten werden kann und wird, und daß daher bei Cammerfrügen der wirksamste Schutz in der bisherigen Beschränkung der Concessionirung zur Krugwirthschaft auf die Dauer der Pachtzeit bestanden hat. Dieser Schutz geht aber mit der Veräußerung der Cammerfrugberechtigungen verloren, und es wird daher jedesmal, wenn die Veräußerung einer Cammerfrugberechtigung in Frage kommt, von Herzogl. Kreisdirection mit besonderer Sorgfalt zu erwågen sein, ob die gesammten einschlägigen Verhältnisse und namentlich die Persönlichkeit des Käufers der Cammerfrugberechtigung so geeignet sind, daß es unbedenklich erscheint, jenes Schutzmittel aus der Hand zu geben und an die Stelle einer zeitweiligen Concessionirung eine regelmåßig lebenslångliche treten zu lassen. Dabei wird die Herzogl. Kreisdirection auch zu beachten haben, daß in den zur Veräußerung der Cammerfrugberechtigungen geeigneten Fällen im Allgemeinen ein Verkauf an die Gemeinde für wünschenswerther zu halten sein möchte, als ein Verkauf an Privatpersonen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Cammer, Direction der Domainen vom 18. October 1865.

Aus den in der letzten Zeit vorgekommenen Verhandlungen über die Veräußerung von Cammerfrugberechtigungen haben Wir ersehen, daß theils von Seiten der Gemeinden und der bisherigen Krugpächter der Erwerb solcher Berechtigungen mit Eifer erstrebt wird, theils aber die Preise, zu welchen die Verkäufe stattfinden, zwar sehr verschieden, aber immer im Ganzen, wie es scheint, sehr mäßig ausfallen.

Da überhaupt kein Grund vorhanden ist, den Verkauf selbst pachtlos werdender Krüge zu beeilen und eher ein Steigen als ein Fallen der zu zahlenden Preise erwartet werden darf, so wird es sich empfehlen mit dem Verkaufe zurückhaltend zu sein und sowohl bei Verkåufen als neuen Verpachtungen, welche nach Unserm Rescripte vom 1. Mai c. nicht ausgeschlossen sind, die Kauf- und Pachtpreise zu steigern. Es kann in keiner Weise die Absicht sein, insonderheit

den Gemeinden Krugberechtigungen zu einem solchen Preise zu verkaufen, daß dieselben, — worauf sie zu rechnen scheinen, — durch die demnächstige Verpachtung einen auf jeden Fall die früher an das Domanium gezahlte sehr erheblich übersteigende Pachtsumme erhalten und so einen Gewinn machen, den das Domanium machen konnte.

Die Größe des bisherigen Pachtgeldes, welches sehr verschieden abgemessen zu sein scheint, wird für den zu fordernden Kaufpreis keinen schlechtthin entscheidenden Anhaltspunkt geben und ein durch seine Verzinsung den Ertrag der Pacht sichernder oder nicht erheblich überschießender Kaufpreis wird keineswegs unter allen Umständen für genügend zu halten sein. Wir veranlassen daher die Herzogl. Cammer bei den ferneren Verkäufen auf diese Gesichtspunkte zu achten und die Erzielung höherer Kaufpreise ganz besonders ins Auge zu fassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg vom 26. November 1869.

Wir erwidern auf die Anfragen in den Berichten vom 7. v. Mts. Nro. 5150 und vom 22. d. Mts. Nro. 5921:

1. daß die Herzoglichen Kreisdirectionen bei der, auch nach der Emanation der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund von dem Bedürfnisse abhängig gebliebenen Zulassung des Ausschänkens von Branntwein und des kleinen Handels mit Branntwein und Spiritus fernerhin, wie bisher, vorgängig mit der wegen einer Cammerkruggerechtfame dabei interessirten Herzogl. Cammer, Direction der Domänen, zu communiciren haben, während bei der Zulassung von Gast- oder Krug- und Schänkwirthschaften ohne Branntwein-Ausschank u. hinfort eine gleichzeitige Benachrichtigung der Herzogl. Cammer Seitens der Herzogl. Kreisdirectionen genügt;
2. daß aus der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund — §. 33. Schlusssatz — und aus Unserer dazu erlassenen Ausführungs-Anweisung I. B. 5. hinlänglich erhellt, wie das Ausschänken von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus allemal nur nach Bedürfniss zu gestatten ist und daher bei Zulassung von Gast- oder Krug- und Schänkwirthschaften zu versagen sein wird, wo das Bedürfniss fehlt.

Civilproceß.

Gemeiner Bescheid Herzogl. Obergerichts: das hinsichtlich der Notare bestehende Verbot der Advocatur und Procuratur in solchen Rechtsangelegenheiten, in welchen sie als Beamte der freiwilligen Gerichtsbarkeit thätig gewesen sind, betreffend. 12. April 1862 Nro. 21 Seite 115.

2. Mai

Berichtigung eines Druckfehlers in dem Gemeinen Bescheide des Herzogl. Obergerichts vom 12. April d. J. betreffend Nro. 21. 17. Mai 1862 Nro. 27 Seite 129.

Gesetz, die Abänderung der §§. 266. und 267. der Civilproceßordnung vom 19. März 1850 betreffend. 30. April 1863 Nro. 13 Seite 89.

14. Mai

- §. 1. Abänderung der Bestimmung der §§. 266. u. 267. der Civilproceßordnung rücksichtlich der Zulässigkeit des Wechselarrests.
 - §. 2. Vollziehung des Wechselarrests gegen Beamte, Kirchen- oder Schuldiener.
 - §. 3. Uebergangsbestimmung.
 - §. 4. Ausdehnung der Anwendung der substituirten Bestimmungen.
 - §. 5. Aufrechterhaltung früherer Bestimmungen rücksichtlich dienstthuender Militärpersonen.
- Gesetz**, die Einführung eines Mahnverfahrens für Schuldsachen betreffend. 7/30. April 1864 Nro. 20 Seite 49.

- §. 1. Gegenstand des Gesetzes im Allgemeinen.

A. Mahnverfahren.

- §. 2. Begründung und Gerichtszuständigkeit.
- §. 3. Abweisender Bescheid.
- §. 4. Zahlungsbefehl.
- §. 5. Ausfertigung und Zustellung des Zahlungsbefehls.
- §. 6. Unterbrechung der Verjährung
- §. 7. Erhebung von Widerspruch.
- §. 8. Bescheid auf erhobenen Widerspruch.
- §. 9. Widerspruchserhebung bei Zustellung des Zahlungsbefehls gegen den Gerichtsunterbedienten.
- §. 10. Form der Anträge.
- §. 11. Zulässigkeit von Bevollmächtigten.
- §. 12. Unzulässigkeit von Rechtsmitteln.
- §. 13. Bestimmung über die Kosten bei erhobenem Widerspruch.
- §. 14. Einzufügung eines eventuellen Klagantrages.
- §. 15. Anwendung der Bestimmungen des Feringesetzes und der Armenrechtsertheilung.

B. Vollstreckungsverfahren.

- §. 16. Form- und Fristbestimmung für den Vollstreckungsantrag.
- §§. 17 u. 18. Abweisender Bescheid auf den Vollstreckungsantrag.
- §. 19. Vollstreckungsverfügung.
- §. 20. Restitution gegen den Ablauf der Frist zur Erhebung des Widerspruchs.
- §. 21.

C. Gebühren.

Gesetz, Abänderungen der Civilproceß-Ordnung vom 19. März 1850 bezüglich des Herzogl. Kreisgerichts Blankenburg betreffend. 12/21. November 1867 Nro. 100 Seite 659.

- §. 1. Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Anwalt-Substituten.
- §. 2. Ermächtigung des Herzoglichen Obergerichts zur Verweisung von Proceßsachen an ein anderes Kreisgericht.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend die Aufhebung der Schuldhaft. Vom 29. Mai 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 237.

Rescripte 1c.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Gandersheim
vom 27. März 1860.

Herzogliches Amtsgericht Gandersheim hat mittelst Berichts vom 4/8. v. Mts. zur Anzeige gebracht, daß in der vor demselben anhängigen Sache des Ackergehülfen Wilhelm Meyer zu Bentierode, Klägers, wider den Viertelspänner Heinrich Meyer, daselbst, Beklagten, wegen Darlehns von 28 Thlr., Herzogl. Kreisgericht, die vom Herzogl. Amtsgerichte geschehene Feststellung der Gebühren des klägerischen Anwalts in der Recursinstanz abändernd, diesem durch Bescheid vom 11. Januar d. J. eine Gebühr von 5 Gr. für die Vollmacht zuerkannt habe.

Da die Richtigkeit der Anzeige durch die zugleich eingesandten Acten bestätigt wird, so finden wir uns veranlaßt, Herzogl. Kreisgerichte bemerflich zu machen, daß der durch die Gebührrentage für Anwälte und Sachführer in amts- und stadtgerichtlichen Civilproceßsachen unter Nummer 1 bestimmte Pauschsatz die Vollmachtsgebühr in sich schließt, in solchen Sachen also eine besondere Gebühr für Vollmachten nicht stattfinden, die Bestimmung unter Nro. 19, als lediglich die Civilproceße bei den höheren Gerichten betreffend, auf die bei den Amts- und Stadtgerichten anhängigen Sachen nicht mit bezogen werden, und hinsichtlich mehrbefagter Sachen eine Vollmachtsgebühr nicht anders gefordert werden kann, als wenn bei Verfolgung der Berufung dem Kreisgerichte eine anderweite öffentlich beglaubigte Vollmacht zu überreichen nothwendig werden sollte. (Civilproceßordnung §. 7.)

Herzogl. Kreisgericht hat in künftigen Fällen sich hiernach zu achten.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 2. November 1860.

In Sachen der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection zu Braunschweig, Klägerin, wider den Ingenieur Karl Friedrich Theodor Nalsch aus Halle, jetzt in Wolfenbüttel, Beklagten, wegen Forderung wird auf die von dem Beklagten gegen den Bescheid des 3ten Senats Herzogl. Obergerichts vom 12. September d. J. verfolgte Beschwerde von dem Herzogl. Obergerichte, nach Anhörung des Ober-Staatsanwalts folgende Entscheidung abgegeben:

1. Nach den in dieser Beziehung unverändert gebliebenen Grundsätzen des allgemeinen und frühern einheimischen Civilproceßes muß der Perhorrescenz-Antrag von dem Recusanten zu einer Zeit gestellt werden, wo demselben der Einwand nicht gemacht werden kann, daß er sich dem recusirten Richter unterworfen und somit stillschweigend auf die Ablehnung desselben verzichtet hat

Martin, Proceß §. 298.

Linde, „ §. 82.

Beyer, „ §. 107.

Hof-Ger.-Ord. Tit. 36. §. 2.

Civil-Pr.-Ord. §. 1. §. 46—56.

Der Beklagte hat aber, obwohl ihm die gegen die abgelehnten Richter vorgebrachten Recusationsgründe unbestreitbar bereits zur Zeit der Insinuation der Klage in Folge des Directorial-Beschlusses vom 20. August v. J. bekannt waren, sich am 21. Januar d. J. auf die Klage eingelassen, ohne den Perhorrescenz-Antrag zu stellen, vielmehr diesen erst am 16. Juli d. J., nachdem Klägerin längst die Replik verhandelt hatte, überreicht; es stellt sich desshalb die verlangte Ablehnung schon deshalb, weil sie nicht rechtzeitig vorgebracht ist, als unzulässig heraus.

2. Das von einigen, besonders ältern Proceßlehrern vertheidigte Theorem, daß zur Begründung eines Ablehnungs-Antrags die von dem Recusanten unter dem Erbieten zum Perhorrescenz-ede ohne Angabe eines speciellen Verdachtsgrundes abgegebene Erklärung genüge, daß er dem Richter nicht traue, ist von bewährten Rechtslehrern des gemeinen Processes, weil aus den Gesetzen nicht zu begründen, verworfen, vielmehr verlangt das gemeine Proceßrecht ganz in Uebereinstimmung mit den in unserm Lande bei der Rechtsprechung befolgten und von der Gesetzgebung sowohl früher als in der Civilproceßordnung anerkannten Grundsätzen, die bestimmte Angabe eines Grundes, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Richters zu erwecken, und Bescheinigung dieses Grundes, wobei das Erbieten zur Eidesleistung für genügend erklärt ist; es wird die Entscheidung des competenten Richters über die Statthastigkeit des Recusationsgrundes erfordert, eine Beschwerde gegen diese Entscheidung zugelassen und dem Richter jede eigenmächtige — d. h. nicht durch gesetzliche Gründe gerechtfertigte — Enthaltung von der Entscheidung einer Sache untersagt; mit diesen Grundsätzen ist sowohl nach den Worten als dem Sinne und Grunde und Zwecke der hervorgehobenen gesetzlichen Bestimmungen die Zulässigkeit eines rechtlich und thatsächlich nicht näher begründeten Ablehnungs-Antrages unvereinbar. Hinzu kommt, daß in dem Landesgrundgesetze das Princip sanctionirt ist, daß Niemand seinem gesetzlichen Richter, es sei in bürgerlichen oder strafrechtlichen Fällen, entzogen werden darf. Der Gegner des Recusanten hat daher auf die Mitwirkung der Richter, welche durch das Gesetz an sich zur Entscheidung des Rechtsstreits berufen sind, ein Recht, welches ihm nur durch die Entscheidung des zuständigen Richters, daß wegen einer für zulässig erkannten Recusation die amtliche Thätigkeit der abgelehnten Richter unstatthast sei, genommen werden darf.

Martin, l. c. §. 59.

Linde, l. c. §. 81. Nro. II.

Beyer, l. c. S. 105—107.

Ober-App.-Ger.-Ord. vom 16. Septbr. 1835 II. Th. A. 215.

in specie §§. 95. u. 96.

Gesetz vom 23. Februar 1837 Nro. 5 §. 6.

Civilproceß-Ord. §§. 46—56.

Neue Landsch.-Ord. §. 201.

3. Der von dem Beklagten zur Begründung seines Ablehnungsantrages geltend gemachte, thatsächlich richtige, Umstand, daß die recusirten Richter bei dem früher gegen ihn stattgehabten Strafverfahren in verschiedener Weise richterliche Functionen geübt haben, ist als ein statthafter

Grund, dieselben von der Theilnahme an der Entscheidung dieses die Verfolgung des privatrechtlichen Interesses aus den behaupteten Verbrechen des Beklagten zum Gegenstande habenden Civilproceßes auszuschließen, nicht anzuerkennen. Die aus der Bestimmung des §. 52. der Civilproceßordnung über das Recht der Parteien, den Richter, welcher bei der Entscheidung in einer unteren Instanz mitgewirkt hat, abzulehnen von dem Beklagten hergenommene Analogie für den vorgebrachten Recusationsgrund ist nicht zutreffend. Der Zweck aller Rechtsmittel des Instanzenzuges, ist unbestreitbar die wiederholte Prüfung einer Streitsache, um demnächst eine vorhandene Entscheidung in den beschwerenden Punkten abzuändern oder zu bestätigen. Diese wiederholte Prüfung, um Rechtsverletzungen durch Entscheidungen in einer frühern Instanz abzuwenden, wird aber nur dann der Absicht der Gesetzgebung entsprechen und einen gedeihlichen Erfolg, wenigstens der großen Regel nach, haben können, wenn dieselbe durch Richter geschieht, welche nicht durch die von ihnen bereits in einer frühern Instanz ausgesprochene Rechtsansicht voreingenommen sind. Die Herbeiführung einer nochmaligen Prüfung von in keiner Weise durch eine frühere Beurtheilung desselben Falles befangenen Richtern ist daher der Grund und Zweck der Bestimmung des §. 52. der Civilproceßordnung, welche sich auch in anderen Proceßordnungen findet.

Alfer, der Preussische Civilproceß S. 64.

Französische Civil-Gerichtsordnung Art. 378. Pro. 8.

Hannoversche bürgerliche Proceßordnung §. 21. Pro. 7 §. 22.

Dagegen sind die Feststellung der Schuld und Strafe in dem Criminalproceß und die Entscheidung über das Civilinteresse aus einem begangenen Verbrechen im bürgerlichen Proceß dem Verfahren und dem Gegenstande nach rechtlich verschieden und in der Regel von einander unabhängig — §. 10 und 169. der Str.-Pr.-Ord. — ein Verhältniß, auch nur analog dem zwischen einer erstinstanzlichen Entscheidung und einer solchen in der Instanz der Rechtsmittel, zwischen beiden findet nicht statt. Würde der Gesetzgeber die Misslichkeit und Unzuträglichkeit der Entscheidung über die Schuld und Strafe und über das Civilinteresse durch denselben Richter anerkannt haben, so würde bei der Allgemeinheit des aus dieser Combination hergenommenen Verdachtsgrundes und bei dem häufigen Vorkommen der Fälle derartiger Entscheidungen die Aufnahme dieses vermeintlichen allgemeinen Ablehnungsgrundes in den §. 48. oder 52. der Civilproceßordnung nothwendig erfolgt sein. Dies ist nicht geschehen, vielmehr erkennt die Strafproceßordnung nach Maßgabe der Bestimmungen des gemeinen Rechts in den §§. 10. 159. 169 die Befugniß des durch ein Verbrechen Beschädigten, sein Civilinteresse im Wege der Adhäsion in dem Strafproceß mit zu verfolgen und damit die Statthaftigkeit der Entscheidung des Civil- und Criminalpunkts durch denselben Richter ausdrücklich an. Es liegt aber um so weniger ein haltbarer Grund vor, den Criminalrichter, sofern er für die Civil-Sache ebenfalls zuständig ist, wenn der Beschädigte von seiner Adhäsionsbefugniß keinen Gebrauch gemacht hat, oder die Entscheidung des Civilpunkts in dem Strafproceß aus einem anderen Grunde nicht hat erfolgen können, von der Entscheidung über das in einem besondern bürgerlichen Proceß verfolgte Civil-Interesse auszuschließen, als der Adhäsions-Proceß, welcher unstreitig in Bezug auf die Verhandlungs-Maxime, die Beweismittel u. s. w. den Grundsätzen des bürgerlichen Proceßes unterworfen ist, jedenfalls zu den summarischen Arten des Civilproceßes gehört, mithin der Schaden-

stifter in Bezug auf die gegen ihn erhobenen Civilansprüche in seiner Vertheidigung insoweit beengt ist, als dies die Natur dieses summarischen Proceßes mit sich bringt

Martin, l. c. §. 253.

Linde, l. c. §. 364.

folglich der frühere Strafrichter in dem besonderen Civilproceß die von dem Beklagten unbeschränkt vorgetragenen Vertheidigungs-Momente vor sich und zu deren Erwägung die ihm im Ordinar-Proceß im reichlicheren Maße gebotene Gelegenheit und Muße haben wird.

Diesemnach ist auf Grund der §§. 54. u. 56. der Civilproceßordnung die Entscheidung: daß unter Verurtheilung des Beklagten in die durch den Recusations-Antrag entstandenen Kosten die gegen den Bescheid des 3ten Senats Herzogl. Obergerichts vom 12. Septbr. d. J. von demselben verfolgte Beschwerde als unbegründet zu verwerfen und den zu remittirenden Acten eine beglaubigte Abschrift dieses Bescheides beizufügen sei.

Plenarbeschluss Herzogl. Obergerichts vom 30. Juni 1862.

In der heutigen Plenar-Sitzung ist, in Veranlassung eines Schreibens des Oberstaatsanwalts vom 2/3. d. M., die Einziehung der, nach Civil-Pr.-Ord. §. 145. a. E. für den vermögenden Gegner einer armen Partei angeschriebenen Sportel- und Stempelgebühren betreffend über die Frage:

ob in den durch Berufung hieher gelangten Sachen, wenn die vermögende Partei hier durch Erkenntniß zur Kosten-Erstattung verurtheilt, oder wenn auf Kosten-Compensation erkannt worden, die von dieser Partei zu erlegende resp. ganze oder halbe — Civilproceßordnung §. 401. — Sportel-Taxe des Erkenntnisses von dem hiesigen Anwalte oder von der Partei selbst, einzuziehen sei?

beschlossen, daß

da die vermögende Partei — sollte deren Anwalt zu solcher Zahlung angestrengt werden — verpflichtet erachtet werden müßte, in allen Fällen, wo der Proceßgegner das Armenrecht bewilligt erhalten hat, ihren Anwalt auch mit dem zu solcher Zahlung nöthigen Vorschusse zu versehen, folglich den wegen der übrigen Kosten zu leistenden Vorschuff entsprechend zu erhöhen, dieses aber dem Grunde und Zwecke der bewilligten Rechtswohlthat der Annotation der Sporteln nicht gemäß erscheint,

weder die ganze noch die halbe Erkenntniß-Sporteltaxe in jenen Fällen von dem Anwalte, sondern sammt den etwaigen notirten übrigen Gebühren von der vermögenden Partei selbst einzuziehen sei.

Verfügung Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Holzminden vom 14. Februar 1863.

Auf den Bericht des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden vom 16. Januar d. J. über die Beschwerde des Kreisrichters Matthiae, daß durch den Majoritätsbeschluss des Herzogl. Kreisgerichts vom 12. December 1862 die dem Referenten nach §. 173 der Civil-Pr.-Ord. zustehenden Rechte verletzt worden, erwiedern wir Folgendes:

Im allgemeinen Theile der Civil-Pr.-Ord. namentlich im §. 97. ist zwischen Erkenntnissen und Bescheiden nicht so unterschieden, daß Erkenntnisse von dem Gerichte als solchem, Bescheide aber von dem Referenten abzugeben seien, sondern es heißt:

„Die gerichtlichen Verfügungen zerfallen in Erkenntnisse und Bescheide.“

Nur im ordentlichen Proceße und auch nur im ersten und im Beweisverfahren ist nach §. 173 Abs. 1 der Civil-Pr.-Ord. dem bestellten Referenten die Befugniß beigelegt, daß er alle Bescheide allein erläßt.

Aus den landständischen Verhandlungen, namentlich dem Commissionsberichte S. 35 und 56 erhellt zwar, daß die Commission sich dahin ausgesprochen hat, daß der Referent auch über alle Zwischen- und Nebenanträge zu entscheiden haben solle, und könnte daraus gefolgert werden, daß der Referent in allen übrigen Stadien des Proceßes, namentlich über Kostenliquidationen am Schlusse des Verfahrens und über Anträge in der Executions-Instanz allein zu entscheiden habe.

Allein in einem Nachtrage zum Commissionsberichte vom 28. Januar 1850 ist die in dem §. 173 Abs. 2 übergegangene Fassung dahin empfohlen:

„Alle Entscheidungen über Nebenpunkte sind, wenn sie nicht die Fortsetzung des Verfahrens bedingen, in der Regel bis zum nächsten Erkenntnisse hinauszuschieben.“

Daraus ergibt sich, daß die Befugniß des Referenten zur Abgabe von Bescheiden sich nicht weiter erstreckt, als die Civil-Pr.-Ord. sie ihm wirklich erteilt. Der §. 173 beschränkt aber diese Befugniß ausdrücklich auf das erste und das Beweisverfahren im ordentlichen Proceße; woraus folgt, daß abgesehen von Verfügungen auf Einlegungen, indem im §. 335 unter Gericht der Referent zu verstehen sein wird, dem Referenten nicht zusteht, über Kostenliquidationen am Schlusse des Verfahrens und über Anträge in der Executions-Instanz allein zu entscheiden.

Für diese Ansicht spricht auch, daß nach §. 407 über Kostenliquidationen das Gericht entscheidet und daß der Recurs gegen solche Kostenfestsetzungen an ein höheres Gericht verwiesen ist, welches nicht erforderlich gewesen wäre, wenn der Referent über die Kostenliquidationen allein zu entscheiden hätte.

Da sonach der Referent im ordentlichen Proceße zwar nur im ersten und im Beweisverfahren alle Bescheide allein zu erlassen hat, aber auch in diesen Abschnitten vorkommen kann, daß über Contumacialkosten ein Bescheid abzugeben ist, und ein solcher Bescheid unzweifelhaft dem Referenten allein zusteht, so geht der vom Herzogl. Kreisgerichte gefaßte Majoritätsbeschluss vom 12. December 1862, wonach der Referent auch im ersten und im Beweisverfahren gehalten sein soll, Bescheide, bei welchen es sich um ein Ab- oder Zusprechen eines Vermögensgegenstandes handelt, der Genehmigung des Collegiums zu unterstellen, zu weit.

Indem wir hiemit abändernd die im ersten und im Beweisverfahren über Contumacialkosten abzugebenden Bescheide von dem gedachten Majoritätsbeschlusse ausnehmen, wird im Uebrigen die Beschwerde des Kreisrichters Matthiae als unbegründet zurückgewiesen und ist derselbe von dieser Verfügung in Kenntniß zu setzen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte
vom 27. Mai 1864.

In Veranlassung eines Antrags des Herzoglichen Consistoriums glaube ich die Herren Staatsanwälte aufmerksam machen zu müssen auf die hohe Wichtigkeit, welche den Erkenntnissen in Ehe-Annullations- und Scheidungsprocessen im öffentlichen Interesse beizulegen ist und auf die zur Wahrung desselben der Staatsanwaltschaft durch die Civilproceßordnung beigelegte Befugniß, sich in solchen Fällen vor Abgabe der Entscheidung gutachtlich zu äußern.

Ich fordere die Herren Staatsanwälte auf, von dieser Befugniß jedenfalls dann Gebrauch zu machen, wenn gegen die genügende Begründung des Annullations- oder Scheidungs-Antrages Bedenken obwalten sollten.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht und an Herzogl.
Stadtgericht Braunschweig vom 12. Juli 1864.

In Sachen des Schuhmachermeisters H. C. Walter, in Braunschweig, Klägers und Appellanten, wider den Müllermeister C. Krendel, zu Gebhardshagen, als Vormund des Tambours Friedrich Christoph Hauer, daselbst, zur Zeit in Braunschweig, Beklagten und Appellaten, wegen Forderung, haben wir den Bericht des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 23|28. April d. J. über die Beschwerde erhalten, die von dem dortigen Stadtgerichte unter dem 22|27. März d. J. erhoben ist und eröffnen den genannten beiden Gerichten Folgendes zur Nachachtung:

Herzogliches Stadtgericht hatte durch das am 2. October v. J. ordnungsmäßig publicirte Erkenntniß die angestellte Klage als unbegründet angebrachter Maße abgewiesen. Der Kläger verfolgte hiergegen die Berufung an das Herzogl. Kreisgericht und setzte seine Beschwerde darin, daß, wie geschehen, erkannt sei. Seine Bitte war dahin gerichtet, es möge auf die Ableistung verschiedener näher angegebener Eide erkannt und für den Fall der Ableistung dieser Eide eine definitive Entscheidung getroffen werden.

Statt über diese Anträge zu erkennen hat Herzogl. Kreisgericht nach mündlicher Verhandlung der Sache, bei welcher der Kläger lediglich seine früheren schriftlichen Anträge wiederholte, der Beklagte aber, der Vorladung ungeachtet, nicht erschienen war, durch Verfügung vom 2. März d. J. das stadtgerichtliche Erkenntniß vom 21. October v. J. von Oberaufsichtswegen beseitigt und das Stadtgericht angewiesen, anderweiten Verhörstermin anzusetzen und sodann aufs Neue zu erkennen. Als Grund dieser Anordnung ist angeführt, daß nach Ausweisung der Acten erster Instanz die Vernehmlassung und Replik laut der Protocolle vom 12. Juni und 10. Juli v. J. vor dem Stadtgerichtsdirector Emperius, die Duplik aber laut Protocolls vom 18. September v. J. vor dem Aushülfsrichter Assessor Jonas verhandelt und auch von Letzterem, für dessen Eintritt in die Verhandlung sich obenein ein Grund aus den Acten nicht ergebe, das angefochtene Erkenntniß ohne vorgängige Wiederholung der bis dahin Statt gehabtten Verhandlungen abgegeben sei. Hieraus soll sich nach der Ansicht des Herzogl. Kreisgerichts ergeben, daß dem erkennenden Richter die Kenntniß der mündlichen Verhandlungen der Parteien fehlte und daß ein Hauptgrundsatz des mündlichen Verfahrens, der des ordnungsmäßigen Gehörs der streitenden Parteien verletzt wurde.

Wir können aber

1. weder diese letztere Annahme für so unzweifelhaft begründet erachten, wie dies vom Herzogl. Kreisgerichte geschieht,
2. noch weniger aber die Anordnung, welche letzteres Gericht im Oberaufsichtswege erlassen hat, für rechtlich statthaft ansehen.

ad 1. Dem Herzoglichen Kreisgerichte ist darin vollkommen beizustimmen, daß es ein wesentlicher Grundsatz nicht allein des mündlichen, sondern eines jeden processualischen Verfahrens ist, den Parteien das ihnen gebührende Gehör zu gestatten. Eben deshalb läßt sich auch nicht bestreiten, daß bei collegialen Gerichten der Wechsel in den Personen der erkennenden Richter eine Wiederholung des mündlichen Verfahrens nothwendig mache, weil die an das versammelte Collegium unmittelbar gerichteten mündlichen Vorträge der Parteien ausschließlich die Form bilden, in welcher auf gesetzlichem Wege die erkennenden Richter von der ihrer Entscheidung unterliegenden Sache Kunde erhalten können. Für die Stadtgerichte hingegen, bei denen wie bei den vormaligen Aemtern das mündliche Verfahren schon vor Einführung der neuen Justizorganisation bestand

Verfügung der Fürstl. Regierungs-Commission vom 3. Februar 1814 §. 2.
und 3. Verord.-Sammlung Nro. 7,

Verordnung, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, vom 26. März 1823
§. 4. Verord.-Sammlung Nro. 6,

Gesetz, die Modification u. s. w. betreffend vom 15. October 1832 §. 22.
Verord.-Sammlung Nro. 29

hat die äußere Nothwendigkeit zur Beibehaltung des frühern Gebrauchs geführt, wonach die rechtskundigen Anwälte den Parteien ihre Vor- und Anträge in das Protocoll schreiben und das letztere dem Richter zur weiteren Verfügung übergeben. Durch das höchste Rescript vom 23. December 1851 ist dies gebilligt und dem Herzogl. Stadtgerichte nur zur Pflicht gemacht:

den Parteien, die auf dem genauen Festhalten an den Vorschriften der Civilproceßordnung bestehen, dabei keine Schwierigkeit in den Weg zu legen, sondern die Bestimmungen der Civilproceßordnung in Ansehung mündlicher Verhandlungen strenge zu befolgen.

Tritt dieser letztere Fall ein, haben sich also die Anwälte nicht auf ihre protocollarischen Vor- und Anträge beschränkt, so versteht es sich allerdings von selbst, daß der Richter, welcher die vor ihm gehaltenen Vorträge allein gehört hat, auch allein darüber erkennen kann.

Ist hingegen ein solches Verlangen nicht erhoben, so muß es auch als der Wille der Parteien gelten, daß der Richter die von ihnen protocollirten Vor- und Anträge so betrachten möge, als ob sie gleichen Inhalts zum Schlusse mündlich vor ihm gehalten wären.

Der Richter, welcher begreiflich die verschiedenen, oft bruchstückweise in längern Intervallen an ihn gelangenden Vorträge nicht im Gedächtniß behalten konnte, erlangt daher in diesem Falle die für Abgabe des Erkenntnisses erforderliche Kunde, der gepflogenen Verhandlungen durch Lesung der von den Anwälten angefertigten Protocolle und zwar unter unzweifelhafter Zustimmung der Betheiligten. Tritt im Laufe des Verfahrens ein anderer Richter ein, so wird es also immer wesentlich nur darauf ankommen, ob die Vertreter der Parteien das Urtheil auf den Grund der sämmtlichen von ihnen aufgenommenen Protocolle abgeben wissen wollen.

Im vorliegenden Falle fehlt es an jeder Andeutung, daß eine weitere mündliche Verhandlung in erster Instanz jemals Statt gefunden habe oder von einer Partei beantragt sei. Allerdings ist in dem Verhandlungstermine vom 18. September 1863, in welchem der Beklagte einen dem Protocolle beigelegten Recess als Duplit überreichte, auch nicht ausdrücklich bemerkt, daß, statt die bisherigen Vorträge mündlich zu wiederholen und weiter auszuführen, lediglich auf die früheren protocollarischen Vor- und Anträge Bezug genommen werden solle. Da jedoch beide Theile einfach die Abgabe des Erkenntnisses beantragt haben, so möchte diese ihre Willensmeinung kaum einem ernststen Zweifel unterliegen und es sich mithin überhaupt fragen, ob die Unterlassung jener ausdrücklichen Erklärung auf mehr als einem rein formellen Mangel hinauslaufe, der selbst dann, wenn die eine oder andere Partei die Rechtsbeständigkeit des Verfahrens angreifen wollte, ohne Erfolg bleiben müßte.

Sodann ist der Eintritt des Assessors Jonas unbestritten wegen Behinderung des Stadtgerichtsdirectors Emperius erfolgt. Daß dieser Grund nicht ausdrücklich im Protocolle angeführt wurde, läßt sich jedenfalls nur als eine Ordnungswidrigkeit, nicht aber als Verletzung einer wesentlichen Vorschrift des Protocolls betrachten.

ad 2. In dem Berichte des Herzoglichen Kreisgerichts vom 23/28. April d. J. wird bemerkt: das von dem Herzogl. Stadtgerichte beobachtete Verfahren begründe eine absolute Nichtigkeit des abgegebenen Erkenntnisses, welche von richterlichen Amtswegen zu beseitigen das Herzogl. Kreisgericht sich verpflichtet halte.

Ohne Zweifel giebt es Fälle, in denen der Appellationsrichter als solcher eine begangene unheilbare Nichtigkeit von Amtswegen zu urgiren befugt ist. Läge eine derartige Nichtigkeit überhaupt vor, so könnte die Untersuchung von Interesse sein, unter welchen Voraussetzungen nach gemeinem Rechte dem Appellationsrichter ein solches Vorschreiten gestattet sei,

Gammer-Ger.-Ord. von 1555 III tit. 34 §. 1. und 2.

Wegel, System des Civil-Proc. pag. 641

ferner, ob und in wie weit die hiesige Particulargesetzgebung den Umfang der richterlichen Befugnisse in dieser Richtung etwa erweitert oder beschränkt habe.

conf. §. 2 und §. 44. der Civil-Proc.-Ord.

Indeß bedarf es keiner näheren Erörterung hierüber, da die Fälle in denen nach hiesigem Particularrechte eine absolute Nichtigkeit anzunehmen ist, im §. 352 der Civil-Pr.-Ord. sub Nro. 1—5 erschöpfend aufgezählt sind und der vom Herzogl. Kreisgerichte gerügte Verstoß sich unter keiner dieser fünf Kategorien subsumiren läßt. Es würde sich vielmehr um einen Mangel des Verfahrens handeln, der, wenn er überhaupt eine Nullität enthält, immer nur auf besondern Antrag einer Partei durch ein Rechtsmittel urgirt werden dürfte, sonst aber als geheilt zu betrachten wäre.

Abgesehen indeß davon, daß die Verfügung vom 2. März d. J. auch unter dem in dem Berichte vom 23/28. April d. J. hervorgehobenen Gesichtspunkte keinesweges den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen würde, kommt außerdem vorzugsweise entscheidend in Betracht, daß Herzogl. Kreisgericht selbst bei Abgabe jener Verfügung einen pölig verschiedenen Standpunkt eingenommen hat. Denn es wird in der letztern einfach bemerkt: der gerügte Verstoß gegen einen Hauptgrundsatz des mündlichen Verfahrens sei von Oheraufsichtswegen zu beseitigen.

Hiernach liegt nicht eine in der Appellationsinstanz erfolgte richterliche Entscheidung vor, sondern es steht nach den ausdrücklichen Worten der fraglichen Verfügung eine Anordnung in Frage, welche das Herzogl. Kreisgericht in Veranlassung einer gerichtlichen Verhandlung als die dem Herzogl. Stadtgerichte zunächst vorgesetzte Aufsichtsbehörde getroffen hat.

Nun kann und soll zwar die Befugniß des Herzogl. Kreisgerichts, die von ihm beobachteten Mängel des processualischen Verfahrens zu rügen und behuf deren Abhülfe dem Herzogl. Stadtgerichte Weisungen zu ertheilen, nicht in Zweifel gezogen werden, und es versteht sich von selbst, daß derartige Anordnungen zu befolgen und Vorstellungen wider dieselben unter Beobachtung der einer jeden vorgesetzten Behörde schuldigen Ehrerbietung vorzutragen sind. Allein eben so gewiß ist es auf der anderen Seite, daß im Wege der Oberaufsicht nur die amtliche Handlungsweise der betreffenden Behörde für die Zukunft normirt, nicht aber ein gerichtliches Erkenntniß beseitigt und mit einem unverkennbaren Eingriffe in die Privatrechte der Parteien dem Gerichte erster Instanz aufgegeben werden könne, nochmals in der Sache selbst zu entscheiden.

Indem also das Herzogl. Kreisgericht in dieser Weise von Oberaufsichtswegen verfuhr, überschritt dasselbe die einer Aufsichtsbehörde gesetzten Schranken.

Der Erlass vom 2. März d. J. kann hiernach auf einen Rechtsbestand der stadtgerichtlichen Entscheidung vom 2. October v. J. keinen Einfluss äußern, vielmehr muß derselbe außer Wirksamkeit gesetzt werden, damit über die vom Kläger verfolgte Berufung die rückständige richterliche Entscheidung in zweiter Instanz abgegeben werde.

Da die Anordnung vom 2. März d. J. sich nach Obigem nicht als eine richterliche Entscheidung darstellt, so leidet es auch keinen Zweifel, daß Herzogl. Obergericht auf Antrag Herzogl. Stadtgerichts jene Verfügung wieder aufheben kann. Sollen richterliche Entscheidungen aufgehoben oder abgeändert werden, so ist dazu die Ergreifung der gesetzlichen Rechtsmittel Seitens einer Partei erforderlich; die fehlsamen Acte hingegen, welche bei Ausübung des Aufsichtsrechts vorgekommen sind, können und müssen von der höheren Aufsichtsbehörde beseitigt werden, sobald die letztere von einem Uebergriffe durch die Beschwerde irgend eines Betheiligten amtliche Kunde erhält.

Regel, l. c. §. 65.

Demgemäß ergeht, unter Beseitigung der kreisgerichtlichen von Oberaufsichtswegen erlassenen Verfügung vom 2. März d. J. die Anweisung

1. an das Herzogl. Stadtgericht Braunschweig:

den Parteien den Inhalt der gegenwärtigen Verfügung zu eröffnen, die hierbei zurückerfolgenden stadtgerichtlichen Acten dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig zur Erledigung der Berufungsinstanz einzusenden und die Parteien eben dahin zu verweisen

2. an das Herzogl. Kreisgericht Braunschweig:

nach Eingang der stadtgerichtlichen Acten und nochmaliger mündlicher Verhandlung der Sache über die klägerische Berufung die rückständige richterliche Entscheidung abzugeben.

Zugleich mit dieser Verfügung sollen dem Herzogl. Kreisgerichte die in dem Berichte vom 23/28. April d. J. beigefügten kreisgerichtlichen Acten wieder zugestellt werden.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämmtliche Staatsanwälte
vom 19. September 1864.

In Gemäßheit eines Ministerial-Rescripts vom 15. d. Mts. No. 8350 eröffne ich den Herren Staatsanwälten:

1. denselben wird im Allgemeinen eine größere Betheiligung an den Civilproceßsachen, in welchen sie nach §§. 12 — 14. der Civilproceßordnung als Nebenpartei aufzutreten berechtigt sind, insoweit empfohlen, als solches ohne Hintanziehung anderer Dienstgeschäfte, insbesondere der Strafsachen, welchen der Vorrang gebührt, geschehen kann und als die im Einzelfalle zu Gebote stehende Noth eine genügende Durchdringung des Sach- und Rechtsverhältnisses gestattet;
2. im Besonderen wird erwartet, daß die Herren Staatsanwälte wenigstens in Denjenigen unter §. 13 der Civilproceßordnung fallenden Rechtsfachen in der Regel vor Abgabe der Entscheidung sich gutachtlich äußern, welche für die rechtliche und sittliche Ordnung im Staate vorzugsweise ein besonderes Interesse darbieten, also namentlich in den Ehescheidungs-, Eheannullations- und Interdictions-Proceßen (§. 13. No. 5 und 8);
3. bei Einreichung der monatlichen Geschäftsübersichten ist berichtlich zu bemerken, in welchen einzelnen nach dem Rubrum aufzuführenden Civilproceßen die Herren Staatsanwälte (event. welcher Substitut oder welcher von mehreren Staatsanwälten) in dem betreffenden Monate solchergestalt sich gutachtlich geäußert haben.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig
vom 11. November 1867.

Das Herzogliche Steuercollegium hat sich, wie der abschriftlich beigelegte Antrag dieser Behörde vom 31. October d. J. ergibt, darüber beschwert, daß nach einem Berichte des dortigen
6. November

Stadtmagistrates die in Concurs- und Curatelsachen angemeldeten Steuern von den Gerichten öfters unverhältnißmäßig lange zurückgehalten werden.

Wir vermögen die Bemerkung nicht zu unterdrücken, daß uns die Anzeige des Stadtmagistrates einigermaßen überrascht hat, da die Bestimmungen der Civilproceßordnung über das Concursverfahren vorzugsweise darauf berechnet sind, im Interesse der Betheiligten derartigen, früher sehr fühlbar gewordenen Uebelständen gründlich vorzubeugen und es nicht zu bezweifeln steht, daß bei gehöriger Handhabung der gesetzlichen Vorschriften der durch die Gesetzgebung angestrebte Zweck in der Regel vollständig erreicht werden kann.

Die Beschwerde bezieht sich, wie wir voraussetzen, nicht auf Fälle, in denen die Concursmasse selbst die etwa während des Concurses auslaufenden Grundsteuern zc. zu entrichten hat. Wäre die Entrichtung solcher Abgaben verzögert, so träte den Curator ohne Weiteres der Vorwurf, die ihm bezüglich der Verwaltung obliegenden Pflichten nicht erfüllt zu haben und selbstverständlich würden die mit der Aufsicht über diese Verwaltungen betrauten Gerichte und Concurs-Commission verbunden und befugt sein, die säumigen Curatoren zur Erfüllung ihrer Pflichten in geeigneter Weise anzuhalten.

Indeß auch bei der Annahme, daß es sich nur um solche Steuern handle, welche vor dem Ausbruche des Concurſes erwachsen und in üblicher Weise liquidirt sind, ist es schwer begreiflich, weshalb die Auszahlung aus den im gerichtlichen Deposito befindlichen Geldern so häufig eine verhältnißmäßig lange Reihe von Jahren hindurch unterblieben sei. Nach §. 329 der Civilproceßordnung soll aus der vorhandenen Masse vorläufig denjenigen Gläubigern, deren Forderungen liquide und hinsichtlich der Erstigkeit unbestritten sind, sofort oder gegen Caution Zahlung geleistet werden, je nachdem ihre Befriedigung gewiß oder nur wahrscheinlich ist. Die liquidirten Steuern sind fast immer sowohl rücksichtlich der Verität als auch rücksichtlich der Priorität außer Streit und es wird daher ihre vorläufige Berichtigung aus den vorrätigen Geldern ohne erheblichen Verzug geschehen können, falls nicht ausnahmsweise besondere eigenthümliche Umstände die Auszahlung verhindern.

Wir machen Herzogl. Kreisgericht aufmerksam darauf, daß es zu den amtlichen Pflichten der Curatoren und der die Aufsicht führenden Behörden und Beamten gehört, für die möglichst schnelle Befriedigung der Gläubiger nach Kräften Sorge zu tragen, und daß daher die Bestimmung des §. 329 l. c. von Amtswegen und ohne besondere Anträge zur Anwendung zu bringen ist, sobald es sich um Gläubiger handelt, welche gewiß zur Zahlung aus den vorhandenen Geldern gelangen werden. Denn der Wunsch und Wille eines jeden Creditors, sobald als thunlich zu dem Seinigen zu kommen, läßt sich als ein selbstverständlicher betrachten und für die öffentliche Verwaltung liegt das dringende Interesse, daß die Steuerrückstände ohne jeden unnötigen Verzug ihre endliche Erledigung finden, vorzugsweise klar am Tage.

Wir haben nun zwar dem Herzogl. Steuercollegium auch anheim gegeben, in den einzelnen Sachen, welche zur Beschwerde Veranlassung geben, nochmals bestimmte Anträge auf Berichtigung der liquidirten Rückstände zu stellen, erlassen aber zugleich an das Herzogl. Kreisgericht die Aufforderung, seinerseits durch entsprechende Anweisung der bestellten Concurſ-Commissaire mit Ernst darauf hinzuwirken und darauf zu achten, daß den zur Sprache gebrachten Uebelfänden abgeholfen und überhaupt ähnlichen Beschwerden für die Zukunft vorgebeugt werde.

Zugleich beauftragen wir das Herzogl. Kreisgericht, die ihm untergeordneten Localgerichte von dem Inhalte dieser Verfügung in geeigneter Weise zu ihrer Nachachtung in Kenntniß zu setzen.

Schreiben Herzogl. Obergerichts an die Herzogl. Direction der Heil- und Pflege-Anstalt zu Königsutter vom 13. März 1868.

In der gefälligen Eingabe vom 10. v. M. wird rücksichtlich des gerichtlichen Verfahrens bei Anordnung von Curatelen über Wahnsinnige oder Blödsinnige (Civ.-Pr.-Ord. Tit. III.) auf Maßregeln angetragen, wonach bei den in die dortige Anstalt aufgenommenen Geisteskranken von der durch §. 212 der Civ.-Pr.-Ord. vorgeschriebenen richterlichen Bernehmung entweder ganz Abstand genommen und statt deren ein motivirtes Gutachten der Direction über das Vorhandensein einer Störung und die Nothwendigkeit und Rätlichkeit der Anordnung einer Curatel eingezogen, oder doch in jedem einzelnen Falle auf denjenigen Modus der Bernehmung, wie ihn der Anstaltsarzt für nothwendig hält, Rücksicht genommen werde.

Wir haben darüber den Bericht des Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt und die über die bisher vorgekommenen sechs Fälle aufgenommenen Acten eingefordert und erwiedern nach deren Eingänge und Einsicht nunmehr Folgendes:

Die aus dem französischen Rechte (Code civil Art. 409 folg. und Code de procedure civile Art. 890 folg.) aufgenommene Bestimmung des §. 212 der Civ.-Pr.-Ord., daß der auf Stellung unter Curatel Beklagte durch den Gerichtsreferenten vernommen werden soll, hat nach unserer Ansicht einen doppelten Zweck,

1. den einer vorläufigen Sachuntersuchung, als Vorbereitung des contradictorischen Verfahrens; dieser Zweck erfordert die Vernehmung des Kranken nicht absolut, läßt vielmehr zu, daß auf den Zustand desselben nach den jedesmaligen Anträgen des Anstaltsarztes dabei Rücksicht genommen, nöthigenfalls selbst davon abstrahirt und statt deren das motivirte Gutachten der Direction eingefordert, resp. die nöthige Information auf sonstige Weise eingezogen werde;
2. die Stellung unter Curatel ist eine für das Individuum äußerst wichtige Maßregel, weil ihm dadurch die rechtliche Handlungsfähigkeit entzogen wird: sie kann für ihn die höchste Wohlthat aber auch die tiefste Kränkung enthalten. Gegen letztere soll Schutz gewährt, der Beklagte soll vor seinen Richter gestellt werden, um sich auszusprechen, nöthigenfalls die Gewährleistung seines natürlichen Rechts selbst verlangen zu können, ähnlich wie der strafrechtlich Angeklagte niemals definitiv verurtheilt werden kann, bevor ihm nicht Gelegenheit zum Gehör gegeben ist.

Dieses ist der andere Zweck der vorgeschriebenen Vernehmung, welcher, die vollkommenste Pflichterfüllung der Behörden und Beamten vorausgesetzt, dennoch als berechtigt angesehen werden muß, und eben dieser Zweck macht die Vernehmung unentbehrlich, selbstverständlich mit aller zulässigen Schonung für den Kranken.

Wenn also ad 1 nach richterlichem Ermessen, die Zahl der Gerichtspersonen, welchen der Kranke vorzuführen, beschränkt, die Vernehmung selbst bis auf Autopsie vereinfacht, ja den Umständen nach ganz eingestellt werden könnte, so muß doch nach 2 eine Berührung des Beklagten wenigstens mit dem Gerichtsreferenten und insoweit stattfinden, daß er, benachrichtigt von der erhobenen Klage auf Interdiction, und bekannt mit der amtlichen Eigenschaft des Richters, Gelegenheit hat sich über jene auszusprechen.

Hiernach können wir das erste Desiderium, Wegfall der Vorschrift der gerichtlichen Vernehmung bei den in der Heilanstalt befindlichen Kranken, nicht als begründet ansehen, haben aber auch keine Veranlassung, das Herzogl. Kreisgericht Helmstedt auf die Nothwendigkeit und Zulässigkeit eines vorsichtigen und schonenden Verfahrens und möglichste Berücksichtigung der Anträge des Anstaltsarztes, so weit dabei der zweite erreicht werden kann, hinzuweisen.

Sollte aber Herzogl. Direction der Ansicht sein, daß Fälle von so schädlicher oder gefährlicher Art vorkommen können, um selbst über den zweiten Punkt hinwegzugehen, — und wir bekennen uns in dieser Beziehung als Laien, — so würde bei Herzogl. Ober-Sanitätscollegio die Stellung eines Antrages auf legislatorische Abänderung des mehrgedachten §. 212 zu befürworten sein, während wir von unserm Standpunkte aus zu einem solchen Antrage keine Veranlassung haben.

Verfügung Herzoglichen Obergerichts vom 3. Juli 1868.

Auf den von Herzogl. Cammer, Direction der Forsten zu Braunschweig gegen den Bescheid des Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 10. October v. J. in Sachen, den Antrag jener Behörde auf Erlass von Edictalien betreffend, bei Herzogl. Obergerichte verfolgten Recurs ergeht nachstehende Verfügung:

1. Der gedachte Bescheid, welcher die Edictalladungen allgemein und ohne Unterschied nicht nur als außerordentliche sondern auch als subsidiäre Rechtsmittel auffasst und dieselben für unzulässig erklärt, wenn nicht zuvor angegeben und bescheinigt worden, daß das ordentliche Rechtsmittel der Privatladung, welche sich im Wesentlichen als eine gewöhnliche provocatio ad agendum characterisire — unanwendbar sei, widerstreitet gleichmäßig den Bestimmungen des gemeinen und des einheimischen Proceßrechts.

Verschieden von dem Falle, wo die Privatladung der Gegenpartei wegen Unbekanntschaft mit ihrem Leben und Aufenthalt oder deshalb unausführbar ist, weil sich dieselbe dauernd oder vorübergehend in einem fremden Gerichtsbezirke aufhält und der dortige Richter der wegen der Insinuation an ihn ergangenen Requisition keine Folge giebt, sind diejenigen Fälle, wo unbekannte Berechtigte zur Geltendmachung ihrer Rechtsansprüche aufgefordert werden. Hervorgegangen aus dem älteren germanischen Rechte, welches dem Erwerber eines Grundstücks, um denselben gegen Ansprüche Dritter zu sichern, zur Pflicht machte, sich vom Richter Friede wirken und durch diesen Alle, die ein besseres Recht zu haben vermeinten, zur Erhebung ihres Widerspruchs auffordern zu lassen, hat die gemeinrechtliche Theorie und Praxis unter dem Einfluss des canonischen Rechts öffentliche Provocationen zwar zunächst nur beim gerichtlichen Verkaufe unbeweglicher Pfandobjecte und im Concursverfahren gestattet, sich jedoch keineswegs hierauf beschränkt, sondern dieselben überall da zugelassen, wo es darauf ankam, ungewisse Rechtsverhältnisse näher zu reguliren, begründeten Festigkeit und Dauerhaftigkeit zu gewähren und sie gegen mögliche Angriffe, welche aus früher entstandenen Rechtsansprüchen hergeleitet werden könnten, sicher zu stellen. Während dort die Edictalladung als ein wirkliches Surrogat der Privatladung erscheint und daher nur zulässig ist, nachdem die Unthunlichkeit der letztern bescheinigt worden, kann denjenigen Fällen, wo die Edictalladung aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder zur Wahrung öffentlicher Interessen gegen Unbekannte gerichtet wird, der Charakter der Subsidiarität nicht in dem Sinne, daß die Zulässigkeit derselben durch den Nachweis der Unstatthaftigkeit einer directen Klage bedingt wäre, sondern nur mit der Wirkung beigelegt werden, daß die aus den Acten bekannten Interessenten speciell geladen werden müssen.

Wegel, System 2 Ausgabe S. 85 folg. 856.

Die gleichen Grundsätze liegen auch der hiesigen Gesetzgebung zum Grunde. Die Civ.-Pr.-Ord. §. 274 läßt zwar eine öffentliche Vorladung des Beklagten an Stelle der Privatladung nur dann zu, wenn Leben und Aufenthaltsort desselben unbekannt ist, und erfordert, daß dieser Umstand, weil den Grund des Antrags enthaltend, gehörig bescheinigt werde (Civ.-Pr.-Ord. §. 276. Verordnung vom 5. Januar 1824 §. 2. Nro. 3) sie schreibt ferner vor, daß die im Hypothekenbuche verzeichneten Berechtigten besonders vorzuladen seien (Civ.-Proc. §. 279) dagegen enthält sie keinerlei Vorschrift darüber, daß die Zulässigkeit der Edictalladungen in den im §. 275 auf-

geführten Fällen durch den Nachweis der Unthunlichkeit einer Privatladung bedingt sein solle. Denn wie im Concurse auch im Accordverfahren eine Edictalladung sämmtlicher Gläubiger erfolgen muß, auch wenn dieselben dem Gerichte, wenn gleich nicht aus dem Hypothekenbuche, doch auf sonstige glaubhafte Weise, z. B. durch Inventar, vollständig bekannt geworden sein sollten (Civ.-Pr.-Ord. §§. 309., 314. 4. 317.) wie ein gleiches Verfahren auch bei Subhastationen unbeweglicher Güter (Civ.-Pr.-Ord. §. 393. Abs. 3), nicht minder in Expropriationsfällen zu beobachten ist, wo ohne Unterschied, „die bekannten und nicht bekannten Realberechtigten“ edictaliter citirt werden müssen (Verord. vom 11. Mai 1840 §. 81. Gesetz vom 17. Septbr. 1841 Nro. 19 §. 1. Gesetz vom 20. Juni 1843 Nro. 18 §. 1. Gesetz vom 13. Septbr. 1867 Nro. 78 §. 14.) so sind auch die im §. 275 der Civ.-Pr.-Ord. enthaltenen, sowol im contradictorischen Verfahren, als in Vormundschafts- und Curatelsachen und bei Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu beachtenden Vorschriften (Ministerial-Rescript vom 27. Januar 1855 Bege Repert. VIII. S. 61) nirgends an den Nachweis der Unausführbarkeit etwaiger Privatladung gebunden.

Die gegentheilige, in dem kreisgerichtlichen Bescheide verfochtene Annahme verstößt daher nicht nur gegen die ausdrücklichen Bestimmungen der Gesetze, sondern sie ist auch geeignet, die Edictalladungen in den meisten Fällen geradezu illusorisch zu machen und deren Zweck um so gewisser zu vereiteln, als selbst eine gegen bekannte berechnete mit Erfolg durchgeführte Klage die Wirkungen der Rechtskraft nur gegenüber den Proceßgegner und dessen Rechtsnachfolger äußern, das Eigenthum oder sonstige dingliche Recht aber, welches durch die Edictalladung geschützt werden sollte, noch immer dem Angriffe jedes beliebigen Dritten und damit den Gefahren der Unsicherheit aussetzen würde.

2. Wenn hiernach die Bedenken, welche das Herzogl. Kreisgericht dem Antrage der Implorantin entgegen gesetzt hat, nicht für begründet erachtet werden können, so erscheinen andererseits auch die in den Bescheiden des Herzogl. Stadtgerichts vom 12. März, 25. Mai und 13. August v. J. gemachten Ausstellungen nicht haltbar. Der Veräußerer unbeweglicher Sachen bedarf, um die öffentliche Ladung Aller, welche daran Eigenthum oder dingliche Rechte zu haben vermeinen, unter dem im §. 275 1 angedrohetem Präjudize zu beantragen, nur der Bescheinigung der stattgehabten Veräußerung eines Grundstücks, da dieser Umstand allein den gesetzlichen „Grund des Antrags“ (Civ.-Pr.-Ord. §. 276.) bildet. Ein Mehreres verlangen, namentlich den Veräußerer auch zur Bescheinigung seines Rechtstitels, kraft dessen die Veräußerung stattgefunden hat, anhalten, hieße den eigentlichen Character der Edictalladung verwischen und würde dazu beitragen, an Stelle der summarischen, für den Berechtigten sohnheim nicht präjudicialen (Civ.-Pr.-Ord. §. 275, 1 am E.) Cognition über die Zulässigkeit des Antrages den Richter zur Prüfung schwieriger und verwickelter Rechtsverhältnisse zu nöthigen, welche das Gesetz seiner Beurtheilung ausdrücklich entzogen und dem in der Sache selbst erkennenden Richter überwiesen hat. (Civ.-Pr.-Ord. §. 280.) Da nun die Veräußerung selbst aus den mit der Imploration vom 4. März v. J. überreichten Cammeracten sich in genügender Weise ergab, so hätte dem Antrage der Implorantin ohne Weiteres deferirt werden dürfen. Würde man aber behuf Löschung der auf das verkaufte Gebäude eingetragenen Hypothek noch eine besondere Edictalladung auf Grund des §. 275 6 für erforderlich gehalten haben, obwol die in Betreff dieser Hypothek Berechtigten schon

nach §. 275 1 zur Anmeldung etwaiger Ansprüche angehalten wurden, so konnte jedenfalls die mit dem ferneren Antrage vom 13/20. Mai v. J. überreichte Erklärung des Oberbürgermeisters Caspari als eine genügende Bescheinigung für das Erloschensein der Hypothek betrachtet werden.

Durch die mit der gegenwärtigen Recurschrift verbundenen Casparischen Concurs- und Vormundschaftsacten ist nun aber auch vollends nicht nur der Rechtstitel der Implorantin, sondern auch die Tilgung der eingetragenen Hypothek documentirt. Insbesondere ergeben

- a. die mit den kreisgerichtlichen, das Debitwesen des im Jahre 1820 verstorbenen Dr. med. Caspari betreffend, combinirten Acten in Sachen Casparischer Contradictor contra Wittve Caspari, wegen Entschädigung, namentlich die in diesen Acten im Original enthaltene Darlehnsurkunde vom 6. Januar 1806, daß der Dr. Caspari

„zur Bezahlung der Optionssumme der vormals von wailand Herrn Canonico und „Kriegsrathe Gärtner optirt gewesen, nunmehr aber von mir (Caspari) optirten „Curiae S. R. Capituli Sancti Blasii Nro. 10“

ein Darlehn von 1200 Thlr. aufgenommen und der Gläubigerin unter Consens des Capitals des Stifts St. Blasii speciell sein „dingliches Recht an der vorbenannten Stiftscurie Nro. 10“ verpfändet hat, daß solche Hypothek am 23. Mai 1810 eingetragen und am 27. December 1815 zur Renovation angemeldet ist. Eben so lassen

- b. die mit denselben Acten combinirten Acten in Sachen Cammerrath Schütze contra Wittve Caspari wegen Räumung einer Stiftscurie; imgleichen die Acten, die Verlassenschaft des wailand Dr. Caspari betreffend, ersehen, daß die Optionssumme zu 1500 Thlr. Gold und der Werth der abgeschätzten Meliorationen zu 152 Thlr. 2 gr. 9 Pf. laut stadtgerichtlichen Protocols vom 20. Juni 1822 von Fürstlicher Cammer ad depositum judiciale gezahlt, daß davon der Wittve Caspari im Termine den 24. December 1822 auf ihre Capitalforderung nebst Zinsen der Betrag von 1100 Thlr. Gold, der Rest aber zu 400 Thlr. Gold laut Protocols vom 1. August 1823 an den Vormund der Casparischen Kinder ausgezahlt worden, womit auch die in den Casparischen Vormundschaftsacten enthaltenen Vormundschaftsrechnungen vom 9. Juni 1823 und vom 21. März 1825 übereinstimmen.

Kann es danach keinen Zweifel leiden, daß das fragliche Grundstück wirklich Zubehör des Stifts St. Blasii gewesen und daß die auf dasselbe eingetragene Hypothek durch Zahlung der betreffenden Forderung erloschen ist, steht es ferner fest, daß jenes Stift auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 §§. 35 und 36 von dem höchsten Landesherrn in Besitz genommen, durch §. 163 der Neuen Landschaftsordnung dem Cammervermögen einverleibt und mittelst Ministerialrescripts vom 21. April 1857 speciell der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, überwiesen ist, so ist Alles dargethan, was auch nach der weitesten Auslegung des Gesetzes zur Begründung des gestellten Antrages für erforderlich erachtet werden könnte.

Der verfolgte Recurs erscheint deshalb vollkommen begründet und wird hiernach verfügt: daß unter Aufhebung der angefochtenen Bescheide des Herzogl. Kreisgerichts und Herzogl. Stadtgerichts zu Braunschweig das letztgedachte Gericht angewiesen werde, die beantragte Edictalladung ungefäumt zu erlassen.

Die Acten sollen mit einer beglaubten Abschrift dieser Verfügung dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig remittirt werden.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 16. October 1868.

In Sachen des Herzogl. Finanzcollegii, Klägerin, wider den Stadtmagistrat zu Blankenburg, Beklagten, wegen Herausgabe des Nachlasses wailand Oberjägers Christian Albrecht, wird auf die beschwerende Vorstellung des genannten Stadtmagistrats vom 27. September d. J. 12. October

hiermit zum Bescheide ertheilt:

1. Nach §. 10 des Sportelgesetzes vom 9. Februar 1814 und §. 11 des Stempelgesetzes vom 29. October 1821 steht den Armenanstalten bei Führung und Verwaltung ihrer rechtlichen Geschäfte, namentlich auf processualischem Wege, Sportel- und Stempelfreiheit zu, und ist denselben durch das Rescript des Herzogl. Staatsministerii vom 15. December 1855 (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1855 Nro. 59) und durch das Rescript des Herzogl. Obergerichts vom 2. September 1857 (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1857 Nro. 44) eine gleiche Freiheit von processualischen Nebengebühren, mit Ausnahme solcher Nebengebühren, welche einzelnen Beamten überwiesen sind, (Anl. I. der Civ.-Pr.-Ord. III.) und der Copialien, zugesichert.

Diese Begünstigungen erstrecken sich nach den Worten und dem Sinne der Gesetze und der angeführten Rescripte auf alle Armenanstalten an sich ohne Ausnahme, gleichviel wie die Art ihrer Verwaltung beschaffen ist und woher sie ihre Einkünfte beziehen.

Die in der Verfügung vom 24. März d. J. ausgesprochene Meinung des Herzoglichen Kreisgerichts Blankenburg, dass der Stadtmagistrat von Blankenburg in dem für die dasige Armenanstalt geführten rubricirten Proceße obige Begünstigungen nicht beanspruchen könne, weil diese Anstalt eventuell aus der Stadtcasse ergänzt werden müsse und daher keine selbstständige Armenanstalt sei, findet in den Norm gebenden Bestimmungen der Gesetze keine Begründung. Dann ist es aber auch den stattgehabten Verhandlungen nicht entsprechend, wenn in jener Verfügung vom Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg ferner behauptet wird, dass der beklagte Magistrat auch deshalb keinen Anspruch auf Gebührenfreiheit habe, weil es sich in dem Proceße nur um das Rechtsverhältniß der Stadt Blankenburg bezüglich des Ersazes einer einem Geisteskranken gewährten Unterstützung gehandelt. Streitig war nur der Anspruch der Blankenburger Armenanstalt auf den Nachlass des Oberjägers Albrecht, wobei der Ersatz der geleisteten Unterstützung nicht in Frage kam, indem dieser, mit Vorbehalt der Rechnungsablage, von dem Proceßgegner von vornherein zugestanden worden.

2. Die obengedachte Gebührenfreiheit erstreckt sich indessen nur auf solche Gebühren, welche durch die eigenen Handlungen des Vorstandes der Armenanstalten und in Bezug darauf erwachsen. Dies ist daraus abzunehmen, dass von der im Proceße unterliegenden und zum Kostenersatz verurtheilten gebührenfreien Partei dem obliegenden Gegner die von ihm eingezogenen Gebühren erstattet werden müssen und dass die Gebührenfreiheit durchaus nicht soweit ausgedehnt ist, dass der Gebühren freien Partei auch die gleiche Freiheit der Gegenpartei zu Gute kommen sollte.

Uebrigens ist in dem §. 11 des Sportelgesetzes vom 9. Februar 1814 und im §. 108 der Civ.-Pr.-Ord. vorgeschrieben, dass im Falle des Obstehens einer gebührenfreien Proceßpartei

der unterliegende zum Ersatz der Kosten verurtheilte Theil die für jene zu berechnenden Gerichtsgebühren zu erlegen habe, ohne daß hierbei ein Unterschied gemacht wäre, ob die unterliegende Partei für sich Gebührenfreiheit nicht in Anspruch zu nehmen hat, oder ob dies der Fall ist.

Daraus folgt, daß die Gebührenfreiheit nach den angegebenen Bestimmungen genießende Proceßpartei, im Falle ihres Unterliegens im Proceße und ihrer Verurtheilung in die Erstattung der Proceßkosten auch die für ihre eine gleiche Freiheit genießende obliegende Gegenpartei berechneten Gebühren, und zwar diese ohne alle Ausnahme, sobald sie zahlungsfähig ist, zu tragen und zu entrichten habe.

Diese Ausführungen finden ihre Bestätigung in dem oben allegirten Ministerialrescripte, wonach auch von gebührenfreien Behörden oder Anstalten eventuell in dem §. 11 des Sportelgesetzes bemerkten Falle Gerichtsgebühren eingezogen werden sollen, was sich natürlich nur auf die für den Proceßgegner notirten Gebühren beziehen kann.

Dem Allem nach dürfen von dem in dem in Rede stehenden Proceße unterlegenen und in die Kostenersatzung verurtheilten Magistrate bezüglich der für ihn notirten Gerichtsgebühren, da einzelnen Beamten überwiesene Nebengebühren nicht zu berechnen gewesen, nur die notirten Copialien, es müssen aber von demselben die sämmtlichen für den obliegenden Proceßgegner notirten Gebühren eingezogen werden.

So weit nun von den für den Stadtmagistrat notirten Gebühren, außer den Copialien, noch andere durch Herzogl. Kreisgericht Blankenburg eingezogen werden sollen, werden die desfallsigen Verfügungen resp. vom 25. November und 13. December v. J. aufgehoben, sofern aber dadurch die Einziehung der für den Magistrat notirten Copialien, sowie die der sämmtlichen für Herzogl. Finanzcollegium notirten Gebühren gegen jenen angeordnet ist, werden dieselben hiermit bestätigt.

Das Herzogl. Kreisgericht Blankenburg, welchem die Verfügung der Insinuation dieses Bescheides an den Beschwerdeführer aufgegeben worden, ist mittelst einer Abschrift desselben von dem Inhalte in Kenntniß gesetzt, auch hierneben angewiesen, bezüglich der Einziehung der in der fraglichen Proceßsache notirten Gebühren nach Maßgabe des vorstehenden Bescheides weiter vorzuschreiten.

Credit-Verein, ritterschaftlicher des Herzogthums Braunschweig.

Landesherrliche Bestätigungs-Urkunde für den ritterschaftlichen Credit-Verein des Herzogthums Braunschweig. 20. März 1862 Nro. 12 Seite 41.

14. April

Statuten des ritterschaftlichen Credit-Vereins für das Herzogthum Braunschweig.

§. 1. Zweck und Benennung des Vereins. Juristische Persönlichkeit.

§. 2. Aufnahme der Mitglieder, Uebernahme von Schulden und deren Sicherstellung und Verzinsung im Allgemeinen.

Umfang und Organisation des Credit-Vereins.

- §. 3. Geographischer Umfang und Organisation im Allgemeinen. Ritterschaftlicher Ausschuss.
- §. 4. Zusammensetzung der zur Leitung bestimmten Credit-Commission.
- §. 5. Beerdigung der Mitglieder der Credit-Commission. Unentgeltliche Pflichterfüllung.
- §. 6. Wohnsitz und Gerichtsstand auch Versammlungen des Credit-Vereins.
- §. 7. Signatur der Credit-Commission.
- §. 8. Untergeordnetes Personal. Ernennung und Beerdigung desselben.
- §. 9. Oberaufsicht durch den ritterschaftlichen Ausschuss und Herzogl. Staatsministerium.

Von der Reception.

- §. 10. Berechtigung zur Reception. Zulassung zur Reception durch die Credit-Commission.
- §. 11. Nachweisung der Dispositionsbefugniß.
- §. 12. Nachweisung der Versicherung der Gebäude gegen Brandschäden.
- §. 13. Nachweise der Bestandtheile und des Werthes der Güter.
- §. 14. Betrag der zu bewilligenden Anleihen.
- §. 15. Feststellung des Werthes der Güter durch Abschätzung.
- §. 16. Beurtheilung der Richtigkeit und Angemessenheit der Abschätzung.
- §. 17. Benützung der Werthsermittlungen.
- §. 18. Feststellung der Aufnahme-Summe in den Credit-Verein.
- §. 19. Neue Anleihen auf Vergrößerungen des recipirten Gutes.
- §. 20. Ausschließung von Gutsparcelen aus der Hypothek und Veränderungen der Substanz des recipirten Guts.
- §. 21. Nachweisung der Freiheit von Hypotheken.
- §. 22. Schuld- und Hypotheken-Verschreibung.
- §. 23. Bekanntmachung der Reception und Abfindung der Gläubiger.
- §. 24. Ausschluss eines Recurses gegen abweisende Bescheidung durch die Credit-Commission.
- §. 25. Bestimmung wegen der Kosten.

Rechtsverhältniß des recipirten Grundbesizers zum Credit-Vereine.

- §. 26. Verpflichtungen des recipirten Grundbesizers. Höhe des jährlichen Beitrags und dessen Verwendung.
- §. 27. Münzsorte. Ermäßigung des Beitrags.
- §. 28. Strafprocente für Zahlungsverzug.
- §. 29. Anmahnung.
- §. 30. Executionsvollstreckung.
- §. 31. Berücksichtigung von Nothständen.
- §. 32. Sequestration im Fall schlechter Verwaltung der Grundstücke.
- §. 33. Uebernahme der Verwaltung durch die Credit-Commission.
- §. 34. Ende der Sequestration.
- §. 35. Deffentlicher Verkauf des Grundstücks.
- §. 36. Folgen vertragswidriger Veräußerungen.
- §. 37. Bestimmungen im Falle der Einäscherung von Gebäuden.

- §. 38. Bedingungen des Austritts aus dem Vereine.
- §. 39. Unzulässigkeit des Ausschlusses durch den Credit-Verein.
- §. 40. Jahresabrechnungen und Uebersichten vom Stande des Vereins.
- §. 41. Aufhören der Vereins-Mitgliedschaft nach Erledigung aller Verpflichtungen.

Ueber die vom Credit-Vereine aufzunehmenden Anleihen.

- §. 42. Allgemeine Bestimmung.
- §. 43. Form der Schuld-Verschreibungen.
- §. 44. Feststellung des Zinsfußes.
- §. 45. Zinscoupons.
- §. 46. Erlöschen der Gültigkeit der Zinscoupons und Mortification verlornen Credit-Cassen-Obligationen.
- §. 47. Ermächtigung zur Bestellung von Agenten.
- §. 48. Sicherstellung der Gläubiger des Credit-Vereins.
- §. 49. Befriedigungsrecht der Gläubiger aus den Activforderungen des Credit-Vereins an die Vereinsmitglieder.
- §. 50. Kündigung der Credit-Cassen-Obligationen.
- §. 51. Verzicht auf Einreden gegen die Gültigkeit der in den ausgestellten Obligationen und Zinscoupons ausgedrückten Schuld.

Von den Fonds des Vereins und deren Verwendung.

- §. 52. Bestimmung über Verwendung der Beiträge.
- §. 53. Administrationskosten.
- §. 54. Tilgungsfonds.
- §. 55. Reservefonds.
- §. 56. Eintrittsgelder und deren Verwendung.
- §. 57. Verwendung der Einkünfte des Reservefonds.
- §. 58. Bestimmung des Reservefonds zur Dotation des Credit-Vereins.

Von der Administration des Credit-Vereins.

- §. 59. Verpflichtungen der Credit-Commission.
- §. 60. Beschlüsse und Beschlussfähigkeit der Credit-Commission.
- §. 61. Geschäftsführung der Credit-Commission.
- §. 62. Leitung des Verfahrens bei den Taxationen und Beaufichtigung der Verwaltung zu administrierender Güter-Geschäftsordnung.
- §. 63. Pflichten des Rechtsconsulenten.
- §. 64. Pflichten des Cassirers im Allgemeinen.
- §. 65. Pflichten des Cassirers bei Auszahlungen.
- §. 66. Pflichten des Cassirers bei Capital-Anleihen.
- §. 67. Führung eines Diariums und von Manualen.
- §. 68. Bestellung einer Dienstcaution.
- §. 69. Pflichten des Registrators.
- §. 70. Feststellung der Remunerationen und Besoldungen.

§. 71. Eidesformeln der Officianten.

§. 72. Beginn der Wirksamkeit des Vereins.

§. 73. Bestimmungen über die erste Wahl der Credit-Commission.

Anlage I. Eidesformeln für die Mitglieder der Credit-Commission, für den Rechtsconsulenten, für den Cassirer, für den Registrator.

Anlage II. Formular zur Verpfändung der Güter der einzelnen Mitglieder.

Anlage III. Formular einer Schuld-Verschreibung des ritterschaftlichen Credit-Vereins für das Herzogthum Braunschweig und Formular der Zinscoupons.

Criminaljustiz.

Gesetz, die Abänderung des Verfahrens und der Gebührentaxe für die Rechtsbeistände in Privat-Anklagesachen betreffend.

8/22. März 1861 Nro. 11 Seite 57.

§. 1. Zulassung eines Güteversuchs-Termins in Privatanklagesachen.

§. 2. Competenz der Amts- und Stadtgerichte in Privatanklagesachen in Folge Prorogation der Parteien.

§. 3. Feststellung von Pauschsätzen für die Rechtsbeistände der Parteien.

§. 4. Kreisgerichtliche Taxen in den dem Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig ausnahmsweise überwiesenen Privatanklagesachen.

§. 5. Kosten, welche neben dem Pauschsatz zu entrichten sind.

§. 6. Unveränderlichkeit des Pauschsatzes beim Wechsel der Rechtsbeistände vor Erledigung der Sache.

§. 7. Veränderung des Pauschsatzes bei Vertretung mehrerer Ankläger oder Angeklagten in derselben Sache.

Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen der Gebührenordnung in Straffachen.

Gesetz, die Kosten der Obduction und Section der Leichen von Selbstmördern betreffend. 8/22. März 1861 Nro. 12 Seite 63.

§. 1. Ersatz solcher Kosten aus dem Nachlasse des Selbstmörders.

§. 2. Feststellung der Kosten durch Herzogl. Kreisgericht und Entscheidung darüber in letzter Instanz durch den Anklagesenate des Obergerichts.

§. 3. Suspension der Kosten-Einzahlung auf Einspruch der Erben oder des Nachlass-Curators des Entlebten.

Gesetz, Abänderung der Bestimmungen des Criminalgesetzbuchs über das Verbrechen des Bankerotts betreffend. 15. September 1863 Nro. 33 Seite 543.

7. October

§. 1. Betrüglischer Bankerott.

§§. 2 u. 3. Leichtsinziger Bankerott.

§. 4. Erschwerungsgründe.

§. 5. Gesetzeskraft.

Gesetz, die Freiheitsstrafen und deren Vollziehung betreffend.

4 August 1864 Nro. 48 Seite 269.

10 Septbr.

§§. 1—12. I. Allgemeine Bestimmungen über die Freiheitsstrafen und deren Vollziehung.

§§. 13—23. II. Besondere Bestimmungen über die Strafvollziehung in der Landesstrafanstalt zu Wolfenbüttel und dem dazugehörigen Zellengefängnisse.

§§. 24—29. III. Uebergangsbestimmungen.

Plenarbeschluss des Herzogl. Obergerichts über die Zulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen Seitens eines Privatanklägers.

6/28. Februar 1865 Nro. 9 Seite 25.

Wegen Verletzung des Strafgesetzes steht wie dem öffentlichen Ankläger auch dem Privatankläger die Nichtigkeitsbeschwerde nicht zu.

Gesetz, Abänderungen und Ergänzungen des Criminalgesetzbuches betreffend.

3/15. August 1867 Nro. 61 Seite 487.

§. 1. Verbrechen des Hochverrathes gegen den Norddeutschen Bund.

§. 2. Verbrechen des Landesverrathes gegen den Norddeutschen Bund.

§. 3. Bestrafung von Beleidigungen und Verläumdungen der Landesversammlung.

Plenarbeschluss des Herzogl. Obergerichts in Betreff der Merkmale durch welche sich der Fischdiebstahl von der Fischereiwroge unterscheidet.

16/27. October 1868 Nro. 73 Seite 221.

Bundesgesetzgebung.

Vertrag zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutschen Bundes einerseits und den Vereinigten Staaten von Nordamerika andererseits wegen der in gewissen Fällen zu gewährenden Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher. Vom 16. Juni 1852. Bd.-Ges.-Bl. Seite 231.

Rescripte u.

Schreiben des Königl. Preuß. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an Herzogl. Staatsministerium zu Braunschweig vom 4. Januar 1860.

Das Herzogl. Braunschweigische hochlöbliche Staatsministerium beehre ich mich in Erwiedering auf das gefällige Schreiben vom 25. November v. J. ergebenst zu benachrichtigen, dass der Königl. Oberstaatsanwalt von dem Herrn Justizminister mittelst Erlasses vom 24. v. M. beauftragt worden ist, dem Polizeianwalte zu Osterwief die Anweisung zu ertheilen, gegen die Dienstmagd Dorothea Rust aus Osterwief wegen der von derselben in Braunschweig begangenen Uebertretung, falls die gerichtliche Verfolgung der letztern nicht etwa durch inzwischen eingetretene Verjährung ausgeschlossen sein sollte, dem diesfälligen Antrage der Herzoglich Braunschweigischen Staatsanwaltschaft zu Braunschweig gemäß das entsprechende Verfahren einzuleiten.

Was die, aus Anlaß dieses Falles Seitens des hochlöblichen Staatsministeriums gleichzeitig in Anregung gebrachte Frage betrifft, ob und in wie weit eine den Ausführungen des in Abschrift hieher gefälligst mitgetheilten Berichts des Herzogl. Braunschweigischen Oberstaatsanwalts vom 8. November v. J. entsprechende Declaration oder Ergänzung der zwischen den beiderseitigen Staaten bestehenden Uebereinkunft zur Beförderung der Rechtspflege vom 4/9. December 1841 rathsam erscheinen möchte, so hat die Königl. Regierung sich ihrerseits nur für die Verneinung dieser Frage zu entscheiden vermocht.

Von den bezüglichlichen beiden Vorschlägen, deren Erörterung der bezeichnete Bericht enthält, gründet sich der erstere auf die, von dem Herzogl. Braunschweigischen Oberstaatsanwalte auch für den vorliegenden Fall geltend gemachte Ansicht, daß die Handhabung der durch die Art. 36—38 der Uebereinkunft vereinbarte Bestimmungen zur Beförderung der Rechtspflege an die zur Zeit des Vertragsschlusses in beiden Ländern bestandenen materiellen Strafgesetze gebunden sei.

Diese Ansicht läßt sich jedoch nach der Auffassung der Königl. Regierung weder aus dem Wortlaute der Uebereinkunft, noch aus dem Principe rechtfertigen, welches die Grundlage der betreffenden Vertragsbestimmungen bildet. Dies an die Spitze des Art. 36 gestellte Grundprincip, wonach jeder der beiden Staaten es übernommen hat, die strafrechtliche Verfolgung der von seinen Unterthanen im Gebiete des anderen Staats begangenen Handlungen selbst zu bewirken, wird durch die materielle Entwicklung der beiderseitigen Strafgesetzgebungen unzweifelhaft nicht berührt und demgemäß enthält auch die Uebereinkunft keinerlei Bestimmung, aus welcher eine gegenseitige Verpflichtung herzuleiten wäre, jene strafrechtliche Verfolgung in Gemäßheit der zur Zeit des Vertragsschlusses bestandenen Strafgesetze zu bewirken. Die in dieser Beziehung von dem Herzogl. Braunschweigischen Oberstaatsanwalte gewünschte Festsetzung würde mithin eine Abänderung der Uebereinkunft bedingen, welche indessen von der Königl. Regierung weder für nothwendig noch für zweckmäßig erachtet werden kann.

Ebenso wenig scheint der Königl. Regierung ein Bedürfniß vorzuliegen, der Uebereinkunft vom 4/9. December 1841 diejenige besondere Declaration hinzuzufügen, auf welche sich der zweite Vorschlag des Herzogl. Braunschweigischen Oberstaatsanwalts bezieht. Nach dem bereits erwähnten, durch den Art. 36 festgestellten allgemeinsten Grundsatz hat jeder der beiden Staaten sich zur strafrechtlichen Verfolgung aller derjenigen von seinen Unterthanen in dem Gebiete des anderen Staats begangenen Handlungen verpflichtet, welche die eigene Gesetzgebung unter Strafe stellt.

Eine principielle Unterscheidung danach, ob die betreffenden Handlungen sich nach der eigenen Gesetzgebung als Verbrechen, Vergehen oder als Uebertretungen im engeren Sinne charakterisiren, läßt sich weder aus der jenem allgemeinen Grundsatz in der Uebereinkunft zu Theil gewordenen Wortfassung, noch aus dem sonstigen Inhalte der Art. 36—38 herleiten. Die beiden in dieser Hinsicht in Betracht kommenden Vertragsbestimmungen, welche überhaupt eine besondere Beziehung zu der vertragsmäßigen Behandlung der Uebertretungen im engeren Sinne darbieten, sind

1. Die Vorschrift des Art. 37, wonach die unter gewissen factischen Voraussetzungen dem Staate, welchem der resp. Unterthan angehört, ausnahmsweise auferlegte Verbindlichkeit zur Vollstreckung des vor dem Richter des Staates, in dessen Gebiet die Handlung begangen ist, gefällten Straferkenntnisses trotz des etwaigen Vorhandenseins jener factischen Voraussetzungen dennoch nicht Platz greifen soll, sobald die fragliche Handlung nach den Gesetzen des Staates, welchem der Thäter angehört, bloß als eine polizei- oder finanzgesetzliche Uebertretung erscheint.

Aus dieser Ausschließung der polizei- und finanzgesetzlichen Uebertretungen von der gedachten ausnahmsweisen Begünstigung des dem Orte der Handlung nach theiligten Staats läßt sich indessen nach der Ansicht der Königl. Regierung keine andere Folgerung herleiten, als daß die betreffenden Fälle unbedingt nur nach der allgemeinen Vertrags-Regel zu behandeln sind. Wo es sich um eine polizei- oder finanzielle Uebertretung handelt, da ist für die Richter beider Staaten ein Erkenntniß des resp. ausländischen Richters unter keinen Umständen, sondern lediglich die eigene Gesetzgebung maßgebend.

2. Findet sich in Beziehung auf die Uebertretungen in dem Art. 38 insofern, als dasselbst als solche Handlungen, welche in dem einen Staate als strafbar, in dem andern als straflos gedacht werden, beispielsweise die Uebertretungen eigenthümlicher Abgabengesetze, Polizeivorschriften und dergleichen erwähnt worden sind.

Der fragliche Artikel läßt jedoch nach der Ansicht der Königl. Regierung sowohl hinsichtlich seiner Wortfassung, als auch in seinem Zusammenhange mit dem Art. 36 keinen Zweifel darüber bestehen, daß das Kennzeichnende der angeführten Beispiele lediglich darin zu suchen ist, daß Uebertretungen der dem einen Staate eigenthümlichen Abgabengesetze, seiner eigenthümlichen lokalen Vorschriften und dergleichen gemeint worden sind, wobei die besondere Hervorhebung jener Beispiele ihre naheliegende Erklärung dadurch findet, daß die Fälle solcher nur einem Staate eigenthümlichen Strafbestimmungen allerdings bei Weitem am häufigsten im Bereiche der lokalen Polizeivorschriften und der besondern Abgabengesetze jedes Staates vorkommen werden.

Eine Interpretation, welche etwa aus diesen Beispielen den Ausschluß der vertragsmäßigen strafrechtlichen Verfolgung in Beziehung auf alle sich nach der theiligten Gesetzgebung überhaupt als Uebertretungen im engeren Sinne darstellenden Handlungen folgern wollte, würde nach der Ansicht der Königl. Regierung jedes Anhalts entbehren.

Aus den vorstehend dargelegten Gesichtspunkten hat auch, wie ich noch in Beziehung auf den vorliegenden Fall ergebnis bemerke, der Herr Justizminister nicht Anstand genommen, die Seitens des Polizeianwalts zu Osterwieck resp. Seitens der Königl. Oberstaatsanwaltschaft zu Halberstadt erfolgte Ablehnung der diesseitigen gerichtlichen Verfolgung der Dorothea Must als ungerechtfertigt zu reproberen, da die der p. Must zur Last gelegte Handlung sich als eine durch die in Preußen gegenwärtig geltenden allgemeinen Strafgesetze mit Strafe bedrohte Uebertretung charakterisirt. 2c.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte
vom 26. März 1860.

Die Gesetze vom 4. Mai 1858 über die Zuständigkeit des Criminalsenats des Obergerichts und der Schwurgerichte — Nro. 25, und Abänderungen der Strafprocessordnung betreffend, Nro. 26, sind in Beziehung auf die Competenz der Schwurgerichte und Kreisgerichte und in Beziehung auf die Unterscheidung zwischen der erhöhten und ordinären Competenz der Herzoglichen Kreisgerichte von den Herren Staatsanwälten nicht durchgängig in gleicher Weise aufgefaßt und gehandhabt.

Es ist vor Allem daran festzuhalten, daß

I. was die Competenz betrifft durch das Gesetz vom 4. Mai 1858 Nro. 25 mit Beseitigung der Ausnahmebestimmungen im §. 2 des Gesetzes vom 31. October 1851 Nro. 45 der Grundsatz in seine volle Geltung wieder eingesetzt ist, daß die Zuständigkeit nach der höchsten durch das Gesetz angedroheten Strafe sich bestimmt,

Gesetz vom 15. October 1832 Nro. 29 §. 20¹.

Landesherrliches Patent vom 10. Juli 1840 §. X.

Rescript vom 14. Juni 1843. Bege, Repert. Th. V. S. 36 u. 37.

Gesetz vom 21. August 1849 über die Gerichtsverfassung §. 8 Abs. 7.

Strafprocessordnung §. 11.

und unter der angedroheten Strafe ist nicht lediglich die für das einzelne Verbrechen in thesi festgesetzte, sondern diejenige zu verstehen, welche bei Berücksichtigung der allgemeinen Bestimmungen des Crim.-Ges.-Bs. und namentlich daher bei Berücksichtigung concurrirender Straferhöhungs- (oder Schärfungs)- gründe — mit Ausnahme jedoch des singulären Strafverwandlungsfalls §. 58 Abs. 3 des Crim.-Ges.-Bs. — sich ergibt,

Landesherrliches Patent §. X. cit.

Strafprocessordnung §. 140. Abs. 6.

Neue Redaction der Strafprocessordnung §. 92.

während selbstverständlich die nur der richterlichen Würdigung anheim fallenden, regelmäßig nach den besonderen Umständen des Falles erst auf Grund der Sachverhandlung zu bemessenden Erschwerungs- und Minderungsgründe auf die Bestimmung der Competenz ebensowenig einwirken können, wie das ebenfalls erst auf den Grund der Sachverhandlung etwa in Anwendung zu bringende richterliche Strafmitderungsrecht nach §. 62 des Crim.-Ges.-Bs.,

Landesherrliches Patent §. X. cit. und

Motive, Seite 132 u. 213 des Crim.-Ges.-Bs. in der Brehmannschen Ausgabe.

Die Straßerabsetzungs- (oder Milderungs)- gründe betreffend, so könnte die Consequenz zu der Ansicht führen, daß sie gleich den Straßerhöhungsgründen die Competenz mit zu bedingen und daher eine niedere Competenz zu begründen geeignet seien, wie umgekehrt die Straßerhöhungsgründe eine höhere.

Indess sollte schon nach §. 20 Nro. 1 des Gesetzes vom 15. October 1832 cit. die durch das Strafmaß in thesi bestimmte Competenz keine Aenderung erleiden, wenn auch aus

„besonderen Milderungsgründen“, unter denen nach der späteren Terminologie des Crim.-Ges.-Bs. immerhin die technisch s. g. Strafmilderungs- oder Herabsetzungsgründe — §. 60 und 61 des Crim.-Ges.-Bs. — verstanden werden durften, von diesem Strafmaße abzugehen war, — und obwol im Gegensatz zu dieser Vorschrift nach den Motiven zu §. X. des Landesherrlichen Patents vom 10. Juli 1840 — Crim.-Ges.-B. Seite 132 — angenommen werden könnte, daß diese Straferabsetzungsgründe gleichfalls schon, wie die Straferhöhungsgründe bei der Competenzbestimmung berücksichtigt werden sollten, so ist doch ein solches Princip in der Praxis nicht zur allgemeinen Geltung gelangt, das Gegentheil vielmehr z. B. in Bezug auf Minderjährigkeit dadurch anerkannt, daß in dem Gesetze vom 31. October 1851 §. 2 cit. der Minderjährigkeit ausdrücklich erst noch die Wirkung beigelegt wurde, bei einem mit Zwangsarbeit über 1 Jahr bedrohten und deshalb damals schwurgerichtlichen Verbrechen die freisgerichtliche Competenz zu begründen, was nicht erforderlich gewesen wäre, wenn das in den Motiven zu §. X. cit. ausgesprochene Princip zur Geltung gelangt und danach schon von selbst bei Verbrechen der bezeichneten Art die freisgerichtliche statt der schwurgerichtlichen Competenz begründet gewesen wäre, conf. auch Commissionsbericht zu den Verhandlungen der Landesversammlung de 1851, Anlage 6 zu Nro. 196 pag. 5. Abf. 3.

Eine nicht minder unzweideutige Anerkennung des Grundsatzes, daß die Straferabsetzungsgründe bei Bestimmung der Competenz unberücksichtigt zu lassen sind, liegt zugleich in der Vorschrift des §. 140 der Strafproceßordnung, nach welcher darüber, ob Straferabsetzungsgründe vorliegen, von den Geschwornen zu entscheiden ist. Diese Entscheidung würde den Geschwornen in allen Fällen entzogen sein, in denen das an sich schwurgerichtliche Verbrechen z. B. wegen Minderjährigkeit des Angeeschuldigten auf ein die freisgerichtliche Competenz begründendes Strafmaß zurücksinken müßte, sofern nach dieser Berücksichtigung von vornherein auch die Competenzfrage zu entscheiden wäre, also die Aburtheilung gar nicht an das Schwurgericht gelangen würde.

Mit dem völlig veränderten Competenzverhältnisse, wie es durch das Gesetz vom 4. Mai 1858 Nro. 25 eingeführt wurde, sind nun die auf ganz andere Competenzverhältnisse berechneten Bestimmungen im §. 2 des Gesetzes vom 31. October 1851 cit. theils als nicht mehr zutreffend, theils als Ausnahmen von einer nicht mehr bestehenden Regel — außer Wirksamkeit getreten und die gegenwärtig bestehenden Competenzverhältnisse lediglich nach den vorstehend hervorgehobenen allgemeinen Grundsätzen zu beurtheilen.

conf. auch Neue Redaction der Strafproceßordnung §. 11.

Hieraus ergibt sich denn von selbst, daß

1. ein Verbrechen, welches im maximo mit Zwangsarbeit bis von 1 Jahre oder Gefängniß bis von 3 Jahren bedrohet ist, bei concurrirender Rückfälligkeit des Thäters als mit höherer Strafe wie 1 Jahr Zwangsarbeit oder 3 Jahr Gefängniß bedrohet, anzusehen ist, mithin zur erhöhten freisgerichtlichen Competenz gehört;

daß 2. in den Fällen der idealen Concurrrenz

§. 35 Abf. 1 des Crim.-Ges.-Bs.

und ebenso auch in den Fällen der realen Concurrrenz

§. 55 Abf. 2 und 3 des Crim.-Ges.-Bs.

wo sie eine höhere Strafe als 1 Jahr Zwangsarbeit oder 3 Jahre Gefängniß im maximo begründet, dasselbe gilt — auch sogar

3. im Falle der realen Concurrenz die schwurgerichtliche Competenz begründet sein kann, wenn in Anwendung des §. 55 Abs. 3 des Crim.-Gef.-Bs. auf eine härtere Strafart als Zwangsarbeit erkannt werden könnte, z. B. bei mehreren Diebstählen, wenn der Werth des Gestohlenen 500 Thaler übersteigt; daß dagegen

4. ein mit Zwangsarbeit über 1 Jahr oder mit Gefängniß über 3 Jahre bedrohetes Verbrechen ungeachtet der Minderjährigkeit des Angeschuldigten, oder wegen sonstiger concurrirender Strafherabsetzungsgründe

§. 60 und 61 des Crim.-Gef.-Bs.

aus der erhöhten freisgerichtlichen Competenz in die ordinaire freisgerichtliche Competenz nicht zurückfällt,

ebensowenig

5. wegen der Minderjährigkeit des Angeschuldigten oder wegen der sonstigen Strafherabsetzungsgründe ein mit Zuchthaus bedrohetes Verbrechen aufhört ein schwurgerichtliches zu sein.

II. In der Behandlung macht das Gesetz vom 4. Mai 1858 Nro. 26 in den §§. 1, 2, 3 keinen Unterschied

A. zwischen den früherhin schwurgerichtlichen Straffällen, welche der freisgerichtlichen Competenz durch das Gesetz vom 31. October 1851 §. 2 cit. zugewiesen waren und

B. den bisher schwurgerichtlichen Straffällen, welche erst neuerdings durch das Gesetz vom 4. Mai 1858 Nro. 25 §§. 1 und 3 der freisgerichtlichen Competenz zugewiesen sind,

Commissionsbericht zu den Landtags-Verhandlungen de 1858,

den Gesetzentwurf wegen Aenderungen der Strafproceßordnung betreffend —

Anlage 17 zu Nro. 6 Seite 2 u. 3

und in Ermangelung eines solchen Unterschiedes ist daher die Behandlungsweise der Straffälle unter A und B auch eine gleiche

1. in Betreff der Richter, welche die Entscheidung abzugeben haben

Gesetz vom 4. Mai 1858 Nro. 25 §. 3.

2. in Betreff der Beiordnung eines Vertheidigers

Gesetz vom 4. Mai 1858 Nro. 26 §. 1.

3. in Betreff des Erfordernisses der Voruntersuchung

Gesetz cit. §. 2.

4. in Betreff des Einstellungsverfahrens

Gesetz cit. §. 3.

Zur Sicherung der erforderlichen Gleichmäßigkeit des Geschäftsganges werden die Herren Staatsanwälte angewiesen, in vorkommenden Fällen nach den vorbemerkten Grundsätzen zu verfahren.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium vom 7. April 1860.

Wir eröffnen dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium auf den Bericht vom 13. Januar d. J. Nro. 720, dass bei Erlass Unseres Rescripts vom 18. Juli 1855, die Honorirung der im öffentlichen Dienste verwandten Medicinalpersonen betreffend, nicht die Absicht obgewaltet hat, die Bestimmungen unter A. III. der zu der Strafprocessordnung vom 22. August 1869 gehörenden „Sportel- und Gebühren-Ordnung in Strafsachen“ irgend wie zu modificiren, sondern dass die durch das gedachte Rescript in Wirksamkeit gesetzten Gebühren-Tarife nur in polizeilichen, medicinalpolizeilichen und administrativen Angelegenheiten maßgebend sind.

Wir bemerken dabei, dass dem Physikus und dem Landchirurgus zu Blankenburg für Geschäfte in Strafsachen eine besondere Vergütung — neben dem ihnen bewilligten Dienstgehälter — nicht gebührt.

Rescript Herzogl. Obergerichts an die Herzoglichen Kreisgerichte vom 28. September 1860.

Vom Oberstaatsanwalte ist uns angezeigt worden, dass einige der Herzogl. Kreisgerichte in ihren Erkenntnissen die Dauer der Detention für in die Besserungs- und Arbeitsanstalten aufzunehmende Corrigenden nicht nach Monaten und Jahren, wie §. 6 des Gesetzes vom 29. Juli 1833 Nro. 19 vorschreibt, festsetzen, sondern auf einen bestimmten Anfangstermin, z. B. „Detention von 3 Jahren vom Tage der Rechtskraft des Erkenntnisses an“, oder auf einen bestimmten Endtermin, z. B. „Detention bis Ostern 1860“ oder „bis 1. Septbr. 1860“ zu verstellen pflegen.

Da hierdurch Unzuträglichkeiten entstehen, wenn die Aufnahme zu der im Erkenntnisse bestimmten Zeit, z. B. wegen Krankheit des Corrigenden, nicht zu bewerkstelligen ist, oder die Fortdauer der Detention während der bestimmten Zeit, z. B. wegen Entziehung aus der Anstalt, unterbrochen wird; so veranlassen wir die Herzogl. Kreisgerichte, die Dauer der Detention nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschrift nach Monaten und Jahren festzusetzen, dabei jedoch, soweit die Verhältnisse zur Zeit der Abgabe des Erkenntnisses übersehen werden können, durch entsprechende Berechnung und Ausmessung des Zeitraums thunlichst zu vermeiden, dass die Detention kurz vor dem Winter oder während der Winterzeit beendet werde,

Rescript vom 18. Juni 1847. Bege Repert. VI. S. 13

und nur für Kinder regelmäßig deren Confirmation als Endpunkt der Detention zu bestimmen.

Rescript vom 17. Februar 1842. Bege Repert. V. S. 9.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Oberstaatsanwalt vom 4. October 1860.

Ihr Bericht vom 27. v. M., wegen den öffentlichen Anklägern zu verwilligender Diäten ist Uns zugegangen, und wie Wir mit der darin vorgetragenen Ansicht einverstanden sind, so

Bege's Repert. IX. Th.

wollen Wir hiermit genehmigen, dass den genannten Beamten, wenn dieselben in dieser Eigenschaft in den bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten anhängigen Anklagesachen, in Folge gerichtlicher Aufforderungen, Reisen zu einem gerichtlichen Termine nach einem außerhalb ihres Wohnorts belegenen Orte machen, an Diäten für einen halben Tag 12 Gr., für eine längere Dauer pro Tag 20 Gr. und für eine Nacht 15 Gr. auf vorgängige Liquidation aus der betreffenden Gerichtskasse ausgezahlt werden.

Sie haben daher hiernach das Weitere zu verfügen, und sind die sämmtlichen Kreisgerichtsdirectoren von dieser Anordnung durch abschriftliche Mittheilung gegenwärtigen Rescripts in Kenntniss gesetzt.

Rescript des Oberstaatsanwalts an den Staatsanwalt zu Gandersheim vom 16. October 1860.

Auf Ihren Bericht vom 8. d. M. wegen Ertheilung der Beerdigungsscheine bei plötzlichen Todesfällen eröffne ich Ihnen Folgendes:

Nach dem auf Grund des Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 27. September 1859 erlassenen Circularrescripte Herzogl. Obergerichts vom 30. ejusd., welches, soweit es die Kompetenzverhältnisse der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, namentlich der Amts- und Stadtgerichte zum Gegenstande hat, auf Selbstmörder und deren Beerdigung nicht zu beschränken, vielmehr auf plötzliche Todesfälle unter auffallenden Umständen überhaupt zu beziehen ist, unterliegt es keinem weiteren Zweifel, dass vermöge der veränderten Gerichtsorganisation die Initiative für derartige Untersuchungen, ferner deren Einstellung und die Ertheilung der Beerdigungsscheine an sich als ein Attribut der Staatsanwaltschaft anzusehen ist, — vorbehältlich des Einschreitens und der Mitwirkung der Herzogl. Amts- und Stadtgerichte oder der Untersuchungsrichter in den Fällen des §. 32 und 37 der Str.-Pr.-Ord., in welchen sodann auch von diesen Behörden die Beerdigungsscheine zu ertheilen sein werden, wenn dies bei etwa unthunlicher Aufschiebung der Beerdigung dem Staatsanwalte ohne Inconvenienzen nicht überlassen bleiben kann.

Die Anfrage des Pastors Münnich zu Lutter am Bge in dem Berichte an Herzogl. Consistorium vom 15. August d. J. betrifft auch mehr nur den Inhalt Ihres Schreibens an denselben vom 13. ejusd., insofern danach das Verfahren sich so gestalten würde, dass der Ortsgeistliche die Beerdigung Verunglückter oder Selbstmörder zuzulassen hätte, wenn ihm von einem der bei dem betreffenden Amtsgerichte angestellten öffentlichen Ankläger die Mittheilung zugeht, dass derselben kein Bedenken entgegenstehe, — die jedesmalige schriftliche Bescheinigung des Staatsanwalts aber erst weiterhin, nachdem die betreffenden Verhandlungen von dem öffentlichen Ankläger an ihn eingesandt sind, erfolgen würde. Das in dieser Beziehung von dem Pastor Münnich erhobene Bedenken muss ich für begründet halten, so lange die Vorschrift des Regiminalrescripts vom 9. Mai 1818 — Bege Repert. I. S. 24 — fortbesteht, nach welcher die Prediger bei plötzlichen Todesfällen unter auffallenden Umständen die Beerdigung des Leichnams nicht eher als nach Beibringung einer schriftlichen Erlaubniss der betreffenden Gerichtsbehörde zu gestatten haben.

An die Stelle der betreffenden Gerichtsbehörde ist der Staatsanwalt als gleichberechtigter Beamte der Justiz getreten und wenn auch die Constatirung der Todesursache bei plötzlichen Todesfällen, so lange sie nicht wegen Verdachts eines Verbrechens oder des Verschuldens Anderer in ein strafprocessualisches Verfahren übergeht, nur als eine Maßregel der gerichtlichen Polizei sich darstellt, so ist diese nach Maßgabe der obwaltenden Ressortverhältnisse doch nicht in die Hand des öffentlichen Anklägers bei dem Amts- oder Stadtgerichte gelegt, der eben deshalb auch gütlig keine Erlaubniß zur Beerdigung ertheilen kann.

In der That ist das auch keineswegs Ihre eigene Meinung, da die Ertheilung des eigentlichen Erlaubnißscheins vielmehr von Ihnen vorbehalten wurde; indess würde doch immer der Prediger, welcher schon auf den Grund der gedachten Erklärung eines öffentlichen Anklägers die Beerdigung gestattete, dies ohne die vorschriftsmäßige obrigkeitliche schriftliche Erlaubniß gethan haben und sein Recht oder seine Verpflichtung dazu wird ihm angesichts des Rescripts vom 9. Mai 1818 mit Grunde als bedenklich erscheinen müssen.

Der Ortsgeistliche wird hiernach immer, bevor er die Beerdigung bei plötzlichen Todesfällen gestattet, von Ihnen oder in den Fällen des §. 32 der Str.-Pr.-Ord. von dem betreffenden Amtsgerichte oder Untersuchungsrichter mit dem Beerdigungsscheine zu versehen sein, und indem ich Sie anweise, in Uebereinstimmung mit dieser, für das Verhalten der Prediger noch zur Zeit gesetzlich bestehenden Norm zu verfahren, habe ich zugleich befußte Mittheilung an Herzogl. Consistorium hierneben gelangen lassen.

Ich verkenne dabei nicht, daß Sie in manchen Fällen nach dem Berichte des öffentlichen Anklägers hinreichend zu beurtheilen im Stande sein würden, ob der Beerdigungsschein zu ertheilen oder die Beerdigung zu inhibiren sei, und daß die größeren Kosten einer gerichtlichen Constatirung der Todesursache oft nicht zu vermeiden sein werden, wenn der vorschriftsmäßige Beerdigungsschein vor der Beerdigung ertheilt sein muß, die Weite der Entfernung oder sonstige Umstände aber der zeitigen Ertheilung desselben durch Sie hinderlich sind. Indess darf doch die Rücksicht auf Kostenersparung und Vereinfachung des Verfahrens, wie erheblich sie auch bei der großen Anzahl solcher Todesfälle erscheint, einer Abweichung von den bestehenden Vorschriften keinen Eingang verschaffen, deren etwaige zweckdienliche Aenderung vielmehr höherer Erwägung vorbehalten bleiben muß.

Was die sonst noch von Ihnen berührten Punkte betrifft, so könnte

1. das Landesherrliche Rescript vom 19. März 1766 — Fredericksdorf, Prompt. II. Seite 579 — indem es die Section oder deren Unterlassung von dem Crachten der adhibirten Periti abhängig macht, die Annahme begünstigen, als ob deren Zuziehung zur Obduction alle Mal vorausgesetzt und eine gerichtliche Obduction unter Zuziehung der Gerichtsärzte daher jeder Zeit erforderlich sei.

Eine solche Voraussetzung ist jedoch in dem neueren Regiminalrescripte vom 8. October 1823 — Bege Repert. I. Seite 31 und No. 1 daselbst — nicht wiederum ausgesprochen und ich bin deshalb, sowie wegen der gerichtspolizeilichen Eigenschaft der Constatirung von Todesfällen, die keinen Verdacht fremder Verschuldung darbieten, mit Ihnen darüber einverstanden, daß eine solche Constatirung allein von dem Staatsanwalte ohne Zuziehung des Gerichts und

daher selbstverständlich auch ohne gerichtsarztliche Obduction geschehen kann, halte auch dafür, daß es in gleicher Weise von dem Ermessen des auf Grund des §. 32 der Str.-Pr.-Ord. einschreitenden Amts- oder Stadtgerichts resp. Untersuchungsrichters abhängt, ob die Zuziehung der Gerichtsärzte behuf der Obduction erforderlich oder entbehrlich ist und daß durch deren unnöthige Zuziehung in vielen Fällen dem Staate Kosten verursacht werden, auf deren Vermeidung hinzuwirken ist.

Dagegen läßt sich

2. von vornherein nicht bestimmen, ob die Constatirung der Todesursache auf ein Verbrechen oder Verschulden Anderer hinweisen wird und von der Voraussetzung, daß ein derartiger Verdacht vorliege, principiell die Zulässigkeit des Einschreitens der Amts- und Stadtgerichte oder des Untersuchungsrichters auf Grund der Vorschriften im §. 32 der Str.-Pr.-Ord. abhängig zu machen, scheint mir daher nicht statthaft zu sein, während allerdings diese Vorschriften, als auf Eilsfälle und Sicherungsmaßregeln bezüglich, wol von selbst die Anleitung geben, daß die Gerichte nicht officiell thätig werden, wenn das Einschreiten des Staatsanwalts den Umständen nach vorerst unbedenklich erwartet werden kann.

Sie werden hiernach auch bemessen, in wie weit die den öffentlichen Anklägern von Ihnen ertheilte Instruction einer Abänderung bedarf und in wie weit eine Modification der anscheinend unterm 11. October v. J. den Herzogl. Amtsgerichten von dem Herzogl. Kreisgerichte Gandersheim ertheilten, bei den mitgetheilten Acten jedoch nicht befindlichen, Anweisung zu veranlassen sein wird. 2c.

Rescript des Königlich Preussischen Justizministers an das Königliche Appellationsgericht zu Magdeburg vom 31. October 1860.

Dem Königl. Appellationsgerichte wird auf den Bericht vom 29. v. Mts., die Untersuchung wider den Handlungsdieners Kayser betreffend, eröffnet, daß die Weigerung des Stadt- und Kreisgerichts zu Magdeburg, der Requisition der Herzogl. Braunschweigischen Staatsanwaltschaft zu Helmstedt zu genügen, für ungerechtfertigt zu erachten ist.

Die Competenz der Braunschweigischen Behörde zur Untersuchung wider den p. Kayser ist in Gemäßheit des Art. 37 der zwischen der Königl. Preussischen und Herzogl. Braunschweigischen Regierung getroffenen Uebereinkunft vom 4/9. December 1841 — Gesefsammlung von 1842 S. 9 — dadurch begründet worden, daß derselbe sich in dem Gebiete des Herzogthums eines auch in den diesseitigen Staaten mit Strafe bedroheten Vergehens schuldig gemacht haben soll und dieserhalb während seines Aufenthalts im Braunschweigischen Gebiete zur criminalrechtlichen Verantwortung gezogen worden ist.

Die Braunschweigischen Behörden waren daher befugt, den Angeschuldigten, nachdem er ergriffen worden, bis zur Aburtheilung im Gefängnisse zurückzuhalten, und die Preussische Behörde würde nach dem unzweideutigen Wortlaute des angezogenen Art. 37 verpflichtet gewesen sein, das gegen den Verurtheilten ergangene Erkenntniß auf Requisition des Braunschweigischen Gerichts in Preußen zu vollstrecken.

Wenn nun die Braunschweigische Behörde von ihrem Rechte, den in Braunschweig ergriffenen und zur Untersuchung gezogenen Angeschuldigten bis zum Austrage der Sache in Haft zurück zu behalten, keinen Gebrauch gemacht, ihm vielmehr die Vergünstigung hat zu Theil werden lassen, gegen Handgelöbniss in seine Heimath entlassen zu werden, — so kann aus dieser einem diesseitigen Unterthan gewährten Vergünstigung offenbar nicht das Recht hergeleitet werden, der Braunschweigischen Regierung diejenige Rechtshülfe zu versagen, welche ihr vertragsmäßig geleistet werden muss, wenn sie dem diesseitigen Unterthan jene Vergünstigung nicht gewährt und denselben bis zur Urtheilsfällung in Haft gehalten hätte.

Denn dass die freiwillige Entlassung eines Angeschuldigten gegen Handgelöbniss nicht mit der „Flucht“ eines Ergriffenen auf eine Linie und deshalb in ihren rechtlichen Folgen nicht gleich zu stellen sei, liegt so sehr auf der Hand, dass die entgegenstehende Ausführung in dem Berichte vom 29. v. Mts. durchaus unzutreffend erscheint.

Bei der Pflicht der diesseitigen Regierung: die vertragsmäßig übernommenen Verbindlichkeiten im Sinne des geschlossenen Vertrages zu erfüllen und da über den Umfang dieser Verbindlichkeit im vorliegenden Falle zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen volles Einverständnis herrscht, wird das Königl. Appellationsgericht hierdurch angewiesen:

dem Königl. Stadt- und Kreisgerichte zu Magdeburg ungesäumt aufzugeben, der Requisition um Behändigung der Vorladung der Herzogl. Braunschweigischen Behörde unweigerlich nachzukommen.

Von der erlassenen Verfügung ist Abschrift einzureichen, um den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten davon, zur Benachrichtigung der Herzogl. Braunschweigischen Staatsregierung, in Kenntniss setzen zu können.

Erkenntniss Herzogl. Cassationshofes vom 8. December 1860.

In der Strafprocesssache wider den Dienstknecht Heinrich Hantelmann gen. Kreye zu Sophienthal, wegen Diebstahls, wird auf die von dem Oberstaatsanwälte wider das Erkenntniss des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 20. September 1860 beim Herzogl. Cassationshofe im Interesse des Gesetzes eingeführte Nichtigkeitsbeschwerde — nachdem in der öffentlichen Sitzung vom heutigen Tage der Referent über den Stand der Sache Vortrag gemacht hatte und die Oberstaatsanwaltschaft mit ihren Vor- und Anträgen gehört worden — auf angestellte geheime Berathung und in Erwägung:

dass

1. Herzogliches Kreisgericht Braunschweig in dem abgegebenen Wahrspruche zwar festgestellt hat, dass der Angeklagte dem Schulteschen Sohne zu Zweidorf in der Nacht vom 7/8. Juli 1860 einen Diebstahl an Pferdegeschirr im Betrage von 7 Thlr. 25 Gr. zugefügt habe, imgleichen dass derselbe in Folge kriegsgerichtlichen Erkenntnisses vom 15. Januar 1855 wegen Rame- radendiebstahls zur Vernehmung in die Strafflasse und zu 9 monatiger Festungsstrafe verurtheilt worden, diese Strafe auch vom 23. Januar bis 22. October 1855 abgehüßt habe;

in dem abgegebenen Erkenntnisse aber ausgesprochen hat, dass ein im Sinne des §. 58 des

- Crim.-Ges.-Bs. strafbarer Rückfall nicht vorliege, da ein gegen einen Militair als solchen nach den Kriegsartikeln ergangenes Urtheil bei der Eigenthümlichkeit des kriegsgerichtlichen Strafrechts und des Grundes der Strafbarkeit des Vergehens einem auf das bürgerliche gemeine Criminalgesetzbuch gegründeten Urtheile nicht gleich zu achten sei, und das eigenthümliche Militairvergehen des Kameradendiebstahls den Rückfall nicht begründen kann;
2. nach §. 58 des Crim.-Ges.-Bs. jedoch zur Anwendung der Rückfallsstrafe nur erforderlich ist, daß Jemand schon früher zufolge rechtlichen Erkenntnisses wegen einer gleichen oder gleichartigen Uebertretung ganz oder theilweise Criminalstrafe erlitten hat;
 3. diese Voraussetzungen im vorliegenden Falle zu treffen, indem beide Uebertretungen einen Diebstahl zum Gegenstande haben, und die früher erlittene 9monatige Festungsstrafe, weil sie eine Freiheitsstrafe von 14 Tagen übersteigt, sich als Criminalstrafe characterisirt und auf Grund eines von dem competenten Militairgerichte abgegebenen rechtlichen Erkenntnisses vollzogen ist;
 4. der vom Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig für seine Entscheidung aus dem Unterschiede zwischen Diebstahl nach gemeinem bürgerlichen Strafrechte und Kameradendiebstahl als militairischen Vergehen hergenommene Grund nicht stichhaltig erscheint, indem es zur Anwendung der Rückfallsstrafe nur darauf ankommt, daß die mehrten Uebertretungen in ihrem wesentlichen Bestande gleich oder gleichartig sind, wobei die besonderen Modificationen oder Auszeichnungen außer Acht bleiben, nun aber nicht bestritten werden kann, daß der Kameradendiebstahl seinem Wesen nach auch einen Diebstahl nach dem Begriffe des bürgerlichen Strafrechts in sich schließt;
 5. zur Anwendung der Rückfallsstrafe nicht erforderlich ist, daß die mehrten Uebertretungen von Gerichten gleicher Kategorie und nach demselben Strafgesetze abgeurtheilt werden, indem sowol die von verschiedenen inländischen ordentlichen oder Specialgerichten auf Grund derselben oder besonderer Strafbestimmungen erkannten Criminalstrafen, als auch die von einem auswärtigen Gerichte auf Grund des im Auslande geltenden Strafrechts erkannten Criminalstrafen, wenn nur die verschiedenen Uebertretungen ihrem Wesen nach gleich oder gleichartig sind, den Rückfall begründen

vergl. Motive zu §. 58 des Crim.-Ges.-Bs.

endlich

6. auch der Umstand von keinem Gewichte ist, daß der früher nach den Kriegsartikeln mit 9monatiger Festungsstrafe belegte Kameradendiebstahl zum Betrage von 1 Thlr. 18 gGr. nach den Strafbestimmungen des Crim.-Ges.-Bs. nur polizeilich bestraft sein würde, indem die Rückfallsstrafe alsdann eintritt, wenn Jemand wegen einer gleichen oder gleichartigen Uebertretung Criminalstrafe bereits erlitten und jetzt wiederum Criminalstrafe verwirkt hat und der Geringfügigkeit des Werthes des gestohlenen Gegenstandes ungeachtet auch nach dem Crim.-Ges.-B. vorhandene Auszeichnungen criminelle, zur Begründung der Rückfallsstrafe geeignete Bestrafung zur Folge haben können,

Crim.-Ges.-B. §. 213, 214¹ und ², 215¹ und ², 216 ¹ und ²

hiernach

7. sich ergibt, dass Herzogl. Kreisgericht Braunschweig durch den Ausspruch: dass ein Rückfall nicht vorliege, die Vorschrift im §. 58 des Crim.-Ges.-Bs. verletzt hat nach Ansicht des §. 158. 3 und 170 der Str.-Pr.-Ord. für Recht erkannt:

dass das Erkenntniß des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 20. Septbr. 1860, soweit dasselbe den Angeklagten des Rückfalls für nicht schuldig erkannt hat, wie damit geschieht, als nichtig aufzuheben sei, diese Entscheidung jedoch ohne Einfluss auf die abgeurtheilte Sache bleibe.

Extract aus dem mittelft Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 15. Mai 1861 gebilligten gutachtlichen Berichte Herzogl. Obergerichts vom 8. Januar 1861, das Abolitionsgeſuch des Goldarbeiter Keller in Braunschweig betreffend.

pp. Durch Beschlagnahme des Vermögens wird die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung

Crim.-Ges.-B. §. 71 Nro. 1, §. 72 Abs. 3

nicht aber die Verjährung der bereits erkannten Strafe

Crim.-Ges.-B. §. 71 Nro. 2, §. 72 Abs. 4 u. 5

ausgeschlossen, jedoch werden durch Strafverjährung die mit der erkannten Strafe verbundenen gesetzlichen Folgen

Crim.-Ges.-B. §. 71 Nro. 2 Abs. 2 und §. 17

ebensowenig aufgehoben, als die Vermögensbeschlagnahme, vielmehr bleibt letzte bis zum Tode oder bis zur Todeserklärung des Verurtheilten bestehen

Str.-Pr.-Ord. §. 178.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 23. September 1861.

Da Zweifel darüber entstanden sind,

ob Verjährung erkannter Strafe, oder Verjährung der Rechtsverfolgung gegen flüchtige Verbrecher, ungeachtet geschehener Vermögensbeschlagnahme, eintrete?

so lasse ich den Herren Staatsanwälten zur Nachachtung Abschrift eines darauf bezüglichen, über ein Abolitionsgeſuch des Goldarbeiters Keller aus Braunschweig vom Herzogl. Obergerichte unterm 8. Januar d. J. erstatteten Berichts mit dem Bemerkten zugehen, dass die darin ausgesprochene Ansicht durch Höchſtes Rescript vom 15. Mai d. J. Nro. 387 gebilligt worden ist.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium vom 8. Januar 1861.

In dem für Keller eingereichten Gesuche ist zunächst auszuführen unternommen, dass, da seit dem Erkenntniß des Criminal-Senats vom 11. December 1850, wodurch dem Keller jede Geltendmachung seiner Rechte im Wege der Klage und jede Ausübung staatsbürgerlicher Rechte untersagt, auch die Beschlagnahme dessen Vermögens verfügt worden, und seit der wiederholten Bekanntmachung des Erkenntnisses durch die Braunschweigischen Anzeigen

vom 14. November 1850 No. 270 fünf Jahre abgelaufen seien, die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung der dem Keller angeschuldigten, mit Zwangsarbeit nicht unter einem Jahre bedrohten Fälschungsverbrechen als eingetreten erachtet, demnach der bethätigte und fortdauernde Vermögensbeschlagnahme aufgehoben und das mit Beschlagnahme belegte Vermögen dem Keller ausgeantwortet werden müsse.

Wäre diese Behauptung richtig, so würde überflüssig sein, dasjenige, was durch die Gesetze gewährt worden ist, als Gnadenbewilligung zu erbitten.

Lex. un. Cod. de thesaur. 10. 15.

Es erscheint jedoch ein solcher Anspruch nicht begründet.

Da das Verhältniß der in der Strafproceßordnung §. 176 bestimmten Contumacialfolgen zu den im Crim.-Ges.-Buche §. 71 und 72 über Verjährung gegebenen Vorschriften gesetzlich nicht geordnet ist, so können in Betreff solchen Verhältnisses allerdings verschiedene Meinungen stattfinden. Sollen aber nicht die größten Unfügigkeiten und Unzuträglichkeiten veranlaßt werden, so wird hinsichtlich der Verjährung der Rechtsverfolgung anzunehmen sein:

entweder: daß durch Vermögensbeschlagnahme die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung so lange ausgeschlossen werde, als die Vermögensbeschlagnahme fort dauert,

oder: daß, sofern die Vermögensbeschlagnahme als zur Ausschließung der Verjährung der gerichtlichen Verfolgung geeignet nicht anzusehen, wenn der Angeeschuldigte erst nach abgelaufener Verjährung sich einstellt, bis zu seinem Tode oder bis zu seiner Todeserklärung, und ebenso die Unterfügung der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte bestehen bleiben, als Strafen der Contumaz, weil Angeklagter geflistentlich und beharrlich die gerichtliche Aburtheilung verhindert, somit selbst verschuldet hat, daß der ihn treffende Verdacht nicht mehr gehoben, folglich Angeklagter als bescholten zur Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und zum Genuße seines Vermögens nicht verstattet werden.

In unserm Berichte vom 8. November 1855 sind die Gründe entwickelt, welche dafür sprechen, daß Vermögensbeschlagnahme der Verjährung der Rechtsverfolgung entgegenstehe und kann auch nicht wohl bezweifelt werden, daß in Gemäßheit der Verfügungen des zuständigen Gerichts von den mit deren Ausführung beauftragten Behörden und Beamten bethätigte Vermögensbeschlagnahme eine gegen den Verbrecher als solchen gerichtete Handlung in sich schließt, welche den eigentlichen Zweck hat, daß der Flüchtige behuf seiner Aburtheilung sich einzustellen bestimmt, mithin der Ausübung der Strafgewalt unterworfen werde.

Crim.-Ges.-B. §. 72 Abs. 3 und Bemerkung 3.

Zu solcher Ansicht vertheidigt von bewährten Schriftstellern über das ältere und neuere Strafverfahren

Henke, Handbuch des Crim.-Rechts Th. IV. §. 25. S. 196.

Walter, Lehrb. des Bayerischen Strafproceßrechts §. 144

müssen wir uns fortwährend bekennen.

Sofern aber in unserm vorerwähnten Berichte mit ausgesprochen worden, daß Vermögensbeschlagnahme auch einen Ausschließungsgrund der Strafverjährung, wenn nicht enthalte, doch als ein solcher aufzustellen sei, können wir dieses Erachten nicht weiter aufrecht halten,

indem zwischen Verjährung der gerichtlichen Verfolgung und Verjährung der erkannten Strafe wesentliche Verschiedenheiten bestehen, nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Crim.-Ges.-B. §. 72 Abs. 5 die mit Eröffnung des vollstreckbaren Erkenntnisses, oder, falls der Anfang mit der Strafvollstreckung bereits gemacht ist, mit dem Augenblicke, in welchem sie eingestellt wird, oder der Verurtheilte sich derselben entzieht, beginnende Strafverjährung nur unterbrochen werden soll:

durch Erneuerung der Strafvollstreckung oder durch Ergreifung des Verurtheilten zum Zwecke der Strafvollziehung,

und hierunter eine Aenderung eintreten zu lassen, kein Bedürfniss vorhanden ist; während übrigens Verjährung der Strafe die mit derselben verbundenen gesetzlichen Folgen nicht aufhebt, und etwa bewirkte Vermögensbeschlagnahme nach §. 178 der Str.-Pr.-Ord. und in Uebereinstimmung mit anderen Specialgesetzen

Reglement über die Militärstrafen von 1855 Art. 37.

Gesetz vom 21. Juli 1851 Nro. 30, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betreffend §. 33

erst beim Tode oder geschehener Todeserklärung des Verurtheilten rechtlich aufhört.

Auch das französische Recht,

das, abweichend von unserem Rechte, gegen Abwesende ein Contumacialverfahren anordnet, in welchem sowol freisprechendes, als verurtheilendes Erkenntniß erfolgen kann, läßt die Verjährung der in Contumacial-Erkenntnissen ausgesprochenen Strafe zu, indem selbiges bestimmt:

1. daff, wenn Angeklagter vor abgelaufener Strafverjährung sich stellt, das Contumacialurtheil erlöschen und anderweite Aburtheilung stattfinden soll,
2. daff aber, wenn der Angeklagte erst nach abgelaufener Verjährung der wider ihn ausgesprochenen Strafe sich einstellt, zwar nicht weiter gegen ihn vorgeschritten werden kann, gleichwol die Strafverjährung den Angeklagten in seine Civilrechte nicht wieder einsetzt und die Vermögenssequestration bestehen bleibt.

Code d'instr. crim. Art. 471, 475, 476, 641. Code Napol. Art. 27—32.

Höchster, französ. Strafverfahren §. 314 insonderheit A. 1 und Note c. vergl. §. 811 Note c.

Daniels, rheinisches Strafverfahren §. 478, 481, 482.

Behuf Beseitigung der angeregten Bedenken und Sicherung gleichmäßiger Rechtsprechung halten wir declaratorische und ergänzende gesetzliche Bestimmung immerhin für wünschenswerth und rathsam und erlauben uns solche nachstehend zu formuliren.

„Durch Beschlagnahme des Vermögens wird die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung (Crim.-Ges.-B. §. 71 Nro. 1, §. 72 Abs. 3) nicht aber die Verjährung der bereits erkannten Strafe (Crim.-Ges.-B. §. 71 Nro. 2, §. 72 Abs. 4 und 5)

ausgeschlossen, jedoch werden durch Strafverjährung die mit der erkannten Strafe verbundenen gesetzlichen Folgen (Crim.-Ges.-B. §. 71 Nro. 2 und §. 17)

ebensowenig aufgehoben, als die Vermögensbeschlagnahme, vielmehr bleibt letzte bis zum Tode oder bis zur Todeserklärung des Verurtheilten bestehen (Str.-Pr.-Ord. §. 178.)“

Im vorliegenden Falle kommt nicht Verjährung der Strafe, sondern Verjährung der gerichtlichen Verfolgung in Betracht und da diese bei fortdauernd bethätigter Vermögensbeschlagnahme nach Maßgabe der bestehenden Gesetze nicht hat eintreten können, so würde Keller, um zum Genuße seines Vermögens zu gelangen, der gebetenen Abolition und Gnadenverfügung unzweifelhaft bedürfen, deren Ertheilung zu befürworten wir nicht vermögen.

**Rescript Herzoglichen Staatsministeriums an den Oberstaatsanwalt
vom 1. November 1861.**

Ihr Bericht vom 23. v. Mts. in Betreff einer, auf Veranlassung der Untersuchung wider die unverheiratete Johanne Kutscher aus Lautenthal, wegen eines auf hiesigem Gebiete verübten Diebstahls, entstandenen Principienfrage, ist Uns zugegangen und wollen Wir unter den darin vorgetragenen Umständen

1. genehmigen, daß in dem vorliegenden speciellen Falle nach Maßgabe der von Ihnen an den Staatsanwalt zu Wolfenbüttel erlassenen Verfügung verfahren werde.

Dagegen halten Wir dafür, daß

2. die Entscheidung über die Frage: ob ausnahmsweise den Königl. Hannoverschen Gerichten die Untersuchung und Bestrafung eines von einem Hannoverschen Unterthanen im hiesigen Lande begangenen Verbrechens, abgesehen von dem Art. 4 und 5 der Convention vom 12. April 1798 erwähnten Falle überlassen werde solle?

Uns vorbehalten bleiben müsse.

Sie haben daher hiernach das weiter Erforderliche zu verfügen, resp. in Zukunft zu verfahren und erfolgen die Anlagen Ihres Berichts hierbei zurück.

**Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Amtsgericht Blankenburg
vom 25. November 1861.**

Auf den Bericht vom 26/30. v. Mts. die Privat-Anklagesache Riechert wider Herzog wegen Beleidigung, insonderheit die Vollziehung des amtsgerichtlichen Erkenntnisses vom 15. August d. J. betreffend, eröffnen wir Herzogl. Amtsgerichte Nachstehendes:

Herzogl. Kreisgericht Blankenburg war allerdings befugt über die bei demselben gegen den amtsgerichtlichen Bescheid vom 19. August d. J. vom Ankläger erhobene Beschwerde zu entscheiden und folgeweise solchen Bescheid abzuändern, da in Strassachen die Beschwerdeführung nicht ausgeschlossen ist, jedoch ohne daß ihr in allen Fällen Suspensivkraft beizulegen steht.

Landschafts-Ord. von 1832 §. 38.

Gesetz über die Gerichtsverfassung §. 22.

Strafproceßordnung §. 36. 73.

Gesetz vom 4. Mai 1858 Art. 25 §. 1. a. E.

Dagegen war Herzogl. Amtsgericht, wenn von ihm dafür gehalten wurde, daß Herzogl. Kreisgericht seine Competenz überschritten oder eine den Gesetzen nicht entsprechende Entscheidung ab-

gegeben habe, ebenfalls berechtigt und in gewisser Hinsicht verpflichtet, die Sache zu unserer Kenntniss und anderweiten Cognition zu bringen, und wir sind im gleichen Maße befugt, die geeigneten Verfügungen zu treffen

Verordnung vom 15. Januar 1814 Nro. 14 §. 3. Abs. 5.

Verordnung vom 3. Februar 1814 Nro. 27 §. 58. 61.

Gesetz vom 15. October 1832 Nro. 33 §. 33.

Gesetz über die Gerichtsverfassung §. 22.

Ober-Appell.-Ger.-Ord. von 1835. §. 4. Abs. 2

weil hier nicht die Beurtheilung einer Rechtsache, sondern die Vollstreckung eines unangefochten gebliebenen und rechtskräftig gewordenen Strafeskenntnisses in Frage kommt, die Strafvollziehung aber der Justizverwaltung, und also dem öffentlichen Rechte angehört, auf welches einzuwirken den Parteien nicht verstattet ist.

L. 3 §. 14. 16. L. 38 Dig. de pact. 2. 14.

L. 27 Dig. de reg. jur. 50. 17.

Die Sache selbst anlangend, können wir die Entscheidung Herzogl. Kreisgerichts vom 12. September d. J. nicht billigen. Zusage §. 184^h der Str.-Pr.-Ord. verliert der Privatankläger das Recht, dem Angeklagten die Strafe ganz oder theilweise zu erlassen, wenn er seine desfallige Erklärung nicht innerhalb dreier Tage nach Publication des Erkenntnisses abgibt. Schon den Worten nach ist bei der Berechnung ohne Einfluss, ob die gesetzte Frist an einem Sonn- oder Festtage abläuft, und erscheint durch letzten Umstand eine Verlängerung jener Frist oder anderer in der Civil- oder Strafprocessordnung bestimmter Fristen um so weniger gerechtfertigt, als den bestehenden Einrichtungen zufolge, wie an Werktagen, so an Sonn- und Festtagen schriftliche Eingaben den Gerichten überreicht werden können und von ihnen zum Präsentatum gebracht werden müssen. Auch hat sich für solche Ansicht in hiesigen Landen beständig wahrgenommener Gerichtsgebrauch ausgesprochen, den zu verlassen nicht der mindeste Grund vorhanden ist. Wir würden demnach in der Lage sein, die kreisgerichtliche Verfügung abzuändern und den amtsgerichtlichen Bescheid herzustellen.

Da indess hinlänglich erhellet, dass des Anklägers Vertreter nur aus Rechtsirrtum die Frist versäumt habe, und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, falls solche erbeten worden wäre, im Interesse des Angeklagten nicht zu versagen gewesen sein würde, unter solchen Umständen aber und wenn voraussehen, dass das Restitutionsgesuch erfolgen werde, den Gerichten wol zusetzet, gegen eingetretene Verspätung die Restitution von Amtswegen angedeihen zu lassen, und diese auch allhier bewilligt werden kann;

Burchardi, Wiedereinsetzung §. 23. C. 423 §. 28. C. 550, 551.

so wird dem Ankläger gegen die stattgehabte Fristversäumung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand damit erteilt und hat es für das Mal bei der erklärten Straferlassung sein Bewenden.

Die eingesandten Acten gehen in 1 Hefte hierneben zurück.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 28. December 1861.

Eine, in der Anklagesache wider den Großkothsassen Mühlenberg zu Harlingerode, wegen eigenmächtiger Grenzveränderung, vom ersten Senate des Herzogl. Obergerichts am 26. v. Mts. abgegebene Entscheidung, welche ich im Auszuge beifüge, veranlaßt mich, die Herren Staatsanwälte auf folgende Punkte aufmerksam zu machen.

1. Nach dem Polizeistrafgesetzbuche dürfen zahlreiche Polizeivergehen nur auf Anzeige oder mit Zustimmung eines Dritten verfolgt werden, und in diesen Fällen erlischt nach §. 43 das Recht der Anzeige durch den Ablauf von 4 Wochen, nachdem das Vergehen zur Kenntniss des zur Anzeige Berechtigten gekommen ist, falls nicht für einzelne Vergehen noch kürzere Fristen bestimmt worden sind, während nach §. 44 die gerichtliche Verfolgung eines Polizeivergehens durch Erhebung der öffentlichen Anklage nach dem Ablaufe eines Jahres vom Augenblicke der Uebertretung angerechnet nicht mehr zulässig ist.

Es ist nun aus verschiedenen Acten ersehen, daß die öffentlichen Ankläger bei den Stadt- und Amtsgerichten diese Vorschriften nicht in genügender Weise beachtet haben und veranlasse ich deshalb die Herren Staatsanwälte, denselben folgende Anweisung zu ertheilen, resp. auf deren Beachtung zu halten:

- a. wenn ein Vergehen vorliegt, welches der öffentliche Ankläger nur auf Anzeige eines Dritten verfolgen darf, so ist nach §. 23 der Str.-Pr.-Ord. erforderlich, daß der betreffende Antrag entweder schriftlich in glaubhafter Form oder mündlich bei ihm angebracht, dann aber darüber ein Protocoll von ihm aufgenommen wird. In beiden Fällen ist der Tag des Eingangs der schriftlichen Anzeige, resp. der Aufnahme des Protocolls genau festzustellen; es ist aber ferner
- b. darauf zu halten, daß in der Anzeige resp. zum Protocolle nicht nur der Tag, an welchem das Vergehen begangen ist, möglichst genau festgestellt werde, sondern auch, falls seitdem eine längere, als die im §. 43 des Polizeistrafgesetzbuchs bezeichnete Frist verstrichen sein sollte, derjenige Tag, an welchem der zur Anzeige Berechtigte Kenntniss von dessen Verübung erhalten hat;
- c. ergiebt sich daraus, daß entweder das Polizeivergehen schon vor länger als einem Jahre begangen ist, oder der zur Anzeige Berechtigte schon länger als 4 Wochen Kenntniss von demselben hat, so ist die Erhebung der öffentlichen Anklage abzulehnen, entgegengesetzten Falls aber der schriftliche Antrag oder das aufgenommene Protocoll aus welchem die Anzeige und der Zeitpunkt derselben, resp. der erhaltenen Kenntniss vom Vergehen hervorgeht, der Anklage anzuschließen und dem Gerichte mit zu überreichen.

2. In vielen dieser Fälle, namentlich in den Feld- (und in gleicher Weise auch in den Forst-) Wogensachen wird die Entscheidung der Strafsache von der Beantwortung einer civilrechtlichen Präjudicialfrage abhängen, z. B. wenn der wegen eines nach den §§. 287—290, 292—297 des Polizeistrafgesetzbuchs zu ahndenden Vergehens Angeklagte vermöge Eigenthums- oder Servitutsrechts zu der fraglichen Handlung berechtigt zu sein behauptet.

In solchen Fällen wird, wie dieses die beigelegte Entscheidung ausspricht, in der Regel mit einstweiliger Aussetzung des Strafserkenntnisses, die Sache und zwar ohne Feststellung der Parteirolle zum Civilverfahren verwiesen werden und es wird eine Entscheidung dahin, daß gerade der Angeklagte binnen einer bestimmten Frist die Civilklage anzustellen habe, namentlich dann nicht gerechtfertigt sein, wenn entweder Ankläger und Angeklagter, was meist der Fall, gar nicht diejenigen Personen sind, welche die Parteirollen im Civilproceß zu übernehmen haben oder wenn gerade der Angeklagte sich auf Besitz und Eigenthum stützt.

Erfolgt nur eine solche Verweisung der civilrechtlichen Präjudicialfrage zur processualischen Entscheidung, so hat, wenn dieses nicht schon vom Gerichte geschehen, der betreffende öffentliche Ankläger denjenigen Personen, deren Rechte durch die Entscheidung zunächst berührt werden, hiervon und von der Aussetzung des Strafverfahrens sofort Nachricht zu geben, es demselben zu überlassen, ihre Rechte im gesetzlichen Wege geltend zu machen, sie aber gleichzeitig aufzufordern, ihm von dem demnächstigen Ausfalle eines etwa zu erhebenden Rechtsstreites Mittheilung zu machen, damit von ihm sodann wegen endlicher Erledigung des Strafverfahrens die nöthigen Anträge bei dem Strafrichter gestellt werden können.

Die Conferenzen mit den öffentlichen Anklägern werden benutzt werden können, dieselben in diesen und ähnlichen Beziehungen mit Belehrung und Anweisung zu versehen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 28. Mai 1862.

Im Anschlusse theile ich den Herren Staatsanwälten Abschrift eines vom ersten Senate des Herzogl. Obergerichts in der Anklagesache wider den Kleinföthner Reuß zu Brunßen, wegen Aufnahme in die Besserungsanstalt, unterm 20. d. Mts. abgegebenen Erkenntnisses mit, da solches von allgemeinem Interesse ist.

Nach den darin aufgestellten Grundsätzen wird bei Erhebung von Anklagen dieser Art mit besonderer Sorgfalt darauf zu achten sein, daß genügende auf ausreichende Beweismittel zu stützende Thatsachen angegeben werden, aus denen mit Nothwendigkeit darauf zu schließen ist, daß der Angeklagte nicht nur der in Frage stehenden Unfittlichkeit ergeben, sondern daß auch dieses — neben den speciellen im §. 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1833 bezeichneten Voraussetzungen — in einem die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdenden Maße der Fall sei.

Da hierüber dem gerichtlichen Ermessen die selbstständige Prüfung und Entscheidung vorbehalten ist, falls nicht der Angeklagte wegen solcher Unfittlichkeiten durch Erkenntniß bereits unter Polizeiaufsicht gestellt worden war und während deren Dauer die unfittliche Lebensweise fortsetzte (Polizeistrafgesetzbuch §. 88) so wird es sich empfehlen, in allen dazu geeigneten Fällen (conf. z. B. Polizeistrafgesetzbuch §. 85 und 86) in welchen die Bestrafung einer Person wegen eines Vergehens, welches seinen Grund in einer unfittlichen Lebensweise hat, in Frage steht, zugleich auf Stellung derselben unter polizeiliche Aufsicht anzutragen, um dadurch nicht nur die Möglichkeit der im §. 87 bezeichneten Präventiv-Maßregeln herbeizuführen, sondern auch, nach dem Eingange im 2. Abs. im §. 88, für einen etwaigen künftigen Antrag auf Verlegung in die Besserungsanstalt eine festere Grundlage zu gewinnen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Kreisdirector Culemann zu Braunschweig vom 30. Mai 1862.

Wir erwidern Ihnen auf den Bericht vom 6. d. Mts., Nro. 160, daß Wir mit der von Ihnen am Schlusse des Berichts in Vorschlag gebrachten Maßregel einverstanden sind und hiermit bestimmen wollen, daß bis auf Weiteres die Zwangsarbeitsstrafe von einer Dauer nicht über 2 Jahre an den Sträflingen weiblichen Geschlechts fortan in der hiesigen Strafanstalt, soweit es der Raum gestattet, zu vollziehen sei und die in der Strafanstalt zu Wolfenbüttel befindlichen weiblichen Sträflinge, welche zu einer Strafe der gedachten Art verurtheilt sind, sofort in die hiesige Strafanstalt zu versetzen seien.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 13. Juni 1862.

Da zu meiner Kenntniß gekommen ist, daß von den Herren Staatsanwälten bezüglich der Ertheilung von Verweisen, welche in Strassachen durch die Herzogl. Kreisgerichte erkannt sind, in verschiedener Weise verfahren werde, so mache ich denselben behuf Herstellung eines gleichmäßigen Verfahrens Folgendes bemerklich:

Durch die §§. 5 und 186 der Str.-Pr.-Ord. ist die Vollziehung der kreisgerichtlichen Straferkenntnisse den Staatsanwälten allgemein übertragen und eine Ausnahme in Ansehung erkannter Verweise nicht gemacht. Die Staatsanwälte werden deshalb der Ertheilung solcher Verweise sich zu unterziehen haben, da die Natur dieses Strafmittels nicht gestattet, untergeordnete Beamte mit der Vollziehung zu beauftragen, die Kreisgerichte aber mit der Strafvollstreckung gesehlich überall nicht mehr befaßt sind.

Die im §. 19 des Crim.-Ges.-Bs. enthaltene Vorschrift: daß der Verweis vor besetztem und in schweren Fällen vor vollständig versammeltem Gerichte zu ertheilen sei — hat nur eine strafprocessualische, die Ausführung des abgegebenen Straferkenntnisses betreffende Bedeutung, und ist mit Uebertragung der Strafvollstreckung auf eine andere Staatsbehörde nothwendig außer Kraft gesetzt dergestalt, daß eine Zuziehung des Gerichts bei Ertheilung des Verweises durch den Staatsanwalt nicht erforderlich wird.

Die Herren Staatsanwälte wollen nach diesen, durch ein Rescript der Oberstaatsanwaltschaft vom 28. November 1850 und des Anklagesenats Herzogl. Obergerichts vom 10. Septbr. 1860 gebilligten Grundsätzen in Zukunft verfahren.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 16. Juni 1862.

Nachdem die Strafbestimmungen, welche das Königlich Baiersche Gesetz zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 wegen Beleidigung des Oberhauptes, der Gesandten, Regierungen und Behörden auswärtiger Staaten 2c. enthält, durch die mit dem 1. Juli d. J. eintretende Einführung des neuen Baierschen Strafgesetzbuchs hinweggefallen sind und damit auch der Art. 25 jenes Gesetzes, welcher die Anwendung dieser Strafbestimmungen

von der Annahme des Grundsatzes der Gegenseitigkeit durch die betreffenden Regierungen und amtliche Bekanntmachung hierüber abhängig macht, gegenstandslos geworden ist, sind gegenwärtig diejenigen Vorschriften in den Art. 114. 125. 132 und 133 des neuen Strafgesetzbuchs an deren Stelle getreten, welche ich Ihnen in der Anlage mittheile.

Da deren Anwendbarkeit zu Gunsten der zum Deutschen Bunde gehörigen Staaten nicht mehr von der Voraussetzung einer vorhandenen Gegenseitigkeit, sondern nur davon abhängig ist, dass die gerichtliche Verfolgung von der betreffenden auswärtigen Regierung beantragt wird, so habe ich die Herren Staatsanwälte, einem Ministerialrescripte vom 7. d. Mts. gemäß, hiervon mit dem Bemerken in Kenntniss zu setzen, dass in den geeignet scheinenden Fällen Anträge auf gerichtliche Verfolgung auf Grund der beigefügten Vorschriften des Baierschen Strafgesetzbuchs durch mich an Herzogl. Staatsministerium zu richten sind.

Schreiben des Oberstaatsanwalts an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen und die Polizeidirection zu Braunschweig vom 21. Juni 1862.

Es ist mitunter Beschwerde darüber geführt, dass von den Staatsanwälten zu strenge Anforderungen rücksichtlich des der Erhebung des Antrags auf Versetzung sittlich verwahrloster Personen in die Besserungsanstalt vorausgehenden, der Voruntersuchung gleich zu stellenden Verfahrens an die Polizeibehörden gestellt werden, und halte ich mich dadurch verpflichtet, den Herzogl. Kreisdirectionen zur Förderung des gemeinsamen Zwecks, die nachfolgende Mittheilung ergebenst zu machen.

In einem Erkenntnisse, welches der erste Senat Herzogl. Obergerichts in der Strafproceßsache wider Reuß am 20. Mai d. J. abgegeben hat, sind die Voraussetzungen näher dargelegt, unter welchen gegen erwachsene Personen die Verhängung jenes äußersten Correctionsmittels statthaft erscheint, und erlaube ich mir Abschrift desselben anzuschließen.

Daraus ergibt sich, dem Gesetze vom 29. Juli 1833 No. 19 §. 2 u. 3, dem Gesetze vom 14. Januar 1849 No. 6 §. 2 und dem Polizeistrafgesetzbuche §. 88 entsprechend:

1. dass als Vorbedingung des Antrags auf Versetzung in die Besserungsanstalt erscheint, dass dem §. 3 des ersterwähnten Gesetzes genügt sein müsse, wonach Personen erst alsdann zu denen, welche die öffentliche Sittlichkeit und Ordnung gefährden, gerechnet werden sollen, wenn bereits wiederholt andere dort genannte polizeiliche Besserungsmittel bei ihnen angewendet und fruchtlos gewesen, oder zu wiederholten Malen Straferkenntnisse wegen solcher Vergehen an ihnen vollzogen sind, welche ihren Grund in einem unsittlichen Leben hatten;
2. dass aber durch diese Vorbedingungen und die Fortsetzung der unsittlichen Lebensweise
 - mit Ausnahme des Falles, wenn Personen wegen solcher Unsittlichkeiten durch Erkenntniss bereits unter Polizeiaufsicht gestellt sind und während deren Dauer die unsittliche Lebensweise fortgesetzt haben — Polizeistrafgesetzbuch §. 88 —

nicht nothwendig der Thatbestand vollständig erschöpft wird, sondern dem gerichtlichen Er-messen die selbstständige Prüfung und Entscheidung darüber zustehe, ob der Angeklagte die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit gefährde und

3. dass die Frage: ob letzteres der Fall sei? auf Grund solcher Thatfachen beantwortet werden müsse, welche in dem gerichtlichen Wahrspruche als erwiesen angenommen find.

Hiernach wird der Antrag auf Versetzung einer Person in die Besserungsanstalt nur dann mit Aussicht auf Erfolg gestellt werden können, wenn nicht nur wiederholt geringere Correctionsmittel erfolglos angewendet, oder Strafen nach §. 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1833 mehrfach vollzogen sind, sondern wenn auch der Beweis geliefert wird, dass der Angeklagte sich der in Rede stehenden Unsitlichkeiten wirklich und zwar — abgesehen von dem sub 2 erwähnten Ausnahmefalle — in solchem Maße ergeben habe, dass dadurch die öffentliche Sittlichkeit und Ordnung gefährdet wird; Gegenstand des polizeilichen Vorverfahrens aber muss sein, die that-sächlichen Momente, aus denen letzteres zu folgern ist und die hierzu erforderlichen Beweismittel festzustellen und näher darzulegen.

Nicht zu bezweifeln ist, dass die Gerichte in Einzelfällen die Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit und Ordnung anzunehmen dann am geneigtesten sein werden, wenn zuvor schon Bestrafung des Angeklagten wegen ähnlicher Unsitlichkeiten eingetreten ist. Die Vorschriften im Polizeistrafgesetzbuche §§. 72—88 und 161—163 bieten zu Anträgen auf derartige Bestrafung genügende Veranlassung, ohne dass bisher davon ausreichender Gebrauch gemacht zu sein scheint, wenigstens nicht in dem Maße, dass auf Stellung unter Polizeiaufsicht wegen solcher Unsitlichkeiten erkannt und dadurch nach §. 88 *ibid.* der Antrag auf Versetzung in die Besserungsanstalt wesentlich erleichtert wäre.

Auf Grund dieser Bemerkungen erlaube ich mir das Ersuchen, dass die Herzogl. Kreisdirectionen vor Stellung des Antrags auf Versetzung in die Besserungsanstalt das Vorverfahren den Bemerkungen 1—3 entsprechend gefällig instruiren, und wenn solche Fälle zur Kenntniss kommen sollten, in welchen Bestrafung auf Grund der §§. 72—88 und 161—163 des Polizeistrafgesetzbuchs zulässig ist, die öffentlichen Ankläger behuf Erhebung der erforderlichen Anklage mit der dazu dienlichen Mittheilung versehen wollen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 9. August 1862.

In Gemäßheit Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 5. d. Mts., No. 7117, auf das Gesuch des Directors des zu Neu-Schönfeld bei Leipzig errichteten Centralbüreaus für gerichtliche 2c. Handschriften-Vergleichung, Adolph Henze daselbst, erlassen, werden Sie hierdurch ermächtigt:

in besonderen Fällen, wo es auf eine genaue Vergleichung von Handschriften ankommt und die Zuziehung eines auswärtigen Sachverständigen sich als zweckmäßig oder wünschenswerth herausstellen sollte, sich der Beihülfe des genannten Instituts zu bedienen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 25. October 1862.

Aus verschiedenen mir vorgelegten Acten habe ich ersehen, dass von Personen, welche wegen Verbrechen oder Vergehen zu Gefängnißstrafe verurtheilt waren, der Antrag gestellt ist, sich für ihre Begnadigung in der Weise zu verwenden, dass der erkannten Gefängnißstrafe im Gnadenwege eine Zwangsarbeitsstrafe von geringerer Dauer substituirt werde, so wie dass derartige Anträge von den Herren Staatsanwälten befürwortet sind.

Ein solches Verfahren scheint mit dem Rechtsfage, dass Niemand freiwillig einer öffentlichen Strafe und Niemand einer härteren als der erkannten öffentlichen Strafe sich unterwerfen dürfe, so wie mit der Vorschrift im §. 208 der Neuen Landschaftsordnung, dass der Landesfürst in strafrechtlichen Sachen zwar begnadigen, die Strafe mildern oder erlassen, aber in keinem Falle schärfen könne, nicht im Einklange zu stehen, da das Criminalgesetzbuch eine Stufenfolge in Ansehung der größern oder geringeren Schwere der verschiedenen Strafarten aufstellt und nicht gestattet, dass von dem Richter auf eine schwerere Strafart, als die auf das Verbrechen gesetzte, auch unter Berücksichtigung des im §. 36 des Criminalgesetzbuches nur für die gesetzlich nothwendige Verwandlung angeordneten Maßstabes erkannt werden dürfe. Obnehin haben nach §. 17 des Criminalgesetzbuches die einzelnen Strafarten verschiedene, tief in das bürgerliche Leben eingreifende Folgen und es ist nicht abzusehen, wie sich dieselben im Falle einer freiwilligen Unterwerfung unter eine höhere Strafart gestalten sollen.

Ich finde mich deshalb veranlaßt, die Herren Staatsanwälte anzuweisen, in Zukunft solche Begnadigungsgesuche, welche auf Substituierung einer härteren, als der erkannten Strafart, wenn auch unter noch so großer Verkürzung der Strafdauer abzwecken, nie zu befürworten.

Rescript Herzogl. Obergerichts an die Herzoglichen Kreisgerichte vom 3. März 1863.

Nach einer Mittheilung des Oberstaatsanwalts bestehen bei den Herzogl. Kreisgerichten verschiedene Ansichten über einige Fragen der in Strafsachen zu berechnenden Stempel, Sportel und sonstigen Kosten. Zur Herbeiführung des richtigen und gleichmäßigen Verfahrens eröffnen wir den Herzogl. Kreisgerichten das Nachfolgende:

1. In einem gutachtlichen Berichte des unterzeichneten Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium vom 30. März 1861 ist aus der Stempelsteuer-Verordnung vom 29. October 1821 (§. 13) nachgewiesen, dass auch in kreisgerichtlichen Privatanklagesachen die Stempelgebühr von den Eingaben der Parteien einstweilen zu notiren und nur dann zu erheben sei, wenn ein verurtheilendes Erkenntniß erfolge und die Strafe über 10 Thaler Geld oder über 14 Tage Gefängniß betrage.

Hiermit ist die in den obergerichtlichen Rescripten vom 9. Juni 1855, 14. Juli 1855 und 8. Septbr. 1855 (Bege Repert. VIII. S. 261, 266; Zeitschrift für Rechtspflege II. S. 160) geltend gemachte Ansicht, wonach Privateingaben in kreisgerichtlichen Untersuchungs-, namentlich Privatanklagesachen dem gewöhnlichen s. g. Productionsstempel unterworfen wären, (Stempelsteuer-Verordnung vom 29. October 1821 §. 2 Nro. 1) verlaßen.

Herzogliches Staatsministerium hat sich laut Rescripts vom 10. April 1861 mit dem Inhalte des obergerichtlichen Gutachtens vom 30. März 1861 einverstanden erklärt. Indem wir auf die Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogthum Braunschweig Jahrgang X. S. 26—28 wo beide, Gutachten und Rescript, abgedruckt zu finden, verweisen, veranlassen wir die Herzogl. Kreisgerichte, auch in Privatanklagesachen weder die Verwendung des gewöhnlichen Stempels zu 2½ Gr. für die Anklagen und sonstigen Eingaben der Parteien zu verlangen, noch ferner, wenn solches geschehen sein sollte, nach erfolgter Zurücknahme der Anklage vor dem Beginn des Termins zur Hauptverhandlung eine Stempelgebühr zu berechnen.

2. Der Sportellsatz für das Verfahren soll nach §. 1 des Gesetzes vom 11. Septbr. 1851 dann nicht erhoben werden, wenn die Zurücknahme der Privatanklage vor dem Termine zur Hauptverhandlung erfolgt. Derselbe ist also zu erheben, wenn die Zurücknahme im Verhandlungstermine, wiewol noch vor Abgabe des Erkenntnisses erklärt wird, da das Gesetz nur unterscheidet, je nachdem die Anklage vor oder im Termine zur Hauptverhandlung aufgegeben wird und kein Gewicht darauf legt, in welchem Momente innerhalb dieses Termins solches geschieht.

Wir müssen bei dieser Gelegenheit mißbilligen, wenn ein Herzogl. Kreisgericht sofort auf die Anklage einen Gerichtstag zur Hauptverhandlung ansetzt, dann aber vor Eröffnung der letzteren in diesem Termine durch einen committirten Richter die Güte versuchen läßt und, wenn sie erreicht wird, den Sportellsatz für das Verfahren nicht erhebt.

Diese Procedur entspricht nicht dem §. 1 des Gesetzes vom 8. März 1861, welcher den Kreisgerichten nur die Befugniß ertheilt, vor Ansetzung des Gerichtstages zur Hauptverhandlung einen Güteversuchstermin vor einem committirten Richter anzuberaumen, nicht aber den allein angesetzten Hauptverhandlungstermin in zwei verschiedene Abschnitte theils vor einem Einzelrichter, theils vor dem Collegium zu zerlegen; sie erscheint auch ungehörig und unzweckmäßig, theils weil bei erreichter Güte die mitgeladenen Auskunftspersonen durch eine vergebliche Reise oder doch Versäumniß, die Parteien aber und eventuell die Gerichtskasse durch vermeidliche Kosten belastet werden; theils weil, wenn die Anwesenheit der Auskunftspersonen die Erreichung der Güte nicht erschweren, sondern befördern sollte, dieselben nur mißbräuchlich mit zu diesem Zwecke geladen und in Anspruch genommen würden.

3. Wir berühren hierbei zwei andere, gleichfalls angeregte Punkte, worüber verschiedene Ansichten sich geltend gemacht haben und welche in allen Strassachen vorkommen können:

- a. Für Bescheide, durch welche in Strassachen Kosten festgesetzt werden und dem Verpflichteten deren Zahlung an die Gerichtskasse aufgegeben wird, sind Schreib- und Zufertigungsgebühren nicht zu berechnen. Eine analoge Anwendung der Tage für Civilprocesssachen auf dergleichen Bescheide erscheint unzutreffend, weil sie einen integrierenden Theil des Strafverfahrens bilden, in welchem Schreibgebühren in der Regel nicht und Zufertigungsgebühren gar nicht erhoben werden.
- b. Die für Erledigung von Requisitionen in Strassachen durch ausländische Gerichte erhobenen Gebühren sind den diesseitigen Gerichtskassen und Parteien gegenüber als baare Auslagen zu betrachten und deshalb nicht von dem Pauschsatze für das Verfahren abzuziehen, auch nicht soweit, als sie Gebühren enthalten, welche von inländischen Gerichten nicht noch neben

dem Pauschsätze zu berechnen wären; sondern unbedingt und unterschiedslos neben dem Pauschsätze von Demjenigen einzuziehen, welcher die Kosten des Strafverfahrens zu übernehmen hat.

Wir geben den Herzogl. Kreisgerichten auf, in obiger Weise zu verfahren und die unterstellten Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte mit gleicher Anweisung zu versehen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an den Staatsanwalt zu Holzminden vom 14. April 1864.

In der Untersuchungssache wider die Wittve des Walдарbeiters Stapel zu Golmbach, wegen unvorsätzlicher Brandstiftung, erfolgen die neben dem Berichte vom 4. v. Mts. eingesandten Acten mit dem Bemerken zurück, dass ich gegen das freisgerichtliche Erkenntniss vom 10. Februar d. J. die Nichtigkeitsbeschwerde zu verfolgen mich deshalb nicht veranlasst finde, weil ich die demselben zu Grunde liegende Absicht:

dass die im §. 212 Nro. 2 des Crim.-Ges.-Bs. bei der unvorsätzlichen Brandstiftung hervorgehobene erste Qualification nicht dann schon zutrefte, wenn „bewohnte Gebäude“ davon betroffen werden, sondern nur, wenn in dem concreten Falle Personen wirklich in Gefahr gerathen seien,

für die richtige halten muss, da

1. die im §. 204 des Crim.-Ges.-Bs. enthaltene Bestimmung: dass Brandstiftung mit Gefahr für Personen vorhanden sei, wenn bewohnte Gebäude 2c. vorsätzlich in Brand gesteckt werden,

nach der Ueberschrift nur für die vorsätzliche Brandstiftung gegeben ist, bei dieser durch Zweckmäßigkeitsgründe sich rechtfertigt und um so mehr getroffen werden konnte, als bei solchen vorsätzlichen Verbrechen der Verbrecher regelmäßig sich der mit seiner That im Allgemeinen verbundenen Gefahr bewusst werden muss, während der fahrlässig handelnde (Crim.-Ges.-B. §. 29) auf solche weiter zu reflectiren außer Stande sein wird,

2. nach der Natur der culposen Verbrechen, im Gegensatz zu bloßen Polizei-Übertretungen, bei jenen die rechtsverlegende Folge wirklich ins Leben getreten sein muss

Röfelin, System des Strafrechts §. 68,

3. der Wortlaut im §. 212 Nro. 2, der nicht wie der Text des §. 204 von Brandstiftungen an bewohnten Gebäuden redet, sondern „dass Personen in Gefahr gebracht seien“ vorschreibt, ebenso wie §. 212 Nro. 1 auf die richtige Ansicht, dass concrete Gefahr für Personen gefordert werde, hinweist, endlich aber

4. der §. 212 in allen seinen Theilen nicht allein von der unvorsätzlichen Brandstiftung, sondern auch von der unvorsätzlichen Eigenthumsbeschädigung unterschiedslos redet, für letztere die Begriffsbestimmung im §. 204 nicht maßgebend sein kann, und wenn man sie des ungeachtet auch bei den nicht durch Brand herbeigeführten Beschädigungen anwenden wollte, wie eine Vergleichung der §§. 209 und 211 ergibt, offensichtlich zu einer vom Gesetzgeber nicht gewollten unverhältnissmäßig harten Strafe führen würde.

Ich füge die Bemerkung bei, dass diese Ansicht von den sämtlichen übrigen Staatsanwälten und denjenigen Kreisgerichten getheilt wird, bei denen Fälle ähnlicher Art zur Aburtheilung gekommen sind.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 16. October 1864.

Die Strafprocessordnung §. 192 gewährt den Auskunftspersonen eine Entschädigung und es folgt hieraus, dass nach dem Willen des Gesetzgebers für die Erfüllung der öffentlichen Pflicht, auf Verlangen der Obrigkeit Zeugniß abzulegen, nicht eine Vergütung gleichsam als Aequivalent für eine Gegenleistung verabreicht, sondern nur zur Verhütung von pecuniären Nachtheilen, welche sonst den Einzelnen in unbilliger Weise trafen, ein mäßiger Ersatz geleistet werden soll. Auch in Bezug auf die Gebühren für Versäumniß muß daher die Bewilligung von der Existenz eines Vermögensschadens als ihrer nothwendigen Voraussetzung abhängig bleiben. Ein solcher aus Versäumniß hervorgehender pecuniärer Nachtheil wird bei Privatpersonen allerdings fast immer ohne Weiteres anzunehmen sein, da für diese regelmäßig der Grundsatz „Zeit ist Geld“ zur Anwendung kommt. Bei öffentlichen Beamten hingegen, deren Arbeitszeit dem Gemeinwesen gehört, läßt sich in dieser Weise nicht verfahren, vielmehr ist, wenn nicht aus besonderen, namhaft zu machenden Gründen die Existenz eines pecuniären Nachtheils dargethan werden kann, die Bewilligung einer Entschädigung für Versäumniß unstatthaft.

Obgleich diese Grundsätze den gerichtlichen Behörden mehrfach z. B. in den Ministerialrescripten vom 4. August 1858 und vom 6. Juni 1860 — conf. Zeitschrift für Braunschweig. Rechtspflege Bd. V. p. 159 und Bd. VII. p. 128 — eröffnet sind, so haben doch Abweichungen Statt gefunden, indem einzelne Gerichte jene Rescripte dahin verstanden haben, als ob nur für die darin erwähnten Forstbeamten, Polizeibeamten und die Mannschaften des Polizeimilitärs Ausnahmebestimmungen getroffen seien. Demgemäß sind dann sonstigen öffentlichen Beamten Zeugengebühren für Versäumniß ohne weitere Nachweisung eines wirklich eingetretenen Vermögensnachtheils bewilligt.

Indeß ergeben die erwähnten Rescripte und die darauf gestützten Verfügungen des Herzogl. Obergerichts zur Genüge, dass darin lediglich die richtigen Grundsätze für bestimmte, sich darbietende Fälle zur Anwendung gebracht werden, dass also jene Erlasse keinesweges Ausnahmebestimmungen sondern nur Exemplificationen enthalten.

Um nun in Zukunft hierin die Beobachtung eines gleichmäßigen Verfahrens herbeizuführen, weisen wir in Folge der uns vom Herzogl. Staatsministerio ertheilten Autorisation vom 10/16. August d. J. die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch an, den sämtlichen öffentlichen Beamten regelmäßig keine Zeugengebühren in Strassachen für Versäumniß zu bewilligen und eine solche Bewilligung nur in dem Falle ausnahmsweise vorzunehmen, wenn aus besonderen, namhaft zu machenden Gründen der als Zeuge vernommene Beamte durch Versäumniß wirklich einen nicht zu vermeidenden Vermögensnachtheil erlitten hat.

Indem wir die Herzogl. Kreisgerichte zugleich beauftragen, auch die Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte von dem Inhalte dieser Verfügung zur Nachachtung in Kenntniß zu setzen, sprechen wir die Erwartung aus, daß die Herzogl. Kreisgerichte die getroffene Anordnung ihrerseits genau befolgen und auf die gehörige Befolgung Seitens der ihnen untergeordneten Gerichte achten werden.

**Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte
vom 4. März 1865.**

Nach §. 23 des Polizeistrafgesetzbuches ist in bestimmten Fällen oder unter gewissen Voraussetzungen eine Schärfung der Gefängnißstrafe, bestehend in der Beschränkung der Kost auf Wasser und Brod ein um den anderen Tag zulässig. Die Dauer dieser Schärfung zu bestimmen, bleibt dem gerichtlichen Ermessen überlassen, nur darf dieselbe, natürlich unter Einrechnung der Zwischentage, an denen warme Speise verabreicht wird, den Zeitraum von 14 Tagen nicht überschreiten.

Von der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft sind wir in Kenntniß gesetzt, daß die Gerichte die Dauer der Schärfung häufig ja gewöhnlich nicht bestimmen, sondern regelmäßig auf geschärfte Gefängnißstrafe erkennen.

In den Fällen, wo die Strafe 14 Tage nicht übersteigt, kann allerdings die für die Dauer der Schärfung bestehende gesetzliche Grenze überall nicht überschritten werden. Allein es entsteht auch hier die Frage, ob der erkennende Richter die Schärfung für die ganze Dauer der Strafzeit oder nur für einen Theil derselben verfügen wollte, eine Frage, deren Beantwortung bei dem Mangel eines bestimmten gerichtlichen Ausspruchs zeither der Entscheidung der Gefängnißverwaltung überlassen geblieben ist.

Erheblichere Uebelstände haben sich gezeigt, wenn eine mehr als 14tägige Gefängnißstrafe erkannt ist, ohne die Dauer der Schärfung zu bestimmen. Wurde z. B. ein Angeklagter zu mehrwöchiger oder monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, so hat Seitens der Gefängnißverwaltungen in Folge einer verschiedenartigen Interpretation des §. 23 l. c. eine verschiedenartige Deutung der abgegebenen Entscheidungen Statt gefunden. Lautete das Erkenntniß auf mehrwöchiges geschärftes Gefängniß, so ist in einigen Gefängnissen der Sträfling während dieses ganzen Zeitraums auf Wasser und Brod gesetzt, wogegen in den meisten Gefängnissen nur während eines Zeitraums von 14 Tagen ein um den anderen Tag die Schärfung Statt gefunden hat.

Es dürfte kaum einen Zweifel leiden, daß die letztere Art der Ausführung der Willensmeinung der erkennenden Gerichte entsprochen haben wird. Indess bleibt es denkbar, daß ein Gericht die gesetzlichen Schranken bei Concurrenzfällen auf jeden einzelnen Fall bezogen und sich ermächtigt gehalten hätte, wirklich auf eine Schärfung über die Dauer von 14 Tagen hinaus zu erkennen. Die Gefängnißverwaltung, welche den Sträfling 4 Wochen lang auf Wasser und Brod setzte, könnte daher unter dieser Voraussetzung dem wahren Sinne des Erkenntnisses entsprochen haben.

Keiner besondern Erörterung bedarf es, daß die Gefängnißverwaltung nicht in die missliche Lage gebracht werden darf, die aus ungenauer Fassung der strafgerichtlichen Entscheidungen entstehenden Zweifel lösen oder gar darüber entscheiden zu müssen, ob der mutmaßliche Inhalt des Erkenntnisses den gesetzlichen Bestimmungen widerstreitet. Die Straferkenntnisse der Gerichte vor Allem dürfen über Art, Dauer und Beschaffenheit der erkannten Strafe keinen Zweifel lassen.

Zu dem Ende ist erforderlich, daß in jedem Falle das Erkenntniß sich bestimmt darüber ausspricht, ob die Schärfung während der ganzen Strafzeit oder nur während eines genau abzugebenden Zeitraums eintreten soll.

Vorzugsweise zu beachten wird dies bei Strafen von längerer als 14tägiger Dauer sein, damit, wenn durch eine unzulässige Feststellung der Dauer der angeordneten Schärfung gegen das Gesetz verstoßen werden sollte, wider eine solche Entscheidung das zulässige Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde dem Angeklagten genügend gewahrt bleibe.

Wir weisen demnach das Herzogl. Kreisgericht an, seinerseits auf deutliche und bestimmte Fassung der Straferkenntnisse in Polizeisachen den obigen Angaben gemäß sorgfältig Bedacht zu nehmen, zugleich auch die Localgerichte seines Kreises von dieser Verfügung in Kenntniß zu setzen und auf die gehörige Befolgung der letztern zu achten.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogliches Staatsministerium vom 29. März 1865,

betreffend das Gesuch der Ehefrau des Privatlehrers Grill, Louise geb. Schmidt in Einbeck um Ausantwortung von Schriftstücken aus den gegen dieselbe wegen Diebstahls ergangenen Untersuchungsacten.

Den durch den hohen Beschluß vom 8. d. M. erfordernden Bericht über das rubricirte Gesuch beehren wir uns zu erstatten.

Die Supplicantin ist, wie die gehorsamst angeschlossenen Untersuchungsacten ergeben, durch Erkenntniß des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 19. Mai 1863 wegen eines in Gemeinschaft mit der Ehefrau Kehrs aus Einbeck in Braunschweig in der Wintermesse 1863 im Rückfalle begangenen Messdiebstahls mit zwei und ein halbjähriger Zwangsarbeit bestraft und ihr die Wiederbetretung des hiesigen Landes innerhalb fünf Jahren, bei Vermeidung einer Zwangsarbeitsstrafe bis von einem Jahre untersagt. Die Untersuchungskosten sind wegen constatirter gänzlicher Vermögenslosigkeit niedergeschlagen.

Wie dem Herzogl. Staatsministerium bei Gelegenheit mehrfacher Begnadigungsgesuche bekannt geworden, ist der Ehemann der Supplicantin, wie amtlich festgestellt worden, sehr arm und wegen seiner körperlichen Gebrechlichkeit der Hülfe seiner Ehefrau im höchsten Grade bedürftig, diese ihm unentbehrlich. Nach mehrfachen abschlägigen Bescheidungen ist durch höchstes Rescript vom 3. Mai 1864 der Rest der erkannten Strafe der Ehefrau Grill mit dem ausdrücklichen Vorbehalte erlassen, daß solcher nachträglich vollzogen werden solle, falls sie innerhalb der Verjährungsfrist das hiesige Land wieder betreten würde. Der Ehemann der Supplicantin, welcher, wie die Untersuchungsacten bezeugen, theils im eigenen Namen, theils für seine Ehefrau mehrfache unnütze und unmotivirte Anträge gemacht und sich als unermüdlicher und lästiger

Querulant herausgestellt hat, hat für seine Ehefrau auf Mittheilung von den in den Acten enthaltenen Sittenzeugnissen seiner Ehefrau wenigstens in Abschrift in von ihm verfaßten und von seiner Ehefrau unterschriebenen Gesuchen gebeten und ist, nach nicht weiter in Betracht kommenden Zwischenverhandlungen, vom Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig mittelst Bescheides vom 6. Januar d. J. abschlägig beschieden, dagegen die Einsicht der Acten gegen die Gebühr gestattet. Auf erhobene Beschwerde ist von dem Anklagesenate mittelst Bescheides vom 22. Februar d. J. die kreisgerichtliche Verfügung mit der Modification bestätigt, daß bei der Vermögenslosigkeit der Supplicantin die Acten-Einsicht gebührenfrei gestattet werde.

In dem gehorsamst wieder beigefügten von der Supplicantin unterzeichneten, von deren Ehemann verfaßten und geschriebenen Gesuche verlangt die Supplicantin, daß ihr die Mittheilung der in den Acten enthaltenen Sittenzeugnisse im Original oder in beglaubter Abschrift gewährt werde, damit sie, gestützt auf die in ihren Händen befindlichen Documente, deren Verfasser als Pasquillanten, weil der Grund der falschen Zeugnisse lediglich in einem offenbaren Familienhass und langjähriger Feindschaft der Aussteller zu suchen sei, aufassen könne und hofft, daß Herzogl. Staatsministerium der Unterdrückten gegen solche schändliche Verbrecher beistehen und helfen werde, daß dieselben und ihre Thaten ans Licht gezogen würden.

Einen Anspruch auf Mittheilung von Actenstücken oder deren Abschriften aus den Untersuchungsacten hat im Allgemeinen kein Angeklagter, wenn auch einem derartigen Antrage, sofern keine Bedenken entgegenstehen, unter Umständen gewillfahrt werden mag.

Wenn aber die Supplicantin hier die Mittheilung von Actenstücken im Original oder in Abschriften verlangt, um die ihr behändigten Schriftstücke zur Belästigung und Verfolgung von Behörden und Personen, die in Befolgung der von den hiesigen Beamten ausgegangenen Requisitionen ihre pflichtmäßige Ueberzeugung in den von ihnen geforderten Zeugnissen niedergelegt haben, zu mißbrauchen, so müssen wir uns entschieden dafür aussprechen, daß die Supplicantin mit ihrem zu offenbar verwerflichen Zwecke gestellten Antrage zurückgewiesen werde.

Die Einsicht der Untersuchungsacten kann nach gänzlich beendigem Verfahren keinem Angeklagten nach allgemeinen Grundsätzen und nach unserer Strafproceßordnung verwehrt werden und ist der Supplicantin ja auch gestattet. Die Supplicantin sagt in ihrem Gesuche, daß sie von der ihr gestatteten Erlaubniß weder selbst, wenn ihr auch freies Geleit zu diesem Behufe gewährt würde, noch durch einen Mandatar Gebrauch machen könne, und dies mag bei den constatirten Verhältnissen derselben und deren Ehemannes richtig sein, sodann setzt sie aber auseinander, daß ihr die Einsicht der Acten nichts nützen könne, da sie aus denselben nur den Inhalt der Zeugnisse, der ihr durch Verlesung ohnehin meistens bekannt sei, erfahren würde, dieses ihr aber nicht genüge, weil sie die Aussteller als Pasquillanten anfassend wolle und zu diesem Ende etwas in Händen haben müsse, worauf sie ihre Anklage stützen könne.

Der Supplicantin könnte nun zwar die ihr nicht zu versagende Einsicht der Acten vor dem Königl. Amtsgerichte Einbeck, an welches die Acten zu diesem Behufe zu senden sein würden, gestattet werden, sie hat indessen in dieser Weise durchaus keine Bitte vorgetragen und ob ihr mit dieser Gestattung gedient wäre oder sie solche überall gewollt hat, möchte nach ihren eigenen Erklärungen sehr zweifelhaft sein; wir müssen daher dem höhern Ermessen des Herzogl. Staats-

ministeriums anheim geben, ob der Supplicantin bei Abschlagung ihres Gesuches zu eröffnen sei, dass, wenn sie die Einsicht vor Königl. Amtsgerichte Einbeck beantragen werde, ihr deßfallsiges Gesuch von dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig, an welches dasselbe zu richten sei, in pflichtmäßige Erwägung gezogen werden würde.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für die Ehefrau des Privatlehrers Grill, Louise geb. Schmidt zu Einbeck vom 4. April 1865.

Wir ertheilen Ihnen auf das erneuerte Gesuch vom 4. v. Mts. um Verfügung der Ausantwortung gewisser Schriftstücke aus den Acten der, wegen Diebstahls, gegen Sie geführten Untersuchung, nachdem Wir den Bericht des Herzogl. Obergerichts eingezogen haben, hierdurch die Resolution: dass es bei den Ihnen gewordenen abschlägigen Bescheidungen sein Bewenden behalten müsse; wenn Sie jedoch die Gestattung der Einsicht der gedachten Acten vor dem Königl. Hannoverschen Amtsgerichte Einbeck bei dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig sollten beantragen wollen, von letztern ein dahin gehendes Gesuch in pflichtmäßige Erwägung gezogen werden würde.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 1. Juni 1865.

In Gemäßheit eines Ministerialrescripts vom 19. v. Mts. Nro. 3755 ertheile ich den Herren Staatsanwälten unter Bezugnahme auf das an die Herzoglichen Kreisgerichte ergangene Circularrescript vom 4. November 1835 (Bege Repert. IV. S. 146) und auf den §. 3 des Gesetzes über den Aufenthalt im Herzogthume vom 3. August v. Js., die Anweisung: von allen gegen hiesige Landeseinwohner ergangenen und in Ausführung gebrachten Criminal-Erkenntnissen, sowie von allen auf Anklage der Staatsanwälte erfolgten Bestrafungen hiesiger Landeseinwohner wegen der im §. 3 Nro. 2 des erwähnten Gesetzes bezeichneten Polizeivergehen und endlich von jeder gerichtlich erkannten Detention in der Besserungsanstalt zu Bevern der Landespolizeibehörde des Wohnorts des Bestraften resp. correctionell Detinirten — in Braunschweig der Herzogl. Polizeidirection — ohne Zeitverlust Mittheilung zu machen.

Ich bemerke dabei, dass den Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten hinsichtlich der von ihnen wegen der obbemerkten Polizeivergehen zu erkennenden Strafen eine gleiche Anweisung durch Herzogl. Obergericht ertheilt werden wird.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 28. September 1865.

Nach §. 17 des Polizeistrafgesetzbuchs kann der eines Polizeivergehens Angeeschuldigte in allen denjenigen Fällen, in welchen nur Geldstrafe angedrohet ist, die Anstellung eines Strafverfahrens durch Einzahlung des Strafbetrages abwenden, und das gleiche Verfahren ist nach dem Ministerialrescripte vom 23. November 1858 Nro. 10663 auch bezüglich der Gewerbesteuerstrafen zulässig.

Soll diese Vorschrift practisch werden, so setzt dieselbe voraus, daß der Beschuldigte und zwar vorzugsweise in den zur freisgerichtlichen Competenz gehörigen Straffällen, bei welchen das im §. 74 der Str.-Pr.-Ord. vorgeschriebene Verfahren nicht eintritt, vor Erhebung der Anklage und Einleitung des Hauptverfahrens Nachricht von der ihm drohenden Anklage und Kenntniß von derjenigen Geldsumme erhalte, durch deren Einzahlung binnen einer zu setzenden Frist er solche noch abzuwenden vermag.

Da bemerkt worden, daß dieses Verfahren von einigen Staatsanwälten nicht inne gehalten wird und durch sofortige Erhebung der Anklage häufig unnöthige Weiterungen und Kosten für die Staatskasse und den Beschuldigten entstanden sind: so veranlasse ich die Herren Staatsanwälte in Gemäßheit eines Ministerialrescripts vom 21. d. Mts. Nro. 8793, in Fällen der bezeichneten Art, namentlich bei Zahlungsfähigkeit der Beschuldigten, solche in der Regel zur freiwilligen Erlegung der gesetzlich bestimmten, resp. ihrem Betrage nach festzustellenden Geldbuße binnen einer bestimmten kurzen Frist aufzufordern und erst nach deren fruchtlosen Ablaufe die Anklage zu erheben.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 28. September 1865.

Es ist neuerdings häufig vorgekommen, daß in Straffachen nach Ansetzung des Hauptverhandlungstermins oder erst in demselben von den Angeklagten Abolutionsgesuche direct dem betreffenden Staatsanwalte überreicht sind und daß dieser alsdann selbst in solchen Fällen auf Wiederaufhebung des Hauptverhandlungstermins angetragen und solche erwirkt hat, wenn eine Befürwortung der Niederschlagung des Strafverfahrens von ihm für angemessen nicht gehalten ist.

Durch solches Verfahren ist der Justizgang nicht nur unnöthiger Weise aufgehalten, sondern es sind dadurch in vielen Fällen durch Zahlung der Gebühren an die erschienenen und, bei Aufhebung des Hauptverhandlungstermins, unvernommen entlassenen Auskunftspersonen für die Staatskasse erhebliche Kosten entstanden.

Eine Verpflichtung des Staatsanwalts, in Folge eines jeden bei ihm überreichten Abolutionsgesuchs auf einstweilige Sistirung des Strafverfahrens anzutragen, besteht gesetzlich nicht; dieser Antrag ist allerdings zu stellen, wenn höheren Orts Bericht über ein solches Gesuch gefordert wird und er kann außerdem, jedoch nur dann von dem Staatsanwalte gestellt werden, wenn derselbe dringende Gründe für die Unterstüzung eines bei ihm vorgetragenen Gesuchs um Niederschlagung des Strafverfahrens zu haben glaubt. Unzweckmäßig wird in den meisten Fällen ein solcher Antrag erscheinen, wenn das Gesuch erst im Verhandlungstermine (namentlich von zahlungsunfähigen Angeschuldigten) alsdann, wenn das volle Beweismaterial zur Hand ist, vorgebracht werden sollte, also ein Eingehen auf das Gesuch Weiterungen und Kosten mit sich führt. In solchen Fällen wird meist vorzuziehen sein, in den Gang der Justiz nicht einzugreifen, zumal nach erkannter Strafe der Gnadenweg immer noch freisteht.

In Gemäßheit eines Ministerialrescripts vom 21. September d. J. Nro. 8739 werden die Herren Staatsanwälte veranlaßt, nach diesen Andeutungen in Zukunft zu verfahren.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 16. October 1865.

Da es für die Herren Staatsanwälte in mehrfacher Beziehung von Interesse sein muss, über die Beendigung der Strafvollziehungen in den hiesigen Strafanstalten und der Landesstrafanstalt zu Braunschweig, sei es dass dieselbe durch Erleidung der erkannten vollen oder aber im Gnadenwege verkürzten Strafe, durch Tod, Flucht oder in anderer Weise herbeigeführt wird, glaubhafte Bescheinigung zu den Acten zu erhalten: so ist auf meinen Antrag zufolge Schreibens des Kreisdirectors Gulemann zu Braunschweig vom 14. d. Mts. sowol die Direction der hiesigen Strafanstalten, als die Herzogl. Polizeidirection in Braunschweig zur Ertheilung derartiger Benachrichtigungen an die Herren Staatsanwälte angewiesen worden.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 6. November 1865.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die im §. 17 des Crim.-Ges.-Bs. als gesetzliche Folgen der schwereren Freiheitsstrafen aufgeführten Nachtheile bereits mit der rechtskräftigen Verurtheilung zu der betreffenden Strafe, oder erst mit deren wirklicher Verbüßung eintreten. Für die letztere Ansicht hat sich bekanntlich der Obergerichts-Präsident Breymann im Commentare zum Criminalgesetzbuche Seite 177 ausgesprochen.

Ein Rehabilitationsgesuch des frühern Thorwistators Künne hieselbst, (Str.-Pr.-Ord. §. 188 folg.) welcher durch schwurgerichtliches Erkenntniss vom 9. April 1859 wegen Bestechung in eine — sofort durch landesfürstliche Gnade in Gefängniss verwandelte — 13monatige Zwangsarbeitsstrafe verurtheilt war, hat mir Veranlassung dargeboten, die für die entgegengesetzte Ansicht sprechenden Gründe auszuführen.

Der §. 17 des Crim.-Ges.-Bs. setzt fest, dass der Verlust politischer und anderer Rechte, sowie der Fähigkeit solche zu erlangen, eine gesetzliche Folge der schwereren Strafen in dem dort bezeichneten Umfange sei. Der Wortlaut dieser Gesetzesbestimmung lässt unentschieden, ob diese Folge schon mit der rechtskräftigen Verurtheilung in die betreffende Strafe, oder erst durch deren Vollziehung eintrete, und es wird behuf der Interpretation die Absicht des Gesetzgebers theils aus dem historischen Gange der Gesetzgebung, theils aus dem sonstigen Inhalte des Criminalgesetzbuchs selbst zu erforschen sein.

In erster Beziehung ist entscheidend, dass nicht nur die vor dem Criminalgesetzbuche ergangenen Specialgesetze den Verlust politischer, bürgerlicher und Dienstrechte regelmäßig schon an die absolutio ob instantia oder doch an die rechtskräftige Verurtheilung wegen begangener Verbrechen geknüpft haben.

Wahlgesetz vom 12. October 1832 §. 2.

Civilstaatsdienstgesetz vom 12. October 1832 §. 59 Nro. 1, §. 60 Nro. 3, §. 62.

Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834 §. 16.

Gilde-Ordnung vom 29. October 1821 §. 128 Nro. 3.

Gewerbsteuergesetz vom 4. April 1837 §. 32 Nro. 1, 3.

Kriegsdienstgesetz vom 23. Februar 1837 §. 2 Nro. 2,

sondern dass auch die nach dem Criminalgesetzbuche erlassenen neueren Gesetze, beim Wegfalle der Absolution von der Instanz, den Verlust jener Rechte nicht von dem Strafvollzuge, sondern von der rechtskräftigen Verurtheilung abhängig machen.

Revidirte Städte-Ordnung vom 19. März 1850 §. 15 Nro. 3, §. 89 Nro. 1, §. 92.

Landgemeinde-Ordnung vom 19. März 1850 §. 15 Nro. 3.

Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 22. November 1851 §. 14 Nro. 3.

Kriegsdienstgesetz vom 21. Juni 1851 §. 2 Nro. 2.

Schon hiernach wird, wenn man nicht eine Inconsequenz der Gesetzgebung annehmen will, zumal in Uebereinstimmung mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen und den meisten neueren deutschen Strafgesetzen

Preussisches Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 §. 11.

Württembergisches Strafgesetzbuch vom 1. März 1839 Art. 33.

Hannoversches Criminalgesetzbuch vom 8. August 1840 Art. 16.

Großherzoglich Hessisches Strafgesetzbuch vom 17. September 1841 Art. 22.

Badensches Strafgesetzbuch vom 6. März 1845 §. 17

die Deutung, dass hier die rechtskräftige Verurtheilung das entscheidende Moment sei, um so mehr den Vorzug verdienen, als auch in dem ständischen Commissionsberichte über den Entwurf des Criminalgesetzbuchs vom 9. April 1840 Seite 10, stets von der Zeit der Verurtheilung geredet wird.

Allein auch aus dem Inhalte des Criminalgesetzbuchs und manchen sonst unerklärlichen Einzelbestimmungen desselben, folgt die Richtigkeit dieser Ansicht, so beisehalber daraus:

1. dass §. 68 geradezu vorschreibt:

„die ohne Beschränkung zugestandene Begnadigung tilgt die sämtlichen Folgen der erkannten Strafe“

wobei kein Grund zu der Annahme vorliegt, dass hier eine Ungenauigkeit des Ausdrucks anzunehmen sei;

2. dass §. 71, indem er unter Nro. 2 von der Verjährung der bereits erkannten Strafen redet, die Bestimmung enthält:

„Die Verjährung der Strafe — und eine solche kann nach §. 72 schon mit Eröffnung des vollstreckbaren Erkenntnisses beginnen — hebt die mit derselben verbundenen Folgen nicht auf (§. 17)“

ohne zu unterscheiden, ob der Verurtheilte sich der Strafe vor, oder erst nach deren Antritte entzog;

3. dass die im §. 249 für den Fall des Zusammentreffens der selbstständigen Strafe der Dienst-Entsetzung oder Entlassung mit dem im §. 17 als Straffolge bezeichneten Verluste der Dienstrechte vorgeschriebene und im Erkenntnisse auszusprechende, also nicht bis nach der Strafverbüßung hinauszuschiebende Umwandlung der Dienst-Entsetzung oder Entlassung in eine als deren Surrogat eintretende Freiheitsstrafe — und in gleicher Weise die Bestimmung im §. 253 — nur vereinbar ist mit der Annahme, dass der Verlust der Dienstrechte als Straffolge sofort mit

der rechtskräftigen Verurtheilung in eine schwere Freiheitsstrafe eintrete und mit ihr auszusprechen sei, nicht also dann in Wegfall komme, wenn etwa derselben im Gnadenwege eine geringere Straffart substituirt wird, welche jene Folge nicht hat;

4. dass die Vorschrift im §. 17:

„Gefängnißstrafe über ein Jahr wegen eines vorsätzlichen Verbrechens zieht den Verlust der Dienstrechte mit sich“

nur bei Annahme der hier vertretenen Ansicht gerechtfertigt und mit den Erfordernissen des Staatsdienstes in Einklang zu bringen ist, indem sonst der Verlust der Dienstrechte erst nach Verbüßung einjähriger Gefängnißstrafe eintreten würde, ohne dass Vorschriften darüber gegeben wären, in welcher Weise der wirkliche Verlust solcher Rechte am geeigneten Zeitpunkte zu constatiren sei.

Endlich ist bei Erlass der Strafprocessordnung, deren §. 188 die Wiederherstellung politischer und bürgerlicher Rechte, welche in Folge einer Verurtheilung verloren gegangen sind, durch einfache Begnadigung ausschließt, unzweifelhaft von der gleichen Rechtsanschauung ausgegangen, und es haben die Gerichte des hiesigen Landes kein Bedenken getragen, den Verlust der Dienstrechte selbst dann, wenn solcher nicht selbstständige Strafe für Amtsverbrechen, sondern lediglich gesetzliche Folge einer erkannten schweren Freiheitsstrafe war, sofort in dem Straferkenntnisse auszusprechen, ohne abzuwarten, ob wirklich die betreffende Strafe auch zum Vollzuge komme.

Nachdem nun sowohl Herzogl. Staatsministerium als Herzogl. Obergericht in dem ob- erwähnten Falle dieser Ansicht sich angeschlossen und durch die rechtskräftige Verurtheilung des Rünte zu einer — nicht vollzogenen — Zwangsarbeitsstrafe den Verlust der politischen Rechte als eingetreten, mithin behuf deren Wiedererlangung die Durchführung des Rehabilitationsverfahrens für nöthig erachtet haben, so veranlasse ich die Herren Staatsanwälte, solche in den geeigneten Fällen gleichfalls zu befolgen.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig
vom 19. December 1865.

Auf den Bericht, welchen Herzogl. Stadtgericht in der Privatanklagesache Moses wider Barnsdorf, wegen Verbal- und Real-Injurien unter dem 4/13. November d. J. an uns erstattet hat, erwidern wir Folgendes:

Aus den von uns eingeforderten kreisgerichtlichen Acten ersehen wir, dass Herzogliches Kreisgericht durch den Bescheid vom 16. September d. J. auf Beschwerde des Barnsdorfschen Verteidigers, Obergerichtsadvocat Lucius, den im stadtgerichtlichen Decrete vom 27. Juli d. J. verfügten Absatz von 7 Gr. 5 Pf. deshalb beseitigt hat, weil der §. 3 des Gesetzes vom 8. März 1861 nur die Pauschsätze bestimme, welche eine Partei sowohl dem Gegner als dem eignen Anwalte zu zahlen habe, keinesweges aber in jenem gesagt werde, dass der Anwalt, wenn er die eigene Partei verklagen müsse, diese Bemühung umsonst haben solle.

Die vom Herzogl. Kreisgerichte gebilligte Ansicht, müssen auch wir für die richtige halten. Das genannte Gesetz setzt Pauschsätze fest für die Durchführung der Sache und rechnet

dazu auch die Kostenliquidation. Unter letzterer kann aber nur die zur Durchführung der fraglichen Anklagesache gehörige Liquidation, also die der obliegenden Partei gegen den unterliegenden Theil, welcher die Kosten zu erstatten hat, verstanden werden, indem diese Arbeit in der übernommenen und durch den Pauschsatz zu honorirenden Assistentz mit enthalten ist. Wenn aber der Rechtsbeistand das ihm für die erfolgte Durchführung gebührende Honorar nebst den etwaigen Auslagen nicht in Güte erhält, sondern seinerseits die gerichtliche Hülfe gegen seine Partei in Anspruch nehmen muss, so fehlt ein genügender Grund zu der Annahme, dass die Geltendmachung dieses reinen Civilanspruchs vom Gesetzgeber als in der Durchführung der Strafsache mit enthalten betrachtet sei.

Zugleich müssen wir dem Herzogl. Stadtgerichte bemerklieh machen, dass es jedenfalls unzulässig sein würde, gerichtliche Entscheidungen der zweiten Instanz, welche unter zwei Parteien privatrechtliche Ansprüche feststellen, auf den Antrag des Richters erster Instanz im Wege der Oberaufsicht zu beseitigen.

Unter diesen Umständen können wir auf den formell unstatthafter und materiell unbegründeten Antrag des Herzogl. Stadtgerichts nicht eingehen.

Die dem Berichte beigelegten Acten erhält Herzogl. Stadtgericht hierneben zurück. Die vom Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig eingeforderten Acten sollen demselben unter Beifügung einer beglaubigten Abschrift dieses Rescripts wieder zugestellt werden.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel
vom 12. Juni 1866.

In der Anklagesache des Dienstknechts August Sander aus Keiserde, Anklägers, gegen den Dienstknecht Fritz Brede, daselbst, Angeklagter, wegen Verläumdung, hat der Oberstaatsanwalt auf einen Bericht des Staatsanwalts Römke unterm 24/25. April d. J. bet uns darauf angetragen:

das Herzogl. Kreisgericht hieselbst unter Aufhebung seines Bescheides vom 7. April d. J. zur Verfügung auf den zu seiner Competenz gehörigen Arrestantrag des Staatsanwalts vom 4. April d. J. anzuweisen.

Wir müssen den Antrag für begründet erachten.

1. Der gemeinrechtliche Grundsatz, dass die Strafgerichte die von ihnen gefällten Urtheile zu vollziehen und die ihnen zu dem Ende beigelegte Executivgewalt gegen die ihrer Jurisdiction unterworfenen Personen in Anwendung zu bringen haben

C. C. C. Art. 96, 98, 99.

Müller, Lehrbuch des Crim.-Proc. §. 50 und 238.

Martin, Lehrbuch des Crim.-Proc. §. 8, §. 31, §. 147

ist auch in der hiesigen Particulargesetzgebung anerkannt.

Verordnung vom 3. Februar 1814 §. 34. B. C. No. 7.

Die Vollstreckung von Amtswegen beschränkt sich nicht auf die erkannten öffentlichen Strafen, sondern umfasst namentlich auch die für die Staatskasse zu berechnenden Kosten.

C. C. C. Art. 12 und 99.

Allerdings lassen sich diese Kosten unter den Gesichtspunkt eines fiscalischen Anspruchs gegen den Angeklagten bringen, es nehmen jedoch die Gerichte, wenn sie deren Beitreibung besorgen, nicht die privatrechtliche Stellung einer *statio fisci* ein, sondern üben unmittelbar ein ihnen im Interesse der Rechtspflege anvertrautes Hoheitsrecht aus.

L. 2 und 3 Dig. de jurisdictione 2. 1.

Durch die neuere Gesetzgebung ist hinsichtlich der stadt- und amtsgerichtlichen Strafsachen nichts verändert; dagegen wurde die Vollziehung der kreisgerichtlichen und schwurgerichtlichen Straf-erkenntnisse den Staatsanwälten übertragen.

Strafproceßordnung §. 186.

Die Letzteren haben aber, auch wenn es sich um Beitreibung der Kosten handelt, gleichfalls nicht die privatrechtliche Stellung eines fiscalischen Vertreters, sondern sie handeln statt der betreffenden Gerichte selbstständig kraft Hoheitsrechts, so weit die ihnen übertragene Gewalt reicht. Daff nämlich die Vollziehung durch diese Uebertragung nicht durchweg jeder Ein- und Mitwirkung der Strafgerichte entzogen werden sollte, ergeben zur Genüge die Bestimmungen in den §§. 5 und 187 der Str.-Pr.-Ord.

Die Staatsanwälte sind demnach befugt, die erforderlichen executivischen Maßregeln gegen die Person und das Vermögen des Angeklagten zu treffen, ohne daff sie zu den einzelnen Acten eines besonderen gerichtlichen Beschlusses bedürfen. Zweifel können nur darüber entstehen, ob ihre obrigkeitliche Zwangsbefugniß auf die Person des Angeklagten beschränkt ist oder sich überhaupt, wie die der Gerichte auf die Eingefessenen des Gerichtsbezirks erstreckt.

Soll z. B. dem Angeklagten ein Vermögensstück abgepfändet, soll ihm die Einziehung eines Activpostens untersagt werden, so genügt unverkennbar für das zu erlassende Gebot oder Verbot die dem Staatsanwalt gegen den Angeklagten eingeräumte Gewalt. Handelt es sich hingegen um eine obrigkeitliche Beschlagnahme bei dem Schuldner des Angeklagten, so genügt es nicht, daff der Angeklagte den Anordnungen des Staatsanwalts unterworfen ist, sondern es wird dazu eine Auctorität erfordert, welche auch der Schuldner als die einer ihm vorgesezten Obrigkeit anzuerkennen hat.

Ohne solche berechnigte Auctorität würde der Schuldner die Aufforderung, dem Angeklagten keine Zahlung zu leisten, nicht als ein obrigkeitliches Verbot zu respectiren, sondern nur als privatrechtliche Denunciation eines Cessionars oder Pfandgläubigers zu beachten haben.

Da das Gesetz nicht bestimmt, daff den Staatsanwälten eine derartige allgemeine obrigkeitliche Gewalt gegen sämtliche Eingefessene des Gerichtsbezirks zustehen soll, so verdient die Meinung den Vorzug, wonach das Recht der Staatsanwälte, bei Vollziehung der Straferkenntnisse Gebote und Verbote zu erlassen, sich auf die Person des Angeklagten beschränkt. Auch hat sich das Obergericht schon mehrfach in diesem Sinne ausgesprochen.

conf. die Rescripte vom 7. März 1855, 27. Septbr. 1861, 25. Juni 1862
in der Zeitschrift für Rechtspflege Bd. X. pag. 9—12.

Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daff die zur Vollziehung erforderlichen Zwangsbefugnisse, welche das Gesetz den Staatsanwälten nicht übertragen hat, den Gerichten verblieben und von ihnen in den auch während der Vollstreckung bei Gericht anhängigen Sachen in Anwendung zu

bringen sind. Hält demnach der Staatsanwalt für erforderlich, dass ein Activposten des Angeklagten bei dessen Schuldner mit Arrest belegt werde, so hat derselbe sich in Ermangelung eigener Macht an das Herzogl. Kreisgericht zu wenden, welchem die mit der Jurisdiction verbundene obrigkeitliche Gewalt über alle Eingefessene des Gerichtsbezirks eingeräumt ist.

Dabei wird natürlich vorausgesetzt, dass der Schuldner im Bezirke des Kreisgerichts wohnt, welches das Straferkenntniß abgegeben hat, oder bei welchem in schwurgerichtlichen Fällen die Voruntersuchung geführt ist.

Strafprocessordnung §. 184.

Gesetz vom 22. November 1859 §. 3. B. G. Nro. 47.

Fehlt es an dieser Voraussetzung, so würde dasjenige Kreisgericht, dessen Jurisdiction der Schuldner unterworfen ist, zu requiriren sein, da der im §. 21 des Gesetzes vom 15. Octbr. 1832 B. G. Nro. 29 aufgestellte Grundsatz auch auf diesen völlig analogen Fall angewandt werden müsste.

Endlich bedarf es kaum der besonderen Bemerkung, dass die Frage hierbei ganz unberührt bleibt, welches Verfahren alsdann einzuhalten sei, wenn der Schuldner des Angeklagten die mit Beschlagnahme belegte Forderung bestreiten und eine gerichtliche Entscheidung über seine Zahlungsverbindlichkeit erforderlich werden sollte. Für eine solche rein civilrechtliche Erörterung könnten selbstverständlich nur die Bestimmungen des Civilprocesses maßgebend sein; indem alsdann, um wegen des fiscalischen Anspruchs Befriedigung zu erlangen, gegen den Schuldner des Angeklagten eine gerichtliche Klage zu erheben sein würde.

2. Bei Privatanklagen kommen Kosten vor, welche nicht in die Gerichtskasse fließen, sondern einer Partei von der Gegenpartei zu erstatten sind. Offenbar ist dies ein Anspruch, der zwar aus einem Strafverfahren entsteht, übrigens aber eine völlig privatrechtliche Natur an sich trägt und dessen Geltendmachung nicht den öffentlichen Behörden obliegt, sondern dem Berechtigten ausschließlich überlassen bleibt.

Da das Gesetz in dieser Beziehung keine nähere Bestimmungen enthält, so hat sich der Gerichtsgebrauch dahin ausgebildet, dass die erkennenden Strafgerichte nur die Kosten feststellen und die Zahlungsaufgabe für executorisch erklären, wogegen der Berechtigte die executivische Beitreibung, wie bei sonstigen Civilansprüchen, durch Anträge bei den Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten zu erwirken hat. Es wird sich hiergegen um so weniger ein Bedenken erheben lassen, da die Gesetzgebung selbst für die Durchführung dieser Executionsinstanz besondere Pauschsätze eingeführt und dadurch deren Selbstständigkeit und privatrechtlichen Character anerkannt hat.

conf. Gesetz vom 8. Mai 1861. B. G. Nro. 11.

Abgesehen aber von den einer Privatpartei gebührenden Kosten gelten rücksichtlich der Vollziehung der Straferkenntnisse in Privatanklagensachen dieselben Bestimmungen, wie bei öffentlichen Anklagen und es müssen daher in Bezug auf die Strafen und die für die Gerichtskasse zu berechnenden Kosten, deren Vollziehung und Beitreibung den Staatsanwälten obliegt, auch die sub 1 entwickelten Grundsätze zur Anwendung gebracht werden.

3. Das Rescript vom 25. Juni 1862 (Zeitschrift Bd. X. pag. 12) auf welches Herzogl. Kreisgericht Bezug nimmt, betrifft die Vollziehung des von einem Kriegsgerichte ergangenen Straferkenntnisses.

Nach Art. 94 des Gesetzes, die Militairstrafen und Processe betreffend — B. D. C. Nro. 40 von 1855 — liegt die Vollziehung derartiger Erkenntnisse dem Commandeur ob. Ist nun wegen der entstandenen Kosten eine Beschlagnahme bei dem Schuldner des Angeklagten erforderlich, so versteht es sich von selbst, dass weder der Commandeur noch das Kriegsgericht hier unmittelbar einschreiten kann, indem die Civilpersonen, insofern das Gesetz keine besondere Bestimmung enthält, wie z. B. für Zeugenvernehmungen,

Art. 32, 35, 39, 41 l. c.

ihrer Botmäßigkeit nicht unterworfen sind.

In welcher Weise die nothwendige Mitwirkung der nicht militairischen Gerichte bei der Vollziehung kriegsgerichtlicher Strafurtheile erfolgen soll, ist gesetzlich nicht näher normirt. Handelt es sich um Arrestanträge bei Dritten, so mag sich darüber streiten lassen, ob die civilrechtliche Natur des Anspruchs sofort auch für Bestimmung der Competenz in den Vordergrund trete, mithin der Commandeur oder statt seiner der Stabsauditeur sich mit seinem Antrage an das der Summe nach competente Civilgericht zu wenden habe, wie das Rescript vom 25. Juni 1862 annimmt, oder ob nicht vielmehr hier ebenso zu verfahren sei, wie bei Requisitionen der nicht militairischen Gerichte unter einander, so dass also nach Analogie des §. 22 des Gesetzes vom 15. October 1832 B. C. Nro. 29 die Dualität der Sache, zu welcher die Requisition erlassen ist, für die Competenz maßgebend sein würde. Welche Ansicht man aber in dieser Beziehung für die richtigere halten möge, so bleibt doch gewiss, dass die Abweichungen von den ad 1 erörterten Grundsätzen, welche für die Requisitionen bei Vollziehung kriegsgerichtlicher Strafurtheile berechtigt sein können, nicht auf Fälle ausgedehnt werden dürfen, in denen es sich um den Vollzug der von nicht militairischen Gerichten erlassenen Straferkenntnisse handelt, weil die Competenz dieser Gerichte, bei Vollziehung ihrer eigenen Strafurtheile erforderlichen Falls von Amtswegen mitzuwirken, schon anderweit gesetzlich feststeht.

Im vorliegenden Falle sollen von dem Privatankläger Sander für die Gerichtskasse Kosten beigetrieben werden und es ergiebt sich aus den Erörterungen ad 1 und 2, dass Herzogl. Kreisgericht, welches das Straferkenntniß abgegeben hat, auch die Behörde ist, bei welcher die behuf Vollziehung erforderliche Arrestanlage von dem Staatsanwälte zu beantragen war.

Es wird daher unter Aufhebung des angefochtenen Bescheides vom 7. April d. J. das Herzogl. Kreisgericht hiermit angewiesen, auf den vom Staatsanwalt Römke unter dem 4. April d. J. gestellten Antrag die weitere sachliche Verfügung zu erlassen.

Schreiben Herzogl. Finanzcollegiums an Herzogl. Kreisgericht
Wolfenbüttel vom 17. September 1866.

Mit dem dortsseitigen Vorschlage im gefälligen Schreiben vom 4. d. M. die Vertheidigungsgebühren in Anlagefachen, für deren Berichtigung im Falle des Unvermögens des verurtheilten Angeklagten die Staatskasse einzutreten hat, sofort nach dem Verhandlungstermine definitiv aus der Gerichtskasse berichtigen und für diese von dem Angeklagten, zusammen mit den übrigen Gerichtskosten, wieder einziehen zu lassen, sind wir einverstanden, müssen aber be-

dingen, dass in allen diesen Fällen von vornherein die anzuweisende Gebühr auf denjenigen Betrag beschränkt bleibe, welcher nach der Bestimmung sub h. der allgemeinen Bemerkungen zur Sportel- und Tagordnung in Strafsachen (V. D. S. de 1858 Seite 385) der Staatskasse überhaupt nur zur Last fallen soll.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 8. April 1867.

Nach §. 2 A. des Gesetzes vom 15. September 1863 No. 33 soll als leichtsinniger Bankerotteur insbesondere auch Derjenige gestraft werden, welcher durch gewagte, mit seinem Vermögen nicht in Verhältniss stehende Unternehmungen sich außer Stand gesetzt hat, seine Gläubiger zu befriedigen. Diese Vorschrift scheint von einzelnen Gerichten dahin verstanden zu werden, dass unter dem Begriffe „gewagte Unternehmungen“ nur solche Geschäfte zu substituiren seien, welche absolut und unter allen Umständen — wie Spiel und Wette — den Character der Wagniss an sich tragen.

Eine solche Auffassung tritt mit dem Zwecke des Gesetzes, welches überhaupt leichtsinnige Unternehmungen, wenn durch sie der Vermögensverfall herbeigeführt ist, gestraft wissen will und mit dessen Worten, welche gerade auf das wesentliche Moment hinweisen, dass das Unternehmen mit den Vermögensverhältnissen des Angeschuldigten nicht im Einklange stehe und deshalb, wenn es einen einigermaßen sichern Erfolg nicht erwarten lässt, nach dem concreten Verhältnisse des Einzelfalles als ein gewagtes erscheine, im Widerspruch.

Die richtige Ansicht, dass auch relativ gewagte Unternehmungen unter das Strafgesetz fallen, ist denn auch in den Gründen eines in der Anklagesache wider den Schneidermeister Weserling zu Schöningen wegen Bankerotts unterm 12/29. v. Mts. vom ersten Senat Herzogl. Obergerichts abgegebenen Erkenntnisses gebilligt worden.

Die Herren Staatsanwälte wollen bemüht sein, dieser Ansicht in den betreffenden Fällen Geltung zu verschaffen. Dabei kann ich jedoch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass in demselben Erkenntnisse der höchste Gerichtshof sich dahin ausgesprochen hat, dass, wenn gleich in der Anklageschrift diejenigen speciellen thatsächlichen Momente angeführt seien, aus welchen die Schlussfolgerung gezogen werde, dass darin ein gewagtes Unternehmen im gesetzlichen Sinne gefunden werden müsse, doch in dem Umstande, dass der Wahrspruch sich nicht über den Beweis jener speciellen thatsächlichen Prämissen ausspreche, sondern auf die allgemeine Feststellung beschränke:

„es sei nicht erwiesen, dass der Angeklagte durch gewagte, mit seinem Vermögen nicht in Verhältniss stehende Unternehmungen seine Insolvenz herbeigeführt habe,“

ungeachtet der Vorschrift im §. 92 der neuen Redaction der Strafprocessordnung — keinesweges unter allen Umständen, sondern dann nur eine Richtigkeit zu finden sei, wenn aus dem Sitzungsprotocolle sich ergebe, dass bei den Verhandlungen von den Parteien verschiedene Rechtsansichten in Bezug auf den Thatbestand geäußert seien, weil alsdann durch einen nur generellen Wahrspruch der verletzten Partei die Möglichkeit abgeschnitten werden würde, eine höhere Entscheidung über einen streitig gebliebenen Rechtspunkt herbeizuführen.

Sie werden veranlaßt in diesen und ähnlichen Fällen, wo eine verschiedene rechtliche Auffassung der in den Gesetzworten enthaltenen Begriffe sich herausgestellt oder überhaupt wahrscheinlich wird, bei Verhandlung der Sache über die von Ihnen vertretene Rechtsansicht Act nehmen zu lassen und damit den Antrag zu verbinden, in dem Wahrspruche die speciellen als Prämissen erscheinenden einzelnen thatsächlichen Momente festzustellen und in dem Rechtspruche erst die Entscheidung darüber zu treffen, ob durch jene der gesetzliche Begriff auch erschöpft werde, damit die Möglichkeit bleibe, in höherer Instanz die Remedur irriger Auffassung zweifelhafter Rechtsbegriffe herbeizuführen.

**Rescript des Oberstaatsanwalts an sämmtliche Staatsanwälte
vom 14. December 1867.**

In einer, durch Denunciation eines Predigers veranlaßten, aber durch Einstellungsbeschluß bereits erledigten Untersuchung war von jenem um Gestattung der Einsicht der Gerichtsacten gebeten, weil er in Erfahrung gebracht, daß in dieser Untersuchungssache umfangreiche Verhandlungen über sein Verhalten, seine Wahrheitsliebe und die Lauterkeit seines Characters auf Antrag der Vertheidigung stattgefunden hätten. Diesem Antrage ist im Recurswege vom Herzogl. Obergerichte deferirt, weil ein gesetzliches Verbot nicht entgegenstehe, vielmehr aus l. 2. Cod. de edendo 2. 1. zur Genüge hervorgehe, daß die Einsicht der gerichtlichen Criminalacten — falls dadurch in den Gang einer anhängigen Untersuchung nicht störend eingegriffen werde — dann gewährt werden dürfe und müsse, wenn der Antragsteller, wie im vorliegenden Falle, sich auf ein ausreichendes rechtliches Interesse zu stützen vermöge.

Daß dieser Grundsatz nicht in gleicher Weise auf die gerichtspolizeilichen Verhandlungen, insofern solche nicht durch Ueberreichung zu den Voruntersuchungsacten untrennbare Theile und Zubehörungen derselben geworden sind, Anwendung finden könne, ist bei der Verhandlung jenes Recursfalles auch vom Herzogl. Obergerichte allseitig anerkannt worden.

Es liegt nach §. 25 der Str.-Pr.-Ord. in der Verpflichtung der Staatsanwaltschaft, alle Spuren von Vergehungen zu erkunden, die That und den Thäter zu erforschen und sie hat zu diesem Zwecke die vertraulichsten Anzeigen und oft nur auf Muthmaßungen beruhenden Mittheilungen sowol der Privaten als der Beamten der gerichtlichen Polizei entgegen zu nehmen, deren Grund oder Ungrund zu erforschen und wenn sich deren Erheblichkeit für den Untersuchungszweck dadurch herausgestellt hat, in den betreffenden Fällen die erforderlich scheinenden Anträge bei dem Gerichte resp. Untersuchungsrichter zu stellen. Das Gesetz verpflichtet den Staatsanwalt, derartige Anzeigen und Mittheilungen zu sammeln, ohne ihm deren Abgabe an das Gericht aufzuerlegen.

Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß wenn alle und jede, auch die vertraulichste, oft gegen bisher unbescholtene Personen gerichtete und vielleicht gerade durch die unbedachte Form, in welcher sie geschah, besonders kränkende Mittheilung, welche dem Staatsanwälte oder einem Beamten der gerichtlichen Polizei gemacht worden, ohne Unterschied, selbst ehe sie durch weitere Nachforschung Bestätigung gefunden, zu den gerichtlichen Acten gebracht und dadurch nach dem

vom Herzogl. Obergerichte angenommenen Grundsätze möglicher Weise kundbar gemacht würde, nicht nur oft unschuldigen Dritten eine sehr wohl vermeidliche, durch den Untersuchungszweck nicht immer erforderliche Kränkung zugefügt, sondern auch nicht ferner darauf gerechnet werden dürfte, daß dergleichen confidentielle Mittheilungen auf die Dauer erfolgen, weil nunmehr Jeder, von dem sie ausgehen, auch bei der lautersten Absicht zu besorgen haben würde, dem dadurch Betroffenen Rede stehen zu müssen. Damit aber würde ein wichtiges Erforschungsmittel der Verbrechen verloren gehen, welches nie ganz wird entbehrt werden können, wenn gleich der Mißbrauch des Anzeigerechts zu wesentlich falschen Anschuldigungen ebenso verächtlich als strafwürdig und unter dieser Voraussetzung von Amtswegen mit Strenge zu verfolgen ist.

Der Umstand nun, daß in dem obenwähnten Falle Berichte der unteren Polizeiofficianten über vertraulichste Äußerungen, welche Amtsgenossen über den Character und die Wahrheitsliebe des damaligen Denuncianten gegen dritte Private angeblich gemacht haben sollten, zu den Untersuchungsacten gebracht, Theile derselben geworden und der Einsicht preisgegeben sind, — während genügt haben würde, die betreffenden Amtsgenossen dem Gerichte als Zeugen zu bezeichnen — die Unannehmlichkeiten und Zerwürfnisse, welche aus einem solchen Verfahren zu besorgen, sowie die Wahrnehmung, daß vielfach dafür gehalten zu werden scheint, daß sämtliche bei der Staatsanwaltschaft gemachte, auf Uebertretungen der Strafgesetze sich beziehende Anzeigen und Mittheilungen, sowie alle von ihr selbst angeordnete gerichtspolizeiliche Erhebungen unterschiedslos zu den Gerichtsacten abgegeben und denselben einzuverleiben seien, veranlaßt mich, die Herren Staatsanwälte auf die obenbemerkten Gesetzesbestimmungen aufmerksam zu machen und, soweit dies ohne Verletzung wirklicher Interessen der Strafrechtspflege geschehen kann, zu besonderer Vorsicht bezüglich der Abgabe gerichtspolizeilicher Verhandlungen und Eingaben überhaupt, insbesondere aber solcher zu den Gerichtsacten aufzufordern, welche Depositionen von Auskunftspersonen, denen doch nach §. 27 der Str.-Pr.-Ord. der öffentliche Glaube fehlt, enthalten und durch welche Dritte, nicht in Untersuchung befangene, Personen an Ehre und guten Namen gefährdet und sonst wesentlich verletzt werden können.

Selbstverständlich erscheint in denjenigen Straffällen, bezüglich welcher eine gerichtliche Voruntersuchung nicht stattgehabt, bei Ueberrichtung der Anklage eine Beifügung der staatsanwaltlichen Acten, abgesehen vom Anschlusse der nöthigen Beweisstücke, überall nicht erforderlich.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 30. December 1867.

Aus den Mittheilungen der Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft sowie aus den von uns eingezogenen Berichten haben wir ersehen, daß von den Herzogl. Kreis-, Stadt- und Amtsgerichten sowohl in Bezug auf die Vorladungen der Angeklagten zur Hauptverhandlung überhaupt als auch insbesondere in dem Falle, wenn der Angeklagte sich in stadt- oder amtsgerichtlichen Anklagesachen der Justizstellung des vorläufigen Strafkenntnisses oder der Ladung zum Gerichtstage entzieht (§. 74 und 75 der Str.-Pr.-Ord.) ein verschiedenartiges Verfahren beobachtet wird.

Wir finden uns daher veranlaßt, den Herzogl. Kreisgerichten hierüber Folgendes zu eröffnen:

1. Einige Kreisgerichte haben es für genügend erachtet, daß die Vorladung des momentan abwesenden Angeklagten zum öffentlichen Hauptverfahren dem betreffenden Gemeindevorsteher insinuiert wird, während die meisten Kreisgerichte streng darauf halten, daß die Behändigung an den Angeklagten in Person erfolgt. Wir können nur dies letztere Verfahren als das mit den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmende betrachten.

Nach der Strafproceßordnung §. 69, 78, 94 und 154 muß der Angeklagte zu der Hauptverhandlung vorgeladen sein, damit im Fall seines Nichterscheins das Erkenntniß, als ob er anwesend wäre, in der öffentlichen Sitzung mit Erfolg gegen ihn verkündigt werden könne. Die nähern Bestimmungen über diese Vorladungen zum Hauptverfahren sind in den §§. 74, 75, 85, 100—105 enthalten und es ergibt sich aus einer Vergleichung dieser Vorschriften, daß hierbei überall eine an den Angeklagten in Person erfolgte Behändigung vorausgesetzt wird. Eine Bezugnahme auf den §. 40 I. c. kann eine Abweichung von der gesetzlichen Regel nicht rechtfertigen, da dieser §. 40 nur von den Vorladungen in der Voruntersuchung redet und schon deshalb nicht verallgemeinert werden darf. Namentlich steht aber solcher Ausdehnung die Erwägung entgegen, daß die hiesige Strafproceßordnung in Strafsachen keinen eigentlichen Instanzenzug kennt, sondern durch das eine Enderkennniß die rechtsgültige Entscheidung über die That für alle Zukunft eintreten läßt. Dieses System verlangt, daß es mit der gehörigen Ladung genau genommen wird, weil sonst, wenn man von der Nachweisung der wirklich erfolgten persönlichen Behändigung absehen und sich mit einer Präsumtion oder Fiction begnügen wollte, der Fall eintreten könnte, daß ein Angeschuldigter endgültig verurtheilt würde, ohne daß darüber, ob er in der That von der Einleitung des Strafverfahrens überhaupt etwas erfahren habe, die erforderliche rechtliche Gewissheit vorhanden wäre. Auch würden die Kreisgerichte, selbst wenn sie sich hinterher von dem Mangel einer gehörigen Vorladung überzeugten, nach Abgabe des Erkenntnisses gar nicht in der Lage sein, die Folgen des Verfahrens zu beseitigen, da die Entscheidung nur durch Verfolgung der Richtigkeitsbeschwerde oder durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ihre Kraft verlieren kann. — Str.-Pr.-Ord. §. 156. —

Wir hegen daher die Zuversicht, daß die sämtlichen Kreisgerichte nicht allein im Interesse gleichmäßiger Rechtspflege, sondern auch zur Vermeidung eigener Verantwortlichkeit auf die strenge Innehaltung der erwähnten gesetzlichen Vorschriften genau achten und die hin und wieder vorgekommenen Abweichungen in Zukunft nicht weiter zulassen werden.

Um die gehörige Beforgung der Vorladungen zu sichern, werden die Staatsanwälte und öffentlichen Ankläger nach einer ihnen vom Ober-Staatsanwälte zu ertheilenden Anweisung darauf achten, daß die mit den Insinuationen beauftragten Unterbeamten die geschehene Vorladung nicht mit dem allgemeinen Ausdrucke „Insinuiert,“ bescheinigen, sondern speciell die Person und die Zeit beifügen, an welche und zu welcher die Behändigung erfolgt ist. Wir fordern die Kreisgerichte auf, auch ihrerseits darauf zu halten, daß die Unterbeamten in dieser Weise verfahren.

2. Bei den Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten sind die sub 1 erwähnten Abweichungen häufiger vorgekommen. Man hat unter Umständen sich mit einer Behändigung entweder an den Ortsvorsteher oder an die Angehörigen des momentan abwesenden Angeklagten begnügt und zur Entschuldigung angeführt, daß eine persönliche Insinuation wegen der großen Menge der Vor-

ladungen, zumal wenn die Angeklagten regelmäßig im Felde oder im Walde arbeiten, also am Tage vom Hause entfernt seien, völlig unausführbar erscheine. Indess kann

- a. in allen unter den §. 75 der Str.-Pr.-Ord. gehörigen Fällen, in denen dem Erkenntniffe eine wirkliche Sachuntersuchung vorhergeht, eine Abweichung in keiner Weise gebilligt werden, da hier die sub 1 erörterten Gründe vollständig zutreffen, also eine Aenderung des Gesetzes nicht einmal empfohlen werden könnte. Auch ergeben die Geschäftstabellen, dass die Zahl dieser Art von Fällen keinesweges so groß ist, um die Ausführbarkeit der gesetzlichen Vorschrift auch nur zweifelhaft erscheinen zu lassen.
- b. Anders möchte es sich mit den Fällen des §. 74 der Str.-Pr.-Ord. verhalten, zu denen namentlich die in manchen Gegenden äußerst zahlreichen Forstfrevel gehören. Eine Erleichterung erscheint hier insofern unbedenklicher, als es sich einerseits nur um Geldstrafen handelt und als andererseits ein erlassenes Contumacial-Erkenntniss, ohne dass man mit den Principien der Strafprocessordnung in Widerstreit gerathen würde, nöthigenfalls im Wege der processualischen Restitution beseitigt werden darf.

Obschon es selbstverständlich nicht in unserer Macht liegt, die Lokalgerichte von der Beobachtung der bestehenden Normen zu entbinden, so haben wir doch Veranlassung genommen, an das Herzogl. Staatsministerium zu berichten und für die bezeichneten Fälle (§. 74. l. c.) eine Aenderung des Gesetzes zu empfehlen. Die weitere Beschlussnahme hierüber wird daher zu erwarten sein.

3. Endlich hat bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten auch dann, wenn der Angeklagte nicht etwa momentan abwesend ist, sondern sich dauernd entfernt hat, also eine Zustellung des vorläufigen Straferkenntnisses (§. 74. l. c.) oder eine Ladung zum Gerichtstage (§. 75. l. c.) unthunlich wird, ein ungleichmäßiges Verfahren Statt gefunden.

Die überwiegende Mehrheit der genannten Gerichte hat in solchen Fällen die Sache, unter Benachrichtigung des öffentlichen Anklägers von der Unmöglichkeit der Insinuation oder Ladung, bis zum Eintritt der Verjährung ruhen lassen; von einzelnen Lokalgerichten hingegen, namentlich in den Kreisen Braunschweig, Gandersheim und Blankenburg ist gelegentlich eine öffentliche Ladung des abwesenden Angeklagten, bald unter diesem bald unter jenem Präjudize erlassen.

Wir können nur das erstere, von den meisten Lokalgerichten beobachtete Verfahren als das den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende erachten. Das in den §§. 175—178 der Str.-Pr.-Ord. normirte Verfahren gegen flüchtige Verbrecher bezieht sich nach klarer Vorschrift des Gesetzes nur auf die Kreis- und schwurgerichtlichen Fälle und es würde der Intention des Gesetzgebers entschieden widersprechen, wollte man diese Bestimmungen auf die regelmäßig geringfügigen Straffälle ausdehnen, welche von den Lokalgerichten zu erledigen sind. Aus demselben Grunde ist auch eine Bezugnahme auf den §. 36 l. c. unstatthaft, da dieser §. nur von Voruntersuchungen redet, welche lediglich in Kreis- und schwurgerichtlichen Fällen vorkommen können. Obschon also die Untersuchungsrichter ohne Zweifel befugt sind, Steckbriefe zu erlassen oder eine öffentliche Vorladung zu verfügen, so lässt sich daraus kein Argument entnehmen, dass auch die Lokalgerichte in den ihrer Entscheidung unterliegenden Strafsachen zu gleichen Massregeln ermächtigt seien. Sie würden nach den Erörterungen ad 1 und 2 ohnehin sich nicht in der Lage

befinden, auf den Grund einer öffentlichen Vorladung eine rechtsbeständige Entscheidung abgeben zu können.

Wir weisen demgemäß die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch an, die Lokalgerichte ihrer Kreise von dem Inhalte dieses Rescripts durch Mittheilung einer Abschrift oder in sonst geeignet erscheinender Weise zur Nachachtung in Kenntniss zu setzen und auf die gehörige Befolgung zu achten.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 17. Februar 1868.

Aus dem XV. Jahrgange Seite 28 folg. der Zeitschrift für Rechtspflege werden die Herren Staatsanwälte ersehen haben, welches Circularrescript vom Herzogl. Obergerichte unterm 30. December v. Js. an die Herzogl. Kreisgerichte über die Zustellung der Vorladungen an die Angeklagten in Straffachen erlassen worden ist.

In Uebereinstimmung mit demselben sind nun

1. sämtliche mit Besorgung derartiger Ladungen zu beauftragende Beamte und Officianten (einschließlich der Polizeimilitair-Stationen) anzuweisen:

- a. hinfort jede Vorladung eines Angeklagten in Straffachen nicht mit dem allgemeinen Ausdrucke „insinuiert“ zu bescheinigen, sondern speciell sowohl die Person als die Zeit auf dem Ladungsdocumente beizufügen, an welche und zu welcher die Behändigung erfolgt ist, folgeweise stets zu bemerken, ob die Vorladung dem Angeklagten in Person oder in dessen Abwesenheit dem Gemeindevorsteher zugestellt ist,
- b. diejenigen Ladungen, durch welche der Angeklagte zu dem im §. 75 u. 85 der Str.-Pr.-Ord. erwähnten mündlichen Hauptverhandlungstermine — im Gegensatze zu Ladungen in der Voruntersuchung oder bei den Lokalgerichten zu dem nach §. 74 der Str.-Pr.-Ord. in dem vorläufigen Erkenntnisse mit anzusetzenden Einwendungstermine — citirt werden soll, keinen anderen als dem Angeklagten in Person zu behändigen, und wenn es nicht möglich gewesen ist, diesem selbst zeitig genug, also in den stadt- und amtsgerichtlichen Straffachen mindestens 24 Stunden (§. 75) und in den kreisgerichtlichen Straffachen 8 Tage vor der öffentlichen Sitzung (§. 85) die Ladung zuzustellen — Fristen deren Innehaltung aus der Zeitangabe der Behändigung in der Zustellungsbescheinigung erkennbar sein muss — davon unter Rückgabe der letztern schleunigst gerichtliche Anzeige zu machen, damit die Aufhebung der Sitzung rechtzeitig verfügt werden könne;

2. in den kreisgerichtlichen Straffachen wollen die Herren Staatsanwälte alsdann, wenn sich ergiebt, dass der Angeklagte zum Hauptverhandlungstermine nicht zeitig genug hat vorgeladen werden können, oder die Ladung irrthümlich nicht dem Angeklagten selbst behändigt und das Versäumte nicht noch vor Ablauf der gesetzlichen Ladungsfrist nachzuholen ist, sofort bei dem Herzogl. Kreisgerichte die Aufhebung des Termins und Anberaumung einer anderweiten Sitzung in Antrag bringen;

3. die öffentlichen Ankläger bei den Amts- und Stadtgerichten sind anzuweisen, alsdann wenn im mündlichen Hauptverhandlungstermine der Angeklagte nicht erschienen und ein Document darüber, daß ihm in Person die Ladung rechtzeitig behändigt ist, nicht vorliegt, die Anberaumung eines anderweiten Hauptverhandlungstermins zu beantragen.

Die Herren Staatsanwälte wollen mit Strenge darauf halten, daß diesen Vorschriften nachgekommen werde, auch den Unterbedienten bemerklich machen, daß es zweckmäßig sei bei Ladungen zu dem Hauptverhandlungstermine, wenn thunlich, zuerst die des Angeklagten zu besorgen, weil wenn dessen zeitige und ordnungsmäßige Ladung nicht beschafft werden kann, also die Sitzung aufzuheben ist, die Vorladung der Auskunftspersonen unnöthig erscheint; sowie daß, wenn gleich das gegenwärtige Rescript sich auf die Art und Weise der Ladung des Angeklagten beschränkt, doch auch in allen Fällen der Ladung von Auskunftspersonen in Strafsachen angemessen sei, alsdann eine Notiz darüber in die Vorladungsbescheinigung aufzunehmen, wenn die Ladung diesen nicht selbst, sondern einer anderen und welcher Person zur weitem Besorgung behändigt worden.

Entscheidung Herzoglichen Obergerichts vom 15. Mai 1868 an Herzogl. Amtsgericht Eschershausen.

Auf Ihren Recurs gegen die Rescripte des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden vom 18. Januar, 19. Februar und 18. April d. J. in Betreff der Remuneration der Medicinalpersonen eröffnen wir Ihnen Folgendes:

Die Ausstellungen des Herzogl. Kreisgerichts gegen die von Ihnen den Medicinalpersonen für Obductionen und sonstige medicinal-forensische Geschäfte, welche zu auswärtigen Terminen Veranlassung geben, verwilligte Gebühren beziehen sich theils auf die für Zehrungskosten, theils auf die für den Transport der Sachverständigen berechneten Sätze.

Was jene anbetrifft, so hat Herzogl. Amtsgericht dieselben, wie die beigelegten Untersuchungsacten ergeben, für jeden der Sachverständigen im Betrage von 1 Thlr. festgestellt, und vermeint Herzogl. Kreisgericht, daß dieser Betrag zu hoch bemessen sei, weil die Ansätze für Zehrung immer nur nach dem muthmaßlichen Bedürfniss berechnet werden dürften und weil nicht anzunehmen stehe, daß jeder der Aerzte bei dem in einem Nachmittage vorgenommenen Geschäfte, zumal an den Orten, an welchen die Termine abgehalten werden, 1 Thlr. verzehrt resp. zur Zehrung bedurft habe. Wir können diesen Vorwurf nicht für gerechtfertigt halten. Wenn die Gebührenordnung in Strafsachen vorschreibt, daß bei Sachverständigen die Zehrungskosten täglich bis zu einem Thaler berechnet werden sollen, so hat sie die Feststellung des betreffenden Satzes innerhalb des gesetzlich bestimmten Maßes im einzelnen Falle dem freien Ermessen des Richters überlassen, das nicht durch feste Regeln im Voraus gebunden werden kann, weil jede derartige Regel der Freiheit der Erwägung für den Einzelfall und damit der Absicht des Gesetzes widersprechen würde. Es versteht sich von selbst, daß dieses freie Ermessen kein principloses sein darf, sondern je durch die Verschiedenheit der Verhältnisse bestimmt werden, daß somit der Richter bei Verwilligung der Zehrungskosten ebensowohl den Stand der zu honorirenden Sachverständigen,

als die Dauer des Geschäftes, bei welchem dieselben adhibirt sind, berücksichtigen wird; engere Grenzen zu ziehen, insbesondere das Bedürfniss des einzelnen Sachverständigen zum Maßstab zu nehmen, erscheint dagegen unzulässig und ist mit der Gefahr kleinlicher, der richterlichen Würde wenig entsprechender Ermittlungen verknüpft. Da Herzogl. Amtsgericht, so viel wir aus den uns vorgelegten Acten zu beurtheilen vermögen, die durch das Gesetz bestimmte Grenze nirgends überschritten hat, so war in dieser Hinsicht kein Grund zur Rüge und zur Androhung der Belastung des betreffenden Beamten mit der nach Ansicht des Herzogl. Kreisgerichts über die Gebühr gezahlten Entschädigung vorhanden.

Anders verhält es sich dagegen hinsichtlich der Transportkosten; diese sollen nach dem Gesetze, wenn sie überhaupt zur Erstattung kommen, nur, soweit sie wirklich aufgewendet sind und auch dann nur nach Billigkeit ersetzt werden. Geht man von diesem Gesichtspunkte aus, so können den Medicinalpersonen, wenn sie nicht etwa zusammen mit dem Gerichte fahren und dann überhaupt keine Transportkosten aufzuwenden haben, sondern fremdes Fuhrwerk für den auswärtigen Termin benutzen, regelmäßig nur die für einen Wagen verausgabten Kosten ersetzt werden; wenn sie sich aber ihres eigenen Fuhrwerks bedienen, so kann denselben, da in diesem Falle die aufgewandten Kosten nicht zu berechnen sind, nur eine nach billigem Ermessen festzustellende Entschädigung zu Theil werden, und wird dabei für gewöhnliche Fälle die in der Lage für ärztliche Dienstleistungen enthaltene Bestimmung (Verordnung vom 25. Mai 1866 Nro. 33 l. B. Nro. 2 S. 123) mit der Maßgabe, daß bei Vergütung ärztlicher Dienstleistungen aus Staatsmitteln der geringste Satz Anwendung finden soll (Verordnung cit. S. 119) analogisch angewendet werden dürfen, vorbehaltlich der Erhöhung der dort bestimmten Sätze bei etwaigem längeren Aufenthalt der Aerzte am Orte des Termins. Wenn statt dessen Herzogl. Amtsgericht jedem der zu der Obduction des Leichnams der Dienstmagd Rackebandt in Luerdissen, einer etwa $\frac{3}{4}$ Stunden von Eschershausen entfernten Ortschaft, erschienenen Aerzte für Benützung des eigenen Wagens 2 Thlr. verwilligt hat, so überschritt dieses Maß jedenfalls die Rücksichten der Billigkeit, und kann dasselbe durch die Berufung auf den mittelfst Ministerialrescripts vom 18. Juli publicirten, den Bestimmungen der Strafproceßordnung jedoch nicht derogirenden und durch das Ministerialrescript vom 7. April 1860 für gerichtliche Geschäfte wider außer Anwendung gesetzten Tarif nicht gerechtfertigt werden, abgesehen davon, daß selbst nach diesem Tarif dem als Landchirurg fungirenden Dr. med. Seulke einschließlich der Transportkosten nur $2\frac{1}{2}$ Thaler gebührt haben würden.

Während hiernach die von Ihnen verfolgte Vorstellung hinsichtlich der den betreffenden Sachverständigen zugebilligten Zehrungskosten begründet ist und die entgegenstehenden Verfügungen des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden in soweit modificirt werden, erscheinen letztere in Betreff der für die Medicinalpersonen berechneten Transportkosten durchaus sachgemäß und zweckentsprechend und muß es dabei, der Vorstellung ungeachtet sein Bewenden haben.

Die Acten sollen mit einer beglaubten Abschrift dieser Verfügung dem Herzogl. Kreisgerichte Holzminden remittirt werden.

Resolution Herzogl. Obergerichts an den Obergerichtsadvocaten Müller zu Wolfenbüttel vom 16. October 1868.

In der Strafprocesssache wider den Schuhmacher Jonas Segger aus Ampleben, wegen Mordes, eröffnen wir Ihnen auf das Gesuch vom 3. d. M. um Mittheilung einer Abschrift des vom Herzogl. Obergerichte über das Begnadigungsgesuch des p. Segger an Herzogl. Staatsministerium erstatteten gutachtlichen Berichts, daß wir, da die zwischen dem Herzogl. Staatsministerium und dem Herzogl. Obergerichte in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen sich nicht zur Mittheilung eignen, uns weder zur Ertheilung der erbetenen Abschrift noch zur Gestattung der Einsicht des gedachten Actenstücks ohne Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums für ermächtigt halten.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an die Herzogliche Direction der Strafanstalten zu Wolfenbüttel vom 22. Mai 1869.

Wir eröffnen der Herzogl. Direction der Strafanstalten auf den Bericht vom 18. d. M. wegen Begnadigung verschiedener Sträflinge behuf deren Auswanderung, daß nicht thunlich erachtet wird, in Zukunft solchen Sträflingen, welche wegen gemeiner Verbrechen zu Freiheitsstrafen verurtheilt werden, die ihnen zuerkannten Strafen, unter der Bedingung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ganz oder theilweise zu erlassen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 23. Juli 1869.

Das Bundesgesetz, betreffend die Gewährung der Rechtshülfe vom 21. Juni c. — Bundesgesetzblatt Seite 305 — veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen:

1. Der §. 20 l. c. stellt, was die Rechtshülfe in Strassachen betrifft, den allgemeinen Grundsatz auf, daß die Gerichte eines Bundesstaates den Gerichten der anderen Bundesstaaten auf Requisition dieselbe Rechtshülfe zu leisten haben wie den Gerichten des eigenen Staats, und zwar dergestalt, daß auch eine Auslieferung sogar der eigenen Angehörigen desjenigen Staats, dessen Gericht um die Auslieferung ersucht ist, stattfindet — §§. 21 und 23.

Wenn hiernach die Rechtsverfolgung gegen sämtliche Angehörige des Norddeutschen Bundes in eben dem Maße wie gegen hiesige Unterthanen gesichert ist, so sind jene fortan diesen auch in dem Maße gleich zu stellen, daß deren Verhaftung aus dem Grunde, weil sie „Ausländer“ sind, nicht ferner, sondern nur dann stattzufinden hat, wenn unter gleichen Verhältnissen auch ein hiesiger Staatsangehöriger verhaftet sein würde.

Es ist deshalb auch die sofortige Haftentlassung derjenigen Angehörigen des Bundes zu bewirken, welche sich, diesem Grundsatz zuwider, zur Zeit in Untersuchungshaft befinden sollten.

Selbstverständlich hat es rücksichtlich aller Nichtangehörigen des Bundes bei dem bisherigen Verfahren sein Bewenden.

2. Die sub 1 ausgesprochene Folge des neuen Gesetzes wird ausnahmsweise nur dann cessiren, wenn das Gesetz ausnahmsweise die Gewährung der Rechtshülfe verweigert, also

- a. wenn es sich um eine strafbare nicht im hiesigen Staatsgebiete verübte Handlung handelt — §. 21 b. c. — zu deren Verfolgung gleichwohl die hiesigen Gerichte competent sind §. 2 des Criminalgesetzbuchs in Verbindung mit §. 205 des Landesgrundgesetzes — es müsste denn auch in einem solchem Falle nach §. 22 b. c. ausnahmsweise die Auslieferung stattfinden;
- b. in Fällen des §. 25 Nro. 1—3 inclus. b. c., es müsste sonst die Auslieferung auf die in §. 26 angeführte Weise gesichert sein.
3. Die §. 20 et seq. des Bundesgesetzes sind, ihrer ganz allgemeinen Fassung nach nicht, wie beispielsweise die bisherige Convention mit dem Königreiche Preußen — conf. Art. 36 und 37 der Convention vom 9. December 1841 — auf criminell strafbare Vergehen oder Verbrechen beschränkt, sondern beziehen sich z. B. auch auf Polizeivergehen, sowie auf Forst- und Jagdfrevel, wobei jedoch nicht zu übersehen, dass nach §. 46 die zwischen einzelnen Bundesstaaten über Leistung von Rechtshülfe abgeschlossenen Verträge insoweit in Kraft bleiben, als sie mit dem neuen Gesetze nicht im Widerspruche stehen. So werden beispielsweise die mit dem Königreiche Preußen wegen Verhütung und Bestrafung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen abgeschlossenen Conventionen vom 7. Februar 1827 und 25. Februar 1839 insoweit bestehen bleiben, als die beiderseitigen Regierungen in Art. 1 dieser Conventionen sich gegenseitig die Bestrafung ihrer eigenen Unterthanen wegen der im Gebiete des anderen Staats begangenen Forstfrevel zusichern, obwohl dieses forum mit dem foro delicti commissi dergestalt electiv concurrirt, dass es kein Bedenken haben wird, preussische Staatsangehörige wegen der von ihnen im diesseitigen Gebiete begangenen Forstfrevel vor den hiesigen Gerichten zu verfolgen und zu diesem Ende die im Bundesgesetze verordnete Rechtshülfe zu fordern, welche nach §. 24 dieses Gesetzes nur dann versagt werden wird, wenn vor den preussischen Gerichten das Strafverfahren früher anhängig geworden ist.

Die Herren Staatsanwälte wollen sich diese Bemerkungen zur Richtschnur dienen lassen und sowol die öffentlichen Ankläger als die ihnen untergeordneten Beamten der gerichtlichen Polizei angemessen instruiren, und wird es sich übrigens als zweckmäßig empfehlen, die nächste Conferenz mit den öffentlichen Anklägern zu einer eingehenden Besprechung des neuen Gesetzes zu benutzen.

Dingliche Rechte an Grundstücken.

Gesetz, die fernere Verlängerung der im §. 14 des Gesetzes vom 13. December 1849, wegen Aufhebung des Lehnsverbandes, festgesetzten Frist für die Dauer der den Lehnsablösungs-Capitalien u. beigelegten stillschweigenden Hypotheken betreffend. 22/28. November 1861 Nro. 63 Seite 321.

Die Frist wird bis zum Schlusse des Jahrs 1863 erstreckt.

Gesetz, die Aufhebung der Pertinenzqualität bei Grundstücken in den Städten betreffend. 23. April 1867 Nro. 21 Seite 101.

13. Mai

Rescripte 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Helmstedt vom 5. April 1859.

Auf den Bericht vom 10. v. Mts. Nro. 2001 finden Wir nichts dagegen zu erinnern, dass die sogenannte Schommerscherhorst-Wiese von der Kolteschen Wassermühle Nro. ass. 31 in Büstedt getrennt werde.

Dabei machen Wir übrigens bemerlich,

1. dass in Uebereinstimmung mit der im §. 1 der Verordnung vom 22. Juni 1827 gegebenen Definition von „bäuerlichen Grundstücken“ und mit der bisherigen Praxis auf dem Lande belegene Mühlen als „bäuerliche Grundstücke“ allerdings zu betrachten sind,
2. dass aber ein Pertinenzverhältniss im Preussischen belegener Grundstücke zu diesseitigen Höfen, ohne vorgängige Zustimmung der Königl. Preussischen Regierung (durch Staatsvertrag 2c.) rechtlich nicht begründet erscheint und bei einem etwaigen Widerspruche der Königl. Preussischen Regierung schwerlich aufrecht zu erhalten sein würde. 2c.

Rescript Herzogl. Obergerichts auf das Recursgesuch des unverehelichten
Heinrich Carl Christian Bues zu Klein-Denkte vom 4. Juni 1860.

Auf den Recurs des Heinrich Carl Christian Bues zu Klein-Denkte, die Umschreibung des Ackerhofes Nro. ass. 17, daselbst, auf des Recurrenten Namen betreffend, wird, nachdem die kretsgerichtlichen Acten eingegangen sind, hierdurch Folgendes verfügt:

Der Ackerhof Nro. ass. 17 zu Klein-Denkte gehört zu dem Nachlasse der Ehefrau Bues, Marie Christine Henriette gebornen Bues, welche im Jahre 1852 ohne Testament verstorben ist. Beim Vorhandensein von Kindern steht dem überlebenden aufgeheiratheten Ehegatten (außer dem Rechte auf Benutzung, Leibzucht anderweite Zuheirathung u. s. w.) kein Anrecht an dem Bauerhofe, insonderheit kein Successionsrecht in den Hof selbst zu, und ist daher nach dem Tode der Ehefrau Bues das Eigenthum des Hofes den Kindern derselben angefallen.

Hinsichtlich der Erbfolge in dem Bauerhofe haben die Söhne observanzmäßig den Vorzug vor den Töchtern und §. 5 der zwischen den Buesschen Eheleuten am 2. October 1829 errichteten, unterm 4. Juni 1830 confirmirten Ehe Stiftung bestimmt, dass der von der Ehefrau Bues vor Eingehung der Ehe am 12. September 1829 geborne, mit dem Dienstknechte Eggelsmann erzeugte Sohn Heinrich Hennig Christian eins für alles vom Hofe 100 Thlr. und behuf Erlernung eines Handwerks 24 Thlr. erhalten solle, diesem unehelichen Sohne also, in Concurrenz mit ehelichen und legitimirten Kindern, hierdurch die Hofsnachfolge vertragsmäßig entzogen worden ist, so können Ansprüche auf Succession in den Hof lediglich bekräftigt werden, von

1. Heinrich Carl Christian Bues, geboren am 26. Januar 1828, legitimirt durch nachfolgende Ehe,
2. Andreas Bues, über 25 Jahr alt, welcher im Jahre 1854 nach Amerika ausgewandert und für den der Rothsasse Heinrich Bues zu Rissenbrück zum curator absentis bestellt ist;

3. Johann Friedrich Christoph Bues, geboren am 8. Juni 1829, unter Vormundschaft des Rothfassen Heinrich Schrader zu Klein-Denkte
 so dass Einer von solchen,
 bis zu geschehener Darlegung besondern Vorzugsrechtes für gleichberechtigt zu erachtenden Brüdern

den Hof gegen Entrichtung der den Geschwistern auch der Schwester Henriette gebührenden Abfindung anzunehmen hat.

Dass der am 4. December 1858 verstorbene Ackermann Bues berechtigt gewesen sei, in seinem am 18. October 1858 errichteten Testamente dergestalt, wie geschehen, über die Nachfolge in dem Ackershofe No. ass. 17 in Klein-Denkte und über die Abfindungen zu verfügen, ist nicht nachgewiesen, um so weniger, dass er ermächtigt war, den Sohn Andreas, ihn enterbend, die demselben bereits angefallene mütterliche Erbschaft zu entziehen.

Bevor demnach die Successionsverhältnisse und die Abfindungen geordnet, namentlich das Unerbenrecht des Recurrenten seinen gleichberechtigten Brüdern Andreas und Friedrich Bues gegenüber im processualischen Wege oder durch rechtsförmlichen Vertrag festgestellt worden, kann das Eigenthum gedachten Ackershofes auf den Namen des Heinrich Bues in den Hypothekenregistern überall nicht eingetragen werden, und zwar weder ohne Vorbehalt noch unter der im Kreisgerichtlichen Rescripte vom 18. November 1859 ausgedrückten Beschränkung:

dass der Andreas Bues für den Fall seiner Rückkehr, seine etwaigen wahlweisen Ansprüche auf den Naturalbesitz des Hofes, welche eventuell durch das Loos festzustellen, vorbehalten bleiben,

zumal dieser Vorbehalt, mag er als Suspensiv- oder als Resolutivbedingung aufgefasst werden, unstatthaft erscheint, weil auf den Grund desselben das Eigenthumsrecht des Heinrich Bues und die von ihm in der Zwischenzeit über den Hof getroffenen Dispositionen jedenfalls rückwirkend würden aufgelöst und vernichtet werden können, den Zwecken hypothekarischer Inscriptionen entgegen und die nöthige Rechtssicherheit zu gewähren in keiner Weise und in keiner Hinsicht vermögend ist.

Anlangend die Curatel für den abwesenden Andreas Bues, so war diesem die mütterliche Erbschaft und also sein Mitrecht an dem hinzugehörigen Hofe schon angefallen, bevor er sich von seinem damaligen Wohnorte entfernt hatte. Dass von ihm die Erbschaft angetreten worden, constirt nicht, und der für ihn bestellte Curator kann an deren definitiven Erwerb freilich gehindert sein; jedoch leidet nicht den mindesten Zweifel, dass dem Curator der einstweilige Besitz und Verwaltung jenes zurückgelassenen Vermögens behuf der Sicherstellung bis zur Rückkehr oder Todeserklärung des Abwesenden, verstattet ist. In Beziehung auf selbiges hat der Curator den Abwesenden nicht nur activ und passiv vor Gericht zu vertreten

1. 1. 2. 3. Dig. de curat. bon. dand. 42. 7,

sondern er ist auch, weil in den zuständigen Verwaltungshandlungen nicht minder begriffen, die Berichtigung und Vereinigung der Vermögensmasse, namentlich die Auseinandersetzung mit den Mitbetheiligten, welche kraft eines vollkommenen Rechts gefordert, also nicht abgelehnt werden kann, unter Beobachtung der wegen Verfügungen solcher Art bestehenden gesetzlichen Vorschriften,

Verordnung vom 3. Februar 1814 Nro. 27 §. 51, 48—50.

Gesetz vom 15. December 1832 Nro. 33 §. 12.

l. 2. Dig. de reb. eor. qui sub tut. vel cura sunt. 5. 72.

l. 2. Cod. quando decre. 5. 72.

Landesherrliches Circularrescript vom 13. Mai 1831 Nro. 10

vertragsmäßig zu bewirken

l. 5. §. 1. l. 6. 7. Dig. de jure delib. 28. 8.

l. 5. pr. Dig. de hered. pet. 5. 3.

l. 23. §. 2. 3. 4. Dig. de hered. inst. 28. 5.

vergl. mit l. 1. §. 2. Dig. de reb. cred. 27. 9.

l. 17. Cod. de praed. 2c. 5—71

für befugt zu halten. Und daß Andreas Bues, abwesend, der Selbst-Bewirthschaftung sich zu unterziehen nicht fähig ist, wird bei Begebung der allenfallsigen Rechte desselben auf den Naturalbesitz des Hofes gegen Feststellung davon zu entrichtenden Abfindung, allerdings mit zu berücksichtigen sein.

Aus vorstehenden Gründen wird der gegen die Verfügungen Herzogl. Kreisgerichts vom 10. November v. J. und vom 15. Februar d. J. ergriffene Recurs abgeschlagen, zugleich aber von wegen oberer Aufsicht angeordnet, daß eine Umschreibung des Ackerhofes Nro. 17 zu Klein-Denkte auf den Namen des Recurrenten Heinrich Carl Christian Bues für jetzt nicht, auch nicht unter dem im kreisgerichtlichen Rescripte vom 10. November v. J. bemerkten Vorbehalte zu gestatten sei, und soll Herzogl. Amtsgerichte Wolfenbüttel beglaubigte Abschrift gegenwärtigen Rescripts zur Nachricht und Nachachtung zugefertigt werden.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig vom 13. Juli 1861.

Auf den Bericht vom 12. v. M., die Beschwerde des Kaufmanns Wollenweber zu Braunschweig wegen verweigerter gerichtlicher Verlassung des demselben zugehörigen Hauses Nro. ass. 2676 daselbst betreffend, erwiedern wir bei Rücksendung des Hypothekenscheins und des Wollenweber-Witteschen Contractes vom 18. d. M. Folgendes:

Die Eintragung einer Forderung in das Grund- oder Hypothekenbuch kann nur auf bestimmte Immobilien geschehen und da eine Hypothek nicht auf den Namen des Bestellers, sondern auf das belastete Grundstück zu inscribiren ist (Verordnung vom 3. Februar 1814 §. 53, Circularrescript vom 3. März 1842 Nro. 50 §. 6) so können eintragbare Hypotheken nur von einem Schuldner, welcher Immobilien besitzt, mit unbeweglichem Gute bestellt werden.

Mobilien sind demnach für sich allein nicht, sondern nur mit und neben einem Grundstück, dafern sie mit diesem als Pertinenzien in Verbindung stehen, den Hypothekenbüchern eingetragen und mit hypothekarischen Inscriptionen belastet zu werden geeignet. Auch die gerichtliche Auflassung in der Stadt Braunschweig findet bloß bei unbeweglichen Gütern, nicht bei Mobilien statt. (Untergerichtsordnung von 1764, Cap. 13 und 14.)

Mit Ausnahme der im §. 1 der Verordnung vom 26. März 1823 Nro. 14 namhaft gemachten gesetzlichen Hypotheken, rangiren sämmtliche übrige gesetzliche und stillschweigende, auch alle conventionelle General- und Specialhypotheken unter einander einzig nach der Zeit der geschehenen Eintragung auf die dadurch betroffenen Grundstücke. Sind sie nicht eingetragen worden, so verbleibt ihnen zwar ihre Wirksamkeit gegen den Schuldner und das gesetzliche Vorrecht im Concurse; sie gehen aber allen eingetragenen Hypotheken nach, und die eingetragenen Generalhypotheken können gegen dritte Besitzer von Immobilien nur verfolgt werden, wenn und soweit sie auf diese Immobilien im Hypothekenbuche besonders eingetragen sind (§. 2 u. 3 gedachter Verordnung). Erst durch besondere Eintragung auf ein bestimmtes Grundstück, erhält mithin eine von der Eintragung nicht ausgenommene Generalhypothek einen Rang unter den übrigen etwa darauf eingetragenen und den Vorzug vor nicht eingetragenen Hypotheken, nebst der Kraft gegen dritte Besitzer der durch sie (die Generalhypothek) betroffenen Grundstücke verfolgt werden zu können. (Bege, Repert. VI. S. 67, 68, 87. Zeitschrift V. S. 188, 189 Nro. 3) während Constituirung einer Generalhypothek an und für sich, unter den geeigneten Voraussetzungen (Gesetz vom 19. März 1850 Nro. 22 §. 5) nur berechtigt, die Eintragung auf nicht specieell verpfändete jedoch besonders nachzuweisende Grundbesitzungen zu verlangen und ebenso specielle Verpfändung lediglich einen Rechtstitel zu der entsprechenden Inscription im Hypothekenbuche verleihet.

In Folge besonderer Eintragung auf ein bestimmtes Grundstück, wird die Generalhypothek den auf dieses Grundstück eingetragenen Specialhypotheken angereiht (Zeitschrift III. S. 36 Nro. 4), und wenn sie neben der auf dem nämlichen Grundstücke und wegen der nämlichen Forderung inscribirten Specialhypothek, auf den Grund des nämlichen Rechtstitels und zu gleicher Zeit, oder zwar auf den Grund eines anderen Rechtsactes, jedoch nach der Zeit der geschehenen Inscription der Specialhypothek, eingetragen worden ist, so fällt sie natürlicher Weise mit der Specialhypothek zusammen oder hat keine eigenthümlichen Wirkungen, dergestalt, dass sie im Falle die Specialhypothek gelöscht werden kann und gelöscht wird, das Schicksal derselben theilend, der Löschung gleichmäÙig unterliegen muss, im entgegengesetzten Falle aber die neben der Specialhypothek eingetragene (und durch geschehene Eintragung nicht minder zur Specialhypothek gewordene) Generalhypothek von erwähnter Beschaffenheit, unbedenklich getilgt werden darf, in dem Maße, dass das folium von der Generalhypothek, weil nutzlos und deshalb zu streichen, gereinigt wird, die Specialhypothek aber bestehen bleibt. Im Uebrigen ergiebt sich von selbst, dass geschehene Eintragung der Generalhypothek auf ein bestimmtes Grundstück, in Ansehung anderer Grundstücke, auf welche sie (die Generalhypothek) sofern die dazu nöthigen Voraussetzungen vorhanden waren, hätte eingetragen werden können, jedoch nicht eingetragen wurde, ohne jegliche Bedeutung ist, da letztgedachte Grundstücke von erst erwähnter Eintragung überall nicht berührt worden.

Die vom Herzoglichen Stadtgerichte im Berichte vom 22. Juni d. Jrs. angeführte **Observanz**,

dass dem Eigenthümer eines Grundstücks, auf welches neben der Specialhypothek die Vermerkung einer von dem Eigenthümer bestellten Generalhypothek sich eingetragen finde, die gerichtliche Verlassung des Grundstücks an einen Anderen vor, an die Zustimmung

des Gläubigers gebundene, Löschung gedachten Vermerkes der Generalhypothek nicht gestattet werde,
scheint sich von der von

Widmann, gerichtliche Verlassungen §§. 49—51, 75—77

referirten gemeinrechtlichen Ansicht herzuleiten, daß wenn der Schuldner seinem Gläubiger für dessen Forderung neben bestellter Specialhypothek auch Generalhypothek mit seinem gesammten übrigen Vermögen constituire, von dieser Generalhypothek alle übrigen Grundbesitzungen des Schuldners, möge er das Eigenthum daran bereits erworben gehabt haben oder erst nach der Zeit erworben, ergriffen und mittelst hypothekarischer Klagen erreichbar würden, woraus gefolgert wird, daß bei Veräußerung irthöflicher Grundbesitzungen durch den Schuldner, der Gläubiger dieselben zuvor der Generalhypothek entlasten müsse, ehe sie dem neuen Erwerber tradirt werden könnten.

Nachdem aber durch allgemeine, auch für die Stadt Braunschweig gültige Landesgesetze,

daß alle von der Eintragung nicht ausgenommenen, gesetzliche und stillschweigende, auch alle conventionelle Special- und Generalhypotheken in die Hypothekenbücher eingetragen werden, und Generalhypotheken die durch diese Eintragung bedingten Rechte nur in Ansehung solcher von ihnen betroffenen Grundstücke haben sollen, auf welche sie besonders inscribirt worden sind, sowie, daß selbst eingetragene General- und Specialhypotheken dritte Besitzer der Mobilien und Moventien, welche dadurch afficirt sein könnten, überall nicht verfolgbar seien,

ausdrücklich bestimmt ist, kann, zumal mit Berücksichtigung der Vorschriften des Gesetzes vom 19. März 1850 No. 22, jener Observanz, weil ihr die rechtliche Grundlage entzogen worden, nicht weiter nachgegangen, sie muß vielmehr als öffentliche Rechte verlegend und irrationell beseitigt werden.

L. 2. Cod. quae sit longa cons. 8. 53.

Nov. 134. cap. 1.

Cap. 3. Distinct. 8.

Landesherrliches Rescript vom 20. und 22. August 1742 und vom 5. Novbr. 1765.

Da der vom Herzogl. Stadtgerichte eingeforderte Hypothekenschein über das Haus No. ass. 2676 ergibt, daß die für die Langerfeldschen und Overlachschen Capitale neben der Specialhypothek bestellte Generalhypothek und zwar die Langerfeldsche Generalhypothek sogar erst nachdem die Specialhypothek bereits inscribirt gewesen, auf dem folium des bezeichneten Hauses, nicht aber, wie in der Resolution Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 26. Juni d. J. angenommen ist, auf einem besondern folium, eingetragen worden sind; so wird, unter Aufhebung dieser kreisgerichtlichen Resolution, Herzogl. Stadtgericht angewiesen, besagte auf dem folium des Hauses No. ass. 2676 inscribirte Generalhypotheken zu löschen, und ohne daß zu dem Behufe die Einwilligung der Gläubiger beigebracht wird, mit der Verlassung des Hauses zu verfahren.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Amtsgericht Lhedinghausen
vom 5. November 1861.

Wir erwidern auf den Bericht vom 26/30. October d. J. daß wir tabellarische Form der in Folge Gesetzes vom 20. Mai 1858 No. 28 §. 2 anzulegenden Lagerbücher nicht für angemessen halten und ein behuftiges Formular mitzutheilen nicht beabsichtigen, da die in die Lagerbücher aufzunehmenden Vermerke von der Beschaffenheit der einzelnen Fälle abhängig und zu verschiedenartig sind, als daß tabellarische Einrichtung platzgreifend erachtet werden könnte. Welche Aufzeichnungen und Vermerke in die Lagerbücher zu machen seien, muß sorgfältiger Prüfung und Beurtheilung Herzogl. Amtsgerichts mit Berücksichtigung der im Gesetze gegebenen Andeutung, überlassen bleiben, jedoch wollen wir darauf hinweisen, daß wenn auf anderen Feldmarken, als in welcher das Hauptgut sich befindet, belegene Zubehörungen in den Pertinenzverband des Hauptgutes treten, die im 4. Absätze des §. 2 vorerwähnten Gesetzes gleichmäßig zu beobachten sind (Rescript vom 12. Februar 1846 in Bege's Repert. Th. VI. S. 91 und vom 5. Juni 1857 in der Zeitschrift Bd. V. Jahrgang 1858 S. 189.)

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 25. November 1861.

Auf die in der Sache, die Curatel für den blödsinnigen Joachim Christoph Müller in Zobbenitz betreffend, von dem Aßermann Carl Koch, daselbst, Namens seiner Ehefrau geb. Möring gegen den Bescheid Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt vom 20. Juni 1861, laut dessen dasselbe den zwischen dem Müllerschen Curator und der Ehefrau Koch am 9. April dess. Jahrs vor dem Amtsgerichte Calvörde geschlossenen Hofverlassvertrage seine obervormundschaftliche Genehmigung versagt hat, anhero verfolgte Beschwerde ergeht hiemit Folgendes zum Bescheide:

In dem fraglichen Vertrage überträgt der Müllersche Curator den von dem verstorbenen Christoph Müller, dem Vater seines Curanden, nachgelassenen in Zobbenitz belegenen Großkothhof nebst Zubehör und Inventarien, weil sein Curande wegen unheilbaren Blödsinns außer Stande ist den Hof zu bewirtschaften, und in Ermangelung anderer Geschwister, erbtheilungsweise auf die Ehefrau Koch, eine Tochter der Wittve Müller, der Mutter des Curanden aus deren zweiter Ehe mit dem Interimswirth Andreas Möring, wogegen die Hofesannehmerin dem zurücktretenden Curanden als Abfindung den lebenslänglichen freien Lebensunterhalt und ihrer Mutter mit deren jetzigen dritten Ehemanne, Interimswirth Friedrich Delze, eine Leibzucht zusichert. Die Ehefrau Koch ist also in jenem Hofverlassvertrage als Miterbin des Curanden aufgetreten. Da dieselbe aber nach ihrer eben angegebenen Abkunft nicht zur Sippschaft des verstorbenen Christoph Müller gehört, so ist sie auch ebensowenig eine Miterbin des Curanden im Christoph Müllerschen Nachlasse und nicht legitimirt, einen Theil dieses Nachlasses, zu welchem der fragliche Hof gehört, zu beanspruchen, und wenn ihr auch als Tochter des ersten Interimswirthes eine Abfindung aus dem Hofe gebührt, die ihrem Vater in dem Interimswirthschaftsvertrage vom 23. Decbr. 1831 auch schon zugesichert wurde, so vertritt doch diese Abfindung nicht einen Erbtheil an dem von Christoph Müller nachgelassenen Hofe, gilt vielmehr, gleich wie die Leibzucht des Interimswirthes, nur als Entgelt für die von demselben in den Hof verwandten Kräfte und Geldmittel.

Wenn übrigens Beschwerdeführer vermeint, daß nach Bauernrecht der Anerbe, im Falle er zur Bewirthschaftung des ihm angefallenen Hofes auf immer unfähig erscheint, gehalten sei, mit einer Abfindung oder Alimenter sich zu begnügen, während der Grundbesitz auf den nächsten berechtigten Erben übergehe, so ist jener Satz doch nur unter mehreren zur Succession in den Hof an sich berechtigten Miterben, nicht auch in Bezug auf den nächsten Erben des Anerben selbst, an welchen nächsten Erben der Beschwerdeführer gleichfalls gedacht zu haben scheint, statthaft. Aber auch in der Beschränkung auf Miterben kann jener Satz der Ehefrau Koch nicht zu statten kommen, da derselben, wie oben gezeigt worden, überall keine Erbfolge in den Nachlaß des Vaters des Curanden und somit in den zu solchem Nachlasse gehörenden Hof gebührt.

Hiernach wird Beschwerdeführer mit seiner unbegründeten Beschwerde zurückgewiesen und die Rücksendung der Acten an das Herzogl. Kreisgericht Helmstedt verfügt.

Resolution Herzogl. Obergerichts für den Ackermann Johann Heinrich Christoph Steinmann zu Gardeffen vom 19. Juni 1862.

Auf den von dem Ackermanne Johann Heinrich Christoph Steinmann zu Gardeffen am 14. d. Mts. übergebenen Recurs gegen die Resolution des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 12. Mai d. J., die Umschreibung des Ackerhofes No. ass. 3 zu Gardeffen in dem Hypothekenbuche dieser Ortschaft auf seinen Namen betreffend, bleibt demselben zur Resolution hiemit unverhalten:

daß,

da laut der Grundacten, den Ackerhof No. ass. 3 zu Gardeffen betreffend, der frühere Besitzer und Eigenthümer des Hofes, Ackermann Hennig Daniel Steinmann, daselbst, am 28. October 1840 verstorben ist, und bescheinigtermäßen nur einen Sohn Johann Heinrich Christoph Steinmann, den Recurrenten und fünf Töchter

- a. die jetzt ebenfalls verstorbene Ehefrau des Ackermanns Schlüter, Dorothea geb. Steinmann zu Lehre,
- b. die Ehefrau des Rothsaßen Heine, Henriette geb. Steinmann zu Gardeffen,
- c. die Ehefrau des Halbspänner Behrens, Margarethe geb. Steinmann zu Bolzum,
- d. die unverehelichte Sophie Steinmann zu Gardeffen und
- e. die unverehelichte Elisabeth Steinmann, daselbst,

hinterlassen hat, in den hiesigen Landen aber allgemeines Gewohnheitsrecht und für die zu demselben gekommenen Theile der Gellischen Lande, wozu das Amt Campen, in welchem Gardeffen gelegen, gehört, auch gesetzlich festgestellt ist,

Gesenius, Meierrecht Th. I. S. 539.

Verordnung vom 19. Mai 1702,

daß bei dem Tode des Eigenthümers eines Bauergutes bezüglich der Succession in den Hof die Söhne vor den Töchtern namentlich alsdann wenn über solche Succession von dem Erblasser, was im Fragefalle nicht geschehen, nichts anderes bestimmt worden, den Vorzug haben, hiernach aber dem Recurrenten mit Ausschluß seiner Schwestern unzweifelhaft das Successionsrecht in den

sub No. ass. 3 zu Gardeffen belegenen Ackerhof zusteht; da ferner (§. 50 des Gesetzes vom 20. Mai 1858 No. 29) mit der Erbschaft das Anerbenrecht dem Anerben deferirt wird und von dem Tode des Erblassers an für ihn dergestalt in Wirksamkeit tritt, daß er das Gut sammt Nutzen und Lasten erwirbt, dieser Erwerb auch nicht von der Regulirung der Abfindungen der abzulegenden Geschwister, die als auf dem Hofe lastende dingliche Last, so daß die Abfindungsberechtigung bei der Besitztittelberechtigung des Anerben mit in das Hypothekenbuch eingetragen werden muß, — Gesetz vom 20. Mai 1858 No. 29 §. 3, 16 folg. — angesehen werden, abhängig ist; da hiernach der Recurrent auf Grund seines dem Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen bekannten und sonst nachgewiesenen Anerbenrechts das ihm zustehende Eigenthumsrecht an dem fraglichen Hofe ohne Weiteres anerkannt und in dem betreffenden Hypothekenbuche auf seinen Namen umgeschrieben zu sehen ein Recht hat,

Circularrescript vom 3. März 1842 No. 37 §§. 18, 19, 20, 21, wegen solcher Umschreibung auch um so weniger Anstand zu nehmen Grund vorhanden gewesen, als laut des in den Grundacten befindlichen Ablösungsrecesses vom 24. Januar 1862 der Recurrent als rechtmäßiger Inhaber des Hofes bereits durch amtliches Attest vom 26. Juni 1844 anerkannt und das Anerbenrecht desselben von seinen Schwestern, resp. deren Nachkommen, nicht bestritten worden ist;

der Recurs gegen die Resolution des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 12. Mai d. J. mithin auch gegen die Resolution des Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen vom 26. April d. J., wodurch der Antrag auf Berichtigung des Besitztittels bezüglich des Ackerhofes No. ass. 3 in Gardeffen in dem betreffenden Hypothekenbuche zurückgewiesen worden, für begründet erachtet werde, gedachte Resolutionen, wie hiemit geschieht, zu beseitigen seien, und Herzogl. Amtsgericht Riddagshausen mittelst besonderer Ausfertigung dieser Resolution angewiesen werde, auf Grund der betreffenden Grundacten und insbesondere der beigebrachten Pastoralbescheinigungen das Eigenthum an dem mehrgedachten Hofe in dem Hypothekenbuche von Gardeffen auf den Namen des Recurrenten kraft erbrechtlichen Titels in der betreffenden Rubrik umzuschreiben, demselben auch darüber, daß solches geschehen, Bescheinigung zu ertheilen.

Resolution für den Großköther und Karrenführer Heinrich Schmidt in Bettingerode vom 24. März 1863.

Wilhelm, Herzog u.

Wir eröffnen dem Großköther und Karrenführer Heinrich Schmidt in Bettingerode auf sein Gesuch vom 11. d. M. um Ertheilung Unserer Landesfürstlichen Special-Erlaubniß zur Annahme der beiden väterlichen Höfe No. ass. 10 und 38 daselbst, Folgendes:

Von Unserm Herzogl. Staatsministerium wird zwar Unsere Landesfürstl. Dispensation von der Vorschrift, nach welcher der Besitzer verschiedener Bauerhöfe, der mehr als ein Kind hat, erbgangsweise oder durch Abtretung an ein Kind nur einen Hof gelangen lassen soll, vermöge der verfassungsmäßig Unserm Herzogl. Staatsministerium zustehenden Leitung der Landesver-

waltung und kraft der mit Unserm Einverständnisse fortwährend befolgten Ueblichkeit durch Rescripte rechtsbeständig und mit der Wirkung ertheilt, dass die so ertheilte und beurkundete Dispensation als von Uns ausgegangen anzusehen ist, und es hat deshalb auch Unsere Landesfürstl. Erlaubniss zur Annahme der beiden väterlichen Höfe Nro. ass. 38 und 10 in Bettingerode dem Supplicanten, wie in dem Rescripte vom 7. Februar 1852 Nro. 1257 geschehen, wirksam ertheilt werden können.

Unter den obwaltenden besondern Umständen sehen Wir uns jedoch bewogen, diese Erlaubniss dem Supplicanten wiederholt und mit Beibehaltung des Vorbehalts hierdurch zu ertheilen, dass eine fernere Uebertragung der beiden Höfe in ihrer Vereinigung an Unsere Genehmigung gebunden bleibt.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Holzminden vom 29. März 1864.

Den fernerem Bericht vom 5. d. Mts. Nro. 1901, betreffend die Realisirung der von dem Halbmeier Heinemeyer in Hunzen bei einer Conventionalstrafe von 500 Thalern übernommenen Verbindlichkeit zur Wiederbebauung des Großlothhofes Nro. ass. 4, daselbst, haben Wir empfangen.

Da der Heinemeyer die von ihm eingegangene Verpflichtung, „den zugekauften Hof binnen 10 Jahren mit den gehörigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden zu versehen“ — nicht erfüllt, die Zahlung der verwirkten Conventionalstrafe verweigert und zugleich die durch Unser Rescript vom 3. September v. J. in Aussicht gestellte gütliche Erledigung der Sache von der Hand gewiesen hat, so ist nunmehr — und zwar besonders aus principiellen Gründen — der Anspruch auf die vertragsmässig festgestellte Conventionalstrafe im Processwege geltend zu machen.

Die von Herzogl. Kreisdirection bezeichneten materiellen Bedenken gegen die Durchführbarkeit des fraglichen Anspruchs können Wir genügend motivirt nicht erachten. Denn

1. der hinsichtlich der Hauptverpflichtung gebrauchte Ausdruck „gehörige Wohn- und Wirthschaftsgebäude“ bestimmt hinlänglich, dass und in welchem Maße die Bebauung geschehen sollte und ein etwaiger Einwand in Bezug auf das Maß der Verpflichtung — die Art der Bebauung für welche das wirthschaftliche Bedürfniss die Norm darbot, würde nicht in Betracht kommen, nachdem zu der bedungenen Bebauung überhaupt nicht geschritten ist und

2. eine Entkräftung des von dem Heinemeyer mit dem Vollmeier Marahrens in Thüste über den Hof Nro. ass. 4 unterm 29. April 1863 geschlossenen Kaufcontracts, als eines Scheingeschäfts, wird es nicht bedürfen, da der Heinemeyer sich nicht einseitig und nicht durch eigene, die Erfüllung erschwerenden Handlungen (Verkauf des Hofes) von der Erfüllungspflicht befreien konnte.

Was dann die formelle Seite der Sache anlangt, so wird von Herzogl. Kreisdirection, als gesetzlicher Vertreterin der Amtsarmenkasse, der unter den obwaltenden Umständen nicht zu vermeidende Rechtsstreit zu erheben sein und Wir beauftragen Herzogl. Kreisdirection hiernach weiter zu verfahren, demnächst auch über den Verlauf der Angelegenheit ferner zu berichten. 2c.

**Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte
vom 15. October 1864.**

In Folge der Beschränkungen, denen nach der frühern Gesetzgebung die jüdischen Glaubensgenossen in Bezug auf den Erwerb von Grundstücken unterworfen waren, pflegte den Israeliten, denen man die Acquisition der Immobilien gestattete, die nachgesuchte Erlaubniß nur unter der Bedingung ertheilt zu werden, daß ein solches Grundstück von dem Erwerber nicht ohne vorgängige höchste Zustimmung an andere Genossen seines Glaubens käuflich überlassen, auch nicht auf Seitenverwandte vererbt werden dürfe. Die hierin für den Erwerber enthaltene Dispositionsbeschränkung ist regelmäßig in das betreffende Hypothekenbuch eingetragen.

Es leidet nun keinen Zweifel, daß jene die Disposition beschränkende Bedingungen zu den aus dem Glaubensbekenntnisse hergeleiteten Rechtsungleichheiten gehören und durch das Gesetz vom 23. Mai 1848 Nro. 27 ihre rechtliche Bedeutung und Wirksamkeit verloren haben. Dabei ist in Frage gekommen, ob zur Tilgung des gedachten Vermerks im Hypothekenbuche der Antrag des Eigenthümers genüge, oder ob es dazu der Zustimmung der Behörde bedürfe, auf deren Requisition der fragliche Vermerk eingetragen wurde.

Da es sich lediglich darum handelt, die Grundbücher mit dem durch das Gesetz selbst herbeigeführten Rechtszustande auch formell in Uebereinstimmung zu bringen, so erscheint eine Genehmigung der betreffenden Behörde nicht erforderlich, vielmehr kann die Tilgung ohne Weiteres auf den Antrag des Eigenthümers erfolgen.

Selbstverständlich gilt das Gesagte nur von den Fällen, in denen eine Dispositionsbeschränkung in Frage steht, welche lediglich auf der frühern confessionellen Rechtsungleichheit beruhete. Walten über diese Voraussetzung in einem concreten Falle Bedenken ob, so muß eine Anfrage an die Behörde, auf deren Antrag die Eintragung der Dispositionsbeschränkung erfolgte, gerichtet und es darf eventuell nur mit deren Zustimmung die Tilgung vorgenommen werden.

Auf den Grund der uns durch das Ministerialrescript vom 16. August d. J. ertheilten Ermächtigung werden die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch angewiesen, die ihnen untergeordneten Hypothekenbehörden von dem Inhalte dieser Verfügung zur Nachachtung in künftig vorkommenden Fällen in Kenntniß zu setzen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Gandersheim vom 7. October 1865.**

Wir eröffnen Herzoglicher Kreisdirection auf den Bericht vom 30. v. Mts. Nro. 7983 Folgendes:

Der Kleinkothhof Nro. ass. 7 zu Grzhausen ist den Grundacten zufolge Eigenthum der Mutter des jetzigen Besitzers, Kleinköthers Heinrich Voss gewesen und von dieser auf denselben laut Verlasscontracts vom 2. December 1859 übertragen. Es hat dieses Verhältniß aus dem Berichte vom 13. Juni 1856, mit welchem die Grundacte des Kothhofes Nro. ass. 7 nicht eingesandt war, nicht entnommen werden können. Die durch das Rescript vom 15. Juni 1856 Nro. 5986 dem verstorbenen Kleinköther Voss ertheilte Erlaubniß zum Erwerbe des Brinffiger-

wesens Nro. ass. 6 zu Erzhausen würde sonst — da derselbe noch keinen Hof eigenthümlich besaß, einer solchen daher nicht bedurfte — nicht ausgesprochen sein. Ebenso wenig bedarf aber der gegenwärtige Kleinlöthar Heinrich Voss wegen der eintretenden Vereinigung des Brinkfegerwesens Nro. ass. 6 und des Kleinlothhofes Nro. ass. 7 in seiner Hand, da die erstere Stelle, nachdem er den Rothhof durch anticigirte Erbfolge von seiner Mutter erhalten, kraft der Descendentenerbfolge von seinem Vater her auf ihn übergeht, einer Dispensation. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Braunschweig vom 8. August 1866.

Der Bericht vom 3. v. Mts. Nro. 4577, in welchem die nachträgliche Erwirkung der Landesherrlichen Dispensation vom Dismembrations-Verbote behuf Vertauschung von Pertinenzstücken des Wittenbergischen Rothhofes Nro. ass. 67 und des Diedrichsichen Rothhofes Nro. ass. 2 zu Wendeburg beantragt wird, ist Uns zugegangen.

Wir können der vorgetragenen Ansicht, daß die ministerielle Genehmigung unzulänglich sei, um der Veräußerung von Pertinenzstücken Rechtsgültigkeit zu verleihen, nicht beipflichten, da die nach der zuerst das Dismembrations-Verbot pure aufstellenden allgemeinen Landesordnung von 1647 Art. 29 erlassenen Landesfürstlichen Verordnungen vom 24. April 1694, 27. März 1705 und 15. Januar 1712 mit klaren Worten nur die ohne „Landesfürstlichen oder Fürstlichen Cammer-Consens“ vorgenommenen Veräußerungen dem Verbote unterwerfen. Diese Verordnungen bestimmen also selbst schon die Art und Weise, wie einer Pertinenzveräußerung Gültigkeit verschafft werden kann. Die Ertheilung des Consenses, sei es vom Landesherrn oder von Fürstlicher Cammer, enthält, weil sie in Ausführung und nicht unter Aufhebung des Gesetzes geschieht, keinen Dispensationsfall im Sinne des §. 6 der Neuen Landschaftsordnung, sondern steht in Character und Form jeder anderen administrativen Genehmigung gleich. Dies ist schon deshalb evident, weil nicht neben der Landesfürstlichen auch der Consens Fürstlicher Cammer für genügend hätte erklärt werden können, wenn die Consensertheilung als eine, nur dem Landesherrn zustehende Dispensation vom Gesetze und daher als Landesherrliches Reservatrecht angesehen wäre. Die alternative Befugniß vormaliger Fürstlicher Cammer zur Consensertheilung aber wird gegenwärtig von dem Herzogl. Staatsministerium ausgeübt, da die der Herzogl. Cammer durch das Gesetz vom 12. October 1832 Nro. 27 entzogenen Regierungsangelegenheiten und administrativen Befugnisse, soweit solche nicht den Herzogl. Kreisdirectionen übertragen worden, der höchsten Verwaltungsbehörde reservirt geblieben sind. Die Rechtsgültigkeit des fortwährend und so auch im gegenwärtigen Falle in der gewöhnlichen Rescriptsform ertheilten Dismembrations-Consenses wird hiernach nicht weiter beanstandet werden können, ein Zweifel dagegen insbesondere auch nicht aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand zu entnehmen sein, da eine solche durch die höchste Verordnung vom 4. Mai 1778 ausdrücklich und ausschließlich von Landesherrlicher Special-Erlaubniß abhängig gemacht wurde. Zugleich würde eventuell einem, den Dismembrations-Consens ertheilenden Regierungsrescripte die Vermuthung der Gesetzmäßigkeit zur Seite und die höchste Entschlieung kraft speciellen Befehls oder allgemeinen Auftrags als erfolgt anzusehen sein. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Amtsgericht
Wolfenbüttel vom 21. April 1868.

Der Bericht Herzogl. Amtsgerichts vom 7. d. Mts. Nro. 2770, den Ankauf des Schulmannschen Rothhofes Nro. ass. 38 in Leinde Seitens des Ackermanns Diedrichs daselbst betreffend, ist Uns zugegangen.

Gegenüber den Ausführungen Herzogl. Amtsgerichts behuf Beseitigung des von Uns hervorgehobenen Bedenkens gegen die Besitztittelberichtigung auf Grund des fraglichen Kaufcontracts machen Wir Herzogl. Amtsgerichte zur Berücksichtigung für künftige Fälle Folgendes bemerklich:

Der Ankauf eines zweiten Bauerhofes durch einen Hofbesitzer für ein in seiner Gewalt befindliches Kind wird regelmäßig als ein auf Umgehung des Gesetzes abzielendes Geschäft sich darstellen, wenn nicht erhellet, dass derselbe aus dem eigenen Vermögen des Kindes bewirkt wird. In diesem Falle ist der contrahirende und zur Zahlung des Kaufgeldes sich verpflichtende Vater der wirkliche Erwerber und ein Erwerb für das Kind umsoweniger anzunehmen, da regelmäßig Rechtsgeschäfte, auch Schenkungen, zwischen Vater und Kind unwirksam und höchstens nur als stets widerrufliche Concession eines Peculiums anzusehen sind.

Herzogl. Amtsgericht hat geglaubt in dieser Beziehung mit der Annahme sich begnügen zu können, dass in dem Ankaufe des Schulmannschen Hofes durch den p. Diedrichs eine Anlegung des von der Ehefrau desselben zugebrachten Vermögens zu Gunsten der beiden jüngsten Söhne zu finden sei. Es fehlt jedoch an actenmäßigen Bestätigungen dieser Annahme, über welche auch die Betheiligten nicht vernommen sind.

Die nach der Ehestiftung vom 15. November 1821 von der Diedrichsschen Ehefrau zugebrachten 6000 Thlr. Con.-Münze sind nach bürgerlichen Rechten dem Hofe des Ehemannes einverleibt. Die nach dem Hofverlasscontracte vom 3. Juli 1828 zu Abfindungen bestimmten 3000 Thlr., an denen der Diedrichsschen Ehefrau ein Antheil zustand, sind zunächst an dem Vater derselben gelangt und es erhellet aus den Acten nichts über deren weiteren Verbleib oder über eine sonstige Erbschaft der Ehefrau Diedrichs. Es steht demnach nicht einmal fest, dass dieselbe die Mittel besaß ihren Söhnen Vermögenszuwendungen behuf Ankauf eines Hofes zu machen, noch weniger aber, dass dieses wirklich geschehen ist. 2c.

Bescheid Herzoglichen Obergerichts vom 3. Mai 1869.

Auf die Vorstellung des Herzogl. Amtsgerichts Blankenburg vom 19. v. Mts. gegen die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 14. ejusd. in Betreff der Löschung eines Vorbehalts im Hypothekenbuche von Hüttenrode wird zum Bescheide ertheilt:

Nachdem das Herzogl. Amtsgericht den Antrag des Bergmanns und Zimmergesellen Dyme zu Hüttenrode, einen bei Eintragung seines Besitztittels zu dem Hause Nro. ass. 84 im Hypothekenbuche vermerkten Vorbehalt der Wittwe Seiler zu löschen, durch Bescheid vom 12. October 1868, weil der Vorbehalt nicht als Realverbindlichkeit ingrossirt, sondern nur notitiae causa vermerkt sei, zurückgewiesen, und das Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhaus-sachen, Namens der Herzogl. Leihhaus-Administration zu Blankenburg, als interessirter Hypothek-

gläubigerin darüber bei dem Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg Beschwerde geführt hatte, verfügte Letzteres unterm 14. v. M., daß dem Antrage Folge zu geben sei.

Gegen diese Verfügung hat Herzogl. Amtsgericht Vorstellung erhoben, nicht weil sie formwidrig oder dem Herzogl. Kreisgerichte nicht zuständig, (Civilstaatsdienstgesetz §. 23) sondern weil sie unrichtig sei. Es hat aber die untergeordnete Behörde nicht die Aufgabe, im Interesse von Privaten ihre von der Verfügung der vorgesetzten Behörde abweichende Ansicht weiter zu verfolgen, wenn jene in gesetzlicher Form und Competenz erlassen ist, sondern sich zu bescheiden, und die etwaigen weiteren Schritte den interessirten Privaten zu überlassen.

Wenn es jedoch die Absicht des Herzogl. Amtsgerichts gewesen sein kann, die Abweichung der Ansichten im öffentlichen Interesse zur Kenntniß der gemeinschaftlichen Aufsichtsbehörde gelangen zu lassen, und bei der Allgemeinheit der streitigen, das Hypothekenwesen betreffenden, Frage das öffentliche Interesse berührt wird, so ist Veranlassung auf die Sache einzugehen.

Der in Rede stehende Leihzucht-Vorbehalt kommt bei allen seit 1846 mit dem Grundstücke vorgenommenen Veräußerungen vor. In den Grundacten findet sich nicht, daß auf Eintragung desselben in das Hypothekenbuch als Beschränkung der Dispositionsbefugniß des Besitzers oder als Realverbindlichkeit angetragen wäre und bleibt deshalb nur anzunehmen übrig, daß die Eintragung nach §. 27 des oberlandesgerichtlichen Circularrescripts vom 3. März 1842 ex officio notitiae causa, um spätere Hypothekgläubiger aufmerksam zu machen, bei Berichtigung des Besitztittels in dessen Rubrik gemacht ist.

Ist nun auch durch diese Eintragung weder das Grundstück dinglich belastet, noch der Eigenthümer in seiner Verfügung darüber persönlich beschränkt, so ist doch auf eine ohne Ingrossation bestehende Belastung des Grundstücks hingewiesen und, wenn solche nicht mehr besteht, der hypothekarische Credit des Eigenthümers gegen die Wahrheit und die gesetzliche Absicht geschmälert. Das Circularrescript will zwar den hypothekarischen Credit im Allgemeinen dadurch heben, daß es die häufig vorkommenden Realverbindlichkeiten des Altentheils und der Abfindungen zur Sicherung späterer Hypothekgläubiger vom Amtswegen notiren läßt; will aber gewiss nicht in concreten Fällen denselben Credit wieder schädigen, indem es nach dem Aufhören jener Verbindlichkeiten die Löschung jener Notiz versagt. So sehr man deshalb zweifeln darf, ob jene amtlich vorzunehmende Notirung vom Eigenthümer verboten werden kann, so muß anerkannt werden, daß er dabei interessirt und eintretenden Falls dazu berechtigt ist, ihre Löschung zu fordern.

Aus dem Obigen folgt nun noch zweierlei:

1. Da die meßgedachte Notiz der Oeffentlichkeit des Hypothekenbuchs dienen, also die Kunde der Rechtsverhältnisse seiner Objecte erleichtern soll, so müssen auch diejenigen Vorgänge der Eintragung fähig sein, von denen jene Rechtsverhältnisse erzeugt werden, z. B. die einer Hypothek eingeräumte Priorität von notirten Abfindungen und Reservaten in der Rubrik „Bemerkungen“.

2. Bei Uebertragung des Inhalts eines alten Hypothekenbuchs in ein neues ist auf die frühern Besitzer soweit zurückzugreifen, als sich bei Angabe ihrer Besitztittel ungelöschte Bemerkungen der meßgedachten Art finden.

Die Vorstellung des Herzogl. Amtsgerichts ist dem Vorstehenden nach theils unzulässig, theils unbegründet; die eingereichten Acten gehen hierbei zurück und soll eine Abschrift dieses Rescripts für Herzogl. Kreisgericht Blankenburg ausgefertigt werden.

Ehe-Recht.

Rescripte u.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Briefträger Franz Thiele zu Braunschweig vom 2. Juni 1860.

Wir eröffnen dem Briefträger Franz Thiele hieselbst auf die übergebene Vorstellung vom 26. April d. J., wegen der gegen seine zur Rückkehr zu ihm verurtheilte, renitente Ehefrau anzuwendenden gerichtlichen Zwangsmaßregeln, nachdem Wir darüber den gutachtlichen Bericht des Herzogl. Obergerichts eingezogen haben, dass Wir nicht für angemessen halten können, im Wege der Gesetzgebung eine Aenderung der bezüglich, der Intention des Petenten entgegenstehenden Vorschriften der Civilprocessordnung herbeizuführen, da die Bestimmung, wonach Gefängniß als Zwangsmittel unter Ehegatten ausgeschlossen ist, nach Zweck und Wesen der Ehe einer richtigen Gesetzgebungspolitik entspricht, und muss es daher den Petenten überlassen bleiben, zu versuchen, durch wiederholte Zuführungen seiner Ehefrau seinen Zweck zu erreichen, oder, bei erfolgloser Erschöpfung dieses Mittels, durch Anstellung einer Desertionsklage das Eheband zu lösen.

Bericht Herzoglichen Obergerichts an Herzogliches Staatsministerium
vom 28. October 1860.

Die durch den hohen Beschluss vom 12. Juli d. J. erforderte gutachtliche Aeußerung über das Gesuch der Fleidig'schen Eheleute um Trennung der zwischen ihnen bestehenden Ehe aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit verfehlen wir nicht unter Remission der uns mitgetheilten Anlagen vorzutragen.

Der v. Fleidig, jetzt 52 Jahr alt und evangelischer Confession, ist seit dem Jahre 1834 mit der jetzt 67 Jahr alten Marie Catharine gebornen Gieseke katholischer Religion verheirathet, mit welcher er vor der Ehe bereits eine Tochter und in der Ehe noch eine im Jahre 1837 geborne Tochter erzeugt hat. Die Verschiedenheit des Alters und der Religion und andere Ursachen haben Mißhelligkeiten und eine seit 11 Jahren bestandene factische Trennung der Eheleute herbeigeführt und die gegenseitige Abneigung ist zu tief eingewurzelt, als dass eine gütliche Wiedervereinigung unter den Eheleuten durch die Bemühungen des Gerichts hätte erreicht werden können. Der Fleidig, welchen freilich der Vorwurf eines unsittlichen Verhältnisses zu einer Wittwe Wirries vor 11 Jahren trifft, hat diese ärgerlichen Beziehungen seit langer Zeit aufgegeben, ist übrigens unbescholten und hat seiner Alimentationspflicht in Bezug auf seine Ehefrau mit anerkennenswerther Pünktlichkeit genügt, und sich durch einen Vergleich verpflichtet, dieselbe auch nach getrennter Ehe in der bisherigen Weise zu unterstützen. Die Ehefrau Fleidig hat im Einverständnisse mit ihren erwachsenen Töchtern, in der Ueberzeugung, dass ein friedliches und glückliches eheliches Zusammenleben mit ihrem Ehemanne unmöglich sei, dieser indess bei seinem vorgerückten Alter weiblicher Pflege, welche die Töchter, die bei der Mutter zu bleiben wünschen, nicht gewähren mögen, nicht entbehren könne, darin gewilligt, dass ihre Ehe aus Landesherrlicher Macht-

vollkommenheit getrennt und ihrem Ehemanne die demnächstige Wiederverheirathung mit einer Wittwe Dehn, einer durchaus unbescholtenen Person gestattet werde.

Die für die Gewährung dieses Gesuches in dem Berichte Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 27. Mai d. J. ausgesprochenen Gründe scheinen uns zutreffend und durch die Acten bestätigt zu sein.

Der Umstand, dass die MitsupPLICANTIN Ehefrau Fleidig der katholischen Confession angehört, wird die Gewährung der Bitte der Fleidigschen Eheleute, wie solche an Sr. Hoheit gerichtet ist, nicht hinderlich sein.

Die katholische Kirche, welche bekanntlich die Scheidung der Ehe dem Bunde nach verwirft und, statt derselben nur eine lebenslängliche Trennung von Tisch und Bett anerkennt, gestattet die Trennung der Ehe dem Bunde nach im Wege der Dispensation dem Oberhaupte der Kirche aus der Fülle seiner Macht. Die protestantische Kirche dagegen statuirt die Scheidung der Ehe dem Bunde nach und lässt eine zeitweilige Trennung von Tisch und Bett nur als Correctionsmittel und Versuch einer Wiedervereinigung zu und erkennt daneben die Trennung der Ehe dem Bunde nach aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit im Wege der Dispensation nach Beschaffenheit des Falles aus gewichtigen Gründen des allgemeinen Nutzens und öffentlichen Interesses an und zwar in zwiefacher Beziehung, einmal indem ein an sich nicht rechtlich stattfindender Ehescheidungsgrund auch ohne Einwilligung beider Ehegatten — dies ist freilich eine sehr bestrittene Ansicht einiger Rechtslehrer — in dem concreten Falle durch Landesherrliche Dispensation für eine rechtlich genügende Ehescheidungsursache erklärt wird, sodann wenn eine gegenseitige freiwillige Uebereinkunft vorhanden ist, welche an sich als rechtlich statthafter Ehescheidungsgrund nach den Grundsätzen des protestantischen Kirchenrechts zwar keine Geltung hat, wohl aber als ein unter hinzukommender Autorität der höchsten Staatsgewalt eingegangener Vergleich aufgefasst und aufrecht erhalten wird.

Wenn bei einer gemischten Ehe der protestantische Ehegatte eine richterliche Ehescheidung dem Bunde nach erwirkt hat, welche ihn nicht als den schuldigen Theil erklärt und Wiederverheirathung untersagt, so ist dessen Wiederverheirathung unbedenklich. Die unbeschränkt zugestandene Trennung der Ehe im Wege der Landesherrlichen Machtvollkommenheit muss für den protestantischen Ehegatten dieselbe rechtliche Wirkung, mithin auch die Gestattung einer zweiten Ehe beim Leben des anderen geschiedenen Ehegatten haben, wie eine erwirkte richterliche gänzliche Ehescheidung ohne das Verbot der Wiederverheirathung wegen seiner Schuld. Ebenso ist für den protestantischen Ehegatten, der befugt ist im Falle eines geseglichen Ehescheidungsgrundes die gänzliche gerichtliche Trennung des Ehebandes für sich in Anspruch zu nehmen, kein Hinderniß vorhanden, mit Einwilligung des anderen Ehegatten, wo solche nothwendig ist, die Trennung seiner Ehe kraft der Landesherrlichen Machtvollkommenheit, mit der Befugniß zur Wiederverheirathung, welche für die Protestanten bei jeder völligen Ehescheidung die Regel bildet, zu beantragen. Endlich kann die oberste Staatsgewalt im Fall gewichtige Gründe des allgemeinen Wohls und Interesses das rathsam erscheinen lassen, selbstverständlich wenn beide Ehegatten, wo dies geseglich erforderlich ist, zustimmen, nicht gehalten sein, einem Antrage auf Trennung der Ehe und auf Gestattung der Wiederverheirathung des protestantischen Ehegatten die Gewährung

Bege's Repert. IX. Th.

deshalb zu versagen, weil der andere Ehegatte katholischer Religion ist, ebensowenig wie der Richter aus diesem Grunde dem protestantischen Ehegatten im Fall einer rechtlich zulässigen Ehescheidungsursache die Scheidung der Ehe dem Bande nach aberkennen kann.

Conc. Trid. Sess. XXV. cap. 18.

Schott, Eherecht Seite 517—531.

Wiese, Kirchenrecht §. 495.

Schnaubert, Kirchenrecht §. 258.

Eichhorn, Kirchenrecht C. 489 folg. 508 folg.

Walter, Kirchenrecht §. 252.

Richter, Kirchenrecht §. 269. 273.

Strippelmann, Ehescheidungsrecht §. 15 C. 124.

Diese rechtlichen Grundsätze gelten auch im wesentlichen in unserm Lande. Während der westphälischen Usurpationsperiode vom 1. Januar 1808 bis 14. März 1814 war die Ehescheidung wegen beiderseitiger Einwilligung der Ehegatten gestattet. Cod. Nap. §. 275—299.

Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung wurden die Ehescheidungsachen, welche vor dem 1. Januar 1808 den nicht wiederhergestellten geistlichen Gerichten überwiesen waren, den Civilgerichten in dem für bürgerliche Streitsachen stattfindenden Verfahren zur Aburtheilung zugetheilt, die Ehescheidung wegen beiderseitiger Einwilligung aufgehoben und verordnet, dass die Trennung der Ehe nur durch richterlichen Ausspruch oder Landesherrliche Verfügung auf rechtsbeständige Weise geschehen könne.

Verordnung vom 15. November 1814 §. 2 Nro. 2 §. 6.

Verfügung Fürstl. Regierungs-Commission vom 3. Februar 1814 Nro. 27. §. 7 §. 27.

Landtags-Abschied vom 11. Juli 1823 Art. 37.

Uns sind keine Fälle bekannt, in welchen die Trennung der Ehe durch Landesherrliche Verfügung ohne Zustimmung beider Ehegatten in frühern Zeiten ausgesprochen wäre, gewiss ist aber, dass seit die Bestimmung im §. 6 der Neuen Land.-Ord. vom 12. October 1832:

„der Landesfürst kann in einzelnen Fällen Dispensationen von den gesetzlichen Vorschriften ertheilen, jedoch insofern dritte Personen wegen ihrer Rechte theilhaftig sind, nur mit deren Zustimmung“

Gesetzeskraft erlangt hat, die Ehescheidung kraft Landesherrlicher Machtvollkommenheit nur als von der höchsten Staatsgewalt genehmigte Vergleiche beider Ehegatten über die Trennung der Ehe vorgekommen sind und vorkommen können. Im vorliegenden Falle ist die wechselseitige Einwilligung beider Ehegatten ausgesprochen, mithin die Voraussetzung des §. 2 cit. vorhanden.

Nach diesen Gründen müssen wir uns dahin gutachtlich äußern, dass der Gewährung des von den Fleidigischen Eheleuten gestellten Gesuches:

die zwischen ihnen bestehende Ehe dem Bande nach zu trennen und dem protestantischen Theile Wiederverheirathung zu gestatten
ein rechtliches Bedenken nicht entgegen stehe.

Höchstes Rescript vom 15. Juni 1861.

Wilhelm, Herzog u.

Wir können auf den Bericht vom 18. April d. J. und nach angehörtem Gutachten Unseres Herzogl. Obergerichts Uns nicht bewogen finden, auf das Ehescheidungsgeſuch des Deconomen David Giffhorn aus Ohrum und deſſen Ehefrau, Auguſte gebornen Eggeling z. B. in Eummelſe einzugehen, da der Supplicant Giffhorn fortwährend als Königl. Hannoverscher Unterthan zu betrachten iſt und keine Gewiſſheit darüber vorliegt, ob der hier, als einer Gnadenbewilligung, kraft Landesherrlicher Machtvollkommenheit gewährten Ehescheidung auch im Königr. Hannover rechtliche Wirksamkeit werde beigelegt werden.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium
vom 25. November 1861

auf das Geſuch des Leinwebers Dreffau und der Ehefrau deſſelben gebornen Lages in Schöppenſtedt, um Scheidung der zwiſchen ihnen beſtehenden Ehe aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit.

Bedingungen und Zuſagen, deren Gegenſtand unmöglich, guten Sitten zuwider oder durch Geſetze verboten iſt, ſind nichtig. Sie machen den davon abhängigen Vertrag ungültig.

L. 123. 137. §. 6. Dig. de V. O. 45. 1

und leſtwilligen Verordnungen hinzugefügt, werden ſie für nicht geſchrieben erachtet, ſo daſſ die Erbeinſetzungen und Legate als unbedingte beſtehen.

L. 9. 14. 27. pr. Dig. de condit. inst. 28. 7.

L. 5. Cod. de inst. et subst. 6. 25.

Der von der Ehefrau Dreffau zum Protocolle vom 24. October d. J. abgegebenen Erklärung, im Falle die Ehe aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit geſchieden werden würde auf das Recht der Wiederverheirathung verzichten zu wollen, kann daher, weil Willenserklärungen dieſes Inhalts den Geſetzen nach unkräftig

l. 22. 62 §. 2 l. 63 §. 1. l. 72 §. 5 Dig. de cond. et dem. 35. 1.

und auch von Conventionalſtrafen nicht zu erreichen ſind

l. 134 pr. Dig. de V. O. 45. 1.

l. 2. Cod. de inutil. stipul. 8. 39.

rechtliche Wirkung nicht beigelegt werden.

Außerdem hat der Ehemann kein civilrechtliches Interesse und keinen privatrechtlichen Anſpruch, daſſ um ſeinetwillen der geſchiedenen Ehefrau die Freiheit, eine anderweite Ehe einzugehen genommen werde. Denn die dem ſchuldigen Eheheile, namentlich dem Ehebrecher, in der gerichtlichen Scheidungsentenz abzuerkennende oder aberkannte Befugniß der Wiederverheirathung, hat die Natur einer Strafe.

Boehmer, pr. jur. can. §. 411.

ad novas nuptias transeundi facultas — nocenti in poenam negatur — und einer ſolchen Strafe, ohne erfolgte gerichtliche Verurtheilung dazu, ſich zu unterziehen oder nicht zu unterziehen, muß dem freien wandelbaren und alle Zeit widerruflichen Entſchlusse lediglich anheim geſtellt bleiben.

Im Uebrigen erlauben wir uns auf den Bericht Bezug zu nehmen, den wir in Gemäßheit Herzogl. Ministerialrescripts vom 29. October 1859 No. 9946 über das Schorsfische Ehescheidungsgeſuch unterm 28. November 1859 erstattet haben, und sind der Ansicht, daß die von den Dressauschen Eheleuten zum Protocolle vom 24. v. M. vorgetragene Vereinbarung kraft Landesherrlicher Machtvollkommenheit bestätigt zu werden schon deshalb nicht geeignet ist,

Landſchaftsordnung von 1832 §. 6.

weil dasjenige Kind, mit welchem die Ehefrau Dressau jetzt schwanger gehet, vom Ehemanne Dressau als sein Kind nicht anerkannt werden soll. Einem innerhalb des gesetzlichen Zeitraums nach Eingehung oder seit Auflösung der Ehe gebornen Kinde ist hinsichtlich seiner Legitimation im Verhältniß zu dem durch die Ehe nachgewiesenen Vater

L. 5. Dig. de in jus vocando. 2. 4.

Geständniß oder sonstiger Beweis eines Ehebruchs der Ehefrau unschädlich,

L. 29. §. 1. Dig. de probat. 22. 3.

L. 11. §. 9. Dig. ad leg. Jul. de adult. 48. 5.

mithin demselben die Rechte ehelicher Geburt zu entziehen nicht genügend.

L. 6. Dig. de his qui sin. 1. 6.

Die Rescriptsanlagen reichen wir ehrerbietigst zurück.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium vom 31. October 1862

über das wiederholte Geſuch des Meubelpolirers Christian Matthies zu Braunschweig, um
Scheidung aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit.

Zur Befolgung des hohen Beschlusses vom 4. October d. J. No. 9168 überreichen wir hierdurch in der rubricirten Angelegenheit, unter Wiederanschluß der uns mitgetheilten Actenstücke ehrerbietigst das uns aufgebene Gutachten.

Der Meubelpolirer Christian Matthies zu Braunschweig, 41 Jahr alt, ist mit seiner 36jährigen Ehefrau, Dorethea Henriette Auguste geb. Schaare am 7. Januar 1849 getrauet, die Eheleute sind lutherischer Confession und sind aus ihrer Ehe zwei Kinder von 8 und resp. 5 Jahren vorhanden. Matthies sucht seinen Broderwerb durch Meubelpoliren, Bebauung von Pachtacker und Nutzung einer erpachteten Fischerei zu erlangen, und veranschlagt er seinen Verdienst zu 2 Thlr. wöchentlich; es haben übrigens die Matthiesschen Eheleute in einem unlängst geführten Ehescheidungsprocesse Armenscheine producirt und dürfen sie als vermögenslos angesehen werden.

Zu Anfang des Jahres 1858 erhob die Matthiessche Ehefrau bei Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig gegen ihren Ehemann, den sie des Ehebruchs mit einer Wittwe Thie bezüchtigte, eine Ehescheidungsklage. Der Beklagte läugnete, unter Acceptation des deferirten Eides, den begangenen Ehebruch, opponirte auch eventuell, daß die Klägerin gleichfalls Ehebruch getrieben habe. Das processualische Verfahren wurde nicht zu Ende geführt, weil bei der Matthiesschen Ehefrau eine Geisteskrankheit zum Ausbruche gekommen war, welche sie an der Fortsetzung des Processes verhinderte.

Hierauf erhob Matthies am 14. August 1860 bei Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig gegen seine Ehefrau, auf Grund der angeblich unheilbaren Geisteskrankheit derselben, eine Ehescheidungsklage. Vor weiterem Fortschritte in diesem Proceße wurde die Matthiessche Ehefrau, nach vorangegangenen Interdictionsverfahren, durch kreisgerichtliches Erkenntniß vom 18. Decbr. 1860 für blödsinnig und deshalb dispositionsunfähig erklärt. Der für sie danach bestellte Curator, Schuhmachermeister Hartsmann, gestand bei Fortsetzung des Ehescheidungsprocesses die Geisteskrankheit seiner Curandin zu, läugnete jedoch deren Unheilbarkeit. Herzogl. Kreisgericht Braunschweig wies darauf die Ehescheidungsklage des p. Matthies durch Erkenntniß vom 26. März 1861 zurück, indem es von der Ansicht ausging, daß die nach geschlossener Ehe eintretende, selbst unheilbare Geisteskrankheit eines Ehegatten als unverschuldetes von dem gesunden Theile zu tragendes Unglück anzusehen sei und daß sie nach den Grundsätzen des protestantischen Eherechts als ein von den Gerichten anzuerkennender Ehescheidungsgrund nicht angesehen werden könne. Rechtsmittel sind gegen dieses Erkenntniß vom Kläger nicht erfolgt.

Am 30. December v. J. überreichte Matthies bei Sr. Hoheit ein Gesuch, in welchem er um Scheidung aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit auf Grund unheilbaren Blödsinns seiner Ehefrau bat. Dem Gesuche ward ein Attest des dirigirenden Arztes des St. Alexi-Pflegehauses Dr. Krüger beigelegt, nach welchem die seit dem 13. Juli 1858 in der genannten Anstalt befindliche Matthiessche Ehefrau, als nach ärztlicher Erfahrung an unheilbarem Blödsinn leidend, bezeichnet wurde. Als nähere Veranlassung zu dem Ehescheidungsgesuche wurde bei der vor Herzogl. Kreisgerichte vorgenommenen causae cognitio geltend gemacht, daß der Bittsteller seiner Geschäfte wegen genöthigt sei, den größten Theil des Tages außerhalb des Hauses zuzubringen und daß er eben deshalb behuf Führung des Haushalts und zur Erziehung seiner beiden Kinder einer Hausfrau bedürfe. Der Curator der Matthiesschen Ehefrau erkannte nunmehr an, daß dieselbe erst während der Ehe unheilbar wahnsinnig und jetzt blödsinnig geworden sei; derselbe erklärte, daß er unter den obwaltenden Umständen gegen eine Scheidung aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit nichts zu erinnern finde, war auch bereit die wenigen Mobilien, welche seine Curandin theils ihrem Ehemanne zugebracht, theils während der Ehe mit demselben erworben habe, dem Bittsteller zu belassen, verlangte jedoch, daß dieser sich für den Fall, daß seine Ehefrau demnächst geheilt werden würde und der Unterstützung bedürfe, bereit erkläre, solche derselben angeeignen zu lassen und daß er sich ausdrücklich verpflichte, die beiden vorhandenen Kinder auf seine alleinige Kosten zu erhalten und zu erziehen.

Matthies übernahm diese Verbindlichkeiten nach Ausweis des kreisgerichtlichen Protocolls vom 30. October v. J. und ist hierbei noch zu bemerken, daß die Kosten des Aufenthalts seiner Ehefrau im Alexi-Pflegehause aus den Mitteln der Anstalt bestritten werden.

Nachdem das obige Ehescheidungsgeſuch durch Höchſtes Reſcript vom 15. Novbr. v. J. Nro. 9842 als, unter den darin angeführten Umständen bedenklich, zurückgewiesen war, hat Matthies dasselbe unterm 14. August d. J. wiederholt und darin insbesondere hervorgehoben, daß die Erziehung und Verpflegung seiner beiden Kinder ohne weiblichen Beistand unmöglich sei, da er dieselbe bei seiner Beschäftigung nicht besorgen könne, daß überhaupt seine häuslichen Verhältnisse im höchsten Grade litten, daß er mit seinen Kindern ohne die Möglichkeit eines rechtlich geführten

Haushalts zu Grunde gehen müsse und dass seine Wiederverheirathung, vollends in seinem Alter, durchaus nothwendig sei.

Was die Beurtheilung der Sache und zwar die Zulässigkeit und eventuell die Empfehlenswürdigkeit des vorliegenden Scheidungsgesuches betrifft, so können wir zunächst nur der im Erkenntnisse des Herzogl. Kreisgerichts vom 26. März 1861 ausgesprochenen Ansicht beitreten, nach welcher nur gewisse Verschuldungsfälle, nicht aber die Heimsuchung durch das Unglück einer unverschuldeten Geisteskrankheit, eine gerichtlich erzwingbare Ehescheidung herbeizuführen vermögen. Dieser von älteren und neueren Rechtslehrern überwiegend angenommene und durch das klar vorliegende protestantische Ehescheidungsprincip gerechtfertigte Grundsatz ist von den Obergerichten verschiedener Staaten, so auch in Sachen *Uzhöfer & uxorem* durch Erkenntniss des vormaligen Herzogl. Landesgerichts vom 1. August 1833 stets als richtig anerkannt.

J. H. Boehmer *jus eccles. prot. Lib. IV. Tit. VIII. §. 5.*

Hummel *rhaps. quaest. Vol. VI. obs. 758.*

Glücks Erläuterung der Pandekten Bd. 26. §. 1268. S. 464.

Wieses Handbuch des Kirchenrechts Th. III. Abth. 1. §. 424.

Eichhorns Kirchenrecht Bd. II. S. 488.

Richters Lehrbuch des Kirchenrechts 5te Ausgabe §. 282. S. 637.

Seufferts Archiv für Ehescheidungen der obersten Gerichte Bd. 5. Nro. 295.
Bd. 7. Nro. 58.

Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogthume Braunschweig Jahrg. 1862. S. 86.

Die angeführten Schriftsteller, unverkennbar in der Erwägung, dass das Verlangen eine Ehe zu lösen, welche, nach dem durch Geisteskrankheit herbeigeführten Absterben des Menschlichen in einem Ehegatten, kaum noch als solche zu betrachten ist, wohl gerechtfertigt sein könne, verweisen für Fälle der vorliegenden Art auf das Landesherrliche Dispensationsrecht, welches nach den in der Zeitschrift für Rechtspflege l. c. enthaltenen Mittheilungen auch bei uns bisher bei eintretender *insania superveniens* zum Zweck der Ehescheidung wiederholt geübt ist, wie es auch nach

Brüel im Magazin für Hannoversches Recht Bd. II. S. 167

im Königreich Hannover gerade in diesen Fällen zur Anwendung gekommen ist.

Die Befugniß des Landesherrn, kraft seiner Machtvollkommenheit Ehescheidungen auszusprechen, ist unbestritten,

Fürstliche Regierungs-Commission Verfügung vom 3. Februar 1814, das Verfahren der Gerichte §. 7

und enthält das positive Recht nur eine Beschränkung dieses Prärogativs, indem §. 6 der Neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 vorschreibt, dass Landesherrliche Dispensationen, insofern dritte Personen wegen ihrer Rechte theilhaftig sind, nur mit deren Zustimmung ertheilt werden sollen. Eine nothwendige Folge dieses Grundsatzes ist die, dass die Ehescheidungen aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit nur unter Voraussetzung der Einwilligung beider Ehegatten zulässig sind.

Da ein in unheilbare Geisteskrankheit verfallener Ehegatte zu einer verbindlichen Willensäußerung unfähig ist, kann die Einwilligung zur Ehescheidung, wie es auch in dem vor-

liegenden Falle geschehen ist, nur von dem bestellten Curator ausgesprochen werden. In dieser Beziehung sind Zweifel angeregt, welche von der Erwägung ausgehen, dass ein Curator nicht auf völlig unbeschränkte Weise berechtigt sei, den Curanden zu vertreten, indem es verschiedene Handlungen gebe bei denen, wie z. B. bei der Eheschließung eine rechtsverbindliche Vertretung durch einen Curator ausgeschlossen sei, und mache sich dieses Bedenken bei Auflösung einer Ehe um so mehr geltend, als schon bei erwähnten obligatorischen Verhältnissen nach der in L. 35. Dig. de reg. jur. ausgesprochenen Regel: *Nihil tam naturale est, quam eo genere quidque dissolvere, quo colligatum est*, in Zweifel anzunehmen sei, dass die Auflösung von Rechtsverhältnissen auf dieselbe Weise, wie die Eingehung derselben, vor sich gehen müsse.

Wir haben in unserer Majorität indeß dieses Bedenken, welches die Möglichkeit Landesherrlicher Ehescheidung wegen *iusania superveniens* ausschließen würde, für begründet nicht anzuerkennen vermocht. Insofern es sich um vermögensrechtliche Verhältnisse handelt, kann die Befugniß des Curators, rechtsverbindliche Auseinandersetzungen vorzunehmen, nicht bestritten werden, und kann nur bezweifelt werden: ob und wie derselbe im Uebrigen zur Auflösung des *consortium omnisvitae*, der *individua vitae consuetudo* mitzuwirken befugt ist? Die Zustimmung des Curators kann in dieser Beziehung allerdings nicht den Sinn einer willkürlichen Auflösung der ehelichen Gemeinschaft haben, sondern nur als Anerkennung des Umstandes betrachtet werden, dass die Möglichkeit der ehelichen Gemeinschaft und damit diese selbst, durch die unheilbare Geisteskrankheit des Curanden aufgehört hat. Der Curator ist in solchem Falle offenbar nicht in der Lage Rechte zu conserviren, zu deren Ausübung dem Curanden die Befähigung vollständig ausgegangen ist. Die bisherige Praxis nach welcher das Landesherrliche Dispensationsrecht einem berechtigten, nicht zu verkennenden und von jeher anerkannten Nothstande

L. 22. §. 7. Dig. solut. matrim. 24. 3.

Novelle Leonis 111. 112.

in den Fällen des vollständigen unheilbaren Wahnsinns und Blödsinns abhilft, erscheint hiernach vollkommen gerechtfertigt und kann der Anwendung des angenommenen Principis im vorliegenden Falle um so weniger ein Bedenken entgegen gestellt werden, als die Matthiessche Ehefrau durch die von ihr angestellte Ehescheidungsclage, deren Fortsetzung nur durch den Ausbruch ihrer Geisteskrankheit verhindert wurde, deutlich zu erkennen gegeben hat, dass sie die Ehescheidung verlange.

Ueber die Beschaffenheit der Geisteskrankheit der Matthiesschen Ehefrau liegt nur das von dem Dr. med. Krüger im Interdictionsverfahren ausgestellte motivirte Gutachten vom 22. November 1860 vor, dasselbe bezieht sich auf die Frage der Unheilbarkeit nicht, worüber der Bittsteller nur ein kurzes Attest desselben Arztes vom 24. September 1861 seinem ersten Ehescheidungsgesuche beigelegt hat. Wenn gleich das ersterwähnte Gutachten das Vorhandensein eines im vorgerückten Stadium befindlichen Blödsinns befundet, welcher mit willenloser Unreinlichkeit in Bezug auf die natürlichen körperlichen Entleerungen complicirt ist, so macht es doch der Ablauf eines zweijährigen Zeitraums seit Ausstellung des obigen Gutachtens und der Mangel einer ausführlicheren Begründung der Unheilbarkeitsfrage nothwendig, dass zum Zweck der gegenwärtig erforderlichen Nachprüfung eine abermalige Begutachtung stattfindet, deren Resultat, wie

es auch in früheren ähnlichen Fällen geschehen ist, zur Feststellung dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegio vorzulegen sein dürfte.

conf. Gutachten des vormaligen Oberappellationsgerichts in der Zeitung für Rechtspflege I. c.

Was die Würdigkeit des Bittstellers, welcher die Wiederverheirathung beabsichtigt, betrifft, so läßt allerdings der zuerst angestellte Ehescheidungsproceß ersehen, daß im ehelichen Leben der Matthies'schen Eheleute Unsitlichkeiten arger Art vorgekommen sind. Zu einer genügenden Beurtheilung der etwaigen Verschuldung des Supplicanten fehlt es indeß an ausreichendem Material und müssen wir diesen Punkt dem Ermessen des Herzogl. Staatsministerium anheim stellen.

Daß Matthies für sich und seine Kinder bei seiner täglichen Beschäftigung außer dem Hause des weiblichen Beistandes bedarf, daß für ihn ohne denselben nur einigermaßen geordnete häusliche Verhältnisse nicht zu erreichen sind, daß völlige Verwahrlosung der Kinder zu befürchten ist und daß der Bittsteller in seiner Lage die benötigte Hülfe nicht wohl anders als durch Wiederverheirathung erlangen kann, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Es sind dieses Rücksichten, welche für eine Gewährung des vorliegenden Ehescheidungs-gesuches mit Grund geltend gemacht werden können, und stellen wir die Befürwortung der eventuellen Gewährung desselben, mit Zugunahme auf das Vorgetragene, dem Herzogl. Staatsministerium ehrerbietigt anheim.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 17. October 1865.

Auf die Beschwerde des Obergerichtsadvocaten Dr. jur. Mansfeld über die vom hiesigen Herzogl. Stadtgerichte unter dem 5. April c. und in der Recurs-Instanz vom hiesigen Herzogl. Kreisgerichte unter dem 29. ejusd. versagte Eintragung einer notariellen Verschreibung des hiesigen Viehhändlers Christian Hartmann an dessen Ehefrau vom 25. März c. wird die nachfolgende Entscheidung abgegeben:

Die Abtretung hat zum Gegenstande ein in hiesiger Stadt belegenes, vor 8 Jahren für 600 Thlr. erkauftes, mit einer Hypothekschuld von angeblich 300 Thlr. — nach dem Hypothekenbuche von 500 Thlr. — belastetes, zu 550 Thlr. gegen Feuergefährdung versichertes Wohnhaus. Die Ehefrau Hartmann soll nicht nur sofort Eigenthümerin dieses Grundstücks werden, sondern auch mit dem Tage des abgeschlossenen Vertrags in Besitz und Nutzung desselben eintreten, alle Abgaben und Lasten, insbesondere die Hypothekschuld von 300 Thlr., übernehmen, demnächst aber das Haus auf die gemeinschaftliche, 18jährige Tochter, wenn dieselbe sich verheirathen oder 21 Jahr alt geworden sein sollte, weiter eigenthümlich übertragen.

Das Herzogl. Stadtgericht erblickt in diesem Geschäft einen Vermögensverlust des Ehemanns und eine Bereicherung der Ehefrau, mithin eine Schenkung, wie es sich selbst bezeichne und verweigert die verlangte Eintragung in das Hypothekenbuch auf Grund der §§. 2 und 5 des Gesetzes vom 19. März 1850, weil Schenkungen unter Ehegatten unwirksam seien und keiner der gesetzlichen Ausnahmefälle zutreffe.

Der Beschwerdeführer hatte bereits in seiner Eingabe an das Herzogl. Stadtgericht vom 29/31. März c. hervorgehoben, daß es sich, wenn überhaupt das römisch-rechtliche Verbot

der Schenkungen unter Ehegatten noch jetzt anwendbar sein sollte, in concreto doch nicht um eine Gabe zur Bereicherung der Ehefrau, sondern vielmehr um ein durch die stipulirte Bedingung oneroses Geschäft handle; und hat diesen und andere Gründe in einer Recurssschrift an Herzogl. Kreisgericht hier selbst ausgeführt, auch, vom Herzogl. Kreisgerichte zurückgewiesen, dieselben Beschwerdegründe in letzter Instanz bei dem unterzeichneten Gerichtshofe geltend zu machen gesucht.

Die heutige Anwendbarkeit der römisch-rechtlichen Bestimmungen über Schenkungen unter Ehegatten leidet im Allgemeinen keinen Zweifel. Es kommt also darauf an, wie der concrete Fall sich zu diesen Bestimmungen verhält.

1. Wenn Jemand einen Bestandtheil seines Vermögens ohne Verpflichtung und Entgelt in eines Anderen Vermögen überträgt, so ist auf Verminderung des einen und Vermehrung des anderen Vermögens, und beim Mangel eines sonstigen Zweckes auf liberale Absicht und entsprechenden Willen des Empfängers zu schließen: die Natur des Geschäfts ist Schenkung, in substrato um so zweifelloser, als die Contrahenten selbst dasselbe so bezeichnen.

2. Jene Natur des Geschäfts wird durch die der Empfängerin gemachten Auflagen soweit nicht alterirt, als das *negotium mixtum* noch als partielle Schenkung angesehen werden kann.

L. 1. §. 1. 2. Dig. de donat. 39. 5.

v. Savigny, System IV. §. 154. S. 103 Not. m.

Die Auflage, die Hypothekenschuld zu übernehmen, erzeugt zwar auch eine persönliche Verpflichtung, von der die Mutter jedoch nach der nicht zweifelhaften Absicht der Contrahenten demnächst durch die Tochter liberirt werden muss; ihr Betrag — 300 Thlr. selbst 500 Thlr. — erschöpft noch nicht den Werth des Grundstücks.

Die Auflage das Haus der jetzt 18jährigen Tochter, wenn sie heirathe oder 21 Jahr alt geworden, abzutreten, anlangend, so ist dieser *modus* auf einen dies *incertus an* verstellt und bleibt nach der conditionalen Wirkung einer solchen Bestimmung der Beschenkten die Aussicht, nicht restituiren zu dürfen; außerdem gewährt ihr die einstweilige Nutzung des Hauses auch im Falle der Restitution desselben an die Tochter noch immer einigen Vortheil, so dass sie nicht einfach als *persona interposita* erscheint, *cujus solo ministerio donator usus est*: Gründe aus welchem in einem ganz ähnlichen Falle die *lex 49. Dig. de donat. int. vir. et ux. 24. 1.* sowol eine Schenkung als deren Ungültigkeit annimmt.

3. Es ist zwar richtig, dass der beschenkte Gatte schon bei noch bestehender Ehe den Interdicten-Besitz hat,

L. 1. §. 4. L. 16. Dig. de acquir. poss. 41. 2.

L. 1. §. 10. Dig. de vi

im Falle des Widerrufs nur soweit restituirt, als er sich bereichert findet

L. 32. §. 9. Dig. de donat. int. vir. et ux.

industrielle Früchte nicht herausgiebt

L. 15. §. 1. L. 17. Dig. de donat. int. vir. et ux.

L. 45. Dig. de usur. et fruct.

und bei eintretender Convalescenz der Schenkung ex tunc erwirbt.

L. 25. Cod. de donat. int. vir. et ux. 5. 16.

Allein bis zu dieser Entscheidung des schwebenden Rechtsverhältnisses bleibt der schenkende Gatte Eigenthümer und hat im Falle des Widerrufs nicht nur eine rei vindicatio directa, sondern unter Umständen sogar eine utilis in rem actio,

L. 31. §. 2. L. 36. pr. L. 55. Dig. de donat. int. vir. et ux.

also worauf es hier besonders ankommt auch Dritten gegenüber.

L. 55. Dig. cit.

Wenn daher, während die Beschenkte schon aus der notariellen Form des Vertrages ein Recht der Klage oder Einrede gegen den Schenker abzuleiten vermag,

Gesetz vom 19. März 1850 §. 1. 3.

die verlangte Eintragung hauptsächlich den Zweck hat, der Beschenkten ein Recht gegen Dritte — §. 4 des citirten Gesetzes — zu verschaffen, so kann ihr ein solches, so lange die Bedingung, von der bei Schenkungen unter Ehegatten das Gesetz selbst den Eigenthums-Übergang abhängig macht, noch nicht eingetreten ist, nicht eingeräumt werden. — §. 5 Rro. 4 leg. cit. —

4. Das Herzogl. Kreisgericht hat anscheinend ein Bedenken noch darin gefunden, daß der modus-Berechtigte ein „gemeinschaftliches Hauskind“ der Ehegatten sei, und L. 3. §. 2. 5. 6. L. 5. §. 2. L. 32. §. 16. 18. 19. 21. Dig. de don. int. vir. et ux. in Bezug genommen.

Ob der Hausvater als solcher verhindert war, überhaupt und in der gewählten Form dem Hauskinde eine Zuwendung zu machen, kann erst in Frage kommen, wenn der Fall des modus eintritt. Wenn es aber auf die gesetzliche Bestimmung ankommt, daß Ehegatten auch solchen Personen nicht wirksam schenken resp. von ihnen beschenkt werden können, welche sich in der väterlichen Gewalt des anderen Gatten oder mit demselben in derselben väterlichen Gewalt befinden, so muß diese Gewalt, wenn sie wegen des Ehebandes hinderlich werden soll, auf der Seite des nicht contrahirenden Gatten bestehen, so daß vermöge des Gewaltbandes der nicht contrahirende Gatte dennoch als schenkend oder beschenkt anzusehen ist.

Obgleich daher das letztgedachte Bedenken nicht begründet erscheint, so muß gleichwohl die oberrühnte Beschwerde, wie hiemit geschieht als grundlos verworfen werden. Zugleich wird eine Ausfertigung dieses Bescheides für Herzogl. Kreisgericht hieselbst zur Kenntnissnahme und Benachrichtigung des Herzogl. Stadtgerichts und die Remission der hr. m. eingeforderten Acten beider Instanzen an Herzogl. Kreisgericht verfügt.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte
vom 19. December 1865.

Bei Ehescheidungen aus Landesherrlicher Machtvollkommenheit ist von den Herzoglichen Kreisgerichten nicht überall ein angemessenes Verfahren beobachtet und sind wir deshalb durch Höchstes Rescript vom 11. v. M. beauftragt, denselben Folgendes zur Nachachtung zu eröffnen:

Da bei Ehescheidungen der gedachten Art die stets als Jurisdictionact erscheinende Ehetrennung selbst erst durch Publication des in allen Fällen erforderlichen gerichtlichen Scheidungserkenntnisses erfolgt, ist den Parteien niemals eine vorläufige Mittheilung von dem Inhalte des dem Gerichte zugegangenen Landesherrlichen Scheidungsrescripts zu machen, indem solche

nicht erforderliche Kenntnissnahme nur geeignet ist, bei etwaigem Rücktritt von dem Scheidungsantrage Zweifel über das Rechtsverhältniss zu veranlassen und überhaupt irrige Auffassungen über den Scheidungszeitpunkt herbei zu führen. Es dürfen deshalb die Parteien erst durch das zu publicirende Erkenntniss, in welchem des erfolgten Landesherrlichen Rescripts Erwähnung geschieht, von der Höchsten Entschliessung in Kenntniss gesetzt werden.

Um ferner darüber in allen Fällen sicher zu sein, dass die Parteien nicht vor der Erkenntniss-Publication, zu welcher sie ohne jeden auf den Inhalt des Erkenntnisses bezüglichen Zusatz vorgeladen werden müssen, von ihrem Scheidungsgesuche abgegangen sind, ist unmittelbar vor derselben durch Veranlassung bezüglicher Erklärungen zu dem Publicationsprotocolle zu constatiren, dass die Parteien auf ihrem gemeinschaftlichen Verlangen der Ehescheidung beharren und würde anderenfalls die Publication zu unterlassen sein.

Eisenbahnen. Eisenbahndienst.

Verordnung, die Publication des mit der Krone Preußens über den Bau einer Eisenbahn von Kreiensen nach Altenbeken abgeschlossenen Vertrags betreffend. 28. Mai 1861 Nro. 29 Seite 129.

10. Juni

Art. 1. Gegenstand des Vertrags.

Art. 2. Richtung der Eisenbahn.

A. im Königl. Preussischen Gebiete

B. im Herzogl. Braunschweigischen Gebiete.

Art. 3. Uebergang über die Landesgrenzen und Ueberbrückung der Weser.

Art. 4. Verbindungspunkt.

Art. 5. Ausführung auf Staatskosten.

Art. 6. Bestimmungen über Anlegung eines zweiten Gleises.

Art. 7. Solide und dauerhafte Ausführung der Bahn.

Art. 8. Anlage eines Grenzbahnhofes.

Art. 9. Vollendung der Bahn bis spätestens zum Schlusse des Jahrs 1865.

Art. 10. Verständigung über Art und Zahl der einzurichtenden Züge.

Art. 11. Verzicht auf Einstellung oder Unterbrechung des Betriebs.

Art. 12. Verständigung über die einzuführenden Tariffätze.

Art. 13. Uebereinkommen wegen gegenseitiger Beförderung der Brief-, Geld- und Packet-Postsendungen.

Art. 14. Ausfertigung und Ratification des Vertrags.

Gesetz, die Anwendung der hiesigen Bahnordnung auf die im hiesigen Gebiete belegenen Strecke der Königl. Hannoverschen Südbahn. 20/25. November 1863 Nro. 38 Seite 557.

Gesetz, die Bahnordnung für die Bahnstrecke von den Braunkohlengruben im Schöninger Bergreviere nach der Schöninger Eisenbahn bei Büddenstedt betreffend. 7|18. Juni 1864 Nro. 27 Seite 91.

Anwendung der Bahnordnung vom 9. September 1840.

Gesetz, die Bahnordnung für die Holzmindener Eisenbahn betreffend. 11|21. April 1865 Nro. 15 Seite 39.

Anwendung der Bahnordnung vom 9. September 1840.

Verordnung, die auf der Holzmindener Eisenbahn einzurichtenden Stationen betreffend. 25. Juli 1865 Nro. 46 Seite 567.

Gesetz, die Bahnordnung für die im hiesigen Gebiete belegene Strecke der Goslar-Bienenburger Eisenbahn betreffend. 28. October 1865 Nro. 66 S. 649.
8. November

Verordnung, die künftige Bezeichnung des bisher combinirten Bahn- und Postamts zu Wolfenbüttel betreffend. 17|25. October 1866. Nro. 58 S. 205.

Gesetz, die Bahnordnung für die Borchum-Ferzheimer Eisenbahn betreffend. 18|23. März 1867 Nro. 14 Seite 33.

Anwendung der Bahnordnung vom 9. September 1840.

Verordnung, die Publication des Vertrages mit der Krone Preußen wegen Durchführung der Eisenbahn von Nordhausen nach Northeim durch das diesseitige Gebiet im Amtsgerichtsbezirke Walkenried betreffend. 15|29. Juni 1867 Nro. 45 Seite 327.

Art. 1. Feststellung der Bahnlinie durch Herzogl. Braunschweigisches Gebiet.

Art. 4. Unentgeltliche Ueberweisung des Bahn-Terrains.

Art. 7. Landeshoheit, Criminal- und Civil-Justiz.

Art. 8. Bahnpolizei.

Art. 10. Staats- und Gemeinde-Abgaben.

Art. 13. Telegraphen.

Verordnung, die Veränderung des Titels der Herzoglichen Eisenbahn- und Postdirection betreffend. 9|14. December 1867 Nro. 108 Seite 709.

Verordnung, die Bezeichnung der unter der Herzogl. Generaldirection der Eisenbahnen stehenden Verwaltungen betreffend. 30. December 1867 Nro. 3 Seite 7.

4. Januar 1868

Verordnung, die auf der Borchum-Ferzheimer Eisenbahn einzurichtende Bahn-Expedition „Mattierzoll“ betreffend. 1|9. Juli 1868 Nro. 51 Seite 149.

Verordnung, die Publication des Vertrages mit der Krone Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Magdeburg über Gilsleben und Helmstedt nach Braunschweig nebst einer Zweigbahn von Gilsleben über Schöningen nach Ferzheim und der der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft erteilten Concession zum Baue und Betriebe der auf hiesigem

Gebiete belegenen Strecken der Bahn von Magdeburg nach Helmstedt und Jerxheim. 18. Februar 1869 Nro. 13 Seite 73.

2. März

- Art. 1. Richtung der Bahn.
- Art. 2. Feststellung des Punkts der Ueberschreitung der Landesgrenze.
- Art. 3. Feststellung der speciellen Bahnlinien und Baupläne.
- Art. 4. Ueberlassung eines Theils der Bahn an die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft.
- Art. 5. Bestimmungen wegen des zweiten Bahngleises.
- Art. 6. Allgemeine Bedingungen der Ausführung und Einrichtung der Bahnen.
- Art. 9. Rechtsverhältniß der Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft rücksichtlich der auf Herzogl. Braunschweigischem Gebiete übernommenen Bahnstrecke.
- Art. 10. Anwendung der im Preussischen Gebiete geltenden administrativen Bestimmungen, Bahnpolizei-Reglements und Betriebs-Reglements auch auf die der gedachten Gesellschaft im Herzogl. Braunschweigischen Gebiete überlassenen Bahnstrecken.
- Art. 11. Vorbehalt der Landeshoheit. Bestrafung von Verbrechen und Vergehen.
 - §. 14. Zusicherung der Nichteinstellung und Nichtunterbrechung des Bahnbetriebes.
 - §. 17. Einführung zweckmäßiger Betriebseinrichtungen.

Anhang. Verleihung der Concession an die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft zum Baue und Betriebe der im Herzogl. Braunschweigischen Gebiete belegenen Bahnstrecken durch Verordnung vom 18. Februar 1869. Seite 81.

Verordnung, die Ergänzung des durch die Verordnung vom 18. Februar d. J. Nro. 13 publicirten Vertrages mit der Krone Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Magdeburg über Helmstedt nach Braunschweig und von Gilsleben nach Jerxheim u. betreffend.
10|24. Mai 1869 Nro. 36 Seite 157.

Gesetz, die Bahnordnung für die im Amtsgerichtsbezirke Walkenried belegene Strecke der Nordhausen-Northheimer Eisenbahn betreffend.
19|24. Juli 1869 Nro. 54 Seite 275.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection vom 22. Juli 1862.

Den Bericht vom 5. d. M. über die Befreiung des Eisenbahnterrains von der Begebau- und Gemeindesteuer haben Wir erhalten und sind mit den darin ausgeführten Ansichten einverstanden. Ein passiver Uebergang der Gemeinde- und Begebaulasten auf dem zu Eisenbahnzwecken abgetretenen Terrain ruhend, ist nämlich allerdings nicht anzunehmen, weil diese Grundstücke, gleich dem zu Landstraßen verwandelten Terrain dem Privatrechte ganz entzogen

und in öffentliche Sachen umgewandelt werden. Sie haben in Bezug auf die Staatsgrundsteuer sowie auf die nach dieser zu veranlagenden Gemeindesteuer ihre die Steuerpflicht bedingende Eigenschaft verloren. Dafür, daß durch diese Umwandlung Staats- und Gemeindesteuer ausfallen, kann aber auch keine Entschädigung gegeben werden. Die Gesetze lassen nur eine Entschädigung des einzelnen Grundeigentümers für das abgetretene Grundstück zu. Andere Entschädigungs-Berechtigte stehen der expropriirenden Behörde überhaupt nicht gegenüber, weder die übrigen zu Staatsgrundsteuer Verpflichteten, deren Last durch den Ausfall der expropriirten Grundstücke vermehrt werden, noch die Mitglieder der einzelnen Gemeinden, bei denen dieses in Ansehung der Gemeindelaften der Fall sein könnte. Am wenigsten die Gemeinde, die unmittelbar nichts verliert, sondern sich nur zur Vertreterin der schwerer zu belastenden Einzelnen machen könnte. Dergleichen Ansprüche würden nicht auf Entschädigung für ein direct entzogenes Object, sondern dafür gemacht werden, daß durch die legale Verwandlung der Grundstücke in öffentliche der Steuerveranlagung entzogene Sachen eine nachtheilige Folge entstehen, also im Grunde dafür, daß Expropriationsgesetze mit ihren nothwendigen Consequenzen bestehen. Solche Ansprüche sind aber nach bekannten Rechtsgrundsätzen unzulässig. Es kommt aber hinzu, daß durch die Expropriation das in der Gemeinde vorhandene steuerbare Vermögen, weil für die abgetretenen Grundstücke volle Entschädigung erfolgt, nicht einmal vermindert wird. Es schlägt dabei nichts ob die Betheiligten einzeln durch Geld entschädigt werden oder ob das im Ganzen nöthige Terrain von einem oder mehreren Einzelnen gekauft und mit Rücksicht auf §. 2 der Verordnung vom 26. März 1823 über die Abtretung der Grundstücke zu Chauffeeanlagen an die unmittelbar Betheiligten als Entschädigung vertheilt wird. Die Inconvenienz die in der Modification des Steuerobjects liegen kann, ist aber offenbar nothwendige Folge des Bestehens der Expropriationsgesetze und also kein Grund für Entschädigungsansprüche. Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection hat daher die erhobenen Entschädigungsansprüche abzulehnen und wenn die Betheiligten sich dabei nicht beruhigen sollten, das Expropriationsverfahren, in welchem dieselben eine Landentschädigung anzunehmen verbunden sind, im regelmäßigen Wege weiter fortzusetzen.

Die Herzogl. Kreisdirection Holzminden ist angewiesen, sich den Inhalt dieser Verfügung bei den ferneren Verhandlungen zur Richtschnur dienen zu lassen.

Expropriationen.

Gesetz, die Ausmittlung der Entschädigungen bei Expropriationen betreffend.

13|26. September 1867 Nro. 78 Seite 573.

- §. 1. Allgemeiner Entschädigungsgrundsatz.
- §. 2. Feststellung des Betrags der Entschädigung.
- §. 3. Entschädigungsmittel.
- §. 4. Zurücknahme des Antrags auf Expropriation.
- §§. 5. 6. u. 7. Abschätzungsgrundsätze.
- §. 8. Nicht zu entschädigende Gegenstände.
- §. 9. Entschädigung für entzogene Nutzungen.

- §. 10. Vorbereitende Handlungen.
- §. 11. Recurs.
- §. 12. Leitung des Abschätzungsverfahrens.
- §. 13. Zahlungszeit der Entschädigung.
- §. 14. Verfahren bei der Zahlung.
- §. 15. Uebergang des Eigenthums der expropriirten Grundstücke.
- §. 16. Kosten des Expropriations-Verfahrens.
- §. 17. Anwendung des Gesetzes auf bereits anhängige Expropriationen.
- §. 18. Zulässigkeit der Beschreitung des Rechtsweges.
- §. 19. Aufhebung entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Stadtgericht
Braunschweig vom 24. September 1869.

Der Bericht vom 8. d. Mts., wegen Ertheilung der Dispensation vom Gesetze des Meistgebotes zu dem von den Erben des verstorbenen Wollarbeiters Heinrich Christoph Bethmann, hieselbst, beabsichtigten Verlaufe des näher bezeichneten erbhaftlichen Grundstücks, ist Uns zugegangen, und wie es sich im vorliegenden Falle um eine Veräußerung im Wege der Expropriation, also zwangsweise, in Folge eines Gesetzes, handelt, so bedarf es der beantragten Dispensation vom Gesetze des meistbietenden Verkaufs, rücksichtlich der concurrirenden minderjährigen Miterbin, nicht.

Finanzen. Finanzverwaltung.

Bekanntmachung, die mit der Bank für Handel und Industrie zu Darmstadt contrahirte Staatsanleihe betreffend. 8/19. Januar 1869 No. 4 Seite 7.

- §. 1. Prämienanleihe.
- §. 2. Rückzahlung derselben.
- §. 3. Ausloosung der Serien.
- §. 4. Auszahlung der ausgelooften Geldbeträge.
- §. 5. Anleihe gegen Landes-Schuld-Verschreibungen.
- §. 6. Tilgung solcher Anleihe.
- §§. 7 u. 8. Zahlung der ausgelooften Capitale.
- §. 9. Verjährung der Prämien-scheine, Landes-Schuld-Verschreibungen und Zins-Coupons.
 - Anlage A. Muster eines Antheilscheins.
 - Anlage B. Tilgungsplan.
 - Anlage C. Anlehnsbedingungen.
 - Anlage D. Muster einer Landes-Schuld-Verschreibung.
 - Anlage E. Muster eines Zins-Coupons.
 - Anlage F. Bestimmungen über Rückzahlung und Verzinsung des Anlehns.

Forderungsrecht.

Gesetz, die Einführung eines Mahnverfahrens für Schuldsachen betreffend.
7/30. April 1864 Nro. 20 Seite 49.

(vide Civilproceß.)

Gesetz, wegen Aufhebung der Querel des nicht gezahlten Geldes.
27. Mai 1865 Nro. 22 Seite 323.

12. Juni

- §. 1. Beweiskraft eines Schuldscheins oder einer Quittung. Aufhebung der exceptio und querela non numeratae pecuniae vel dotio.
- §. 2. Anfechtung der Beweiskraft solcher Urkunden.

Gesetz, die Aufhebung der Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes und der Strafen des Wuchers betreffend.
18/27. April 1867 Nro. 16 S. 39.

Gesetz über die Actiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht.
30. April 1867 Nro. 26 Seite 201.

23. Mai

Erster Abschnitt.

§§. 1—11. Allgemeine Grundsätze.

Zweiter Abschnitt.

§§. 12—22. Rechtsverhältniß der Actionaire.

Dritter Abschnitt.

§§. 23—37. Rechte und Pflichten des Vorstandes.

Vierter Abschnitt.

§§. 38—48. Auflösung der Gesellschaft.

Gesetz, die Ausstellung von Inhaber-Papieren betreffend.
30. April 1867 Nro. 27 Seite 223.

24. Mai

- §. 1. Ausgabe von Inhaberpapieren.
- §. 2. Bekanntmachung der erforderlichen Genehmigung Herzogl. Landes-Regierung.
- §. 3. Rechtliche Geltung und Verhältnisse der staatlich genehmigten Inhaberpapiere.
- §. 4. Ausschließung rückwirkender Kraft.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend die vertragsmäßigen Zinsen. Vom 14. November 1867.
Bd.-Ges.-Bl. Seite 159.

Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes.
Vom 21. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 242.

Forst- und Jagdwesen.

Gesetz, die Unterdrückung von Holzentwendungen zum Zwecke der Fabrikation von Zündhölzern betreffend. 27. November 1860 Nro. 38 Seite 133.

10. December

- §. 1. Die Befugniß zur Ausführung einzelner Fabrikationsarbeiten, namentlich die Vorrichtung roher Zündhölzer in anderen als zur Fabrik gehörigen Räumen wird von Ertheilung eines durch die Ortspolizeibehörde auszustellenden Erlaubnißscheins abhängig gemacht.
- §. 2. Zurücknahme des Erlaubnißscheins in Folge wiederholter Bestrafung des Inhabers wegen Holzentwendung zum Zwecke der Zündholzfabrikation oder sonstiger absichtlicher Uebertretung dieses Gesetzes.
- §. 3. Benachrichtigung des Revierforstbeamten von Ertheilung des Erlaubnißscheins.
- §. 4. Der Inhaber der Zündholz-Fabrik hat über den Erwerb von Holzvorräthen zur Zündholzfabrikation den Revierforstbeamten zu benachrichtigen.
- §. 5. Strafandrohung für Gesetzübertretungen von Seiten des Inhabers der Zündholzfabrik.
- §. 6. Strafandrohung wegen des Besitzes zur Zündholzfabrikation vorgerichteten Materials nicht zur Zündholzfabrikation befugter Personen.
- §. 7. Strafandrohung wegen des Besitzes von nicht in das Contobuch aufgenommenen geeigneten Holzquantitäten.
- §. 8. Strafandrohung für den Transport von nicht in das Contobuch aufgenommenen Holzquantitäten.
- §. 9. Befugniß der Revierforstbeamten zu Revisionen.
- §. 10. Verpflichtung der Fabrikarbeiter zur Vorzeigung ihrer Holzvorräthe und Contobücher.
- §. 11. Verdoppelung der Strafen im Wiederholungsfalle.
- §. 12. Entziehung der Concession bei wiederholter Bestrafung.
- §. 13. Uebertragung der Controle auf die Forstbeamten, Revierjäger, beeidigten Forstlehrlinge, Privatförster, Grenz- und Steuerbeamten, Polizeibeamten und das Polizeimilitair.
- §. 14. Die Landestheile auf welche das Gesetz Anwendung findet, sollen durch Verordnung bezeichnet werden.

Verordnung, die Anwendung des Gesetzes vom 27. November 1860 Nro. 38 auf die Amtsgerichtsbezirke Hasselfelde und Walkenried betreffend.
16|26. Februar 1861 Nro. 6 Seite 17.

Gesetz, die Bestrafung der von Kindern unter 14 Jahren verübten Forstfrevel betreffend. 16|30. März 1861 Nro. 15 Seite 71.

- §. 1. Haftung der Eltern, Vormünder und Pflegeeltern für Forstfrevel der bei ihnen wohnenden Kinder, Mündel und Pflegekinder unter 14 Jahren.
- §. 2. Polizeistrafen gegen Kinder auch bei Haftpflicht der Eltern u.
- §. 3. Strafbestimmungen gegen Kinder.
- §. 4. Aufhebung der Vorschriften des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837 über Bestrafung jugendlicher Frevel.

§. 5. Vorschrift wegen des anzuwendenden Processverfahrens.

§. 6. Anwendungsbestimmung.

Gesetz, die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betr.
30. April 1861 No. 26 Seite 109.

24. Mai

I. Die Ausübung der Forsthoheit über die Privatforsten betreffend.

§. 1. Allgemeine Bestimmungen.

§§. 2. 3. 4. u. 5. Forstlagerbücher.

§. 6. Forstzerstörungen.

§. 7. Verfahren behuf Erlangung der Erlaubniß zu Forstrodungen.

§. 8. Verhinderung eigenmächtiger Forstzerstörung.

§. 9. Wiederanbau eigenmächtig gerodeter Forstflächen.

§. 10. Entscheidung streitiger Fragen.

§. 11. Revisionen in Privatforsten.

§. 12. Auskunftsertheilung über den Umfang der Privatforsten.

II. Forstaufsicht über den Betrieb und die Benutzung der den juristischen Personen zugehörigen und der diesen gleichgestellten Forsten.

§. 13. Allgemeine Bestimmungen.

§. 14. Pflichten der Forstbehörde rücksichtlich der Bewirthschaftung.

§. 15. Mitwirkung der Forsteigenthümer durch Vertreter.

§. 16. Feststellung der Wirthschaftspläne.

§. 17. Verfahren bei Differenzen über die Wirthschaftspläne zwischen dem Forstbesitzer und dem betreffenden Forstbeamten.

§. 18. Aufstellung jährlicher Hauungs- und Culturvorschläge.

§. 19. Verfahren bei Differenzen über die jährlichen Hauungs- und Culturvorschläge zwischen dem Forstbesitzer und dem betreffenden Forstbeamten.

§. 20. Feststellung der jährlichen Hauungen und Culturen.

§. 21. Forstverbesserungen.

§. 22. Forstnebenbenutzungen.

§. 23. Benachrichtigung der Forstbesitzer über die Feststellung der Wirthschaftspläne zc.

§. 24. Außeretatmäßige Hauungen.

§. 25. Ausführung der Hauungen und Ausweisung der Holztheilungen.

§. 26. Ausführung der Forstculturen.

§. 27. Herbeischaffung der Geldmittel zu Forstvermessungen.

§. 28. Verwerthung der Forstproducte.

§. 29. Grenzbeziehungen.

§. 30. Entschädigung des Staats für die Forstaufsicht.

§. 31. Annahme von Forstauffsehern.

§. 32. Recurs gegen Verfügungen der Behörden.

III. Bestrafung der Uebertretungen.

- §. 33. Eigenmächtige Forstzerstörung.
- §. 34. Eigenmächtige Forstnutzung.
- §. 35. Unterlassung angeordneter Hauungen.
- §. 36. Qualität der Strafen und Competenz der Gerichte.
- §. 37. Aufhebung früherer gesetzlicher Bestimmungen.

Bekanntmachung Herzogl. Cammer: Die Dienstkleidung der Herzogl. Forst- und Jagdbeamten betreffend. 8|24. Mai 1861 Nro. 27 Seite 125.

- §. 1. Bestimmung der Dienstuniform der Forst- und Jagdbeamten.
- §. 2. Kleine oder Interims-Dienstuniform.
- §. 3. Dienstkleidung der außer den Staatsdienern zum Forst- und Jagdschuß bestellten Personen. (Functionaire).
- §. 4. Bezeichnung genügender vorschriftsmäßiger Dienstkleidung.

Verordnung, die diesjährige Eröffnung der niederen Jagd betreffend.
25. August 1864 Nro. 44 Seite 231.

3. September

Hinausschiebung des Jagd-Eröffnungstermins.

Gesetz, die Unterdrückung von Holzentwendungen zum Zwecke der Fabrikation von Zündhölzern betreffend. 29. Mai 1868 Nro. 39 Seite 93.

9. Juni

- §. 1. Pflicht zur Anzeige und Anmeldung der Fabrikation bei dem Revierforstbeamten.
- §. 2. Ausdehnung der Verpflichtung zur Anzeige auf das Rohmaterial.
- §. 3. Besondere Verpflichtungen der Zündholz-Fabrikanten und Arbeiter.
- §. 4. Besitz von Rohmaterial zu Zündhölzern.
- §. 5. Verzeichnung des Rohmaterials im Contobuche.
- §. 6. Transport von Rohmaterial.
- §. 7. Revisionsbefugniß des Revierforstbeamten.
- §. 8. Rückfallsstrafen.
- §. 9. Zur Controle befugte Beamte.
- §. 10. Anwendungsbezirke.
- §. 11. Aufhebung des Gesetzes vom 27. November 1860 Nro. 38.

Verordnung, die Anwendung des Gesetzes vom 29. Mai d. J. Nro. 39 auf die Gerichtsbezirke Hasselfelde und Walkenried betreffend.
6|12. Juni 1868 Nro. 40 Seite 101.

Rescripte 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte vom 16. December 1852.

Da der Dienst des Herzogl. Polizei-Militairs nicht erlaubt, dass dasselbe mit der Bestellung der Forststräflinge ausschließlich beschäftigt und namentlich auch mit der Anfertigung der Listen derselben beauftragt werde, so sind dazu die Gerichtsunterbedienten gleichfalls zu verwenden, damit das Herzogl. Polizei-Militair durch dergleichen Geschäftsbeforgungen nicht zu sehr vom eigentlichen Dienste abgezogen und übermäßig belastet werde.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Oberforstbeamte vom 9. April 1862.

Da Zweifel darüber entstanden sind, eines Theils ob die in dem Forststrafgesetze vom 26. Juli 1837 §§. 18 und 42 folg. erwähnten Anmeldegebühren, ohne Rücksicht auf die Person desjenigen, welcher den Frevel entdeckt hat, in allen Forststrafsachen zu beantragen und zu erkennen seien, und anderen Theils, wie mit den erkannten und eingezogenen Anmeldegebühren alsdann verfahren werden müsse, wenn der zur Empfangnahme berechnigte Denunciant deren Annahme verweigere,

— ein Fall, welcher deshalb mehrfach eingetreten ist, weil den Preussischen Forstbeamten durch ihre Dienstinstruction die Annahme von Pfandgebühren und Denuncianten-Prämien untersagt wird —

so eröffne ich den sämtlichen Herren Oberforstbeamten, behuf Herstellung eines gleichmäßigen Verfahrens, Folgendes:

Wenn gleich nicht zu verkennen ist, dass durch die Verurtheilung zur Zahlung der Anmeldegebühr das den Forstfrevler treffende Strafübel erheblich vermehrt wird und dass eine Rechtsungleichheit dadurch entsteht, wenn je nach der Persönlichkeit und dem Stande dessen, welcher den Frevel entdeckt, in einigen Fällen eine Erlegung jener Gebühr eintritt, während sie in andern ausgeschlossen bleibt, so kann doch diese Erwägung nicht dahin führen, sich über das bestehende Gesetz hinweg zu setzen, wenn in demselben eine solche Rechtsungleichheit sanctionirt sein sollte.

Letzteres ist der Fall, da nach der Schlussbestimmung im §. 18 des Forststrafgesetzes die Anmeldegebühr dem Denuncianten zufallen soll und aus den dem Erlasse dieses Gesetzes vorausgegangenen Verhandlungen insbesondere aus dem ständischen Commissionsberichte vom 25. Juni, dem Schreiben der Landschaft vom 14. Juli und dem Ministerial-Rückschreiben vom 18. Juli 1837 sich mit Bestimmtheit ergibt, dass es nicht die Absicht gewesen sei, die Anmeldegebühr unter irgend welcher Voraussetzung der Staatskasse zu überweisen.

Es folgt hieraus, dass auf Verurtheilung der Forstfrevler in die Anmeldegebühr nur dann anzutragen und zu erkennen ist, wenn eine solche Person den Frevel entdeckt hat, welche dieselbe nach §. 44 des Forststrafgesetzes als Accidenz zu beanspruchen berechtigt erscheint, wie

dieses auch dadurch bestätigt wird, dass in Einzelfällen (z. B. nach §. 136) in welchen ein nicht zur Anmeldegebühr berechtigter Beamter eine Gesetzesübertretung entdeckt hat, demselben statt jener, ein Antheil an den Strafgebern zugebilligt ist.

Dagegen muss der Antrag auf Verurtheilung in die Anmeldegebühr stets, weil ungesetzlich, dann unterbleiben, wenn die Entdeckung des Frevels von einer Person geschah, welche zu den Forst- und Jagdbedienten, den beeidigten herrschaftlichen Waldarbeitern und dem Polizeimilitair nicht gerechnet werden kann.

Da aber in dem Gesetze die Anmeldegebühr den Forst- und Jagdbedienten, welche den Frevel ermittelt haben, ohne alle Beschränkung auf die im Herzogl. Dienste stehenden, zugesichert ist, so sind auch die preussischen Forst- und Jagdbedienten zu deren Empfangnahme an sich gesetzlich berechtigt, und da sowol die anklagenden Oberforstbehörden, als auch die Gerichte sich nach den Landesgesetzen zu achten haben, ohne Rücksicht auf die den preussischen Forst- und Jagdbedienten von ihrer Regierung ertheilte Dienst-Instruction, so entspricht es den gesetzlichen Vorschriften, dass die Möglichkeit einer Ablehnung künftiger Empfangnahme der gezahlten Anmeldegebühr durch den Denuncianten nicht zu einer Unterlassung des Antrages auf Zuerkennung derselben führen könne.

Das Gesetz ist aber von der Supposition ausgegangen, dass von den berechtigten Denuncianten die Annahme jener Gebühren nicht werde verweigert werden, und da sich gegenwärtig herausgestellt hat, dass dieser Fall, sei es in Folge bestehender Dienst-Instructionen, oder aus einem anderen Grunde, doch mehrfach eintrete, so fehlt es allerdings an einer Bestimmung darüber, wie mit denjenigen in Folge des Forststrafgesetzes §. 44 an die Oberforstbeamten zur Verurtheilung an die Denuncianten eingezahlten Anmeldegebühren zu verfahren sei, deren Annahme von diesen verweigert wird.

In dieser Beziehung nun ist durch ein Ministerialrescript vom 29. v. Mts., No. 2640, unter Billigung der oben bezeichneten Rechtsausführung genehmigt worden, dass aus diesen Gebühren ein Gratisfonds für diejenigen Beamten zu bilden sei, welche bei Entdeckung von Forstfreveln sich besonders thätig erwiesen haben, und indem ich mich auf die Anweisung beschränke, dass von den Herren Oberforstbeamten auf Verurtheilung der Forstfrevel in die Anmeldegebühr nur in den Fällen, wenn der Frevel von den im §. 44 des Forststrafgesetzes genannten Personen entdeckt ist, alsdann aber stets und ohne jede Ausnahme anzutragen sei, — bemerke ich, dass denselben hinsichtlich des zu bildenden Gratisfonds weitere Instruction durch Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, zugehen wird.

Schreiben Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft vom 29. September 1862

Auf das gefällige Schreiben vom 17/18. d. Mts., die Beschwerde gegen das Herzogl. Amtsgericht Hasselfelde über dessen Verfahren in der Untersuchung wider die Handarbeiter August Rienacker und Heinrich Haase aus Altrode, wegen Forstfrevels betreffend, erwiedern wir Folgendes:

Nach Maßgabe des Forstfrevelprotocolls vom 8. August 1861 haben Rienäcker und Haase in der Nacht vom 29/30. Juli (nicht im Juni) 1861 einen Forstfrevel im Allröder Forstreviere, und laut Forstfrevelprotocolls vom 2. November 1861 nebst Anlagen einen anderen dergleichen Frevel in der Nacht vom 31. Juli (nicht im October) 1861 in Gütersberger (Berenburger)

1. August

Forst verübt.

Wegen des ersterwähnten Frevels sind

Rienäcker zu 282½ Tagen Gefängniß und

Haase zu 226 Tagen Gefängniß

vom Herzogl. Amtsgerichte Haffelsfelde unter dem 11. October und wegen des anderen gedachten Frevels

Rienäcker zu 180 Tagen Gefängniß und

Haase zu 144 Tagen Gefängniß

unter dem 10. December 1861 von jenem Gerichte verurtheilt.

Die bezeichneten verschiedenen Straferkenntnisse sind von dem Herzogl. Amtsgerichte Haffelsfelde, wie dasselbe auch in dem an Herzogl. Staatsministerium unter dem 25. Juni d. J. erstatteten Berichte anerkannt hat, ohne wechselseitige Berücksichtigung derselben abgegeben.

Nach §. 7 des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837 soll wegen Forstfrevel eine härtere als einjährige Gefängnißstrafe nicht anerkannt werden, wenn auch die zu verwandelnde Geldstrafe einen höhern Betrag ergeben sollte; es enthält dieses Gesetz indessen keine Angabe darüber, wie zu verfahren sei mit der Vollziehung der zusammen die Dauer eines Jahrs übersteigenden in verschiedenen ohne wechselseitige Berücksichtigung abgegebenen Erkenntnissen gegen denselben Frevel ausgesprochenen Gefängnißstrafen.

Das Verfahren hierbei ist daher in Gemäßheit des §. 5 des Criminalgesetzbuches nach den allgemeinen Bestimmungen des Criminalgesetzbuches zu reguliren. Für den Fragfall hätten die Bestimmungen im §. 25 Abs. 3 und 4 des Criminalgesetzbuches analogisch zur Anwendung kommen müssen, so daß die vorgeschriebene Zusammenrechnung der erkannten verschiedenen Gefängnißstrafen stattfinden mußte und dabei die gesetzlich bestimmte längste Dauer derselben nicht überschritten werden durfte, weil der spätere der beiden Frevel bereits begangen war, bevor die Strafe wegen des ersteren vollstreckbar geworden (Motive zu §. 25 des Crim.-Ges.-Bs.)

Das Herzogl. Amtsgericht Haffelsfelde ist nicht befugt gewesen, in dem Schreiben an die Herzogl. Direction der Landesstrafanstalten zu Braunschweig vom 25. Januar d. J. die Beschränkung rechtskräftig erkannter Strafen zu veranlassen, ist jedoch in dem schon erwähnten Berichte an Herzogl. Staatsministerium vom 25. Juni d. J. bedacht gewesen, die durch die unterlassene Berücksichtigung der beiden abgegebenen Erkenntnisse in ihrer Beziehung zu einander veranlassenen Benachtheiligungen von Rienäcker und resp. von Haase abzuwenden, was an sich gerechtfertigt erscheint, da eine härtere als die im §. 5 des Forststrafgesetzes bestimmte Strafe gegen Rienäcker und Haase nicht hätte ausgesprochen werden dürfen. Wegen der aus Unachtsamkeit geschehenen Aussprechung der Dauer nach härterer Strafen gegen die beiden Frevel, ist dem Herzogl. Amtsgerichte Haffelsfelde mittelst Höchsten Rescripts vom 28. Januar d. J. No. 5948,

wodurch diese Angelegenheit auch sonst den Rechten jener entsprechend regulirt worden, eine Rüge ertheilt; wir haben daher keine Veranlassung demselben hierüber noch eine Zurechtweisung zukommen zu lassen.

Was diejenigen 10 Tage Gefängnißstrafe anbelangt, welche der p. Rienäcker außer den vorhingedachten ihm zuerkannten Strafen in Folge einer laut amtsgerichtlichen Schreibens vom 14. October 1861 auf Antrag stattgehabten Umwandlung von zuerkannt gewesenen Forststrafarbeitstagen zu erleiden haben soll, so ergeben die eingesandten Acten hierüber nichts; es versteht sich von selbst, daß Herzogl. Amtsgericht Hasselfelde die Verbüßung der Strafe durch Rienäcker, da diese Sache ihre Erledigung noch nicht gefunden zu haben scheint, zu veranlassen hat, worüber demselben die erforderliche Weisung zugehen soll.

Auch können wir nicht in der Ordnung finden, daß Herzogl. Amtsgericht Hasselfelde bezüglich der bei Herzogl. Staatsministerium beantragten Ermäßigung der dem p. Rienäcker und dem p. Haase zuerkannten Gefängnißstrafen mit der Oberforstbehörde zu Stiege nicht vorher communicirt, (vergl. Bege Repert. V. S. 18, VI. S. 16, 18 und 45) auf geschehene Anfrage wegen der Abbüßung der gedachten 10tägigen Gefängnißstrafe jener Behörde keine Auskunft ertheilt, auch unter dem 3. Februar d. J. derselben eine unrichtige Mittheilung über die Zeit der Antretung der ihm zuerkannten Gefängnißstrafe durch Rienäcker gemacht hat und daß von dem amtsgerichtlichen Schreiben an Herzogl. Direction der Strafanstalten zu Braunschweig vom 25. Januar d. J. gegen die Oberforstbehörde keine Erwähnung gethan ist. Was dieserhalb an das Herzogl. Amtsgericht Hasselfelde erlassen worden, wolle Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft aus dem in Abschrift beigefügten Rescripte vom heutigen Tage ersehen. 2c.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an die Herzogl. Kreisgerichte vom 22. Mai 1868.

Mittels Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 20. d. M. sind wir in Kenntniß gesetzt, daß auf einen Antrag des Königl. Preussischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten Herzogl. Staatsministerium sich damit einverstanden erklärt hat, daß, um den in letzter Zeit in bedenklicher Weise zugenommenen Forst- 2c. Freveln in den an Hannover grenzenden Waldungen wirksam entgegen zu treten, die Convention zwischen Braunschweig und Hannover vom 2. August 1828, die Verfolgung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen betreffend bis zur 19. Septbr.

definitiven Regelung dieser Angelegenheit einstweilen in Geltung gelassen werde.

Mit Bezugnahme auf unser Circularrescript vom 11. November 1867 weisen wir die Herzogl. Kreisgerichte in Gemäßheit des uns vom Herzogl. Staatsministerium ertheilten Auftrags hierdurch an, in vorkommenden Fällen die vorgedachte Convention vom 2. August 1828 19. Septbr.

wieder zur Anwendung zu bringen, und beauftragen dieselben, die ihnen untergeordneten Localgerichte von dieser Anordnung zur Nachachtung ungesäumt in Kenntniß zu setzen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Cammer,
Direction der Forsten vom 29. April 1869.

Wir eröffnen Herzogl. Cammer auf den Bericht vom 16. d. M., betreffend die Vorstellung der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel vom 9. v. M. wegen Ersages des durch Roth- und Schwarzwild auf den Feldmarken Neustadt-Harzburg und Bündheim verursachten Schadens Folgendes:

Die Art und Weise, wie Herzogl. Cammer den §. 14 Absatz 2 des Gesetzes No. 39 vom 8. September 1848 interpretirt halten Wir für unrichtig und stimmen vielmehr der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel darin bei, dass sich die durch §. 14 cit. vorgeschriebene Verantwortlichkeit der in eingegatterten Forsten Schwarz-, Roth- und Dammwild begenden Forstbesitzer für allen Schaden, welchen dasselbe fremden Grundstücken oder deren Erzeugnissen zufügt, nicht allein auf die innerhalb, sondern auch auf die außerhalb der eingegatterten Forsten belegenen Grundstücke bezieht.

Der zur Durchführung eines Entschädigungsanspruchs dem Besitzer des außerhalb des Gatters belegenen beschädigten Grundstücks erforderliche Beweis, dass der Schaden von dem in der eingegatterten Forst gehegten Wilde herrühre, ist freilich schwer zu beschaffen, durch die Schwierigkeit des Beweises wird aber das Recht selbst nicht aufgehoben. Geht man hiervon aus und berücksichtigt, dass es dem Localforstbeamten nicht schwer fallen wird, im einzelnen Falle zu beurtheilen, ob ein Wildschaden von dem aus dem Gatter ausgebrochenen oder aus anderen Jagdbezirken ausgewechselten Wilde der Wahrscheinlichkeit nach herrührt, so scheinen Uns die der Herzogl. Cammer von Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel wegen Feststellung der Ursache der Beschädigung und des Schadensbetrages durch den Forstmeister Groschupp gemachten Vorschläge immerhin Berücksichtigung zu verdienen. Wir beauftragen daher Herzogl. Cammer über ein möglichst einfaches Verfahren zur Erledigung der vorkommenden und als begründet sich erweisenden Entschädigungs-Reclamationen mit Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel zu verhandeln und über das Resultat der Verhandlung zu berichten.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Gesetz, die Errichtung von Erbverträgen betreffend.
16/27. October 1860 No. 33 Seite 121.

- §. 1. Zur Gültigkeit der Erbverträge ist deren Aufnahme vor Gericht oder Notar und Zeugen oder die Beobachtung der für schriftliche Testamente vorgeschriebenen Förmlichkeiten erforderlich.
- §. 2. Gleiche Vorschriften gelten für Verträge über den künftigen Nachlass dritter Personen.
- §. 3. Uebergangsbestimmungen.

Gesetz, die Unwirksamkeit eidlicher Bestärkung von Geschäften und die bei einzelnen Geschäften an die Stelle der eidlichen Bestärkung tretenden Formen betreffend. 16. Mai 1863 Nro. 15 Seite 183.

2. Juni

- §. 1. Verbot eidlicher Bestärkung von Rechtsgeschäften.
- §. 2. Gültigkeit der Bürgschaftsleistung, Pfandbestellung oder andere Intercession der Frauenzimmer.
- §. 3. Veräußerung und Verpfändung unbeweglicher Dotalgüter und Dotalgerechtsamen.
- §. 4. Aufrechterhaltung der Gesetzbestimmungen über Erwerbung dinglicher Rechte.
- §. 5. Von Minderjährigen geschlossene Rechtsgeschäfte.

Rescripte 2c.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Helmstedt
vom 15. Mai 1860.

Die mit abschriftlich beigelegtem Berichte Herzogl. Amtsgerichts Helmstedt vom 28. April d. J. eingesandten Acten, Theilung des Nachlasses der verstorbenen Ehefrau des Kaufmanns August Gimecke, Johanne gebornen Engel zu Helmstedt betreffend, lassen wir Herzogl. Kreisgerichte in 4 Heften anbei zufertigen und weisen dasselbe, da Veräußerungen als in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise ausgeführt (Gesetz vom 15. October 1832 Nro. 33 §. 12) nicht bezeichnet werden können, wenn sie mit Dispensation von dem über die Ausführungsweise gegebenen Gesetze (Verordnung vom 5. November 1763) ausgeführt werden sollen, aus den in unserm Berichte an Herzogl. Staatsministerium vom 5. März d. J. weiter entwickelten Gründen und neben Beseitigung des ablehnenden kreisgerichtlichen Beschlusses vom 6. Februar d. J., welcher Beschluss übrigens keine Fähigkeit zur Rechtskraft gehabt hat (l. 14. Dig. de re judicata 42. 1.) hierdurch an, der Prüfung des beabsichtigten Erbtheilungsgeschäftes sich zu unterziehen und darüber behuflige Entscheidung abzugeben.

Rescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte
vom 13. Juni 1861.

Beschwerden gegen von den Herzogl. Kreisgerichten in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 2c. (Gesetz vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, §. 20) abgegebene Verfügungen, werden, bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten eingereicht, von diesen in den meisten Fällen an uns unmittelbar eingesandt, und wir hierdurch eben so oft genöthigt, zuvor die kreisgerichtlichen Acten nebst Berichte einzufordern. Wir beauftragen daher die Herzogl. Kreisgerichte den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten ihres Kreises behuf Abkürzung des Geschäftsganges die Anweisung zu ertheilen, Beschwerden solcher Art an die Herzogl. Kreisgerichte einzusenden, welche sodann dieselben mit den kreisgerichtlichen Acten und behufligen Berichte an uns gelangen zu lassen haben.

Resolution Herzogl. Obergerichts für den Amtmann Haenichen zu Helmstedt vom 24. Juni 1862.

Auf die von dem Amtmann Anton Haenichen zu Helmstedt wider die Verfügung Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt vom 29. April 1862 allhier eingebrachte Beschwerde, Löschung hypothekarischer Eintragungen betreffend, wird nachstehende Resolution ertheilt:

Recurrent hat, nachdem ihm von Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke zu Braunschweig, unterm 25. März 1858 die Erlaubniß ertheilt war, auf seinen Grundstücken nach Braunkohlen zu schürfen, mittelst Vertrages vom 2. August 1860 hinsichtlich seiner in diesem Vertrage bezeichneten Grundstücke dem Kaufmann Abry zu Helmstedt das Recht zum unterirdischen Abbaue der unter der Erdoberfläche befindlichen Braunkohlen, also das Recht zur Verfügung über substantielle Theile der Grundstücke sowie das Recht zur Errichtung der behuf jenes Zwecks erforderlichen Gebäude auf seinem Grund und Boden eingeräumt.

Wenn nun in Folge dessen für die vom Kaufmann Abry und den Cessionaren und Gesellschaftern desselben (Vertrag vom 28. Decbr. 1861) solchergestalt eingeräumten, von Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke (Vertrag vom 2/19. Februar 1862) bestätigten, superficialistischen Rechte ein eigenes Folium im Hypothekenbuche, mit der Bemerkung, daß der Grund und Boden den Recurrenten zustehe, angelegt, auch nachmals von der Gesellschaft an der Superficies constituirte Hypotheken auf diesem Folium eingetragen worden, Recurrent indess die Rechtmäßigkeit der ohne seine Zustimmung geschehenen Anlage des Foliums und der darauf gemachten Einträge bestreitet und die Löschung verlangt, so kann hierüber nicht im außergerichtlichen Verfahren, sondern nur im Wege Rechts nach vorgängigem Gehör der Betheiligten entschieden werden, und muß daher dem Recurrenten überlassen bleiben, behuf Abwendung der vermeintlichen Eingriffe in seine Eigenthumsbefugnisse die geeigneten possessorigen oder petitorischen Klagen zu erheben und einstweilen die Einschreibung einer Protestation, welche in der Rubrik „Bemerkungen“ aufzunehmen ist

Circularrescript vom 3. März 1842 Nro. 50 §. 5

zu erwirken.

Aus diesen Gründen wird die Verfügung Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt vom 29. April d. J. aufgehoben und Querulant mit seinen Anträgen zum Wege Rechts verwiesen. u.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium vom 9. September 1862.

Dem Beschlusse des Herzogl. Staatsministerium vom 9/10. August d. J. Nro. 7255 betreffend die Gebühren für die nicht auf den Antrag der Interessenten sondern der Staatsanwälte erfolgende Publication von Testamenten und die in diesen ad pias causas gemachten Vermächtnisse, zufolge wird unter der Rückgabe der Anlagen gehorsamt berichtet, wie folgt:

1. Die in der Sportel- und Gebührentaxe für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 4. Juli 1851 Nro. 28 unter Nro. 27 erwähnte Gebühr für die Eröffnung und Publicirung einer letztwilligen Verfügung und das darüber aufzunehmende Protocoll, welche bei den vor dem

Erlasse obigen Gesetzes niedergelegten Verfügungen nach dem ungefähren Betrage des Vermögens, worüber testirt worden

- a. bis 500 Thlr. 1 Thlr.
- b. über 500 bis 1000 Thlr. 2 "
- c. über 1000 Thlr. bis 10,000 Thlr. 5 "
- d. über 10,000 Thlr. 10 "

und bei den nach Erlaß obigen Gesetzes niedergelegten Verfügungen

- a. bei sehr dürftigen Personen — Thlr. 15 Gr.
- b. bei sehr wohlhabenden oder reichen Personen 2 Thlr.
- c. sonst und in der Regel 1 Thlr.

beträgt,

Gesetz vom 4. Juli 1851 §. 8 in Verbindung mit theils der Sporteltaxe vom 10. Mai 1835 Nro. 28 sub 10 pag. 512 theils der Sportel- und Gebührenaxe vom 4. Juli 1851 unter Nro. 27 und pag. 104

fällt ohne Zweifel unter den Begriff einer Erbschaftsschuld

arg. L. 2. §. 18. Dig. de her. vel act. 18. 4.

L. 22. §. 9. Cod. de jure deliber. 6. 30.

Weiske, Rechtslexikon Bd. 10. S. 1010.

Denn wenn man auch zuvörderst den Requirenten zur Zahlung der Gebühr verpflichtet erachten sollte, so würden doch Personen, welche kein eigenes Interesse an der Eröffnung haben, insbesondere Staatsanwälte, auf Eröffnung und Publicirung der letztwilligen Verfügung nur in der Eigenschaft als Geschäftsführer der Erbschaft

L. 3. pr. §. 6. Dig. de neg. gest. 3. 5

und der in derselben bis auf Weiteres als fortwirkend gedachten Persönlichkeit des Erblassers antragen,

§. 2. Inst. de hered. inst. 2. 14

princ. Inst. de stipul. serv. 3. 17.

L. 33. §. 2. L. 34. Dig. de acquir. dom. 41. 1.

L. 116. §. 3. Dig. de legat. I.

L. 31. §. 1. Dig. de her. inst. 28. 5.

L. 9. Cod. depos. IV. 34

so daß die zunächst für die ruhende Erbschaft begründete Verbindlichkeit zum Ersatz der ihrer wegen gemachten Auslagen oder zur Uebernahme der ihrerwegen contrahirten Schulden,

l. 2. Dig. de neg. gest. 3. 5

später mit der Erbschaft auf die Erben übergang

pr. Inst. de stipul. serv. 3. 18.

L. 15. pr. Dig. ad leg. Aquil. 9. 2.

L. 13. §. 5. Dig. quo vi aut cl. 43. 24.

L. 1. §. 6. Dig. de injur. 47. 10.

und dieser Uebergang so weit die Eröffnung auf Antrag eines Staatsanwalts geschehen, unter allen Umständen die Staatskasse berechtigen würde, die Gebühr von der Erbmasse einzuziehen.

Allein so gewiß diese Grundsätze sind, so selten werden sie sich bei den auf Antrag eines Staatsanwalts geschehenen Eröffnungen ohne unverhältnißmäßige Weiterungen und Schwierigkeiten zur Ausführung bringen lassen, da dergleichen Eröffnungen stets alte, verlegene Dispositionen über Verlassenschaften betreffen, bei welchen in subjectiver und objectiver Beziehung schwer zu überwindendes Dunkel obzuwalten pflegt. Es wird also immerhin Acht zu haben sein, in den Bemühungen, der Staatskasse die ihr zukommende geringe Gebühr zu verschaffen, nicht zuwider das rechte Maß zu überschreiten.

2. Die Abgabe an die Armen- und Begebesserungskassen, welche nach dem Gesetze vom 4. Juli 1851 (Nro. 28) §. 3 bei allen letztwilligen Verfügungen, welche bei einem Gerichte des Inlandes niedergelegt worden sind, von dem Betrage des Nachlasses, über welchen verfügt ist, nach Abzug der darauf ruhenden Lasten nach Publication der letztwilligen Verfügung durch dasjenige Gericht, bei welchem die Niederlegung derselben stattfand, zu mindestens $\frac{1}{10}$ Procent eingezogen werden soll, ist ihrem geschichtlichen Ursprunge — conf. Zeitschrift für Braunschw. Rechtspflege Band III. S. 18 folg. — Mittermaier deutsches Privatrecht §. 504 — und Entwicklungsgänge zufolge nach Analogie eines Vermächtnisses an milde Stiftungen zu beurtheilen. Demgemäß wird sie nach den Verordnungen vom 20. Februar 1756 und 11. Februar 1758, (Frederdsdorf II. Seite 616) durch wirkliche Vermächtnisse an die genannten Kassen oder verwandte Anstalten ersetzt, nach dem Rescripte Herzogl. Cammer vom 11. März 1829 (Bege II. S. 35) von den Erben erst nach angetretener Erbschaft, und zwar nicht als eine Steuer, sondern als eine auf der Testamentserbschaft haftende Abgabe und gewissermaßen als ein nothwendiges Legat eingefordert, nach dem Circularrescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 27. Mai 1846 (Gesetz- und Verordn.-Sammlung Nro. 20 S. 176) als ein auf die Bestimmungen des Gesetzes sich gründender privatrechtlicher Anspruch an den Nachlass verstorbenen, welcher durch ungehörige Ausmessung zu Extrajudicialappellationen und behuf Entscheidung präjudicieller Streitfragen, z. B. über die Belastung der im Auslande belegenen Theile des Nachlasses, über Anrechnung der an verwandte Anstalten hinterlassenen Vermächtnisse zu wirklichen Civilprocessen unter den Betheiligten führen und in solchen Fällen nicht vor Erledigung der Vorfrage eingezogen werden kann, betrachtet, nach rechtskräftigen Erkenntnissen der Obergerichte (Zeitschrift Bd. III. Seite 17 folg. 180 folg.) sowie nach den Bestimmungen der Spottel- und Gebührentaxe vom 4. Juli 1851 nur von demjenigen Werthe berechnet, welchen der pflichtige Nachlass nach Abzug der darauf ruhenden Lasten und Schulden zur Zeit des Todes des Erblassers hatte.

Die Einziehung des geringen praestandi (Verordn. vom 11. April 1758) welche das Gericht, bei dem die Niederlegung der letztwilligen Verfügung stattfand, nach dem Gesetze vom 4. Juli 1851 besorgen soll, erscheint daher als ein Ausfluß derjenigen Rechte und Pflichten, vermöge deren die Obrigkeit überhaupt zur Aufrechterhaltung und Ausführung letztwilliger Verfügungen unter Umständen von Amtswegen beizutragen hat.

L. 50. §. 1. Dig. de hered. pef. 5. 3.

L. 92. Dig. de condit. et demonstr. 35. 1.

L. 7. fin. Dig. de ann. legat. 33. 1.

Wie aber die Obrigkeit von diesem Standpunkte aus vollkommen berechtigt ist, denjenigen Be-theiligten, welche selbst im Stande sind, für Verwirklichung der sie betreffenden letztwilligen Anordnungen zu sorgen, diese Sorge lediglich zu überlassen, so wird dasselbe angenommen werden dürfen, wenn es sich um die den Gerichten übertragene Einziehung jener Abgabe für Armen- und Begebesserungskassen handelt. Auch das betreffende Gericht wird nicht behindert sein, sondern wohlthun, nicht bloß wenn rechtliche Hindernisse hervortreten, die erforderliche gerichtliche Verfolgung, sondern auch wenn sich thatsächliche Schwierigkeiten erheben, die zu deren Beseitigung nöthigen außergerichtlichen Schritte den gesetzlichen Vertretern der berechtigten Armen- und Begebesserungskassen zu überlassen, denn diese Behörden sind zu weitläufigern Verwaltungshandlungen weit geeigneter, als die nach Verfassung und Gesetz ausschließlich zur Rechtspflege bestimmten Gerichte.

Rechtliche oder thatsächliche Schwierigkeiten der Beitreibung werden aber bei letztwilligen Verfügungen, welche auf Antrag des Staatsanwalts eröffnet sind, häufig oder fast immer auftauchen, da Ungewissheit über die Berechtigten deponirter Testamente die gesetzliche Voraussetzung des Antrags bildet (Civ.-Proc.-Ord. §. 275 Nro. 7 §. 276) und nicht nur die Todeszeit des Erblassers und der damalige Umfang und Werth des Nachlasses von dem die Abgabe zu berechnen ist, sondern selbst die Antretung der Testamentserben öfter ungewiss sein wird, demnach aber die Abgabe gleich den übrigen Vermächtnissen ausfällt, so oft das Testament nichtig ist, oder rumpirt, rescindirt, destitut wird, und nicht ausnahmsweise die Vermächtnisse aufrecht zu erhalten sind, weil der eingesetzte Erbe in der arglistigen Absicht, die Vermächtnisse zu vereiteln, die testamentarische Erbschaft ausschlug,

Tit. Si quis omissa causa test. Dig. 29. 4 — Cod. 6. 39

oder das Testament nach Nov. 115 wegen Verletzung des Rechts der Notherken an Ungültigkeit leidet.

Nov. 115. cap. 3 in fin. cap. 4 in fin.

In dergleichen Fällen wird also das eröffnende Gericht nicht pflichtwidrig, sondern recht- und zweckentsprechend verfahren, wenn es, wie bei anderen Vermächtnissen zu milden Zwecken

Weiske, Rechtslexikon Bd. 10 S. 1010.

Preussisches Landrecht Th. 1. Tit. 12. §§. 218—222.

Preussische Gerichtsordnung Th. 2. Tit. 4. §§. 10. 11.

so auch bei der fraglichen Abgabe, seine Thätigkeit darauf beschränkt, die betreffenden Verwaltungen der berechtigten Kassen und Anstalten von der Testamentseröffnung und den sonst erheblichen Verhältnissen in Kenntniss zu setzen und denselben die weitere gerichtliche oder außergerichtliche Verfolgung etwaiger Ansprüche an den Nachlass lediglich zu überlassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Kreisgerichts-Director

Bogler zu Helmstedt vom 2. October 1862.

Wir haben Uns veranlaßt gefunden, über die mittelst Ihres Berichts vom 3. August d. J. angeregte Frage, wegen der Gebühren für die, nicht auf den Antrag der Interessenten,

sondern der Staatsanwälte, erfolgende Publication von Testamenten und der in diesen ad pias causas gemachten Vermächtnisse die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Ihnen Abschrift des von demselben unterm 9. v. M. erstatteten Berichts hierbei zugehen und wie Wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind, so haben Sie denselben gemäß weiter zu verfügen, resp. sich in künftigen Fällen zu achten.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 23. Januar 1863.

Auf den vom Kreisrichter Mengen in Helmstedt wider die Bescheide Herzogl. Amtsgerichts daselbst vom 19. August und Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt vom 16. October v. J. erhobenen Recurs, Eintragungen in das Hypothekenbuch betreffend, wird nachstehender Bescheid ertheilt:

Zufolge notarieller Schuld- und Hypotheken-Verschreibung vom 10. Februar 1859 hat der Amtmann Anton Hänichen zu Helmstedt mit seinen in und vor Helmstedt belegenen Grundbesitzungen dem Kreisrichter Mengen daselbst wegen Darlehns zu 4000 Thlr. nebst Zinsen u. Hypothek bestellt und diese ist unterm 23. Februar 1859 in das Hypothekenbuch auf die verpfändeten Grundstücke eingetragen.

Nach der Zeit sind vom Amtmann Hänichen laut Contracts vom 2. August 1863 dem Kaufmann Abry in Helmstedt an einem zu den verhypothecirten Grundstücken gehörigen Ackerplane von 631 Morgen 4 Ruthen superficiarische Rechte behuf Abbaues mineralischer Brennstoffe eingeräumt, und ist für Abry und dessen Cessionare hinsichtlich der constituirten Superficies im Hypothekenbuche von Helmstedt ein eigenes folium am 3. März 1862 angelegt, ohne dass auf selbiges neu angelegte folium die dem Mengen constituirte Hypothek mit übertragen worden wäre,

Circularrescript vom 3. März 1842 Nro. 50 §. 14 u. 13

auch ist von Abry und Genossen an jener Superficies zu Gunsten der Braunschweigischen Bank laut Notariatsurkunde vom 12. März 1862 für die Summe von 10,000 Thlr. nebst Zinsen u. Hypothek bestellt und diese am 18. März 1862 auf dem die Superficies betreffenden folium inscribirt.

Bei solcher Lage der Sache könnte dem Antrage des Kreisrichters Mengen, die an den Hänichschen Grundbesitzungen ihm zuständige Hypothek nach der ihr gebührenden Priorität auf das für die Superficies angelegte folium zu übertragen, im außergerichtlichen Verfahren nur gewillfahrt werden, wenn die theilhaftigen Superficiarien und deren Hypothekgläubiger dazu eingewilligt hätten und muss in Ermangelung nachgewiesener Einwilligung dem Recurrenten überlassen bleiben, seine bezüglichlichen Ansprüche im Rechtswege auszuführen.

Anlangend dagegen den Antrag, auf dem für die Superficies im Hypothekenbuche angelegten besonderen folium wider diese geschehene Anlegung eines foliums und Inscription von Hypotheken auf demselben, Protest einzutragen,

so ist der Eigenthümer an sich nicht gehindert, die verpfändete Sache mit Servituten und anderen dinglichen Lasten zu beschweren

der Pfandgläubiger jedoch, dafern er nicht eingewilligt hat, oder seine Einwilligung nicht als ertheilt anzunehmen ist,

L. 4. §. 1. L. 8. §. 11. 15. Dig. quib. mod. pign. solv. 20. 6.

L. 6. 8. Cod. de remiss. pign. 8. 26

sein Pfandrecht ungeschmälert, auch an den abgetrennten Theilen, zu verfolgen,

L. 15. Cod. de pignor. 8. 14.

L. 2. Cod. Si unus ex plurib. heredibus 2c. 8. 32

und einstweilen, behuf Erhaltung seiner Rechtszuständigkeiten und Abwendung der durch die Wirkungen der Oeffentlichkeit des Hypothekenbuchs begründeten Gefahren

Verordnung vom 26. März 1823 Nro. 14 §. 2. 3. 5.

Gesetz vom 19. März 1850 Nro. 22 §. 3. 5 Nro. 4

Protest zu erheben

L. 10. §. 3. Dig. quae in fraud. cred. 42. 8.

L. 17. Cod. de rei vindic. 3. 32.

L. 14. §. 4. Cod. de non numer. pec. 4. 30.

Novelle 100. c. 1.

L. 2. Cod. annali except. 7. 40

und die Einschreibung der, in Hypothekensachen ohne Beobachtung solcher öffentlichen Form

Schweppe, Röm. Privatrecht Th. 1 §. 181

unwirksamen, Protestation zu verlangen befugt, als welcher provisorischen Maßregel, da sie den Rechtsstand unberührt läßt, wenn wie im vorliegenden Falle Rechtsanspruch und Gefahr beschienigt sind, von der Hypothekenbehörde ohne Weiteres statt zu geben ist.

Von verweigerter Justiz kann, ist Bescheidung erfolgt, allein auf die gestellten Anträge einzugehen, aus Rechtsgründen abgelehnt, begreiflicher Weise nicht die Rede sein. Antragsteller hat daher die Kosten des außergerichtlichen Verfahrens zu entrichten, indess sollen ihm die Gebühren für gegenwärtigen Bescheid, weil reformatorisch, erlassen werden.

Gesetz vom 4. Juli 1851 Nro. 28 und dessen Anlage zu Nro. 19.

Demnach werden die Bescheide Herzogl. Amtsgerichts Helmstedt vom 19. August und Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 16. October 1862 dahin abgeändert:

dass der vom Recurrenten erhobene Protest auf dem für die bezeichnete Superficies angelegten folium im Helmstedter Hypothekenbuche sofort einzutragen und davon dass solches geschehen, den Betheiligten Nachricht zu geben sei.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium

vom 7. März 1864,

betreffend Anordnung einer Curatel für den geistesschwachen William Hundeker zur Zeit in der Irrenanstalt zu Gildesheim.

Zu dem uns mittelst hohen Beschlusses vom 6. d. M. mitgetheilten Berichte Herzogl. Stadtgerichts Braunschweig vom 24. Januar d. J. beehren wir uns in Ansehung des rubricirten Gegenstandes Folgendes zu berichten:

Die Anordnung irgend einer Curatel für den geisteskranken William Hunderker von Hötensleben zur Zeit in der Irrenanstalt in Hildesheim erscheint im Interesse der minderjährigen Kinder des verstorbenen Superintendents Corvinus in Königsutter aus erster Ehe, deren Vormundschaft jetzt in Braunschweig geführt wird, dringend geboten, da die Corvinusschen Kinder und der William Hunderker bei den noch ungeordneten Nachlassenschaften des Pastors Hunderker und dessen Wittve gebornen Rautenberg, resp. ihrer Großeltern und Eltern, als Theilnehmer concurriren und deren Rechtsverhältnisse gegeneinander einer Feststellung bedürfen.

Zur Erleichterung der Uebersicht der in Betracht kommenden Verhältnisse erlauben wir uns über den zum Grunde liegenden thatsächlichen Bestand, soweit uns die vorliegenden Acta dazu in Stand setzen, folgende Bemerkungen vorausszuschicken.

Der Pastor Hunderker zu Hötensleben ist im März 1854 daselbst mit Hinterlassung der beiden letztwilligen Verfügungen, als

1. eines gerichtlichen Testaments vom 1. September 1846 und
2. eines außergerichtlichen Codicills vom 28. Juni 1850

verstorben.

In dem sub 1 gedachten Testamente hat Erblasser seine Ehefrau und seine 3 Kinder Therese, Julius und Louise gleichmäßig zu Erben eingesetzt und dabei bestimmt, dass seine Ehefrau von den Antheilen der drei Kinder lebenslänglich die Zinsen beziehen solle. Der ältere Sohn William Hunderker, weil er sein Erbtheil bereits vorweg erhalten, ist von jeder Theilnahme an dem Nachlasse seines Vaters ausgeschlossen.

In dem Codicille sub 2 ist das frühere Testament dahin abgeändert, dass dem inzwischen schwachsinzig gewordenen Sohne William, lebenslängliche Alimentation aus dem väterlichen Nachlasse zugesichert worden ist.

Beim Ableben des Pastors Hunderker war dessen jüngere Tochter Louise, verehelichte Pastor Corvinus in Oßleben mit Hinterlassung von Kindern bereits verstorben und sind diese nach Preussischem Landrechte sofort in die Stelle ihrer Mutter eingetreten.

Im Publications-Termine am 29. März 1854 haben die Wittve Hunderker und die ältere Tochter Therese verehelichte Lehrer Willerding beide letztwilligen Verfügungen ihres gemeinschaftlichen Erblassers anerkannt. Eine gleiche Erklärung von Julius Hunderker und von dem Pastor und spätern Superintendents Corvinus zu Königsutter in Vertretung seiner beiden Kinder ist den Acten nach nicht erfolgt.

Der gesammte seinem Betrage nach nicht näher angegebene Nachlass des Pastors Hunderker verblieb im Besitze der Wittve Hunderker und hat dieselbe zuerst in Schöningen und sodann in Braunschweig ihren Wohnsitz genommen.

Die Unterhaltungskosten für William Hunderker in der Anstalt zu Hildesheim, in welcher derselbe seit dem 9. December 1848 detinirt wird, hat dessen Mutter bis jetzt bestritten.

Im Jahre 1855 oder 1856 ist die Ehefrau des Lehrers Willerding Therese geborene Hunderker in Hildesheim ohne Kinder und Testament daselbst verstorben und soll deren Ehemann auf ihren Nachlass oder vielmehr ihren Antheil an dem väterlichen Nachlasse verzichtet haben. Eine authentische Erklärung über diesen Verzicht enthalten die Acten nicht.

Am 22. Juli 1859 ist der Registrator Julius Hunderker in Worbs ohne Kinder, Ehefrau und Testament gleichfalls verstorben und hat dessen Mutter, Wittwe Hunderker als alleinige Intestaterbin nach Preussischem Rechte den Nachlass ihres Sohnes allein an sich genommen. Eine amtliche Bescheinigung über die Berechtigung der Mutter ihrem Sohne gegenüber ergeben die Acten nicht.

Die Wittwe Hunderker ist endlich am 12. December v. J. in Braunschweig mit Hinterlassung eines gerichtlichen Testaments vom 28. December 1859 verstorben. In diesem Testamente hat dieselbe ihren Sohn William Hunderker und ihre beiden Großkinder, die vorhergedachten Corvinusschen Minorennen, zu Erben in ihrem Nachlasse dergestalt eingesetzt, dass letztere das gesammte Vermögen, einschließlich dessen ihres Ehemannes mit der Verpflichtung eigenthümlich erhalten sollen, den geisteschwachen William Hunderker lebenslänglich standesmäßig zu alimentiren.

Nach dem Tode der Wittwe Hunderker hat Herzogl. Stadtgericht Braunschweig den gesammten Nachlass derselben inventarisiert und sodann einstweilen eine cura hereditatis jacentis angeordnet. Der Nachlass des Pastor Hunderker ist in dem Nachlasse der Wittwe Hunderker, ohne davon formell geschieden zu sein, mitbegriffen.

Schon bei Lebzeiten der Wittwe Hunderker haben verschiedene Versuche stattgefunden, den William Hunderker unter Curatel zu bringen, um dadurch eine Vertretung desselben herbeizuführen, welche indess bis jetzt keinen Erfolg gehabt haben.

Das Königl. Preussische Kreisgericht Banzleben, zu dessen Bezirk Hötensleben gehört, hat mittelst Resolution vom 15. December 1862 seine Incompetenz zur Einleitung des Blödsinnigkeits-Verfahrens gegen William Hunderker ausgesprochen und diese Entscheidung dahin motivirt, dass dazu nur der persönliche Richter des William Hunderker im gegenwärtigen Falle das Königl. Hannoversche Amtsgericht Hildesheim competent sei. Das Amtsgericht Hildesheim hat jedoch einen Antrag auf Anordnung einer Curatel für den p. Hunderker in Gemäßheit Verfügung vom 5. Juli 1862, da derselbe als Ausländer zu betrachten sei, zurückgewiesen.

Im Interesse der Corvinusschen Minorennen hat Herzogl. Stadtgericht Braunschweig nunmehr den Antrag gestellt, durch Vermittelung einer Vereinbarung unter den betreffenden Staaten oder auf den Grund des §. 16 des Gesetzes vom 23. Januar 1852, das Wohnortsrecht der Landeseinwohner in polizeilicher Hinsicht betreffend, das Domicil des William Hunderker feststellen zu wollen.

Wir halten jedoch beide Anträge, den letzten überhaupt, den ersten wenigstens für jetzt, nicht begründet und sind außerdem der Ansicht, dass dem Herzogl. Stadtgerichte noch ein anderes Auskunftsmittel zu Gebote steht, welches geeignet sein möchte, die Vertretung des William Hunderker, soweit sie im Interesse der Corvinusschen Minorennen erforderlich wird, jedenfalls für das im hiesigen Lande befindliche Vermögen zu erwirken.

1. Das Gesetz vom 23. Januar 1852 kann im vorliegenden Falle nicht zur Anwendung kommen, da dasselbe auf Landeseinwohner und auf solche Ausländer beschränkt ist, welche in Folge bestehender Staatsverträge aus dem Herzogthume nicht entfernt werden können. William Hunderker ist aber weder Landeseinwohner, noch hält sich derselbe im Herzogthume auf.

Die Ertheilung eines Wohnortsrechts käme daher im vorliegenden Falle der freiwilligen Aufnahme in den hiesigen Unterthanenverband gleich. Dazu würde indeß die Zustimmung des Aufzunehmenden oder seines gesetzlichen Vertreters gehören; ein solcher Vertreter müßte daher schon zuvor von der competenten Behörde bestellt sein.

Abgesehen hiervon ist es wenigstens im hohen Grade fraglich, ob fremde Gerichte einen im hiesigen Lande bestellten persönlichen Curator des William Hundeker jemals anerkennen würden, vielmehr steht zu besorgen, daß die Maßregel so ohne Weiteres ergriffen, keinen practischen Erfolg haben möchte.

2. Auch zu der beantragten Vermittelung einer Vereinbarung unter den betreffenden Staaten über das Domicil des William Hundeker scheint es uns zur Zeit an genügender Veranlassung zu fehlen.

Soweit die Acten ersehen lassen, hat William Hundeker seinen Aufenthalt in der Irren-Anstalt zu Hildesheim auf Veranlassung seines Vaters, in dessen Gewalt er sich damals befand, also in jeder Hinsicht unfreiwillig genommen und es kann daher auch von einem persönlichen Richter des Wohnsitzes in Hildesheim für denselben keine Rede sein. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß Stötenleben, der gesetzliche Wohnsitz des William Hundeker im Jahre 1848 vor seiner Aufnahme in die Anstalt zu Hildesheim, auch jetzt noch als solcher betrachtet werden muß. Diese Ansicht stützen wir darauf, daß die Unterbringung eines Gemüthskranken in einer Heilanstalt kein Willensact des Letztern ist, weshalb nicht zu behaupten steht, William Hundeker habe einen eigenen ordentlichen Wohnsitz begründet oder nach dem Tode des Vaters den väterlichen Wohnsitz verlassen.

conf. Art. 11—13 des Gesetzes, die Publication der mit dem Königreiche Preußen zur Förderung der Rechtspflege abgeschlossenen Uebereinkunft betreffend vom 24. December 1841 Nro. 21.

Allerdings faßt das Königl. Preussische Kreisgericht Wanzleben die Sache anders auf. Bevor jedoch eine diplomatische Vermittelung eintritt, dürfte es doch wohl angemessener sein, daß zunächst der Versuch gemacht würde, die Resolution vom 18. December 1862 durch Beschwerde oder Vorstellung bei der zunächst vorgesetzten Behörde zu beseitigen. Erst wenn dieser einfachere Weg nicht zu dem gewünschten Ziele führte, sollte unserer Meinung nach das unmittelbare Einschreiten der Landesregierung in Anspruch genommen werden.

Dazu kommt, daß, wie wir ad 3 erörtern werden, im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht abzusehen ist, ob das Interesse der Corvinusschen Minorennen es durchaus erfordert, daß ein persönlicher Curator des William Hundeker vorhanden sei und ob nicht vielmehr eine Realcuratel genügen werde.

3. In dem über den Nachlaß der Wittwe Hundeker vom Herzogl. Stadtgerichte aufgenommenen Inventare ist das gesammte Vermögen der beiden Hundekerschen Eheleute enthalten und es ist die einstweilige Verwaltung des gemeinsamen Nachlasses dem bestellten Curator der hereditas jacens übertragen. Es unterliegt keinem Zweifel daß die Corvinusschen Minorennen nach den größterlichen letztwilligen Verfügungen — wenn nämlich, was noch zu constatiren sein wird, der Lehrer Willerding als Intestaterbe seiner Ehefrau sich legitimirt und als solcher zu

Gunsten der Corvinusschen Kinder auf den Nachlass seiner Ehefrau oder doch auf deren Theilnahme an dem väterlichen Nachlasse verzichtet hat und wenn ferner die Nachlassberechtigung der Wittwe Hundeiker in Bezug auf den Nachlass des Registrator Julius Hundeiker in Worbis nachgewiesen ist, — ausschließliche Anrechte auf den Nachlass ihrer Großeltern haben, wobei ihnen nur die Verpflichtung obliegt, die Mittel für die lebenslängliche standesmäßige Alimentation des William Hundeiker verabfolgen zu lassen.

Das Interesse der sämmtlichen Betheiligten erfordert daher nicht, auf Ermittlung und Trennung des Nachlasses des Pastors Hundeiker von dem seiner Ehefrau Bedacht zu nehmen, da beide Nachlassmassen in den Corvinusschen Minorennen wieder zusammenfließen und William Hundeiker nur standesmäßige Alimentation zu beanspruchen hat.

Wäre ein persönlicher Curator des William Hundeiker vorhanden, so würde derselbe nach bekanntem hiesigen Rechte eine dem Curanden angefallene Erbschaft nicht erwerben, sondern sie nur vorläufig in Besitz nehmen und verwalten können, bis sich zeigt, ob der Gemüthsfranke wieder gesund wird und über den Antritt der Erbschaft selbst zu entscheiden vermag oder ob er in seiner Krankheit verstirbt und die Erbschaft den sonst Berechtigten anfällt. Zu Dispositionen über den Nachlass ist auch der persönliche Curator nicht berechtigt, nur darf er daraus die Alimente des Curanden bestreiten.

Puchta, Pand. §. 520.

Da im vorliegenden Falle dem William Hundeiker lediglich standesmäßige Alimente hinterlassen sind, so würde sich die Thätigkeit auch des persönlichen Curators bezüglich der großelterlichen Nachlassmasse darauf beschränken, daß der Betrag der Alimente festgestellt und deren gehörige Entrichtung gesichert würde. Damit wäre die Regulirung der Gesamtmasse nach Maßgabe und auf den Grund der großelterlichen letztwilligen Verfügungen unter den Betheiligten erledigt.

Bei dem Mangel eines persönlichen Curators stellt sich der Gemüthsfranke und daher Handlungsunfähige und zu eigener Vertretung ungeeignete William Hundeiker im Rechtsinne als ein Abwesender dar,

L. 246. pr. Dig. de V. S. 50. 16.

L. 124. §. 1. Dig. de R. J. 50. 17

und die hiesigen Gerichte sind daher berechtigt und verpflichtet, für die hieselbst pendenten Rechtsangelegenheiten des Geisteskranken, wie für die eines wirklich Abwesenden Sorge zu tragen. Diese cura bezieht sich jedoch nicht auf die persönlichen Verhältnisse und das sämmtliche Vermögen des William Hundeiker, sondern beschränkt sich auf den in Rede stehenden Nachlass, indem sie einen Vertreter schafft, welcher im Stande ist, sich für den Abwesenden mit den Corvinusschen Minorennen auseinander zu setzen und das dem William Hundeiker Gebührende in Empfang zu nehmen.

Schon nach allgemeinen Grundsätzen würde ein solcher Curator für befugt gelten müssen, mit den Corvinusschen Minorennen über den Betrag und die Sicherstellung der Alimente unter obrigkeitlicher Genehmigung eine Vereinbarung zu treffen. Auch möchte schwerlich ein Hinderniß im Wege stehen, daß die Verwendung der Alimente von Seiten der hiesigen Specialcuratel-

behörde angeordnet und durch den Curator oder unter dessen Zustimmung zur Ausführung gebracht werde.

Indessen liegt noch ein besonderer Grund vor, der jeden Zweifel hierüber beseitigen muss. Es hat nämlich die Wittwe Hunderker im §. 3 ihres Testaments angeordnet:

„dass der Polizeidirector (jetzige Kreisdirector) Cleve, welcher mein nachzulassendes Vermögen zu verwalten hat, von den Aufkünften resp. Zinsen desselben zunächst die Kosten einer standesmäßigen Alimentation meines Sohnes William Zeit seines Lebens bestreite.

Im Fall der Polizeidirector Cleve früher als mein Sohn William versterben sollte, ermächtige und ersuche ich das Herzogl. Stadtgericht Braunschweig einen anderen Geschäftsführer für meinen Sohn William zu ernennen.“

Der Kreisdirector Cleve hat nach Ausweis der Acten unterm 17. Januar d. J. den Auftrag abgelehnt und es wird daher zu einer anderweiten Ernennung Seiten Herzogl. Stadtgerichts kommen.

Auch diese von der Mutter angeordnete Curatel ist keine allgemeine, die gesammte vermögensrechtliche Persönlichkeit des William Hunderker umfassende, sondern fällt mit der vorhin erwähnten speciellen cura absentis zusammen. Nun kann darüber um so weniger ein Bedenken obwalten, dass die Feststellung und Verwendung der Alimente von hier aus auch ohne Zuziehung eines persönlichen Curators rechtsgültig geschehen könne. Wäre ein solcher vorhanden, so würde derselbe allerdings zu hören sein, allein über den hiesigen Vermögensbestandtheil dürfte sich selbst dann, dem mütterlichen Testamente gegenüber, die Anordnung einer Specialcuratel für William Hunderker kaum vermeiden lassen.

Der wesentliche Theil des größterlichen Vermögens befindet sich im Bezirke des Herzogl. Stadtgerichts; es steht daher der Bestellung eines Specialcurators auch in dieser Hinsicht kein Hinderniß entgegen. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Regulirung auf diesem Wege ohne besondere Weiterungen zwischen dem William Hunderkerschen Curator und den Vertretern der Corvinusschen Minorennen bewerkstelligt und so das Interesse aller Betheiligten am besten wahrgenommen werde.

Nur die Einziehung und Löschung der in Hötensleben ausstehenden Hypothekcapitale zu resp. 1000 Thlr. und 100 Thlr. könnte vielleicht einige Schwierigkeit machen, sofern wegen der Denefeschen 1000 Thlr. nach der Resolution der Königl. Preuss. Gerichtscommission Hötensleben vom 25. October 1862 eine Quittung des von dem persönlichen Richter für den blödsinnigen William Hunderker bestellten Curators verlangt wird. Es dürfte indess zweckmäßig erst abgewartet werden, ob nicht die Corvinusschen Minorennen, wenn sie sich als alleinige Erben des Pastors Hunderker und dessen Ehefrau ausgewiesen haben werden und eine consentirende Erklärung des zu deren Abgabe gerichtsseitig zu autorisirenden William Hunderkerschen Specialcurators beigelegt wird, auch von dem Gerichte Hötensleben zur Empfangnahme der Denefeschen 1000 Thlr. als legitimirt angesehen werden sollten.

Wir geben aus diesen Gründen anheim, das Herzogl. Stadtgericht dahin zu beschreiben:

1. dass zuvörderst eine Specialcuratel wegen der dem William Hunderker an dem fraglichen Nachlasse zustehenden Ansprüche anzuordnen,

2. dass, wenn bei der weiteren Regulirung, insbesondere bei der Einziehung der im Preussischen ausstehenden Hypothekcapitale die Ernennung eines persönlichen Curators für William Hundeker erforderlich werde, die zu dem Ende nothwendigen Anträge bei der dem Kreisgerichte Wanzleben vorgesetzten Behörde von den Betheiligten zu stellen seien, wobei jedoch
3. falls dieser Weg nicht zum Ziele führen sollte, auf demnächstige Anzeige die weitere Vermittelung Seitens der Landesregierung vorbehalten bleibe. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Stadtgericht
Braunschweig vom 15. März 1864.

Der Bericht vom 24. Januar d. J., wegen Anordnung einer Curatel für den geisteskranken William Hundeker, zur Zeit in der Irrenheilanstalt zu Hilbesheim, ist Uns zugegangen. Wir haben Uns veranlaßt gefunden, über die vorliegende Frage die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Abschrift des von demselben unterm 7. d. M. erstatteten Berichts dem Herzogl. Stadtgerichte hierbei zugehen, und wie Wir den darin entwickelten Ansichten beipflichten, so weisen Wir Herzogl. Stadtgericht hiermit an, nach den auf dieselben gestützten Anträgen unter Nro. 1 und 2 zu verfahren und wollen eventuell dem weiteren Berichte, nach Maßgabe des Antrags unter Nro. 3 entgegensehen.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 6. September 1865.

In Sachen des Deconomen H. Dohrmann in Glissen, Klägers, wider die Ehefrau des frühern Buchhalters Laue, Louise geborene Reimke, zu Brunkenfen, Beklagten, wegen Forderung, wird auf die vom Kläger wider die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden vom 14. Juli d. J. eingereichte Beschwerde vom 20/22. Juli d. J. nach Einsicht der Acten und in Erwägung, dass

die freiwillige Gerichtsbarkeit, soweit sie nicht den Notaren übertragen ist, zwar in der Regel den Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten zusteht

Gesetz über die Gerichtsverfassung vom 21. August 1849 §. 20

jedoch in einigen mit der streitigen Rechtspflege zusammenhängenden Fällen ausnahmsweise auch von den Collegialgerichten geübt werden kann, und was die auf anhängige Streitsachen bezüglichen Vergleiche betrifft, sogar nach ausdrücklicher Vorschrift der Civilproceßordnung §. 74, 173, 231, 169 geübt werden soll,

in Erwägung, dass

die erwähnte Pflicht der Collegialgerichte durch keine Gesetzesbestimmung auf die Vermittelung und Protocollirung der Vergleichsverhandlungen beschränkt ist, sondern, wie das Herzogl. Kreisgericht durch das Erbieten zur Beglaubigung einer dem Kläger auszuhändigenden Abschrift des Vergleichsprotocollles selbst anerkennt — vergl. Notariatsordnung §. 16 — weiter sich erstreckt, und, da kein Grund vorliegt, bei der Beglaubigung der Protocollabschrift stehen zu bleiben, nach dem Zwecke der ganzen Einrichtung und nach Analogie der Bestimmungen anderer Proceßordnungen — vergl. Hannoversche allgemeine bürgerliche Proceßordnung §. 177; Entwurf einer

allgemeinen deutschen Proceßordnung §. 223, 642 Nro. 7 643 und 645 — alles zu förmlicher Beurkundung Erforderliche insbesondere — zumal beglaubte Abschriften nicht in allen Beziehungen die Wirkung förmlich ausgefertigter Originalurkunden haben, conf. cap. 1. X. de fide instr. 2. 22. Böpfel im Archiv für Civ.-Proc. Bd. 42 Nro. 18 — die förmliche Ausfertigung umfassen muß, wenn die vor Collegialgerichten abgeschlossenen Vergleiche wirklich den Streit beendigen und nicht häufig die Quelle neuer processualischer Weiterungen werden sollen,

zum Bescheide ertheilt, daß die Beschwerde des Klägers begründet und Herzogl. Kreisgericht Holzminden, wie hierneben geschehen, anzuweisen sei, dem Kläger die verlangte Original-Ausfertigung der betreffenden Vergleichsberedungen vom 19. Mai d. J. zu gewähren.

Die Acten sind an Herzogl. Kreisgericht Holzminden zurückgesandt.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 28. September 1865.

Durch die in Folge eines von einem der Herzogl. Amtsgerichte erstatteten Berichts erhobenen Ermittlungen hat sich ergeben, daß von den mit der Verwaltung des Hypothekenwesens betrauten verschiedenen Gerichten des Landes die Nro. 33 der Sportel- und Gebührenzettel in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 4. Juli 1851 in dem Falle auf die verschiedenartige Weise ausgelegt werden,

wenn in einem und demselben Rechtsacte vom Besitzer mehrerer Grundstücke und Grundgerechtsame auf den nämlichen Erwerber übergegangen sind, und daß deshalb bei der Berechnung und Erhebung der Gebühren für die Eintragung des Eigenthumserwerbes an Grundstücken und Grundgerechtsamen in die Hypothekenbücher (Besitztitelberichtigung) ganz ungleiche Grundsätze befolgt werden.

Die Interessen des Publikums und der Staatskasse erfordern es, daß jene Gerichte bei der Berechnung und Erhebung der erwähnten Gebühren in dem gedachten Falle nach gleichen Grundsätzen verfahren, weshalb wir mit Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums über diesen Gegenstand die folgenden Vorschriften und Anweisungen erlassen.

I. Bevor zu der Besitztitelberichtigung geschritten werden kann, muß die Anlegung der Folien in den Hypotheken-Registern bezüglich der betreffenden Grundstücke erledigt sein, da das Folium in dem Hypothekenbuche die objective Grundlage für die Eintragungen des Eigenthumserwerbes bildet.

II. Für die Anlegung der Hypothekenbücher und die Folien für die einzelnen Grundstücke sind die im Interesse der öffentlichen Ordnung getroffenen Bestimmungen der §§. 8—14 des Circularrescripts vom 3. März 1842, die Einrichtung und Führung der Hypothekenacten und Hypothekenbücher betreffend, maßgebend und entscheidend.

Nur insoweit die auf jenen Normen beruhende allgemeine Einrichtung des betreffenden Hypothekenbuches überhaupt eine Wahl gestattet, ob mehrere Grundstücke auf dasselbe Folium, oder auf verschiedene Folien eingetragen werden sollen, kommt der Entschluß der Interessenten und die verständige Erwägung der Behörde in Betracht.

III. Werden mehrere Grundstücke gleichzeitig durch denselben Rechtsact erworben, so kommt es darauf an, ob sie auf ein und dasselbe, oder auf mehrere Folien eingetragen sind, oder eingetragen werden sollen. In dem ersten Falle wird nur eine Eintragung (Besitztitelberichtigung) nach Maßgabe des Gesamtwertthes vergütet, im anderen Falle kommen so viele Eintragungen zur Berechnung, als Folien dafür in Anspruch genommen sind und der Betrag der Sporteln richtet sich bei jeder Eintragung nach dem Werthbetrage der auf dem betreffenden Folium verzeichneten Grundstücke, deren Uebertragung in Frage steht. Zur Veranschaulichung des vorstehenden Principis mögen einige der erheblichsten Fälle dienen, die hierunter angeführt sind.

A. Die sämtlichen Grundstücke sind bereits auf den Namen des Veräußerers eingetragen

a. sie stehen auf demselben Folium. Alsdann findet nur eine Eintragung (Besitztitelberichtigung) statt und bei der Berechnung der Gebühr wird der Gesamtwertth zum Grunde gelegt.

b. Die veräußerten Grundstücke stehen auf verschiedenen Folien. Muss nach den gesetzlichen Vorschriften, oder nach der feststehenden Einrichtung der Hypothekenbücher diese Mehrheit der Folien beibehalten werden, so sind auch mehrere Eintragungen (Besitztitelberichtigungen) erforderlich und zu vergüten.

Dasselbe gilt, wenn die Eintragung der Grundstücke auf ein Folium an sich zulässig wäre, jedoch die Beibehaltung mehrerer Folien im concreten Falle in Gemäßheit des angezogenen Circularrescriptis vorgezogen wird.

Erfolgt dagegen die Eintragung der mehreren Grundstücke auf dasselbe Folium so ist die Gebühr nur für eine Eintragung (Besitztitelberichtigung) zu berechnen.

Es wird für diesen letztern Fall bemerkt, dass dabei ein verschiedenes Verfahren möglich ist. Es können zunächst die Grundstücke dem Antrage des Veräußerers gemäß, auf dasselbe Folium eingetragen und sodann als ein einheitliches Ganzes auf den Namen des Erwerbers umgeschrieben werden. Da der erstere Act lediglich die Bildung eines neuen Foliums betrifft, so liegt unverkennbar bei diesem Vorgange nur eine Besitztitelberichtigung vor.

Werden umgekehrt zunächst die verschiedenen Grundstücke auf den Namen des neuen Erwerbers umgeschrieben, und sodann gleichzeitig auf den Antrag des Letztern auf ein Folium eingetragen, so sind zwar streng genommen zwei Besitztitelberichtigungen vorhanden, denen die sportelfreie Bildung eines neuen Foliums folgt. Indess kommt dagegen in Betracht, dass der gesammte Act sich als ein einheitlicher darstellt und dass daher die Reihenfolge, in welcher das Gericht die Bildung der Folien und der Besitztitelberichtigungen vor sich gehen lässt, auf die von den Parteien zu entrichtenden Kosten keinen Einfluss ausüben darf. Wird also statt des ersteren an sich correcteren Weges der zweite betreten, so ist doch immer nur die Gebühr für eine Eintragung der veräußerten Grundstücke zu entrichten.

c. Stehen die mehren Grundstücke des nämlichen Besitzers auf einem und demselben Folium und es wird nur ein Theil davon veräußert, so ist hierfür die Bildung neuer Folien erforderlich. Je nachdem der veräußerte Theil auf ein und dasselbe Folium oder auf mehrere Folien eingetragen wird, muss die Gebühr der Besitztitelberichtigung einmal oder mehrfach nach Maßgabe des Werthes der auf dasselbe Folium eingetragenen Grundstücke zur Erhebung kommen.

B. Die Grundstücke sind noch nicht eingetragen.

Vorausgesetzt, dass der Erwerb auf demselben Rechtsgrunde beruhet und dass die Berechtigung des Besitztitels gleichzeitig vorgenommen wird, entscheidet hier der Umstand, ob die verschiedenen Grundstücke auf ein Folium oder auf mehrere Folien eingetragen werden.

Die Gerichte des Landes, welchen die Verwaltung des Hypothekenwesens übertragen ist, haben die vorstehenden Vorschriften und Anweisungen in vorkommenden Fällen der in Rede stehenden Art zu beachten und zu befolgen, indem alsdann die mit Nachtheilen verbundenen Ungleichheiten bei der Berechnung und Erhebung der fraglichen Gebühren für die Zukunft werden vermieden werden.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Amtsgericht Lhedinghausen,
vom 14. Mai 1866.

Dem Herzoglichen Amtsgerichte erwidern wir auf den Bericht vom 27. April d. J.
3. Mai

Folgendes:

1. Wenn ein Contract unter einer Bedingung abgeschlossen wird, so ist für die Aufnahme der gewöhnliche Sportellsatz zu entrichten, da das Gesetz nur verlangt, dass ein Vertrag oder sonstiger Rechtsact protocollirt wird, ohne zwischen bedingten oder unbedingten Geschäften zu unterscheiden.

Gesetz vom 4. Juli 1851 No. 28.

In Bezug auf die Stempelsteuer hingegen schreibt die Verordnung vom 29. October 1821 §. 5 vor, dass dieser Steuer alle schriftlichen Verträge unterliegen sollen, durch welche einer der Contrahenten ein vollständiges Klagrecht erhält. Für bedingte Rechtsgeschäfte ist demnach die Steuer erst mit dem Eintritt der Bedingung zu erheben.

Es erklärt sich dies zur Genüge daraus, dass die Stempelabgabe nicht wie die Sportelgebühr eine Vergütung für die Protocollirung sondern eine Steuer enthält, welche auf die durch den schriftlichen Vertrag herbeigeführte Veränderung in den Rechtsverhältnissen gelegt ist. Diese Steuer wird daher auch in Fällen entrichtet, wo von einer schriftlichen Willenserklärung überall nicht die Rede ist, z. B. bei Allodialerbschaften als Erbschaftsteuer §. 7. 1. c.

Wenn es in dem Rescripte Herzogl. Obergerichts vom 13. April 1861 Zeitschrift Bd. 10 pag. 30 heißt, dass die Stempelabgabe für die Aufnahme des Rechtsactes zu entrichten sei, so ist dieser Ausdruck, der auch im §. 22 der Notariatsordnung von 1850 vorkommt, allerdings nicht völlig correct. In dem betreffenden Falle kam es nur auf die Frage an, ob die Parteien sich dadurch, dass sie auf die Ausfertigung des protocollirten Vertrages verzichteten, der Entrichtung der Stempelsteuer entziehen könnten. Mit Recht ist diese Frage verneint, allein der zutreffende Entscheidungsgrund besteht nicht sowohl darin, dass die Stempelsteuer eine Vergütung für die Contractsaufnahmen sei, als vielmehr in dem Umstande, dass der protocollirte Vertrag auch ohne die nachträgliche Ausfertigung das Klagrecht vollständig begründet, mithin sofort der Stempelpflicht unterliegt.

2. Wir stimmen dem Herzogl. Amtsgerichte darin vollkommen bei, dass der Fall, in welchem es sich um Dispensation von einem gesetzlichen Verbote, z. B. Veräußerung eines Pertinenzstücks bei Bauergütern, handelt, von dem Falle eines gewöhnlichen bedingten Rechtsgeschäfts verschieden ist.

Im Allgemeinen lassen sich dabei zwei verschiedene Gesichtspunkte denken. Entweder betrachtet man die Willenserklärung schon vor der erlangten Dispensation jedoch unter der Voraussetzung, dass dieselbe demnächst erteilt wird, als bindend für die Parteien oder man nimmt an, dass die rechtliche Befähigung und Befugniß zu dem Contractsabschlusse erst mit Ertheilung der Dispensation eintrete, also eine gültige Willenserklärung auch nicht vor diesem Zeitpunkte statthaft sei. Bei der ersten Auffassung erscheint die Protocollirung als bedingter Contractsabschluss, bei der zweiten als ein vorläufiger Entwurf zu einem künftigen Contractsabschlusse.

Da die Landesherrliche Verordnung vom 27. März 1705 vorschreibt, dass Pertinenzen nicht ohne landesfürstlichen oder fürstlicher Cammer vorher erhaltenen expresse specielle schriftlichen Consens und Bewilligung es sei pfand-, kauf- oder auf andere Weise veralienirt werden sollen, so hat das Circularrescript vom 7. Juli 1852 Nro. 35 den letztern Standpunkt als den richtigen bezeichnet. Nicht ganz genau ist dabei der in jenem Rescript vorkommende Ausdruck, dass die vorläufige Abfassung zu den Attributen der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehöre. Denn so richtig es ist, dass die Verwaltungsbehörden sich nicht mit der Abfassung von Rechtsgeschäften zu befassen haben, so möchte sich doch bezweifeln lassen, ob die Anfertigung vorläufiger Contractsentwürfe streng genommen als ein Act der freiwilligen Gerichtsbarkeit und nicht vielmehr als eine außergerichtliche Bemühung anzusehen sei, welche daher in der Tage vom 4/18. Juli 1851 Nro. 28 auch nur unter den Vorarbeiten der zugleich als Rechtsconsulenten fungirenden Notare erwähnt wird.

Die erwähnte Unterscheidung ist nicht nur für die Erhebung der Spindel von Bedeutung, sondern wird auch in anderer Beziehung wichtig. Da nämlich das Gesetz vom 19. März 1850 Nro. 22 Verträge über dingliche Rechte an Grundstücken oder Grundgerechtsamen für nichtig erklärt, wenn sie nicht vor Gericht oder vor Notar und Zeugen aufgenommen und geschlossen sind, so entsteht die Frage, ob der vorläufige Contractsentwurf ohne Weiteres in einen gültigen Contract sich verwandeln, sobald die Dispensation erfolgt ist, oder ob nicht vielmehr erfordert werde, dass die Contrahenten jenen Entwurf nunmehr vor Gericht oder vor Notar und Zeugen genehmigen, um einen der gesetzlichen Bestimmung entsprechenden Contractsabschluss zu bewirken. Jedenfalls stellt sich diese Procedur als der correctere Weg dar, welcher, um alle Zweifel zu beseitigen, stets innegehalten werden sollte. 2c.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 12. Juli 1867.

Dem Hoftheatersänger Carl Friedrich Christian Ruhlgab zu Braunschweig, Querulanten, wird auf die wider den kreisgerichtlichen Bescheid vom 19. September 1866 verfolgte Beschwerde vom 15/18. October v. J., die vom Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig verweigerte Verlassung eines Hauses betreffend, der nachstehende Bescheid erteilt:

I. Der Querulant macht zunächst geltend, dass die Miterben der Stünkelschen Kinder befugt seien, gegen die letztern auf Theilung zu klagen, dass in einem gerichtlichen Theilungsverfahren der Vater, Kürschnermeister Stünkel zu Giffhorn, seine unmündigen Kinder nach

L. 8. § 3. Cod. de bonis quae liberis. 6. 61

gesetzlich zu vertreten habe, und daher auch als ermächtigt gelten müsse, eine solche Theilung in der ihm räthlich scheinenden Weise mittelst freier Uebereinkunft zu bewirken. Allein diese Argumentation erscheint nicht zutreffend.

Ohne Zweifel können die Mitinteressenten gegen die minderjährigen Kinder auf Theilung provociren; auch würde das vom Theilungsrichter ergangene Erkenntniss für die von ihrem Vater vertretenen minderjährigen Stünkelschen Kinder bindend und die darin etwa ausgesprochene Adjudication für die gerichtliche Verlassung genügend sein. Indess beruht dies darauf, dass in solchem Falle die Verlassung auf Grund jenes Erkenntnisses (ex decreto) erfolgen kann, wobei eine Mitwirkung der Minderjährigen und ihres Vertreters — sei dies der Vater oder der Vormund — völlig zu entbehren ist. Auch erscheint dies unbedenklich, indem die Theilungsklagen bezüglich der Immobilien bei dem Gerichte der belegenen Sache anzubringen sind,

Civil-Proc.-Ord. §. 30

und deshalb zu erwarten steht, dass die hiesigen Gesetze von dem Theilungsrichter gehörig beachtet werden.

Die in Beziehung auf den Gerichtsstand nach Art. 27 der Preussischen Convention vom 9. December 1841 mögliche Ausnahme kann hier übergangen werden, da im vorliegenden Falle der Erblasser auch seinen persönlichen Gerichtsstand in der Stadt Braunschweig gehabt hat, die Theilungsklage also immer nur bei dem hiesigen Gerichte einzuleiten stände. Soll hingegen eine Theilung im außergerichtlichen Wege oder überhaupt durch Uebereinkunft bewirkt werden, so liegt ein Act freier Willkür vor, der eben deshalb den für Veräußerungen gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen und Beschränkungen unterworfen ist. Will also der Vormund oder Vater der Minderjährigen auf den Grund solcher Theilungsverträge ein Grundstück oder eine Quote desselben einem Anderen gerichtlich auflassen, so genügt nicht, dass er bei einem Theilungsverfahren zu der processualischen Vertretung befugt gewesen wäre, sondern es kommt auf die specielle gesetzliche Ermächtigung an, diesen auf Uebereinkunft beruhenden Veräußerungsact rechtsgültig vornehmen zu dürfen.

conf. Ablösungs-Ordnung von 1834 §. 19—22.

Gemeinheitstheilungs-Ord. §§. 39—42.

Nun ist zwar der Vater gesetzlich befugt, Schulden halber die Sachen der Hauskinder zu veräußern, allein dieser Fall ist von der Theilung gemeinsamer Güter durchaus verschieden

conf. L. 1. §. 2. Dig. de reb. eor. 2c. 27. 9.

L. 5. §. 9. — vergl. mit L. 5. §. 16. L. 6. L. 7. pr. 1. c.

und kann daher hier keinen Anhaltspunkt bieten.

Es bleibt also immer in Frage, in welcher Weise vom Vater eine solche Veräußerung, zu welcher derselbe nicht schon durch das Gesetz ohne Weiteres ermächtigt ist, rechtsgültig und bindend für die Kinder vorgenommen werden könne.

II. Vor allen Dingen gehört dazu die Zustimmung der Kinder. Sind die letztern volljährig, so vermögen sie selbst ihre Zustimmung mit rechtlicher Wirksamkeit zu erteilen, wogegen im Falle der Minderjährigkeit dies nur durch einen den Kindern zu bestellenden Curator geschehen kann, der in dieser Eigenschaft an die für Curatoren gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung der Obervormundschaft gebunden ist. Insofern nicht wegen collidirender Interessen oder aus sonstigen Gründen Bedenken entgegen stehen, kann auch dem Vater selbst die Ausübung dieser Function gestattet werden, der aber alsdann nicht ein ihm schon gesetzlich kraft väterlicher Gewalt zustehendes Recht ausübt, sondern in Bezug auf die Veräußerung und die dazu erforderliche obervormundschaftliche Mitwirkung einem speciellem ernannten Curator völlig gleichgestellt werden muß.

conf. Zeitschrift Bd. 7 pag. 103. Bd. 13 pag. 21.

Sodann kommt die Form in Betracht, daß überall, wo es sich um Verträge über Rechte an Immobilien handelt ein gerichtlicher oder notarieller Contractsabschluss erfolgen muß, ist selbstverständlich.

Gesetz vom 19. März 1850 §. 1 Nro. 22.

Außerdem fragt es sich, ob für Minderjährige auch hier die Veräußerung, abgesehen von Landesherrlicher Dispensation, im Wege der Subhastation geschehen müsse. Der Querulant bestreitet dies, weil

- a. die fragliche Form bei Theilungen, insbesondere bei Erbtheilungen nicht einmal den Vormündern, noch weniger aber den Vätern vorgeschrieben sei,
- b. weil es sich hier nicht um einheimische, sondern um auswärtige Minderjährige handele.

Indeß

ad a. ist es zunächst unrichtig, daß bei Veräußerungen behuf der Theilung — also abgesehen von bauerrechtlichen Abfindungen — die Vormünder nicht an die Form der Subhastation gebunden seien. Das Gegentheil ergeben:

die Rescripte vom 8. März, 18. August, 13. September 1816.

Bege I. pag. 160 seq.

Circularrescript vom 13. Mai 1831. B. G. Nro. 10.

Gesetz vom 15. October 1832 §. 12. B. G. Nro. 29

und es besteht nur der Unterschied, daß, wenn die Veräußerung vermöge vollkommenen Rechts eines Dritten erfolgt, den Vormündern die auch hierbei stets erforderliche obervormundschaftliche Ermächtigung entweder ohne oder nur mit kreisgerichtlicher Genehmigung erteilt wird, je nachdem der Verkauf im Wege der Subhastation geschieht oder von dieser Form Dispensation beantragt wird.

Die Bedenken, welche nach Ansicht des Querulanten einer solchen Vorschrift wegen zu großer Beengung der Theilungs-Interessenten entgegen stehen, mögen an sich nicht unbegründet sein, erledigen sich aber durch die Möglichkeit der Dispensation.

Allerdings spricht die Verordnung vom 5. November 1763, welche die Subhastation gebietet, nur von den Immobilien der Pflegebefohlenen und legt die Pflicht der gerichtlichen Auktion nur den Vormündern und Curatoren auf. Auch ist dem Querulanten darin beizustimmen, daß es der Verordnung vom 6. Mai 1828 Nro. 13 widersprechen würde, diese Bestimmungen ohne Weiteres auf die Dispositionen des Vaters auszudehnen.

Allein ein Unterschied zwischen vormundtschaftlichen und väterlichen Veräußerungen ist nur anzuerkennen, soweit der Vater als solcher gesetzlich zu dem Acte befugt erscheint. Handelt es sich dagegen, wie hier, um einen Fall, in welchem die Veräußerung nur durch die Zustimmung des Kindes Gültigkeit erlangen kann, so ist bei Minderjährigkeit des Kindes der Curator, welcher für dasselbe die Zustimmung erteilt, auch wie jeder Vormund und sonstige Curator an die gedachte Vorschrift gebunden. Dasselbe muss dann auch von dem Vater gelten, weil dieser in Fällen in denen er nur kraft besonderer obervormundschaftlicher Ermächtigung gültig veräußern kann lediglich als Curator des Minderjährigen zu behandeln ist.

conf. aus den obigen Allegaten Rescript vom 5. März 1839.

Wege, Bd. 4. pag. 138.

ad b. Die Frage ob derartige besondere Bestimmungen, welche am Orte der belegenen Sache bezüglich der den Minderjährigen zugehörigen Grundstücke erlassen sind, auch auf auswärtige Personen bezogen werden dürfen, ist sehr bestritten.

conf. v. Savigny, System Bd. 8. pag. 344 seq.

Wenn gleich die hiesige Gesetzgebung wenigstens für Vormundschaften den Realstatuten den Vorzug zu geben scheint

Preussische Convention von 1841 Art. 16. B. C. Nro. 21

conf. jedoch v. Savigny, Bd. 8. pag. 364 seq.

Rescript vom 5. Januar 1762.

Fredersdorf, Bd. 2. pag. 416. cd. Steinacker

so wird sich doch nicht füglich bestreiten lassen, dass die Rechte, welche die väterliche Gewalt gewährt, im Ganzen nach dem am Wohnsitze des Vaters geltenden Gesetzen zu beurtheilen sind.

v. Savigny, l. c. Bd. 8. pag. 338.

Stünde also fest, dass der p. Stünkel kraft väterlicher Gewalt zu einer solchen Veräußerung, wie die jetzt in Rede stehende, ohne Weiteres ermächtigt sei, so ließe sich dem Querulanten beistimmen. Indess diese Voraussetzung trifft nicht zu, da der Querulant nur behauptet, dass zu Giffhorn, dem Wohnsitze des p. Stünkel das römische Recht gelte, dieses Recht aber dem Vater als solchem nach obiger Erörterung im vorliegenden Falle eine Veräußerungsbefugniß nicht einräumt.

Hiernach stellt sich die Sachlage folgender Gestalt heraus: Das Herzogl. Stadtgericht hat als Hypothekenbehörde nach gesetzlicher Anordnung darauf zu halten, dass bei den gerichtlichen Verlassungen die Dispositionsbefugniß der Contrahenten an sich und bezüglich des in Rede stehenden Rechts zweifellos sei, und das Gericht ist verpflichtet, die Interessenten abzuweisen, bis alle Bedenklichkeiten in der fraglichen Beziehung aus dem Wege geräumt sind.

Gesetz vom 19. März 1850 §. 5. Nro. 22 der B. C.

Untergerichts-Ordn. cap. 14. §. 2.

Gerade wenn man dem p. Stünkel gestattet, sich auf das Gesetz seines Wohnsitzes zu berufen, muss daher auch die Hypothekenbehörde von ihm einen amtlichen oder sonstigen glaubhaften Nachweis darüber verlangen, dass er nach diesem Gesetze kraft väterlicher Gewalt zur Vornahme des in Rede stehenden Actes ermächtigt sei. Ist der p. Stünkel hierzu nicht im Stande, weigert sich außerdem die Heimathbehörde, den Stünkelschen Kindern einen Curator zu bestellen und in

der bei uns üblichen Weise, gegenüber den Mängeln des römischen Rechts, die erforderliche Abhilfe zu schaffen, so kann man dies im Interesse der Kinder und der übrigen Betheiligten nur bedauern. Indess möchte alsdann weiter nichts übrig bleiben, als entweder durch Betretung des processualischen Weges eine Verlassung ex decreto herbeizuführen oder den Versuch zu machen, ob nicht am Orte der belegenen Sache die Anordnung einer Special-Curatel erlangt und dadurch die Erledigung der Sache nach Maßgabe der hiesigen Gesetze bewirkt werden könne.

Wenn schließlich der Querulant hervorhebt, dass es nach den vorliegenden Umständen sachlich durchaus ohne Bedenken sei, die Verlassung zu gestatten, so soll dies nicht in Zweifel gezogen werden. Ein erhebliches Gewicht ist jedoch hierauf nicht zu legen, da solche Erwägungen die Hypothekenbehörde nicht berechtigen, von den Grundsätzen abzuweichen, welche, um den Realcredit nicht ernsthaft zu gefährden, unter allen Umständen gewahrt bleiben müssen.

Aus diesen Gründen ergeht die Entscheidung dahin:

dass die erhobene Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen sei.

Die vom Herzogl. Kreisgerichte eingesandten Acten sollen demselben sammt einer beglaubten Abschrift dieses Bescheides wieder zugestellt werden.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 29. Juni 1868.

In der Sache, die vom Testamente der Frau von Strombeck vom 28. Februar 1862 zu erlegende Begebesserungsabgabe betreffend, wird dem Consistorialrath von Strombeck, hieselbst, als Vertreter seiner Kinder auf die gegen die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts allhier vom 30. April 1868 anher verfolgte Beschwerde vom 9/22. Juni 1868 zum Bescheide ertheilt:

Die nach den Verordnungen vom 20. Februar 1756 und 11. April 1758 von Testamenten, Contracten 2c. an die Armen- und Begebesserungskasse zu entrichtende Abgabe gehört zu den mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Verbindung stehenden Kosten (Gesetz vom 4. Juli 1851 Nro. 28 §. 3) und fällt insofern allerdings unter die Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 §. 20, wonach über Beschwerden in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit das zunächst unmittelbar vorgesetzte Gericht und zuletzt das Herzogl. Obergericht zu entscheiden hat. Allein Entscheidungen der Art können doch nur Streitigkeiten über die Ermittlung des Abgabebetrages (res aestimanda) erledigen, während Rechtsfragen, welche auf die Festsetzung des Betrages Einfluss äußern, z. B. ob Legate an bestimmte milde Stiftungen auf die den Armen- und Begebesserungskassen zukommenden Beträge in Anrechnung gebracht werden dürfen (res judicanda) nicht ohne vorgängiges contradictorisches Verfahren unter den Interessenten auszutragen sind. Circularrescript Herzogl. Staatsministeriums vom 27. Mai 1846. Ges.-S. 1846 Nro. 20.

Der vorliegende Streitpunkt drehet sich um die Rechtsfrage, ob und inwiefern Vermächtnisse an die hiesige Kleinkinderschule und Ortsarmenanstalt zu Gunsten der übergangenen städtischen Begebesserungskasse Abzüge zu erleiden haben, erfordert also contradictorisches Verfahren und ist nicht im Wege der verfolgten Beschwerde oder Extrajudicialappellation, sondern im Wege des gewöhnlichen Civilprocesses zur Erledigung zu bringen.

Die Zahlung der eingeforderten Begebesserungsabgabe ist jedoch nicht bis dahin auszuweisen. Denn wenn gleich die Abgabe an sich nicht als eine eigentliche Steuer, sondern als ein auf die Bestimmung des Gesetzes sich gründender privatrechtlicher Anspruch der betreffenden Casse an den Nachlass der Verstorbenen anzusehen ist, so hat dieselbe doch durch das Gesetz vom 4. Juli 1851 Nro. 28 §. 3 insofern die Eigenschaft einer öffentlichen Leistung erhalten, als sie gleich den eigentlichen Sporteln und Gebühren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ohne Weiteres von dem betreffenden Gerichte und zwar bei letztwilligen Verfügungen nach Publication derselben von demjenigen Gerichte, bei welchem die Niederlegung stattfand, einzuziehen ist. Die Erben der Frau von Strombeck haben daher zuvörderst die vom Herzogl. Stadtgerichte hieselbst nach den prima facie als maßgebend erscheinenden Umständen festgesetzte Begebesserungscassenabgabe einzuzahlen und sodann, falls sie glauben, eine Nichtschuld gezahlt zu haben oder wegen des schuldigermaßen Gezahlten anderweit Ersatz fordern zu können, ihre Ansprüche im Wege des gewöhnlichen Processes gegen den betreffenden Widersacher bei dem zuständigen Gerichte zu verfolgen.

Aus diesen Gründen wird unter Abänderung der angefochtenen Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts Wolfenbüttel die endliche Erledigung der streitigen Frage, ob und in wie weit die Erben der Frau von Strombeck befugt seien, die im Testamente vom 28. Februar 1862 der hiesigen Kleinkinderschule und Armenanstalt hinterlassenen Vermächtnisse auf die schuldige Begebesserungsabgabe anzurechnen, zum gewöhnlichen Prozesse verwiesen, im Uebrigen aber die in den Bescheiden des Herzogl. Stadtgerichts Wolfenbüttel vom 19. November und 16. December 1867 und vom 4. Februar 1868 den Erben der Frau von Strombeck ertheilte Auflage bestätigt, daß die vom Herzogl. Stadtgerichte zu 122 Thlr. 15 Gr. festgesetzte Begebesserungsabgabe binnen 4 Wochen bei Meldung der Hülfe an den Rechnungsführer der städtischen Begebesserungscasse allhier einzuzahlen sei.

Die Acten mit einer beglaubten Abschrift dieses Bescheides sind zurückgegeben.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 3. Mai 1869.

In Sachen des Commerzienrathes F. von Voigtländer zu Braunschweig und des Partikulars Louis Berenhart zu Leipzig, Kläger, wider den Obergerichtsadvocaten Pape zu Braunschweig, Beklagten, wegen Erfüllung resp. Lösung eines Societätsvertrages wird auf den von den Klägern gegen die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 11. Februar 1869 anher verfolgten Recurs zum Bescheide gegeben:

Das Herzogl. Kreisgericht Braunschweig hat zunächst am 22. Januar 1868 entschieden, daß die unter den Parteien geschlossene Gesellschaft aufgelöst werde und behuf Theilung des Gesellschaftsvermögens unter die Gesellschafter die Gesellschaft durch einen von den Parteien binnen 8 Tagen zu vereinbarenden, bei nicht zu erreichender Vereinbarung aber gerichtsseitig zu ernennenden Liquidator zu liquidiren, dieser übrigens die Gesellschaftsgrundstücke nebst den vorhandenen Werthobjecten durch öffentliche Versteigerung zu veräußern gehalten sei; darauf am 15. Februar 1868 wegen nicht erreichter Vereinbarung in der Person des Obergerichtsadvocaten Häusler einen Liquidator ernannt, welcher am 12. März 1868 vereidet und angewiesen ist, bei seiner Ver-

waltung das Erkenntniß vom 22. Januar 1868 und die Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches im Art. 137 folg. sich zur Richtschnur dienen zu lassen.

Der Liquidator des allgem. deut. Handels.-Ges.-Bs. darf sonder Zweifel auch die ohne Zustimmung der sämmtlichen Gesellschafter nicht anders als durch öffentliche Versteigerung zu bewirkende Versteigerung unbeweglicher Sachen ohne die Voraussetzungen und Formen des gerichtlichen Zwangsverkaufs als einen freiwilligen Verkauf an den Meistbietenden mit Hülfe der freiwilligen Gerichtsbarkeit ins Werk richten, und dieselbe Befugniß ist dem zur Ausgleichung widerstreitender Parteiinteressen von Gerichtswegen ernannten Sequester oder Liquidator einzuräumen, welchen in ähnlichen, den Bestimmungen des allgem. deut. Handels.-Ges.-Bs. nicht unterstehenden Verhältnissen fremdes Grundvermögen zu verwalten und durch öffentliche Versteigerung in Geld umzusetzen hat.

Denn nicht auf jeden mittelbar oder unmittelbar in Ausführung richterlicher Entscheidung erfolgenden Verkauf, sondern nur auf denjenigen Verkauf, welcher in Ausführung richterlicher Entscheidung von dem zur Vollstreckung berufenen Gerichte unmittelbar als Vollstreckungsmittel verfügt worden ist, finden die über das Executionsverfahren bestehenden Vorschriften Anwendung. (Civ.-Proc.-Ord. §§. 371, 392, 393). Im vorliegenden Falle war aber nur im Allgemeinen erkannt, daß der Verkauf der Gemeinschaftsgrundstücke durch den Liquidator mittelst öffentlicher Versteigerung geschehen solle; die Vollstreckung war beim Herzogl. Kreisgerichte noch nicht einmal beantragt, geschweige gar bereits vom Herzogl. Kreisgerichte durch Anordnung gerichtlichen Zwangsverkaufs verfügt worden. (Civ.-Proc.-Ord. §. 362). Der bestellte Liquidator war also nicht bloß unbehindert, sondern, sofern es zum Besten der vertretenen Gemeinschaft gereichte sogar verpflichtet, die Gemeinschaftsgrundstücke ohne Beachtung der Executionsordnung auf dem Wege freiwilligen Verkaufs zur öffentlichen Versteigerung zu bringen; und das an sich zur Ausübung freiwilliger Gerichtsbarkeit berufene Herzogl. Stadtgericht Braunschweig hatte keine Veranlassung, in dem Erkenntniße des Herzogl. Kreisgerichts vom 22. Januar 1868 und der Instruction des Liquidators vom 12. März 1868 ausreichende Gründe für die Verweigerung seiner zum Zwecke freiwilliger Veräußerung erbetenen Mitwirkung zu finden, handelte vielmehr den Gesetzen und der Sachlage vollkommen gemäß, als es durch Verfügung vom 28. Januar 1869 dem Antrage des Liquidators entsprechend zur öffentlichen Versteigerung der Grundstücke Termine auf den 22. Februar und 1. März 1869 ansetzte und durch Verfügung vom 30. Januar 1869 die dagegen vom Beklagten wegen Nichtbeachtung des §. 393 der Civ.-Proc.-Ord. erhobene Vorstellung verwarf, weil der vom Liquidator beantragte Verkauf der Grundstücke nicht als ein nothwendiger, sondern als ein freiwilliger erscheine. Sind aber hiernach beide Erlasse des Herzogl. Stadtgerichts nichts als Ausflüsse der freiwilligen Jurisdiction, die nur einer Beschwerde an das zunächst unmittelbar vorgesetzte Gericht, welche indeß bis zum Obergericht verfolgt werden kann, unterliegen (Gesetz die Gerichtsverfassung betreffend vom 21. August 1849 §. 20) so muß auch der vom Herzogl. Kreisgerichte auf die Beschwerde des Beklagten ertheilte Bescheid vom 11. Februar 1869, obgleich er mit Aufhebung der stadgerichtlichen Erlasse den beabsichtigten Verkauf der Gemeinschaftsgrundstücke, weil in Ausführung gerichtlicher Entscheidung erfolgend, den bestehenden Vorschriften über das Vollstreckungsverfahren unterwirft und das Herzogl. Stadtgericht anweist, den Ver-

Kaufstermin auf drei Monate hinauszurücken, eine Sache der freiwilligen Gerichtsbarkeit betreffen und auf einfache Beschwerde vom Herzogl. Obergerichte abgeändert werden können.

Diese Abänderung wird nun aus den oben entwickelten Gründen durch die Entscheidung getroffen:

dass der auf Antrag des Liquidators durch öffentliche Versteigerung zu bewirkende Verkauf der Gemeinschaftsgrundstücke den Bestimmungen über das Executionsverfahren nicht unterworfen, sondern von dem dazu aufgeförderten Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig lediglich nach den die Ausübung freiwilliger Gerichtsbarkeit betreffenden Vorschriften vorzunehmen sei.

Die Acten mit einer beglaubten Abschrift dieses Bescheides sind zurückgesandt worden.

Gemeinde-Angelegenheiten.

Gesetz, die Organisation der Gemeinde-Verwaltung in Heinrichshagen betreffend.
23|30. März 1860 Nro. 7 Seite 13.

- §. 1. Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderathes.
- §. 2. Ausscheiden und Neuwahl der Mitglieder.
- §. 3. Art der Berufung des Gemeinderathes.
- §. 4. Beschlussfassung des Gemeinderathes.
- §. 5. Wahl des Gemeindevorstehers.
- §. 6. In Krafttreten des Gesetzes.

**Gesetz, die Organisation der Gemeinde-Verwaltung in Steterburg mit Norten-
hof und in der Clausthor-Gemeinde vor Goslar betreffend.**
23|30. März 1860 Nro. 8 Seite 15.

A. Die Gemeinde Steterburg mit Norten- hof betreffend.

- §. 1. Die Gemeinde Steterburg mit Norten-
hof bilden einen Verwaltungsbezirk.
- §. 2. Mitgliederzahl des Gemeinderathes.
- §. 3. Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderathes.
- §. 4. Ausscheiden und Neuwahl der Mitglieder.
- §. 5. Art der Berufung des Gemeinderathes.
- §. 6. Beschlussfassung des Gemeinderathes.
- §. 7. Ernennung des Gemeindevorstehers.
- §. 8. Uebernahme der Communallasten auf die Klosterkasse.
- §. 9. Gemeindevorsteher-Gehülfe in Norten-
hof.

B. Die Clausthor-Gemeinde vor Goslar betreffend.

- §. 10. Bestimmung des Gemeindeorgans.
- §. 11. Wahl der Mitglieder des Gemeindeorgans.
- §. 12. Reclamationen gegen die Liste der Wahlberechtigten.
- §. 13. In Krafttreten des Gesetzes.

Gesetz, die Aufhebung der Gemeinde Neudorf im Amtsbezirke Thedinghausen betreffend. 11. August 1860 Nro. 23 Seite 81.

3. September

- §. 1. Aufhören der Gemeinde Neudorf als selbstständige politische Gemeinde.
 - §. 2. Aufnahme der dem bisherigen Gemeindeverbande von Neudorf angehörenden Grundstücke in den Gemeindeverband von Emtinghausen und den von Bahlum.
 - §. 3. Bestimmung wegen des künftigen Wohnortsrechts der Wohnhausbesitzer.
 - §. 4. Künftiges Wohnortrecht der nicht mit einem Wohnhause angefahrenen Wohnortsberechtigten.
 - §. 5. Bestimmung wegen des künftigen Schulverbandes.
 - §. 6. Regulirung der Gemeinde-Rechnungs- und Schuldverhältnisse der Gemeinde Neudorf.
- Anlage** zu dem Gesetze, die Aufhebung der Gemeinde Neudorf betreffend.
Grenzbeziehung zwischen den Gemeinden Emtinghausen und Bahlum.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Königsutter betreffend. 28. August 1860 Nro. 27 Seite 91.

21. Septbr.

- §. 1. Bildung von fünf Forstgemarkungen.
 - §. 2. Bestand und Begrenzung der Barmker Forstgemarkung.
 - §. 3. Bestand und Begrenzung der Beienroder Forstgemarkung.
 - §. 4. Bestand und Begrenzung der Königsutterschen Forstgemarkung.
 - §. 5. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung Brunsleberfeld.
 - §. 6. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung Schieren.
 - §. 7. Beilegung der Süpplingenburger Gemeindewaldung im Berendts- und Berggehäge zu dem Gemeindebezirke Süpplingenburg.
 - §. 8. Die Groß-Steinumer Gemeindewaldung am Dorne wird der Feldmark von Gr.-Steinum beigelegt.
 - §. 9. Die Rieseberger Gemeindewaldung am Rieseberge wird der Feldmark von Rieseberg beigelegt.
 - §. 10. Die Lauinger Gemeindewaldung am Rieseberge sowie die Lauinger Gutswaldung, daselbst, wird dem Gemeindebezirke von Lauingen beigelegt.
 - §. 11. Die Bornumer Gemeindewaldungen am Elme und die der Bornumer Kirche werden mit dem Gemeindebezirke von Bornum verbunden.
 - §. 12. Die herrschaftlichen Forstorte Kattbusch und Schlägebush werden dem Gemeindebezirke von Stift Königsutter beigelegt.
 - §. 13. Die Waldungen der Gemeinde Sunstedt und der Kirche daselbst werden dem Gemeindebezirke Sunstedt zugelegt.
 - §. 14. Die Rübker Gemeindewaldung, der herrschaftliche Forstort Bärenwinkel des Reviers Runstedt und das Forstdienstgehöft zum Brunsleberfelde werden dem Gemeindebezirke Rübke angehörig.
 - §. 15. Die Lelmer Gemeindewaldung wird dem Gemeindebezirke von Lelm beigelegt.
- Bege's Repert. IX. Th.

- §. 16. Der in Ackerland umgewandelte Forstort Süßplingerhagen wird dem Gemeindeverbande Schickselshaus beigelegt.
- §. 17. Die am Teckenberge im Elze belegenen Gebäude der Kohlengrube Prinz Wilhelm und die Marnitzsche Ziegelei, daselbst, werden rücksichtlich des Gemeinde-, Kirchen- und Schulverbandes der Ortschaft Wolsdorf beigelegt.
- §. 18. Verschiedene vom frühern Forstorte Kuhlager als Ackerland verkauften Parzellen werden mit der Feldmark Trellstedt vereinigt.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Vorsfelde betreffend. 28. August 1860 No. 28 Seite 99.

21. Septbr.

- §. 1. Im Amtsbezirke Vorsfelde werden acht Forstgemarkungen gebildet.
- §. 2. Bestand und Begrenzung der Bährdorfer Forstgemarkung.
- §. 3. Bestand der Forstgemarkung Bünne.
- §. 4. Bestand und Begrenzung der Neuhäuser Forstgemarkung I.
- §. 5. Bestand und Begrenzung der Neuhäuser Forstgemarkung II.
- §. 6. Bestand und Begrenzung der Neuhäuser Forstgemarkung III.
- §. 7. Bestand und Begrenzung der Neuhäuser Forstgemarkung IV.
- §. 8. Bestand und Begrenzung der Giebel-Forstgemarkung.
- §. 9. Bestand und Begrenzung der Rühenschen Forstgemarkung.
- §. 10. Die Forstreviere Jonik und Schnarbel werden dem Gemeindebezirke von Rühren beigelegt.
- §. 11. Das Forstdienstgehöft zum Giebel mit Zubehör gehört dem Gemeindebezirke von Warsau an.
- §. 12. Der herrschaftliche Forstort Nieden im Neuhäuser Reviere wird dem Gemeindebezirke von Vorsfelde beigelegt.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Helmstedt betreffend. 28. August 1860 No. 29 Seite 107.

21. Septbr.

- §. 1. Im Amtsbezirke Helmstedt werden vier Gemarkungen gebildet.
- §. 2. Bestand und Begrenzung der Helmstedter Forstgemarkung.
- §. 3. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung Marienthal.
- §. 4. Bestand und Begrenzung der Elz-Forstgemarkung.
- §. 5. Bestand der Wohldgemarkung.
- §. 6. Das Forstdienstgehöft zur Mesekenhaide nebst Zubehör gehören dem Gemeindebezirke der Stadt Helmstedt an.
- §. 7. Die obere und untere Holzmühle nebst Zubehör und der Gesundbrunnen nebst Zubehör gehören dem Gemeindebezirke der Stadt Helmstedt an.
- §. 8. Die Weideabfindungen der Fleckengemeinde Walbeck, der Stadtgemeinde Weferlingen und der preussischen Gemeinheit Döhren aus der Marienthaler Waldtheilung im Spellerfeste werden dem Gemeindebezirke von Grasleben beigelegt.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Schöningen betreffend. 28. August 1860 Nro. 30 Seite 111.

21. Septbr.

- §. 1. Im Amtsbezirke Schöningen werden vier Gemarkungen gebildet.
 - §. 2. Bestand und Begrenzung der Schöninger Forstgemarkung.
 - §. 3. Bestand und Begrenzung der Elz-Forstgemarkung.
 - §. 4. Bestand der Gemarkung Wulfsersdorf.
 - §. 5. Bestand der Gemarkung Allenackerfeld.
 - §. 6. Das Runstedter Gemeindewald am Elze wird mit dem Gemeindebezirke von Runstedt verbunden.
 - §. 7. Die Esbecker Gemeindewaldung und das Esbecker Kirchenholz und die Esbecker Guts-waldung am Elme werden dem Gemeindebezirke von Esbeck beigelegt.
 - §. 8. Die Twiefstinger Gemeindewaldung am Elme wird dem Gemeindebezirke von Twiefstingen beigelegt.
 - §. 9. Die Wobbecker Gemeindewaldung wird dem Gemeindebezirke von Wobbeß zugelegt.
 - §. 10. Der Forstort „Kurze Holz“ im Runstedter Forstreviere wird der Feldmark Büddenstedt einverleibt.
 - §. 11. In Betreff des Jergheimer Holzes Nro. I., des Jergheimer Holzes Nro. II. u. der Interessent-schaftswaldung von Jergheim und Ingeleben wird gesetzliche Bestimmung vorbehalten.
- Gesetz**, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Calvörde betreffend. 28. August 1860 Nro. 31 Seite 115.

21. Septbr.

- §. 1. Im Amtsbezirke Calvörde werden fünf Gemarkungen gebildet.
 - §. 2. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung in den Calvörder Bergen.
 - §. 3. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung Rautenhorst.
 - §. 4. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung Ifernhausen.
 - §. 5. Bestand und Begrenzung der Forstgemarkung Born.
 - §. 6. Bestand der Gemarkung Wieglich.
 - §. 7. Das Forstdienstgehöft „zum Born“ sammt Zubehör gehört der Gemeinde Uthmöden an.
 - §. 8. Die Wiesen bei der Wannewehmühle bilden einen Theil des Gemeindebezirks von Calvörde.
- Gesetz**, die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Lucsum be-treffend. 28. November 1860 Nro. 39 Seite 141.

10. December

- §. 1. Ein Gemeindevorsteher und dessen Gehülfe bilden das Gemeindeorgan.
- §. 2. Der Gemeindevorsteher und dessen Gehülfe werden von dem Besitzer des Guts Lucsum ernannt, bedürfen aber der Bestätigung der Staatsbehörde. Die Amtsdauer ist unbestimmt.
- §. 3. Die sämtlichen Communal- und Wegebaulasten trägt der Besitzer des Guts Lucsum.
- §. 4. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1861 in Kraft.

Gesetz, die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Fürstenau betreffend. 1/10. December 1860 Nro. 41 Seite 145.

- §. 1. Zusammensetzung des Gemeinderathes.
- §. 2. Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes.
- §. 3. Ausscheiden und Ergänzung der Mitglieder.
- §. 4. Berufung des Gemeinderathes.
- §. 5. Beschlussfähigkeit des Gemeinderathes.
- §. 6. Wahl des Gemeindevorstehers.
- §. 7. In Krafttreten des Gesetzes.

Gesetz, die Vereinigung des vormaligen Factoreigehöfts zu Gittelde mit der Gemeinde Gittelde und des Areals der Frischhütte zu Badenhäusen mit der Gemeinde Badenhäusen betreffend.

21. März 1861 Nro. 17 Seite 77.

9. April

- §. 1. Gemeindeangehörigkeit der genannten Grundstücke.
- §. 2. Gerichtsbarkeits- und Verwaltungsbezirk.
- §. 3. Anwendung der Gesetze des Herzogthums auf die neu erworbenen Gebietstheile.

Gesetz, die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Langelieben betreffend. 18. Juni 1861 Nro. 42 Seite 149.

13. Juli

- §. 1. Gemeindevorsteher als Verwalter der Gemeinde-Angelegenheiten und Ortspolizei.
- §. 2. Gemeindevorsteher als alleiniges Organ der Gemeinde.
- §. 3. Gemeindevorsteher-Gehülfe.
- §. 4. Ernennung und Bestätigung derselben.
- §. 5. Deputation zur Verwaltung der Armenpflege.
- §. 6. Bestimmung wegen der Communallasten und Aufbringung der Kosten der Armenpflege.
- §. 7. Schulvorstand und Kirchenvorstand.
- §. 8. In Krafttreten des Gesetzes.

Gesetz, die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Neuhaus (im Kreise Helmstedt) betreffend.

18. Juni 1861 Nro. 43 Seite 183.

13. Juli

- §. 1. Gemeindevorsteher als Verwalter der Gemeinde-Angelegenheiten und Ortspolizei.
- §. 2. Gemeindevorsteher als alleiniges Gemeindeorgan.
- §. 3. Gemeindevorsteher-Gehülfe.
- §. 4. Ernennung und Bestätigung derselben.
- §. 5. Deputation zur Verwaltung der Armenpflege.
- §. 6. Bestimmung wegen der Communallasten und Aufbringung der Kosten der Armensteuer.
- §. 7. In Krafttreten des Gesetzes.

Gesetz, die Aufhebung des zwischen dem Gute Büstedt und der Gemeinde Wahrstedt bisher bestandenen Gemeindeverbandes und die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Büstedt betreffend.

18. Juni 1861 Nro. 44 Seite 187.

13. Juli

- §. 1. Trennung des Gemeindeverbandes zwischen dem Gute Büstedt und der Gemeinde Wahrstedt.
- §. 2. Gemeindebezirk Gut Büstedt.
- §. 3. Gemeindevorsteher als alleiniges Gemeindeorgan.
- §. 4. Gemeindevorsteher-Gehülfe.
- §. 5. Ernennung und Bestätigung derselben.
- §. 6. Communallasten.
- §. 7. In Krafttreten des Gesetzes.

Gesetz, die Aufhebung des zwischen der Herzogl. Domaine Schickelsheim und der Stadt Königsutter bisher bestandenen Gemeindeverbandes und die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Schickelsheim betreffend. 18. Juni 1861 Nro. 45 Seite 189.

13. Juli

- §. 1. Trennung des Gemeindeverbandes und Feststellung des Wohnortsrechts.
- §. 2. Selbstständiger Gemeindebezirk der Domaine Schickelsheim.
- §. 3. Gemeindevorsteher als alleiniges Gemeindeorgan.
- §. 4. Vorsteher-Gehülfe.
- §. 5. Ernennung und Bestätigung derselben.
- §. 6. Deputation zur Verwaltung der Armenpflege.
- §. 7. Communallasten und Kosten der Armenpflege.
- §. 8. In Krafttreten des Gesetzes.

Gesetz, die Organisation der Gemeindeverwaltung in der Gemeinde Marienthal betreffend. 18. Juni 1861 Nro. 46 Seite 193.

13. Juli

- §. 1. Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten und Ortspolizei durch einen Gemeindevorsteher.
- §. 2. Gemeindevorsteher alleiniges Gemeindeorgan.
- §. 3. Vorsteher-Gehülfe.
- §. 4. Ernennung und Bestätigung derselben.
- §. 5. Deputation zur Verwaltung der Armenpflege.
- §. 6. Communallasten und Armensteuer.
- §. 7. In Krafttreten des Gesetzes.

Verordnung, die Verlegung eines dem Ackermanne Georg Lambrecht in Wulfersdorf zugehörigen Ackerstücks auf der Feldmark Reinsdorf an die Gemarkung Wulfersdorf betreffend.

12|21. November 1861 Nro. 61 Seite 315.

Gesetz, die Beilegung der, dem Waisenhause B. M. V. zu Braunschweig zugehörigen, zwischen den Feldmarken Wenden, Rühme und Bienrode belegenen s. g. Herrenwiese zum Gemeindebezirk Bienrode betreffend.

6|15. Januar 1862 Nro. 2 Seite 3.

Verordnung, die Verlegung einiger Grundstücke von dem Gemeindebezirk Groß-Denkte in den Gemeindebezirk Wittmar betreffend.

31. März 1862 Nro. 13 Seite 81.

15. April

Verordnung, die Verlegung der bisher dem Gemeindebezirk Lamme zugehörig gewesenen, bei der Separation der dortigen Feldmark der Kirche daselbst und den Reihenhöfen sub Nro. ass. 34, 15, 17, 11 und 1 zu Bahrdorf zugefallenen, auf der Lammer Separationskarte sub Nro. 227 bis 232 bezeichneten Grundstücke an den Gemeindebezirk Lehndorf betreffend.

26. April 1862 Nro. 22 Seite 119.

8. Mai

Verordnung, die Verlegung der zu Anbaupläzen verkauften vormaligen Gärten des Stifts Königsutter Nro. 24, 25 und 26 am s. g. Glockencampe von dem Gemeindebezirk Stift Königsutter zu dem Gemeindebezirk von Oberlutter betreffend. 31. Mai 1862 Nro. 29 Seite 157.

7. Juni

Verordnung, die Beilegung des dem Waisenhause B. M. V. hieselbst zugehörigen, zwischen Lamme und Watenbüttel belegenen s. g. Rodelandes zu dem Gemeindebezirk Watenbüttel betreffend.

14|29. Juli 1862 Nro. 35 Seite 163.

Gesetz, die Vereinigung der Drömlings-Grundstücke von Parsau, Liddische, Hottlingen und Brackstedt mit den Bezirken dieser Gemeinden betreffend.

6|14. August 1862 Nro. 36 Seite 165.

§. 1. Beilegung von Theilen des Drömlings an die Gemeindebezirke von Parsau, Liddische, Hottlingen und Brackstedt.

§. 2. Bestimmung über die Begebaulast.

Gesetz, die Organisation der Gemeinde-Verwaltung in der Gemeinde Haltershausen betreffend. 11|19. September 1862 Nro. 43 Seite 179.

§. 1. Zusammensetzung des Gemeinderathes.

§. 2. Wahl der Mitglieder.

§. 3. Ergänzung der Mitglieder.

§. 4. Berufungen des Gemeinderathes.

§. 5. Beschlussfähigkeit des Gemeinderathes.

§. 6. Wahl des Gemeindevorstehers.

§. 7. In Krafttreten des Gesetzes.

Verordnung, die Aufnahme der Privathölzer des Ackermanns Andreas Wagenführ und des Halbspänners Adolph Rahmann zu Runstedt in den Gemeindebezirk Runstedt betreffend. 11/13. December 1862 Nro. 52 Seite 205.

Verordnung, die Verlegung des dem Müller Julius Rösch in Watenstedt zugehörenden Mühlenplatzes von dem Gemeindebezirke Watenstedt an den Gemeindebezirk Beierstedt betreffend. 19/29. Januar 1863 Nro. 3 Seite 7.

Verordnung, die Verlegung der Brinksigerstellen Nro. 43, 44, 45 u. 46 zu Westermisch sowie der Sandlötherstelle Nro. 19 zu Bürgerei an den Gemeindebezirk Emtlinghausen betreffend. 5/13. Juni 1863 Nro. 19 Seite 193.

Verordnung, die Zurückverlegung des Forstorts „Gresser Berge“ von dem Amtsbezirke Schöppenstedt an den Amtsbezirk Riddagshausen betreffend. 27. Juni 1863 Nro. 25 Seite 205.

14. Juli

Gesetz, die Aufhebung des zwischen den Gütern und Gemeinden Destedt und Cremlingen bisher bestandenen Gemeindeverbandes und die Organisation der Gemeinde-Verwaltung in den Gutsgemeinden Destedt und Cremlingen betreffend. 18. November 1863 Nro. 39 Seite 559.

4. December

- §. 1. Aufhebung des bisher bestandenen Communalverbandes.
- §. 2. Umfang der Gutsgemeindebezirke Destedt und Cremlingen.
- §. 3. Organisation der Gutsgemeinden.
- §. 4. Feststellungen über das Wohnortsrecht.
- §. 5. Armenpflege.
- §. 6. Bestimmungen über den Schul- und Parochial-Verband.
- §. 7. Communallasten.
- §. 8. Rechte und Pflichten in Folge der Ausscheidung aus dem bisherigen Gemeindeverbande.
- §. 9. Gesetzeskraft.

Verordnung, die Beilegung des herrschaftlichen Forstortes Ahrendskopf, Reviers Afse, und des daneben belegenen Revierforstgrundstücks zum Gemeindebezirke Wittmar betreffend.

23/31. December 1863 Nro. 44 Seite 601.

Gesetz, die Abänderung der Bestimmungen im §. 8 der revidirten Städteordnung und §. 11 der Landgemeinde-Ordnung betreffend.

27. April 1864 Nro. 23 Seite 65.

12. Mai

- §. 1. Aufhebung früherer Bestimmungen.
- §. 2. Ueberweisung von Grundabfindungen an die berechtigten Gemeindebezirke.
- §. 3. Ausnahmebestimmungen.
- §. 4. Beurkundung in den Recessen.

Gesetz, die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betreffend. 18. Juni 1864 Nro. 30 Seite 97.

- §. 1. Aufbringung bei unzureichenden Mitteln durch die Gemeinden.
- §. 2. Umfang der Verpflichtung.
- §. 3. Bisher bestehende Beitragspflicht und Befreiungen.
- §. 4. Befreiungen von der Beitragspflicht.
- §. 5. Veranlagung der Kirchensteuer.

Verordnung, die Beilegung des Forstortes Brunszhäuserhey zu dem Gemeindebezirke Ackenhausen betreffend. 26. August 1864 Nro. 45 Seite 233.
3. Septbr.

Verordnung, die Feststellung der Feldmarksgrenzen der Stadt Braunschweig betreffend. 27. Mai 1865 Nro. 25 Seite 251.
21. Juni

Anlage. Beschreibung der Feldmarksgrenze der Stadt Braunschweig.

Verordnung, die Beilegung des Forstortes Dyershäuserberg zum Gemeindebezirke von Oppershausen und der Forstorte Bendixkühler und Zettenberg, sowie des im Anschlusse an diese letztern Forstorte gelegenen f. g. Herrenlandes zu dem Gemeindebezirke von Rimmerode betreffend. 21/15. September 1865 Nro. 57 Seite 613.

Gesetz, die Zurückverlegung eines bei der Specialtheilung der Feldmark Osterlinde in den Gemeindebezirk Westerlinde eingetretenen Abfindungsplans des Rathsassessor Carl Hustedt Nro. ass. 20 in Westerlinde an den Gemeindebezirk Osterlinde betreffend. 19/28. Januar 1866 Nro. 5 Seite 13.

Verordnung, die Zurückverlegung des zu dem Wohnhause Nro. ass. 34 jetzt Nro. ass. 295 in Schöppenstedt gehörenden Neben-Wohnhauses n. an den Gemeindebezirk Rüblingen betreffend. 13/24. März 1866 Nro. 21 Seite 45.

Gesetz, die Organisation der Gemeinde-Verwaltung in der Gemeinde Teichhütte betreffend. 15/21. Juni 1866 Nro. 35 Seite 141.

- §. 1. Zusammensetzung des Gemeinderathes.
- §. 2. Wahl der Gemeinderathsmitglieder.
- §. 3. Ausscheiden und Ersatz der Mitglieder.
- §. 4. Zusammenberufung des Gemeinderathes.
- §. 5. Beschlussfähigkeit des Gemeinderathes.
- §. 6. Wahl des Gemeindevorstehers.
- §. 7. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

Verordnung, die Verlegung des im Nachblosse und auf der Meesche belegenen, von der Dyersleber Eisenbahn im Süden und Südwesten, von der Dier im Osten begrenzten Ackerstücks von 5 Morgen 32 Quadratruthen von dem Gemeindebezirke Linden an den Gemeindebezirk Gahster betreffend. 1/7. Juli 1866 Nro. 39 Seite 149.

Verordnung, die Beilegung einer der Gemeinheit Volsdorf überwiesenen Abfindungsfläche in den f. g. hintersten Kadeln der Calvörder Feldmark zum Gemeindebezirke von Volsdorf betreffend.

13/24. Mai 1867 Nro. 28 Seite 225.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirke, sowie der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Walkenried betreffend. 5. Juli 1867 Nro. 54 Seite 423.

5. August

- §. 1. Gemeindebezirke und Forstgemarkungen im Amtsbezirke Walkenried.
- §. 2. Gemeindebezirk Walkenried.
- §. 3. Gemeindebezirk Neuhoß.
- §. 4. Gemeindebezirk Wieda.
- §. 5. Gemeindebezirk Zorge.
- §. 6. Gemeindebezirk Hohegeiß.
- §. 7. Forstgemarkung Walkenried.
- §. 8. Forstgemarkung Wieda.
- §. 9. Forstgemarkung Zorge.
- §. 10. Forstgemarkung Hohegeiß.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirke, sowie der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Hasselfelde betreffend. 5. Juli 1867 Nro. 57 Seite 441.

9. August

- §. 1. Bezeichnung der Forstgemarkungen und Gemeindebezirke im Amtsbezirke Hasselfelde.
- §. 2. Forstgemarkung Wendesurth.
- §. 3. Forstgemarkung Altenbrak.
- §. 4. Forstgemarkung Allrode.
- §. 5. Gemeindebezirk Allrode.
- §. 6. Gemeindebezirk Stiege.
- §. 7. Forstgemarkung Stiege.
- §. 8. Forstgemarkung Trautenstein.
- §. 9. Gemeindebezirk Trautenstein.
- §. 10. Forstgemarkung Tanne.
- §. 11. Gemeindebezirk Tanne.
- §. 12. Stadtbezirk Hasselfelde.
- §. 13. Forstgemarkung Braunlage.
- §. 14. Gemeindebezirk Braunlage.

Gesetz, die Bildung von Gemarkungen und die Feststellung der Gemeindebezirke, sowie der Gemeindebezirks-Angehörigkeit einzeln belegener Grundstücke im Amtsbezirke Blankenburg betreffend. 5. Juli 1867 Nro. 58 Seite 465.

10. August

- §. 1. Bezeichnung der Gemeindebezirke und Gemarkungen im Amtsbezirke Blankenburg.
- §. 2. Forstgemarkung Wienrode.
- §. 3. Forstgemarkung Hüttenrode.
- §. 4. Forstgemarkung Heimbürg.
- §. 5. Forstgemarkung Blankenburg Nro. 1.
- §. 6. Forstgemarkung Blankenburg Nro. 2.
- §. 7. Forstgemarkung Blankenburg Nro. 3.
- §. 8. Forstgemarkung Börnecke.
- §. 9. Gemarkung Helsingungen.
- §. 10. Stadtbezirk Blankenburg.
- §. 11. Gemeindebezirk Benzingerode.
- §. 12. Gemeindebezirk Heimbürg.
- §. 13. Gemeindebezirk Michaelstein.
- §. 14. Gemeindebezirk Börnecke.
- §. 15. Gemeindebezirk Timmenrode.
- §. 16. Gemeindebezirk Wienrode.
- §. 17. Gemeindebezirk Gattenstedt.
- §. 18. Gemeindebezirk Hüttenrode.
- §. 19. Gemeindebezirk Rübeland.
- §. 20. Gemeindebezirk Neuwerk.
- §. 21. Gemeindebezirk Altenbrak.
- §. 22. Gemeindebezirk Treseburg.

Gesetz, die Abänderung des §. 146, Absatz 1, der revidirten Städteordnung im gleichen des §. 146, Absatz 2, der revidirten Städteordnung und des §. 88, Absatz 2, der Landgemeinde-Ordnung betreffend.

6|16. August 1867 Nro. 63 Seite 491.

Ausdehnung der Bestimmungen der Städteordnung und Landgemeinde-Ordnung behuf Heranziehung bisher befreit gebliebener Gemeindegensossen zur Communalsteuer.

Gesetz, die Trennung des Gutes Dorst von dem Gemeindebezirke Jobbenig, und die Bildung einer selbstständigen Gemeinde Dorst betreffend.

21|30. November 1867 Nro. 103 Seite 693.

- §. 1. Aufhebung des Gemeindeverbandes zwischen dem Gute Dorst und der Gemeinde Jobbenig und Gründung des Gemeindebezirks Dorst.
- §. 2. Gemeinde-Verwaltungsorgan zu Dorst.
- §. 3. Wohnortsrecht der zeitigen Bewohner von Dorst und Jobbenig.
- §. 4. Communallasten in der Gemeinde Dorst.
- §. 5. Schul- und Parochialverband der Gemeinde Dorst.
- §. 6. Eintritt des Gesetzes in Wirksamkeit.

Verordnung, die Zurückverlegung zweier bei der Specialtheilung der Feldmark Berel, dem Strubeshen Halbspännerhofe Nro. ass. 9 in Burgdorf und

dem Gidmannschen Rothhose Nro. ass. 4 daselbst zugetheilten und in den Gemeindebezirk Burgdorf eingetretenen Abfindungspläne an den Gemeindebezirk Berel betreffend. 16|27. Mai 1868 Nro. 37 Seite 89.

Gesetz, die Aufnahme der von dem Fabrikanten Märtens in der Forstgemarkung „Hüttenrode“ (Amtsbezirk Blankenburg) errichteten Pulverfabrik in den Communal-, Kirchen- und Schulverband der Gemeinde Hübeland betreffend. 16|25. Juli 1868 Nro. 59 Seite 185.

Gesetz, die Vereinigung der neben der Leichsmühle bei Alversdorf belegenen f. g. Leichswiese zu 9 Morgen 54 Quadratruthen mit dem Gemeindebezirk Esbeck betreffend. 31. October 1868 Nro. 75 Seite 225.

10. November

Verordnung, die Beilegung einer von dem Deconomen Gruse zu Schöningen an den Adermann Brünig Nro. ass. 19 zu Hoyerßdorf tauschweise abgetretenen Fläche zu 4 Quadratruthen zum Gemeindebezirk von Hoyerßdorf und Beilegung einer von dem p. Brünig an den p. Gruse tauschweise abgetretenen Fläche von 21 Quadratruthen zu dem Gemeindebezirk Schöningen betreffend. 14. April 1869 Nro. 33 Seite 151.

13. Mai

Verordnung, die Beilegung eines Grundstücks des Gemeindebezirks Wenden an den Gemeindebezirk Ihune betreffend. 21. Mai 1869 Nro. 38 Seite 161.

3. Juni

Verordnung, die Verlegung eines zu dem Langebartelschen Ackerhose Nro. ass. 3 zu Riddagshausen gehörigen, auf Gliesmaroder Feldmark belegenen Ackerstücks an den Gemeindebezirk von Riddagshausen betreffend.

24. Mai 1869 Nro. 39 Seite 163.

3. Juni

Bundesgesetzgebung.

Bekanntmachung, betreffend die Benennung der innerhalb des Preussischen Jadergebietes in der Gründung begriffenen Stadt, zu deren Bezirk der Kriegshafen an der Jade gehört. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 375.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 28. Juni 1853.

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 24. v. M. Nro. 4261,
dass bei den mittelst desselben zur Genehmigung eingesandten Entwürfe eines Statuts über die

Erneuerung der Wahlen für den Gemeinderath der Gemeinde Burgdorf die in §. 33 Abs. 3 der Landgemeinde-Ordnung enthaltene Vorschrift, wonach in dem gesetzten Falle die Erneuerung der Gemeinderathswahlen „mit Berücksichtigung des festgestellten Grundsatzes“ statutarisch geordnet werden soll, nicht genügend gewahrt worden ist. Denn es sind unter diesem „Grundsatz“ insbesondere die in den beiden vorhergehenden Absätzen des §. 33 cit. festgestellten Zahlen-Verhältnisse zu verstehen und es muß „die Berücksichtigung des Grundsatzes“ dahin aufgefaßt werden, daß bei der statutarischen Ordnung von jenen Zahlenverhältnissen so wenig als thunlich abgewichen werden soll. Hiermit ist aber nicht zu vereinigen, daß für die mehr als 250 Seelen zählende Gemeinde Burgdorf in dem Entwurfe diejenigen Normen der Wahl-Erneuerung angenommen werden, welche das Gesetz für Gemeinden unter 250 Seelen vorschreibt, nämlich: das alle drei Jahre stattfindende Ausscheiden der Hälfte der von jeder Classe gewählten Mitglieder.

Dem Entwurfe kann daher in seiner gegenwärtigen Fassung die beantragte Genehmigung nicht ertheilt werden und die Herzogl. Kreisdirection hat zuvörderst eine Umarbeitung desselben zu veranlassen.

Uebrigens würden Wir, falls — wogegen an sich nichts zu erinnern ist — der §. 2 des Entwurfs beibehalten werden sollte, — eine Abänderung des §. 3 dahin:

daß von den übrigen acht Mitgliedern des Gemeinderaths nach zwei Jahren 3, nach vier Jahren wiederum 3 und nach sechs Jahren die letzten beiden Mitglieder ausscheiden, daß sich diese ausscheidenden Mitglieder in dem Verhältnisse von 2 zu 1 bei dem Ausscheiden nach zwei Jahren, von 1 zu 2 bei dem Ausscheiden nach vier Jahren und von 1 zu 1 bei dem Ausscheiden nach sechs Jahren auf die beiden Wählerklassen vertheilen, und daß durch das Loos bestimmt wird, auf welche Wählerklasse bei dem ersten Ausscheiden zwei Mitglieder — mithin bei dem zweiten und dem dritten Ausscheiden jedesmal ein Mitglied — fallen,

für die dem festgestellten Grundsatz am meisten entsprechende Ordnung des Gegenstandes halten.

Schließlich bemerken Wir noch, daß die Bestimmung im §. 4 des Entwurfs, wonach die sämmtlichen übrigen Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung über die Wahl und Zusammensetzung der Gemeinderaths-Mitglieder unverändert bleiben sollen, selbstverständlich, mithin überflüssig und außerdem für ein Statut, der Staatsgesetzgebung gegenüber, nicht passend erscheint. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Braunschweig vom 10. December 1856.

Im Nachstehenden lassen Wir dem Stadtmagistrate Unsere Erwiederungen auf den ferneren Bericht vom 15. v. Mts. Nro. 2636, den Entwurf einer Straßen-Polizei-Ordnung für die hiesige Stadt betreffend, zugehen.

Zu I. Es beruhet eben sowol in der Natur der Sache, wie in den gemeinen Rechten und in dem Particularrechte des Herzogthums, daß der Statutarautonomie nicht gestattet ist, von absolut gebietenden oder verbietenden Gesetzen in irgend einer Hinsicht abzuweichen. Die statutarische Feststellung eines Strafmaßes, welches die Grenzen des für dasselbe Vergehen landesgesetzlich

bestimmten Strafmaßeß nicht einhält, muß aber für eine solche Abweichung, mithin für einen unstatthaften Act, ohne Zweifel erachtet werden. Der von dem Stadtmagistrate angeführte Zweckmäßigkeitsgrund kann hier, wo es sich um *leges conditae* handelt, nicht in Betracht kommen, fällt übrigens auch schon insofern, als durch die gesetzliche Normirung eines niedrigsten und eines höchsten Strafmaßeß für ein Vergehen der Richter gerade in den Stand gesetzt werden soll, bei der Strafzumessung den Verhältnissen eines jeden einzelnen Falles gerecht zu werden.

Der Vorbehalt, insofern nicht die Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches Anwendung finden, heißt, wie bereits in Unserm Rescripte vom 23. October d. J. bemerkt ist, die Unzulässigkeit solcher Abweichungen nicht und ist nur da von Bedeutung, wo der Wortlaut des Statuts mit einer Bestimmung des Polizeistrafgesetzbuchs zwar nicht unmittelbar und ausschließlich sich identificirt, aber doch, unter gegebenen Verhältnissen zusammen treffen kann. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium zu
Wolfenbüttel vom 10. October 1857.

Wir remittiren Herzogl. Consistorio hieneben die Anlagen der Berichte vom 18. Juni 1853 und vom 27. August d. J. wegen der von den Predigern nachgesuchten Befreiung von der Communalsteuer und erwidern zugleich Folgendes:

Wir können nicht für rathlich halten zu versuchen, dieserhalb eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen zu erwirken und zwar um so weniger, weil die meisten Pfarrstellen in Folge der vorgenommenen Gemeintheitstheilungen in der neueren Zeit nicht unerheblich verbessert sind und sich das Einkommen der Prediger dadurch gehoben hat. Unter der Communalsteuer sind auch in vielen Fällen Abgaben begriffen, zu welchen, wie z. B. zur Armensteuer, die Prediger auch schon vor dem Erlasse der Landgemeinde-Ordnung zu contribuiren gehabt haben. Wenn aber, wie es nach den Anlagen des Berichts des Generalsuperintendent Linke der Fall zu sein scheint, in einzelnen Fällen von den Gemeindebehörden bei Ausschreibung der Communalsteuer nicht den gesetzlichen Vorschriften gemäß sollte verfahren werden, so ist es lediglich Sache des Betheiligten, sich dagegen im vorschriftsmäßigen Wege Remedur zu verschaffen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 29. Mai 1863.

Bei Rücksendung der Anlagen des Berichts vom 2. d. M. No. 3831, betreffend den Recurs des Gemeinderathes in Salder gegen die Entscheidung des Salderschen Amtraths über die Communalsteuer-Reclamation des Gastwirths Högrefe in Salder beauftragen Wir Herzogl. Kreisdirection dem Recurrenten zu eröffnen, daß nach §. 160 Abs. 2 der Landgemeinde-Ordnung der Recurs nicht stattfinden könne.

Wie es übrigens wegen des in der amtsrathlichen Entscheidung besonders hervorgehobenen Entscheidungsgrundes:

„daß die Veranlagung den §§. 99 u. 100 der Landgemeinde-Ordnung nicht entspreche“ den Anschein gewinnt, als ob der Amtrath bei der Veranlagung zu dem nach dem Einkommen

zu vertheilenden Betrage der Gemeindesteuer — §. 100 cit. — den hinsichtlich des auf die Grundstücke zu vertheilenden Betrags dieser Steuer in §. 99 cit. vorgeschriebenen Veranlagungsmodus wiederum mit berücksichtigt wissen will, eine in solcher Weise vorgenommene Veranlagung aber durch die Bestimmungen des §. 100 cit. nicht gerechtfertigt werden würde, so hat Herzogl. Kreisdirection in etwaigen Wiederholungsfällen pflichtmäßig zu erwägen: ob nicht der Staatsbehörde Veranlassung gegeben sei, von der Vorschrift des §. 163 der Landgemeinde-Ordnung zeitig Gebrauch zu machen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 4. September 1863.**

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 6. Juni d. J. Nro. 3049, dass in Zukunft die in Unserm Rescripte vom 27. Mai d. J. Nro. 4072 ausgesprochene Ansicht: nach welcher in den Landgemeinden die Einziehung von Gemeindefassen-Capitalien auch dann der Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums — Landgemeinde-Ordnung §. 164 Nro. 2 — resp. der Bestätigung des Amtsrathes — Landgemeinde-Ordnung §. 153 Nro. 2 — bedarf, wenn solche Einziehung behuf Wiederausleihrung der Capitalien geschieht —

zu befolgen ist, da die Wiederausleihrung von Gemeindefassen-Capitalien schon nach wörtlicher Interpretation als eine Verwendung zu Gemeindefassen — §§. 153 Nro. 2 und 164 Nro. 2 der Landgemeinde-Ordnung aufgefasst werden kann und bei den Verhandlungen über den Erlass der Landgemeinde-Ordnung „Verwendungen zu Gemeindefassen“ nicht etwa im Gegensatz zu Verwendungen außerhalb eines Gemeindefassen gedacht sind, zu welchen letztern auch Capitalien, durch welche im Interesse und zu Zwecken der Gemeinde Zinsen erzielt werden sollen, nicht zu rechnen sein würden. Zugleich kann nicht wohl angenommen werden, dass der Gesetzgeber, welcher hinsichtlich der Stadtgemeinden die Kündigung und Ausleihrung von Capitalien an die Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums geknüpft hat — §. 184 Nro. 4 der revidirten Städteordnung — den Landgemeinden bei diesen für das Gemeindefassen sehr wichtigen Handlungen eine weitergehende Befugniß als den Stadtgemeinden habe einräumen wollen.

**Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Halbspänner Grimm
und Genossen zu Groß-Weltheim vom 13. September 1863.**

Wir eröffnen dem Halbspänner Grimm und Genossen in Gr.-Weltheim auf den unterm 8. Juli d. J. erhobenen Recurs wegen Zurückweisung ihrer Beschwerde über die von dem dortigen Gemeinderathe beschlossene Herabsetzung der Gemeinde-Bachhauspacht resp. Erhöhung des Bachlohn's für Ruchen, nachdem Wir die Herzogl. Kreisdirection hieselbst in Betreff dieser Angelegenheit gehört haben, Folgendes:

Bewaltungsmaßregeln der in Frage stehenden Art zu beschließen, liegt in der allgemeinen Verwaltungsbefugniß der Gemeindebehörden und dieselben sind dabei, insofern es sich nicht um Veräußerung von Grundstücken und Berechtigungen, d. h. dinglichen Rechten, handelt,

deren Werth die Summe von 25 Thlr. resp. 200 Thlr. übersteigt (§. 153 Nro. 2 und 164 Nro. 2 der Landgemeinde-Ordnung) nur durch die Voraussetzung beschränkt, dass jene Maßregeln das Gemeinwohl nicht gefährden dürfen (§. 162 Nro. 2 der Landgemeinde-Ordnung).

Da nun die Herabsetzung der Backhauspacht resp. die Erhöhung des Backelohns für Kuchen, die Veräußerung eines dinglichen Rechts nicht in sich schließt und — wie die angestellten Ermittlungen ergeben haben — das Gemeinwohl nicht gefährdet, vielmehr durch Sicherung der Existenz eines redlichen und tüchtigen Bäckers dem wohlverstandenen Interesse der Gemeinde entspricht, so kann der bezügliche Gemeinderathsbeschluss auf Grund des §. 162 der Landgemeinde-Ordnung nicht beseitigt werden und muss es mithin bei der erfolgten Zurückweisung der Beschwerde sein Bewenden behalten.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 17. October 1863.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 14. v. M. Nro. 8702, betreffend die Vorstellung des Grafen von Schwichelde in Celle, gegen seine Heranziehung zur Gemeinde-Einkommensteuer in Rüblingen, Folgendes:

Die Landgemeinde-Ordnung trennt den zur Deckung der Gemeindeausgaben nöthigen Zuschuss in zwei Theile: die nach dem Grundbesitze und die nach dem Einkommen zu veranlagende Steuer und giebt alsdann für eine jede dieser beiden Steuerarten besondere Vorschriften (§§. 96, 97, 98 99 und 100 der Landgemeinde-Ordnung). Wenn daher Herzogl. Kreisdirection aus der Prämisse: dass nur eine Communalsteuer bestehe — den Schluss zieht: dass die Entscheidung der Frage, ob ein — in diesem Sinne — Communalsteuer-Pflichtiger nur von seinem Grundbesitze oder auch von seinem Einkommen zu steuern habe, nicht die Steuerpflicht an sich, sondern nur die Ausmessung der Steuer anlange und deshalb dem Aufsichtsrechte der Staatsbehörden (§. 162 Nro. 1 der Landgemeinde-Ordnung) entrückt sei, so ist jene Prämisse, gleichwie dieser Schluss, und mit ihm die Incompetenz-Erklärung Herzogl. Kreisdirection in dem Bescheide vom 24. August d. J. gesetzlich unhaltbar.

Da aber nach §. 100 Abs. 1 der Landgemeinde-Ordnung auch die in der Gemeinde ihren regelmäßigen Aufenthalt habenden „sonstigen Wahlberechtigten“ zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzuziehen sind und zwar, wenn sie an mehreren Orten abwechselnd wohnen, zufolge der für die Gemeindegengenossen und die „sonstigen Wahlberechtigten“ ebenmäßig geltende Bestimmung in dem zweiten Absätze des §. 100 cit. „nach Verhältniss ihres Aufenthalts in den verschiedenen Gemeinden“ und da ferner der Recurrent nicht, wie er annimmt, zu den „Fremden“ sondern zu den „sonstigen Wahlberechtigten“ in der Gemeinde Rüblingen gehört (§. 16 Nro. 2 der Landgemeinde-Ordnung) und andererseits — in Hinblick auf die vorliegenden Umstände — als ein solcher betrachtet werden muss, welcher seinen „regelmäßigen“ Aufenthalt — gleichviel von welcher Dauer — in der Gemeinde Rüblingen hat, so erscheint seine Heranziehung zu der Gemeinde-Einkommensteuer daselbst an sich und abgesehen von dem hier nicht in Erwägung kommenden Maße der Heranziehung, gerechtfertigt und es ist der Recurs aus diesem materiellen Grunde zurückzuweisen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 3. April 1864.

Den Bericht vom 14. v. Mts. Nro. 2322, betreffend die von dem Stadtmagistrate zu Wolfenbüttel beantragte Einziehung der durch die Kur- und Verpflegung der Ehefrau des Maurer-
gesellen Ebeling aus Kalme in dem städtischen Krankenhause zu Wolfenbüttel verursachten Kosten
von der Gemeinde Kalme, haben Wir erhalten.

Die Herzogl. Kreisdirection ist bei der Behandlung dieser Sache von unrichtigen An-
sichten ausgegangen. Denn

1. der §. 158 der revidirten Städteordnung legt ebenso allgemein und unbedingt (im ersten
Absatz) den Städten die — auch der früheren Gesetzgebung, z. B. der landesfürstl. Verordnung
vom 11. August 1775, entsprechende — Verpflichtung auf, fremden Hülfbedürftigen Hilfe an-
gedeihen zu lassen, wie (im zweiten Absatz) den Heimathsgemeinden des Inlandes die Ver-
pflichtung, die aufgewandten Kosten zu erstatten. Hieraus folgt für den ersten Fall, dass die
allein in Betracht kommende Frage der „Hülfbedürftigkeit“ von der Stadtbehörde nach pflicht-
mäßigem Ermessen (eventuell auf den Grund ärztlicher u. Gutachten) zu entscheiden, und für den
zweiten Fall, dass die Kostenersatzpflicht der Heimathsgemeinden des Inlandes nicht als eine sub-
sidiäre, sondern als eine principale zu betrachten ist. Die einengende Interpretation, welche dem
§. 158 cit. von Herzogl. Kreisdirection gegeben, würde aber außerdem theils das unerwünschte
und der wohlmeinenden Absicht des Gesetzes entgegenlaufende Resultat haben, die Bereitwillig-
keit der Städte zur Unterstützung fremder Hülfbedürftiger zu lähmen, theils dahin führen, dass die
Städte nicht verpflichtet wären, einem im hilflosen Zustande angelangten Individuum Hilfe zu leisten.

2. Da die Heimathsgemeinden des Inlandes durch die gedachte gesetzliche Bestimmung zum
Kostenersatz unbedingt verpflichtet sind, so ist auch die Herzogl. Kreisdirection auf Grund des
§. 17 des Gesetzes vom 19. März 1850 Nro. 26 unzweifelhaft ermächtigt, den Kostenersatz an-
zuordnen und zu dessen Realisirung Zwangsmittel anzudrohen resp. in Anwendung zu bringen.

Herzogliche Kreisdirection hat daher, unter Beseitigung ihrer ablehnenden Verfügungen,
dem in Rede stehenden Antrage des Stadtmagistrats in Wolfenbüttel, nach Maßgabe des §. 17
cit. nunmehr zu willfahren, auch den genannten Stadtmagistrat von dieser Unserer Entscheidung
in Kenntniss zu setzen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 28. October 1864.

Nach Eingang des ferneren Berichts vom 30. v. M. Nro. 9465, betreffend den Recurs
des Rothfassen Quidde in Banleben, als Eigenthümer des Rothhofes Nro. ass. 7 in Gilum,
wegen Heranziehung zur Leistung von Baukosten für die Gemeinde Gilum, erwiedern Wir nun-
mehr der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 19. Mai d. J. Nro. 4461 Folgendes:

Die Annahme der Herzogl. Kreisdirection, dass unter dem in der beschränkenden Be-
stimmung des §. 87 der Landgemeinde-Ordnung:

„insofern nicht ein Dritter zu deren Uebernahme rechtlich verpflichtet ist“

erwähnten „Dritten“ auch die Reihewohnerschaft dann zu verstehen sei, wenn dieselbe zu einer Leistung der in Rede befindlichen Art früher verpflichtet gewesen, ist unzulässig, weil die Landgemeinde-Ordnung die von ihr beseitigte Unterscheidung zwischen „Gemeinde im engeren Sinne“ (Reihewohnerschaft) und „Gemeinde im weiteren Sinne“ durch einen solchen Vorbehalt wieder eingeführt haben, also mit sich selbst im Widerspruch gerathen sein würde, da vor dem Erscheinen der Landgemeinde-Ordnung regelmäßig die Reihewohnerschaft die auf dem engeren Gemeindeverbande beruhenden Lasten allein zu tragen hatte. Eine Verpflichtung des Recurrenten zur Leistung der fraglichen Fuhren ließ sich demnach aus den Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung nicht herleiten und wenn gleichwohl in der Gemeinde Cilum die Reihewohner nach Publication der Landgemeinde-Ordnung mit Leistung der Fuhren zu Gemeindezwecken in der frühern Weise fortgefahren haben, so ist dies, da auch die von der Gemeinde Cilum in Bezug genommene gerichtliche Feststellung der sogenannten kurzen Reihe nur den Repartitionsmaßstab in einem Falle vor dem Erscheinen der Landgemeinde-Ordnung betrifft, mithin für Fälle der jetzt vorliegenden Art keinerlei Bedeutung hat, als eine Liberalitätshandlung zu betrachten, welche von Seiten der Gemeinde durch Berufung auf die Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung nicht erzwungen werden kann.

Wie demgemäß die Herzogl. Kreisdirection nicht befugt war, dem Recurrenten die Zahlung der bei verweigerter Naturalleistung entstandenen Fuhrkosten aufzuerlegen, so ist ebensowohl die angefochtene Verfügung vom 18. Februar d. J. zurückzunehmen, als auch dafür Sorge zu tragen, daß die auf Grund der Verfügung vom 5. November v. J. bereits eingezogenen 6 Thlr. dem Recurrenten aus der Gemeindefasse restituirt werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Holzminden vom 7. Juni 1865.

Wir eröffnen Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 29. v. Mts., betreffend die Erforderlichkeit der Genehmigung der bei Specialseparationen den Gemeindefassen zugetheilten Abfindungen durch die Aufsichtsbehörden, Folgendes:

Im Allgemeinen werden ländliche und städtische Gemeinden bei Ablösungen und Separationen durch ihre bei Veräußerungen concurrirenden Organe vertreten §. 21 der Ablös.-Ordn. und §. 41 der Gemeinh.-Theil.-Ordn. — Interessenschaften durch ihre stimmberechtigten Mitglieder. Hieran konnte und wollte die Landgemeinde-Ordnung, indem sie die Gemeinde von der Gemeinheit scharf unterschied, nichts ändern und wenn daher Ablösungen oder Gemeinheitstheilungen beschloffen werden, so geschieht dieses nach Maßgabe der Bestimmungen der Ablösungs- und Gemeinheitstheilungs-Ordnung (§. 123 der Landgemeinde-Ordnung). Handelt es sich bei einer Separation jedoch zugleich um Auseinandersetzung zwischen Gemeinde und Gemeinheit, wie bei Specialseparationen regelmäßig der Fall sein wird, so gilt eine solche als Veräußerung und bedarf sowohl rücksichtlich der Gemeinde als der Gemeinheit der Zustimmung der Aufsichtsbehörden. — §. 19 Abs. 3 §. 123 der Landgemeinde-Ordnung.

Es stehen dabei auch regelmäßig Objecte in Frage über welche die Theilungsbehörde nicht füglich ohne Zustimmung der Gemeinde und Gemeinheit disponiren kann.

Herzogliche Kreisdirection hat daher hiernach zu verfahren und den von Herzogl. Landes-Deconomie-Commission wegen Erwirkung der Zustimmung des Amtsrathes und resp. Unserer Genehmigung zu Auseinandersetzungen zwischen Gemeinden und Gemeinheiten bereits ergangenen Anträgen ohne Verzug Folge zu geben.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Gandersheim vom 27. August 1865.

Wir haben den Bericht vom 29. v. Mts. No. 6024 über die durch Herzogl. Kreisdirection vermittelte Vermögens-Auseinandersehung zwischen der Gemeinde Rittierode und der Gemeinheit daselbst empfangen, müssen aber für erforderlich erachten, dass zunächst noch hinsichtlich einiger Punkte eine Vervollständigung der Verhandlungen beschafft werde.

1. Der wesentliche Zweck derartiger Auseinandersetzungen besteht darin, jeden Zweifel über das Eigenthum an den Auseinandersehungsobjecten durch klare Bestimmung zu beseitigen. Die Vereinbarungen unter G. (Lehmgruben), K. (Erde von den Wegen, aus dem Feuerteiche und den Erdfängen) und M. (Bauplätze) des Auseinandersehungssprotocolls vom 28. Juni d. J. enthalten indess eine ausdrückliche Entscheidung der Eigenthumsfrage nicht und sind daher in dieser Richtung zu ergänzen.

2. Wenn es sich bei Auseinandersetzungen zwischen Gemeinde und Gemeinheit um Gegenstände handelt, welche öffentlichen, insbesondere polizeilichen Interessen dienen, als Feuerteiche, Bau-, Versammlungs- und Vergnügungsplätze, oder welche dem allgemeinen Gebrauche der Orts-Einwohner unterliegen, als Lehm- und Grandgruben, Kummerkühlen, Zimmerplätze 2c., so ist es der Natur der Sache entsprechend, diese Objecte in das Eigenthum der Gemeinde zu bringen und es wird mithin in solchem Sinne die Eigenthumsfrage nicht nur bezüglich der unter No. 1 erwähnten Gegenstände, sondern auch bezüglich der unter L. des Auseinandersehungssprotocolls gedachten, dem Gebrauche sämmtlicher Ortseinwohner freigegebenen, jedoch den Reihewohnern als Eigenthum vorbehaltenen Flachsrotten, falls nicht etwa ein Theil derselben für die Reihewohner zu reserviren sein sollte, durch ausdrückliche Feststellung zu erledigen sein.

Hiernach hat Herzogl. Kreisdirection weiter zu verfahren und wollen Wir eventuell demnächst ferneren Bericht gewärtigen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 29. März 1866.

Den Bericht vom 9. v. M. No. 660, betreffend die Beschwerde des Schmiedemeisters Achte zu Jorke über einen ihn benachtheiligenden Beschluss des dortigen Gemeinderathes, haben Wir erhalten und da unter den obwaltenden Umständen der fragliche Gemeinderathsbeschluss weder als ungeseglich noch als gefährlich für das Gemeinwohl anzusehen ist, mithin die Staatsbehörde zu einer Einschreitung gegen denselben nach §. 162 No. 1 und 2 der Landgemeinde-Ordnung nicht befugt war, so kann dem Antrage des Beschwerdeführers nicht stattgegeben werden und muss es diesem vielmehr überlassen bleiben, etwaige privatrechtliche Ansprüche auf das von dem Ge-

meinderathe verkaufte Terrain, falls er mit ihnen durchzukommen sich getrauet, im gerichtlichen Wege geltend zu machen. Herzogl. Kreisdirection hat dies dem Rechte zu eröffnen und die Verichtsanlagen hierbei zurück zu empfangen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 13. April 1866.

Den Bericht vom 10. v. Mts. No. 1209, betreffend die Beschwerde des Anbauers Haffelbart in Neuhoß über den Gemeindevorsteher Wiedemann daselbst, haben Wir empfangen.

Einen der Beschwerdepunkte bildet der Umstand, daß der Haffelbart auch dann, wenn er das von ihm gehaltene Vieh nicht austreibt, zur Löhnung des Hirten mit herangezogen wird. Obwol nun das Anbauerwesen des Beschwerdeführers nicht weiderechtigt, der Letztere demnach nicht Mitglied der Weideinteressentschaft und an den Beschluß derselben, durch welchen die Verpflichtung zur Löhnung des Interessentschaftshirten lediglich von der Viehhaltung abhängig gemacht werden, nicht füglich zu binden ist, so würde doch, weil ein Interessentschaftsbeschluß, nicht aber ein Gemeinderathsbeschluß, in Frage steht, der §. 162 der Landgemeinde-Ordnung hier nicht Platz greifen und die Differenz vielmehr im gerichtlichen Wege auszutragen sein. Nach den mitgesandten Acten (Protocoll vom 2. November v. J. 2c.) fungirt indess der Interessentschaftshirt zugleich als Gemeinde-Nachtwächter und da die Feststellung des Modus für Aufbringung des Nachtwächterlohns Sache des Gemeinderathes ist, so hätte, falls die Voraussetzung sich bestätigen sollte, daß der Hirt und Nachtwächter für seine zweifachen Functionen unter Eins, und zwar nach dem Verhältnisse der Viehhaltung, gelohnt wird, die Herzogl. Kreisdirection insoweit allerdings genügende Veranlassung, dieses, die Nichtmitglieder der Weide-Interessentschaft, und mithin auch den Haffelbart, ungebührlich belastende Verfahren auf Grund des §. 162 cit. als ungeseflich zu beseitigen.

Wir weisen deshalb die Herzogl. Kreisdirection an, den hervorgehobenen Punkt in der bezeichneten Richtung näher zu constataren und eventuell zu ordnen, resp. wenn die gedachte Voraussetzung sich nicht bestätigen sollte, dem Haffelbart zu eröffnen, daß die Differenz nur im Rechtswege erledigt werden könne.

Auf die übrigen, durch die Acten als unbegründet dargethanen, Beschwerdepunkte ist dem Haffelbart abschlägige Bescheidung zu ertheilen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 10. August 1866.

Den Bericht vom 7. v. Mts. No. 4116, betreffend das von der Gemeinde Delber am w/B. entworfene Statut über die Erhebung eines Anzugsgeldes, haben Wir empfangen.

Die von der Herzogl. Kreisdirection hinsichtlich der ferneren allgemeinen Zulässigkeit resp. Angemessenheit einer statutarischen Ordnung des fraglichen Gegenstandes geäußerten Bedenken werden durch Wortlaut und Zweck des Gesetzes über den Aufenthalt im Herzogthume vom 3. August 1864 nicht begründet, sondern widerlegt. Denn dieses Gesetz — welches die

Freizügigkeit im Wesentlichen mit der möglichst ungehinderten Wahl des dauernden Aufenthalts, nicht aber des Wohnortsrechts, identificirt — neigt sowenig dahin, die den Gemeinden im §. 11 des Gesetzes über das Wohnortsrecht der Landeseinwohner, vom 23. Januar 1852, erteilte Befugniß zu beseitigen oder zu mindern, daß es sogar im §. 8 den Anspruch auf Verleihung des Wohnortsrechts (nach sechsjährigem Aufenthalte) ausdrücklich an die Entrichtung des Anzugs- oder Bürgergeldes knüpft und daneben die Gemeinde zur Anforderung des Anzugs- oder Bürgergeldes (ebenfalls nach sechsjährigem Aufenthalte) für berechtigt erklärt.

Dagegen kann die in dem Statutenentwurfe festgestellte Scala des Anzugsgeldes um desswillen keine Billigung finden, weil die unteren Einkommensklassen unverhältnißmäßig hoch veranlagt sind und weil zugleich die niedrigste Classe — unter 100 Thlr. — auch den nach §. 100 der Landgemeinde-Ordnung von der Gemeinde-Einkommensteuer befreiten Einkommenssatz von „weniger als 50 Thlr.“ in sich begreift. Es wird vielmehr den Verhältnissen entsprechen, der in dem Entwurfe gewählten Scala des Anzugsgeldes die in dem gleichartigen Statut für die Gemeinde Neustadt-Harzburger angenommenen zu substituiren und wie Wir im Uebrigen gegen die Bestimmungen des Entwurfs nichts zu erinnern haben, so wollen Wir denselben unter der Bedingung, daß die Scala des Anzugsgeldes gedachtermaßen geändert wird, hierdurch bestätigen, wonach das Weitere zu besorgen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Helmstedt vom 7. September 1866.

Wir haben den Bericht vom 31. Juli d. J. No. 6246 empfangen und wollen unter den vorgetragenen Umständen

1. den von der Gemeinde Sölingen beabsichtigten Verkauf ihrer beiden Gemeindebackhäuser No. ass. 84 u. 85 daselbst als Neubauerwesen für den Preis von 775 Thlr. resp. 700 Thlr. an den Dienstknecht Basel in Sölingen resp. den Arbeitsmann Holzapfel aus Schwiegerhausen auf den Fall hierdurch genehmigen, daß zuvörderst vom Herzogl. Finanzcollegio, Abtheilung für Leihhausachen — an welche Behörde der bezügliche Antrag zu richten ist — die gedachten beiden Häuser aus dem hypothekarischen Regus entlassen sein werden, auch

2. der Gemeinde Sölingen gestatten, die fraglichen Kaufgelder in der von dem Amtsrath für angemessen erachteten Weise zu verwenden.

Da übrigens die gleichlautenden Bestimmungen in dem zweiten Absätze des §. 5 der beiden amtsgerichtlichen Kaufcontracte vom 22. Juni d. J. schon an sich die gemeindeseitig bezweckte Sicherung des Fortbetriebes der Bäckerei in den verkauften Backhäusern keineswegs genügend zu gewähren scheinen, mindestens aber in ihrer jetzigen Fassung erhebliche Weiterungen für eine etwaige Realisirung des Anspruchs der Gemeinde besorgen lassen, so hat Herzogl. Kreisdirection, obwohl bei der bestehenden freien Concurrenz im Bäckergewerbe das Interesse der Gemeinde an dem gesicherten Fortbetriebe der Bäckerei in den verkauften Häusern nicht gerade dringend sein wird, eine geeignete Modification der bezeichneten Contractbestimmungen noch in nähere Erwägung zu nehmen und nach dem Resultate der letztern herbeizuführen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Holzminden vom 6. März 1867.

Den Bericht vom 1. d. Mts. Nro. 2070, betreffend das Gesuch der Gemeinde Hohe um Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten des von ihr erbauten Häuslingshauses, haben Wir empfangen und da auf Grund der in dem Berichte enthaltenen Äußerungen angenommen werden kann, dass der fragliche Bau nach einem von Herzogl. Kreisdirection gebilligten Plane ausgeführt worden — obwohl die miteingesandten Acten nicht näher ersehen lassen, wie die bezügliche Cognition bewerkstelligt ist, — so wollen Wir der Gemeinde Hohe dem Art. 10 des Landtagsabschiedes vom 15. October 1861 entsprechend, zur Bestreitung der Baukosten von 1491 Thlr. 27 Gr. die Beihilfe von 20 Procent bewilligen und es wird das Herzogl. Finanzcollegium hieneben angewiesen werden, hiernach die Summe von 298 Thlr. 11 Gr. 4 Pf. an den Gemeinde-Vorsteher Reese in Hohe zahlen zu lassen, was Herzogl. Kreisdirection demselben zu eröffnen hat.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Braunschweig vom 13. December 1867.

Den Bericht vom 15. v. Mts. Nro. 3119, betreffend die Reclamation des Rittmeisters von Semmern gegen seine Heranziehung zur hiesigen Communalsteuer für die Monate Januar bis einschließlich Mai 1866, haben Wir empfangen.

Die Auffassung des Stadtmagistrats, dass es — nach §. 47 Nro. 3 resp. §§. 66, 115 Nro. 10 und 116 der revidirten Städteordnung — in dieser Angelegenheit um eine von den Stadtverordneten zu erledigende und, auf etwaige Beschwerde, von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten endgültig zu entscheidende, mithin der Competenz des Herzogl. Staatsministeriums entzogene, Frage sich handle, können Wir nicht für richtig halten. Denn der §. 47 Nro. 3 cit. — an welchen die übrigen bezeichneten Gesetzesstellen sich anlehnen — beschränkt das Entscheidungsrecht der Stadtverordneten auf die Frage: in welche der einzelnen Klassen der Steuerpflichtige zu setzen ist — und kann also erst dann practisch werden, wenn die Steuerpflicht an sich bereits feststeht. Für die Existenz der letztern aber bedarf es eines gesetzlich ausgesprochenen Grundes (§§. 146, 151 und 152 der revidirten Städteordnung) und es unterliegt daher keinem Zweifel, dass über die — auch im gegenwärtigen Falle den Gegenstand des Conflicts bildende Frage: ob eine Person überhaupt communalsteuerpflichtig ist, der Magistrat, nicht die Stadtverordneten-Versammlung, Beschluss zu fassen hat, und dass das Herzogl. Staatsministerium unter den im §. 184 Nro. 1 cit. bestimmten Voraussetzungen befugt ist, solchen Beschluss wieder aufzuheben.

Nun wird von dem Stadtmagistrat für die Verpflichtung des Reclamanten, zu gleicher Zeit in hiesiger Stadt und in Wolfenbüttel Communalsteuer zu zahlen, der Grund geltend gemacht: dass der Reclamant während der Dauer seiner dienstlichen Versetzung nach Wolfenbüttel eine Mietwohnung in hiesiger Stadt beibehalten und mit seiner Frau regelmäßig benutzt und bewohnt habe.

Die Richtigkeit dieser Thatumstände ist indess den Acten nach nicht hinreichend constatirt.

Der Reclamant seinerseits räumt nur ein, daß er seine hiesige Miethwohnung beibehalten habe und dieser Umstand allein würde eine Verpflichtung zur Beitragsleistung zu den hiesigen städtischen Lasten für den im Dienste nach Wolfenbüttel versetzten und dort garnisonirenden Reclamanten nicht begründen.

Im Uebrigen behauptet derselbe vielmehr, daß er — und zwar seit Ende 1865 insbesondere während der hier in Betracht kommenden Monate Januar bis Juni 1866 mit seiner Familie in Wolfenbüttel gelebt und dort eine Wohnung miethweise inne gehabt habe.

Je nachdem die Annahme des Stadtmagistrats oder die Behauptung des Reclamanten in Betreff des wirklichen Aufenthalts des letztern während der gedachten Monate die richtige ist, würde der letztere vollständig oder überhaupt nicht zur Beitragsleistung heranzuziehen sein, während wenn der Aufenthalt ein abwechselnder gewesen sein sollte, nach §. 146 Schlusssatz der revidirten Städteordnung Bestimmung zu treffen sein würde, wenn nicht für diesen Fall der Stadtmagistrat von der weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen sich veranlaßt sehen sollte.

Die Verfügung vom 23. Juli v. J. kann hiernach nicht aufrecht erhalten werden und indem Wir dieselbe hierdurch aufheben, ertheilen Wir dem Stadtmagistrate die Anweisung, das Sachverhältniß, falls einer Heranziehung des Reclamanten zu den Gemeindeabgaben für die fraglichen Monate weitere Folge gegeben werden soll, näher als geschehen zu den Acten zu constatiren und sodann weiter zu verfügen.

Von dieser Entscheidung ist der Reclamant in Kenntniß zu setzen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel vom 6. Mai 1868.

Auf den ferneren Bericht vom 25. v. M. Nro. 4538 wollen Wir nunmehr der Gemeinde Berklingen gestatten, ihr Backhaus Nro. ass. 42 daselbst nebst Zubehör für den Preis von 840 Thlr. an den Bäcker Kortegas nach Maßgabe der aufgestellten und bezüglich des §. 4 in der zu dem Protocolle vom 20. v. M. vereinbarten Weise abzuändernden Kaufbedingungen zu veräußern.

Uebrigens machen Wir in Hinblick auf die anscheinend abweichende Ansicht der Herzogl. Kreisdirection (ad 1 des Berichts) und des Gemeindevorstehers in Berklingen (am Schlusse des Protocolls vom 20. v. M.) bemerkl., daß die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinde Berklingen, ein Gemeindebackhaus zu halten, mit dem Verlaufe des Gemeindebackhauses Nro. 42 nicht erlischt, vielmehr nur bis auf Weiteres außer Wirksamkeit gesetzt wird und bei dem etwaigen Wiedereintreten eines Bedürfnissfalles wieder realisiert werden muß. Danach ist das Nöthige zu besorgen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt vom 18. Mai 1868.

Den Bericht vom 7. Februar d. J. Nro. 8648, betreffend die Beschwerde des Obergerichtsraths Vorwerk in Wolfenbüttel, als Besizer des Ackerhofes Nro. ass. 13 in Söllingen, wegen ungesetlicher Vertheilung der Parochiallasten daselbst, haben Wir seiner Zeit empfangen.

Die Contribution, wie dieselbe durch die Verordnung vom 31. März 1817 an die Stelle der „bisher bestehen gebliebenen Grundsteuer“ wiederum gesetzt worden, ist in ihrem Wesen als eine Form der Grundbesteuerung aufzufassen, und es leidet, zumal gegenüber der Entstehungsgeschichte des Gesetzes vom 18. Juni 1864 — Nro. 30, — keinen Zweifel, dass nach Sinn und Zweck des letztgedachten Gesetzes das darin enthaltene Verbot der Kirchensteuer-Aufbringung „allein nach dem Contributionsfuße“ nicht lediglich auf diese Form, sondern auf eine jede Form der Grundbesteuerung bezogen werden muss.

Es kann daher die in der Gemeinde Söllingen für die Kirchensteuer etwa hergebrachte ausschließliche Anwendung irgend eines Grundsteuerfußes als eine nach dem Gesetze vom 18. Juni 1864 noch rechtsbeständige nicht betrachtet werden und Herzogl. Kreisdirection hat deshalb, gleichviel ob ein solches Herkommen wirklich besteht, oder nicht, kraft der Bestimmung im §. 162 Nro. 1 der Landgemeinde-Ordnung den Beschluss des dortigen Gemeinderathes: „die Parochiallasten auch künftig allein nach dem Grundbesitze tragen zu lassen“ — als unvereinbar mit dem Gesetze vom 18. Juni 1864 aufzuheben und dem Beschwerdeführer davon Eröffnung zu machen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 19. Juli 1868.

Den Bericht vom 18. Mai d. J. Nro. 5179, betreffend den Entwurf eines Statuts über die Aufbringung der Communalsteuer in der Stadt Schöppenstedt, haben Wir empfangen.

Nach §. 157 Abs. 1 und 2 der revidirten Städteordnung muss angenommen werden, dass die Stadtgemeinden befugt sind, durch statutarische Bestimmung den Steuerbedarf der Stadtkasse bis zu einem Drittheil auf die Grundstücke zu legen, dass es hierbei aber irrelevant ist, ob durch das Statut die innerhalb dieser Grenze den Grundstücken zuzuweisende Steuerquote ein für alle Mal festgestellt oder einer alljährlich wiederkehrenden Feststellung vorbehalten wird. Unzulässig erscheint es dagegen, weil über die den Stadtverordneten durch die revidirte Städteordnung ertheilte Zuständigkeit bei der Ausschreibung von Gemeindeauslagen hinausgehend, wenn lediglich von den Stadtverordneten — wie in dem Entwurfe bestimmt worden — die auf die Grundstücke zu legende Quote des Steuerbedarfs der Stadtkasse alljährlich festgestellt werden soll.

Wir wollen daher den Entwurf, dessen übriger Inhalt zu keinem, die Bestätigung verhindernden Bedenken Anlass giebt, für den Fall hierdurch genehmigen, dass im §. 3 Abs. 2 statt „hängt von der jedesmaligen Bestimmung der Stadtverordneten ab“ gesagt wird, „hängt von der jedesmaligen Bestimmung der städtischen Behörden ab“.

Demgemäß hat die Herzogl. Kreisdirection, welche die Berichtsanlagen zurück empfängt, das Weitere zu besorgen.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Landesöconomie-
Commissarius a. D. Ahlborn aus Braunschweig und jetzt in Hannover
vom 9. October 1868.

Wir eröffnen Ihnen auf den Recurs vom 18. August d. J., wegen Ihrer Veranziehung zu der hiesigen Communalsteuer, nachdem Wir darüber den hiesigen Stadtmagistrat gehört haben,

dass das allhier usuell gewordene Verfahren des Stadtmagistrats bei Heranziehung der zwar im Auslande wohnenden, aber in hiesiger Stadt heimatbsberechtigt gebliebenen „Gemeindengenossen“ zur Communalsteuer, weil durch die betreffenden Bestimmungen der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 nicht reprobiert, für unberechtigt nicht zu erachten ist, — zumal die Consequenzen des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November v. J., auch in anderen Staaten des Norddeutschen Bundes und namentlich im Königreiche Preußen noch nicht in einer, die Besteuerung am Heimathsorte — im Falle des Wegziehens von demselben — befestigenden Weise zur Geltung gelangt sind, und dass daher dem Recursantrage nicht entsprochen werden kann.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Holzminden vom 3. Februar 1869.

Den fernerem Bericht vom 17. December v. J., hinsichtlich des von den Stadtbehörden in Eschershausen beschlossenen Statuts wegen Einziehung der Communalsteuer des Gesindes resp. der Gewerbegehilfen von den Dienstherrschaften resp. den Gewerbetreibenden, haben Wir seiner Zeit erhalten.

Es ist jedoch auch nach den von Herzogl. Kreisdirection inzwischen bewerkstelligten nähern Ermittlungen nicht anzunehmen, dass in der Stadt Eschershausen die Fälle, wo communalsteuerpflichtiges Gesinde oder communalsteuerpflichtige Gewerbegehilfen durch Verlassen des Aufenthaltsorts sich der Entrichtung der Communalsteuer entziehen, verhältnissmäßig öfter vorkommen, als in anderen Stadtgemeinden des Landes, und so lange daher nicht auch von anderen Stadtgemeinden das Bedürfniss kund gegeben worden, Communalsteuerverlusten der fraglichen Art durch Einführung einer — unzweifelhaft lästigen — Haftpflicht der Dienstherrschaften resp. Gewerbetreibenden zu begegnen, können Wir schon deshalb nicht der Meinung sein, dass es sich genügend rechtfertigen würde, für die Stadt Eschershausen die beabsichtigte statutarische Massregel zuzulassen.

Sollten übrigens betreffende weitere Erfahrungen in der Communalsteuer-Verwaltung der Stadtgemeinden des Herzogthums das gedachte Bedürfniss demnächst wirklich herausstellen, so würden Wir alsdann — bei der allgemeinen Bedeutung desselben — zuvörderst in Erwägung ziehen: ob nicht eine Abhülfe im Wege der Gesetzgebung angemessen sei.

Herzogliche Kreisdirection hat dem Stadtmagistrate in Eschershausen hiervon Eröffnung zu machen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 27. November 1869.

Auf den Bericht vom 17. d. M. No. 11243 wollen Wir, in Gemäßheit des Art. 10 des Landtagsabschiedes vom 15. October 1861, der Gemeinde Hedeper zur Bestreitung der auf überhaupt 2189 Thlr. 19 Gr. 5 Pf. sich belaufenden Kosten des von ihr erbauten Häuslingshauses eine Beihülfe von 20 Procent dieser Kosten, mithin in abgerundeter Summe vierhundert acht und dreißig Thaler aus Herzogl. Hauptfinanzkasse bewilligen und es wird das Herzogl.

Finanzcollegium hierneben angewiesen werden, den letztgedachten Betrag an den Gemeindevorsteher Bötzel in Hedeper zahlen zu lassen, was demselben zu eröffnen ist.

Zugleich genehmigen Wir, daß Seitens der Gemeinde Hedeper behuf Deckung des alsdann und nach Abrechnung des disponibeln Baarvorrathes der Gemeindefasse zu 332 Thlr. 16 Gr. 3 Pf. noch verbleibenden Restes der fraglichen Baarkosten

1. die beschlossene Verwendung der unter A. 1 und 2 des Berichts bezeichneten Gemeindefassen-Capitale zu überhaupt 405 Thlr. 9 Gr. bewerkstelligt und
2. ein vierprocentiges Anlehen von 1000 Thlr. — welches mit jährlich mindestens 4 Procent zu amortisiren ist, — aufgenommen werde.

Herzogliche Kreisdirection hat daher auch in diesen Beziehungen das Weitere zu besorgen.

Erwiederungsschreiben Herzogl. Staatsministeriums an das Commando des Herzogl. Contingents vom 24. Mai 1870.

Wir erwiedern dem Commando des Herzogl. Contingents auf den Antrag vom 23. März d. J. hinsichtlich der in hiesiger Stadt vorgenommenen Heranziehung der Mitglieder der Militair-Musikchöre zur Communalsteuer von ihrem Einkommen aus sogenannten musikalischen Aufwartungen, Folgendes:

Im §. 1 Nro. 1 der durch die Bundes-Verordnung vom 22. December 1868 für das ganze Bundesgebiet in Geltung gesetzten Königl. Preussischen vom 23. Septbr. 1867, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Communalauflagen in den neu erworbenen Landestheilen ist bestimmt: daß von dem Einkommen aus einem stehenden Gewerbe auch die servisberechtigten Militairpersonen des activen Dienststandes zu den Communallasten beizutragen haben.

Nun unterliegt es zwar keinem Zweifel, daß diejenigen, seien es Civilpersonen oder Militairpersonen, — welche sogenannte musikalische Aufwartungen gegen Entgelt auf Bestellung leisten, an und für sich und im Sinne der Bundesgewerbeordnung ein stehendes Gewerbe betreiben; da indeß nach §. 3 Nro. 8 des diesseitigen Gewerbesteuergesetzes vom 3. August 1864 die Beschäftigung „der Militair-Musikchöre in Uniform“ als eine gewerbesteuerpflichtige Beschäftigung nicht betrachtet werden soll, so läßt sich annehmen, daß insoweit — jedoch nur innerhalb der bezeichneten Grenze — auch der Begriff eines Gewerbes für die musikalischen Aufwartungen der Militair-Musiker durch die particularrechtliche Ausnahmebestimmung beseitigt worden ist, und daß mithin im hiesigen Lande das Einkommen aus der Beschäftigung „der Militair-Musikchöre in Uniform“ kein Object der communalen Besteuerung sein kann.

Zugleich ergibt sich aber hieraus, daß da, wo musikalische Aufwartungen von Militair-Musikern geleistet werden, welche sich nicht „in Uniform“ befinden, oder, wenn gleich in Uniform, nicht als die Gesamtheit eines Militair-Musikchors auftreten, der Begriff eines Gewerbebetriebes und die regelmäßige gesetzliche Communalsteuerverpflichtung des aus letztern erzielten Einkommens wiederkehrt.

Nach diesen Grundsätzen würde — wie Wir auch dem Stadtmagistrate zur Nachachtung hierneben eröffnet haben — in der fraglichen Angelegenheit verfahren werden müssen.

Gemeinheiten. Interessenschaften. Corporationen.**Rescripte zc.**

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Holzminden vom 3. Juni 1858.**

Wir erwiedern auf den Bericht vom 20. v. Mts. Nro. 3803, das Gesuch der „Ither Gewerkschaft“ um Verleihung der Corporationsrechte betreffend, Folgendes:

Die Verleihung der Corporationsrechte an die Ither Gewerkschaft erscheint weder zulässig, noch nothwendig: nicht zulässig, weil der Zweck der Gesellschaft, deren Unternehmen in seiner Fortführung von der Nachhaltigkeit des gehofften Gewinns bedingt sein wird, als ein dauernder, zum Substrat einer Corporation geeigneter, nicht betrachtet werden kann, — nicht nothwendig, weil die Fähigkeit Verbindlichkeiten einzugehen und Rechte zu erwerben, an sich schon in der Natur der Actiengesellschaften liegt. zc.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Helmstedt vom 4. April 1861.**

Wir wollen auf den Bericht vom 22. Januar d. J. Nro. 482 der Freimaurerloge Julia Carolina zu den drei Helmen in Helmstedt die Rechte einer Corporation hiermit unter der Bedingung verleihen, dass die Vermögens-Verwaltung (§. 181 der revidirten Städteordnung) der Aufsicht des dortigen Stadtmagistrats unterliegt und letzter zu diesem Ende von jeder Veränderung in der Personen-Zusammensetzung des — aus dem Meister vom Stuhle, dem deputirten Meister und dem ersten und zweiten Aufseher bestehenden — Collegiums sofort in Kenntniss gesetzt wird, welches jene Loge nach außen hin zu vertreten berechtigt ist.

Herzogliche Kreisdirection hat das Weitere zu verfügen, auch die erforderliche Bekanntmachung zu erlassen und die eingesandten Acten hieneben zurück zu empfangen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Braunschweig vom 19. Mai 1864.**

Auf den fernerer Bericht vom 15. v. M. Nro. 2874 wollen Wir nunmehr der Weidengemeinschaft in Duttenstedt zu dem Verkaufe ihres Hirtenhauses Nro. ass. 25 daselbst sammt Hof und Gartenraum an den dortigen Schäfer Greite, für den Preis von 610 Thlr., unsere Genehmigung unter der Bedingung ertheilen, dass das Kaufgeld zur Bestreitung der Separationskosten verwandt wird, wonach Herzogl. Kreisdirection das Weitere zu besorgen hat. zc.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Braunschweig vom 18. Januar 1866.**

Den Bericht vom 13. v. Mts. Nro. 4493, betreffend den Verkauf verschiedener Acker- und Wiesengrundstücke der Wilhelmschorsgemeinde hieselbst, haben Wir empfangen.

Nach §. 18 des Statuts über die Verwaltung der hiesigen Weichbildsgemeinden und Feldmarksinteressenschaften ist zur Fassung eines rechtsgültigen Gemeindebeschlusses über Veräußerung von Grundgrundstücken erforderlich:

dass sämtliche Interessenten, unter Angabe des Zweckes, durch eine dreimalige Bekanntmachung in den Anzeigen vorgeladen sind.

Das notarielle Protocoll über die Gemeindeversammlung vom 30. October v. J., in welcher der Verkauf der in Frage befindlichen Grundstücke für die in dem Termine vom 4. October v. J. erfolgten resp. nachträglich erhöhten Meistgebote einstimmig genehmigt worden, lässt nun nicht ersehen, ob die Zusammenberufung der Gemeindeglieder in der hervorgehobenen statutenmäßigen Weise bewerkstelligt ist, es muss aber die vorgängige Klarstellung dieses Punkts um so wichtiger erscheinen, als die Gemeindeversammlung vom 20. Juli v. J. auf deren Beschluss jener Verkauf eingeleitet worden, ausweislich des bezüglichen notariellen Protocolls, zu dem Zwecke convocirt gewesen, um über den Verkauf bestimmt bezeichneter Gemeindeländerei an den Wagenfabrikanten Deicke und den Saamenhändler Bredde zu berathen und zu beschließen, mithin nicht befugt war, ihre Beschlüsse, den angegebenen Versammlungszweck überschreitend, auch auf den Verkauf der übrigen Gemeindeländerei zu erstrecken.

Wir veranlassen deshalb den Stadtmagistrat, zunächst noch die statutenmäßige Zusammenberufung der Gemeindeversammlung vom 30. October v. J. zu constatiren und dann weiter zu berichten.

Da ferner die Verwaltungsdeputation der Wilhelmithorsgemeinde in der Eingabe vom 30. November v. J. beantragt, die Genehmigung der Verkäufe an die Bedingung zu knüpfen:

„dass der Interessenschaft der Wilhelmithor-Weichbildsgemeinde das Recht der Winterhude, welches ihr in der Feldmark Wilhelmithor zustehe, auch auf den von derselben hier verkauften Grundstücken verbleibe“

diese Bedingung jedoch unter die betreffenden allgemeinen Verkaufsbedingungen nicht mit aufgenommen und hinterher nur den Kaufcontracten mit dem Deconomen Essen (Nro. 5 des Berichts) und mit dem Schafmeister Böske (Nro. 9 des Berichts) einverleibt ist, so wollen Wir auch noch darüber, welche nähere Bewandniß es mit dem gedachten Antrage der Verwaltungsdeputation hat, berichtliche Auskunft gewärtigen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg vom 18. Juli 1867.

Nach Eingang des fernereren Berichts vom 12. d. Mts. Nro. 3455 erwiedern Wir nunmehr der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 28. Mai d. J. Nro. 2698, dass für den beabsichtigten Verkauf des Schützenhauses der Schützengesellschaft in Stiege eine Genehmigung der Aufsichtsbehörden nicht erforderlich ist, da die genannte Gesellschaft Corporationsrechte nicht besitzt und die bloße Thatsache der obervanzmäßigen Verwaltung der Gesellschafts-Angelegenheiten durch den Gemeinderath dem Gesellschaftsvermögen eine besondere, das gesetzliche Requirat der Genehmigung für etwaige Veräußerungen begründende, rechtliche Qualität nicht verleihen kann.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Braunschweig vom 12. Juli 1869.

Auf den Bericht vom 8. Mai d. J. No. 1396 wollen Wir zu der in hiesiger Stadt nach Maßgabe der miteingesandten Statuten beabsichtigten Gründung eines Kranken-Unterstützungs-Vereins unter dem Namen „Nießscher Kranken-Unterstützungs-Verein“, die erforderliche Erlaubniß — §. 99 des Polizeistrafgesetzbuchs — hierdurch ertheilen.

Die Gründer des gedachten Vereins sind hiervon in Kenntniß zu setzen, zugleich aber darauf aufmerksam zu machen, daß in folgenden Punkten eine Einbesserung der Statuten sich empfehlen würde:

1. im §. 15 Schlusssatz der Statuten ist gesagt:

„Anträge auf Statuten-Veränderungen müssen . . . vom Herzogl. Staatsministerium genehmigt werden“

(richtiger: „bedürfen der Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums.“)

Es bedarf aber im vorliegenden Falle, wo es sich nur um die nach §. 99 des Polizeistrafgesetzbuchs erforderliche Erlaubniß des Herzogl. Staatsministeriums handelt, einer ausdrücklichen ministeriellen Genehmigung der Statuten überhaupt nicht, sondern lediglich einer Cognition in der Richtung: ob die Statuten als die Basis des beabsichtigten Unternehmens Bestimmungen enthalten, welche die Ertheilung jener Erlaubniß bedenklich erscheinen lassen, und es ist daher auch bei etwaigen Statutenveränderungen nur nöthig, dieselben dem Herzogl. Staatsministerium anzuzeigen, damit die fraglichen Aenderungen, wenn sie eine bedenkliche Modification der vom Herzogl. Staatsministerium einwandfrei befundenen ursprünglichen Basis des Unternehmens in sich schließen sollten, verhindert werden können.

2. Nach dem Wortlaute des §. 16 der Statuten würde bei einer beschlossenen Auflösung des Vereins die von fünf Mitgliedern abgegebene einfache Erklärung, den Verein fortführen zu wollen, dieselben berechtigen, das Vermögen des Vereins an sich zu nehmen, mithin der Umstand nicht weiter in Frage kommen: ob die Erklärenden hinterher den Verein auch wirklich fortführen oder nicht. Es ist daher für cautelarisch zu halten, die unzweifelhafte Absicht der Bestimmung durch den Zusatz hervorzuheben: daß die Hinnahme des Vereinsvermögens nur zu dem Zwecke der Fortführung des Vereins geschehen darf und in ihrer Rechtsbeständigkeit durch die Erfüllung dieses Zweckes bedingt wird.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 25. October 1869.

Wir wollen dem mit dem Berichte vom 22. v. M. No. 4900 eingesandten Entwurfe eines Statuts über die Verwaltung der Angelegenheiten und des Vermögens der Weideinteressenschaft zu Hasselfelde die Bestätigung unter der Voraussetzung hierdurch ertheilen, daß für die genannte Weideinteressenschaft die auf die Veräußerung von Gemeinheitsgütern und Berechtigungen bezüglichen Bestimmungen des §. 179 der revidirten Städteordnung an einer geeigneten Stelle des Entwurfs ausdrücklich noch vorbehalten werden.

Wir bemerken dabei, daß

1. das weitergehende Verlangen der Herzogl. Kreisdirection, wonach in dem Entwurfe auch hinsichtlich der Ankäufe von Grundstücken und Berechtigungen, sowie der An- und Ausleihung von Capitalien die Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums in dem durch §. 187 der revidirten Städteordnung bezweckten Maße für erforderlich erklärt werden soll, — nicht gerechtfertigt erscheint, da der §. 187 cit. nur auf Gemeinden, also nicht auf Gemeinheiten anzuwenden ist, daß aber

2. die Annahme der Hasselfelder Weideinteressenschaft „als habe in dem Statute der Seesener Weideinteressenschaft der ausdrückliche Ausschluss des Aufsichtsrechts der Staatsbehörden die Zustimmung des Herzogl. Staatsministeriums gefunden“ auf einem Irrthume beruht, da vielmehr auch bei Bestätigung des gedachten Seesener Statuts die unveränderte Anwendbarkeit des §. 179 der revidirten Städteordnung auf die Seesener Weideinteressenschaft vom Herzogl. Staatsministerium ausdrücklich hervorgehoben ist.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß das Statut der Hasselfelder Weideinteressenschaft, weil nicht unter den Begriff eines Gemeindestatuts fallend, als ein mit Gesetzeskraft versehenes städtisches Statut im Sinne des §. 2 der revidirten Städteordnung nicht betrachtet werden kann.

Herzogliche Kreisdirection hat hiernach das Weitere zu besorgen.

Gemeinheitstheilungen.

Gesetz, die Aufhebung der Untrennbarkeit der den Reihenhäusern der Stadt Braunschweig bei Theilung der Gemeinheitgrundstücke zugefallenen Abfindungen betreffend. 21. Juni 1862 Nro. 31 Seite 155.

3. Juli

§. 1. Trennbarkeit der den einzelnen Bürgerhäusern bei Theilung der städtischen Gemeinheiten zugelegten Antheile ohne landesherrliche Genehmigung.

§. 2. Aufrechthaltung des Gemeinheitsverbandes der Reihenhäuser der Stadt Braunschweig nach Trennung der Theilungsabfindung.

Rescripte 1c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Landes-Deconomie-Commission vom 10. April 1860.

Wenn Herzogl. Landes-Deconomie-Commission in dem Berichte vom 24. v. Mts. Nro. 701, die Abfindung der Hachumer Gemeindefasse bei der dortigen Separation betreffend, die Ansicht ausspricht, daß es zur Feststellung derartiger Abfindungen der Bestätigung des Amtsrathes und Unserer Genehmigung nicht bedürfe, so können wir damit nicht übereinstimmen. Die Nothwendigkeit dieser Zustimmung folgt allerdings nicht schon aus den §§. 153 und 164 der Landgemeinde-Ordnung, wohl aber aus §. 119 indem spätestens bei jeder Separation eine vollständige Trennung

des eigentlichen Gemeinde- und des Gemeinheits-Vermögens stattfinden muss, diese Auseinandersetzung als Veräußerung von Gemeindegut angesehen und behandelt werden soll, mithin auch bei derselben die in den §§. 153 und 164 vorgeschriebenen Förmlichkeiten zu beobachten sind.

Wir sind nun, was den vorliegenden Fall anlangt, mit Herzogl. Landes-Deconomie-Commission einverstanden, dass, in Ermangelung einer anderweiten ausdrücklichen Feststellung, das Eigenthum der in der Sachumer Separation beschlossenen gemeinschaftlichen Anlagen der Separationsinteressentenschaft zustehen würde, nicht nur, weil die zu derselben erforderlichen Grundstücke aus dem Eigenthume der Interessentenschaft entnommen sind und eine Uebertragung des Eigenthums auf die politische Gemeinde nicht ohne Weiteres und nicht ohne Zustimmung der Ersteren angenommen werden kann, sondern auch, weil der Umstand, dass reccessmäßig der Gemeinde nur die Nebennutzungen an den gemeinschaftlichen Anlagen überwiesen werden sollen, darauf schließen lässt, dass eine Eigenthumsübertragung nicht beabsichtigt sei.

Hiernach würde auch das Eigenthum des Feuerteiches, des Vergnügungs-, Bau- und Zimmerplatzes, der Kummerkuhle, der Flachsroten für die Häuslinge, der Lehm- und Grandgrube den Interessenten verbleiben, lediglich mit den in dem Reccessentwurfe §§. 18 und 19 aufgeführten Beschränkungen. Wir können dies weder für zweckmäßig noch den Verhältnissen und den von den Herzogl. Kreisdirectionen geltend zu machenden polizeilichen Rücksichten entsprechend halten, sind vielmehr der Ansicht, dass die betreffenden Bestimmungen nach der im Entwurfe des Reccesses gewählten Fassung, wie solches in anderen Fällen sich bereits gezeigt hat, zu Ungewissheiten und Streitigkeiten führen müssen. Denn nicht nur bleibt es zweifelhaft, wer zur Nutzung der gemeinschaftlichen Anlagen befugt sei, da hierüber der im §. 18 No. 3 des Entwurfs gebrauchte Ausdruck „Eingeseffene zu Sachum“ klare Maße nicht giebt, sondern es genügt auch nicht, wenn lediglich die Grand- und Lehmabfuhr unter Aufsicht des Gemeindevorstehers gestellt worden ist, indem alsdann die weiteren Dispositionen über jene Anlagen der Interessentenschaft verbleiben würden, weswegen der vielfach eintretenden polizeilichen Rücksichten und des concurrirenden Interesses der politischen Gemeinde unzulässig erscheint.

Die bei den Separationen auszuweisenden s. g. gemeinschaftlichen Anlagen sollen, ihrem Zwecke nach, entweder einem polizeilichen oder öffentlichen Interesse genügen — Feuerteiche, Abdeckerei, Bau-, Versammlungs- und Vergnügungsplätze, Häuslings-Pachtländerei — oder zu allgemeinem Gebrauche der Ortseinwohner dienen — Lehm- und Grandgruben, Kummerkuhlen, Zimmerplätze — oder endlich der ausschließlichen Benutzung der Separationsinteressenten oder Einiger derselben vorbehalten bleiben — Flachsroten, Schafbaden 2c. — dieser Zweckbestimmung entsprechend ist auch die Eigenthumsfrage zu regeln, wenn nicht zu vielfachen Differenzen Raum gegeben werden soll und es wird demgemäß das Eigenthum der zu öffentlichen Zwecken dienenden oder zur Nutzung durch alle Gemeindeglieder bestimmten Anlagen stets der politischen Gemeinde zugewiesen werden müssen.

Wir haben daher die Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel hierneben angewiesen, in der Sachumer Separationsache den Antrag zu stellen, dass der demnächstige Reccess eine solche, anscheinend auch der Absicht der Interessentenschaft entsprechende Fassung erhalte, dass kein Zweifel darüber bleibt, dass von den gemeinschaftlichen Anlagen der Feuerteich, der Vergnügungsplatz,

Gesinde-Ordnung. Gesindesachen. Gewerbe und Handel. Gewerbepolizei u. 199

die Kummerfuhle, die Brand- und Lehmgrube, der Bau- und Zimmerplatz sowie die 12 Quadrat-ruthen Häuslings-Flachsrotten in das Eigenthum der politischen Gemeinde übergehen.

Zugleich aber ertheilen Wir der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission den Auftrag, bei allen vorkommenden Separationen dafür zu sorgen, dass über die Eigenthumsfrage an den gemeinschaftlichen Anlagen im obigen Sinne scharfe und unzweideutige Bestimmungen getroffen und in den Recess mit aufgenommen werden, auch sind die sämmtlichen Local-Commissionen mit entsprechenden Anweisungen zu versehen.

Gesinde-Ordnung. Gesindesachen.

Gesetz, Abänderung und Ergänzung des §. 21 der Gesinde-Ordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. October 1832 Nro. 31 betreffend.
5|12. August 1867 Nro. 60 Seite 483.

Feststellung von Terminzahlungen des Gesindelohns.

Gewerbe und Handel. Gewerbepolizei. Gewerbesteuer.

Plenarbeschluss Herzogl. Obergerichts, den Handel der Schneider mit selbstgefer-tigten Kleidungsstücken betreffend. 13|25. April 1860 Nro. 11 Seite 29.

Befugniß der Schneider zum Handel mit selbstgefertigten Kleidungs-stücken ist von besonderer Concession abhängig.

Gesetz, die Verbindlichkeit Gewerbetreibender für die von ihren Dienern ver-wirkten Steuerstrafen zu haften, betreffend.
12|21. September 1860 Nro. 32 Seite 119.

§. 1. Aufhebung früherer Gesetzbestimmungen rüchichtlich der Steuer von Branntwein, Brau-malz, Taback und Zucker.

§. 2. Umfang der Haftungsverbindlichkeit für Diener, Gewerbsgehülfsen und im Hause sich befindende Angehörige.

§. 3. Vollziehung von Freiheitsstrafen.

Gesetz, die Befugniß zum Betriebe von Mahlmühlen betreffend.
6|21. Februar 1862 Nro. 7 Seite 13.

§. 1. Aufhebung früherer Gesetzbestimmungen.

§. 2. Bereitung von Mahlwerk zum eigenen Bedarf.

§. 3. Befugniß zum gewerbsmäßigen Mühlenbetriebe.

§. 4. Entschädigung der Besitzer älterer Mühlen aus der Staatskasse.

§. 5. Betrag der Entschädigung.

§. 6. Aufhören des Anspruchs auf Entschädigung.

§. 7. Feststellung der Entschädigungsrente.

§. 8. Präclustivtermine zur Anmeldung der Entschädigungs-Ansprüche.

§. 9. Zahlung der Rente.

- §. 10. Letzter Rentenzahlungstermin und Entschädigungscapital.
- §. 11. Verfügungsbeschränkung über die Capital-Entschädigung.
- §. 12. Aufhören der Verpflichtung des Staats zur Entschädigung.
- §. 13. Aufrechterhaltung der Entschädigungs-Verpflichtung gegen ältere Mühlenanlagen.
- §. 14. Entschädigungsanspruch der Mühlenpächter.
- §. 15. Bestimmungen über Mühlenanlagen zum eigenen Bedarf.
- §. 16. Aufhebung des Gesetzes vom 9. Mai 1840 und Uebergangsbestimmung.

Verordnung, die Publication der mit dem Schweizerischen Bundesrathe abgeschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Befreiung der Handelsreisenden von der Gewerbesteuer betreffend.

17/27. Februar 1862 Nro. 8 Seite 25.

- §. 1. Gegenseitige Einräumung von Geschäftsbetrieben der Handelsreisenden.
- §. 2. Legitimationscheine.
- §. 3. Nothwendiger Inhalt der Legitimationscheine.
- §. 4. Ausfertigung von Gewerbescheinen.
- §. 5. Pflicht zur Vorzeigung der Gewerbescheine.
- §. 6. Vorbehalt der Kündigung der Uebereinkunft.
- §. 7. Offenhalten des Zutritts noch nicht beigetretener Schweizercantone und der übrigen Staaten des deutschen Zollvereins.

Anlagen. Formulare zu Legitimationszeugnissen und Gewerbescheinen
Seite 29, 30 und 31.

Regulativ, die Benutzung von Schrotmühlen Seitens der Brennerei- und Brauereibesitzer in Braunschweig betreffend.

14. Mai 1862 Nro. 28 Seite 131.

6. Juni

- §. 1. Erlaubniß des Haupt-Steueramts zur Anlegung einer Schrotmühle.
- §. 2. Aufstellung in verschließbarem Raume.
- §. 3. Einrichtung des Rumpfs.
- §. 4. Aufstellung.
- §. 5. Zeit der Benutzung.
- §. 6. Beschränkungen rücksichtlich des zu vermahlenden Schrotes.
- §. 7. Vermischung des Getreides zur Brauschrotbereitung.
- §. 8. Declaration.
- §. 9. Mahlschein.
- §. 10. Controle der Beschüttung des Rumpfes.
- §. 11. Revision und Verwägung.
- §. 12. Verfahren nach der Verwägung.
- §. 13. Plombenverschluß.
- §. 14. Mühlenwaageregister und Revisionsbuch.
- §. 15. Aufbewahrungsort des Schrotes.

- §. 16. Verfahren nach der Abschrotung.
- §. 17. Abrechnung über Zu- und Abgang des Schrotens.
- §. 18. Ausdehnung der Befugnisse der Controlebeamten.
- §. 19. Beschreibung der Mühlenlocalitäten.
- §. 20. Beschränkung der Benützung der Mühlenräume.
- §. 21. Vorbehalt von Ausnahmegestimmungen.
- §. 22. Benützung der Quetschmaschinen in den Brauereien.
- §. 23. Strafbestimmungen.

Anlage A. Formular zur Declaration. Anlage B. Formular eines Mahlscheins. Anlage C. Formular eines Mühlen-Waage-Registers.

Verordnung, betreffend die Bekanntmachung der mit der Königl. Württembergischen Regierung wegen gegenseitigen Schutzes der beiderseitigen Staatsangehörigen gegen Nachahmung von Waarenbezeichnungen getroffenen Uebereinkunft. 27. October 1862 Nro. 47 Seite 187.

5. November

Verordnung, betreffend die Bekanntmachung des mit der Königl. Hannöverschen Regierung wegen gegenseitigen Schutzes der beiderseitigen Staatsangehörigen gegen Nachahmung von Waarenbezeichnungen getroffenen Uebereinkunft. 16/25. März 1863 Nro. 8 Seite 17.

Verordnung, betreffend die Bekanntmachung der mit dem Senate der freien Stadt Frankfurt wegen gegenseitigen Schutzes der beiderseitigen Staatsangehörigen gegen Nachahmung von Waarenbezeichnungen getroffenen Uebereinkunft. 20/30. Juli 1863 Nro. 27 Seite 211.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik zu Salzdhalm betreffend. 25. April 1864 Nro. 22 Seite 63.

9. Mai

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik in Rautheim betreffend. 24. Juni 1864 Nro. 31 Seite 103.

12. Juli

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die staatlich genehmigte Zulassung der Actiengesellschaft „Zucker-Raffinerie zu Braunschweig“ betr. 7/19. August 1864 Nro. 37 Seite 139.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die staatlich genehmigte Zulassung der Actiengesellschaft „Chemische Fabrik zu Schöningen“ betr. 8/19. August 1864 Nro. 38 Seite 141.

Gewerbegesetz für das Herzogthum Braunschweig. 3. August 1864 No. 40 S. 145.
3. Septbr.

Erster Abschnitt.

§§. 1—4. Umfang des Gesetzes.

Zweiter Abschnitt.

Von der Befugniß zum Gewerbebetriebe.

§. 5. Freiheit des Gewerbebetriebes.

§. 6. Ausnahmen von der Altersbeschränkung.

§. 7. Dispensation von der Altersbeschränkung.

§§. 8 u. 9. Gewerbebetrieb juristischer Personen und Minderjähriger.

§§. 10—13. Anmeldepflicht.

§§. 14—18. Concessionsgewerbe.

§. 19. Verlust der Concession.

§§. 20—25. Gewerbebetrieb im Umherziehen. Hausirhandel.

§. 26. Befähigungs-Nachweis.

§. 27. Von landesherrlicher Genehmigung abhängige Gewerbsanlagen.

§. 28. Vorbehalt der allgemeinen Vorschriften.

§§. 29—32. Verfahren bei der Genehmigung.

§. 33. Kosten.

§. 34. Umfang und Erlöschen der Genehmigung.

§. 35. Folgen der ertheilten Genehmigung für spätere Einwendungen.

§. 36. Folgen der Zuwiderhandlung.

§. 37. Beurtheilung nach der Genehmigung sich zeigender Uebelstände.

§. 38. Ausnahmen.

§. 39. Betriebseinstellung.

§§. 40 u. 41. Ausdehnung auf nicht im §. 27 erwähnte Gewerbsanlagen.

§. 42. Anwendung auf früher ausgeführte Anlagen.

§§. 43—45. Vortlich regulirte Gewerbe.

§. 46. Steuer-Controle-Maßregeln.

§. 47. Ausländer.

Dritter Abschnitt.

Umfang und Ausübung der Rechte selbstständiger Gewerbetreibender.

§. 48. Aufhebung der Verbiethungsrechte und verschiedener anderer gewerblicher Berechtigungen.

§. 49. Realrechte.

§. 50. Stellvertreter und Pächter.

§. 51. Mehre Werkstätten und Verkaufslocale. Zweiggeschäfte.

§. 52. Wegfall räumlicher Beschränkungen.

§. 53. Gleichzeitiger Betrieb mehrer Gewerbe. Freie Association.

§. 54. Wegfall der Tagen.

§. 55. Beschlüsse über Preise und Löhne.

§. 56. Vorbehalt der allgemeinen Polizei- und Steuervorschriften.

Vierter Abschnitt.**Vom Marktverkehre.**

- §. 57. Messen und Jahrmärkte.
- §. 58. Wochenmärkte und Specialmärkte.
- §. 59. Weihnachtsmärkte und sonstige Märkte rein localer Natur.
- §. 60. Auslegen von Waaren.
- §. 61. Stättegelder.
- §. 62. Vorhandene Mess- und Marktordnungen.

Fünfter Abschnitt.**Vom gewerblichen Hülfspersonal.**

- §. 63. Freiheit der Wahl des Hülfspersonals und der Vereinbarung mit demselben.
- §. 64. Nähere Bezeichnung des gewerblichen Hülfspersonals.
- §. 65. Aufhebung der Wanderbücher und des Herbergszwanges.
- §. 66. Arbeitsbücher.
- §. 67. Beschäftigung von Kindern.
- §. 68. Von Hauskindern, Ehefrauen und Mündeln geschlossene Arbeitsverträge.
- §. 69. Kündigung.
- §. 70. Entlassung der Gewerbsgehülfen ohne Kündigung.
- §. 71. Verlassen der Arbeit ohne Kündigung.
- §. 72. Strafbefugniß der Arbeitsherren.
- §. 73. Lohnzahlung.
- §. 74. Verbotene Verabredungen.
- §. 75. Fabrik-Ordnungen.
- §. 76. Lehrlinge.
- §. 77. Annahme von Lehrlingen.
- §. 78. Lehrvertrag.
- §. 79. Gegenseitige Pflichten des Lehrlings und des Lehrherrn.
- §. 80. Probezeit.
- §. 81. Aufhebung des Lehrvertrags.
- §. 82. Eigenmächtiges Verlassen der Lehre.
- §. 83. Lehrzeugniß.
- §. 84. Kaufmännisches Hülfspersonal.
- §. 85. Transitorische Bestimmung.

Sechster Abschnitt.**Von den Vereinigungen und Genossenschaften der Gewerbetreibenden und von gemeinnützigen Anstalten.**

- §. 86. Gewerbliche Vereine und Genossenschaften.
- §. 87. Innungen.
- §. 88. Innungs-Statut.
- §. 89. Bestimmungen wegen der Beiträge.

- §§. 90 u. 91. Freiheit des Ein- und Austritts. Beitragspflicht von Nichtmitgliedern.
- §. 92. Selbstverwaltung der Innungen.
- §. 93. Auflösung und Vereinigung der Innungen.
- §. 94. Ordnung des Vermögens bei der Auflösung.
- §. 95. Absterben der Innung.
- §. 96. Verpflichtung zur Anzeige der Mitglieder.
- §. 97. Fortbestehen der alten Innungen.
- §. 98. Verpflichtung zum Beitrage zu Arbeiter-Unterstützungs-Cassen.
- §. 99. Ältere Cassen.
- §. 100. Zulässigkeit von Krankenhaus-Beiträgen.
- §. 101. Aufsichtsrecht.

Siebenter Abschnitt.

- §§. 102 u. 103. Strafbestimmungen.

Achter Abschnitt.

Behörden und Verfahren in Gewerbesachen.

- §. 104. Competenz der Verwaltungsbehörden.
- §. 105. Competenz der Justizbehörden.
- §. 106. Errichtung von Gewerbekammern.
- §. 107. Aufhebung älterer Bestimmungen.
- §. 108. Beginn der Wirksamkeit und rückwirkende Kraft.

Gesetz, die Entschädigung für aufgehobene Verbotungsrechte und gewerbliche Berechtigungen betreffend.

3. August 1864 No. 41 Seite 205.

3. Septbr.

- §. 1. Umfang des Gesetzes.
- §. 2. Ausnahme für Innungsrechte.
- §. 3. Reallasten und Gefälle.
- §§. 4—8. Verfahren.

Nähere Bestimmungen bei Verbotungsrechten.

- §. 9. Ermittlung.
- §. 10. Ergebniss.
- §. 11. Dritte Betheiligte.
- §. 12. Betrag der Entschädigung.
- §§. 13—15. Zahlung.
- §. 16. Erlöschen der Zahlungspflicht.
- §. 17. Beiträge zu der Entschädigung.
- §. 18. Pachtverhältnisse.
- §. 19. Zahlungsweise.
- §. 20. Empfangsberechtigte.
- §. 21. Besondere Bestimmungen für Abdeckereiberechtigungen.

- §. 22. Nähere Bestimmungen für die Entschädigung wegen der Concessionsgebühren oder Recognitionsgelder bei dem Brennerei- und Brauereibetriebe.
- §. 23. Vertretung des Staats.
- §. 24. Kosten.
- §. 25. Aufhebung weiterer Entschädigungsansprüche.
- §. 26. Besondere Bestimmungen in Betreff des Herzoglichen Cammerguts und in Betreff des Klosterguts.
- §. 27. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

Gesetz, die Gewerbesteuer betreffend. 3. August 1864 Nro. 46 Seite 235.
7. Septbr.

- §. 1. I. Einführung der neuen Gewerbesteuer.
II. Allgemeine Grundsätze.
- §. 2. Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbesteuer.
- §. 3. Nicht gewerbesteuerpflichtige Beschäftigungen.
- §. 4. Befreiungen.
- §. 5. Tarif der Gewerbesteuer.
- §. 6. Anfang und Ende der Steuerpflicht.
- §. 7. Entscheidung über die Steuerpflicht.
- III. Besondere Bestimmungen über die Anwendung des Gewerbesteuer-Tarifs.
- §. 8. Gesellschaftlicher Gewerbebetrieb.
- §. 9. Gewerbebetrieb an verschiedenen Plätzen desselben Orts.
- §. 10. Gewerbebetrieb in verschiedenen Ortschaften.
- §. 11. Veranlagung nach der Anzahl der Gehülfsen, Pferde, Webestühle, Pressen oder Mahlgänge.
- §. 12. Gehülfsen.
- §. 13. Veranlagung nach dem Productions-Steuerbetrage.
- §. 14. Veranlagung nach dem Umfange des Betriebes.
- §. 15. Erste Veranlagung neu hinzugekommener Gewerbetreibender.
- §. 16. Unveränderlichkeit des Steuerbetrages während des Kalenderjahrs.
- §. 17. Veranlagung mehrerer von einem Steuerpflichtigen zugleich betriebener Gewerbe.
- §. 18. Ausnahme.
- §. 19. Veranlagung der im Tarife nicht besonders genannten Gewerbetreibenden.
- IV. Verfahren bei Veranlagung und Erhebung der Gewerbesteuer.
- §. 20. Alljährliche Beschreibung der Gewerbetreibenden.
- §. 21. Nachtragsbeschreibungen.
- §. 22. Einsetzung einer Revisionsbehörde und Feststellung der Gewerbesteuer durch dieselbe.
- §. 23. Bekanntmachung des festgestellten Gewerbesteuerbetrages an die Pflichten.
- §. 24. Fälligkeitstermin der Gewerbesteuer.
- §. 25. Reclamation.
- §. 26. Ermäßigung.
- §. 27. Einziehung rückständiger Gewerbesteuer.

V. Sonstige Vorschriften.

§. 28. Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Declaration und Auskunftertheilung.

§. 29. Verpflichtung zum Vorzeigen der Gewerbelegitimation.

§. 30. Strafe der Gewerbesteuer-Defraude.

§. 31. Erkennende Behörden.

§. 32. Verjährungsfristen.

§. 33. Bevorzugung der Gewerbesteuer-Rückstände im Concurse.

§. 34. Vorübergehende Befreiungen.

§. 35. Entschädigung der Stadt Braunschweig.

Verordnung über die Ausführung des Gesetzes, die Gewerbesteuer betreffend vom 3. August d. Jrs. Nro. 46.

21/29. September 1864 Nro. 50 Seite 289.

§. 1. Anmeldung über Ort und Umfang des Gewerbes.

§. 2. Ortscommissionen in den Städten.

§. 3. Einschätzungsverfahren.

§. 4. Revisionsbehörde.

§. 5. Diäten und Transportkosten-Entschädigung der Mitglieder der Revisionsbehörde.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Einbesserung einiger Redactionsfehler in dem Gewerbesteuergeetze vom 3. August d. Jrs. Nro. 46 betreffend.

17. October 1864 Nro. 51 Seite 293.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: verschiedene Modificationen der Statuten der „Actien-Zuckerfabrik Rautheim“ betreffend.

18/28. October 1864 Nro. 53 Seite 297.

Verordnung, die Arbeitsbücher des gewerblichen Hülfspersonals betreffend.

11. November 1864 Nro. 61 Seite 411.

15. December

§. 1. Führung von Arbeitsbüchern.

§. 2. Befreiungen.

§. 3. Ausländer.

§. 4. Behörden zur Ausfertigung der Arbeitsbücher.

§. 5. Verfahren zur Erlangung eines Arbeitsbuches.

§. 6. Verweigerung der Ausstellung.

§. 7. Gültigkeit als Reiselegitimation.

§. 8. Einrichtung der Arbeitsbücher.

§§. 9—11. Bestimmung der innern Theile des Arbeitsbuches.

§. 12. Verbot der Annahme von Gewerbsgehülfen ohne Arbeitsbuch.

§. 13. Aufbewahrung des Arbeitsbuches.

§. 14. Austrittsbescheinigung.

§. 15. Polizeiliches Einschreiten bei Differenzen.

- §. 16. Einträge der Polizeibehörden, formelle Glaubwürdigkeit der Austrittsbescheinigungen; Aufenthaltsbescheinigungen.
- §. 17. Erneuerung der Arbeitsbücher im Allgemeinen.
- §. 18. Erneuerung vollgeschriebener Arbeitsbücher.
- §. 19. Erneuerung unbrauchbar gewordener Arbeitsbücher.
- §. 20. Erneuerung verloren gegangener Arbeitsbücher.
- §. 21. Strafverfahren.
- §. 22. Registerführung durch die Polizeibehörden.
- §. 23. Gebühren für Ausfertigungen und Eintragungen.
- §. 24. Einschränkung wegen der Militairpflicht.
- §. 25. Ankauf vom Herzogl. Intelligenz-Comtoir.
- §. 26. Eintreten des Gesetzes in Wirksamkeit.

Anhang. Schema zu einem Arbeitsbuche.

Verordnung, den Befähigungsnachweis zum Fußbeschlage betreffend.
20|30. December 1864 Nro. 63 Seite 429.

- §. 1. Prüfungs-Commission.
- §. 2. Gegenstand der Prüfung.
- §. 3. Prüfungs-Attestat.
- §. 4. Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung.
- §. 5. Kostenfreiheit.
- §. 6. Gültigkeit der Attestate deutscher Veterinär-Schulen.
- §. 7. Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Prüfungs-Commission.

Verordnung, den Befähigungsnachweis für Bauhandwerker betreffend.
10|20. Februar 1865 Nro. 7 Seite 5.

- §. 1. Bezeichnung der wichtigeren und schwierigeren Bauten.
- §. 2. Subjecte der Prüfung.
- §. 3. Prüfungs-Commission.
- §. 4. Localer Wirkungskreis der Prüfungs-Commission.
- §. 5. Zeit und Gegenstände der Prüfung.
- §. 6. Beschlüsse der Prüfungs-Commission.
- §. 7. Wirksamkeit der Bescheinigung über die Prüfung.
- §. 8. Kostenfreiheit.
- §. 9. Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Prüfungs-Commission.
- §. 10. Befugniß und Verantwortlichkeit der vom Staate geprüften Bautechniker.
- §. 11. Zulassung ausländischer Bauhandwerker.
- §. 12. Befugniß zur selbstständigen Herstellung von Feuerungsanlagen.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Aenderung der Statuten der „Actien-Zuckerfabrik Rautheim“ betreffend.
31. März 1865 Nro. 11 Seite 29.

12. April

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik zu Braunschweig“ errichteten neuen Statuten betr.
20. Mai 1865 Nro. 21 Seite 321.

12. Juni

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik Sölingen“ errichteten neuen Statuten betreffend.
6/26. Juni 1865 Nro. 29 Seite 439.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Zuckerfabrik in Watenstedt betreffend. 14/29. Juni 1865 Nro. 33 Seite 447.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik Ferzheim“ errichteten neuen Statuten betreffend.
28. Juni 1865 Nro. 38 Seite 551.

8. Juli

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik Hoyerndorf“ errichteten neuen Statuten betreffend.
6/19. Juli 1865 Nro. 40 Seite 555.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die landesherrliche Bestätigung des revidirten Statuts für die Actiengesellschaft der Braunschweigischen Bank betreffend. 26. Juli 1865 Nro. 51 Seite 577.

11. August

Revidirtes Statut für die Actiengesellschaft der Braunschweigischen Bank.

Erster Abschnitt.

Zweck der Bank, Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft.

§. 1. Zweck, Firma und Sitz der Bank.

§. 2. Dauer der Gesellschaft.

Zweiter Abschnitt.

Grundcapital der Bank, Actien, Actionaire.

§. 3. Grundcapital.

§. 4. Actien-Documente.

§. 5. Dividendenscheine.

§. 6. Erlöschen derselben.

§. 7. Rechte und Verpflichtungen der Actionaire.

Dritter Abschnitt.

Wirkungskreis und Befugnisse der Bank.

§. 8. Wirkungskreis und Befugnisse.

§. 9. Nähere Bestimmungen über die Banknoten.

§. 10. Zahlungen an den Vorzeiger.

§. 11. Einziehung und Umtausch der Banknoten.

§. 12. Druck der Banknoten.

Vierter Abschnitt.

Rechnungsablage. Dividenden-Vertheilung. Reservefond.

- §. 13. Rechnungsabschluss und Ablegung.
- §. 14. Prüfung des Rechnungs-Abschlusses und Decharge.
- §. 15. Reservefond. Tantieme. Dividende.
- §. 16. Dividenden-Zahlung.
- §. 17. Bestimmung und Höhe des Reservefond.

Fünfter Abschnitt.

Verwaltung und Vertretung der Gesellschaft.

- §. 18. Allgemeine Bestimmung.

A. Der Aufsichtsrath.

- §§. 19 u. 20. Rechte und Pflichten desselben.
- §. 21. Wahl und Zusammensetzung des Aufsichtsraths.
- §. 22. Ergänzung desselben.
- §. 23. Caution.
- §. 24. Wahl des Vorsitzenden.
- §. 25. Versammlungen des Aufsichtsraths.
- §. 26. Beschlufffassung.
- §. 27. Protocolle und Erlasse.
- §. 28. Aufbewahrung der Acten.
- §. 29. Entschädigungen.

B. Die Direction.

- §. 30. Stellung der Direction.
- §. 31. Zusammensetzung der Direction.
- §. 32. Caution der Directoren.
- §. 33. Wahl des Vorsitzenden.
- §. 34. Geschäftsbetrieb.
- §. 35. Zeichnung der Firma.
- §. 36. Beschlufffassung.
- §. 37. Bekanntmachung der Namen der Directoren.
- §. 38. Verantwortlichkeit derselben.
- §. 39. Delegation einzelner Directionsmitglieder.
- §. 40. Anstellung und Entlassung des Bankpersonals.
- §. 41. Stellung der vollziehenden Directoren.

C. Die Generalversammlung.

- §. 42. Zusammenberufung.
 - §. 43. Stimmberichtigung.
 - §. 44. Stimmvertretung.
 - §. 45. Stimmabgabe.
 - §. 46. Stimmentscheidung und Stimmberechnung.
- Bege's Repert. IX. Th.

§. 47. Leitung und Protocollführung.

§§. 48 u. 49. Gegenstände der Berathung.

Sechster Abschnitt.

Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

§. 50. Beschlussfassung über die Auflösung.

§. 51. Liquidation.

Siebenter Abschnitt.

Verhältniss der Bank zu der Landesregierung.

§. 52. Aufsichtsrecht.

§. 53. Theilnahme des Regierungs-Commissarius an den Verhandlungen.

Achter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 54. Bekanntmachungen.

§. 55. Mortificationsverfahren.

Neunter Abschnitt.

Transitorische Bestimmungen.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actien-Gesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik in dem s. g. Eichthale bei hiesiger Stadt betreffend.
4|18. August 1865 Nro. 52 Seite 599.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actien-Gesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Cichorienfabrik in Rühme betreffend. 26. August 1865 Nro. 54 Seite 607.
5. Septbr.

Verordnung, über die Ausführung des Gesetzes, die Gewerbesteuer betreffend vom 3. August 1864 Nro. 46.
2|8. September 1865 Nro. 56 Seite 611.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: den von der bisher unter der Firma „Actien-Zuckerfabrik Carl Salomon et Comp. zum Trendelbusch bei Runstedt“ (Helmstedt) bestandenen Actien-Gesellschaft errichteten neuen Gesellschaftsvertrag betreffend.
14|25. September 1865 Nro. 58 Seite 615.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actien-Gesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Holzschleiferei in Treseburg betreffend.
11|26. October 1865 Nro. 65 Seite 647.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actien-Gesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik in Fessen betreffend. 23. November 1865 Nro. 70 Seite 691.
6. December

Gesetz, die Verlängerung der im §. 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 3. August v. Jrs. Nro. 41 festgestellten Frist zur Anmeldung gewerblicher Verbiethungsrechte zc. betreffend. 28. November 1865 Nro. 71 Seite 695.

7. December

Verlängerung der Anmeldefrist bis 1. April 1866.

Gesetz, die Ausdehnung der im §. 102 Nro. 7 des Gewerbegesetzes vom 3. August v. Jrs. enthaltenen Strafbestimmung auf Diejenigen, welche ein an den Nachweis der Befähigung gebundenes Gewerbe betreiben, ohne diesen Nachweis erbracht zu haben, betreffend.

28. November 1865 Nro. 72 Seite 697.

7. December

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die an Handelsreisende zu ertheilenden Gewerbelegitimationskarten zc. betreffend.

23. December 1865 Nro. 1 Seite 1.

4. Januar 1866

Ausdehnung der Gültigkeit der für das Zollvereinsgebiet ausgegebenen Legitimationskarten auf Bremen und Oesterreich.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: einen Nachtrag zu den neuen Statuten der Actiengesellschaft Actien-Zuckerfabrik Zerzheim betreffend.

19. Januar 1866 Nro. 6 Seite 15.

1. Februar

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rüben-Zuckerfabrik in Hedwigsburg betreffend. 21. Januar 1866 Nro. 8 Seite 19.

15. Februar

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft an Stelle der bisherigen offenen Gesellschaft „Zuckerfabrik Bechelde“ betreffend.

7|15. Februar 1866 Nro. 9 Seite 21.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik zu Thiede“ errichteten neuen Gesellschaftsvertrag betreffend. 13|24. März 1866 Nro. 22 Seite 47.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik zu Schöppenstedt betreffend. 22. April 1866 Nro. 32 Seite 115.

26. Mai

Verordnung, den Beitritt des Cantons Graubünden zu der mit dem Schweizerischen Bundesrathe geschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Befreiung der Handelsreisenden von der Gewerbesteuer betreffend.

19|31. December 1866 Nro. 67 Seite 233.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Handelsgesellschaft auf Actien unter der Firma „Allendorfer Gewerkschaft“ in Holzminden betreffend. 23/31. Januar 1867 Nro. 6 Seite 11.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik zu Burgdorf betreffend. 28. Januar 1867 Nro. 7 Seite 15.

8. Februar

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik zu Broigern betreffend. 25. Februar 1867 Nro. 11 Seite 27.

6. März

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: verschiedene Abänderungen der Statuten der Actiengesellschaft „Chemische Fabrik zu Schöningen“ betr. 6/19. Juli 1867 Nro. 50 Seite 397.

Verordnung, Modificationen der Verordnung über den Befähigungsnachweis zum Fußbeschlage, vom 20. December 1864, und der Verordnung über den Befähigungsnachweis für Bauhandwerker, vom 10. Februar 1865, betr. 22. September 1867 Nro. 80 Seite 591.

5. October

Die §§. 5 u. 7 der Verordnung vom 20. December 1864 Nro. 63 sowie die §§. 8 u. 9 und die Schlussbestimmung des §. 12 der Verordnung vom 10. Februar 1865 Nro. 7 werden aufgehoben und durch anderweite Bestimmungen ersetzt.

Gesetz, die Ausdehnung der Gewerbesteuer-Freiheit der Handelsreisenden auf das Gebiet der freien Hansestädte Hamburg und Lübeck betreffend.

26. September 1867 Nro. 81 Seite 595.

5. October

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik zu Königsutter“ errichteten neuen Statuten betr. 15/28. October 1867 Nro. 89 Seite 611.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die von der Actiengesellschaft „Zuckerraffinerie Braunschweig“ errichteten neuen Gesellschaftsstatuten betreffend. 29. October 1867 Nro. 92 Seite 617.

5. November

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Erhöhung des Grundcapitals und die Abänderung der Statuten der Actiengesellschaft „Allendorfer Gewerkschaft“ in Holzminden betreffend.

13/22. Januar 1868 Nro. 13 Seite 27.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: verschiedene Abänderungen der Actiengesellschaft „Actien-Rübenzuckerfabrik zu Burgdorf“ betreffend. 1/30. April 1868 Nro. 33 Seite 81.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rübenzuckerfabrik bei Bierthe betreffend. 25. Mai 1868 Nro. 38 Seite 91.

5 Juni

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: den abgeänderten Gesellschaftsvertrag der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik zu Barum“ betreffend. 12|19. October 1868 Nro. 71 Seite 217.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: den revidirten Gesellschaftsvertrag der Actiengesellschaft „Zuckerfabrik Wendessen“ betreffend. 10|21. November 1868 Nro. 79 Seite 235.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung der Actiengesellschaft „Braunschweigische Actiengesellschaft für Zute- und Flach-Industrie betreffend. 16|26. November 1868 Nro. 82 Seite 241.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actiengesellschaft behuf Anlegung und Betreibung einer Rüben-Zuckerfabrik in Broistedt betreffend. 28. Januar 1869 Nro. 9 Seite 61.

8. Februar

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Annahme des Namens „Braunschweigische Lebensversicherungs-Anstalt“ Seitens der bisherigen „Braunschweigischen allgemeinen Versicherungs-Anstalt“ betreffend. 10|18. März 1869 Nro. 18 Seite 101.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung des Kneesecker Bienen-Versicherungs-Vereins zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 16|24. März 1869 Nro. 21 Seite 107.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: Abänderung der Statuten der Actiengesellschaft „Actien-Zuckerfabrik Broitzem“ betreffend. 25. März 1869 Nro. 24 Seite 113.

10. April

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Errichtung einer Actien-Spargelbau-Gesellschaft in hiesiger Stadt betreffend. 7|17. Juli 1869 Nro. 51 Seite 267.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Aenderungen der Statuten für die Actiengesellschaft der Braunschweigischen Bank betreffend. 2|7. August 1869 Nro. 58 Seite 309.

Verordnung, die Einsetzung einer collegialen Gewerbebehörde auf Grund des §. 21 der Bundes-Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 betreffend. Nro. 73 Seite 373.

Bekanntmachung, die Anweisung zur Ausführung der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 betreffend. 24. September 1869 Nro. 77 Seite 389.

13. October

Bekanntmachung, des Herzogl. Staatsministeriums: die revidirten Statuten der Actiengesellschaft „Actien-Cement-Fabrik zu Schlewecke“ betreffend. 27. September 1869 Nro. 78 Seite 409.

14. October

Bekanntmachung, die Berichtigung einer Bestimmung in der unterm 24. September d. J. erlassenen Anweisung zur Ausführung der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni d. J. betreffend.

9|22. November 1869 Nro. 86 Seite 447.

Bekanntmachung, des Herzogl. Staatsministeriums: die Zulassung der „National-Viehversicherungs-Gesellschaft“ in Cassel zum Geschäftsbetriebe im hiesigen Lande betreffend. 22|30. November 1869 Nro. 88 Seite 451.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend den Betrieb der stehenden Gewerbe. Vom 8. Juli 1868. Bd.-Ges.-Blatt Seite 406.

Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Vom 4. Juli 1868. Bd.-Ges.-Blatt Seite 415.

Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund. Vom 21. Juni 1869. Bd.-Ges.-Blatt Seite 245.

Bekanntmachung, betreffend die Entbindung von den im §. 29 der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vorgeschriebenen ärztlichen Prüfungen. Vom 9. December 1869. Bd.-Ges.-Blatt Seite 687.

Bekanntmachung, betreffend die bei der Universität Gießen bestehende Veterinär-anstalt und die mit der Polytechnischen Schule in Braunschweig verbundene pharmazeutische Fachschule. Vom 9. December 1869. Bd.-Ges.-Blatt S. 688.
Prüfung der Thierärzte und der Apotheker betreffend.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 8. April 1854.

Den Bericht vom 18. August v. J., den gewerblichen Verkehr auf Freischießen betreffend, ist Uns seiner Zeit zugegangen und eröffnen Wir der Herzogl. Kreisdirection, nachdem Wir die gutachtliche Aeußerung der übrigen Herzogl. Kreisdirectionen einzuziehen Uns veranlaßt gesehen haben, zur Entscheidung der gestellten Anfrage Folgendes:

1. Der Verkehr auf Freischießen, mit Ausnahme der im §. 45 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. April 1837 gedachten Fälle unterliegt überhaupt der Gewerbesteuer nicht, vorausgesetzt, daß nicht ein wirklicher Jahrmarkt mit dem Freischießen verbunden sei;
2. es ist vielmehr nur die polizeiliche Erlaubniß zu solchem Verkehr erforderlich und
3. dabei zwischen In- und Ausländern ein Unterschied nicht zu machen. u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Helmstedt vom 25. April 1862.

Auf den Bericht vom 13. Januar d. J. Nro. 8975 über das Gesuch des Cammerfrugpächters Rothsaßen Julius Weihe zu Geversleben um Erlass rückständiger Gewerbesteuer eröffnen Wir Herzogl. Kreisdirection nach Anhörung des Herzogl. Steuercollegiums, dass, da nach §. 3 sub 5 des Gesetzes vom 3. Juli 1853 Nro. 35, die Verjährung persönlicher Klagen etc. betreffend, die Klagen aus Forderungen wegen der Rückstände an „allen zu bestimmten Zeiten wiederkehrenden Abgaben“, worunter auch die Gewerbesteuer zu rechnen, binnen 4 Jahren verjähren, der pp. Weihe überall nur zur Nachzahlung der von den letzten 4 Jahren rückständigen Gewerbesteuer rechtlich verpflichtet erscheint, zu einem Erlasse dieser von ihm jetzt nachträglich noch zu entrichtenden Steuer aber ein hinreichender Grund nicht vorliegt.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an die Herzogl. Kreisdirectionen
vom 23. August 1865.

Von der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig sind die Fragen Unserer Entscheidung unterstellt worden, ob die Lumpensammler nach der gegenwärtig bestehenden Gesetzgebung zur Gewerbesteuer heranzuziehen seien; sowie, ob die frühern Beschränkungen des Lumpensammelns und des Handels mit Lumpen noch fortbestehen, oder nicht.

Die Beschäftigung der bisherigen Lumpensammler kann nicht als ein selbstständiger Gewerbebetrieb angesehen werden. Dieselben waren und sind vielmehr, so lange sie in einem Contractsverhältnisse zu einem Lumpenfactor oder Papiermüller stehen, zufolge dessen sie ihre gesammte Thätigkeit dem Interesse ihres Auftraggebers widmen, lediglich Gehilfen dieses letztern und können als solche auch jetzt nicht selbstständig zur Gewerbesteuer herangezogen werden, vielmehr auch fernerweit ihren Geschäften in bisheriger Weise nachgehen.

Dagegen sind andererseits die in den §§. 235—237 des Polizeistrafgesetzbuches bezüglich der Lumpensammler, Lumpenfactoren, Lumpenhändler und Papiermüller enthaltenen gewerbepolizeilichen Beschränkungen, die namentlich mit den Bestimmungen der §§. 5 und 52 Abs. 2 des Gewerbegesetzes vom 3. August v. J. im Widerspruche stehen, als beseitigt zu betrachten. Es werden daher sowohl die Lumpenhändler und Papiermüller auch von anderen, als von den von ihnen selbst angenommenen Sammlern Lumpen kaufen dürfen, als andererseits das Lumpensammeln und der Hausrhandel mit Lumpen als selbstständiges Gewerbe betrieben werden kann, in welchem Falle sodann nach §. 20 des Gewerbegesetzes ein Gewerbeschein zu lösen ist.

Demgemäss wird in Zukunft von den Herzogl. Kreisdirectionen zu verfahren sein.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Helmstedt vom 19. November 1866.

Den Bericht vom 1. September d. J. Nro. 4040, betreffend die von der Actiengesellschaft „Chemische Fabrik zu Schöningen“ beschlossenen Abänderungen ihrer Statuten haben Wir empfangen.

216 Gewerbe und Handel. Gewerbepolizei. Gewerbesteuer. Rescripte etc.

Aus dem §. 47 in Verbindung mit §. 49 des Einführungsgesetzes zu dem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche ergiebt sich, daß die rechtliche Beurtheilung der speciellen Verhältnisse einer vor dem 1. November 1863 „gültig errichteten“ und daher von dem Gesetze in ihrer rechtlichen Existenz, mit den hieraus resultirenden generellen Folgen, anerkannten Actiengesellschaft nach dem Inhalte des Gesellschaftsvertrages, ohne Rücksicht auf dessen etwaige Abweichungen von dem Handelsgesetzbuche, zu geschehen hat, daß aber jede nach dem 1. November 1863 eintretende Veränderung des Gesellschaftsvertrages einer solchen Actiengesellschaft — als unter den Begriff der nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zur Eintragung in das Handelsregister anzumeldenden Thatfachen (§. 49 des Einführungsgesetzes) fallend — zu ihrer Rechtsgültigkeit die staatliche Genehmigung erfordert und deshalb, um die letztere zu erlangen, eine Abweichung von den Vorschriften des Handelsgesetzbuches nicht enthalten darf. Von diesem, auf die Wahrung des öffentlichen Interesses der Gesetzmäßigkeit, nicht jedoch — wie Wir bezüglich des von der Herzogl. Kreisdirection und dem Herzogl. Handelsgerichte hingestellten Motivs bemerken — auf den Schutz des Privatinteresses der Actionaire gerichteten Gesichtspunkte aus muß nun die von der Actiengesellschaft „Chemische Fabrik zu Schöningen“ beschlossene Bestimmung im Absatz 10 des neuen §. 17 der Statuten: —

„Außer den in den §§. 10, 12, 13 und 17 der Generalversammlung der Actionaire eingeräumten Befugnissen steht denselben eine Einwirkung oder Entscheidung in den Angelegenheiten der Gesellschaft nicht zu“

weil von den Vorschriften in Art. 237, 238 und 231 des Handelsgesetzbuches sich entfernend, für unstatthaft erachtet werden und eventuell von der staatlichen Genehmigung, welche Wir im Uebrigen unbedenklich ertheilen würden, ausgeschlossen bleiben.

Wir halten indess für angemessen, daß, vor definitiver Verfügung, der genannten Actiengesellschaft Gelegenheit zu der Erklärung gegeben wird, ob und in wie weit sie bei der Aenderung ihrer Statuten auch ohne die fragliche Bestimmung beharren will — und Wir beauftragen Herzogl. Kreisdirection zuvörderst der Gesellschaft entsprechende Eröffnung zu machen, demnächst aber ferner zu berichten.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen vom 7. Januar 1868.

Wir eröffnen den Herzogl. Kreisdirectionen mit Bezug auf die von denselben, in Gemäßheit Unseres Rescripts vom 11. September v. J. No. 7829 erstatteten Berichte, betreffend die Verbindung des Branntwein-Kleinhandels mit dem Materialwaarenhandel, Folgendes zur Nachachtung:

Die vor Erlass des Gewerbegesetzes vom 3. August 1864 fast durchgehends üblich gewesene und auch nach Erlass des gedachten Gesetzes von den Herzogl. Kreisdirectionen mehr oder weniger aufrecht erhaltene Verbindung des Branntwein-Kleinhandels mit dem Materialwaarenhandel in den Städten hat zwar, als auf ausdrücklicher Concession oder auf stillschweigender obrigkeitlicher Duldung beruhend, die Bedeutung einer die concessionirenden Behörden formell

bindenden Norm niemals befehen und es erscheint daher ebenso unbedenklich, wie es, bei der inzwischen eingetretenen Freiebung des Materialwaarenhandels — im öffentlichen Interesse für motivirt zu erachten ist, von jener Ueblichkeit nunmehr gänzlich Abstand zu nehmen und etwaige Gesuche von Materialwaarenhändlern um Concessionirung zum Branntwein-Kleinhandel einfach nach den Bestimmungen des Gewerbegesetzes zu erledigen. Da aber die Zulassung der Verbindung des Branntwein-Kleinhandels mit dem Materialwaarenhandel nach der gewohnheitsmäßigen Auffassung des handeltreibenden Publikums wenigstens materiell dergestalt zur Regel geworden, dass jeder neu sich befehende Materialwaarenhändler auch auf die Gestattung des Branntwein-Kleinhandels wenn nicht einen Anspruch, so doch eine begründete Hoffnung zu haben vermeint, so liegt es in der Billigkeit, diese, jetzt irrthümliche, Auffassung zeitig zu berichtigen und insbesondere hinfort einen Jeden, welcher den Betrieb des Materialwaarenhandels anmeldet, durch den betreffenden Gemeindevorstand ausdrücklich bemerklich machen zu lassen, dass die Erlangung des Anmeldungsscheins zum Betriebe des Materialwaarenhandels ohne allen Einfluss auf eine etwa gewünschte Concessionirung zum Kleinhandel mit Branntwein sei.

Uebrigens dürfen Wir, in Hinblick auf die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren des unnöthig erleichterten Branntweingenusses, voraussetzen, dass die Herzogl. Kreisdirectionen eine Vermehrung der jetzt bestehenden und dem Bedürfnisse des Publikums unzweifelhaft für längere Zeit genügenden Branntwein-Kleinhandlungen und nach der sorgfältigsten Erwägung der im §. 15 des Gewerbegesetzes vorgeschriebenen Rücksichten zulassen werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen und den Stadtmagistrat hieselbst vom 2. November 1869.

Wir eröffnen den Herzogl. Kreisdirectionen zur Nachachtung und zur Benachrichtigung der Gemeindefürsorge, dass, gegenüber den Bestimmungen der Bundes-Gewerbeordnung, diejenigen Personen, welche den Trödelhandel betreiben wollen, zur Bestellung einer Caution (Nro. 4 des Regulativs vom 30. Juli 1862 das bei Concessionirung zum Trödelhandel zu beobachtende Verfahren betreffend) fernerhin nicht anzuhalten und den älteren Trödlern die von ihnen bestellten Cautionen zurückzugeben sind.

Großjährigkeit. Jahrgabung.

Gesetz, das Alter der Großjährigkeit betreffend.

Vom 21/27. December 1869 Nro. 91 Seite 457.

Rescripte 2c.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium
vom 18. April 1863,

auf das Gesuch des Handlungscommis Conrad Wurm aus Schöppenstedt um Jahrgabung.

Hätte Landesherrliche Volljährigkeits-Erklärung die Aufhebung der väterlichen Gewalt
Bege's Repert. IX. Th. 28

zur unmittelbaren Folge, so würde dieselbe nur mit Zustimmung des Vaters oder nachdem dessen Widerspruch ordnungsmäßig erledigt worden, ertheilt werden können.

Landschafts-Ordn. von 1832 §. 6.

L. 4. Cod. de emancipat. 8. 49.

Denn abgesehen von den hier nicht zu erörternden Fällen, in denen die väterliche Gewalt bei Lebzeiten des Vaters von Rechtswegen aufhört, (z. B. wegen gewisser hoher Würden des Kindes, oder zur Strafe des Vaters), die aber gleichwol eine vorgängige Cognition und Entscheidung nach Beschaffenheit der Umstände erfordern können, ist regelmäßige Aufhebungsart der väterlichen Gewalt die Emancipation, und diese, auf freier Einwilligung des Vaters beruhend

L. 31. Dig. de adopt. et emancip. 1. 7.

§. 7. 10. Inst. quib. mod. jus patr. potest. solvitur. 1. 12

kann nur ausnahmsweise erzwungen werden.

L. 32. pr. L. 33. Dig. de adopt. et emancip. 1. 7.

L. 92. Dig. de condit. et demonstr. 35. 1.

L. 5. Dig. si quis a parente manumissus sit. 37. 12.

Selbst bei der im heutigen Rechte vorkommenden Befreiung von der väterlichen Gewalt durch Anlegung abgesonderten Haushalts muß Einwilligung des Vaters als ertheilt oder durch den Richter ergänzt vorausgesetzt werden, weshalb sie emancipatio tacita benannt zu werden pflegt.

In den römischen Gesetzen wird väterliche Einwilligung zur Einwilligung der Ehe für nicht erforderlich erklärt, wenn der Vater in feindlicher Gefangenschaft oder abwesend und dessen Aufenthalt unbekannt ist und seitdem drei Jahre verflossen sind;

L. 9. §. 1. L. 10. Dig. de ritu nupt. 23. 2

jedoch würde nicht zulässig sein aus solchen Bestimmungen den Verlust der väterlichen Gewalt in den bezeichneten Gefangenschafts- und Abwesenheits-Fällen, von denen letzter hier vorzuliegen scheint, analogisch ableiten zu wollen.

Da nun aber nach gemeinen Rechten die väterliche Gewalt nicht schon dadurch, daß das Kind das Lebensalter der Volljährigkeit erreicht hat, beendigt wird, sondern bis zum Eintreten eines anderen Erlösungsgrundes fort dauert

Inst. 1. 12. quibus mod. jus patr. potest. solvitur.

und Volljährigkeits-Erklärung lediglich mit der erreichten Volljährigkeit gleiche Kraft hat, so kann nicht erachtet werden, daß Landesherrliche Jahrgabung das Aufhören der väterlichen Gewalt bewirke. Solche Jahrgabung wird daher, weil nach der Persönlichkeit des Bittstellers unbedenklich, ertheilt werden können, und diesem insofern nützlich sein, daß sie ihn befähigt, einen selbstständigen Haushalt anzulegen, indem durch Volljährigkeit die Befugniß hiezu bedingt erscheint, und gegen dieses Vorhaben des volljährigen Kindes dem Vater nur ein durch genügende Gründe zu motivirendes Widerspruchsrecht gestattet ist.

Die Anlagen des Herzogl. Ministerialbeschlusses vom 1. d. Mts. reichen wir hierneben ehrerbietigst zurück.

Handelsrecht. Handelsgesetzbuch.

Gesetz, die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches betreffend.
 14. September 1863 Nro. 31 Seite 221.

7. October

Erster Abschnitt.**Einführung und Ergänzung des Handelsgesetzbuchs.**

- §. 1. Eintritt der Gesetzeskraft. Aufhebung älterer Bestimmungen.
- §. 2. Errichtung einer Börse.
- §. 3. Eintragung in die Handelsregister.
- §. 4. Führung und Form der Handelsregister.
- §. 5. Form der Anmeldungen.
- §. 6. Formvorschriften für die Zeichnung oder Einreichung der Zeichnung einer Firma.
- §. 7. Anmeldungen bei den Stadt- und Amtsgerichten außerhalb Braunschweig.
- §. 8. Anmeldung durch Bevollmächtigte.
- §. 9. Beschwerdeweg.
- §. 10 u. 11. Ueberwachung der Befolgung der Vorschriften hinsichtlich der Anmeldung u. Zeichnung.
- §. 12. Verfahren auf erhobenen Einspruch.
- §. 13 u. 14. Verfahren nach Zurückweisung des Einspruchs.
- §. 15. Beschwerdeführung bei Herzoglichem Obergerichte.
- §. 16. Unzulässigkeit der Beschwerde gegen Zwischenverfügungen.
- §. 17. Befugniß des Handelsgerichts und resp. Obergerichts zu selbstthätigen Ermittlungen auch mittelst Requisition anderer Behörden.
- §. 18. Maximum der Ordnungsstrafe.
- §. 19. Unterdrückung der unbefugten Führung einer Firma.
- §. 20. Beweisraft der Handelsbücher.
- §. 21. Verpflichtung zur Mittheilung der Handelsbücher in Straffachen.
- §. 22. Ernennung der Handelsmakler.
- §. 23. Beeidigung der Handelsmakler.
- §. 24. Geschäftsbuchführung der Handelsmakler in Braunschweig.
- §. 25. Beglaubigung des Tagebuchs der Handelsmakler.
- §. 26. Behörde zur Aufbewahrung der Tagebücher verstorbener Handelsmakler.
- §. 27. Verfahren bei Pflichtwidrigkeiten der Handelsmakler.
- §. 28. Aufhebung widerstreitender früherer Ordnungen für Handelsmakler.
- §. 29. Eintragung dinglicher Rechte für eine Handelsgesellschaft.
- §. 30. Verfügungsbefugniß über die für eine Handelsgesellschaft eingetragenen Sachen u. Rechte.
- §. 31. Staatliche Genehmigung.
- §§. 32 u. 33. Bestimmungen über Actien-Gesellschaften.
- §. 34. Bestrafung unrechtlicher oder ordnungswidriger Handlungen der Mitglieder der Commanditgesellschaften auf Actien.

- §. 35. Bestrafung des Vorstandes einer Actiengesellschaft bei Versäumung der Anzeige eingetretener Ueberschuldung.
 §. 36. Auflösung der Actiengesellschaften.
 §. 37. Aufforderung des Gesellschaftsvorstandes zur freiwilligen Auflösung. Civilproceßverfahren behuf Herbeiführung der Auflösung.
 §. 38. Conkurs-Eröffnung der Handelsgesellschaften.
 §. 39. Conkurs über das Vermögen jedes persönlich haftenden Gesellschafters.
 §. 40. Eintragung der Erkennung des Concurses über eine Handelsgesellschaft in das Handelsregister.
 §. 41. Außercourserklärung von Inhaberpapieren.
 §. 42. Behörde zur Ernennung von Sachverständigen in Fällen des Art. 348, 365 und 407 des Handelsgesetzbuches.
 §. 43. Behörden zur Bewilligung der Veräußerung eines Faustpfandes oder Commissionsgutes.

Zweiter Abschnitt.**Uebergangsbestimmungen.**

- §. 44. Eintragung der vorhandenen Firmen in das Handelsregister etc.
 §. 45. Fristbestimmung für die Anmeldungen.
 §. 46. Anwendung anderer Vorschriften des Handelsgesetzbuchs auf bereits vorhandene Firmen.
 §. 47. Bestimmung über bereits vorhandene Actiengesellschaften oder Commandit-Gesellschaften auf Actien.
 §. 48. Beschränkungen der Befugnisse der Vertreter der bestehenden offenen Gesellschaft, Commanditgesellschaft oder Commanditgesellschaft auf Actien.
 §. 49. Weitere Bestimmung über Eintragungen in das Handelsregister in Betreff bereits vorhandener Firmen.
 §. 50. Eintragung der Proccuren in das Handelsregister.
 §. 51. Bestellung und Verpflichtung der Handelsmakler.
 §. 52. Anwendung der Verjährungsfristen.

Dritter Abschnitt. Gebühren-Taxe.

- §§ 53 u. 54. Sporteln und Nebengebühren beim Handelsgerichte und Obergerichte.
 §. 55. Sporteln, Nebengebühren und Auslagen für das Verkaufsverfahren nach §. 43.

Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch.

Art. 1—3. Allgemeine Bestimmungen. Seite 245.

Erstes Buch. Vom Handelsstande.

- Erster Titel Art. 4—11. Von Kaufleuten. Seite 245.
 Zweiter Titel Art. 12—14. Von dem Handelsregister. Seite 248.
 Dritter Titel Art. 15—27. Von Handelsfirmen. Seite 249.
 Vierter Titel Art. 28—40. Von den Handelsbüchern. Seite 252.
 Fünfter Titel Art. 41—56. Von den Procuristen u. Handlungsbevollmächtigten. Seite 255.

Sechster Titel Art. 56—65. Von den Handlungsgehilfen. Seite 260.

Siebenter Titel Art. 66—84. Von den Handelsmaklern oder Sensalen. S. 262.

Zweites Buch. Von den Handelsgesellschaften.**Erster Titel. Von der offenen Gesellschaft.**

Erster Abschnitt Art. 85—89. Von der Errichtung der Gesellschaft. Seite 267.

Zweiter Abschnitt Art. 90—109. Von dem Rechtsverhältniß der Gesellschafter unter einander. Seite 269.

Dritter Abschnitt Art. 110—122. Von dem Rechtsverhältniß der Gesellschaft zu dritten Personen. Seite 274.

Vierter Abschnitt Art. 123—132. Von der Auflösung der Gesellschaft und dem Austrreten einzelner Gesellschafter aus derselben. Seite 277.

Fünfter Abschnitt Art. 133—145. Von der Liquidation der Gesellschaft. Seite 281.

Sechster Abschnitt Art. 146—149. Von der Verjährung der Klagen gegen die Gesellschafter. Seite 284.

Zweiter Titel. Von der Commanditgesellschaft.

Erster Abschnitt Art. 150—172. Von der Commanditgesellschaft im Allgemeinen. S. 286.

Zweiter Abschnitt Art. 173—206. Von der Commanditgesellschaft auf Actien insbesondere. Seite 292.

Dritter Titel. Von der Actiengesellschaft.

Erster Abschnitt Art. 207—215. Allgemeine Grundsätze. Seite 207.

Zweiter Abschnitt Art. 216—226. Rechtsverhältniß der Actionaire. Seite 306.

Dritter Abschnitt Art. 227—241. Rechte und Pflichten des Vorstandes. Seite 309.

Vierter Abschnitt Art. 242—248. Auflösung der Gesellschaft. Seite 314.

Fünfter Abschnitt Art. 249. Schlussbestimmungen.]

Drittes Buch. Von der stillen Gesellschaft und von der Vereinigung zu einzelnen Handelsgesellschaften für gemeinschaftliche Rechnung.

Erster Titel Art. 250—265. Von der stillen Gesellschaft. Seite 318.

Zweiter Titel Art. 266—270. Von der Vereinigung zu einzelnen Handelsgesellschaften für gemeinschaftliche Rechnung. S. 322.

Viertes Buch. Von den Handelsgeschäften.**Erster Titel. Von den Handelsgeschäften im Allgemeinen.**

Erster Abschnitt Art. 271—277. Begriff der Handelsgeschäfte. Seite 271.

Zweiter Abschnitt Art. 278—316. Allgemeine Bestimmungen über Handelsgeschäfte. S. 326.

Dritter Abschnitt Art. 317—323. Abschließung der Handelsgeschäfte.

Vierter Abschnitt Art. 324—336. Erfüllung der Handelsgeschäfte.

Zweiter Titel Art. 337—359. Vom Kauf. Seite 340.

Dritter Titel Art. 360—378. Von dem Commissionsgeschäft. Seite 348.

Vierter Titel Art. 379—389. Von dem Expeditionsgeschäft. Seite 354.

Fünfter Titel. Von dem Frachtgeschäft.

Erster Abschnitt Art. 390—421. Von dem Frachtgeschäft überhaupt. Seite 357.

Zweiter Abschnitt Art. 422—431. Von dem Frachtgeschäft der Eisenbahnen insbesondere. Seite 366.

Fünftes Buch. Vom Seehandel.

- Erster Titel Art. 432—449. Allgemeine Bestimmungen. Seite 371.
 Zweiter Titel Art. 450—477. Von dem Rheder und von der Rhederei. S. 375.
 Dritter Titel Art. 478—527. Von dem Schiffer. Seite 384.
 Viertes Titel Art. 528—556. Von der Schiffsmannschaft. Seite 399.
 Fünfter Titel Art. 557—664. Von dem Frachtgeschäft zur Beförderung von Gütern. Seite 408.
 Sechster Titel Art. 665—679. Von dem Frachtgeschäft zur Beförderung von Reisenden. Seite 443.
 Siebenter Titel Art. 680—701. Von der Bodmerei. Seite 446.
 Achter Titel. Von der Haverei.
 Erster Abschnitt Art. 702—735. Große (gemeinschaftliche) Haverei und besondere Haverei. Seite 453.
 Zweiter Abschnitt Art. 736—741. Schaden durch Zusammenstoß von Schiffen. S. 466.
 Neunter Titel Art. 742—756. Von der Vergung und Hilfsleistung in Seenoth. Seite 467.
 Zehnter Titel Art. 757—781. Von den Schiffsgläubigern. Seite 471.
 Elfter Titel. Von der Versicherung gegen die Gefahren der Seeschifffahrt. Seite 480.
 Erster Abschnitt Art. 782—809. Allgemeine Grundsätze.
 Zweiter Abschnitt Art. 810—815. Anzeigen bei dem Abschluß des Vertrags. Seite 489.
 Dritter Abschnitt Art. 816—823. Verpflichtungen des Versicherten aus dem Versicherungsvertrage. Seite 490.
 Vierter Abschnitt Art. 824—857. Umfang der Gefahr. Seite 493.
 Fünfter Abschnitt Art. 858—885. Umfang des Schadens. Seite 507.
 Sechster Abschnitt Art. 886—898. Bezahlung des Schadens. Seite 517.
 Siebenter Abschnitt Art. 899—905. Aufhebung der Versicherung und Rückzahlung der Prämie. Seite 521.

Zwölfter Titel Art. 906—911. Von der Verjährung. Seite 524.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums wegen der Ausführung des §. 4 des Gesetzes vom heutigen Tage, die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs betreffend.

14. September 1863 No. 32 Seite 531.

7. October

Instruction in Betreff der Führung der Handelsregister, für Herzogl. Handelsgericht zu Braunschweig.

- §. 1. Allgemeine Bestimmung. Aufsichtsbehörde.
- §. 2. Bestimmung von Anmeldestagen.
- §. 3. Geschäftsführung eines rechtsgelehrten Richters.
- §. 4. Geschäftsführung mit collegialischer Berathung.

- §. 5. Secretariatsgeschäfte.
- §. 6. Beibringung weiterer Nachweise zur Anmeldung.
- §. 7. Bestimmung über die Anlegung von Acten.
- §. 8. Form und Führung der Register.
- §. 9. Gebrauch des Handelsregisters Formular A.
- §. 10. Gebrauch der Handelsregister Formular B. und C.
- §. 11. Bestimmung über Anlegung neuer Handelsregister.
- §. 12. Alphabetisches Verzeichniß zu jedem Register.
- §. 13. Besondere Verpflichtungen des Secretairs.
- §. 14. Form der einzutragenden Löschungen.
- §. 15. Bekanntmachung der Eintragungen.
- §. 16. Form und Inhalt des Bescheides auf die Anmeldung.

Formular A., Formular B. und Formular C. Seite 540 u. 541.

Gesetz, die Bekanntmachung der Gesellschaftsverträge der Actiengesellschaften und der Commanditgesellschaften auf Actien durch die Gesetz- und Verordnungsammlung und bezüglich jener, die Prolongation der Anmeldeungsfrist für deren Eintragung betreffend. 14/21. Januar 1864 No. 2 S. 3.

- §. 1. Form und Inhalt der Bekanntmachung.
- §. 2. Erstreckung der Anmeldeungsfrist.

Rescripte u.

Bescheid des 1. Senats Herzogl. Obergerichts vom 8. September 1865.

Auf die von den Directoren der Actien-Zuckerfabrik zu Salzdahlum, Oberamtmann Kunzen daselbst und Consorten, wegen verweigerter Eintragung in das Handelsregister, gegen den Bescheid des Herzogl. Handelsgerichts zu Braunschweig vom 26. Mai d. J. erhobene Beschwerde vom 31. Juli d. J. wird nachdem die Acten mit Bericht vom 8. v. Mts. allhier eingegangen sind zur Resolution ertheilt:

1. Herzogl. Handelsgericht ist der Ansicht gewesen, daß bei notarieller Aufnahme über die Errichtung und den Inhalt eines Actien-Gesellschaftsvertrags der Vorschrift des Art. 208 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches nur auf die Weise entsprochen werden könne, daß das vereinbarte Gesellschafts-Statut wörtlich in den Context des aufgenommenen Errichtungsprotocolls einverleibt werde und daß insbesondere die in dem vorliegenden Falle beliebte Form, nach welcher das Statut als Nebenurkunde dem Protocolle beigelegt, jedoch von den Paciscenten auf geschriebene Verlesung genehmigt und ausdrücklich für einen integrierenden Theil des Errichtungsprotocolls erklärt ist, nicht genüge.

Der Zweck der im Art. 208 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches enthaltenen Bestimmung besteht lediglich darin, daß die Normen, welche für die sämmtlichen, im Laufe der Zeit wechselnden Mitglieder einer Actien-Gesellschaft maßgebend sein sollen, ein für allemal in glaubhafter Weise constatirt werden. Wenn gleich dieses durch eine gerichtliche oder notarielle Urkunde ge-

schehen soll, so hat es doch das Gesetzbuch unterlassen, Specialvorschriften über die Form der Urkunden-Aufnahme zu geben, und wie aus den Verhandlungen der Nürnberger Conferenz zu ersehen ist, hat es entschieden nicht in der gesetzgeberischen Absicht gelegen, in dieser Beziehung Detail-Vorschriften zu erlassen. Es ist deshalb eine Interpretation, welche aus den allgemein lautenden Gesetzesworten eine beengende Formvorschrift entnimmt, nicht zu billigen. Wenn deshalb die Personen, welche vor Gericht oder Notar und Zeugen zur Errichtung einer Actien-Gesellschaft zusammentreten, ihre rechtsverbindlichen Erklärungen über den Inhalt des abzuschließenden Gesellschaftsvertrages, anstatt durch mündlichen Vortrag, vermittelt der Uebergabe eines vorher durch Schrift oder Druck hergestellten Statuten-Exemplars zu erkennen geben, so ist dadurch nicht allein ein vollkommen gültiger Vertragsabschluss zu bewerkstelligen, sondern derselbe enthält auch seinem ganzen Umfange nach die erforderliche öffentliche Form, gleichwie die aus derselben entspringende Glaubwürdigkeit und unveränderliche äußere Grundlage. Allerdings wird hierbei vorausgesetzt, daß der überreichte Statuten-Entwurf von dem Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgelesen und von den Vertrag schließenden Personen ausdrücklich genehmigt und daß er als Protocoll-Anlage von dem Beamten entgegen genommen und annectirt wird. Die Praxis hat bei Errichtung öffentlicher Urkunden ein Verfahren, wie das im vorliegenden Falle beobachtete, insofern nicht etwaige ausdrückliche Gesetzesvorschriften entgegen stehen, was hier nicht der Fall ist, stets für zulässig erkannt; die Protocoll-Anlage, welche hierbei in die gerichtlichen Acten, beziehungsweise das Notariats-Register übergeht, kommt damit sofort in denjenigen amtlichen Gewahrsam, welcher die Integrität garantirt, und die durch sie vermittelte Willenserklärung erlangt, als Theil der Gesamt-Verhandlung die Eigenschaft der publica fides, welche Art. 208 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches als Requisit der Vertrags-Errichtung aufstellt.

Es sind diese Grundsätze bereits in mehreren Fällen bezüglich der Eintragung von Actien-Gesellschaftsverträgen in Anwendung gebracht und des Weiteren ausgeführt.

conf. Zeitschrift für Rechtspflege 11. Jahrgang Seite 113.

Insofern deshalb Herzogl. Handelsgericht den von ihm hervorgehobenen angeblichen Formfehler als Hinderniß der Eintragung der Actien-Zuckerfabrik zu Salzdhalm in das Handelsregister geltend gemacht hat, ist die erhobene Beschwerde begründet.

2. Der angefochtene Bescheid nimmt ferner an, daß der vorgelegte Gesellschaftsvertrag in verschiedenen Punkten an materieller Unvollständigkeit leide, insbesondere verschiedene Bestimmungen vermissen lasse, welche nach Art. 209 des Handelsgesetzbuches in allen Statuten enthalten sein müssen, und daß auch deshalb die Eintragung nicht zulässig sei.

Auch hierin ist jedoch der Ansicht des Herzogl. Handelsgerichts nicht beizustimmen.

Was nämlich zunächst die Bedeutung des Art. 209 im Allgemeinen betrifft, so enthält derselbe, wenn er vorschreibt, daß der Gesellschaftsvertrag, dessen Genehmigung erfolgen solle, insbesondere Bestimmungen über eine Reihe näher angegebener Punkte enthalten müsse, wie die Beschwerdeführer mit Berufung auf

von Hahns Commentar Bd. I. ad Art. 209

richtig ausgeführt haben, eine reglementare Bestimmung. Der citirte Artikel enthält nicht etwa eine Aufzählung solcher Vertrags-Feststellungen, welche bei Vermeidung der Nichtigkeit im Statute

nicht fehlen dürfen, sondern er bezeichnet nur diejenigen verschiedenen Punkte, auf welche die Actionaire bei der Statuten-Errichtung ihr Augenmerk zu richten haben, wenn sie sich der staatlichen Genehmigung ihrer Gesellschaft versehen wollen.

Diese Auffassung folgt nicht allein aus dem Wortverstande des an der Spitze des Art. 209 stehenden Eingangs, sondern auch aus den in den Protocollen der Nürnberger Conferenz enthaltenen gesetzgeberischen Vorverhandlungen.

Der ursprüngliche Preussische Entwurf lautete im Art. 182 dahin:

„Der Gesellschaftsvertrag muss insbesondere bestimmen:

„1. die Firma und den Sitz der Gesellschaft u. s. w.

und ließ danach die im Art. 209 des Handelsgesetzbuches aufgezählten einzelnen Punkte folgen.

Die Conferenz — conf. Protocolle Seite 324 folg. — erkannte bei Gelegenheit eines auf Streichung des ganzen Artikels gerichteten Antrages an, dass dessen Inhalt wesentlich reglementärer und staatsrechtlicher Natur sei, und keine civilrechtliche Bedeutung habe, hielt jedoch eine bezügliche Bestimmung für angemessen, welche von einem mehr staatsrechtlichen Standpunkte aus die Voraussetzungen aufstelle, unter welchen die Staatsgenehmigung erwartet werden könne, fand auch die Aufnahme in das Handelsgesetzbuch für unbedenklich, weil dasselbe ohnehin nicht auf rein civilrechtliche Bestimmungen eingeschränkt und von allen Bestimmungen politischen oder polizeilichen Inhalts frei gehalten werden könne. Diese Auffassung wurde auch bei der zweiten Lesung — conf. Protocolle Seite 1038 — festgehalten und führte zu derjenigen Redaction, welche jetzt vorliegt.

Es handelt sich hiernach im Art. 209 lediglich um das Verhältniss der die staatliche Genehmigung nachsuchenden Actionaire zur Regierung und die Handelsgerichte können augenscheinlich nicht für competent erachtet werden, nach erfolgter Staatsgenehmigung auf Grund des Art. 209 des Handelsgesetzbuches nachträglich Statuten-Ergänzungen zu fordern.

Die Functionen des Handelsgerichts sind bezüglich der Eintragungsform und Veröffentlichung bei Actien-Gesellschaften durch Art. 210 resp. 13 bestimmt. Wie wenig es in der Absicht gelegen hat, den Handelsgerichten bei Gelegenheit der Eintragungen eine Geltendmachung des Art. 209 einzuräumen, ergibt sich daraus, dass die Nürnberger Conferenz den Antrag, zu bestimmen:

dass der Gesellschaftsvertrag die in Art. 209 aufgezählten Punkte enthalten müsse, damit er zur Eintragung in das Handelsregister geeignet sei

nicht annahm, vielmehr die Entscheidung auf die regierungsseitige Genehmigung verstellt sein ließ.

Es hat nun allerdings Herzogl. Staatsministerium der am 14. September 1863 publicirten Instruction für Herzogl. Handelsgericht zu Braunschweig, die Führung der Handelsregister betreffend, verschiedene Formulare beigelegt, nach welchen die Handelsregister angelegt werden sollen und das für die Actiengesellschaften bestimmte Formular sub lit. c. enthält verschiedene Rubriken, nach welchen über die Bestimmung des Art. 210 des Handelsgesetzbuches hinaus, auch verschiedene im Art. 209 erwähnte Punkte Aufnahme in das Handelsregister finden können, hierunter namentlich solche, welche Herzogl. Handelsgericht in den gegenwärtig vorliegenden Statuten vermisst.

Es kann indeß dieser, lediglich das bezüglich Formenwesen betreffenden Instruction eine materielle Bedeutung keinesweges und um so weniger in concreto beigelegt werden, nachdem Herzogl. Staatsministerium selbst die beanstandeten Statuten durch die erteilte Genehmigung für ausreichend erachtet hat.

Wenn in einem Actien-Gesellschaftsstatute Auslassungen wesentlicher Bestimmungen in solcher Weise vorkommen, daß nach Beschaffenheit der Sache der Gesellschaftsvertrag Lücken enthält, welche ihn als imperfect erscheinen lassen, so wird solcher Mangel allerdings durch Staatsgenehmigung nicht gehoben werden können

conf. v. Hahn ad Art. 208 §. 5 und ad Art. 209 §. 1 Anmerk. 1

und die Handelsgerichte werden berechtigt sein, in solchen Fällen mit der Eintragung Anstand zu nehmen. Gegenwärtig liegt keine Veranlassung vor, die Beschaffenheit solcher Vorkommnisse genauer zu bestimmen, da jedenfalls die von dem Herzogl. Handelsgerichte hervorgehobenen Auslassungen nicht von solcher Art sind, und die vorliegenden Statuten, selbst wenn ihre Ergänzung in den betreffenden Punkten zweckmäßig sein mag, nach Maßgabe der bestehenden Gesetze unbedenklich ausführbar sind und die Rechte der Interessenten genügend erkennen lassen.

Was insbesondere die Aufstellung der Bilanz und der Gewinn-Berechnung betrifft, so sind die entscheidenden Grundsätze allerdings aus dem Art. 29 und 31 des Handelsgesetzbuches zu entnehmen und muß der Gesellschaft überlassen bleiben, das vorkommende Detail im Wege der geschäftlichen Ausführung statutenmäßig zu ordnen. Da gegen die Form der Legitimation des Vorstandes (Direction und Ausschuss) und in Bezug auf dieselbe Bedenken nicht erhoben sind, §. 24 Nro. 7 auch genaue Bestimmungen darüber enthält, wie die Direction und der Ausschuss bei Anstellung etwaiger Beamten zu procediren haben, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß solche Beamte sich nöthigenfalls durch Beibringung glaubhafter Bestallungs-Documente von Seiten der statutarisch zur Annahme von Beamten bestimmten Gesellschafts-Organen zu legitimiren haben. Die Form, in welcher das Stimmrecht der Actionaire auszuüben ist, kann endlich überall nicht zu Schwierigkeiten führen, indem die Actien auf Namen lauten und die Statuten über Vererbung und Verkauf der Actien, sowie über das Stimmrecht an sich und die Vertretung zum Stimmrechte nicht befähigter Gesellschafts-Mitglieder Bestimmungen enthalten (§. 4 Nro. 4 §. 6. §. 17. §. 19). Die Statuten setzen voraus, daß das Stimmrecht in der General-Versammlung persönlich durch die Actionaire oder deren statutenmäßig legitimirte Vertreter oder Bevollmächtigte ausgeübt wird; die Legitimation erfolgt nach §. 30 in der General-Versammlung und die Abstimmung durch Stimmzettel nach einfacher Majorität der Anwesenden, soweit nicht das Statut oder die Gesetze etwas Anderes bestimmen. Besonderheiten in Bezug auf die Form der Ausübung des Stimmrechts enthält das Statut nicht und würde es in der That eigenthümlich sein, wenn man in dieser Beziehung noch andere Formvorschriften verlangen wollte.

Die Entscheidung ergeht hiernach dahin:

daß die vom Herzogl. Handelsgerichte zu Braunschweig gegen die Eintragung der Actien-Zuckerfabrik zu Salzdhalm in das Handelsregister ausgesprochenen Ablehnungs-Gründe nicht zutreffend erscheinen, und die in dieser Beziehung erhobene Beschwerde unter Aufhebung der angefochtenen handelsgerichtlichen Bescheide als begründet anzuerkennen ist.

Herzogl. Handelsgericht hat das Weitere zu verfügen und sollen die Acten mit einer beglaubigten Abschrift dieses Bescheides an dasselbe zurückgesandt werden.

Juden. Religionsgemeinden derselben.

Rescripte 1c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Braunschweig vom 28. Januar 1835.

Der Bericht vom 7. d. M. No. 2263, die Repartition und Einziehung der Beiträge der israelitischen Gemeinden zu dem Gehalte des Landrabbiners betreffend, ist Uns zugegangen.

Die jüdischen Gemeinden der hiesigen Lande sind verpflichtet, die durch ihren Cultus und die Oberaufsicht des Staats über denselben entstehenden Kosten zu tragen und kann diese Verbindlichkeit nur cessiren, wenn entweder besondere Foundationen sie derselben überheben oder der Staat solche Kosten übernimmt, welches aber bis jetzt nicht geschehen und wozu um so weniger Grund vorhanden ist, als selbst die Kosten des christlichen Cultus und der Oberaufsicht des Staats aus dessen Mitteln nicht bestritten werden. Wenn es demnach feststeht, auch von den jüdischen Gemeinden gar nicht bezweifelt wird, daß sie schuldig sind, die durch die Anstellung des Landrabbiners entstehenden Kosten zu tragen, so kommt es lediglich darauf an, zu bestimmen, welcher Theil des Gehalts des Landrabbiners als für dieses Amt gezahlt anzusehen und wie diese Kosten unter die verschiedenen jüdischen Gemeinden zu repartiren und beizutreiben seien? Wir wollen nun, in Folge des darauf gerichteten Antrags der Vorsteher der hiesigen jüdischen Gemeinde, zur Regulirung dieser Angelegenheit über jene Punkte Folgendes bestimmen:

1. Der Theil des Gehalts des Landrabbiners Egers hieselbst, welcher, als ihm für die Function eines Landrabbiners gezahlt, angesehen werden soll, wird hiemit auf zweihundert Thaler festgesetzt.

2. Diese Summe ist von sämmtlichen jüdischen Gemeinden des Landes, einschließlich der Judenschaft in Braunschweig, aufzubringen.

3. In den Gemeinden selbst trifft

- a. die Beitragspflicht jedes Familienhaupt oder selbstständige Gemeindemitglied.
- b. die Beitragsquote ist nach dessen reinem Einkommen zu bestimmen.

4. Bei der Veranlagung und Repartition dieser Summe ist folgendergestalt zu verfahren:

- a. Der Stadtmagistrat oder das Amt hat im Monat Juni d. J. mit Zuziehung des Vorstehers und, in den größeren Gemeinden, mit Zuziehung der Repräsentanten der Gemeinde eine Liste der Beitragspflichtigen zu entwerfen und deren jährliches reines Einkommen abzuschätzen, die angenommene Schätzung aber den Betheiligten bekannt zu machen, mit der Auflage, falls sie gegen die gemachten Ansätze Reclamationen zu haben glaubten, solche binnen 8 Tagen bei der Kreisdirection einzubringen;
- b. diese Listen sind sodann den betreffenden Kreisdirectionen einzusenden, an diese etwaige Reclamationen der Einzelnen, welche sich für zu hoch angesehen halten, einzureichen und von ihnen über dieselben definitiv zu entscheiden;

- c. die Kreisdirectionen haben solche Listen sämmtlich im Monate Juli jeden Jahrs der hiesigen Kreisdirection mitzutheilen und diese hat Uns solche, mit ihren Vorschlägen über die Vertheilung der ganzen Summe unter die verschiedenen jüdischen Gemeinden, vorzulegen;
- d. wir werden sodann die auf jede Gemeinde fallende Quote den obigen Grundsätzen gemäß bestimmen und den Beitrag einer jeden der betreffenden Kreisdirectionen mittheilen, worauf diese die festgesetzte Summe unter die einzelnen Gemeindemitglieder, zu vertheilen hat (nach Maßgabe des abgeschätzten Einkommens derselben). Der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig wird die Uebersicht der ganzen Vertheilung gleichfalls mitgetheilt werden, um solche dem hiesigen Stadtmagistrate, damit sie zur Kenntniß des Vorstandes der hiesigen jüdischen Gemeinde gelange, zuzustellen.

5. Die Stadtmagistrate und Aemter haben diese Beiträge ebenso wie andere Communalabgaben einzuziehen und dem hiesigen Stadtmagistrate zuzusenden, welcher sie dem Vorstande der hiesigen jüdischen Gemeinde zur Auszahlung zu überliefern hat.

6. Da der Landrabbiner Egers eine Vermehrung seines Gehalts seit seiner Ernennung zum Landrabbiner ausgeschlagen hat, es aber billig ist, daß derselbe durch die Uebernahme dieses Amts keine pecuniäre Nachteile erleide, so wollen Wir hierdurch bestimmen, daß ihm die Reisekosten für seine Officialreisen ersetzt, von ihm alljährlich im Monat Juli bei der hiesigen Herzogl. Kreisdirection liquidirt und nach denselben Grundsätzen, wie dessen Gehalt, von den jüdischen Gemeinden aufgebracht werden.

Was endlich die jetzt noch rückständigen Beiträge einzelner jüdischer Gemeinden anlangt, so leidet es keinen Zweifel, daß dieselben ebenso wie andere Communalabgaben beigetrieben werden können und müssen und zwar um so mehr, als sie auf vertragsmäßig getroffenen Verabredungen zwischen der hiesigen und den übrigen jüdischen Gemeinden beruhen.

Wir finden übrigens nicht zweckmäßig, von dem allgemeinen Grundsatz, daß jede Gemeinde nach dem Einkommen ihrer Mitglieder beizusteuern habe, bei der hiesigen jüdischen Gemeinde eine Ausnahme zu machen und solche auf ein Fixum zu setzen, weil dadurch leicht eine Prägravation der auswärtigen Gemeinden entstehen kann, wenn sich deren Vermögen vermindern, das der hiesigen aber, was immer der wahrscheinlichere Fall ist, vermehren sollte, diese auch dadurch schon hinlänglich begünstigt wird, daß die auswärtigen Gemeinden einen Theil des Gehalts des p. Egers übernehmen, welchen die hiesige Gemeinde, falls derselbe nicht zum Landrabbiner ernannt wäre, doch allein zu tragen gehabt haben würde.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Braunschweig vom 28. November 1835.

Der Bericht vom 26. v. M. Nro. 2614, die Repartition der Beiträge der auswärtigen jüdischen Gemeinden zu dem Gehalte des Landrabbiners hieselbst betreffend, ist Uns zugegangen und wollen Wir, in Erwägung der Höhe der Cultuskosten, welche der hiesigen jüdischen Gemeinde zur Last fallen und des Umstandes, daß die Ausmittlung der Vermögensverhältnisse der auswärtigen Gemeinden als völlig zuverlässig nicht anzusehen ist, den Beitrag der auswärtigen zu

der Gehaltsquote von 200 Thlr., welche dem Landrabbiner ausschließlich für diese Function gezahlt angenommen werden soll, für den Zeitraum vom 1. August 1834 bis dahin 1837 auf Einhundert fünfzig Thaler jährlich hierdurch festsetzen. Wir haben nun in Gemäßheit des Rescripts vom 28. Januar d. J. eine, auf die vorgelegten Abschätzungen gegründete Repartition der auf jede Gemeinde fallenden Beitragsquoten zu jener Summe für das erste Jahr aufstellen lassen und solche den betreffenden Herzogl. Kreisdirectionen unterm heutigen Dato mitgetheilt, um danach die Vertheilung auf die einzelnen Gemeindemitglieder vorzunehmen. Uebrigens sind auch diejenigen Israeliten, welche sich zu auswärtigen Gemeinden halten, gleichmäßig heranzuziehen, da die Kosten des Landrabbiners sie in ihrer Qualität als hiesige Unterthanen treffen und ist hierauf in der Repartitionsberechnung mit Rücksicht genommen. Von dieser lassen Wir der Herzogl. Kreisdirection hierbei gleichfalls Abschrift zugehen, um solche, dem Rescripte vom 28. Januar d. J. gemäß, dem hiesigen Stadtmagistrate, damit der Vorstand der jüdischen Gemeinde hieselbst davon Kenntniß erhalte, zuzustellen.

Was den Antheil dieser Gemeinde betrifft, so ist derselben dessen Aufbringung unter sich, in der bisherigen Maße, zu überlassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 13. August 1836.

Bei den unterm 6. d. M. Nro. 2026 einberichteten Umständen wollen Wir den, durch Unser Rescript vom 28. November v. J. festgesetzten Zeitraum, für welche die neu fixirten Beiträge zu dem Gehalte des hiesigen Landrabbiners von den auswärtigen israelitischen Gemeinden geleistet werden müssen, auf die drei Calendarjahre vom 1. Januar 1835 bis ult. Decbr. 1837 hierdurch abändern und zugleich als Fälligkeitstermin der Zahlung dieser Beiträge den 1. August jeden Jahrs damit bestimmen.

Herzogl. Kreisdirection hat daher den Stadtmagistrat hieselbst zur weitem Bescheidung der Vorsteher der hiesigen israelitischen Gemeinde auf die Rückanlagen, sowie die betreffenden auswärtigen Herzogl. Kreisdirectionen, von dieser Verfügung in Kenntniß zu setzen und das weiter Erforderliche resp. anzuordnen und zu veranlassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 16. Mai 1862.

Wir wollen auf den Bericht vom 22. Januar d. J. Nro. 175 den Anträgen Herzogl. Kreisdirection gemäß bis auf Weiteres hiemit genehmigen, daß von dem Landrabbiner hieselbst die Kosten der im hiesigen Lande behuf Vornahme casueller amtlicher Functionen, wie Copulationen, Confirmationen 2c. in den auswärtigen jüdischen Gemeinden von ihm unternommene Reisen künftig mit den gewöhnlichen Inspections-Reisefkosten liquidirt, sowie daß für die in auswärtigen jüdischen Gemeinden zu vollziehenden Copulationen (inclus. Reisebemühung) die von dem derzeitigen Landrabbiner Dr. Herzfeld vorgeschlagenen, nach den Einkünften des Brautvaters zu bemessenden, in maximo jedoch auf 50 Thlr. zu beschränkenden Copulationsgebühren festgesetzt

und eingeführt werden, und wollen Wir dabei, ebenfalls bis auf Weiteres, bestimmen, daß alle solche Copulationen von dem hiesigen Landrabbiner zu vollziehen sind, derselbe auch im Behinderungs-falle einen Substituten zu bezeichnen befugt, dabei aber auf die Wünsche des zu copulirenden Paares Rücksicht zu nehmen verpflichtet sein soll. Die erstgedachten Gelegenheits-Reisekosten sind übrigens gerade so, wie die Inspections-Reisekosten aufzubringen und zu erstatten.

An die Herzogl. Kreisdirectionen Wolfenbüttel, Helmstedt Gandersheim und Holzminden haben Wir demgemäß das Erforderliche hieneben versügt.

Herzogl. Kreisdirection hat daher hiernach das Weitere zu besorgen, insbesondere dem p. Herzfeld die nöthigen Eröffnungen zu machen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 28. November 1862.

Der Bericht vom 26. Juli d. J. Nro. 1235, den Entwurf einer Gemeindeordnung für die jüdische Religionsgemeinde in Wolfenbüttel betreffend, haben Wir seiner Zeit erhalten.

Die von Herzogl. Kreisdirection erhobenen Zweifel hinsichtlich der für die Verwirklichung des fraglichen Organisationsplans erforderlichen Rechtsform resp. der ausreichenden Tragweite des von der genannten Religionsgemeinde in dieser Beziehung gestellten Gesuchs können Wir nicht theilen.

Die jüdische Religionsgemeinde in Wolfenbüttel beabsichtigt, im Interesse ihres Cultus wirksamer, als bisher, sich zu organisiren und die zu diesem Zwecke in dem vorgelegten Entwurfe einer Gemeindeordnung getroffenen Einrichtungen können durch einfache Genehmigung der letztern um so mehr in Kraft gesetzt werden, da die Gemeinschaft selbst, auf welche diese Einrichtungen sich beziehen, als eine mit staatlicher Zulassung bereits bestehende sich darstellt.

Ferner gehört schon vermöge seines Bekenntnisses jeder in Wolfenbüttel wohnende Jude der jüdischen Religionsgenossenschaft an und daraus folgt von selbst, daß er den Pflichten sich nicht entziehen kann, welche die für diese Genossenschaft bestehenden Einrichtungen mit sich bringen. Es scheint Uns daher keinem Zweifel zu unterliegen, daß durch die Gemeindeordnung und deren Landesherrliche Genehmigung die Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten auch für alle späterhin in Wolfenbüttel sich niederlassende Juden begründet werden wird.

Bevor aber weitere Verfügung in der Sache ergeht, hat Herzogl. Kreisdirection

1. die von ihr nach der allgemeinen Andeutung in dem Berichte unter I. für nöthig erachteten Modificationen der Fassung des Entwurfs im Einzelnen zu bezeichnen, auch
2. den Entwurf dem Landrabbiner zur Prüfung resp. Erklärung mitzutheilen und über die von dem Landrabbiner ausgesprochenen Ansichten, nöthigenfalls nach fernerer Verhandlung mit demselben resp. dem Stadtmagistrate in Wolfenbüttel, ebenmäßig zu berichten.

Uebrigens bemerken Wir schon jezt, daß Wir in dem Entwurfe das für die Staatsbehörden in Anspruch zu nehmende Oberaufsichtsrecht nicht genügend gewahrt finden und daß daher in dieser Richtung eine Vervollständigung des Entwurfs — nach Analogie der in den revirirten Statuten der jüdischen Gemeinde in Braunschweig enthaltenen betreffenden Bestimmungen — zu fordern ist. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Braunschweig vom 6. Januar 1869.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection auf den seiner Zeit Uns zugegangenen Bericht vom 23. October v. J. No. 8304, betreffend die Erhöhung des Gehalts des hiesigen Landrabbiners und die Repartition der Beiträge der auswärtigen Juden zu diesem Gehalte für die Jahre 1868, 1869 und 1870, Folgendes:

I. Die Vorsteher der hiesigen Judengemeinde haben darum nachgesucht, den unterm 28. November 1835 auf jährlich 150 Thlr. normirten Gesamtbeitrag der auswärtigen Juden zu dem als Landrabbiner-Gehalt zu betrachtenden Theile des Dienst Einkommens des zugleich als Landrabbiner fungirenden Rabbiners der hiesigen Judengemeinde aus dem Grunde entsprechend zu vergrößern, weil jenes Dienst Einkommen inzwischen mit Rücksicht auf die eingetretenen Preisveränderungen 2c. von jährlich 500 Thlr. Con.-Münze auf jährlich 1050 Thlr. Courant erhöht worden sei.

Es handelt sich also gegenwärtig nicht darum, den Landrabbiner in den Bezug eines vermehrten Dienst Einkommens zu setzen, sondern lediglich um eine Verstärkung der von den auswärtigen Juden in die Kasse der hiesigen Judengemeinde zu refundirenden Quote des Landrabbiner-Gehalts und es liegt auch, so lange die Functionen des hiesigen Gemeinderabbiners und des Landrabbiners in der nämlichen Person vereinigt sind, keine Veranlassung vor, den bisherigen Modus der Zahlung resp. Refundirung des Landrabbiner-Gehalts zu verändern.

Wenn nun, wie zugegeben werden muss, die vorgenommene Verbesserung des Dienst Einkommens des hiesigen Rabbiners durch die eingetretenen erheblichen Preisveränderungen 2c. gerechtfertigt erscheint, so motiviren dieselben Umstände auch eine verhältnissmäßige Erhöhung des in jenem Dienst Einkommen begriffenen Landrabbiner-Gehalts und die auswärtigen Juden haben um so weniger Grund, über die dadurch bedingte Vergrößerung ihrer Beiträge sich zu beschweren, als die letztern schon bei ihrer ursprünglichen Fixirung höher gestellt sein würden, falls nicht der damalige Rabbiner Egers erklärt hätte, für die Mitübernahme der Functionen eines Landrabbiners eine Vermehrung seines bisherigen Dienst Einkommens von 500 Thlr. Con.-Münze nicht beanspruchen zu wollen.

Demnach sehen Wir Uns bewogen, hierdurch zu bestimmen:

dass der Gehalt des Landrabbiners, vom Jahre 1868 angerechnet, von jährlich 200 Thlr. auf jährlich 330 Thlr. erhöht sein soll und dass — der bisherigen Proportion von $\frac{3}{4} : \frac{1}{4}$ gemäß — zu diesem Gehalte die auswärtigen Juden jährlich zweihundert und funfzig Thlr. (statt wie bisher 150 Thlr.) die hiesigen Juden aber jährlich 80 Thlr. (statt wie bisher 50 Thlr.) beizutragen haben.

Hiervon ist den auswärtigen Juden — durch Vermittelung der betreffenden Herzogl. Kreisdirectionen — sowie den Vorstehern der hiesigen Judengemeinde Kenntniss zu geben.

II. Nach den Bestimmungen Unseres Rescripts vom 28. Januar 1835 versteht es sich von selbst, dass die Verpflichtung zu dem Landrabbiner-Gehalte beizutragen, gegenwärtig auch auf die Juden des Kreises Blankenburg zu erstrecken ist.

Die auf den Mangel der hiesigen Staatsangehörigkeit resp. der bezüglichlichen Ortsangehörigkeit gestützte Weigerung der Bergwerks- und Hüttenbesitzer Gebrüder Elzbacher in Zorge und Rübeland, sowie des Kassirers Heimann in Zorge kann aber nicht beachtet werden und es sind dieselben vielmehr, als dauernd aufhältlich im Herzogthume, gleich den jüdischen Angehörigen des hiesigen Landes verbunden, an derjenigen Last (Aufbringung des Landrabbiner-Gehalts) verhältnissmäßig zu participiren, welche die Landesregierung im Interesse der staatlichen Oberaufsicht über das jüdische Cultuswesen im Herzogthume aufzuerlegen nöthig befunden hat.

Wir weisen demnach die Herzogl. Kreisdirection an, die Abschätzung des Einkommens auch der Gebrüder Elzbacher in Zorge und Rübeland, sowie des Kassirers Heimann in Zorge durch Vermittelung der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, welcher zugleich die von Uns erlassenen generellen Bestimmungen über die Aufbringung des Landrabbiner-Gehalts zu communiciren sind, herbeizuführen, alsdann aber die gesammte Repartition der fraglichen Beiträge den hiernach und nach Nro. I. veränderten Zahlenverhältnissen entsprechend zu modificiren und zu Unserer Genehmigung anderweit einzureichen.

Justizverfassung. Justizwesen.

Gesetz, betreffend Aenderungen im System der für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und für Strafsachen bestehenden Rechtsmittel, sowie bezüglich der Entscheidungs-Competenz über Recusationen, Syndicats- und Nichtigkeitsklagen.
28. März 1861 Nro. 19 Seite 83.

15. April

- §. 1. Bestimmung wegen künftiger Besetzung der drei Senate des Obergerichts.
- §. 2. Berufung der Richter des ersten Senats aus den Räten des Obergerichts nach dem Dienstalter.
Jährliche Vertheilung der Mitglieder des Obergerichts und für den 2. und 3. Senat.
Feststellung des Normalgehalts für die Mitglieder des ersten Senats.
- §. 3. Competenz des 2. und 3. Senats des Obergerichts.
- §. 4. Competenz des 1. Senats des Obergerichts.
Einführung des Rechtsmittels der Revision.
- §. 5. Formalien bei Anmeldung und Einführung des Rechtsmittels der Revision.
- §. 6. Uebertragung sämmtlicher Geschäfte und Befugnisse des Cassationshofes auf den ersten Senat.
- §. 7. Abänderungen hinsichtlich der Entscheidungs-Competenz über Recusationen der Gerichtspersonen, über Syndicats- und Nichtigkeitsklagen, sowie über Berufung in diesen Sachen.
- §. 8. Aufrechterhaltung der übrigen Bestimmungen rücksichtlich der Organisation, den Geschäftskreis und die Zuständigkeiten des Obergerichts.
- §. 9. Bestimmung wegen des Ferien senates.
- §. 10. Gebühren-Sätze in der Berufungs-, Revisions- und Cassationsinstanz.
- §. 11. Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1861 in Kraft.

Gesetz, die Ergänzung des Gesetzes vom 5. März 1850, die Errichtung einer Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte u. betreffend.
10/18. April 1861 Nro. 22 Seite 99.

§. 1. Glaubhafte Nachweisung der Erlangung des Maturitätszeugnisses und über den Besuch von Vorlesungen auf der Universität.

§. 2. Uebergangsbestimmung.

Gesetz, die Aufhebung der dritten juristischen Prüfung betreffend.
9/18. Februar 1865 Nro. 5 Seite 9.

§. 1. Aufhebung der dritten juristischen Prüfung.

§. 2. Bestimmung hinsichtlich der Ernennung der Mitglieder des Obergerichts, der Kreisgerichtsdirectoren, des Ober-Staatsanwalts und dessen Substituten.

§. 3. Ernennung von Obergerichts-Advocaten.

§. 4. Wirkungskreis der Obergerichts-Advocaten vor dem Obergerichte.

§. 5. Bestimmung hinsichtlich der Mitglieder der juristischen Prüfungs-Commission.

§. 6. Transitorische Bestimmung.

Gesetz, die Abänderung des §. 28 der Advocaten-Ordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 19. März 1850 betreffend.
27. März 1865 Nro. 10 Seite 27.

5. April

Zulassung der Advocaten zu Anwälten schon bei der zweiten und ersten Vacanz.

Verordnung, die Amtstracht der Advocaten betreffend.
7/18. April 1865 Nro. 14 Seite 37.

Gesetz, Abänderung des Gesetzes vom 28. December 1850, wegen Errichtung eines Handelsgerichts, betreffend. 4/12. April 1867 Nro. 15 Seite 35.

Die §§. 7, 8, 11, 33, 37 und 38 des Gesetzes vom 28. December 1850 werden aufgehoben und durch andere Bestimmungen ersetzt.

Gesetz, Abänderungen in der Organisation des Herzogl. Kreisgerichts, sowie des Herzogl. Amtsgerichts Blankenburg betreffend.
15/22. August 1867 Nro. 68 Seite 503.

§. 1. Uebertragung der Geschäfte des Herzogl. Amtsgerichts Blankenburg an Herzogl. Kreisgericht daselbst.

§. 2. Verfahren durch Einzelrichter.

§. 3. Vertheilung der richterlichen Geschäfte.

§. 4. Beforgung der Geschäfte des Amtsgerichts-Secretairs.

§. 5. Bezeichnung amtsgerichtlicher Verhandlungen.

§. 6. Verfahren hinsichtlich des Rechtsmittels der Berufung.

§. 7. Vorschriften für das Beschwerde-Verfahren.

§. 8. Verfahren bei Genehmigung obervormundschaftlicher Autorisationen.

§. 9. Ablehnung des Einzelrichters.

§. 10. Gerichtsstand der Richter, Secretaire, Registratoren und besoldeten Schreiber Herzogl.

Bege's Repert. IX. Th.

Kreisgerichts Blankenburg rücksichtlich der zur Competenz des Herzogl. Amtsgerichts Blankenburg gehörenden Sachen.

§. 11. Aufhebung widersprechender Bestimmungen.

§. 12. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

Gesetz, Abänderungen des Gesetzes vom 28. December 1850, über die Errichtung des Handelsgerichts betreffend. 10|28. August 1867 Nro. 71 Seite 529.

§. 1. Sitz und Stellung Herzogl. Handelsgerichts.

§. 2. Besetzung des Handelsgerichts.

§. 3. Ernennung und Stellung des Handelsgerichtsdirectors.

§. 4. Besetzung des Amtes des rechtsgelehrten Handelsrichters.

§. 5. Vertretung des Handelsgerichtsdirectors in Behinderungsfällen.

§. 6. Ersetzung des rechtsgelehrten Handelsrichters in Behinderungsfällen.

§. 7. Aushilfe bei länger als 14 Tage dauernder Behinderung.

§. 8. Kaufmännische Mitglieder des Handelsgerichts.

§. 9. Einordnung, Amtsdauer und Ersetzung der kaufmännischen Mitglieder.

§. 10. Stellvertreter.

§§. 11 u. 12. Wahlart der kaufmännischen Mitglieder.

§. 13. Verpflichtung zur Annahme der Wahl.

§. 14. Bekanntmachung der Namen der Handelsrichter.

§. 15. Eid der kaufmännischen Mitglieder.

§. 16. Unzulässige Verwandtschaftsgrade zwischen den Mitgliedern des Handelsgerichts.

§. 17. Nachträglich eintretende Unfähigkeit der kaufmännischen Mitglieder.

§. 18. Ausschluss der Vertretung der Staatsanwaltschaft.

§§. 19 u. 20. Uebertragung der Geschäfte der Hilfs- und Unterbeamten auf das Personal Herzogl. Kreisgerichts.

§. 21. Neue Redaction des Gesetzes vom 28. December 1850.

Gesetz, die Publication einer, zur Beförderung der Rechtspflege, mit der Königl. Preussischen Regierung abgeschlossenen erneuerten Uebereinkunft betr. 27. Juni 1868 Nro. 52 Seite 151.

10. Juli

Art. 1. Verlängerung der Uebereinkunft vom 4|9. December 1841.

Art. 2. Ausdehnung der frühern Uebereinkunft und Aufhebung der Verträge über Auslieferung der Verbrecher zwischen Braunschweig und Hannover und Braunschweig und Kurheffen.

Art. 3. Ausdehnung der Uebereinkunft auf Vorladung Angeklagter.

Art. 4. Forst- und Jagdfrevel in den Grenzwaldungen.

Verordnung, den Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes vom 15. August 1867 Nro. 68 betreffend. 31. August 1868 Nro. 63 Seite 195.

7. September

Abänderungen in der Organisation des Herzogl. Kreisgerichts sowie des Herzogl. Amtsgerichts Blankenburg betreffend.

Gesetz, die Insinuationen und Ladungen der Amtsgerichte Riddagshausen und Wolfenbüttel in den Stadtgebieten Braunschweig und Wolfenbüttel betr. 18/25. Juni 1869 Nro. 43 Seite 175.

§. 1. Ausnahmsweise Berechtigung zu Ladungen und Behandlungen außerhalb des Gerichtsbezirks.

§. 2. Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen. Vom 12. Juni 1869. Bd.-Ges.-Blatt Seite 201.

Anlage. Auszug aus dem Königl. Preussischen Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Veretzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 7. Mai 1851.

Bd.-Ges.-Blatt Seite 209.

Gesetz, betreffend die Gewährung der Rechtshülfe. Vom 21. Juni 1869.

Bd.-Ges.-Blatt Seite 305.

Rescripte 2c.

Beschheid Herzogl. Obergerichts vom 25. November 1861.

Auf die Beschwerde des Obergerichts-Advocaten und Notars Dr. jur. Scheller zu Braunschweig wider Herzogl. Amtsgericht Riddagshausen, verweigerte Ausfertigung von Beschwörungsscheinen und Vorlegung der Grundacten betreffend, wird hiermit zur Resolution ertheilt:

dass, da

1. in Abweichung von gemeinrechtlichen Vorschriften, denen zufolge lediglich der Besitzer einer unbeweglichen Sache, darauf eingetragene Hypothekgläubiger und diejenigen, welche wegen eines mit dem Besitzer oder Gläubiger bestehenden Rechtsverhältnisses ein rechtliches Interesse darthun,

L. 3. §. 11, 14. L. 19. Dig. ad exhib. 10, 4.

Civilproceßordnung §. 285

desgleichen die legitimirten Vertreter gedachter Berechtigter, von denjenigen Stellen des Hypothekenbuchs, worauf ihr Recht sich bezieht, Einsicht zu nehmen und Auszüge derselben zu verlangen befugt sind, jedem Anderen aber sofern die Einwilligung des Eigenthümers der Sache nicht nachgewiesen wird, die Einsicht und Ertheilung von Auszügen versagt werden muss, nach §. 5 des Gesetzes vom 4. Juli 1851 Nro. 28

„den Notaren des Landes, den recipirten Anwälten und Advocaten auf Ansuchen die „Einsicht der in den Gerichtsregistraturen vorhandenen Hypothekenbücher, Erbregister, „Separations- und Ablösungs-Receßse, Orts- und Feldbeschreibungen, Risse und Cataster-„berichtigungsstabellen ohne Weiteres zu gestatten ist“

in Gemäßheit dieser gesetzlichen Bestimmungen die Notare 2c. zwar behuf Einsicht benannter Urkunden von Beibringung einer Vollmacht Seitens der obervähnten Berechtigten entbunden, jedoch um die Einsicht qu. gebührend nachzusehen allerdings verpflichtet, hingegen Auszüge aus diesen Urkunden ihnen ohne Weiteres nicht, sondern nur auf vorgängig beschaffte Legitimation zu verwilligen sind.

2. Grundacten und Gerichtshandelsbücher anlangend die Gerichtsbehörden begreiflicher Weise nicht anders verfahren können und dürfen

Untergerichts-Ord. für die Stadt Braunschweig von 1764 cap. 4 §. 1 Abs. 2
als die Notare rücksichtlich der von selbigen aufgenommenen Urkunden

Notariats-Ord. von 1850 §. 17

das Gesuch als unbegründet und unstatthaft zurückgewiesen werde.

Circularrescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 18. November 1862.

Die Landesgesetzgebung schreibt im §. 51 der Strafproceßordnung und im §. 58 der Civilproceßordnung zwar vor, daß den öffentlichen Gerichtsverhandlungen nur Erwachsene, jedoch unbedeckten Hauptes und unbewaffnet beiwohnen dürfen; allein diese Gesetzbestimmung, wenn gleich allgemein und daher ohne Zweifel auch auf Officiere anwendbar, erstreckt sich nur auf diejenigen Personen, welche solchen Sitzungen als Zuhörer oder Zuschauer beiwohnen, nicht aber auf diejenigen, welche, sei es als Parteien oder Auskunftspersonen, zu der Sitzung geladen, oder zur Aufrechthaltung der Ordnung in das Sitzungslocal commandirt worden sind.

Ferner enthalten zwar in Betreff derjenigen Militairpersonen, welche in einer der vorgedachten Eigenschaften vor den Civilgerichten zu erscheinen haben, Unsere Rescripte vom 27. Juni 1820, 1. November 1837 und 16. Juni 1853 die Vorschrift, daß Unterofficiere und Soldaten bei Eidesleistungen vor den Civilgerichten das Seitengewehr abzulegen haben, indess diese Vorschrift gestattet, als eine singuläre, keine analoge Ausdehnung auf die Officiere und wie auch das gemeine Recht keine Bestimmung darüber enthält, daß bei Eidesleistungen Waffen nicht geführt werden dürfen, so ergibt sich, daß beim Mangel desfalliger gesetzlicher oder reglementarischer Bestimmungen, die Civilgerichte nicht befugt sind, von Officieren bei Eidesleistungen die Ablegung ihrer Waffen zu verlangen.

Da in dieser Hinsicht neuerlich Zweifel entstanden sind, so weisen Wir zur Beseitigung derselben sämtliche Herzogl. Kreisgerichte hierdurch an, in vorkommenden Fällen dem Obstehenden gemäß selbst zu verfahren und die betreffenden Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte vom 31. Mai 1865.

Nach dem Erlasse des Gewerbesteuergesetzes vom 3. August d. J. sind Zweifel darüber entstanden:

1. ob in Gewerbesteuer-Contraventionsfällen, welche unter Nro. VII. des neuen Tarifs (§. 5) fallen, der einfache Betrag der defraudirten Steuer, gleich wie solches nach §. 35 und 53 des frühern Gewerbesteuergesetzes vom 4. April 1837 zu geschehen hatte, so auch jetzt in für die erkennenden Gerichte verbindender Weise durch die betreffende Herzogl. Kreisdirection resp. das Herzogl. Steuercollegium festzusetzen sei,

oder ob gegenwärtig die Entscheidung über den Betrag der im Einzelfalle für defraudirt anzunehmenden Steuer dem zuständigen Gerichte mit anheimfalle?

Bei Beantwortung dieser Frage ist entscheidend, daß §. 1 des Gesetzes vom 3. August 1864 jenes ältere Gesetz vom 4. April 1837 vollständig außer Kraft gesetzt hat, daß schon deshalb und um so mehr die Anwendung jener exceptionellen Bestimmung desselben fortan ausgeschlossen bleiben muß, als deren Voraussetzung, daß allgemein dem Steuercollegium die Feststellung der Gewerbesteuer übertragen war, nach §. 22 des neuen Gesetzes überall nicht mehr zutrifft, daß endlich durch die §§. 7 und 31 des letztern ohne alle und jede Beschränkung, lediglich unter Hinweisung auf das Gesetz und die in dessen Folge zu erlassenden Verordnungen, die Untersuchung und Entscheidung der Gewerbesteuer-Contraventionen den Gerichten überwiesen ist und nicht einmal Zweckmäßigkeitsgründe einer Beschränkung der gerichtlichen Competenz das Wort reden.

Wenn sonach die Gerichte gegenwärtig auch über den Betrag der als defraudirt anzunehmenden Gewerbesteuer mit Rücksicht auf die besonderen Umstände jedes Einzelfalles zu entscheiden haben, so entsteht in denjenigen unter Nro. VII. des Tarifs enthaltenen Fällen, in welchen der Minimalsatz der zulässigerweise zu erkennenden Gewerbesteuerstrafe zwar die Summe von 10 Thlr. nicht erreicht, der Maximalsatz aber über diesen Betrag hinausgeht, die fernere Frage:

2. ob in solchen Fällen die Befugniß zur Anklage-Erhebung und die Zuständigkeit der Gerichte nach §. 11 der Strafproceßordnung zu beurtheilen, folgeweise in solchen Fällen die Anklage stets von den Staatsanwälten vor den Herzogl. Kreisgerichten zu erheben,

oder analog der Vorschrift im §. 10 des Polizeistrafgesetzbuchs zu verfahren sei, welche neuerdings im §. 103 des Gewerbegesetzes vom 3. August v. Jrs. gleiche Anwendung gefunden hat?

Gründe der Zweckmäßigkeit reden der analogen Anwendung der letzterwähnten Bestimmungen — welche allerdings in Criminalsachen nicht Platz greifen können — Patent vom 10. Juli 1840 §. X. — das Wort und in Gemäßheit eines Ministerialrescripts vom 23. d. Mts. Nro. 4900 werden deshalb die Herren Staatsanwälte angewiesen:

ad 1. bei Gewerbesteuer-Contraventionsfällen eine Feststellung des für defraudirt anzunehmenden Steuersatzes durch das Steuercollegium oder die Kreisdirectionen ferner nicht zu erfordern,

ad 2. aber hinsichtlich der Competenzfrage bis auf Weiteres die Vorschriften des Polizeistrafgesetzbuchs §. 10 als normgebend auch für Gewerbesteuer-Contraventionsfälle anzusehen.

Die öffentlichen Ankläger bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten sind demgemäß zu instruiren.

Resolution Herzogl. Obergerichts für den Rechtsanwalt und Notar
Dürre zu Magdeburg vom 14. Juli 1865.

Sie haben auf Veranlassung eines von Ihnen als Anwalt geführten Processus, insbesondere auf Veranlassung der in Sachen Löwenthal wider Michel wegen 103 Thlr. 13 Gr. von Herzogl. Kreisgerichte Gandersheim unterm 2. v. M. dem Königl. Stadt- und Kreisgerichte Magdeburg abgegebenen Erklärung, einer Requisition zur Klagenbehändigung nicht Folge leisten zu können, in Ihrer Eingabe vom 23. v. M. an uns die Bitte gerichtet:

Sie befehlen zu wollen, ob die Vorschrift des §. 29 der diesseits durch Gesetz vom 9. December 1841 publicirten, mit dem Königreiche Preußen zur Förderung der Rechtspflege abgeschlossenen Uebereinkunft, auch in Bezug auf domicilirte Wechsel in der Weise wie Herzogl. Kreisgericht Gandersheim ausgeführt habe, Anwendung finden dürfe?

Da es indess der von uns, als Gericht, eingenommenen Stellung nicht entspricht, allgemeine Rechtsbelehrungen zu erteilen, können wir auf die von Ihnen gestellte Bitte nicht eingehen, müssen Sie vielmehr für etwa vorkommende Fälle lediglich auf den kompetenzmäßigen Weg der Beschwerde verweisen.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Amtsgericht Eschershausen
vom 20. November 1865.

Auf den Bericht, welchen Herzogl. Amtsgericht Eschershausen über die Eintragung einer von dem Kaufmann Mattern zu Eschershausen dem Kaufmann Strube zu Gandersheim bestellten Hypothek unter dem 27. October d. J. an das Herzogl. Staatsministerium erstattet hat,
1. November

sind wir durch Ministerial-Rescript vom 19. d. M. angewiesen, dem Herzogl. Amtsgerichte Folgendes zu eröffnen:

Allerdings ist nach dem Gesetze vom 29. August 1858 No. 50 das Herzogl. Amtsgericht Eschershausen, weil bei demselben ein Schwiegersohn des Gläubigers als Secretair angestellt ist, zur Eintragung der fraglichen Hypothek nicht competent, vielmehr erscheint der gesetzlichen Bestimmung zufolge das Herzogl. Amtsgericht Stadoldendorf als die competente Behörde.

Allein die in dem amtsgerichtlichen Berichte vom 27. October geäußerte Ansicht, daß
1. November

Herzogl. Amtsgericht Stadoldendorf, weil auch bei diesem ein anderer Schwiegersohn des Gläubigers als Secretair fungire gleichfalls incompetent sei, beruht auf einem Irrthume. Die rechtliche Behinderung eines Beamten macht an sich die betreffende Behörde nicht incompetent, sondern hat nur zur Folge, daß der in Rede stehende Act ohne Mitwirkung des behinderten Beamten von einem anderen unbetheiligten Beamten vorgenommen werden muß. Soll die Incompetenz der Behörde selbst eintreten, so bedarf es hierzu einer besonderen gesetzlichen Vorschrift. Das Gesetz hat nun lediglich die Competenz der Amtsgerichte beseitigt, an welche die Sache zunächst der Regel nach gehören würde, nicht aber bestimmt, daß die substituirt Behörde, wenn bei dem einen oder anderen ihrer Beamten ein ähnlicher Behinderungsgrund vorliegt, die ihr

zur Ausbülfe ausnahmsweise gesetzlich beigelegte Competenz wieder verlieren solle. Es müssen daher die allgemeinen Grundsätze in solchem Falle zur Anwendung kommen und diese führen nur zur Ausschließung des betheiligten Beamten, nicht aber zur Beseitigung der substituirtten Behörde.

Der Gegensatz, um den es sich handelt, ist aus dem citirten Gesetze zur Genüge erkennbar, indem nach §. 3 Nro. 2 für das Stadtgericht Braunschweig die Competenz stets unverändert bleibt und nur eine Vertretung des behinderten Beamten angeordnet wird.

In gleicher Weise unterliegt daher im vorliegenden Falle die auf gesetzlicher Substitution beruhende Competenz des Herzogl. Amtsgerichts Stadtdendorff keinem Zweifel und nur das versteht sich von selbst, daß der Schwiegersohn des Gläubigers, Assessor Meyer, bei der Eintragung der Hypothek sich jeder amtlichen Thätigkeit zu enthalten hat, vielmehr der Amtsrichter selbst das Erforderliche zu besorgen haben wird.

Wir weisen Herzogl. Amtsgericht Eschershausen an, demgemäß weiter zu verfahren und bemerken zugleich, daß wir dem Herzogl. Amtsgerichte Stadtdendorff zur Nachachtung eine Abschrift dieses Rescripts haben zugehen lassen.

Die Berichtsanlagen erhält Herzogl. Amtsgericht Eschershausen hierneben zurück.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Amtsgericht Thedinghausen
vom 7. December 1866.

Auf den Bericht vom 24/28. v. Mts. erwidern wir dem Herzoglichen Amtsgerichte Folgendes:

Als Angehörige werden in der Civilproceßordnung §. 20 und in dem Gesetze vom 29. August 1858 dieselben Personen aufgeführt, welche das Crim.=Ges.=B. §. 73 unter dieser Kategorie begreift. Es ist hierin nicht eine zufällige, sondern eine absichtlich gewählte Gleichheit der Fassung zu erblicken, wie besonders daraus hervorgeht, daß die Notariatsordnung vom 19. März 1850 im §. 9 bezüglich der Angehörigen ausdrücklich auf den §. 73 des Crim.=Ges.=Bs. verweist.

Nach unserer Ansicht kann es daher keinen Zweifel leiden, daß in den gedachten neueren Gesetzen unter Schwägern nur dieselben Personen zu verstehen sind, welche das Criminalgesetzbuch mit diesem Ausdrucke bezeichnet, also die Geschwister der Ehegatten, nicht aber auch die Ehegatten dieser Geschwister, daß also die abweichende Bestimmung der Verordnung vom 14/22. Juli 1825 durch die späteren Gesetze aufgehoben ist.

Der Registrator Lüers wäre daher nur dann behindert gewesen, wenn der fragliche Act seine Schwägerin, die Ehefrau des Vollmeiers Behrens, noch selbst betroffen hätte. Da aber ein Rechtsgeschäft in Frage stand, welches der Vollmeister Behrens nach dem Tode seiner Ehefrau im Namen und in väterlicher Gewalt seines Sohnes, welcher seine verstorbene Mutter beerbte, vor dem Herzogl. Amtsgerichte vornahm, so lag für den Lüers kein gesetzlicher Grund vor, sich der amtlichen Thätigkeit zu enthalten.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 11. November 1867.

Die Königl. Preussische Staatsregierung behauptet, dass bezüglich der gegenseitigen Rechtshilfe in Strafsachen, insbesondere auch bei Jagd- und Forstwogen die zwischen Braunschweig und Hannover bezüglich Kurhessen abgeschlossenen Conventionen vom 12. April 1798, 2. August 1828 und 5. Mai 1823 durch die bekannten Ereignisse des vorigen Jahrs außer Wirksamkeit getreten seien und dass dagegen die zwischen Braunschweig und Preußen getroffenen Vereinbarungen vom 23. Januar 1827, 25. Januar 1839, 16. Februar 1848 und 4/9. December 1841 auch

7. Februar

25. Februar

8. März

für die neuen Landestheile Preußens zur Anwendung kommen müssen. Demgemäß werden die erwähnten Hannoverschen und Kurhessischen Verträge von den Königl. Preussischen Gerichten nicht mehr als rechtsbeständig anerkannt und es ist in der letztern Zeit die Rechtshilfe, welche die hiesigen Behörden auf den Grund jener Verträge in Anspruch nehmen, fortwährend verweigert.

Die Herzogl. Landesregierung, welche die von Preussischer Seite vertretene Ansicht nicht vollständig zu theilen vermag, wird bemüht sein, die wünschenswerthe Ausgleichung der obschwebenden Differenzen sobald als möglich herbeizuführen. Inzwischen erscheint es bei der gegenwärtigen Sachlage unvermeidlich, bis dahin, dass die weiteren Verhandlungen mit der Königl. Preussischen Staatsregierung zu einem definitiven Einverständnisse geführt haben, die folgenden provisorischen Maßregeln zu treffen:

1. Die gedachten Hannoverschen und Kurhessischen Verträge vom 12. April 1798, 2. August 1828 und 5. Mai 1823 treten auch für das hiesige Land bis auf Weiteres außer Wirksamkeit.

2. Die diesseitigen Gerichte haben bezüglich der Strafsachen, einschließlich der Forst- und Jagdwogen, welche in den neuen Preussischen Gebietstheilen vorkommen, einstweilen die erwähnten Verträge als unanwendbar zu behandeln, also den betreffenden Königl. Preussischen Gerichten die beantragte Rechtshilfe lediglich nach Maßgabe der hiesigen Gesetze und der auch anderen Staaten gegenüber befolgten Grundsätze zu leisten, insofern und insoweit die erwähnten Preuss. Gerichte die Gegenseitigkeit beobachten.

3. Voraussichtlich wird während der Dauer des interimistischen Zustandes häufiger als früher die Nothwendigkeit eintreten, gegen Einwohner der neuen Preuss. Gebietsheile, wegen der von ihnen im hiesigen Lande verübten Forst- und Jagdfrevel oder sonstigen Contraventionen zur Sicherung der Rechtsverfolgung und Strafvollziehung die Verhaftung zu verfügen.

Die diesseitigen Gerichte haben in solchen Fällen für die schnelligste Erledigung der Sache Sorge zu tragen.

4. Bezüglich der älteren Preuss. Gebietsheile kommen die für diese geltenden Verträge vom 23. Januar 1827, 25. Januar 1839 und 4/9. December 1841 nach wie vor unverändert zur

7. Februar

25. Februar

Anwendung.

In Gemäßheit der uns vom Herzogl. Staatsministerium durch Rescript vom 30. October
5. November

d. J. erteilten Ermächtigung weisen wir die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch an, in den vor kommenden Fällen nach obigen Grundsätzen zu verfahren und beauftragen dieselben, auch die ihnen untergeordneten Localgerichte von dieser Anwendung zur Nachachtung ungesäumt in Kenntniß zu setzen.

**Rescript Herzogl. Obergerichts an die Herzogl. Kreisgerichte
vom 30. December 1867.**

Nach §. 24 der Notariats-Ordnung vom 19. März 1850 sollen rückständige Notariats-Gebühren durch die von dem Notar dazu aufgeforderten Gerichte auf Kosten des Säumigen beigetrieben werden, ohne daß jener eine Auslage zu machen hat. Diese den Notaren behuf mög lichster Gleichstellung derselben mit anderen Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gewährte Auslagen-Freiheit ist auf dem im Gesetze gedachten gleichsam amtlichen Weg der Beitreibung der Gebühren nach vorgängiger speciellen Liquidation zu beschränken und kommt nicht zur Anwendung, falls die Notare es vorziehen, derartige Rückstände im gewöhnlichen Privatrechtswege, Mahn verfahren oder Civilproceß, von ihrem Requirenten einzufordern. Im letzteren Falle haben die Notare, da Privilegien nicht auszudehnen sind, die Gerichts- event. Stempelgebühren gleich an deren Privaten sofort zu erlegen. Zu einer Abweichung von diesen in den Gesetzen enthaltenen Principien ist kein Grund vorhanden, und finden wir uns durch den Umstand, daß kürzlich ein Herzogliches Kreisgericht, bezüglich Stadtgericht, die sofortige Verwendung eines Stempels zu dem von einem Notare bei dem Gerichte eingereichten Antrage auf Einleitung des Mahnverfahrens wegen rückständiger Gebühren im Betrage von über 20 Thlr. mit Bezugnahme auf die im §. 24 cit. gewährte Auslagen-Freiheit für nicht erforderlich erklärt hat, veranlaßt, nach vorgängiger Autorisation des Herzogl. Staatsministeriums die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch anzuweisen, in Zukunft die obigen Grundsätze zu befolgen, und eine diesen entsprechende Instruction auch an die Stadt- und Amtsgerichte ihrer Kreise zu erlassen.

**Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium
vom 20. Februar 1868,**

das Gesuch des Schuhmachers Dettmer zu Wolfenbüttel um Rechtshülfe betreffend.

Dem Beschlusse des Herzogl. Staatsministeriums vom 1/3. d. Mts. Nro. 905 gemäß berichten wir gehorsamst unter Rücksendung der Acten wie folgt:

Der zur Beförderung der Rechtshülfe zwischen Braunschweig und Preußen abgeschlossene Vertrag vom 9. December 1841, Nro. 28, erstreckt sich nicht auf die Preussische Rheinprovinz (§. 49) und der Bundesgesetz-Entwurf über die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährende Rechtshülfe vom Jahre 1861 (abgedruckt unter anderen in Jöppels Staatsrecht 5te Auflage Bd. II. S. 452 folg.) ist nicht zur Gesetzeskraft ge- diehen. Auch die Verfassung des Norddeutschen Bundes zählt nur die Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Civilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt unter den Gegenständen der Bundesbeaufsichtigung und Bundesgesetzgebung auf (Art. 4 Nro. 11) läßt aber bis jetzt die gesetzlichen Bestimmungen selbst noch vermissen. In

der Preussischen Rheinprovinz werden also die in hiesigen Gerichten gefällten Civil-Erkenntnisse lediglich als Erkenntnisse ausländischer Gerichte gelten können. Solche Erkenntnisse sollen nach dem Code procedure civile (Art. 546) welcher noch heute das Verfahren in der Rheinprovinz regelt, im Inlande nur insofern executorisch sein, als sie den Voraussetzungen der Art. 2123 und 2128 des Code Napol. entsprechen. Die genannten Artikel des Code Napol. erfordern aber, dass die ausländischen Urtheile von einem Gerichte des Inlandes für vollstreckbar erklärt worden sind. Durch die von hiesigen Gerichten zu erlassenden Requisitionen ist diese Vollstreckbarkeits-Erklärung der Elberfelder Gerichte nicht zu erwirken. Der Kläger hat sie vielmehr mittelst Anstellung der actio judicati selbst zu betreiben und zu dem Ende dem zuständigen Gerichte, also im vorliegenden Falle dem Königl. Preussischen Landgerichte zu Elberfeld, und zwar wegen bestehenden Anwaltszwangs durch einen bevollmächtigten Advocat-Anwalt, nach vorgängiger Ladung des Beklagten das hier gefällte und mit der Bescheinigung der Rechtskraft versehene Urtheil unter der Bitte um Vollstreckbarkeits-Erklärung vorzulegen und sodann das nach Gehör des Beklagten für vollstreckbar erklärte Erkenntniss dem Gerichtsvollzieher (huissier) zur Vollstreckung zu übergeben (Cod. proc. civil. art. 556).

Zu verschweigen ist indess nicht, dass der Kläger auch auf diesem unseres Erachtens allein offenen Wege auf ernste Hindernisse stoßen kann. Die ob erwähnten Artikel der beiden Codes machen die Vollstreckbarkeits-Erklärung von der Bedingung abhängig, dass weder absolute Gesetze (lois politiques) noch Staatsverträge widerstreiten. Nun betrifft aber das hiesige Urtheil theils eine Alimentenforderung des unehelichen Kindes, theils einen Anspruch der unehelichen Mutter des Kindes wegen Tauf- und Wochenbettskosten gegen den unehelichen Vater und der unseres Wissens in der Preussischen Rheinprovinz nicht aufgehobene Art. 340 des Code Napoleon verbietet bekanntlich — den Fall der Entführung ausgenommen — die Nachforschung, wer Vater eines unehelichen Kindes sei. Sofern dieses Verbot, wie leider kaum zu bezweifeln sein dürfte, eine gebietende Rechtsregel aufstellen sollte, würde es den dortigen Gerichten die Vollstreckbarkeits-Erklärung des hiesigen Urtheils beim besten Willen unmöglich machen.

Mittel und Wege, vermöge deren die hiesigen Gerichte oder selbst das Herzogl. Staatsministerium die Rechtsverfolgung des Klägers fördern könnten, bieten sich, so viel wir zu übersehen im Stande sind, nicht dar. Beschränkt sich doch selbst die Erleichterung welche der ob erwähnte Bundesgesetz-Entwurf (§. 36 Aro. VIII.) für Fälle der hier fraglichen Art zu gewähren beabsichtigt, auf die Möglichkeit mittelst Requisition des Proceßgerichts an den betreffenden Beamten der Rheinpreussischen Staatsanwaltschaft durch diesen bei der Rathskammer eines dortigen Civilgerichts erster Instanz den Beschluss und die Erklärung der Vollstreckbarkeit des fremden mit der Bescheinigung der Rechtskraft in der Original-Ausfertigung und einer Abschrift vorzulegenden Erkenntnisses zu erwirken und darauf das Erkenntniss nebst einer Ausfertigung des Vollstreckbarkeitsbeschlusses an die Partei oder deren Vertreter zurückgehen zu lassen, damit diese selbst schließlich die Vollstreckung bei dem Gerichtsvollzieher betreiben.

Dem Kläger ist unseres Dafürhaltens nur zu rathen, sich an einen zuverlässigen Advocat-Anwalt in Elberfeld zu wenden und dessen sachverständige Rathschläge bei der Unternehmung fernerer Schritte zur Erreichung des erstrebten Zieles lediglich zu befolgen.

Entscheidung Herzogl. Obergerichts vom 16. Juni 1869.

In Sachen die Tactsche Vormundschaft betreffend, wird auf die Beschwerde des Herzogl. Amtsgerichts Holzminden vom 10. d. M. über eine Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 3. d. M. bei Remission der eingesandten Acten folgende Entscheidung abgegeben.

Herzogl. Kreisgericht erinnerte bei Gelegenheit einer beantragten Veräußerungs-Autorisation in dem Erlasse vom 22. August 1863, daß verschiedene Kosten nicht oder nicht richtig berechnet wären und gab dem Herzogl. Amtsgerichte auf, die Berechnung und Erhebung der Kosten zu vervollständigen. Diese Rüge und Auflage wurde wiederholt und auf fernere Irrthümer und Versäumnisse ausgedehnt zunächst unterm 10. März 1865, sodann dringender unterm 20. März und 8 Mai c.

Das Herzogl. Amtsgericht stellte hiergegen dem Herzogl. Kreisgerichte unterm 28. v. M. vor, daß jenes in Vormundschaftsachen die competente Behörde, also auch zur Berechnung und Erhebung der Kosten zuständig und, da Seitens der Interessenten ein Recurs dagegen nicht verfolgt sei, bei der Selbstständigkeit des Richteramts, also auch des Herzogl. Amtsgerichts, das Herzogl. Kreisgericht zu jenen Anweisungen keine Befugniß gehabt habe.

Gegen den Inhabito-Erlaß des Herzogl. Kreisgerichts vom 3. huj. hat nun das Herzogl. Amtsgericht die oben gedachte Beschwerde verfolgt. Es verkennt nicht seine Unterordnung unter das Herzogl. Kreisgericht, hält jedoch dasselbe in dieser Sache nicht für competent.

1. Aus jener Unterordnung folgt nun das Recht und die Pflicht des Kreisgerichts zu allgemeiner Aufsichtsführung, und zwar nicht nur in eigentlichen Partei-Sachen, sondern auch in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, des Hypotheken-, Vormundschafts- und Depositen-Wesens. Gerichtsverfassung §. 20.

2. Das gesammte Sportelwesen fällt zwar seiner Natur nach nicht unter die Sachen der streitigen und unstreitigen Gerichtsbarkeit, sondern gehört der Finanzhoheit an; ist aber wegen seiner Verbindung mit den einzelnen richterlichen Geschäften aus Zweckmäßigkeitsgründen den Gerichten verfassungsmäßig übertragen und also auf diese Weise gleichfalls Gegenstand der von den vorgeordneten Gerichten zu führenden Aufsicht geworden.

3. Alle Aufsicht kann auf äußere Veranlassung oder auf inneren Antrieb der Aufsichtsbehörden gehandhabt werden. Diese letztere verhindert nicht, auch noch den Recurs einer interessirten Person zuzulassen und darauf zu verfügen.

4. Die richterliche Selbstständigkeit findet nur bei denjenigen gerichtlichen Geschäften statt, welche richterliche Natur haben, also inter partes ergangen und von den Parteien durch f. g. Rechtsmittel angefochten werden können und soweit solches Alles zusammentrifft.

Aus diesen Vordersätzen folgt, daß das Verfahren des Herzogl. Kreisgerichts im Allgemeinen durchaus correct und keineswegs als eine lediglich schätzbare wissenschaftliche Autorität anzusehen war. Der gesetzlich vorausgesetzte Zweifel an der kreisgerichtlichen Competenz

Civilstaatsdienstgesetz §. 23

ergab sich von selbst aus der Verschiedenheit der beiderseitigen Ansichten und wird noch jetzt festgehalten. Herzogl. Amtsgericht hatte also nur die Wahl, entweder die Vorschrift der Aufsichts-

behörde zu befolgen, oder aber Vorstellung zu machen, und durfte nicht, auf vermeintliche Selbstständigkeit sich stützend, dieselbe unbefolgt lassen, resp. anderweite Erledigung durch Herzogl. Kreisgericht oder legislatorische Organe erwarten.

Aus diesen Gründen wird die erhobene Beschwerde als ungerechtfertigt verworfen, und soweit nicht Herzogl. Amtsgericht über einzelne noch unberührte Kosten-Aussprüche bei Herzogl. Kreisgerichte vorstellig zu werden nöthig erachten sollte, die angefochtene kreisgerichtliche Verfügung bestätigt.

Abschrift der gegenwärtigen Entscheidung soll dem Herzogl. Kreisgerichte Holzminden zur Nachricht zugefertigt werden.

Rescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 14. Januar 1870.

Die über einige Punkte der gerichtlichen Gebührentaxen von dem Herzogl. Amtsgerichte Eschershausen in einem unterm 28. Januar 1869 an das Kreisgericht Holzminden erstatteten Berichte erhobenen Bedenken, über welche wir mittelst Rescripts vom 25. Februar v. J. die Herzogl. Kreisgerichte zu gutachtlichen Äußerungen veranlasseten, beantworten wir in Folgendem:

- I. Ob bei Zeugenvorladungen in Civilsachen für die Zufertigungsbescheinigung, insbesondere für die in der Gerichtsschreiberei geschehene Vorbereitung derselben, eine Schreibgebühr berechnet werden dürfe?

Die Ausstellung dieser Bescheinigung ist, wo sie erforderlich, als Ergänzung des Insinuationsgeschäfts selbst, eine Verrichtung, welche zum Dienste des Gerichtsvogts oder Gerichtsdieners gehört, für welche die Parteien die ordnungsmäßige größere oder kleinere Zufertigungsgebühr mit bezahlen. Wenn daher zur Erleichterung des Gerichtsdieners in seinen Dienstgeschäften oder behuf größerer Vollständigkeit oder Vereinfachung der Zufertigungsbescheinigung dieselbe in der Gerichtsschreiberei, sei es mit Anwendung gedruckter Formulare oder ohne solche, bis auf die Unterschrift entworfen wird, oder Insinuationsmandate an den Gerichtsvogt ausfertigt, oder, wohin auch das in der Landesherrlichen Verordnung vom 31. October 1859 gedachte triplum gehört, Abschriften von dem zu insinuierenden Bescheide genommen werden, so erscheint es nicht gerechtfertigt, irgend eine Gerichtsnebengebühr mehr den Parteien dafür zu berechnen, ohne dass dies besonders gesetzlich zugelassen ist. Schreibgebühren oder Copialien, unter welchem Namen die Gebühr für gerichtseitige Beihülfe bei Aufstellung einer Zufertigungsbescheinigung von einigen Amts- und Stadtgerichten genommen worden ist, sind zwar keine Gebühren im älteren und engeren Sinne; allein Schreibgebühren für ihre Beurkundungen, Berichte und dergleichen Schreiberei haben den Gerichtsunterbeamten niemals zugestanden und sind ihnen auch in den neuesten Gebührentaxen nicht zugebilligt worden, so dass auch unter diesem Titel der Anspruch auf eine Nebengebühr für seine stellvertretende Betheiligung an der fraglichen Beurkundung auf das Gericht nicht übergehen kann.

Die vorstehenden Gründe sind übrigens überall in Civilsachen, auch in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Vormundschaftsachen, für die Unzulässigkeit der fraglichen Neben-

gebühr zutreffend, wie wir denn auch aus wesentlich denselben Gründen bereits mittelst unseres Circularrescripts vom 26. Juni 1865 diese Schreibgebühr bei Gelegenheit der Bescheinigungen über Zufertigung amtsgerichtlicher Klageprotocolle unzulässig erklärten.

II. Ob für die Besorgung von Requisitionsschreiben zur Post eine Gebühr von 1 Gr. 3 Pf. berechnet werden dürfe?

Nach den erstatteten Berichten berechnet die Mehrzahl der Gerichte, wenigstens der Amts- und Stadtgerichte, diese kleinere Zufertigungsgebühr und zwar nicht nur in Requisitionssachen, sondern für die Besorgung eines jeden Briefs oder Packets zur Post, gleichwie für unmittelbare Abgabe an eine adressirte Behörde, in gebührenpflichtigen Civilprocesssachen auch in Vormundschafts- und Curatel- und in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, und zwar berechnen einige Gerichte in den letztern Sachen je nach dem Werthe des Gegenstandes eine geringere oder höhere Gebühr, nach Ansicht der Nummern 11 und beziehentlich 32 der betreffenden Gebührentagen vom 28. Juni und vom 4. Juli 1851. Allein ein Ansatz für Besorgung von Briefen oder Packeten zur Post findet sich in keiner der drei geltenden Gebührentagen und die dafür angeführte Analogie mit der in der Gebührentage für Civilprocesse bei Nro. 34, in derjenigen für Vormundschafts- und Curatelsachen bei Nro. 11 und in derjenigen für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei 32 aufgeführten Zufertigungsgebühr ist nicht zutreffend. Denn eine Zufertigung versteht sich nach ihrem Begriffe von einer Insinuation nur an die Partei oder an den Betheiligten oder deren legitimirte Mandatare selbst, nicht aber von der Abgabe an die Post oder einen sonstigen Boten, welche Abgabe eine Zufertigung nur vorbereitet oder einleitet, ihr also nicht gleichgestellt werden kann. Ohnehin wird in vielen oder den meisten Fällen solcher Besorgungen zur Post es sich um die Requisition einer wirklichen Insinuation handeln und die requirirte an die Stelle des requirirenden Gerichts tretende Behörde in der Lage sein, die gesetzliche Insinuationsgebühr zu nehmen, dergleichen daher nicht nochmals berechnet werden darf. In einem Rescripte vom 18. October 1841 (Bege, Repert. Th. VI. S. 50) hatte freilich das vormalige Herzogl. Oberlandesgericht hieselbst für alle Besorgungen von Acten oder Schreiben zur Post, gleichwie für Einziehung von ausgelegten Gebühren eine Insinuationsgebühr für statthaft erklärt und aus der Verschiedenheit der jetzt geltenden Gebührentagen von den damals geltenden vom 10. Mai 1835 würde ein Bedenken dagegen nicht zu entnehmen sein; in einem späteren Rescripte vom 18. October 1847 (Bege, Repert. Th. VI. S. 52) äußerte jedoch dasselbe Gericht bezüglich einer Gebühr in Strafsachen für Besorgung der Acten vom Amte an das Kreisgericht Ansichten, daß nämlich die Sporteltaxe für jene Besorgung keinen Satz enthalte, auch keine Bestimmung enthalte, wonach für die Unterbedienten bei jedem Wege, welchen dieselben in einer Sache zu machen haben, diejenigen Gebühren, welche für eigentliche Insinuationen festgesetzt sind, statt haben dürfen; — Ansichten also, welche auch eine Gebühr für Besorgung von Briefen und Packeten zur Post unzulässig erscheinen lassen.

III. Ob, wenn in einer Civilprocess-, Vormundschafts- oder Sache der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Gerichtsvoigt oder ein anderer Gerichtsunterbedienter Gerichtsgebühren von einer Partei einzuziehen hat, welcher er nicht auch in Bezug auf jene Gerichtsgebühren eine gerichtliche Verfügung oder sonstige gerichtliche Verhandlung in Ur- oder Abschrift zu behän-

digen hat, unter Anwendung von No. 34^b der Sportel- und Gebührentaxe für Vormundschafsfachen und von 32^b der Gebührentaxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und beziehentlich von No. 11 Abs. 2 der Gebührentaxe für Vormundschafsfachen, eine Zufertigungsgebühr oder auch eine Schreibgebühr erhoben werden dürfe?

Nach den erstatteten Berichten und deren Anlagen haben in den fraglichen Fällen zwei Amtsgerichte beiderlei Gebühren, drei Amtsgerichte nur eine Schreibgebühr, zehn Stadt- und Amtsgerichte nur eine Zufertigungsgebühr, eins der Amtsgerichte auch nur dieselbe nur in Civilproceßsachen, ein anderes eine Zufertigungsgebühr in Civil- und eine Schreibgebühr in den anderen Sachen, neun Stadt- und Amtsgerichte aber weder eine Zufertigungs- noch Schreibgebühr erhoben. Von den Kreisgerichten scheint bei dreien eine Zufertigungsgebühr erhoben zu sein.

Zunächst die Schreibgebühr betreffend, so giebt zu deren Berechnung diese Kosten-Einziehung keine genügende Veranlassung; denn nach dem üblichen Geschäftsgange wird über diejenigen Kosten, welche auf die oben angegebene Weise eingezogen werden sollen, vom Sportel-Rechnungsführer eine Rechnung aufgestellt und dem Gerichtsvoigt urschriftlich übergeben, ohne daß eine Reinschrift vorkommt und wenn auch von denjenigen Amtsgerichten, welche eine Schreibgebühr berechnen, einige die Kostenrechnung des Sportelregisterführers in ein schriftlich ausgefertigtes an den Gerichtsunterbedienten gerichtetes Mandat aufnehmen, so erscheint doch diese Procedur in den gewöhnlichen Fällen unnöthig.

Aber auch die Berechnung einer Zufertigungsgebühr läßt sich nicht rechtfertigen, da diejenige Handlung, für welche diese Gebühr in den fraglichen Fällen von mehreren Gerichten berechnet wird, wesentlich verschieden ist von derjenigen Handlung, für welche nach den oben angeführten Nummern der drei Gebührentaxen eine Gebühr gestattet ist. Während nämlich die nach jenen Nummern vorausgesetzte Zufertigung einer gerichtlichen Verfügung oder Urkunde ein für sich allein bestehender und derjenige Act ist, zu dessen Vollzuge der Gerichtsbote sich zu der Partei oder dem Betheiligten begiebt, so erscheint die Uebergabe einer quittirten Kostenrechnung an die Partei oder den Betheiligten nur als ein die hauptsächlich beabsichtigte Handlung, die Kostenhebung nämlich, begleitender Act und als die Erfüllung einer privatrechtlichen Verbindlichkeit, wie sie jedem Empfänger einer schuldigen Zahlung obliegt. Weil die dienstliche Handlung, bei Gelegenheit welcher die fragliche Gebühr berechnet wird, eine Kosteneinziehung ist, nennen auch einige Amtsgerichte jene Gebühr eine Erhebungsgebühr. Allein gleichwie eine solche Gebühr in den drei Gebührentaxen sich nicht aufgeführt findet, so würde es legislatorisch auch ganz unrichtig gewesen sein, die Partei in der Veranlassung daß ihr, wie das jeder Schuldner, dem das Detail seiner Schuld noch nicht bekannt gemacht ist, erwarten darf, ein Nachweis über die einzelnen Posten des ihr obliegenden Kostenbetrags vorgelegt und gegen erfolgende Zahlung schuldigermaßen Quittung gegeben wird, mit einer Gebühr zu belasten.

IV. In welcher Weise die Gerichtsportel in einer Strafsache zu berechnen sei, wenn mehrere Angeklagte als Mitschuldige verurtheilt werden, ob namentlich, — und so würde nach den in dem oben gedachten Berichte des Herzogl. Amtsgerichts Eschershausen bei No. 4 in Frage gestellten Beispielen die Frage zu generalisiren sein, — die Sportel nach dem Gesamtbetrage der den mehreren Angeklagten zuerkannten Strafen zu berechnen oder ob zunächst

für jede den einzelnen Angeklagten zuerkannte Strafe eine Sportel zu berechnen, und deren Summe als die schuldige Sportel anzusehen sei, und ob in Folge dieser Berechnungsweise die amtsgerichtliche Tage überschritten werden dürfe?

Nach den erstatteten Berichten haben nur vier Amtsgerichte die eine und beziehentlich die andere der vorstehend hervorgehobenen Berechnungsweise angewendet, wohingegen und abgesehen von zwei Amtsgerichten, deren Erklärungen sich nicht an die aufgestellte Frage halten, die übrigen Stadt- und Amtsgerichte die Gerichtssportel nur nach Maßgabe der Einem der Mitangeklagten zuerkannten Strafe und im Falle einer Ungleichheit unter den gegen die verschiedenen Angeklagten erkannten Strafen nach Maßgabe der höchsten berechnet haben. Diese Berechnungsweise, nach welcher auch für die Frage von der Ueberschreitung der amtsgerichtlichen Tage, abgesehen von den Forst- und Jagdstrafsachen, keine Veranlassung bleibt, und welche die Kreisgerichte und das Schwurgericht gleichfalls beobachtet haben, rechtfertigt sich auch in der Erwägung, daß in der der Strafprocessordnung angehängten Sportel- und Gebührenordnung die Gerichtssportel in der Voraussetzung, daß überhaupt auf eine Strafe erkannt wird, für jedes gesammte Untersuchungsverfahren gewährt ist, ohne die Zahl der Angeklagten, ob nur einer oder mehrere in der Untersuchung begriffen seien, irgendwie zu erwähnen, daß also und da der Gesetzgeber wohl wußte, daß die Anklagen häufig gegen Mehre gerichtet seien, die Zahl der Angeklagten bei Gewährung der Gerichtssportel als gleichgültig angesehen ist. Dasselbe galt auch schon nach den Sportelordnungen vom 9. Februar 1814 und 9. Mai 1835, in welchen gleichfalls weder bei Bestimmung der Pauschsätze für dasjenige gesammte Untersuchungs-Verfahren, in welchem polizeiliche Strafen erkannt werden, noch bei Bestimmung der Gebühren für die einzelnen Handlungen (Verhöre, Erkenntnisse u. s. w.) in denjenigen Sachen, in welchen die Instruction oder doch das Erkenntniß bei den höheren Gerichten stand, irgendwie Rücksicht auf die Zahl der Angeklagten genommen wurde; daher denn auch schon unter Geltung jener Sportelordnungen die Gerichtssportel in Strafsachen in der Weise berechnet wurde, wie oben gedacht gegenwärtig vom Schwurgerichte, von den Kreisgerichten und der großen Mehrzahl der Stadt- und Amtsgerichte geschieht. Für das erhobene Bedenken würde auch keine Gelegenheit gewesen sein, wenn die Gerichtssportel in der amts- und stadtgerichtlichen Tage, wie in derjenigen des Schwurgerichts und des Cassationshofes und meistens auch bei der in den älteren Sportelordnungen geschehenen Bestimmung der Gebühren für die einzelnen Handlungen, eine einzige und für alle Straffälle der amtsgerichtlichen Competenz bestimmte wäre und nicht verschiedene Strafabstufungen aufgeführt wären, an welche, wenn darauf erkannt würde, verschiedene Sportelsätze geknüpft sind, indem erst hierdurch die Aufstellung der obigen Fragen äußerlich oder den Worten nach möglich wird. Allein die jenen Strafabstufungen innerhalb der amts- und stadtgerichtlichen Competenz entstehenden Abstufungen der Gerichtssportel, gleichwie die unter dem niederen und höheren Gerichtsstande in dieser Beziehung bestehende Abstufung, werden lediglich durch die ratio motivirt und es liegt ihnen lediglich die Absicht zum Grunde, daß die Gerichtssportel gleichwie die Strafe selbst und auch die Competenz der Gerichte bemessen werde, nach der Schwere des Straffalles. Dieser Begriff aber wird dem Sprachgebrauche gemäß nicht erst durch die Summe der gegen mehre Mitangeklagte erkannten Strafen, sondern schon durch die auch nur Einem derselben und unter

ungleichen als die höchste zuerkannte Strafe bestimmt. Die oben gedachte Regel, dass bei der gesetzlichen Bestimmung der verschiedenen Gerichtsporteln die Zahl der Angeklagten außer Acht geblieben sei, gilt daher auch bei den innerhalb der amts- und stadtgerichtlichen gleichwie innerhalb der kreisgerichtlichen Competenz vorkommenden Abstufungen der Sportelsätze. Hiernach ist die aufgestellte Frage, deren Bejahung auch häufig zu einer unzulässigen Ueberschreitung der amts- und stadtgerichtlichen gleichwie der kreisgerichtlichen Sportelsätze führen würde, zu verneinen.

V. Ob zur Befolgung der im §. 1 des mit höchster Genehmigung erlassenen obergerichtlichen Circularrescripts vom 6. März 1842 enthaltenen Vorschrift, nach welcher die bei den Gerichten vorkommenden Verhandlungen, welche die Begründung, Uebertragung oder Erlösung dinglicher Rechte an Immobilien zum Gegenstande haben, sorgfältig gesammelt und die sogenannten Grundacten davon angelegt werden sollen, im Falle jene Verhandlungen mehrere mit beziehentlich verschiedenen Grundacten versehene Grundstücke betreffen, es genüge, dass, während das beim Gerichte der belegenden Sache ergangene Concept oder die Ausfertigung oder beglaubte Abschrift der Verhandlung zu diesen Grundacten gelegt wird, zu den anderen nur eine Registratur oder ein sonstiger Bericht über den wesentlichen Inhalt der Verhandlung von dem Richter oder Secretair genommen werde, oder ob eine beglaubte Abschrift erforderlich sei und ob diese kostenfrei zu nehmen oder den Parteien die Schreib-, Beglaubigungs- und Siegelgebühren zu berechnen seien?

In dem Betracht, dass nur eine beglaubte Abschrift das Concept der Verhandlung oder dessen Ausfertigung vollständig wieder giebt, dass auch im §. 31 des angeführten Circularrescripts und im §. 8 des Gesetzes über die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken vom 19. März 1850 nur von beglaubten Abschriften, die an Stelle der auswärts errichteten Urkunden zu den Grundacten genommen werden sollen, geredet ist, so muss wohl die beglaubte Abschrift für das Vorschriftsmäßige gehalten werden, an dessen Stelle nur in Fällen einer ganz einfachen Verhandlung, wenn z. B. nur die Rückzahlung eines Capitals geschehen ist, eine Registratur des Richters oder Secretairs zulässig erscheint. Was sodann die Kosten der beglaubten Abschriften betrifft, so müssen wir es für gerechtfertigt halten, dieselben von den Parteien tragen zu lassen; denn nicht nur ist die Verwendung solcher Abschriften ein gesetzliches Erforderniss, sondern, wenn sie auch dem allgemeinen Interesse entspricht, so befördert sie doch vorzugsweise dasjenige, nämlich die Creditfähigkeit des betreffenden Grundbesizers. Die große Mehrzahl der Amtsgerichte hat denn auch in den vorkommenden Fällen beglaubte Abschriften verwendet, und von ihnen hat wiederum die Mehrzahl den Parteien die Kosten berechnet. Von diesen haben einige Amtsgerichte die Siegelgebühr nicht mit berechnet und muthmaßlich auch die Besiegelung selbst unterlassen. Dies erscheint jedoch nicht ungerechtfertigt. Bei Art. 10 b. der Sportel- und Gebührentaxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 4. Juli 1851 heisst es zwar „Beglaubigungen sind stets zu besiegeln“. Allein die Besiegelung einer beglaubten Abschrift, welche die Authenticität der Beglaubigung erhöhen soll, ist zu diesem Zwecke nur bei solchen beglaubten Abschriften erforderlich, welche das Gericht oder der Notar an die Betheiligten abgiebt, überflüssig aber auf denjenigen beglaubten Abschriften, welche Gericht oder Notar in ihren Acten oder Büchern behalten. Es darf daher angenommen werden, dass der Gesetzgeber bei den vorhin hervorgehobenen

Worten der Sportel- und Gebührentage nur den gewöhnlichen, auch bei Nro. 10 a. daselbst gedachten Fall der Ausfertigung einer beglaubten Abschrift für die Betheiligten vor Augen gehabt habe.

Das Herzogl. Kreisgericht veranlassen wir nun an die dortigen Amts- und Stadtgerichte, deren Berichte hier wieder beigelegt sind, die Anweisung zur Beobachtung unserer obigen Erklärungen zu erlassen und selbst dieselben in geeigneten Fällen zu beachten.

Kirchen- und Schul-Angelegenheiten.

Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums, betreffend die Prüfung, die Beschäftigung und Beaufichtigung der Candidaten der Theologie und des Predigtamts.

2. Januar 1861 Nro. 5 Seite 9.

26. Februar

- §. 1. Gültigkeit der Bestimmungen für evangelisch-lutherische Candidaten mit Ausnahme der Mitglieder des Predigerseminars.
- §. 2. Bestimmungen über das Tentamen der Studiosen.
- §. 3. Bestimmungen über das Candidaten-Examen.
- §. 4. Colloquium.
- §. 5. Aufsicht über die Candidaten.
- §. 6. Verpflichtungen der Candidaten.
- §. 7. Zulassung der Candidaten zur Theilnahme an theologischen Lesegesellschaften, Predigersynoden und Pastoralconferenzen.
- §. 8. Berichte der Superintendenten über sittliche und kirchliche Haltung der Candidaten.
- §. 9. Im Auslande lebende Candidaten werden der Aufsicht Herzogl. Consistoriums unmittelbar unterstellt.

Gesetz, die Abänderung des §. 6 des Gesetzes vom 23. April 1840, die Schulpflichtigkeit und das Schulgeld in den Landgemeinden betreffend.

27. März 1861 Nro. 18 Seite 79.

9. April

- §. 1. Aufhebung des §. 6 des Gesetzes vom 23. April 1840.
- §. 2. Feststellung der Zahl der wöchentlichen Schulstunden.
- §. 3. Feststellung der Lectionstabellen und der Unterrichtsstunden auf die einzelnen Wochentage und Tageszeiten.
- §. 4. Abänderungen in der vorgeschriebenen Zahl der Schulstunden und in den Unterrichtsgegenständen unter Mitwirkung des Schulvorstandes und eventuell der Gemeindebehörde.
- §. 5. Verpflichtung der Schulkinder zur Theilnahme an den veränderten Schulstunden oder Unterrichtsgegenständen.

Gesetz, das Normal-Dienst Einkommen und die Pensionen der Lehrer an den Gemeindeschulen betreffend. 7/19. September 1861 Nro. 51 Seite 205.

Bege's Repert. IX. Th.

32

A. Normalgehalt der Lehrer.**a. in den Stadtgemeinden.**

- §. 1. Feststellung von drei Gehaltsklassen.
- §. 2. Erhöhung des Gehalts.
- §. 3. Ermittlung des Einkommens der Lehrer.
- §. 4. Ausnahmebestimmung rücksichtlich der Schulen in Wolfenbüttel.
- §. 5. Zulässigkeit abweichender Besoldungsbestimmungen.

b. in den Landgemeinden.

- §. 6. Feststellung des Normal-Diensteinkommens.
- §. 7. Erhöhung des Normal-Diensteinkommens.
- §. 8. Feststellung von Minimalfügeln des Diensteinkommens.
- §§. 9 u. 10. Bestimmung für den Fall des Vorhandenseins mehrerer Schulen in einer Landgemeinde oder der Angehörigkeit an mehrere Schulbezirke.
Ermittlung des Einkommens der Landschulstellen.
Einkommen von dem mit dem Lehrerdienste verbundenen Kirchenamte.
- §. 11. Vereinigung mehrerer Landgemeinden zu einem Schulverbande.

B. Pensionen.

- §. 12. Bedingungen der Versetzung in den Ruhestand.
- §. 13. Ruhegehalt.

a. in den Stadtgemeinden.

§. 14.

b. in den Landgemeinden.

§§. 15, 16, 17 u. 18.

C. Allgemeine Bestimmungen.

- §§. 19 u. 20. Zuschüsse aus den Mitteln des Kloster- und Studienfonds.
- §. 21. Revision der Normalgehaltsätze.
- §. 22. Entscheidung über Vorenthaltung einer zugesicherten Gehaltserhöhung.
- §. 23. Nichtanwendung des Gesetzes auf Aushülflehrer.
- §. 24. Einföhrungstermin der Normalgehaltsätze und Gehaltserhöhungen.
- §. 25. Abschätzung des Einkommens der Schulstellen, welches das Normaleinkommen nicht erreicht.
- §. 26. Ausnahmebestimmung rücksichtlich des Anspruchs auf das Normal-Diensteinkommen.
- §. 27. Aufhebung früherer gesetzlicher Bestimmungen.

Regulativ für das Verfahren bei Prüfung der Reife der zu den Universitätsstudien übergehenden Schüler. 7. September 1861 No. 55 Seite 253.

26. October

Allgemeine Bestimmungen.

- I. Zweck der Prüfung. Erfordernisse der Reife zum academischen Studium.
- §. 1. Zweck der Prüfung.
- §. 2. Erfordernisse der Reife im Allgemeinen.
- §. 3. Forderungen hinsichtlich der einzelnen Zweige des Wissens.
- §. 4. Maßstab für die Beurtheilung der Gesamtbildung.

II. Zeit, Vorbedingungen und Einrichtung der Prüfung.

- §. 5. Zeit der Prüfung.
- §. 6. Vorbedingung: Vollendung des Lehrcurfus der ersten Classe.
- §. 7. Zulassung solcher, die nicht Schüler inländischer Gymnasien sind.
- §. 8. Befriedigende sittliche Haltung als Bedingung der Zulassung.
- §. 9. Anmeldung zur Prüfung.
- §. 10. Arbeiten, die der Anmeldung beizufügen sind.
- §. 11. Abmahnung solcher Angemeldeten, deren Reife in Zweifel zu ziehen ist.
- §. 12. Vorläufige Beurtheilung der Angemeldeten auf Grund der bisherigen Leistungen.
- §. 13. Umfang und Gegenstände der Prüfung.
- §. 14. Theilung der Prüfung in eine schriftliche und mündliche.

Schriftliche Prüfung.

- §. 15. Schriftliche Prüfungsarbeiten.
- §. 16. Bestimmungen über die Einrichtung der Prüfungsaufgaben.
- §. 17. Wer die Aufgaben zu stellen habe.
- §. 18. Hilfsmittel bei den Arbeiten.
- §. 19. Zeit für die einzelnen Arbeiten.
- §. 20. Aufsicht bei den Arbeiten.
- §. 21. Verfahren beim Gebrauch unerlaubter Hülfe.
- §. 22. Beurtheilung der Arbeiten. Umlauf der Prüfungsacten.

Mündliche Prüfung.

- §. 23. Betheiligte und Anwesende bei der Prüfung.
- §. 24. Zeitdauer der Prüfung, durch die Zahl der Examinanden bedingt.
- §. 25. Gegenstände der Prüfung.
- §. 26. Examinatoren.
- §. 27. Aufgabe und Zweck der mündlichen Prüfung.
- §. 28. Verfahren bei der Prüfung in den Sprachen.
- §. 29. Mündlicher Gebrauch der lateinischen und französischen Sprache.
- §. 30. Protocoll über die Prüfung.

Ausfall der Prüfung und Zeugniß der Reife.

- §. 31. Beurtheilung des Ausfalls sowohl nach den bisherigen Leistungen der Schüler, wie nach deren Leistungen bei der Prüfung.
- §. 32. Feststellung der Urtheile über die Leistungen in den einzelnen Unterrichtsgegenständen unter Anwendung bestimmter Prädicate.
- §. 33. Beschlußfassung über das Zeugniß der Reife und das der Gesamtheit der Leistungen zu ertheilende Prädicat.
- §. 34. Versagung des Zeugnisses der Reife wegen ungenügender Leistungen in gewissen Fächern.
- §. 35. Gewinnung des Urtheils über die Gesamtheit der Leistungen der Geprüften.
- §. 36. Verfahren bei der Beschlußfassung.
- §. 37. Verfahren bei Versagung des Zeugnisses der Reife.

- §. 38. Zulassung nicht Bestandener zu anderweiter Prüfung.
- §. 39. Abfassung des Zeugnisses. Inhalt desselben.
- §. 40. Formular für dasselbe.
- §. 41. Aushändigung des Zeugnisses.
- §. 42. Gänzlicher oder theilweiser Erlass der Prüfung.
- §. 43. Einsendung von Abschriften der Zeugnisse und des Prüfungsprotocolls an Herzogliches Consistorium.
- §. 44. Bekanntmachung der Schüler mit den sie betreffenden Bestimmungen dieses Regulativs.
- Gesetz**, die Abänderung und Ergänzung des §. 25 des Gesetzes vom 30. November 1851 Nro. 52 über die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Gemeinden betr. 10/19. Mai 1862 Nro. 25 Seite 125.
- Abänderung des Verfahrens bei der Wahl und Vocation des Predigers durch den Kirchenvorstand.
- Ausschreiben** des Herzogl. Consistoriums an die General- und Stadt-Superintendenten, imgleichen den Pastor Primarius zu Lunsen.
18. October 1862 Nro. 49 Seite 193.
7. November
- Formular zu Taufscheinen für unehelich geborne aber durch nachfolgende Ehe der Eltern legitimirte Kinder.
- Ausschreiben** des Herzogl. Consistoriums, die Kirchhöfe betreffend.
28. December 1862 Nro. 4 Seite 9.
23. Februar 1863
- Abstellung von Mißbräuchen rücksichtlich der Einrichtung und Benützung der Kirchhöfe.
- Verordnung**, das zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig am 18. October d. J. in den Kirchen des Landes abzuhaltende Dankfest betreffend.
20. September 1863 Nro. 34 Seite 549.
7. October
- Verordnung**, die Feier der am 22. December 1813 erfolgten Rückkehr des hochsel. Herzogs Friedrich Wilhelm, Durchlaucht, in das Herzogthum betr.
- 8/12. December 1863 Nro. 42 Seite 597.
- Gesetz**, die Trennung des Cassenverbandes zwischen den Stadtkirchen zu Braunschweig und den milden Stiftungen daselbst betreffend.
- 9/25. April 1864 Nro. 18 Seite 37.
- §. 1. Aufhebung des bisherigen Cassenverbandes.
- §§. 2 u. 3. Beibehaltung des Cassenverbandes der Stadtkirchen.
- §. 4. Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens.
- §. 5. Geschäftsführung des Kirchencassen-Collegiums.
- §. 6. Verwilligung von Zuschüssen.
- §. 7. Cassenverband milder Stiftungen.
- §. 8. Verwaltung der milden Stiftungen.

- §. 9. Befugnisse des Stiftungscassen-Collegiums.
- §. 10. Verwilligung von Zuschüssen.
- §. 11. Aufrechthaltung des Regulativs vom 7. März 1854.
- §. 12. Bestimmungen über die Catharinen-Schulcasse.
- §. 13. Gesetzeskraft und Aufhebung früherer Bestimmungen.

Gesetz, die von Katholiken, Reformirten und Juden an die evangelisch-protestantische Kirche zu entrichtenden Stolgebühren betreffend.

18. Mai 1864 Nro. 26 Seite 75.

4. Juni

- §. 1. Verpflichtung der Katholiken, Reformirten und Juden zur Entrichtung gewisser Stolgebühren.
- §. 2. Aufhebung früherer weitergehender Verpflichtungen.
- §. 3. Ausgleichung von Differenzen über den Betrag.
- §. 4. Bestand der Verpflichtung zu Parochiallasten.
- §. 5. Verpflichtung der katholischen Geistlichen zur Anmeldung der von ihnen vollzogenen Taufen bei dem inländischen evangelisch-lutherischen Pfarrer.
- §§. 6 u. 7. Entschädigung der Kirchen, Schulen und berechtigten Stellen für den Hinwegfall der Stolgebühren.
- §. 8. Feststellung der Durchschnittsbeträge.
- §. 9. Aufhebung aller durch das Gesetz nicht anerkannten Entschädigungsansprüche.
- §. 10. Frist zur Verfolgung von Recursen.

Gesetz, die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betreffend.

18. Juni 1864 Nro. 30 Seite 97.

9. Juli

vide Gemeinde-Angelegenheiten.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die von den Königl. Hannoverschen Prüfungsbehörden ausgestellten Reisezeugnisse zu academischen Studien betreffend. 27. December 1864 Nro. 1 Seite 1.

7. Januar 1865

Maturitätszeugnisse der Königl. Hannoverschen Prüfungsbehörden werden den inländischen gleichgestellt.

Verordnung, das am 18. Juni d. Jrs. zur Feier des Sieges bei Waterloo abzuhaltende kirchliche Dankfest betreffend.

9|20. Mai 1865 Nro. 18^a Seite 127^a.

Gesetz, die Anwendung von Straf- und Zwangsmitteln bei willkürlichen Schulversäumnissen in den Gemeindeschulen betreffend.

10|29. April 1867 Nro. 17 Seite 41.

- §. 1. Strafbestimmungen für Schulversäumnisse.
- §. 2. Anwendung von Zwangsmaßregeln.
- §. 3. Abänderung der Strafbestimmung im §. 211 Nro. 2 litt. d. des Pol.-Ges.-Bs.
- §. 4. Dualität der Strafen als Polizeistrafen.
- §. 5. Verwendung der Strafgeelder.

Gesetz, die Verwendung der Entschädigungscapitale für Grundvermögensstücke der Pfarren und Schulen zur Deckung eines durch dauernde Verbesserungen der Grundstücke derselben, oder durch Ablösungs- und Separationskosten entstandenen Capitalbedarfs betreffend.

23. April 1867 Nro. 20 Seite 97.

13. Mai

§. 1. Ausdehnung der Bestimmungen der §§. 6 u. 7 des Gesetzes Nro. 27 vom 3. Juli 1837.

§. 2. Ermächtigung Herzogl. Consistoriums zur Bewilligung der Verwendung.

§. 3. Verwendung zur Abtragung bereits angeliehner Capitale.

Gesetz, das Normal-Einkommen und die Pensionen der Lehrer an den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen, desgleichen das Schulgeld in den Landgemeinden betreffend. 24. April 1867 Nro. 25 Seite 179.

20. Mai

I. Normalgehälter der Lehrer.

1. Betrag der Normalgehälter.

§§. 1—5. A. In den städtischen und den übrigen mit einer Bürgerschule versehenen Gemeinden.

§§. 6—8. B. In den Landgemeinden.

2. Ermittlung und Feststellung der Einkommensbeträge.

§. 9. A. In den städtischen und den übrigen mit Bürgerschulen versehenen Gemeinden.

§§. 10—12. B. In den Landgemeinden.

§§. 13—15. 3. Gemeinsame Bestimmungen.

§. 16. 4. Bestimmung für verbundene in- und ausländische Schulgemeinden.

§§. 17—21. 5. Mittel zur Deckung der Normalgehaltsbeträge.

§§. 22 u. 23. II. Pensionen.

§. 24. A. In den städtischen und den übrigen mit einer Bürgerschule versehenen Gemeinden.

§§. 25—28. B. In den Landgemeinden.

§. 29. III. Aufhebung früherer entgegenstehender Bestimmungen.

Gesetz, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken im hiesigen Lande betreffend. 10/31. Mai 1867 Nro. 32 Seite 233.

§§. 1—4. I. Von der Proclamation und der Copulation.

§§. 5—11. II. Von der religiösen Erziehung der Taufe und dem Schulbesuch der Kinder.

§§. 12—14. Von dem Endtermine der Schulpflichtigkeit, der Wahl und dem Wechsel der Confession.

§§. 15—18. Vom Besuch der Kranken und Gefangenen und vom Begräbniss.

§§. 19—21. Von der Führung der Kirchenbücher und der Aufsicht auf dieselbe.

§§. 22—24. Von den Bedingungen der Berechtigung der katholischen Geistlichen zu kirchlichen Amtshandlungen.

§. 25. Schlussbestimmung.

Verordnung zur Ausführung der Bestimmungen in den §§. 3 und 20 des Gesetzes vom heutigen Tage, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken im hiesigen Lande betreffend. 10/31. Mai 1867 Nro. 33 Seite 253.

Instruction.

- A. In Betreff der Proclamation und Copulation.
- B. In Betreff der Eintragung derjenigen kirchlichen Amtshandlungen in das Kirchenbuch, bei denen die Befugnisse und Verpflichtungen der evangelischen und katholischen Geistlichen concurren.
 - a. In Ansehung der Taufe.
 - b. In Ansehung des Uebertritts.
 - c. In Ansehung der Copulation.
 - d. In Ansehung des Begräbnisses.

Bekanntmachung, die Verwendung von Lehrerinnen an den Gemeindeschulen und das Reglement über die Prüfung von Lehrerinnen und Erzieherinnen betr.
 23. Juni 1868 Nro. 48 Seite 129.

7. Juli

Anlage. Reglement, die Prüfung von Lehrerinnen und Erzieherinnen betr.

- §. 1. Zusammensetzung der Prüfungscommission.
- §. 2. Oberbehörde und Vorsitz.
- §. 3. Classen-Eintheilung der Prüfung.
- §. 4. Zeit und Ort der Prüfung.
- §. 5. Anmeldungen zur Prüfung.
- §. 6. Gegenstände der Prüfung im Allgemeinen.
- §. 7. Anforderungen an die Examinanden in den einzelnen Disciplinen.
- §. 8. Prüfungszeugnisse.

Verordnung, betreffend die Berufung einer Vorsynode.

16. April 1869 Nro. 28 Seite 129.

3. Mai

- §. 1. Zusammensetzung der Vorsynode.
- §. 2. Wahlkreise.
- §. 3. Wählbarkeit.
- §. 4. Wahl der geistlichen und weltlichen Abgeordneten.
- §. 5. Nähere Bestimmungen in Betreff der Wähler.
- §§. 6 u. 7. Wahlverfahren behuf der Vorsynode.
- §. 8. Ernennung der Abgeordneten.
- §. 9. Urlaubsbewilligung für Kirchen- und Staatsdiener.
- §. 10. Berufung der Vorsynode.
- §. 11. Eröffnungsfeierlichkeit.
- §. 12. Legitimationsverfahren.
- §. 13. Eröffnung und Schluss der Vorsynode.
- §. 14. Gelöbniß.
- §. 15. Wahl der Beamten, deren Bestätigung und Stellung.
- §. 16. Aufgabe der Vorsynode.

§. 17. Beschlussnahme.

§. 18. Theilnahme des Kirchen-Regiments.

§. 19. Deffentlichkeit der Sitzungen.

§. 20. Höchste Beschlussnahme.

§. 21. Hülfspersonal.

§. 22. Geschäftsordnung.

§. 23. Kosten.

Wahlausschreiben zu der nach der Verordnung vom heutigen Tage Nro. 28 zu berufenden Vorsynode. 16. April 1869 Nro. 29 Seite 141.

3. Mai

Plenarbeschluss des Herzogl. Obergerichts in Betreff des Zeitpunktes, an welchem die Schulpflichtigkeit der Kinder eines Religionsbekenntnisses, dem die Confirmation fremd ist, in den Landgemeinden aufhört.

25. Mai 1869 Nro. 40 Seite 165.

10. Juni

Verordnung, die provisorische Geschäftsordnung der Vorsynode betreffend.

15. August 1869 Nro. 67 Seite 337.

2. September

Verordnung, die Berufung der Vorsynode betreffend.

20. August 1869 Nro. 68 Seite 353.

2. September

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium vom 18. November 1846.

Der Bericht vom 7. d. Mts. wegen der den Erben verstorbener Bürgerschullehrer zukommenden Gnadenmonate von dem Gehalte ihres Erblassers ist Uns zugegangen. Es ist Unser Rescript vom 28. Juli d. J. allerdings nicht richtig verstanden worden, wenn auf Grund desselben auch denjenigen Bürgerschullehrern, welche ihre Gehalte aus nicht unter der Verwaltung, sondern bloß unter der Aufsicht des Staats stehenden Schulcassen beziehen, für den Todesfall der Fortbezug des etatmäßigen Einkommens auf die nach dem Sterbemonate eintretenden beiden nächsten Monate zugesichert worden ist. Wir bezweifeln jedoch nicht, dass auch die theilhaftigen städtischen Behörden und namentlich der Stadtmagistrat zu Holzminden, mit der Anwendung der getroffenen Maßregel auf die dortigen Bürgerschullehrer sich einverstanden erklären werde, wenn demselben zu erkennen gegeben wird, dass daraus der Bürgerschulcasse keine besondere Last erwachsen, und vielmehr in Vacanzfällen, welche selten schon innerhalb der nächsten zwei Monate ihre Erledigung finden, die Beforgung der Geschäfte durch die übrigen Lehrer ohne weitere Kosten eintreten solle. Die übrigen Lehrer werden aber in Fällen dieser Art zu einer unentgeltlichen Vertretung, wozu sie sonst nicht verbunden sind, um so geneigter sein, wenn ihnen die Aussicht

auf ein gleiches Benefiz für ihre Erben gewährt wird und die durch die Maßregel hervorgerufene Wohlthat wird hierdurch im Grunde durch die von den Lehrern durch Uebernahme der Vacanzgeschäfte gebrachten Opfer erzielt, die städtischen Behörden können aber in keinem Falle einen Vortheil davon erwarten, daß der vacante Gehalt vom zweiten Monate nach dem Tode an, da ein Gnadenmonat herkömmlich gezahlt wird, der Casse verbleibt, weil in diesem Falle auf Kosten derselben die Besorgung der Vacanzgeschäfte verfügt werden müßte. 2c.

Schreiben des Ausschusses der Stände-Versammlung an Herzogl.

Staatsministerium vom 21. März 1848.

In dem geehrten Schreiben vom 16. December v. J. No. 10,439 hat das Herzogl. Staatsministerium die gutachtliche Beantwortung der Frage gefordert:

ob die Abschaffung von Natural-Emolumenten, welche von Cammer- und Klostergütern an Pfarren und Schulen des Landes zu entrichten sind, gegen vollständige Entschädigung (durch Aussetzung einer Geldrente) eine Störung des Besizes und Genusses des Vermögens und Einkommens der berechtigten Stiftungen, im Sinne des §. 216 des Landesgrundgesetzes enthalte und deshalb, ohne anderweite gesetzliche Bestimmungen, nicht Statt finden könne.

Wir mangeln daher nicht, unsere Ansicht darüber in Folgendem gehorsamst darzulegen.

Die §§. 216 und 217 der neuen Landschafts-Ordnung stellen die Rechte, welche den Kirchen und anderen frommen Stiftungen an ihren Vermögen und Einkommen zustehen, unter den Schutz der Verfassung und bestimmen ausdrücklich, daß dasselbe seiner ursprünglichen Bestimmung nicht entzogen und nicht mit dem Staatsvermögen vereinigt werden, daß vielmehr der volle Besitz und Genuss der Kirchen und Stiftungen gesichert sein solle. Allein der Grundsatz einer absoluten Unveräußerlichkeit einzelner Theile des Kirchenguts ist damit ebensowenig aufgestellt, als diesen das gemeine Kirchenrecht selbst enthält. Die Staatsgewalt hat daher dafür Sorge zu tragen, daß das Vermögen der Kirchen 2c. erhalten bleibe, nicht aber geht die Vorschrift der Verfassung soweit, daß dasselbe in seiner ursprünglichen Gestalt erhalten werden müsse, so daß in den Vermögensstücken selbst keine Veränderung vorgenommen werden dürfe. Da nun aber die Verwandlung von Naturalleistungen, welche an Pfarren und Schulen erfolgen und zu deren Vermögen und Einkommen gehören, in ein Aequivalent in baarem Gelde, keine Entziehung und Schmälerung des Vermögens ist, so folgt daraus auch, daß die, die zeitlichen Güter der Kirche und die Rechte derselben daran, in ihrer Allgemeinheit auffassenden Bestimmungen des Landes-Grundgesetzes, solchen Veräußerungen, welche sie gar nicht betreffen, nicht entgegenstehen.

Die Frage ist daher lediglich nach den Grundsätzen und Vorschriften des gemeinen Kirchenrechts zu beurtheilen. Nach diesen würde es nun aber nicht genügen, wenn die Aufhebung der hergebrachten Naturalleistungen gegen eine feste Geldrente, insofern das Geschäft nicht etwa für bestimmte Zeit oder auf Widerruf abgeschlossen wird und mit dem Pfündner als Ruknieseer erledigt werden kann, durch einen Vertrag erfolgt, der unter der Oberaufsicht des Staats, zwischen dem Kirchenoberhaupte dem Herzogl. Consistorium u. s. w. als Rechtsvertreter der Kirchen 2c.

und dem Leistungspflichtigen abgeschlossen wird. Erscheint vielmehr eine solche Veränderung in der Dotation der Kirchen, Pfarren und Schulen nothwendig oder nützlich für den Staat und die Kirche, also nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen überall zulässig, so ist zur Rechtsbeständigkeit des Geschäfts zugleich erforderlich, dass vor dem Abschlusse allen Betheiligten, nämlich dem Pfründner selbst, dem Patron und der Kirchengemeinde zur Wahrnehmung ihrer Interessen Gelegenheit gegeben, und beziehungsweise die Zustimmung derselben erfolgt sei.

Die Einwilligung des Pfründners ist aus dem Grunde erforderlich, weil durch die Annahme der Collation des Amts, zugleich ein Recht auf den Genuss des damit erworbenen Beneficiums erworben wird und also willkürliche Veränderungen in den Bestandtheilen desselben, gegen den Willen des Nutznießers nicht erfolgen können. Die Mitwirkung des Patrons wenigstens soweit, dass er über die beabsichtigte Alination gehört werden müsse, ohne dass ihm jedoch eine entscheidende Stimme beizuhöhen, folgt aus dem in dem Patronatsrechte liegenden Aufsichtsrechte über das Kirchenvermögen. Die Kirchengemeinde endlich ist betheiligt, weil nach protestantischem Kirchenrechte kein Zweifel darüber obwaltet, dass ihr das Eigenthum an dem Kirchenvermögen zustehe, auch wenn sie der Rechte entbehrt, welche als Ausflüsse desselben angesehen werden, weil ferner, wenn die Dotation der Kirche und der damit verbundenen Institute nicht ausreicht, das Fehlende von der Kirchengemeinde ergänzt werden muss.

Werden bei der Abschaffung der obengedachten Naturalleistungen gegen eine feste Geldrente diese Grundsätze beachtet, so ist weder aus unserer Verfassung noch aus dem Staats- und Kirchenrechte überhaupt ein Einwand dawider herzunehmen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium vom 30. October 1855.

Wir erwiedern auf den fernerer Bericht vom 24. d. Mts., dass Unsere Genehmigung zu allen eigentlichen Bewilligungen aus Kirchenmitteln (wie solche in dem Berichte aufgeführt sind) mithin zu allen solchen Ausgaben aus dem Kirchenvermögen, welche regelmäßig aus demselben nicht bestritten werden und demselben nicht obliegen, deren Bewilligung also eine Liberalität zum Grunde liegt, einzuholen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium vom 22. August 1856.

Die Berichte vom 23. Januar und 4. Juni d. J. wegen der von Herzogl. Kreisdirection Sandersheim verweigerten Mitwirkung bei den Schulvisitations-Geschäften sind Uns zugegangen. Wir haben über diese Angelegenheit die Aeußerung der genannten Behörde erfordert und hat Herzogl. Consistorium aus der abschriftlichen Anlage zu ersehen, was dieselbe in der Sache vorgetragen hat. Wir können nun zwar nicht mit Herzogl. Kreisdirection dafür halten, dass die im §. 3 des Gesetzes vom 19. März 1850 den Herzogl. Kreisdirectionen zugewiesene Theilnahme an den Schulvisitations-Geschäften durch die Bestimmungen des die Gemeindeschulen betreffenden Gesetzes vom 8. December 1851 allgemein aufgehoben sei. Wo aber in diesem Gesetze bestimmte

Geschäfte entweder den Schul-Inspectoren allein zugewiesen sind, oder die Herzogl. Kreisdirection als diejenige Behörde bezeichnet ist, von welcher bei entstandenen Differenzen zwischen der Gemeinde und dem Schulvorstande oder den sonstigen Behörden eine Entscheidung abzugeben ist, da kann die Herzogl. Kreisdirection nicht wohl als Schulvisitationsbehörde handeln. Da nun der Fall, welcher zu dem vorliegenden Kompetenzconflicte Veranlassung gegeben, sich auf Leistungen bezieht, hinsichtlich deren der §. 22 des Schulgesetzes die Entscheidung in die Hand der Herzogl. Kreisdirection legt, so halten Wir in dieser Rücksicht die ablehnende Antwort dieser Behörde für begründet. Auch über die Form dieser Ablehnung kann hinweggegangen werden, da solche nach den Anführungen Herzogl. Kreisdirection nur auf einem Expeditions-Versehen beruht.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Braunschweig vom 22. October 1859.

Wir übersenden dem Stadtmagistrate anbei die unter dem 10. d. M. von dem Pastor Saul hieselbst übergebenen Verhandlungen der am 11. v. M. seq. zu Celle versammelt gewesenen Deputirten der conföderirten reformirten Kirche Niedersachsens zur Einsicht und demnächstiger Zurückreichung mit dem Auftrage, dem Pastor Saul in Beziehung auf den Art. 22 der gedachten Verhandlungen zu eröffnen, wie auch bei Anstellung der Assistenten und Adjuncten der hiesigen Gemeinde gleichwie bei Anstellung den hiesigen Gesetzen und dem Inhalte des Rescripts an den Stadtmagistrat vom 6. Juli 1842, Nro. 5494, gemäß zu verfahren, namentlich auch die nach §. 226 der erneuten Landschaftsordnung vom 12. October 1832 erforderliche Landesherliche Bestätigung einzuholen, und nicht zu versäumen sei, in den Fällen, wo Aenderungen und Zusätze zu der Kirchenordnung von der Synodal-Versammlung beschlossen werden, davon specielle Anzeige zu machen und die erforderliche Genehmigung zu beantragen.

Zugleich ist dem p. Saul in Unserem Auftrage aufzugeben, die seit dem bestätigenden gedachten Rescripte durch Synodal-Beschlüsse etwa angenommenen Abänderungen oder Erweiterungen der Kirchenordnung zusammen zu stellen und, der Bestimmung ad §. 77 des mehrgedachten Rescripts gemäß, die Bestätigung solcher Beschlüsse zu beantragen. Auch wollen Wir der am Schlusse des gedachten Rescripts erfordernten Einsendung eines Exemplars der Kirchenordnung entgegensehen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 26. Juni 1860.

Wir wollen auf den Bericht vom 13. d. Mts. genehmigen, daß die den Superintenden bei Prediger-Synoden aus den Kirchencassen zu gewährende Entschädigung für Speisung 2c. auf 1 Thlr. 15 Gr. für jeden Theilnehmer an der Synode erhöht, und eine gleiche Entschädigung auch aus Herzogl. Consistorialcasse für die, die Synoden besuchenden geistlichen Mitglieder Herzogl. Consistoriums gewährt werde, wogegen diese zu gewährende Vergütung an den von den Consistorialrätthen zu liquidirenden desfallsigen Diäten wiederum abzusetzen ist.

Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Kirchenrechnungsführer vom 11. Juli 1860 Nro. 3377.

Es ist bei Abnahme der Kirchenrechnungen häufig bemerkt worden, daß wenn eine Kirchencasse nicht im Stande gewesen ist, ihre Ausgaben im Laufe des Rechnungsjahrs zu decken, aus einer andern Kirchencasse derselben Parochie oder auch aus der Pfarrwitwenhaus- oder Pfarrwitwenenthumscasse für dieselbe Vorschüsse geleistet sind, selbst wenn eine baldige oder überhaupt eine Rückerstattung solcher Vorschüsse wegen der Mittellosgkeit jener Kirchencasse nicht thunlich ist.

Ein solches Verfahren ist aber von Uns niemals gebilligt worden, und es steht demselben auch nicht nachzusehen, indem dadurch allerlei Uebelstände herbeigeführt werden.

Namentlich wird die Einzahlung der erforderlichen Geldmittel in die Kirchencasse Seitens der betreffenden Gemeinden, welche sich in der Regel dazu nicht willfährig zeigen, dadurch erschwert, daß die betreffenden Ausgaben, zu deren Deckung diese einzuzahlenden Geldmittel erforderlich sind, hinterher nicht speciell nachgewiesen werden können, was aber nöthig ist, wenn die Gemeinden zu solchen Einzahlungen mit Erfolg sollen angehalten werden können.

Eine allgemeine Anforderung zur Deckung des vielleicht seit mehreren Jahren angewachsenen Vorschusses genügt dazu nicht.

Demnach werden den Kirchenrechnungsführern in dieser Beziehung hiedurch folgende bestimmte Vorschriften ertheilt:

1. Die einstweilige Leistung eines Vorschusses aus einer Kirchen- oder Pfarrwitwenhauscasse für eine andere Kirchencasse derselben Parochie ist nur zulässig, wenn diese Casse zur baldigen Rückerstattung eines solchen Vorschusses überhaupt im Stande ist, und nur augenblicklich den erforderlichen Cassenvorrath nicht besitzt.

2. Sofern dies nicht der Fall ist, wird solches ausdrücklich untersagt, und muß der Kirchenvorstand die Einzahlung der erforderlichen Geldmittel zur Deckung der speciell nachzuweisenden Ausgaben auf den Grund des nach §. 26. 10 der Verordnung vom 30. November 1851 festgestellten Voranschlages bei der Gemeinde anfordern.

3. Bei Unzulänglichkeit der Kircheneinnahmen ist die Einsendung des Voranschlages im Laufe des Monats October jeden Jahrs zur Feststellung demnach nicht zu unterlassen.

4. Wenn dann auf Anfordern des Kirchenvorstandes die Deckung der bestimmt nachzuweisenden Ausgaben Seitens der betreffenden Gemeinde verweigert wird, ist darüber sofort anher zu berichten, damit die dann weiter nöthig werdenden Maßregeln ergriffen werden können.

Diejenigen Kirchenrechnungsführer, welche diesen Vorschriften nicht genau nachkommen, haben es sich selbst beizumessen, wenn der entstandene Vorschuss nur als von ihnen selbst und auf ihre eigene Gefahr geleistet betrachtet wird, wegen dessen Wiedererstattung alsdann von Uns überall keine Zusicherung ertheilt werden kann, denselben, oder deren Erben vielmehr lediglich überlassen bleiben muß, die Wiedererlangung solchen Vorschusses zu versuchen.

Schreiben des Herzogl. Consistoriums an den Herrn General-Superintendenten Möhle zu Holzminden vom 22. August 1860 Nro. 3822.

Von dem Königl. Preussischen Consistorium der Provinz Westphalen zu Münster sind Wir durch ein Schreiben vom 2. Juni d. J. darauf aufmerksam gemacht, dass in dortiger Provinz nicht selten junge evangelische Christen auch aus den angrenzenden Gegenden des hiesigen Landes bei römisch-katholischen Herrschaften in Dienst treten oder in römisch-katholischer Umgebung Arbeit suchen, welche, selbst in ihrem Glauben noch unbefestigt, um so mehr in Gefahr sind, der Neigung zum Abfall von demselben zu unterliegen, als sie von Seiten der dortigen evangelischen Pfarrämter, welche in den meistens weit ausgedehnten Diaspora-Sprengeln von solchen Eingewanderten nur schwer und selten rechtzeitig Kenntniss erhalten, nicht in die erforderliche Obhut und Pflege genommen werden können.

Soll nun dieser Gefahr begegnet werden, so wird es nöthig sein, dass die Geistlichen der diesseitigen evangelischen Gemeinden nicht nur überhaupt auf Belebung des evangelischen Glaubensbewusstseins Ansechtungen des Katholicismus gegenüber in denselben durch Unterricht und durch Seelsorge kräftigt hinzuwirken suchen, sondern auch sich solcher jungen Christen aus ihren Gemeinden, welche sich in Gegenden des Auslandes, wie die oben bezeichneten, begeben, vor ihrem Scheiden aus der Heimath und so viel, wie möglich, auch nachher ganz besonders seelsorgerisch annehmen. Es wird von den Umständen abhängen müssen, welche Mittel seelsorgerischer Fürsorge bei den Einzelnen zu dem in Rede stehenden Zwecke anzuwenden sind. Von besonderer Wichtigkeit aber wird dabei dieses sein, dass die diesseitigen Prediger, falls es irgend thöulich ist, junge Christen der gedachten Art der Fürsorge der Pfarrer derjenigen Orte, in welche sie sich begeben, empfehlen, auch durch Vermittelung dieser Pfarrer wie in sonstigem geeigneten Wege, sich in fortwährender Bekanntschaft und seelsorgerischer Verbindung mit denselben zu erhalten suchen; wenn sie aber in Erfahrung bringen sollten, dass dieselben in ihren derzeitigen Verhältnissen großer Gefahr des Abfalls vom evangelischen Glauben ausgesetzt sind, durch Vorstellungen bei den Angehörigen oder auch unter Umständen durch Anträge bei Herzogl. Kreisdirection dahin wirken, dass sie in ihre Heimath zurückberufen werden.

Wie nun das Königl. Preussische Consistorium der Provinz Westphalen die dortigen Geistlichen angewiesen hat, sich junger evangelischer Christen aus dem Auslande, welche sich in Verhältnissen der bemerkten Art befinden, wenn sie durch die Prediger ihrer Heimathsorte über dieselben Kenntniss erhalten, in besonderer Fürsorge anzunehmen, auch diese Prediger auf deren Ersuchen jeder Zeit mit Nachrichten über dieselben zu versehen: so beauftragen Wir Sie, den Predigern der Ihnen anvertrauten General-Inspection zu eröffnen, wie Wir von ihnen erwarten, dass sie sich die seelsorgerische Behütung solcher jungen Leute ihrer Gemeinden in der bezeichneten Weise und, so oft dieses sachdienlich scheint, unter Communication mit den betreffenden Pfarrern der Provinz Westphalen, eifrigst am Herzen liegen lassen.

Zur Erleichterung der Expedition schließen Wir die nöthige Anzahl von Exemplaren dieses Rescripts hieneben an.

**Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren Prediger
im Lande vom 10. November 1860 Nro. 4853.**

Da zur Anzeige gekommen ist, daß von Seiten der Prediger Proclamationen und Copulationen von Wittwen, welche aus einer frühern Ehe Kinder haben, dem Landesfürstlichen Rescripte vom 11. Januar 1753 zuwider, vorgenommen sind, ohne daß eine vorgängige Auseinandersetzung derselben mit den Kindern erster Ehe erfolgt ist, so wird die gesetzliche Vorschrift, nach welcher solche Wittwen bei ihrer Wiederverheirathung eine obrigkeitliche Bescheinigung beibringen sollen, daß sie mit den Kindern aus früherer Ehe auseinandergesetzt worden sind, (vergl. Reglement, die Führung der Kirchenbücher betreffend, vom 10. December 1814 l. B. d. 11) hiedurch in Erinnerung gebracht und die genaue Befolgung derselben erwartet.

**Rescript Herzogl. Consistoriums an Herzogl. Schul-Commission zu
Blankenburg vom 9. Januar 1861 Nro. 5531.**

Der Bericht Herzogl. Schul-Commission vom 3. d. Mts. betreffend die Censuren einiger Freischüler des dortigen Gymnasiums, ist Uns zugegangen, und Wir bemerken darauf:

Nach Ausweis Unserer Acten haben auf freien Unterricht ihrer Söhne auf dem Gymnasium wegen ihrer amtlichen Stellung Anspruch: 1) die Lehrer des Gymnasiums, 2) die Prediger der Stadt in Gemäßheit Unseres Rescripts vom 22. Juli 1842 unter der in demselben erwähnten Voraussetzung, und 3) die Mitglieder der Herzogl. Schul-Commission laut Unseres Rescripts vom 9. Juni 1855.

Da die hierunter begriffenen Gymnasiasten lediglich auf Grund einer Berechtigung ihrer Väter vom Schulgelde befreiet sind, so bedarf es keines Gesuches um Befreiung und mithin auch keiner Einsendung der Censuren derselben, sondern nur deren Aufnahme in die Verzeichnisse der Freischüler.

Dagegen steht den sonstigen Kirchendienern, sowie den Lehrern anderer Schulanstalten der Stadt ein Anspruch auf Befreiung ihrer das Gymnasium besuchenden Söhne vom Schulgelde nicht zu, und ist daher, wenn solche befreiet worden sind, immer nur auf Grund eingereichter Gesuche und unter Voraussetzung der Würdigkeit der Schüler, wie der Bedürftigkeit der Eltern, bis auf Weiteres geschehen. Desgleichen bezieht sich die Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 1. Januar 1851 wegen Schulgeldbefreiung der Kinder außerhalb Braunschweigs stationirter Unterofficiere u. s. w. nur auf die Bürgerschulen, nicht aber auf die Gymnasien, und ist daher auch dem Gymnasiasten Brand durch Unser Rescript vom 5. Juni 1858 die Befreiung nur unter obiger Voraussetzung bis auf Weiteres ertheilt.

**Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren General- und
Special-Superintendenten im Lande vom 30. Januar 1861 Nro. 415.**

In dem Regulativ vom 25. Juni 1850, (Gesetz- und Verordnungssammlung vom Jahre 1850 pag. 499 bis 502) das bei Revision und Abnahme der Kirchen- und Pfarrwittwenhaus-

Rechnungen zu beobachtende Verfahren betreffend, ist §. 1 die schon bis dahin bestandene Vorschrift, dass die Rechnungen alljährlich bis Ende März an die Superintendenten eingesandt werden sollen, wiederholt.

Diese Vorschrift ist von den Rechnungsführern in neuerer Zeit vielfach nicht befolgt, die Aufstellung und Ablieferung der Rechnungen vielmehr insbesondere dann, wenn die Rechnungen in dem betreffenden Jahre nicht zur Abnahme gelangen, verschoben und auch die Herren Superintendenten haben von der eingetretenen Verzögerung keine Anzeige bei Uns gemacht.

Da hiedurch aber mehrfach große Uebelstände veranlaßt sind, so werden die Herren General- und Specialsuperintendenten hiedurch angewiesen, nicht nur auf die pünktliche Erfüllung der bestehenden Vorschrift hinsichtlich der jährlichen Einlieferung der Rechnungen mit Strenge zu halten, sondern auch, wenn die Einlieferung derselben bis zu dem festgesetzten Zeitpunkte nicht erfolgt und auch eine desfallige Erinnerung erfolglos bleibt, binnen 8 Wochen nach dem festgesetzten Ablieferungstermine Anzeige von der eingetretenen Verzögerung bei Uns zu machen, damit die nöthige Verfügung getroffen werden kann. Uebrigens sind die Rechnungen von den Herren Superintendenten nach der angeordneten Reihenfolge nur alle 2 Jahre zur Abnahme rechtzeitig anher einzusenden.

Der Inhalt dieses Rescripts ist zur Kenntniß der betreffenden Rechnungsführer zu bringen.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren General-Superintendenten, Special-Superintendenten und den Herrn Pastor Prim. Vogler zu Lunen vom 6. März 1861 Pro. 1204.

Indem Wir Ihnen hieneben ein von Uns erlassenes Ausschreiben vom 2. Januar d. J., betreffend die Prüfung, die Beschäftigung und Beaufsichtigung der Candidaten der Theologie und des Predigtamts, in der nöthigen Zahl von Exemplaren übersenden, beauftragen Wir Sie, jedem der Prediger der Ihnen anvertrauten Inspection ein Exemplar desselben zur Aufbewahrung bei der Pfarr-Registratur zuzufertigen, auch jedem der zur Zeit etwa in der Inspection sich aufhaltenden tentirten und examinirten Candidaten ein solches einzuhändigen, die übrigen Exemplare aber zu der Inspectionsregistratur zu nehmen, um davon späterhin den vorschriftsmäßigen Gebrauch zu machen.

Wir hegen das Vertrauen, dass Sie in Anerkennung der Wichtigkeit des Zwecks dieses Ausschreibens nichts unterlassen werden, was von Ihrer Seite dessen Erreichung fördern kann.

Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums, betreffend die Prüfung, die Beschäftigung und Beaufsichtigung der Candidaten der Theologie und des Predigtamts.

Da nöthig befunden ist, dass in Betreff der Prüfung, der Beschäftigung und Beaufsichtigung der Unserer Oberaufsicht unterstellten Candidaten der Theologie und des Predigtamts theils bestehende Vorschriften in Erinnerung gebracht, theils weitere Bestimmungen getroffen werden: so wird darüber mit Höchster Genehmigung Nachfolgendes bekannt gemacht.

1. Die Bestimmungen dieser Bekanntmachung beziehen sich auf sämtliche evangelisch-lutherische Candidaten des Landes, auch diejenigen, welche bereits in Schulämtern angestellt sind, sofern sie demnächst zu geistlichen Aemtern befördert zu werden wünschen, mit Ausnahme der Mitglieder des Predigersseminars, rücksichtlich deren es bei den das Predigersseminar betreffenden Verordnungen verbleibt.

2. Studiosen, deren Absicht es ist, unter die Zahl der Candidaten der Theologie aufgenommen zu werden, haben sich binnen vier Wochen nach Vollendung ihres Universitätsstudiums beim Herzogl. Consistorium zur ersten theologischen Prüfung (Tentamen) zu melden, im Fall der Verhinderung aber unter Angabe der Verhinderungsgründe um Gestattung späterer Anmeldung nachzusuchen. Sie haben der Meldung beizufügen, außer sonstigen Legitimationsdocumenten, welche sie etwa einzusenden für zweckdienlich halten: 1) einen lateinisch geschriebenen Abriss ihres Lebens- und Studienganges, 2) ihren Tauffchein, 3) ihr Maturitätszeugniß, 4) ihre Universitätszeugnisse und 5) einen Communionsschein des Predigers, bei dem sie zuletzt das heilige Abendmahl empfangen haben.

Die in der ersten Prüfung Bestandenen werden unter die Zahl der Candidaten der Theologie aufgenommen und haben als solche die *licentia concionandi*. Studiosen der Theologie dagegen dürfen in Kirchen des Landes nur mit Genehmigung des betreffenden Superintendenten predigen, welchem sie ihre Predigt vorher zur Einsicht vorzulegen haben.

3. Nach bestandnem Tentamen hat kein Candidat mit der Meldung zum Hauptexamen beim Herzogl. Consistorium, welche ihm in der Regel nach 2 Jahren gestattet ist, länger als 5 Jahre Anstand zu nehmen. Eine weitere Verspätung der Meldung kann nur unter besondern Umständen mit Genehmigung des Herzogl. Consistoriums statthaben. Der Meldung, in welcher der Candidat anzugeben hat, in welchen Stellungen er sich inzwischen befunden, sind beizufügen: 1) eine lateinische Abhandlung über eine selbstgewählte Materie aus dem Gebiete der theologischen Wissenschaft, mit untergesetzter Erklärung, daß solche von ihm ohne fremde Beihülfe verfaßt sei, 2) ein Zeugniß des Superintendenten der Diocese, in welcher er sich zuletzt aufgehalten hat, über seine Studien, wie über seine sittliche und kirchliche Haltung, und 3) ein Communionsschein, wie oben.

Die im Hauptexamen Bestandenen haben als Candidaten des Predigtamts die Befähigung zum Eintritte in das Predigersseminar und, sofern nicht sonstige Hindernisse entgegenstehen, zur Bewerbung um geistliche Aemter.

4. Candidaten des Predigtamts, nach deren Hauptexamen längere Zeit verfloßen ist und über deren Fortbildung zum Predigtamte nicht genugsame Beweise vorliegen, haben vor ihrer Beförderung zu demselben auf Erfordern des Herzogl. Consistoriums noch ein Colloquium zu bestehen, mit welchem die Haltung einer Predigt und einer Katechisation verbunden ist.

5. Jeder Candidat des Landes, welcher sich in demselben aufhält, steht rücksichtlich seines Wandels, seiner theologischen Studien und seiner kirchlichen Thätigkeit zunächst unter der Aufsicht des Superintendenten, in dessen Diocese er seinen Wohnort hat. Er hat sich dem Superintendenten binnen vier Wochen nach seinem Eintritte in die Diocese oder, wenn er hieran verhindert ist, worüber er dann Anzeige zu machen hat, sobald wie möglich persönlich vorzustellen,

demselben seine theologischen Prüfungszeugnisse vorzulegen, auch jederzeit über seine Verhältnisse und Beschäftigungen die erforderliche Auskunft zu geben, die von dem Superintendenten erteilten Anweisungen geziemend zu beachten und, wenn er die Diöcese zu verlassen oder seinen Wohnort in derselben zu verändern gedenkt, denselben davon in Kenntniß zu setzen.

6. In Fällen einer Pfarrvacanz oder eines sonstigen Bedürfnisses kirchlicher Aushilfe werden alle in der Diöcese sich aufhaltenden Candidaten auch ohne bestimmte Verpflichtung dazu, bereit sein, auf Aufforderung des Superintendenten oder unter Umständen des betreffenden Predigers solche Aushilfe nach Kräften in dem Maße, wie sie dazu durch die bestandenen Examina qualifizirt sind, zu leisten. Verpflichtet aber wird hiemit jeder derselben, alljährlich zwei Mal nach Anordnung des Superintendenten entweder in dessen Kirche oder in einer von demselben zu bestimmenden andern Kirche der Inspection zu predigen und eben so oft zu catechisiren, die gehaltenen Predigten aber demselben schriftlich einzureichen. Der Superintendent, welcher, womöglich, diese Vorträge selbst anzuhören oder den betreffenden Prediger zu deren Anhörung zu veranlassen hat, wird sodann dem Candidaten über dieselben diejenigen Bemerkungen machen, zu welchen der Inhalt und die Vortragsweise Veranlassung gab.

Bei Candidaten, welche als Lehrer an öffentlichen Schulen sehr beschäftigt sind, kann sich die vorstehende Anforderung alljährlich auf Haltung und schriftliche Einreichung einer Predigt beschränken.

7. Es wird zu den Superintendenten und zu den General-Superintendenten vertraut, daß sie den Candidaten ihrer amtlichen Kreise zu ihrer theologisch-wissenschaftlichen, wie zu ihrer praktisch-kirchlichen Fortbildung thunlichst behülflich sein und zu dem Ende auch, wenn die Umstände es zulassen, die Theilnahme an den theologischen Lesegesellschaften und an den Predigersynoden, wie an den etwa unter ihrer Leitung bestehenden Pastoralconferenzen, gestatten werden; von den Candidaten aber wird erwartet, daß sie von solcher ihnen erteilten Erlaubniß gern Gebrauch machen und, falls sie an Predigersynoden oder Pastoralconferenzen Theil nehmen, auch die schriftliche Bearbeitung der für dieselben gestellten Aufgaben, in wie weit sie dazu im Stande sind, nicht unterlassen werden.

Alljährlich im Monat Mai hat jeder Candidat dem Superintendenten einen Bericht über seine Studien während des verflossenen Jahrs einzureichen.

8. Im Monat August jedes Jahrs haben die Superintendenten über die in ihren Diöcesen sich aufhaltenden Candidaten, über deren sittliche und kirchliche Haltung, sowie deren wissenschaftliche Strebsamkeit und praktisch-kirchliche Leistungen, unter Beifügung der Studienberichte und der eingereichten Predigten derselben, an Herzogl. Consistorium zu berichten, welches sich vorbehält, darauf zu rescribiren, so oft es erforderlich scheint.

9. Sämmtliche Candidaten, welche sich im Auslande befinden, sind während ihres Aufenthalts daselbst der Aufsicht des Herzogl. Consistoriums unmittelbar unterstellt.

Sie haben an dasselbe alljährlich im Monat August einen Bericht über ihre Verhältnisse und Beschäftigungen zu erstatten und diesem Berichte eine im Laufe des Jahrs von ihnen gearbeitete Predigt beizufügen.

Es wird erwartet, daß diesem Berichte von Zeit zu Zeit (in jedem zweiten oder dritten Jahre) eine in lateinischer oder deutscher Sprache geschriebene theologische Abhandlung beigelegt werde, die von dem wissenschaftlichen Standpunkte des Candidaten Zeugniß giebt.

Candidaten der Theologie und des Predigtamts, welche den vorstehenden Vorschriften nicht nachkommen, haben zu erwarten, daß ihre Candidatur als erloschen betrachtet wird.

Wie dieses Ausschreiben durch die Gesetz- und Verordnungssammlung bekannt gemacht werden soll, so wird dasselbe auch allen inskünftige zu prüfenden Candidaten nach bestandnem Tentamen eingehändigt werden, und haben die Superintendenten jedem der im Lande und, sofern es thunlich ist, auch den im Auslande sich aufhaltenden, bis jetzt tentirten und examinirten, ihrer Aufsicht unterstellten Candidaten ein Exemplar desselben einzuhändigen.

Extract aus dem Revisorio vom 1. Mai 1861 über die Monitur des Jahrgangs 1859 der Kirchenbücher der Inspection Seesen.

Mahlum ad mon. 2.

Da mit dem Schlage 12 Uhr des Nachts der neue Tag beginnt, so kann, genau genommen, die Eintragung „Nachts zwölf Uhr“, nur so verstanden werden, daß das Kind qu. an dem Tage, an welchem es geboren, früh mit dem Beginne dieses Tages geboren ist. Indess da die Zahl 12 den Schluss der Zahlenreihe bezeichnet, welche die einzelnen Tagesstunden bestimmt, so legt sich vielleicht der Gedanke nahe, daß es mit dem Schlusse seines Geburtstages geboren, also 24 Stunden älter ist. Wenn daher auch der Tag der Geburt nur zweifelhaft wird, sobald man der Voraussetzung sein kann, daß der Kirchenbuchführer vielleicht von der Annahme ausgegangen sei, daß der neue Tag nicht, wenn der Zeiger aushebt, sondern wenn der zwölfte Glockenschlag erfolgt ist, beginne, so erscheint es doch zweckmäßig eine Bezeichnung der Geburtsstunde zu wählen, durch welche jeder Zweifel beseitigt wird. Die Bezeichnung: kurz vor oder kurz nach zwölf Uhr würde dazu dienen können, und als ungenau nicht anzusehen sein, da wenn die Geburt nach dem Ausheben des Zeigers perfect wird, mit dem ersten Glockenschlage ein Moment nach der zwölften Stunde des Tages, nämlich der Anfang von Null Uhr des neuen Tages, eintritt.

Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums an die sämtlichen Herren Schuldirigenten und Schul-Inspectoren vom 7. August 1861.

Nach einer Anzeige des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegii ist die Bestimmung des §. 15 des Gesetzes vom 30. März 1833, die allgemeine Einführung der Kuhpockenimpfung betreffend, wonach die Prediger und Schullehrer bei der Aufnahme der Kinder zum Schul- und Confirmationsunterrichte die vorschriftsmäßigen Impfscheine sich vorzeigen zu lassen, und wenn solche nicht vorhanden sind, die betreffenden Polizeibehörden davon zu benachrichtigen, die Kinder aber vor erfolgter und bescheinigter Impfung nicht aufzunehmen haben, nicht immer genau befolgt, und ist namentlich bei der Aufnahme von Kindern zum Schulunterrichte die vorherige Einlieferung des vorschriftsmäßigen Pockenscheins nicht immer verlangt worden.

Die Herren Schuldirigenten und Schulinspectoren werden demnach hiedurch angewiesen, die Befolgung der gedachten Vorschrift auf das Nachdrücklichste in Erinnerung zu bringen, auch ihrerseits auf die genaue Erfüllung derselben zu halten.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 3. September 1861.

Der Bericht vom 14. v. Mts. wegen Ausführung des Additional-Gesetzes vom 27. März d. J. über Schulpflichtigkeit 1c. in den Landgemeinden ist Uns zugegangen. Da nach §. 4 b. des fraglichen Gesetzes die Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums in allen Fällen, in welchen neue Unterrichtsgegenstände in den Schulen aufgenommen werden sollen, erforderlich ist, der Industrie-Unterricht aber für eine Schule, in welcher derselbe noch nicht besteht, ebenfalls nur als ein „neuer“ Unterrichtsgegenstand angesehen werden kann, so muß bei der beabsichtigten Einführung desselben die erforderliche Genehmigung in jedem einzelnen Falle eingeholt werden.

Schreiben des Herzogl. Consistoriums an sämtliche Herzogl. Kreis-
directionen vom 9. October 1861.

Die Durchführung des Gesetzes vom 7. September d. J. über das Normal-Dienst Einkommen und die Pensionen der Lehrer an den Gemeindeschulen erfordert eine neue Abschätzung der sämtlichen Landschulstellen, welche nach der gesetzlichen Bestimmung unter Leitung der betreffenden Herzogl. Kreisdirection, zunächst von dem Schulvorstande und der Gemeindebehörde vorgenommen werden soll.

Indem wir nun Herzogl. Kreisdirection die letzten hier befindlichen Schulanschläge hinsichtlich der Schulstellen des dortigen Kreises, welche, obgleich bei vielen Stellen seit der letzten Abschätzung erhebliche Veränderungen in den Einnahmen vorgekommen sind, immerhin einen Anhaltspunkt darbieten, nach einer Specification hiebei mittheilen, auch eine entsprechende Anzahl von Formularbogen zu den neuen Anschlägen beifügen, ersuchen wir Dieselbe, wegen der vorzunehmenden neuen Abschätzungen das Erforderliche gefällig zu verfügen.

So weit über die dabei zu befolgenden Grundsätze durch das vorangeführte Gesetz nicht bereits Bestimmung getroffen ist, kommen mit Genehmigung des Herzogl. Staatsministerii folgende allgemeine Grundsätze in Anwendung:

1. Die Dienstwohnung der Schullehrer ist nicht mit zu rechnen.
2. Wenn mit der Schulstelle zugleich ein Kirchenamt verbunden ist, so ist das aus diesem herfließende Einkommen mit zum Ansätze zu bringen.
3. Zu dem Dienst Einkommen sind die Entschädigungen, welche die Lehrer für gewisse, zum Besten des Dienstes ihnen obliegende Ausgaben, z. B. für das Reinigen der Altarlaken, für die Anschaffung des Uhr- und Glockenschmiers, u. dergl. m., beziehen, nicht mit zu rechnen, und versteht es sich von selbst, daß das Holz, welches zur Heizung der Schulstube bestimmt ist, oder dazu verwandt werden muß, ebenfalls nicht mit zum Ansätze kommen kann.

Wenn zur Heizung der Schulstube ein bestimmtes Holzquantum nicht geliefert wird, die Schulstelle aber sonst ein Holzdeputat, wovon zugleich die Schulstube mit zu heizen ist, zu beziehen hat, so ist das zu letzterm Behuf erforderliche Holzquantum näher zu ermitteln.

4. Die bisher verschiedenen Schulstellen bewilligt gewesenen Zuschüsse sind bei der Veranschlagung wegzulassen, wenn dagegen einzelnen Schullehrern persönliche oder temporaire Zulagen bewilligt sind, so ist solches in dem Anschlage in der Columnne „Bemerkungen“ anzugeben, die betreffenden Summen sind aber nicht mit in die Geldcolumnne aufzunehmen, indem solche als zu dem Einkommen gehörig nicht zu betrachten sind. Die Schullehrer haben darüber Auskunft zu geben, ob ihnen dergleichen Zulagen bewilligt sind.

5. Bei der Abschätzung des Nutzungswerthes der zu den Schuldiensten gehörigen, nach Morgen- und Ruthenzahl anzugebenden Gärten, Aecker und Wiesen dient das Grundsteuer-Capital durchgängig zur Norm.

6. Bei den Einkünften an Getreide sind folgende Sätze als Durchschnittspreise anzunehmen:

der	Ämte	Weizen	zu	1	Thlr.	5	Gr.	—	Pf.
"	"	Roggen	"	—	"	27	"	5	"
"	"	Gerste	"	—	"	21	"	2½	"
"	"	Hafer	"	—	"	15	"	—	"
"	"	Erbsen	"	1	"	—	"	—	"

und die übrigen, mit der Stelle verbundenen Naturalgefälle, Freiheiten und sonstigen Gerechtigkeiten sind nach dem, an jedem Orte Statt habenden Werthe zu veranschlagen.

7. Bei Veranschlagung der Schulgelder ist die durchschnittliche Schulgeldeinnahme in den 5 Jahren von 1856 bis 1860 incl. zum Grunde zu legen.

Wenn jedoch an einzelnen Orten der gesetzlich bestimmte Schulgeldsatz nicht entrichtet wird, oder wenn der Schullehrer für den Schulunterricht und zugleich für andere Dienste eine fest normirte Summe, ohne Repartition auf die einzelnen Schulkinder, oder auch nur auf einen Theil derselben und ohne Unterscheidung dessen, was davon für den Schulunterricht und was für andere Dienste entrichtet worden ist, erhalten hat, (§. 17 des Gesetzes vom 23. April 1840 und §. 5 Absatz 3 des Gesetzes vom 8. December 1851) so ist solches in dem Anschlage zu bemerken, und ist dann diese fest normirte Summe zum Ansätze zu bringen.

8. Die sämmtlichen mit dem Schuldienste verbundenen Einnahmen, insbesondere auch die amtlichen Nebeneinkünfte sind genau zu ermitteln und zu veranschlagen.

9. Auf der letzten Seite des Anschlages ist darüber eine Nachweisung zu geben, ob von der Schulstelle Zinsen und Abträge auf angeliehene Capitale zu leisten, oder sonstige Prästationen abzuführen sind. Unter genauer Bezeichnung der angeliehenen Capitale müssen solche Zinsen und Abträge und sonstige Prästationen von der Summe der Einkünfte abgezogen werden.

Die Schullehrer werden über diesen Punkt genaue Auskunft ertheilen können, deren Zuziehung bei der vorzunehmenden Abschätzung daher überhaupt wünschenswerth ist.

10. Die aufzustellenden Anschläge sind von dem Vorsitzenden des Schulvorstandes Namens desselben, und von dem Gemeindevorsteher Namens der Gemeindebehörde zu unterschreiben.

Wenn eine Verständigung über den Anschlag zwischen dem Schulvorstande und der Gemeindebehörde nicht erreicht wird, so wird über die streitigen Punkte, hinsichtlich welcher wir zugleich um eine gutachtliche Aeußerung ersuchen, auf desfallige Mittheilung die Entscheidung des Herzogl. Staatsministerii von uns eingeholt werden, was auch geschehen wird, wenn nach unserer Ansicht bei der Ermittlung sonst unrichtig verfahren sein sollte.

Da die Schulvorstände und Gemeindebehörden behuf der vorzunehmenden Abschätzungen den Inhalt dieser Verfügung genau kennen müssen, so sind die erforderlichen Abdrücke davon beigelegt, und ersuchen wir Herzogl. Kreisdirection, sowohl jedem Schulvorstande als jeder Gemeindebehörde ein Exemplar zustellen zu lassen, die neuen Anschläge aber mit einer gutachtlichen Aeußerung neben Remission der ältern Anschläge sobald als irgend möglich zur Feststellung anher einzusenden, da den betreffenden Schullehrern die ihnen gesetzlich gebührenden Zuschussbeträge schon vom 1. Januar 1862 an gewährt werden sollen und Herzogl. Staatsministerium die baldige Vorlegung einer desfalligen Uebersicht dringend wünscht.

Nach erfolgter Feststellung der Anschläge wird Herzogl. Kreisdirection eine hier aufgestellte Uebersicht der nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Zuschüsse zu dem Normaleinkommen und den Dienstalterszulagen der Schullehrer mitgetheilt werden.

Uebrigens ersuchen wir Herzogl. Kreisdirection noch, die Gemeindebehörden darauf aufmerksam machen zu lassen, dass wenn sie unter den im §. 19 des Gesetzes vom 7. Septbr. d. J. bemerkten Voraussetzungen eine Beihilfe aus dem Klosterfonds zu erhalten wünschen, sie den darauf gerichteten Antrag frühzeitig zu übergeben haben, was auch bei denjenigen Gemeinden erforderlich ist, denen bisher schon Beihilfen aus dem Klosterfonds bewilligt sind und deren fernere Bewilligung gewünscht wird, und würde es zur Abkürzung der Sache gereichen, wenn Herzogl. Kreisdirection diese Anträge gleich entgegenzunehmen bereit wäre, alsdann das im §. 20 des mehrgedachten Gesetzes in Beziehung darauf vorgeschriebene Verfahren sofort eintreten, und uns bei Remission der fraglichen Uebersicht beziehungsweise nach Anhörung des betreffenden Amtesraths, eine gutachtliche Aeußerung darüber zukommen ließe.

Rescript Herzogl. Consistoriums an sämtliche Herren Schulinspektoren
vom 19. October 1861.

Behuf Ausführung des Gesetzes vom 27. März d. J., die Abänderung des §. 6 des Gesetzes vom 23. April 1840 über die Schulpflichtigkeit und das Schulgeld in den Landgemeinden betreffend, finden Wir Uns veranlasst, den Herren Schulinspektoren das Nachfolgende zu eröffnen.

Zu §. 1.

Der §. 6 des Gesetzes vom 23. April 1840, an dessen Stelle das Gesetz vom 27. März d. J. tritt, hatte in seinen Bestimmungen über die Zahl der in den Landschulen während der verschiedenen Jahreszeiten zu ertheilenden Unterrichtsstunden zunächst nur die Schulen solcher Gemeinden vor Augen, in denen entweder sämtliche Schulkinder beiderlei Geschlechts von einem einzigen Lehrer combinirt unterrichtet wurden, oder die Kinder beim Schulunterrichte nach dem Geschlechte getrennt waren, so dass in derselben Gemeinde zwei völlig von einander gefonderte

Schulen mit zwei Lehrern bestanden. Dagegen hatte es große Schwierigkeiten, die Bestimmungen jenes §. auch auf Landschulen mit drei Lehrern, wie deren jetzt mehrere vorhanden sind, oder auf solche Schulen mit zwei Lehrern, die bei durchgängig combinirtem Unterricht beider Geschlechter einen einheitlichen Schulorganismus bilden, in Anwendung zu bringen. Neue Lehrgegenstände in den Lektionsplan einer Landschule aufzunehmen, war, wenn damit eine Vermehrung der bisherigen Schulstunden verbunden werden sollte, jenen Bestimmungen zufolge unter Umständen geradezu unmöglich, und die gerichtliche Bestrafung der unentschuldigten Schulversäumnisse in solchen Fällen nicht zu erreichen. Aus diesen Gründen war die Aufhebung jenes §. und die Ersetzung desselben durch Bestimmungen, welche der in den letzten zwanzig Jahren stattgehabten Entwicklung unsers Landschulwesens auch in der öffentlichen Gesetzgebung Ausdruck und Schutz verleihen, wünschenswerth, ja nothwendig. Nach diesen Gesichtspunkten ist das Gesetz vom 27. März d. J. zu beurtheilen. Eine weitergreifende Bedeutung, als damit ausgesprochen, hat dasselbe nicht; am wenigsten liegt es in der Tendenz desselben, die Entwicklung unsers Landschulwesens in eine von der bisher verfolgten abweichende, neue Richtung einzuführen. Sonach bleiben denn die unter Bezugnahme auf jenen mehrgedachten §. des Gesetzes vom 23. April 1840 in Unserm Ausschreiben vom 12. November desselben Jahrs mit speciellerer Unterscheidung verschiedener Kategorien von Schulen gegebenen umfänglicheren Vorschriften über die Einrichtung des Landschulunterrichts, sowie die im Anschluß hieran in mehreren späteren Ausschreiben oder in Rescripten an einzelne der Herren Schulinspectoren in Betreff der Lehr- und Stundenpläne von Uns erlassenen Verfügungen und Anordnungen auch in Zukunft in allem Wesentlichen in ihrer bisherigen Geltung bestehen; und werden dieselben nur in denjenigen, im Ganzen weniger erheblichen Punkten einige Ergänzungen oder Abänderungen erfahren, welche sich entweder aus dem Gesetz vom 27. März d. J. selbstverständlich ergeben, oder welche Wir in Anlaß dieses Gesetzes in Erwägung genommen haben und im Nachstehenden näher bezeichnen werden.

Zu §. 2.

Während der §. 6 des Gesetzes vom 23. April 1840 neben den Maximal-Bestimmungen über die Zahl der wöchentlichen Schulstunden noch Minimal-Bestimmungen enthält, sind in dem in Rede stehenden neuen Gesetze zweckmäßiger nur Maximal-Zahlen gegeben. Es stimmen aber diese, nach den verschiedenen Jahrszeiten verschieden bestimmten Maxima der wöchentlichen Lehrstunden, über welche hinaus der Regel nach kein Kind an dem Landschulunterricht theilzunehmen verpflichtet sein soll, genau mit den höchsten Zahlen der Schullectionen überein, welche in Unserm Ausschreiben vom 12. November 1840 (Gesetz- und Verordnungsammlung S. 434) angegeben sind. Sie sind dort für diejenige Kategorie der Landschulen festgesetzt, für welche die größte Ausdehnung des Schulunterrichts zulässig war, und lassen, indem sie nur die äußersten Grenzlinien des für den Unterricht einer jeden Schulklasse zu verwendenden wöchentlichen Zeitmaßes bezeichnen, und unter den in §. 4 angeführten Bedingungen sogar noch überschritten werden dürfen, der Schulverwaltung einen völlig ausreichenden Raum, um bei Aufstellung der Lektionspläne in jedem vorkommenden Falle auch den örtlichen Verhältnissen die ihnen gebührende Rücksicht schenken zu können.

Zu §. 3.

Der §. 3 hat seine Begründung in der Stellung, welche dem durch das Gemeindefchulgesetz vom 8. December 1851 ins Leben gerufenen Schulvorstande in eben diesem Gesetze gegeben ist. Es liegt ebensowohl im Interesse der Gemeinde, als der Schule, welche beide in dem Schulvorstande ihre Vertretung finden, sich hinsichtlich des in diesem §. berührten Gegenstandes in voller Uebereinstimmung zu wissen, und wenn Wir annehmen dürfen, dass auch schon bisher die auf den zur Feststellung oder Abänderung Uns vorgelegten Lectionstabellen bemerkte Vertheilung der Schulstunden über die einzelnen Wochentage und Tageszeiten mit Rücksicht auf die ausdrücklich erfragten oder sonst bekannten Ansichten des betreffenden Schulvorstandes gewählt war, so wird um so mehr eine gesetzliche Vorschrift für angemessen erachtet werden, welche nur die Absicht hat, einer bereits bestehenden zweckgemäßen Observanz die Bahn einer festen Ordnung anzuweisen und in dieser dauernd zu erhalten. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, dass bezüglich der in §. 3 erwähnten Punkte nur die Anhörung des Schulvorstandes vorgeschrieben ist, während die Entscheidung darüber, wie bisher, Unserer Competenz verbleibt.

Dass der Schulvorstand über jene Punkte gehört worden, ist vom nächsten Jahre an am Fuße einer jeden bei Uns einzureichenden Lectionstabelle von dem Prediger neben dessen Unterschrift zu bemerken. Sollte in einzelnen Fällen die Ansicht des Predigers oder Schulinspectors mit derjenigen des Schulvorstandes nicht zusammenstimmen, so sind die abweichenden Vorschläge mit den dafür angeführten Gründen in den Begleitberichten, welche Wir von den Herren Schulinspectoren bei Einsendung der zur Revision stehenden Lectionstabellen im Januar jeden Jahrs zu erwarten haben, zu Unserer Kenntniss zu bringen. Im Uebrigen erinnern Wir, um etwaigen Differenzen der Ansichten oder erfolglosen Anträgen an Uns möglichst vorzubeugen, an diejenigen Normen, welche in Betreff jener Punkte bereits Unser Ausschreiben vom 12. November 1840 vorzeichnet. Wir können nicht gerathen finden, diese, in der großen Weite ihrer Fassung den verschiedenen örtlichen Bedürfnissen rücksichtsvoll angepassten Normen ohne sehr dringende Gründe zu verlassen, und werden namentlich, wie Wir an dieser Stelle nochmals hervorheben, auch fernerhin darauf halten, dass kein Lehrer länger als 4 Stunden in ununterbrochener oder nur durch die gewöhnlichen kürzeren Zwischenpausen unterbrochener Folge Schulunterricht erteile.

Zu §. 4.

In Bezug auf die in §. 4 bezeichneten Gegenstände, zu deren Erledigung nicht bloß die Anhörung, sondern auch die Zustimmung des Schulvorstandes, resp. die Genehmigung der Gemeindebehörde erforderlich ist, sind Anträge nicht vor Erlangung jener Zustimmung, resp. Genehmigung bei Uns zu übergeben. Sofern diese Anträge nach §. 4, b die Aufnahme neuer Unterrichtsgegenstände (wobei zunächst und hauptsächlich an den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten gedacht ist) statt der herkömmlichen oder neben denselben bezielen, sind sie, wie bisher, in besonderen Eingaben Uns vorzulegen; sofern sie aber nach §. 4, a nur auf die Vermehrung der in §. 2 angegebenen Maxima der Schulstunden oder auf eine von der in §. 2 vorgeschriebenen Weise abweichende Vertheilung derselben über die verschiedenen Jahrszeiten gerichtet sind, mögen sie, dringliche Fälle ausgenommen, stets nur bei Gelegenheit der Entwerfung

oder Revision der betreffenden Lectionstabellen zur Sprache gebracht, dann aber mit Beziehung auf die von dem Schulvorstande ertheilte Zustimmung von dem Ortsprediger mittelst Berichts an den Schulinspector kurz begründet und von letzterem mit einer gutachtlichen Aeußerung versehen, zugleich mit allen übrigen, für das Mal von Uns zu prüfenden Lectionstabellen an Uns eingereicht werden.

Dabei bemerken Wir, um Mißverständnissen zu begegnen, daß, sofern eine solche Vermehrung der bisherigen Schulfunden oder eine solche Aenderung in der Vertheilung derselben über die verschiedenen Jahrszeiten gewünscht wird, wobei die in §. 2 bestimmten Maxima so wenig im Ganzen, als im Einzelnen überschritten werden, weder die Zustimmung, noch auch nur die Anhörung des Schulvorstandes erfordert wird. Abänderungen der Lectionstabellen, welche über die in §. 2 gezogenen Grenzen nicht hinausgehen, unterliegen, ohne daß eine Mitwirkung des Schulvorstandes hinzutritt, lediglich Unserer Beurtheilung. Wo daher schon jetzt mit Unserer Genehmigung und ohne Ueberschreitung jener Grenzen entweder in allen Quartalen eine gleiche Anzahl von Schulfunden ertheilt wird, oder nur in dem zweiten Sommerquartale eine Ermäßigung der Stundenzahl statt hat, oder, wie dem ganzen Wintersemester, so auch dem ganzen Sommersemester ein besonderer Lectionsplan zum Grunde liegt, mag es dabei bis auf Weiteres auch in Zukunft verbleiben. Was für Lectionen aber bei Verminderung der Anzahl der Schulfunden in einem oder mehreren Quartalen zunächst eine Beschränkung zu erfahren haben, darüber giebt zwar schon Unser Ausschreiben vom 12. November 1840 einige nähere Bestimmungen; da indessen in diesen Bestimmungen eben so wenig, wie in den jenem Ausschreiben beigelegten Lectionstabellen eine ausnahmslos gültige Regel hat aufgestellt werden sollen, so wird auch in Beziehung hierauf in jedem einzelnen Falle zu erwägen sein, wiefern etwa Rücksichten auf besondere örtliche Bedürfnisse, oder auf die bisherigen Leistungen der Schule, oder auf die Persönlichkeit des Lehrers eine oder die andere Modification rathlich erscheinen lassen. Wo übrigens Rücksichten solcher Art nicht zu nehmen sind, müssen Wir es nunmehr im Allgemeinen als das Wünschenswerthe bezeichnen, daß die Verminderung der Schulfunden in einem oder mehreren Quartalen, soweit sie die Oberklasse trifft, sich vorzugsweise auf die Schreib-, Gesang-, Rechnen-, Lese- und deutschen Sprachstunden erstrecke, daß auf den gesammten Katechismus- und Bibel-Unterricht das ganze Jahr hindurch 4 Stunden fallen, daß für den Unterricht in der Religions- und Weltgeschichte in jedem Quartale mindestens eine Stunde bleibe, daß die Uebung im schriftlichen Ausdruck in keinem Quartale ausgesetzt, und der in den meisten Landschulen für jetzt nur mit einer sehr geringen Stundenzahl bedachte Unterricht in der Geographie und Naturkunde durch das ganze Jahr ohne alle Beschränkung fortgeführt werde.

Zu §. 5.

In Betreff des §. 5, welcher keiner weitern Erläuterung bedarf, wollen Wir nur die Erwartung aussprechen, daß nicht allein der darin den Schulen gewährte ausgedehntere Schutz gegen willkürliche Versäumnisse des Unterrichts nach Gebühr werde gewürdigt und nach Erfordern der Umstände zum Wohle der Kinder unnachlässiglich werde in Anspruch genommen werden, sondern auch daß die Prediger und Lehrer daher eine neue Veranlassung entnehmen werden, ihren Schülern den Segen und die Nothwendigkeit eines regelmäßigen Schulbesuchs, den Eltern aber

die Verpflichtung, ihre Kinder zu einem solchen anzuhalten, wiederholt und auf das ernsteſte ans Herz zu legen. —

Den Inhalt dieſes Ausſchreibens haben die Herren Schulinspectoren den Predigern und durch dieſe den Lehrern ihrer Inſpection zur Nachricht und Nachachtung bekannt zu machen, auch ſich ſelbſt, ſoweit daſſelbe ſie angeht, danach zu achten.

Zur Erleichterung der Expedition iſt eine entſprechende Anzahl von Exemplaren dieſes Ausſchreibens hieneben beigeſügt.

Reſcript Herzogl. Staatsminiſteriums an Herzogl. Conſiſtorium
vom 6. November 1861.

Der Bericht vom 19. v. Mts. über die wiederangeſchloſſene Vorſtellung des Kirchenvorſtandes zu Holzminden wegen der bei Abnahme der Kirchenrechnungen de 18^{55/57} zum Reſtituendo geſetzten verausgabten Copialien iſt Uns zugegangen. Wir ſind damit einverſtanden, daß daran feſtgehalten werde, daß regelmäßig auch nach eingetretener Errichtung der Kirchenvorſtände andere als die bisher zugelassenen Copialien nicht zu vergüten ſeien, ſelbſt wenn dieſelben der Art ſein ſollten, daß ſie ſpeciell als durch die neuere Einrichtung veranlaßt angeſehen werden können und nach dem frühern Geſchäftsgange nicht entſtanden ſein würden, weil auch eine Beſorgung derartiger neu hinzukommender ſchriftlicher Arbeiten nicht minder, wie die Beſorgung dieſer Geſchäfte überhaupt, als eine mit dem Pfarramte verbundene Officialſache zu betrachten iſt.

Sollte in dem einen oder anderen Falle die Beſchaffung erforderlicher Reinschriften auf Anlaß von Verhandlungen des Kirchenvorſtandes von deſſen Vorſitzenden oder anderen Mitgliedern nicht ſüglich geſchehen können, ſo wird bei der Verausgabung in den Rechnungen in einem ſolchen Ausnahmefalle jedesmal die Nothwendigkeit der Ausgabe beſonders zu motiviren ſein. 2c.

Schreiben des Herzogl. Conſiſtoriums an den Herrn General-Superintendenten Dr. Kelbe zu Helmſtedt vom 3. Mai 1862 Nro. 2286.

Auf Ihren Bericht vom 30. v. Mts., die Einführung neuer Lehrer an den ſtädtiſchen Schulen daſelbſt betreffend, erwiedern Wir Ihnen Folgendes:

In dem Gemeindefchulgeſetze vom 8. December 1851 ſind genauere Beſtimmungen über das Verfahren bei Einführung neuer ſtädtiſcher Lehrer, namentlich über die Perſon deſſenigen, welcher dabei als eigentlicher Introducent zu fungiren hat, nicht enthalten; es iſt aber das hieher Gehörige nach §. 13, 5 jenes Geſetzes zu beurtheilen, wonach es zu den Officien der Schulvorſtände mit gehört, Schulfeierlichkeiten zu leiten. Zu dem, was hier im Allgemeinen als Schulfeierlichkeit bezeichnet wird, dürfen ohne Zweifel auch die Lehrer-Einführungen gerechnet werden. Da nun aber die Geiſtlichen, welche dem Schulvorſtande als Mitglieder angehören, von jeher die Einführung neuer Lehrer beſorgt haben, und nicht bezweifelt wurde, daß es denſelben erwünſcht ſein würde, dieſe Functionen beizubehalten, auch dafür zu halten war, daß eben dieſer Art der Beſorgung der Einführung von den Schulvorſtänden im Allgemeinen der Vorzug

gegeben werde; so haben Wir bislang, so oft städtische Lehrer in das Schulamt einzuführen waren, in der Regel sofort von hieraus die ersten Geistlichen an den betreffenden Orten, welche zugleich Mitglieder des Schulvorstandes sind, mit der Introduction der Lehrer beauftragt. Es ist indessen gesetzlich ebensowohl zulässig, dass auch ein anderes Mitglied des Schulvorstandes, namentlich der Schuldirigent, die specielle Leitung der Einführungsfeierlichkeit übernimmt. Gebühren aber können für Ausrichtung dieser Functionen nicht erhoben werden.

Was nun die jetzt in Frage stehenden Fälle von Einführungen zweier neuer Lehrer an den dortigen Schulen anbetrifft, so wird namentlich nichts im Wege stehen, dass der Schuldirector Eggeling den Lehrer Schulz, welcher zunächst in der Freischule als Lehrer eintreten wird, und der Pastor du Roi zu Marienberg den Lehrer Schüssler, welchem die erste Stelle an der Schule der Vorstadt Neumark conferirt ist, in ihre resp. Aemter einführe, und geben Wir Ihnen anheim, indem Wir im Uebrigen auf Unser Rescript vom 2. v. Mts. an den dortigen Schulvorstand und auf Unser an Sie erlassenes Rescript vom 12. ejusd. Bezug nehmen, Vorstehendem gemäß die beregte Angelegenheit im Schulvorstande zur Sprache zu bringen und das danach weiter Erforderliche zu veranlassen.

**Verfügung Herzogl. Consistoriums an die sämtlichen Herren Superintenden-
ten imgleichen den Herrn Pastor Primarius Bogler zu Lunsen
vom 21. Mai 1862 Nro. 2690.**

Durch Unser Ausschreiben vom 16. Februar 1836 sind die Copialien hinsichtlich der Kirchen- und Pfarrwitwenhaus-Rechnungen auf 1 gr. 6 Pf. für den Bogen bestimmt, bei der spätern Einführung von Groschen in Folge des neuen Münzvertrags aber auf 1 Gr. 9 Pf. für den Bogen festgesetzt.

Da unter den veränderten Zeitverhältnissen die Abschriften der Rechnungsexemplare dafür nicht wohl mehr zu beschaffen stehen, so setzen Wir hiedurch vom Jahre 1862 an und bis auf Weiteres die Copialien auf 2 Gr. 5 Pf. für den Bogen fest, welcher Betrag in den Rechnungen passiren wird.

Die Herren Superintenden ten haben diese Verfügung zur Kenntniss der sämtlichen Kirchenrechnungsführer der Inspection zu bringen und auch selbst danach zu verfahren.

**Rescript Herzogl. Consistoriums an die Herren Generalsuperintenden ten
des Landes vom 20. Juli 1862 Nro. 2909.**

Aus den auf Veranlassung Unseres Rescripts vom 15. Februar d. J. erstatteten Berichten der Herren Generalsuperintenden ten erhellt, dass die Superintenden ten des Landes verschiedener Ansicht darüber sind, wie bei Pfarrintroductionen in den Fällen, wo der zu introducirende Prediger bereits Behufs Erlangung der Wahl oder Vocation vor der Gemeinde gepredigt hat, zu verfahren sei; indem die Einen es für das Richtige halten, dass an dem Sonntage, wo der Introductionsact stattfindet, vor letzterem die kirchenordnungsmäßige Predigt nicht fehle und der einzuführende Prediger der Gemeinde, welchen diese zu hören erwarte, dieselbe halte;

die Andern dagegen es für zulässig und rücksichtlich zu wünschender Abkürzung des Gottesdienstes, wie der der Haltung dieser Predigt in der Regel wenig günstigen Lage, in welcher sich der Introducend vor und an dem Introductionstage befinde, für zweckmäßig erachten, daß dieselbe entweder ganz unterbleibe und statt ihrer vielleicht nur ein kurzer liturgischer Act des Introducenden eintrete, oder daß, wenn die Umstände eine längere Ausdehnung des Gottesdienstes gestatten, nicht der einzuführende Prediger, sondern ein assistirender Geistlicher dieselbe halte.

Wir verkennen nun nicht das Gewicht der für letztere Ansicht geltend gemachten Gründe, müssen uns aber gleichwohl für das erstere Verfahren als das, wenn auch subjectiven Bedenken unterliegende, doch kirchenordnungsmäßig richtige und der begründeten Erwartung der Kirchengemeinde entsprechende, entscheiden, und glauben auch, daß, wie dabei Rücksicht auf Geschäftserleichterung des Einzuführenden nicht in Betracht kommen, so eine ungebührliche Ausdehnung des Gottesdienstes durch angemessene Beschränkung des Umfangs der Predigt und Introductionssrede, wie der übrigen gottesdienstlichen Handlungen recht wohl vermieden werden kann.

Wenn daher auch ausnahmsweise besondere Fälle eintreten können, (wie z. B. der Fall, daß nach bestehender Observanz ein Prediger an demselben Sonntage in zwei von einander entfernten Kirchen verschiedener pfarramtlich combinirten Gemeinden einzuführen ist) in welchen das Unterbleiben der Predigt am Introductionstage, sofern solches von den betreffenden Gemeinden gewünscht wird, durch die Umstände gerechtfertigt sein mag: so wird doch als Regel festzuhalten sein, daß dem Introductionssacte die Predigt des einzuführenden Geistlichen vorhergehe.

Wir beauftragen Sie, dieses den Superintendenten der Ihnen anvertrauten Generaldiöcese zur Nachachtung zu eröffnen, auch Sich selbst in vorkommenden Fällen die hiemit getroffene Bestimmung zur Nachachtung dienen zu lassen.

Zur Erleichterung der Eröffnung schließen Wir die nöthige Zahl von Exemplaren dieses Rescripts hieneben an.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren General- und Special-Superintendenten vom 20. August 1862 Nro. 4144.

In neuerer Zeit ist es häufig vorgekommen, daß die von den Rechnungsführern der Kirchen- 2c. Cassen zurückgelieferten beantworteten monita zu den Rechnungen bei der Superintendentur gesammelt, und erst dann, wenn eine größere Anzahl derselben eingegangen ist, unter Eins zur Abgabe der Entscheidungen und Abnahme der Rechnungen an Herzogl. Consistorium eingesandt sind.

Hierdurch werden aber erhebliche Verzögerungen veranlaßt, indem zuerst die beantworteten monita unnöthigerweise oft eine geraume Zeit lang bei der Superintendentur liegen bleiben, und dann, wenn eine größere Anzahl derselben auf ein Mal und zufällig aus mehreren Inspectionen bei Herzogl. Consistorio eingeht, die Abnahme der Rechnungen neben den übrigen geschäftlichen Arbeiten nicht so schnell beschafft werden kann und die nöthigen Reinschriften der Abnahmehandlungen gefertigt werden können, als es wünschenswerth ist, während wenn periodisch beantwortete monita nicht vorliegen, mit der Abnahme von Rechnungen gar nicht fortgefahren werden kann.

Da aber eine möglichst rasche Abnahme in mehrfacher Hinsicht unumgänglich nothwendig ist, so werden die Herren General- und Special-Superintendenten unter Bezugnahme auf die §§. 3 und 5 des Regulativs vom 25. Juni 1850 über das bei Revision und Abnahme der Kirchen- 2c. Rechnungen zu beobachtende Verfahren (Gesetz- und Verordnungssammlung vom Jahre 1850 No. 37) hiedurch angewiesen, die bei ihnen eingegangenen beantworteten monita zu den Rechnungen ohne allen Aufschub, spätestens aber innerhalb der festgesetzten Frist, successive an Herzogl. Consistorium einzusenden.

Wir erwarten um so mehr eine genaue Befolgung dieser Vorschrift, als die Wiedereinsendung der beantworteten monita nur eine kaum nennenswerthe Mühe veranlasst.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium vom 9. September 1862,

die Eintragung der Ehescheidungen in die Kirchenbücher betreffend.

Durch Herzogl. Ministerialrescript vom 12. August 1845 (Bege, Repert. V. 86, 87) sind die Herzogl. Kreisgerichte angewiesen, in den Fällen, dass eine im hiesigen Lande geschlossene Ehe durch Landesherrliche Machtvollkommenheit oder durch rechtskräftiges gerichtliches Erkenntniss getrennt worden, dem Herzogl. Consistorium behuf Nachtragung der Ehescheidung in dasjenige Kirchenbuch, in welches die Copulationsurkunde eingetragen ist, Anzeige zu machen, und mittelst Ausschreibens vom 6. September 1845 (Bege, Repert. V. 93) hat Herzogl. Consistorium sich vorbehalten, wegen des hinsichtlich solcher Nachtragung zu beobachtenden Verfahrens in den vor kommenden einzelnen Fällen das Erforderliche zu verordnen.

Der Antrag auf Scheidung der Ehe setzt das Bestehen der Ehe voraus und wenn hierüber förmlicher Beweis nöthig werden sollte, wird dieser durch Eidesdelation allerdings nicht geführt werden können, jedenfalls der Eid auf Thatfachen, aus denen die zu erweisende geschehene Eingehung der Ehe erhellt, gerichtet werden müssen. Es ist aber nirgends vorgeschrieben, dass ein Scheidungsantrag nicht anders als nach vorgängiger Production des Copulationscheines zum gerichtlichen Verfahren zugelassen werden könne und sofern das Bestehen der Ehe an sich nicht zweifelhaft erscheint, kommt es auf den Ort und die Zeit deren Eingehung zum Zwecke der durch Landesherrliche Machtvollkommenheit oder gerichtliches Erkenntniss auszusprechenden Ehescheidung nicht wesentlich an.

Von der erfolgten Scheidung der fraglichen Ehe hat Herzogl. Kreisgericht Gandersheim die vorschriftsmäßige Anzeige gemacht. Zu weiteren Nachforschungen über den Ort und die Zeit der Eingehung behuf Nachtragung der Scheidung in das Kirchenbuch und also im Interesse der Kirchenbuchführung kann jenes Gericht für verpflichtet nicht gehalten, vielmehr muss Herzogl. Consistorium oberwähnten Vorbehalt in Anwendung zu bringen überlassen werden.

Dass die im Berichte des Gerichtsvoigts v. Hollwede zu Seesen vom 19. Mai 1862 enthaltene, Herzogl. Consistorio mitgetheilte, Angabe:

die Copulation der Petersschen Eheleute sei am 15. April 1852 erfolgt, irrig sei, macht der sonstige Inhalt der Acten mehr als wahrscheinlich, da nicht nur im Klag-

libelle die Verheirathung als im Frühling 1853 geschehen, bezeichnet worden, sondern auch die abschriftlich beigebrachte Ehefestung der Petersschen Eheleute vom 15. December 1853 enthält, daß die Verheirathung 14 Tage nach Ostern 1853 erfolgt sei. Die Ungewissheit über die Zeit der Eingehung (Die Vornamen der Copulirten und der Getrennten sind nicht verschieden, obwohl im Kirchenbuche mehrere Vornamen als in den gerichtlichen Verhandlungen angegeben worden) wird sich hiernach unschwer beseitigen lassen und behuf der Aufklärung Herzogl. Consistorium die Vermittelung der Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen haben, weil, wie gesagt, dergleichen Besorgungen, welche nicht die Interessen der Rechtspflege, sondern kirchenpolizeiliches Interesse betreffen, und also zum Zwecke der Kirchenbuchführung nach beendigtem Scheidungsproceß thätig zu werden, den Gerichten nicht zugemuthet werden können, am wenigsten seitdem der Consistorialbericht vom 16. Juli 1862 anstatt dienstliche Gefälligkeit nachzufuchen, die Erledigung als zu den Amtspflichten der Gerichte gehörig prädicirt wissen will. 2c.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die evangelisch-lutherischen Geistlichen des Landes vom 13. September 1862 No. 4380.

Aus den in Gemäßheit Unseres Rescripts vom 29. October 1856 an Uns erstatteten Berichten erhellte, daß bei einer großen Anzahl von evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes Exemplare der erneuerten Kirchenordnung von 1709 überhaupt oder doch in für den gottesdienstlichen Gebrauch geeigneter Gestalt nicht vorhanden seien.

Da nun die erforderlichen Exemplare in andrer Weise nicht herbeigeschafft werden konnten: so ist von Uns mit Höchster Genehmigung ein neuer Abdruck der erneuerten Kirchenordnung veranstaltet, dessen Verlag die Hofbuchhandlung des Herrn Eduard Leibrock in Braunschweig übernommen hat.

Von derselben wird für das Inland das Exemplar ungebunden und nicht brochirt zu dem Preise von 2 Thlr. 10 Gr. abgegeben, in zum kirchlichen Gebrauche eingerichteten solidem und passend verziertem Lederbände mit Goldschnitt wird durch dieselbe das Exemplar für 3 Thlr. 10 Gr. zu beziehen sein, und es dürfte sich die letztere Art der Beziehung als vortheilhaft für die Kirchen empfehlen.

Indem Wir nun hiemit genehmigen, daß für jede Kirche des Landes, bei welcher ein noch brauchbares Exemplar der erneuerten Kirchenordnung nicht vorhanden ist, ein Exemplar des neuen Abdrucks zu dem bemerkten Preise auf Kosten der Kirchencasse angeschafft werde: so fordern Wir zugleich die Herren Prediger aller derjenigen Kirchen, bei welchen es für jetzt der Anschaffung eines solchen bedarf, auf, Uns darüber unverzüglich — vor Ablauf von 3 Wochen — Anzeige zu machen, worauf sodann wegen Zusendung der Exemplare durch die Verlagsbuchhandlung auf Kosten der Kirchencassen das Nöthige von Uns verfügt werden wird. Bei den Anzeigen ist zu bemerken, ob Exemplare mit oder ohne Einband gewünscht werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 14. September 1862 No. 8303.

Der Bericht vom 30. v. Mts. wegen Emeritirung des Schullehrers Sackmann zu Frellstedt ist Uns zugegangen. Es unterliegt auch nach Unserm Dafürhalten keinem Zweifel, daß sittliche Haltlosigkeit eines Lehrers, welche in seinem Verhalten zu der ihm anvertrauten Schule, in seiner Stellung zur Schulgemeinde und in seinen amtlichen und außeramtlichen Beziehungen bis zu dem Grade hervortritt, daß sie seine Wirksamkeit als Lehrer und Erzieher der Jugend aufhebt, so daß die Fortführung des Amtes durch einen solchen Lehrer nur noch Schaden bringen würde, statt Segen zu stiften, — als eine zur Pensionirung nöthigende geistige Schwäche im Sinne des §. 12 des Gesetzes vom 7. September v. Js. No. 51 sich darstellt, zumal es dabei wesentlich darauf ankommt, ob eine Unfähigkeit des Lehrers zur Fortführung des Amtes vorliegt, mag diese durch körperliche oder geistige Schwäche und in letzterer Beziehung durch eine intellectuelle oder moralische und sittliche herbeigeführt werden.

Da nun nach den stattgehabten actenmäßigen Ermittlungen und insbesondere nach den, durch mannigfache Thatfachen unterstützten amtlichen Zeugnissen der Vorgesetzten des p. Sackmann, sowie nach dem übereinstimmenden Erachten des Schulvorstandes, der Kirchen- und Schulvisitatoren und des Herzogl. Consistorii eine sittliche Haltlosigkeit der gedachten Art und eine geistige Schwäche des p. Sackmann, welche zu dem Erfolge geführt haben, daß derselbe sein Amt nicht mehr mit Wirksamkeit fortführen kann, unzweifelhaft vorliegen, so wollen Wir den p. Sackmann, auf Grund der allegirten Gesetzesstelle unter Bewilligung eines Ruhegehalts von einhundert und vierzig Thalern jährlich, wozu ein Zuschuss von 60 Thlr. aus dem Klosterfonds erfolgen soll, in den Ruhestand versetzen.

Herzogl. Consistorium hat das Weitere danach zu verfügen und wegen Anstellung eines Adjuncten Vorschläge zu machen, nach dessen Ernennung der gedachte Zuschuss zur Zahlung angewiesen werden soll.

Die Berichtsanlagen erfolgen hierneben zurück.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 16. September 1862.

Der Bericht vom 16. Juli d. J., die Eintragung der Ehescheidungen in die Kirchenbücher betreffend, ist Uns zugegangen. Wir haben Uns veranlaßt gefunden, über den Inhalt desselben die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, theilen Abschrift des von dieser Gerichtsbehörde unterm 9. d. Mts. erstatteten Berichts dem Herzogl. Consistorio hierbei mit und wie Wir mit der darin geäußerten motivirten Ansicht einverstanden sind, so hat Herzogliches Consistorium hiernach das weiter Erforderliche zu besorgen, resp. künftig sich zu achten.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die Herren Generalsuperintendenten und Stadtsuperintendenten, imgleichen den Herrn Pastor prim. Bogler in Lunzen vom 18. October 1862 Nro. 4422.

Durch Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 4. v. Mts. ist angeordnet worden, daß hinfort den Tauffcheinen für unehelich geborne, aber durch nachfolgende Ehe der Eltern legitimirte Kinder wiederum die in Unserm Ausschreiben vom 11. Juni 1836 vorgeschriebene Fassung gegeben werden solle:

„Im Jahre am wurde geboren und am getauft N. N. (Taufnamen) (Sohn) (Tochter) des N. N. und der Ehefrau desselben N. N.“

Sie haben danach die unter Ihrer Aufsicht stehenden Kirchenbuchführer anzuweisen, diese Form wieder in Anwendung zu bringen und den durch Unser Ausschreiben vom 2. Decbr. 1837 angeordneten Beisatz „nachmaligen“ mithin hinwegzulassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection

Gandersheim vom 17. December 1862, Nro. 11,327.

für Herzogl. Consistorium bei Remission der Anlagen des Berichts vom 29. v. Mts.

Auf einen Bericht des Herzogl. Consistoriums vom 29. v. Mts. in Betreff der von Personen verschiedener Confession vor deren Proclamation und Copulation nachzuweisenden Uebereinkunft wegen der confessionellen Erziehung ihrer Kinder, zu dessen Erstattung das von Herzogl. Kreisdirection an den Pastor Ruhn in Schlewecke auf dessen Ersuchen um Aufnahme einer solchen Uebereinkunft zwischen dem Tagelöhner Köppelmann aus Söhlde und der Johanne Schatz aus Schlewecke unterm 12. September d. J. erlassene Erwiderschreiben Anlass gegeben hat eröffnen Wir Herzogl. Kreisdirection, daß die in diesem Schreiben ausgesprochene Ansicht als die richtige nicht wird angesehen werden können. Nach den Bestimmungen im §. 5 des Landesherlichen Reglements vom 9. April 1768 bildet die in eben diesem Paragraphen bezeichnete Uebereinkunft unter den Verlobten protestantischer und katholischer Confession ein formelles Erforderniß für die Proclamation, und für diesen, im hiesigen Gebiete zu vollziehenden, mithin der hiesigen Gesetzgebung unterworfenen Act, gleichwie für die Verpflichtung der protestantischen und katholischen Geistlichen, den ihnen durch das Reglement erteilten Anweisungen Genüge zu leisten, kann nichts darauf ankommen, ob etwa der Bräutigam Ausländer ist, und die Verlobte die, ihr zur Zeit der Proclamation doch noch zuständige hiesige Staatsangehörigkeit mit Eingehung der Ehe verliert, oder ob und in welchem Maße die Uebereinkunft über die religiöse Erziehung der Kinder im Auslande und nach Maßgabe der dortigen Gesetze sich als wirksam erweisen wird.

In Betreff der formellen Bedingungen des Acts der Proclamation wird vielmehr in Fällen der vorliegenden Art die Regel: *logus regit. actum* unbedenklich anzuwenden sein, und Herzogl. Kreisdirection hienach künftighin zu verfahren habe.

**Rescript Herzogl. Consistoriums an die Herren Generalsuperintendenten
des Landes, desgleichen den Herrn Pastor prim. Vogler zu Lunsen
vom 28. December 1862 Nro. 5559.**

Da bei Uns zum Vortrage gekommen war, dass in manchen Gemeinden auf dem Lande rücksichtlich der Einrichtung, wie der Benutzung der Kirchhöfe, sowohl der zur Zeit im Gebrauche befindlichen, als auch der nach Anlegung neuer Begräbnissplätze für jetzt außer Gebrauch gesetzten, verschiedene Mißbräuche stattfinden: so haben Wir mittelst Rescripts vom 16. Juli d. J. durch die Superintenden ten des Landes die berichtigliche Aeußerung der Kirchenvorstände darüber erfordert.

Aus den eingegangenen Berichten erhellt nun, dass in der großen Mehrzahl der Gemeinden des Landes die Kirchhöfe sich in guter Ordnung befinden, auch hier und dort bis dahin stattgehabten Uebelständen auf Veranlassung Unsres gedachten Rescripts durch Fürsorge der Kirchenvorstände bereits abgeholfen ist; dass jedoch in nicht wenigen Gemeinden noch immer Ordnungswidrigkeiten, welche der Abhülfe bedürfen, sich finden. Es fehlt manchen Kirchhöfen eine hinreichende Umfriedigung und würdige Einrichtung, wie sie der Ruhestätte der Todten gebührt. Von den Kirchendienern, denen die Beaufsichtigung der Kirchhöfe obliegt, wird diese Aufsicht nicht überall mit der nöthigen Sorgfalt geführt und hie und da durch unstatthafte Bepflanzung mit Bäumen, Bestellung mit Früchten oder sonstige ökonomische Benutzung derselben Anstoß gegeben. Besonders häufig scheint der Mißbrauch vorzukommen, dass nach Anlegung neuer Kirchhöfe und nach Ueberweisung derselben zum kirchlichen Gebrauche noch ein Theil derselben eigenmächtig von Gemeinden durch Verpachtung oder in andrer Weise benutzt wird, sogar ohne dass das so benutzte Areal von dem zur Begräbnissstätte geweihten durch eine Befriedigung abgesondert ist. Auch ist von einigen Orten berichtet worden, dass rücksichtlich der Grabdenkmäler, welche nur mit Genehmigung der Kirchenbehörden, resp. gegen Entrichtung der üblichen Gebühr an die Kirche, errichtet werden dürfen, mitunter willkürlich verfahren wird, und solche Errichtung in unpassender Weise geschieht.

Wir finden nun nöthig, dass, wo solche oder andere Mißbräuche rücksichtlich der Begräbnissplätze noch vorkommen, dieselben abgestellt werden, und erwarten von den Kirchenvorständen der Gemeinden, wie von den Superintenden ten in ihren kirchlichen Aufsichtskreisen, dass sie auf solche Abstellung ihr Augenmerk richten, sofern es aber Unsrer Mitwirkung dabei bedarf, darüber an Uns berichten werden.

Sie wollen daher Vorstehendes den Superintenden ten und durch dieselben den Kirchenvorständen Ihres amtlichen Kreises eröffnen, und auch Ihrer Seits dahin sehen, dass der Absicht dieses Rescripts entsprochen werde.

Behufs solcher Eröffnung schließen Wir die erforderliche Zahl von Ausfertigungen hieneben an.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Kirchenbuchführer im Lande vom 24. Januar 1863 Nro. 284.

Nach der Höchsten Verordnung vom 1. Juni 1858 (Gesetz- und Verordnungsammlung vom Jahre 1858 Nro. 37 pag. 159) sollen in ihren Bezirken alle Diejenigen, welche zur Ausstellung von Todescheinen ermächtigt sind, innerhalb 4 Wochen nach dem Eintritte des Todesfalls einen, den vollen Namen, das Alter, den Stand oder das Gewerbe und den letzten Aufenthaltsort des Verstorbenen bekundenden Todeschein in vorschriftsmäßiger Form ausfertigen und solchen an die Polizeibehörde des letzten Aufenthaltsort des Verstorbenen — in der Stadt Braunschweig an die Herzogl. Polizei-Direction, in der Stadt Wolfenbüttel an das Polizeiamt, in den übrigen Städten an den Stadtmagistrat und in den Landgemeinden an den Gemeindevorsteher — abgeben.

Da bei Uns zur Anzeige gekommen ist, dass die Kirchenbuchführer der Vorschrift dieser Höchsten Verordnung theils überall nicht, theils nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist gehörend nachkommen, so wird denselben die genaue Befolgung derselben hiedurch aufgegeben.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium vom 27. Januar 1863.

Wir eröffnen Herzogl. Consistorium auf den Bericht vom 17. d. Mts. über die abermalige Weigerung der Herzogl. Kreisdirection Gandersheim, als weltliche Schulvisitationsbehörde aufzutreten, nach Eingang des Berichtes vom 31. v. Mts. Folgendes:

Bereits in dem Rescripte vom 26. August 1850 Nro. 8899 ist die Stellung bezeichnet worden, in welcher die Herzogl. Kreisdirectionen bei Wahrnehmung ihrer Functionen als weltlicher Kirchen- und Schulvisitatoren dem Herzogl. Consistorium gegenüber sich befinden, und in dem Rescripte vom 22. August 1856 Nro. 8158 ist weiter ausgesprochen, dass zwar die Theilnahme der Herzogl. Kreisdirectionen an den Schulvisitationsgeschäften durch das Gesetz vom 8. December 1851 Nro. 53 nicht aufgehoben sei, die Herzogl. Kreisdirectionen aber nicht füglich als Schulvisitationsbehörden handeln könnten, wo sie gesetzlich berufen sein würden, über Differenzen zwischen der Gemeinde und dem Schulvorstande oder den sonstigen Behörden nach §. 22 leg. cit. zu entscheiden. Wenn es daher auf Schulbaulichkeiten ankommt, wenn überdies bereits erhellt, dass die Anforderung ganz oder theilweise von der Gemeinde verweigert wird, so wird es mit Grunde von der betreffenden Herzogl. Kreisdirection abgelehnt werden können, in der Eigenschaft einer Schulvisitationsbehörde Aufträge des Herzogl. Consistoriums zum Zwecke der Constatirung und Feststellung des Baubedürfnisses annoch zu vollziehen, zumal im Voraus nicht mit Sicherheit zu bemessen sein wird, ob und in wiefern die Stellung der Herzogl. Kreisdirection als demnächstiger entscheidender Behörde durch eine vorgängige Ausführung von Aufträgen in ihrer Eigenschaft als Schulvisitationsbehörde verschoben werden kann. Wird eine solche Ablehnung, wie im vorliegenden Falle geschehen, von der betreffenden Herzogl. Kreisdirection erklärt, so wird Herzogl. Consistorium davon abzusehen haben, eine weitere Mitwirkung der weltlichen Visitationsbehörde zur Vorbereitung der Feststellung des Baubedürfnisses im Auftragswege herbeizuführen.

Dies schließt jedoch nicht aus, daß die betreffende Herzogl. Kreisdirection sodann als Verwaltungsbehörde auf Requisition des Herzogl. Consistoriums thätig wird, um theils das erforderliche Material zur Feststellung des Baubedürfnisses zu suppeditiren, theils die Anerkennung dieses Bedürfnisses vermittelnd und in einer Weise herbeizuführen, wie sie ihrer eventuell erforderlichen Entscheidung nicht präjudicirt; eine derartige nach eigenem besten Ermessen zu leistende Mitwirkung wird auch in vielen Fällen nach Beschaffenheit der Umstände als die wirksamere sich ausweisen.

Hiernach würde es von Herzogl. Kreisdirection Gandersheim nicht abzulehnen gewesen sein, einer Requisition des Herzogl. Consistoriums zum Zwecke der Constatirung des Baubedürfnisses und zur Vermittelung der Anerkennung desselben Folge zu leisten, und es kommt, damit solches gegenwärtig geschieht, nur darauf an, daß Herzogl. Consistorium die betreffenden Acten an Herzogl. Kreisdirection Gandersheim zurückgelangen läßt, welche Behörde — unter Mittheilung einer Abschrift dieses Rescriptes — von Uns angewiesen ist, in vorbemerakter Weise zur Erledigung dieser Angelegenheit weiter mitzuwirken. 2c.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren Superintenden- ten vom 1. Februar 1863 No. 730.

Da die Anordnung in Unserm Ausschreiben vom 29. November 1837, wonach zur Aufrechthaltung der nöthigen Ordnung bei den Deputatholz-Abgaben an die Geistlichen und Scholdiener die Superintenden ten dem betreffenden Oberforstbeamten von dem durch Todesfälle oder Versetzungen eintretenden Personenwechsel unter den Deputatisten regelmäßig Mittheilung zu machen haben, nicht immer befolgt ist, wodurch dann Weiterungen entstanden sind, so wird die genaue Befolgung dieser Vorschrift zur Vermeidung von dergleichen Weiterungen hiedurch in Erinnerung gebracht.

Schreiben des Herzogl. Consistoriums an den Herrn Superintenden- ten Bank zu Bevern vom 29. April 1863.

Auf den Bericht vom 22. d. Mts., den dem Lehrer Thiele zu Rühle zur Erfüllung des Normaleinkommens der dortigen Schul- und Opfereistelle von der betreffenden Gemeinde zu leistenden Zuschuss betreffend, erwiedern Wir Folgendes:

Nach §. 21 des Gesetzes vom 7. September 1861 soll eine anderweite Regulirung des Normaldiensteinkommens und der danach erforderlich werdenden Zuschüsse nur bei jedesmaliger Erledigung der betreffenden Schulstelle eintreten. Hiernach muß der in Folge der letzten Abschätzung der Einkünfte der in Rede stehenden Stelle der bezüglichen Gemeinde auferlegte Beitrag zu dem zur Erfüllung des Normaleinkommens zu leistenden Zuschusse unverändert bis zur Vacanz der Stelle fortgezahlt werden; die volle Schulgeldseinnahme aber gebührt unzweifelhaft dem Lehrer. Betrüge sie weniger, als im letzten Anschlag angenommen, so würde dies der Gemeinde ebenso wenig zum Nachtheile gereichen können, als sie jetzt aus der eingetretenen Steigerung jener Einnahme einen Vortheil für sich herleiten kann. Die Schulgeld-

Einnahme ist ein Schätzungs-Object, das ebenso wie jeder andere, zum Gesamteinkommen des Lehrers gehörende Besoldungstheil nach seinem Durchschnittswerthe bei der Veranschlagung berücksichtigt ist; und so wenig der höhere oder geringere Jahresertrag oder Schulländerei der das Steigen und Sinken der Accidenzien eine Aenderung in der Höhe des zu leistenden Zuschusses herbeiführen kann, ebenso wenig ist dies der Fall, wenn die Schulgelds-Einnahme einen höhern als den anschlagsmäßigen Betrag erreicht.

Sie wollen hienach die Differenz zwischen der Gemeinde Mühle und dem Lehrer Thiele daselbst zu reguliren suchen, überdies aber jener Gemeinde bemerklich machen, dass, falls überhaupt eine Aenderung des zur Erfüllung des Normaleinkommens nöthigen Zuschusses mit Rücksicht auf die gewachsene Schulgeld-Einnahme eintreten könnte, diese Aenderung zunächst dem Klosterfonds und nicht der Gemeinde zu Gute kommen würde.

Bekanntmachung Herzogl. Consistoriums vom 6. Mai 1863:

„Allgemeine Grundsätze, welche bei dem Baue evangelischer Kirchen zu berücksichtigen sind“.

1. Jede Kirche muss nach alter Sitte orientirt, d. h. so angelegt werden, dass ihr Altarraum gegen den Sonnenaufgang liegt.

2. Die Grundform derselben ist von ihrer Größe und von der Gestalt des Bauplazes abhängig. Im Allgemeinen erscheint für kleine Kirchen die oblonge Form als die zweckmäßigste und am wenigsten kostspielige. Für größere Kirchen, namentlich solche mit ausgedehnten Emporen ist die Kreuzgestalt mit gleichen Armen (griechisches Kreuz) oder mit angebautem Langschiff (lateinisches Kreuz) und der Centralbau zu empfehlen.

Die äußere Höhe, mit Einschluss des Hauptgestüßes, hat bei einschiffigen Kirchen annähernd $\frac{3}{4}$ der Breite zu betragen, während es um so mehr den auf das akustische Bedürfniss zu nehmenden Rücksichten entspricht, je weniger die Länge das Maß seiner Breite überschreitet.

Von Centralbauten ohne Kreuzarm-Ansätze ist das Achteck akustisch zulässig, die Rotunde als nicht akustisch zu verwerfen.

3. Die Würde des christlichen Kirchenbaues fordert Anschluss an einen der geschichtlich entwickelten christlichen Baustyle und empfiehlt in der Grundform des länglichen Vierecks neben der altchristlichen Basilika und der sogenannten romanischen (vorgothischen) Bauart vorzugsweise den sogenannten germanischen (gothischen) Styl.

Die Wahl des Bausystems für den einzelnen Fall darf aber nicht sowohl dem individuellen Kunstgeschmack der Bauenden, sondern muss vielmehr dem vorwiegenden Character der jeweiligen Bauweise der Landesgegend folgen. Auch sind vorhandene brauchbare Reste älterer Kirchengebäude sorgfältig zu erhalten und maßgebend zu benutzen.

Ebenso müssen die einzelnen Bestandtheile des Bauwesens in seiner inneren Einrichtung, von dem Altar und seinen Gefäßen bis herab zum Gestühl und Geräthe, namentlich auch die Orgel, dem Styl der Kirche entsprechen.

4. Der Kirchenbau verlangt dauerhaftes Material und solide Herstellung ohne täu-

schenden Bewurf oder Anstrich. Wenn für den Innenbau die Holzconstruction gewählt wird, welche der Akustik besonders in der Ueberdachung günstig ist, so darf sie nicht den Schein eines Steinbaues annehmen. Der Altarraum ist jedenfalls massiv einzuwölben.

5. Der Haupteingang zur Kirche steht am angemessensten in der Mitte der westlichen Schmalseite, so dass von demselben bis nach dem Altar sich die Längsaxe der Kirche erstreckt.

Ist die Anordnung der Eingänge durch die zur Kirche führenden Wege bedingt, so dass Eingänge an verschiedenen, besonders an einander gegenüber liegenden Seiten unvermeidlich sind, so ist auf die Einrichtung von Vorhallen, mindestens von Windfängen Bedacht zu nehmen.

6. Der Thurm ist ein, wenn auch nicht nothwendiges, doch sehr angemessenes Zubehör des Kirchenbaues. Wenn daher die Mittel irgend ausreichen, so ist darauf Rücksicht zu nehmen, wo es daran aber dermalen fehlt, muss Fürsorge getroffen werden, dass er später zur Ausführung kommen könne. Zu wünschen ist, dass derselbe in einer organischen Verbindung mit der Kirche stehe, und zwar der Regel nach über dem westlichen Eingange zu ihr. Wenn indess, zumal bei Landkirchen, eine freiere landschaftliche Gruppierung der Gebäude-Massen der streng architektonischen den Umständen nach vorzuziehen sein würde, so mag auch die Stellung des Thurmes zur Seite des westlichen oder östlichen Giebels um so weniger ausgeschlossen sein, als in beiden Fällen die verschiedenen Räumlichkeiten desselben mit der Gesamt-Anlage in zweckmäßige Verbindung gebracht werden können.

Zwei Thürme stehen schicklich entweder zu den Seiten des Chores oder schließen sich der Westfronte der Kirche an.

7. Der Altarraum (Chor) ist um mehrere — mindestens zwei — Stufen über den Boden des Kirchenschiffes zu erhöhen. Er ist groß genug, wenn er allseitig um den Altar den für die gottesdienstlichen Handlungen erforderlichen Raum gewährt.

Audere besetzte Stühle und Sitzplätze, als etwa für die Geistlichen und die Kirchen-Vorstände, und wo der Gebrauch es mit sich bringt, der Beichtstuhl, gehören nicht hieher.

Auch dürfen keine Schranken den Altarraum von dem Kirchenschiffe trennen.

8. Der Altar mag je nach liturgischem und akustischem Bedürfnisse mehr nach vorne oder rückwärts, zwischen Chorbogen und Hinterwand, darf aber nie unmittelbar (ohne Zwischendurchgang) vor der Hinterwand des Chors aufgestellt werden.

Eine Stufe, oder falls architektonische Rücksichten es erfordern, zwei Stufen höher als der Chorboden muss er Schranken, auch eine Vorrichtung zum Knien für die Confirmanden, Communicanten, Copulanten u. s. w. haben.

Den Altar hat als solchen ein Crucifix zu bezeichnen, und wenn über dem Altartische sich ein architektonischer Aufsatz erhebt, so hat das etwa damit verbundene Bildwerk, Relief oder Gemälde, stets nur eine der Hauptthaten des Heils darzustellen.

9. Der Taufstein kann in der innerhalb der Umfassungswände der Kirche befindlichen Vorhalle des Hauptportals oder in einer daran stoßenden Kapelle, sodann auch in einer eigens dazu hergerichteten Kapelle neben dem Chor stehen. Da, wo die Taufen vor versammelter Gemeinde vollzogen werden, ist seine geeignetste Stellung vor dem Austritt in den Altarraum.

Er darf nicht ersetzt werden durch einen tragbaren Tisch.

10. Die Kanzel darf weder vor noch hinter oder über dem Altar, noch überhaupt im Chore stehen. Ihre richtige Stellung ist da, wo Chor und Schiff zusammenstoßen, an einem Pfeiler des Chorbogens nach außen (dem Schiffe) zu; in mehrschiffigen großen Kirchen an einem der östlicheren Pfeiler des Mittelschiffs.

Eine Ausnahme davon ist bei kleineren Kirchen und nur dann zulässig, wenn der meist beschränkte Altarbogen das Vorrücken der Kanzel in denselben nicht gestattet, und die kurzen Seitenwände des ersteren, zumal bei der Anlage von Seiten-Emporen, keinen angemessenen Raum für die Kanzel mit ihrer Treppe darbieten. Es muss jedoch in diesem Falle dafür gesorgt werden, dass die Kanzel nicht zu hoch über dem Altar sich erhebe, und noch einen freien Durchgang um denselben gestatte.

Die Höhe der Kanzel hängt wesentlich von derjenigen der Emporen (13) ab, und ist überhaupt möglichst gering anzunehmen, um den Prediger auf und unter den Emporen sichtbar zu machen.

11. Die Orgel, bei welcher auch der Vorsänger mit dem Sängerkhor seinen Platz haben muss, findet ihren natürlichen Ort dem Altar gegenüber am Westende der Kirche auf einer Empore über dem Haupteingange, dessen perspectivischer Blick auf Schiff und Chor jedoch nicht durch das Emporgebälke beeinträchtigt werden darf.

12. Wo Beicht- oder Lehrstuhl (Lesepult) sich findet, da gehört jener in den Chor (7), dieser entweder vor den Altar auf eine der Stufen, die aus dem Schiffe zum Chor emporführen, doch so, dass der Blick der Gemeinde nach dem Altare nicht verhindert werde, oder an einen Pfeiler des Chorbogens, um für den Zweck der Katechese, Bibelfunde und dergleichen vor den Altar hingerrückt zu werden.

13. Emporen, außer der westlichen, (11) müssen, wo sie unvermeidlich sind, an den beiden Langseiten der Kirche so angebracht werden, dass sie den freien Ueberblick der Kirche nicht stören. Sie sind nicht als willkürliche Einbaue zu behandeln, sondern möglichst organisch mit der Struktur der Kirche zu behandeln. Auf keinen Fall dürfen sie sich in den Chor hineinziehen.

Die Breite dieser Emporen darf, soweit nicht die Ausladung von Kreuzesarmen eine größere Breite zulässt, $\frac{1}{2}$ der ganzen Breite der Kirche, ihre Erhebung über den Fußboden der Kirche $\frac{1}{3}$ der Höhe derselben im Lichten nicht überschreiten.

Die Erhebung der hinteren Sitzreihen über die vorderen muss 7 bis 8" betragen.

Nur bei einer dass Maß von 8 Fuß überschreitenden Tiefe der Emporen und bei verhältnissmäßig großer Breite und geringer Höhe der Kirche selbst, wobei die gegenüber liegenden oberen Fenster den Raum unter den Emporen nicht hinreichend beleuchten würden, ist es sachgemäß und nothwendig, statt der langen durchgehenden Fenster, über der Empore höhere Fenster, die zur Erhellung der Kirche dienen, unter der Empore aber niedrigere Fenster zur Erhellung des nächsten von der Empore beschatteten Raumes anzubringen.

Mehrere Emporen übereinander anzulegen, ist unzulässig.

14. Die Sitze der Gemeinde (Kirchenstühle) sind möglichst so zu beschaffen, dass von ihnen aus Altar und Kanzel zugleich während des ganzen Gottesdienstes gesehen werden können.

Vor den Stufen des Chors ist angemessener Raum frei zu lassen. Auch ist je nach dem gottesdienstlichen Bedürfniss ein breiter Gang mitten durch das Gestühl des Schiffes nach dem Haupteingange zu, oder, wo kein solches Bedürfniss vorliegt, sind zwei Gänge von angemessener Breite an den Pfeilern des Mittelschiffes oder an den Trägern der Emporen hin anzulegen. Die Basen der Pfeiler dürfen nicht durch Kirchenstühle eingefasst werden.

15. Die Kirche bedarf einer Sacristei, nicht als Einbau, sondern als Anbau, neben dem Chor, geräumig, hell, trocken, heizbar, von kirchenwürdiger Anlage und Ausstattung.

16. Vorstehende, mittelst Rescripts Herzogl. Staatsministerii vom 30. April 1863 genehmigten, Grundsätze sind bei dem Baue evangelischer Kirchen in den hiesigen Landen zu berücksichtigen und werden bei der kirchenregimentlichen Prüfung und Berichtigung der Baupläne zum Grunde gelegt werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium vom 24. Juni 1863.

Der fernere Bericht vom 6. d. Mts., wegen des Verkaufs des Pfarrwittwenhauses zu Alvesse behuf Bildung eines Pfarrwittwenhumsfonds daselbst, sowie wegen der Ueberweisung der Summe von 2100 Thlr. an die Kirchen zu Alvesse und Wierthe ist uns zugegangen.

Wir haben bereits in Unseren Rescripten vom 26. September 1855 Nro. 8114 und vom 30. October ejusd. a. Nro. 10,366 Herzogl. Consistorium hinsichtlich des Vermögens der Kirchen ausdrücklich zu erkennen gegeben, wie die Verwendung desselben zu anderen als seinen nächsten Zwecken ohne Unsere Genehmigung und Bewilligung unstatthaft sei. Es gilt dies aber im gleichen Maße in Betreff des Vermögens der Pfarren und Pfarrwittwenhäuser, wie solches aus dem nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Herzogl. Landesregierung zustehenden Oberaufsichtsrechte über die pia corpora und insbesondere aus dem §. 216 des Landesgrundgesetzes, welcher das Vermögen aller pia corpora ausdrücklich der besonderen Obhut des Staats überweist, folgt. Wir sprechen daher die Erwartung aus, daß Herzogl. Consistorium in Zukunft jeder Ueberweisung von Mitteln aus dem Vermögen der genannten pia corpora, welche — wie die in dem gegenwärtigen Falle geschehene Zusage von Capitalien der Pfarrwittwenhauscasse zu Alvesse und Wierthe — als eigentliche, eine Liberalität involvirende Verwilligung erscheint, sich enthalten, vielmehr die Ertheilung der erforderlichen Autorisation dazu bei Uns in jedem Falle beantragen werde. Was nun die in dem gegenwärtig erstatteten Berichte beantragte Verwilligung betrifft, so müssen Wir, da über den Kirchenbau zu Alvesse officiell bisher noch nichts Näheres zu Unserer Kenntniß gekommen ist und sich daher weder übersehen läßt, ob der beabsichtigte Kirchenbau nothwendig und dringlich ist, noch etwa welche Mittel die dortige Kirchencasse besitzt, ob und in wie weit die hauptpflichtige Gemeinde einer Unterstützung bedürftig erscheint, sowie endlich ob die Verwilligung einer so namhaften Summe, wie beantragt worden, mit Rücksicht auf die eintretenden Gesamtkosten des Baues nothwendig sein wird, Unsere Entschließung darüber bis dahin vorbehalten, daß von Herzogl. Consistorium in den angedeuteten Beziehungen — event. nach Anstellung der erforderlichen Ermittlungen — die nöthigen Vorlagen annoch gemacht sein werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanz-Collegium
für Herzogl. Consistorium vom 10. Juli 1863 Nro. 6086.

Wir erwiedern auf den Bericht vom 2. d. Mts., daß Wir nicht für thunlich erachten, die aus der Klosterreinertrags-Casse erfolgenden Pensionen emeritirter Lehrer nach deren Tode noch für einen längern Zeitraum als zwei Monate an die etwaigen Wittwen und Kinder derselben auszahlen zu lassen, und hierdurch eine Ausnahme von der durch das Höchste Rescript vom 3. April 1846 gegründeten Regel zu statuiren.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 21. Juli 1863 Nro. 7422.

Der Bericht vom 9. d. Mts. wegen der vollständigen Ueberweisung der in den Landgemeinden aufkommenden Schulgelder an die Schullehrer ist Uns zugegangen. Da aus den Bestimmungen des §. 21 des Gesetzes vom 7. September 1861 Nro. 51 unzweifelhaft hervorgeht, daß Revisionen der Schulanschläge und anderweite Feststellungen der danach zum Einkommen der Lehrer zu leistenden Zuschüsse — außer bei neuen Besetzungen der Schulstellen — nur alsdann eintreten sollen, wenn „in Grundstücken und Gerechtsamen“ eine Veränderung der Dotation der Schulstellen eintritt, hiernach aber den Lehrern etwaige Mehreinnahmen an einzelnen Anschlagpositionen unbedingt gebühren, wie denn dieselben auch etwa eintretende Ausfälle, ohne deshalb eine Ergänzung des Zuschusses fordern zu können, zu tragen haben — so sind Wir damit einverstanden, daß den Lehrern wegen zeitweisen Mehrbetrags des Schulgeldes ein Abzug an dem anschlagsmäßig feststehenden Zuschüsse aus der Klosterreinertrags-Casse oder aus der Gemeindecasse nicht gemacht werden könne und ist danach zu verfügen.

Zugleich übersenden Wir Herzogl. Consistorio anbei ein den gleichen Gegenstand betreffendes Gesuch des Schullehrers Thiele zu Rühle, mit dem Auftrage, denselben sachgemäß zu bescheiden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Blankenburg vom 23. September 1863.

Wir eröffnen dem Stadtmagistrate zu Blankenburg auf den Recurs vom 23. v. Mts. gegen die Entscheidung der Herzogl. Kreisdirection daselbst vom 20. Februar d. J.: die Heranziehung der auf dortiger Feldmark belegenen Grundstücke der Pfarre in Gattenstedt zur Wegebaulast betreffend, nach Anhörung der Herzogl. Kreisdirection, daß da

1. die Annahme: die im §. 23 Nro. 5 der Wegeordnung ausgesprochene Befreiung der Officialgrundstücke der Prediger von der Wegebaulast sei durch §. 153 der revidirten Städteordnung aufgehoben, um so weniger begründet erscheint, als die revidirte Städteordnung §. 46 Nro. 10 — gleichwie die Landgemeinde-Ordnung §. 51 Nro. 20 und §. 87 am Schlusse — auch ferner nach den Bestimmungen der Wegeordnung verfahren wissen will, als außerdem die Wegebaulasten nicht auf die Communkasse angewiesen, sondern einer specielleu abweichenden Erhebungsweise unterworfen sind und als endlich in dem Gesetze vom 4. Januar 1851, Ab-

änderungen und Ergänzungen verschiedener Bestimmungen der Begeordnung betreffend, die Befestigung der fraglichen Bestimmung des §. 23 Nro. 5 der Begeordnung, weil gleichfalls eine Modification der Begeordnung in sich schließend, nicht unerwähnt gelassen sein würde, wenn sie in der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 — und in der Landgemeinde-Ordnung von demselben Tage enthalten und beabsichtigt gewesen wäre; auch

2. von den in Rede stehenden Pfarrgrundstücken zu den Gemeindeabgaben der Stadt Blankenburg bisher nicht beigetragen worden;

die angefochtene Entscheidung der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg für gerechtfertigt zu erachten, und der erhobene Recurs — wie hiemit geschieht — zurückzuweisen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium vom 10. October 1863.

Wir erwiedern Herzogl. Consistorio auf den Bericht vom 12. v. Mts. Nro. 4120, daß Unser Rescript vom 16. Juli 1858 Nro. 6494 nur hinsichtlich der aus der Klosterreinertrags-Casse in die Schulcassen erfolgenden Zuschüsse Bestimmung trifft, die allerdings, da der Adjunct erst nach Ablauf der der Wittwe des emeritirten Schullehrers gebührenden dreimonatigen Gnadenzeit in den Genuß der Schuleinkünfte eintreten kann, während dieser Zeit fortbezahlt werden müssen, daß dagegen die aus der Klosterreinertrags-Casse erfolgenden Pensionen nach dem Ableben derselben der bestehenden Ordnung zufolge nur noch für zwei Monate an deren Wittwen und Kinder gezahlt werden können. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Holzminden für Herzogl. Consistorium vom 16. December 1863.

Aus einem Berichte des Herzogl. Consistoriums vom 30. v. Mts. haben Wir ersehen, daß die von Herzogl. Kreisdirection in dem Berichte vom 26. Juli d. J. Nro. 5735 bei Uns zum Vortrage gebrachte Angelegenheit, die Berichtigung der von dem Superintendenten Morich zu Ottenstein für die von ihm am 23. und 24. October v. J. unternommenen Schulinspectionsreise nach Disperode liquidirten Kosten aus der dortigen Schulcasse noch immer nicht ihre Erledigung gefunden hat. Da dergleichen Kosten zufolge des §. 12 sub 5 des Gesetzes vom 8. December 1851 über die Gemeindeschulen aus den Schulcassen zu bestreiten sind, und Herzogl. Consistorium nach den von Uns erlassenen Bestimmungen die desfalligen Liquidationen der Schulinspectoren — selbstverständlich vorbehaltlich des Recurses der betheiligten Gemeinde an Uns — festzustellen hat, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, im Falle die Gemeinden auf eine Aufforderung Seitens der von Herzogl. Consistorium dieserhalb mit Anweisung versehenen Schulvorstände sich weigern, dergleichen Kosten aus den Schulcassen zu berichtigen, die Herzogl. Kreisdirectionen, wie sie nach §. 162 sub 4 der Landgemeinde-Ordnung dazu befugt, auch verpflichtet sind, auf Requisition des Herzogl. Consistoriums die Gemeinden zur Erfüllung der ihnen obliegenden Verbindlichkeiten anzuhalten. Die Angemessenheit der Liquidation unterliegt dabei nicht noch der Cognition der Herzogl. Kreisdirectionen.

Wir beauftragen daher Herzogl. Kreisdirection, demgemäß in Zukunft zu verfahren, und zugleich im vorliegenden Falle die Kostenforderung des Superintendenten Morich zu 6 Thaler — welchen Betrag Wir für angemessen halten — von der Schulcasse in Bisperode ohne fernere Verzögerungen einziehen und an den p. Morich berichtigen zu lassen.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren General- und Special-Superintendenten vom 27. Februar 1864 Nro. 1024.

Nach §. 1 des Regulativs vom 25. Juni 1850 (Nro. 37 der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung vom Jahre 1850) sollen die Kirchen-, Capellen-, Legaten- und Pfarrwitwenhaus-Rechnungen alljährlich bis Ende März an die Superintendentur eingesandt werden, und von den Superintendenten ist nach §. 6 des gedachten Regulativs bis zum Ablaufe des Monats April jeden Jahrs eine Uebersicht der eingegangenen oder rückständig gebliebenen Rechnungen anher einzusenden.

Die Einsendung solcher Uebersicht ist aber häufig unterlassen und sind Uns ebensowenig in allen Fällen Anzeigen über die in einem Jahre rückständig gebliebenen Rechnungen zugegangen, solche vielmehr erst nach dem Ablaufe von fast 3 Jahren, wenn die Einsendung zweier Jahrgänge behuf der Revision und Abnahme nöthig wurde, gemacht worden.

Dies hat zur Folge gehabt, dass eingerissene Unordnungen, die sich nun in das dritte Jahr hineinziehen, immer nur sehr schwer, bei eingetretenen Todesfällen aber fast gar nicht vollständig und ohne Schaden für die Cassen haben beseitigt werden können.

Die alljährliche Ablegung der Rechnungen ist aber zur Vermeidung solcher Unordnungen von Wichtigkeit, und müssen die sämmtigen Rechnungsführer mit unnachlässlicher Strenge zur Erfüllung dieser Verpflichtung angehalten werden.

Demnach haben die Herren Superintendenten hinsichtlich der Ihnen anvertrauten Inspection, die Herren General-Superintendenten aber hinsichtlich der Parochie der Superintendenten, die vorgeschriebene Uebersicht am Schlusse des Monats April jeden Jahrs unfehlbar anher einzusenden, indem Wir nur dann rechtzeitig Kenntniss von dem Rückständigbleiben einzelner Rechnungen bekommen und die sämmtigen Rechnungsführer nöthigenfalls durch Strafverfügungen zur Ablegung der Rechnungen anhalten können.

Wenn sämmtliche Rechnungen aus der Inspection zu rechter Zeit eingeliefert sind, so genügt eine desfallsige kurze Anzeige.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die Herren Schulinspectoren vom 9. März 1864 Nro. 1228.

Da Wir für angemessen erachtet haben, die bisher alljährlich einzureichenden tabellarischen Schulberichte in Zukunft nur nach einem Zeitraume von drei zu drei Jahren einreichen zu lassen, so eröffnen Wir solches den Herren Schulinspectoren mit der Bemerkung, dass die übrigen auf die gedachten Berichte bezüglichen Vorschriften unverändert dieselben bleiben, und dass in vor kommenden Fällen besondere Berichtserstattung dadurch nicht ausgeschlossen werden soll.

Zu weiterer Ausführung obiger Anordnung haben Wir die Einsendung der Schulberichte aus sämtlichen Inspectionen auf 3 Jahre so vertheilt, daß der dreijährige Turnus

1. für die Inspectionen Lehre, Querum, Seesen-Gittelde, Thiede-Engelstedt, Barum, Walkenried, Stadtholendorf, Wolsdorf, Königsutter mit dem laufenden Jahre 1864,
2. für die Inspectionen Zimmerlah, Wendeburg, Greene, Thedinghausen, Schöppenstedt, Lichtenberg, Blankenburg-Hasselfelde, Ottenstein, Jerxheim mit dem Jahre 1865,
3. für die Inspectionen Gandersheim, Langelsheim, Ahlum, Semmenstedt, Bevern, Schöningen, Vorsfelde, Calvörde und die Landinspection Braunschweig mit dem Jahre 1866 beginnt.

Indem Wir auf solche Weise die Berichtserstattung vereinfachen, fürchten Wir nicht nur nicht, den Zweck derselben zu beeinträchtigen, sondern vertrauen vielmehr zu der Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der Berichterstatter, daß Wir dadurch ein um so genaueres und zutreffenderes Bild von dem Zustande des Schulwesens in den verschiedenen Theilen des Landes erhalten werden.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die Schulvorstände in den Städten und den mit einer Bürgerschule versehenen Flecken vom 11. Juli 1864
Nro. 3028.

Nach §. 10 b. des Gesetzes vom 23. April 1840, die Schulpflichtigkeit und das Schulgeld in den Landgemeinden betreffend, soll für die zur Zeit ihrer Confirmation schulpflichtig gewesenen Kinder, welche vor Erreichung des ordnungsmäßigen Alters auf erhaltene Dispensation confirmirt werden und nach der Confirmation die Schule verlassen, das Schulgeld bis zu dem Quartale einschließlich, in welchem sie das gesetzliche Alter von 14 Jahren erreichen, entrichtet werden.

In dem Gesetze vom 12. Mai 1840, die Schulpflichtigkeit in den Städten und den mit einer Bürgerschule versehenen Flecken betreffend, findet sich eine derartige Bestimmung nicht, sondern es ist daselbst §. 4 und 5 nur im Allgemeinen bestimmt, daß mit der Schulpflichtigkeit der Kinder zugleich die Verbindlichkeit der Eltern zur Zahlung des Schulgeldes eintritt, und daß die Schulpflichtigkeit bis zur kirchlichen Confirmation dauert.

Da nun hinsichtlich der Berechnung des von Kindern, welche vor Erreichung des gesetzlichen Alters confirmirt werden, zu entrichtenden Schulgeldes bei den verschiedenen Bürgerschulen bisher nicht übereinstimmend verfahren ist; so haben Wir Uns veranlaßt gesehen, bei Herzogl. Staatsministerium eine Declaration zu beantragen, und lautet dieselbe zufolge Rescripts vom 27. Juni d. Js. Nro. 5882 dahin:

daß von solchen Schülern der Bürgerschulen, welche vor Eintritt des gesetzlichen Alters confirmirt werden, das Schulgeld nur noch für das letzte Quartal, wo sie die Schule besuchen — von Weihnacht bis Ostern — (ohne Rücksicht auf den Monat, in welchen das Osterfest fällt), zu entrichten ist.

Obiges wird zur Nachricht und Nachachtung den betreffenden Schulvorständen hierdurch mitgetheilt.

Höchstes Rescript an Herzogl. Consistorium vom 9. August 1864.

Wilhelm, Herzog 2c.

Der Bericht vom 2. v. M. wegen der von dem Kirchenvorstande zu Bornum abgelehnten Ausstellung des Vocationscheins an den Pastor Koch, jetzt zu Stiege, ist Uns zugegangen. Da der Kirchenvorstand gegen die Lehre und den Wandel des genannten Predigers nichts zu erinnern gefunden hat und der übrige gegen denselben erhobene Einwand nicht zu beachten ist, so wollen Wir die fehlende Vocation hiermit ergänzen. Zugleich wollen Wir jedoch Unserm Herzogl. Consistorio überlassen, in geeigneter Weise darauf Bedacht zu nehmen, daß der Kirchenvorstand und die Gemeinde von den für die Amtstüchtigkeit des Pastor Koch vorliegenden Zeugnissen Kenntniß erhalten, damit sich dieselben um so leichter von dem Ungrunde ihrer Bedenken überzeugen.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Einwohner Carl Friedrich Heine und Consorten zu Braunschweig vom 23. September 1864.

Dem Einwohner Carl Friedrich Heine und Consorten, hieselbst, wird auf die Eingabe vom 5. October v. J. um statthliche Anerkennung des von ihnen gebildeten freireligiösen Vereins und Verleihung corporativer Rechte 2c. hierdurch die Resolution ertheilt, daß auf die gemachten Anträge als landesgrundgesetzlichen und den sonstigen die kirchlichen Einrichtungen des Landes regelnden gesetzlichen Bestimmungen sowie dem Parochialrechte der evangelisch-lutherischen Kirche zuwiderlaufend, nicht eingegangen, und der ausgesprochenen Erklärung eines Austritts aus der gedachten Kirche keinerlei Wirksamkeit beigemessen werden, Herzogl. Landesregierung Sich auch hiernach nicht bewogen sehen könne, den freireligiösen Gemeinden corporative Rechte beizulegen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection zu Braunschweig vom 30. September 1864.

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 7. Juli d. J. Nro. 3968, daß Wir Uns mit der in diesem Berichte dargelegten Auffassung des §. 29 des Gesetzes vom 8. December 1851 über die Gemeindeschulen und des §. 21 des Gesetzes vom 7. Septbr. 1861 Nro. 51 nicht einverstanden erklären können, vielmehr auf die in Unserm Rescripte vom 2. Mai d. J. gegebene Deutung des in jenen Gesetzbestimmungen gebrauchten Ausdruckes „temporair“ nach welcher Dienstboten, Handwerksgesellen und Lehrlinge von der bei Feststellung des Normal-Dienstinkommens der Gemeindeschullehrer zu Grunde zu legenden Einwohnerzahl nicht in Absatz zu bringen sind, zurückkommen müssen. Die betreffenden Bestimmungen in den citirten Paragraphen lassen keine andere Auffassung zu, als die, daß bei jener Feststellung der stetige, nicht durch ausnahmsweise und vorübergehende Veranlassungen herbeigeführte, numerische Bestand an Ortsbewohnern zu Grunde zu legen sei. In diesem regelmäßigen stetigen Bestande ist jedenfalls auch der Bestand an Domestiken, Gesellen und Lehrlingen begriffen, weil derselbe einem stetigen und dauernden Zwecke, dem Familienleben, den wirtschaftlichen und gewerblichen Einrichtungen und Zuständen, dienstbar ist, und numerisch der hierin begründeten, dauernden Bedürfniß-Summe

entsprechen muss. Aus dieser Auffassung, welche auch, wie sich in der Hinweisung auf Ort und Zweck des Aufenthalts ausspricht, der in Unserm Rescripte vom 2. Mai d. J. enthaltenen Interpretation des Wortes „temporair“ zu Grunde liegt, folgert sich weiter, dass der in dem Bestande der Domestiken 2c. vor sich gehende Personenwechsel überall nicht in Betracht kommen darf.

Rescript Herzogl. Consistoriums an den Herrn General-Superintendenten Möhle zu Holzminden und Abschrift für die Stadt-Superintendenten zu Wolfenbüttel, Braunschweig, Helmstedt, Schöppenstedt, Schöningen, Vorsfelde, Calvörde, Gandersheim und Blankenburg
vom 16. November 1864 Nro. 4960.

Wir eröffnen Ihnen auf Ihren Bericht vom 26. September d. Js. über die Eingaben des Pastors Stuger vom 1. August und des Kirchenbuchführers Persuhn vom 2. August d. Js., die Beglaubigung der elterlichen Einwilligungen zur Verheirathung ihrer Kinder betreffend, in Gemäßheit eines Rescripts Herzogl. Staatsministerium vom 7. d. Mts. das Folgende:

Die Aufnahme und Beurkundung des elterlichen Heirathsconsenses geschieht zu einem kirchlichen Zwecke, und wird ihr, indem sie sich als eine Amtshandlung des Predigers darstellt, die amtliche fides nicht zu versagen sein.

Besteht die Einrichtung, dass der Kirchenbuchführer die erforderlichen Attestate bis auf die Beglaubigung des Predigers vorzubereiten, insbesondere auch die Einwilligung der Eltern — sei es unter den Extracten oder mittelst besondern Attestats — zu bescheinigen hat, so wird die Rechtsbeständigkeit dieser Einrichtung mit Grunde um so weniger zu bezweifeln sein, als diese Functionen mit der Kirchenbuchführung selbst im engsten Zusammenhange stehen und durch keine Bestimmung von dem amtlichen Thätigkeitskreise des Kirchenbuchführers ausgeschlossen sind. Daraus ergibt sich sodann, dass den in ihr amtliches Verhältniss einschlagenden Bescheinigungen der Kirchenbuchführer die Eigenschaft einer Amtshandlung nicht zu versagen ist, dass ferner die Glaubwürdigkeit dieser Bescheinigungen durch die Amtspflicht der Kirchenbuchführer gedeckt wird, und mithin auch der betreffende Prediger derartigen Bescheinigungen seine Beglaubigung unbedingt hinzufügen kann.

Die Gültigkeit der gebräuchlichen Beurkundungen der elterlichen Eheconsense ist bisher weder im Inlande, noch im Auslande beanstandet, und so lange das jetzt übliche Verfahren Uebelstände nicht bemerkbar werden lässt, liegt keine Veranlassung vor, dasselbe in andrer Weise zu regeln.

Sie wollen hienach den Pastor Stuger und den Kirchenbuchführer Persuhn auf die bezeichneten Eingaben bescheiden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 1. December 1864.

Auf den Bericht vom 19. v. Mts. Nro. 5045 wollen Wir zu der beabsichtigten tauschweisen Veräußerung eines 1 Quadratruthe haltenden Stücks von dem Pfarrgarten zu Bahum

gegen 2 Quadratruthen zu dem Ackerhose Nro. ass. 44 daselbst gehörenden Gartenareals, wegen dessen Entlassung aus dem Pertinenzverbande an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel hieneben das Nöthige verfügt ist, die Genehmigung ertheilen, indem Wir Uns zugleich mit den vom Herzogl. Consistorium über die Frage, ob eine Mitwirkung der Kirchenvorstände bei Veräußerung von Pfarrgrundstücken für erforderlich zu halten, vorgetragenen Ansichten einverstanden erklären. 2c.

— In dem angezogenen Berichte Herzogl. Consistoriums vom 19. November 1864 wird entwickelt, daß die den Kirchenvorständen im Gesetze vom 30. November 1851 Nro. 52 rücksichtlich der Veräußerung und Verwaltung von Kirchengrundstücken eingeräumten Rechte nicht auf Pfarrgrundstücke auszudehnen sind. —

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Cammer, Direction der Domainen vom 23. August 1865.

Den ferneren Bericht vom 10. d. Mts., wegen der von dem Kirchenvorstande zu St. Magni in Anspruch genommenen Eigenthumsrechte an dem Friedhose der vormaligen Aegidien-Kirchengemeinde ist Uns zugegangen. Da die in dem Berichte Herzogl. Cammer vom 19. Mai 1857 ermittelte Ansicht, nach welcher zu Gunsten der St. Magni-Kirche die 40jährige Verjährung wirksam geworden ist, überwiegende Gründe für sich hat, zumal auch keine Merkmale dafür vorliegen, daß etwa der Besitz nur jure servitutis geübt wäre, der fragliche Begräbnisplatz auch noch fortwährend als solcher benutzt wird, und dem Kloster keine Nuzungen gewährt, bei Festhaltung des Eigenthumsrechts aber jetzt ein Kostenaufwand von 77 Thlr. zur Instandsetzung der Befriedigungen zu machen sein würde, so scheint Uns um so rathlicher zu sein, denselben der St. Magni-Kirchengemeinde definitiv zum Eigenthume zu überlassen. 2c.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämtlichen Kirchenbuchführer des Landes vom 16. September 1865 Nro. 4173.

Auf Antrag des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegii ist es vom Herzogl. Staatsministerio für angemessen erachtet, die nach §. 5 des Gesetzes vom 30. März 1833, die allgemeine Einführung der Kuhpockenimpfung betreffend, von den Kirchenbuchführern quartaliter an Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium einzusendenden Duplicate der den Physicis mitzutheilenden Listen der Gebornen in Wegfall kommen zu lassen, weil der Zweck dieser Duplicate auf andere Weise erreicht werden kann.

Den sämtlichen Kirchenbuchführern des Landes wird solches zur Nachricht hiedurch eröffnet.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Pianoforte-Fabrikanten Behage und Genossen in Braunschweig vom 22. October 1865.

Dem Pianoforte-Fabrikanten Behage und Genossen, hieselbst, wird auf das wiederholte Gesuch vom 29. v. Mts. um Errichtung von Civilstands-Registern für die Mitglieder des von ihnen gebildeten freireligiösen Vereins resp. um vorläufige Exemption vom Taufzwange im Anschluß an den abschlägigen Bescheid vom 23. September v. J. eröffnet, daß da der von den

Petenten ausgesprochenen Erklärung ihres Austritts aus der evangelisch-lutherischen Kirche keinerlei Wirksamkeit beigelegt werden kann, selbstverständlich auch die sämtlichen gesetzlichen Institutionen der gedachten Kirche nach wie vor für die Petenten maßgebend bleiben müssen.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämtlichen Herren Superintenden-
 denten, Schulinspectoren und städtischen Schulvorstände
 vom 27. Januar 1866 Nro. 527.

Auf den von Uns wegen Abgabe von Brennholz aus herrschaftlichen Forsten an Prediger und Lehrer gemachten Vortrag ist mittelst Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 20. d. Mts., Nro. 20 die Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, autorisirt worden, den in amtlicher Thätigkeit begriffenen Predigern und Lehrern im Lande, welche entweder keine Brennholzdeputate beziehen, oder deren Holzbezüge ein der Holzmasse von 10 Maltern Buchen-Scheitholz entsprechendes Holzquantum nicht erreichen, den nöthigen Brennholzbedarf bis zu jenem Maximalquantum aus herrschaftlichen Forsten gegen die feststehende Forsttag, jedoch nur bis auf Weiteres, da die Fortdauer derartiger Begünstigungen auch für die Staatsdiener nicht verheißen werden kann, zu gewähren, insofern das zur Disposition stehende Brennholzmaterial zureicht.

Eine Ausnahme hiervon soll nur in denjenigen Gemeinden eintreten, welche eigene Waldungen besitzen und daher selbst in der Lage sind, die bei ihnen fungirenden Prediger und Lehrer mit dem bedarfsmäßigen Brennholzmateriale zu versehen.

Im Uebrigen versteht es sich von selbst, daß die Prediger und Lehrer, welche ihren Bedarf oder einen Bedarfszuschuß aus herrschaftlichen Forsten beziehen werden, nicht die Befugniß haben können, etwaige Brennholz-Überschüsse zu veräußern.

Wir beauftragen nun die Herren Superintenden, resp. die Herren Schulinspectoren und Schulvorstände, dieses den Predigern resp. den Lehrern ihres Inspectionsbezirks und den betreffenden städtischen Lehrern zu eröffnen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
 vom 29. Januar 1866 Nro. 735.

Wir haben erhalten, was Herzogl. Consistorium wegen der Zulässigkeit der Mitwirkung etwaiger Gemeindevertreter jüdischer Religion bei der Wahl von Lehrern an evangelisch-lutherischen Schulen in dem Berichte vom 9. d. Mts. vorgetragen hat. Wir stimmen mit der Ansicht des Herzogl. Consistoriums dahin überein, daß gleichwie der Schulvorstand nur aus Mitgliedern evangelischer Confession gebildet werden kann, bei einem dem Kirchen-, Schul- und Gemeindevorstande gemeinschaftlichen Wahlacte aus dem Gemeindevorstande ebenfalls nur solche Mitglieder hinzutreten können, welche sich zur evangelischen Religion bekennen. Da jedoch die Fälle dieser Art höchst selten eintreten werden, auch zu erwarten ist, daß die Befenner anderer Religionen auf geeignete Vorstellungen von selbst der Theilnahme sich enthalten werden, so wird es am besten sein, zu einer Ergänzung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen erst dann zu schreiten, wenn diese Annahmen sich nicht bestätigen sollten, und würden Wir alsdann den Anträgen des Herzogl. Consistorii entgegenzusehen haben.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an sämmtliche Prediger
vom 10. März 1866 Nro. 1381.

In Unserem Rescripte vom 24. März 1821 sind die Vorschriften enthalten, welche zu beobachten sind, wenn eine Wittwe um Dispensation zur Wiederverheirathung während der gesetzlichen Trauerzeit nachsucht, und ist insbesondere sub Nro. 4 bestimmt:

dass dem Gesuche ein von der Hebamme oder einem in der Entbindungskunst Erfahrenen ausgestelltes Zeugniß darüber: dass die um Dispensation nachsuchende Wittve bei der Untersuchung nicht schwanger befunden worden, beizufügen sei.

Da nun nach einer Mittheilung des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegii zur Ausstellung solcher Bescheinigungen allein die Stadt- und Kreisphysici berechtigt sind, so haben Wir Uns veranlasst gefunden, die Bestimmung sub 4 Unseres Rescripts vom 24. März 1821 dahin abzuändern, dass künftig das den Dispensationsgesuchen der Wittwen beizufügende Attest von dem betreffenden Stadt- oder Kreisphysicus ausgestellt sein muss.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 13. April 1866.

Wir eröffnen Herzogl. Consistorio auf den ferneren Bericht vom 24. v. Mts., die Bestimmung der Confession des durch nachfolgende Ehe legitimirten Kindes des katholischen Cigarrenmachers Willinghaus hieselbst betreffend, Folgendes:

Von Herzogl. Landesregierung ist bisher in Uebereinstimmung mit der eigenen Ansicht des Herzogl. Consistoriums das Reglement vom 9. April 1768 so aufgefasst und gehandhabt, dass dasselbe nur auf, in der Mischehe erzeugte eheliche Kinder, nicht aber auf voreheliche Anwendung gefunden, und wenn Herzogl. Consistorium jetzt das Reglement und insbesondere die Bestimmungen im §. 8 desselben auch auf voreheliche Kinder bezogen wissen will, so können Wir dieser Ansicht nicht beistimmen, halten vielmehr die bisher befolgte fortwährend für die richtige.

Das Reglement, auf ein durchgreifendes leitendes Princip nicht basirt, bietet, wie die Erfahrung genugsam bewiesen, mehr als eine Lücke dar und daraus, dass man die Bestimmungen im §. 5—8 als ein Ganzes ansieht und den §. 8 auf alle Fälle der §§. 5—7 bezieht, folgt noch nicht, dass das überhaupt nur wegen ehelicher Kinder aus der Mischehe disponirende Reglement im §. 8 auch voreheliche hat begreifen sollen, — und diese Lücke lässt sich auf die vom Herzogl. Consistorio beabsichtigte Weise weder durch Gesetzesanalogie noch durch Anwendung der Rechtsanalogie ausfüllen, schon deshalb nicht, weil die Folgen für voreheliche Kinder unter Umständen sich ganz anders gestalten würden, als für die in der Mischehe gebornen. Die letztern sind wenigstens bis zu den Discretionsjahren keinem Wechsel der Confession ausgesetzt, in der sie geboren und zufolge des Reglements erzogen worden. Bei vorehelichen Kindern würde aber die spätere Mischehe ihrer Eltern unter Voraussetzung der Anwendbarkeit des §. 8 des Reglements einen solchen Wechsel in der Masse herbeiführen, dass der evangelisch getaufte und allenfalls bisher auch schon evangelisch erzogene Sohn einer Protestantin bei deren Verheirathung mit dem katholischen Vater desselben nunmehr der katholischen Erziehung anheim fiele. Einen solchen Wechsel

hat der Gesetzgeber nicht wollen können, um so weniger, da den Eltern nicht einmal die Befugniß eingeräumt sein würde, denselben abzuwenden, wenn ihnen, wie bisher ebenfalls angenommen wurde,

Bericht des Herzogl. Consistoriums wegen des Jaimesschen Kindes vom
25. Juli 1855 Nro. 2710

überhaupt das Recht nicht zusteht, bei unehelichen Kindern ebenso wie bei ehelichen die religiöse Erziehung durch Ehepacten nach Maßgabe des Reglements zu ordnen.

Wenn aber hiernach daran festzuhalten ist, daß das Reglement auf voreheliche Kinder sich nicht bezieht, so bringen staats- und kirchenrechtliche Regeln für Uns ein Anderes nicht mit sich, als daß über deren Taufe und religiöse Erziehung von denjenigen zu bestimmen ist, denen das Erziehungsrecht überhaupt zukommt, mithin von dem Vormunde unter Concurrenz des Obervormundes oder von dem Vater, dem aus der legitimatio per subsequens matrimonium das Erziehungsrecht wie die väterliche Gewalt erwachsen ist, daß daher auch der p. Millinghaus über die Taufe und religiöse Erziehung seines legitimirten vorehelichen Kindes zu bestimmen das Recht hatte.

Der Befugniß des Vaters, kraft väterlicher Gewalt über die Erziehung seiner Kinder zu bestimmen, wird nach dem, im Herzogthume geltenden und in constanter Uebung begriffenem Rechte nicht zu bezweifeln sein und die Erziehung überhaupt begreift wesentlich und selbstverständlich vor Allem auch die religiöse Erziehung.

Ob es bei der Legitimation durch nachfolgende Ehe, wie solche durch das canonische Recht erweitert wurde, zur Begründung der väterlichen Gewalt einer Einwilligung der Kinder bedarf, steht dahin und möchte nach der Uebung im hiesigen Lande eher zu verneinen, als zu bejahen sein, kommt aber für den vorliegenden Fall nicht in Betracht, weil ein solches Einwilligungsrecht auch von dessen Vertheidigern nur für willensfähige Kinder in Anspruch genommen wird, das Millinghaus'sche Kind aber zur Zeit der Legitimation noch nicht willensfähig war.

Hiernach und da auch die Ueberschreitung der Tauffrist, sowie eine etwaige Verabsäumung der Vorschriften im §. 5 des Gesetzes vom 18. Mai 1864 Nro. 26 an den Rechten, welche dem p. Millinghaus aus der Legitimation seines vorehelichen Kindes erwachsen waren, nichts ändern, sondern nur zu geeigneten Maßnahmen und resp. zur gesetzlichen Beahndung Veranlassung geben konnten, haben Wir die Verfügung des Herzogl. Consistoriums an den hiesigen Stadtmagistrat und den Generalsuperintendenten Sachtleben vom 6. December v. J. der Beschwerde des Dechant Becker gegenüber nicht aufrecht erhalten können und veranlassen Herzogl. Consistorium, die gedachten Behörden davon in Kenntniß zu setzen, daß den vorerwähnten Verfügungen keine weitere Folge zu geben sei, wobei Wir jedoch mit Bezug auf die beigelegte Abschrift Unserer heutigen Resolution an den Dechant Becker dem Herzogl. Consistorio das Weitere wegen der etwa den Betheiligten zur Last fallenden Gesetzesverletzungen überlassen. 2c.

Rescript des Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren
Superintendenten und Schul-Inspectoren vom 5. Mai 1866 Nro. 2278.

In neuerer Zeit sind mehrfach Anfragen von Wittwen der Kirchen- und Schuldienere hinsichtlich der Anweisung ihrer Wittwenpensionen an Uns gerichtet.

Da nun die Anweisung solcher Pensionen zum Ressort des Herzogl. Finanz-Collegii gehört, dieselbe aber nicht eher erfolgt, als bis das vorgeschriebene Attest, wozu den Herren Superintendenten und Schulinspectoren mit Unserm Ausschreiben vom 13. Januar d. J. Nro. 374 Formulare, die die Gebrauchsanweisung enthalten, mitgetheilt worden, dorthin eingereicht ist; so haben die Herren Superintendenten und Schulinspectoren eintretenden Falls zur Vermeidung von Verzögerungen und Anfragen die Wittwen darauf aufmerksam zu machen, dass sie das Attest nach dem Ablaufe der Gnadenzeit bei Herzogl. Finanz-Collegio einzureichen haben.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für das Presbyterium der reformirten Kirche hieselbst vom 24. Juli 1866.

Im Anschlusse an Unsere Resolution vom 22. October 1859 eröffnen Wir dem Presbyterium der reformirten Kirche hieselbst, auf dessen unterm 8. v. Mts. eingereichtes erneuertes Gesuch um Anerkennung seiner Befugniss zur selbstständigen Veräußerung von Kirchen-Grundstücken, Folgendes:

Wir haben in Uebereinstimmung mit Nro. 5 der Landesfürstlichen Verordnung vom 28. März 1708, die Privilegien 2c. der Reformirten betreffend:

„die Administration der einkommenden Kirchen- und Armen-Gelder soll ihnen, und in
„specie ihren Aeltesten und Kirchen-Vorstehern gleichfalls gelassen werden, und mögen
„sie selbige ad pias causas nach ihrem besten Wissen und Vermögen verwenden und
„anlegen“ —

dem Presbyterium unterm 29. April 1837 die damals erbetene Bescheinigung ertheilt: dass nach der bestehenden Verfassung der hiesigen reformirten Kirchengemeinde der Prediger und die Vorsteher dieser Gemeinde zur selbstständigen Erhebung und Cession von Kirchengapitalien legitimirt seien. Die dem Presbyterium solchergestalt bezüglich der Kirchengelder gebührende selbstständige und nur durch das staatliche Oheraufsichtsrecht landesgrundgesetzlich beschränkte Dispositionsbefugniss auf Kirchen-Grundstücke, im Wege der ausdehnenden Interpretation, zu erstrecken, ist aber schon deshalb unstatthaft, weil es sich um eine exceptionelle, mithin strict zu interpretirende, Norm handelt, und erscheint um so weniger zulässig, als eine derartige Befugniss-Erweiterung, die evangelisch-reformirte Kirchengemeinde in eine wesentlich bevorzugte Lage, gegenüber den evangelisch-lutherischen Kirchen-Gemeinden, bringen würde.

Dem Ansuchen des Presbyteriums kann daher nicht entsprochen werden.

Rescript Herzogl. Consistoriums an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt
und den Herrn Superintendenten Weigel zu Borsfelde
vom 12. November 1863 Nro. 4858.

Auf den Bericht vom 21. d. Mts., die von dem Lehrer Schmidt zu Nordsteimke in Anregung gebrachte Gehaltszahlung betreffend, erwiedern Wir Folgendes:

Es ist allerdings richtig, dass nach §. 12 des Gesetzes vom 8. December 1851 in jeder
Vege's Repert. IX. Th.

Gemeinde eine Schulcasse zu bilden ist, aus welcher u. a. die den Schullehrern zukommenden Besoldungen und Pensionen, und zwar in monatlichen Raten, zu zahlen sind. Da jedoch nach der in den gedachten §. aufgenommenen Bemerkung nur die am Ende des §. 15 des Gesetzes vom 23. April 1840 ausgesprochene Bestimmung wegen der Hebegebühren ausdrücklich aufgehoben ist, so hat die bisherige Praxis das übrige dort vorgeschriebene Verfahren, wonach der Ortsvorsteher resp. Gemeinde-Einnehmer das nach einem zu Anfange jedes Quartals einzureichenden Verzeichnisse erhobene Schulgeld binnen 14 Tagen nach Ablauf jedes Quartals an den Schullehrer abzuliefern gehalten ist, als zweckmäßig beibehalten.

Demnach empfangen die Schullehrer das Schulgeld quartaliter postnumerando, während etwaige Zuschüsse zur Completirung des Normalgehalts oder zu den Alterszulagen praenumerando erfolgen, wie solches wegen der aus dem Klosterfonds zu leistenden Beihilfen vom Herzogl. Staatsministerium angeordnet ist. Mithin dürfte die in dem Berichte der Herren Visitatoren angenommene Voraussetzung, dass die Zahlung der fraglichen Gehaltszuschüsse in denselben Terminen erfolgen solle, in welchen nach §. 9 des Gesetzes vom 23. April 1840 das statt des bisherigen Schulgeldes zu zahlende Fixum abzuliefern ist, nicht wohl zutreffen.

Da nun, wenn das f. g. Fixum praenumerando gezahlt würde, während das Schulgeld erst postnumerando erhoben wird, in der Berechnung leicht mancherlei Unzuträglichkeiten entstehen würden; da ferner das praenumerando auf der einen Seite das postnumerando auf der andern Seite so ziemlich ausgleicht, und da überdies die auf den Klosterfonds übernommenen Pensionen oder Pensionsraten ebenfalls nicht monatlich aus der Schulcasse, sondern direct aus der Klosterreinetrags-Casse erfolgen; so nehmen Wir Anstand, eine Aenderung in der bisherigen Praxis herbeizuführen, und wollen die Herren Visitatoren demgemäß den p. Schmidt, welcher übrigens ebenfalls neben dem Schulgeld-Fixum einen jährlichen Zuschuss von 50 Thln. zu empfangen hat, auf seine hieneben wieder angeschlossene Eingabe bescheiden.

Schreiben Herzogl. Consistoriums an die Generalsuperintendenten, Specialsuperintendenten, und sämtliche evangelische Prediger, desgleichen an die Gymnasial-Directoren, Directoren und Dirigenten der Seminar-Anstalten und Bürgerschulen des Landes vom 30. November 1866 No. 5312.

Da das Landeschoralbuch schon seit einigen Jahren im Buchhandel gefehlt hat und da durch allerlei Unzuträglichkeiten entstanden sind, so haben Wir Uns veranlasst gefunden, den Organisten an der hiesigen Hauptkirche, Musikdirector Müller, mit einer Revision und neuen Bearbeitung desselben zu beauftragen, und hat der Hofbuchhändler E. Leibrock den Verlag des unter dem Titel „Neues Landeschoralbuch für das Herzogthum Braunschweig“ erscheinenden Werkes übernommen, dessen Preis für das brochirte Exemplar auf 1 Thlr. 5 Gr., für das dauerhaft und dem kirchlichen Gebrauche entsprechend gebundene Exemplar auf 1 Thlr. 15 Gr. festgestellt ist.

Dasselbe ist gegenwärtig vollständig hergestellt, und soll mit Höchster Genehmigung für sämtliche Kirchen des Landes, einschließlich der Capellen, in welchen Gottesdienst gehalten wird,

je ein Exemplar davon auf Kosten der betreffenden Kirchen- oder Capellencassen angeschafft, das bisherige Choralbuch aber außer Gebrauch gesetzt werden.

Um die Anschaffung und den Gebrauch des neuen Landeschoralbuchs sofort überall durchzuführen, haben Wir die Anordnung getroffen, daß die in kurzem beginnende Versendung an die betreffenden Prediger direct durch die Verlagsbuchhandlung geschieht, und haben die Empfänger auf desfallige von ihnen zu erwirkende Anweisung des Kirchenvorstandes oder der zuständigen Behörde den Preis für das ihnen zugefertigte gebundene Exemplar mit 1 Thlr. 15 Gr. nebst 4 Groschen Versendungsgebühren, welcher Betrag durch Postvorschuß erhoben wird, auszusahlen resp. behuf der Auszahlung zu erheben und unter Bezugnahme auf dieses Ausschreiben in Rechnung zu stellen, resp. stellen zu lassen.

Jedes Exemplar ist sodann, bevor es in Gebrauch genommen wird, als Eigenthum derjenigen Kirche oder Capelle, für welche dasselbe angeschafft ist, zu bezeichnen und in das betreffende Inventarienverzeichnis einzutragen.

Damit nun in Zukunft überall im Lande der evangelische Kirchengesang in übereinstimmender Weise geführt werde, sind die Organisten resp. Opferleute und Lehrer an den evangelischen Gemeinde- und Privatschulen, sowie die Gesanglehrer an den Gymnasien und Seminar-Anstalten anzuweisen, fortan nach dem neuen Landeschoralbuch, dessen Vorwort die Hauptgesichtspunkte, welche bei der Bearbeitung maßgebend gewesen sind, nachweist, in Kirche und Schule genau sich zu richten.

Ob und inwieweit es erforderlich sein wird, die Kirchengemeinden auf einzelne Abweichungen von der bisherigen Singweise ausdrücklich aufmerksam zu machen, müssen Wir der Beurtheilung der Geistlichen, nach vorheriger Berathung mit den betreffenden Organisten oder Vorsängern und Kirchenvorständen, überlassen.

Für die Benutzung in den Schulen empfehlen Wir das bei dem Verleger des neuen Landeschoralbuchs, Hofbuchhändler G. Leibrock, erschienene, von F. A. Schulz in genauer Uebereinstimmung mit letzterem herausgegebene Choralmelodienbuch, und dürfen Wir hoffen, daß durch den Gebrauch desselben — der billige Preis von 2½ Groschen erleichtert die Anschaffung — die Herbeiführung eines gleichmäßigen Kirchengesanges, dessen sorgfältige Pflege stets die Aufgabe, aber auch die Zierde der Schule sein wird, nicht unwesentlich werde gefördert werden.

Wie Wir aber zu allen Geistlichen und Lehrern vertrauen, daß sie zur Erreichung dieses für das Gedeihen des kirchlichen Lebens unverkennbar wichtigen Zweckes ihre eifrige Mitwirkung werden eintreten lassen; so beauftragen Wir noch insonderheit die Generalsuperintendenten, Specialsuperintendenten und Schulinspektoren, bei Gelegenheit der Kirchen- und Schulvisitationen auf die Führung des Kirchengesanges und die Unterweisung in demselben sorgfältig ihr Augenmerk zu richten und überhaupt die Hebung desselben nach Kräften sich angelegen sein zu lassen.

Zur Beschleunigung der Versendung und Einführung des neuen Landeschoralbuchs haben Wir gegenwärtiges Circular-Ausschreiben von hieraus direct an sämtliche Prediger expediren lassen.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren General- und Specialsuperintendenten im Lande und den Herrn Pastor prim. Vogler zu Lunzen vom 20. Februar 1867 Nro. 754.

Obgleich die Herren Superintendenten durch Unser Ausschreiben vom 27. Juli 1853 Nro. 3986 bestimmt angewiesen sind, über das erfolgte Ableben von Prediger-Wittwen immer sofort Anzeige bei Uns zu machen, ist es doch in neuerer Zeit mehrfach vorgekommen, daß diese Anzeigen nicht gemacht sind, und Wir haben dann entweder nur zufällig über das erfolgte Ableben solcher Wittwen Kenntniß erlangt, oder sind ganz ohne Kenntniß darüber geblieben. Da es aber in mehrfacher Beziehung unumgänglich nöthig ist, daß Wir über das erfolgte Ableben einer jeden Prediger-Wittwe von Pfarrstellen im hiesigen Lande officiële Nachricht bekommen, und die unterlassene Anzeige oft sehr unangenehme Folgen hat: so erinnern Wir hiedurch an die genaue Befolgung der Anordnung des vorhin gedachten Ausschreibens, von welchem derzeit an jeden Prediger der Inspection ein Exemplar abgegeben ist, und erwarten auf das bestimmteste, daß die vorgeschriebene Anzeige hinsichtlich der betreffenden Special-Inspection in jedem einzelnen Falle rechtzeitig bei Uns gemacht werde.

Damit übrigens die Herren Superintendenten hiezu in den Stand gesetzt werden, veranlassen Wir Dieselben, die Prediger der betreffenden Special-Inspection unter Beifügung des angeschlossenen Abdrucks dieses Ausschreibens durch ein Circular anzuweisen, ihrerseits eintretenden Falles die nöthige Anzeige bei der Superintendentur zu machen, auch das Circular mit dem Präsentato der Prediger versehen zu lassen.

Wenn dieselben alsdann dieser Anweisung etwa dennoch nicht nachkommen sollten, werden sie darüber zur Verantwortung gezogen werden.

Höchstes Rescript an Herzogl. Consistorium vom 18. April 1867.

Wilhelm, Herzog 2c.

Der fernere Bericht vom 9. d. Mts., die Parochialverhältnisse des vormaligen St. Alexi-Pflegehauses betreffend, ist Uns zugegangen. Da nach dem Berichte vom 1. December v. J8. weder den Kirchendienern zu St. Magni noch denen zu St. Ulrich ein begründeter Anspruch auf das Territorium dieser Anstalt zugestanden werden kann, so wollen Wir nunmehr die sämmtlichen zum vormaligen St. Alexi-Pflegehause gehörenden Grundstücke der hiesigen Brüdern-Pfargemeinde definitiv beilegen. Die Kirchendiener zu St. Ulrich sollen jedoch verpflichtet sein, den Kirchendienern zu St. Magni ad dies vitae die Hälfte der aufkommenden Gebühren zufließen zu lassen.

Unser Herzogl. Consistorium hat durch entsprechende Anordnung diese Angelegenheit hiernach zur Erledigung zu bringen.

Schreiben Herzogl. Consistoriums an sämmtliche Herzogl. Kreisdirectionen vom 5. Juni 1867 Nro. 2476.

Durch das Gesetz vom 24. April d. J8. sind hinsichtlich der Normal-Einkommensverhältnisse und der Pensionen der Lehrer an den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen, sowie hin-

sichtlich des Schulgeldes in den Landgemeinden neue Bestimmungen erfolgt, und wenn gleich nach §. 11 desselben Behuf der demnach nöthig werdenden Regulirung der Einkommensverhältnisse eine anderweite Abschätzung der bisherigen Einkünfte nicht vorgenommen zu werden braucht, sofern nicht entweder von der Gemeinde oder von dem Lehrer darauf angetragen wird, so halten wir doch die Aufstellung neuer Anschläge, selbst wenn eine neue Abschätzung nicht beantragt wird, um so mehr für nothwendig, als das Gesamteinkommen in Folge der Erhöhung des Schulgeldes von 1 Thlr. auf 1 Thlr. 20 Gr. jährlich, sowie in Folge einiger anderer Bestimmungen des fraglichen Gesetzes sich wesentlich ändern wird.

Wir lassen daher Herzogl. Kreisdirection die letzten hier befindlichen Anschläge hinsichtlich der Landschulstellen des dortigen Kreises nach einer Specification hiebei zugehen, fügen auch zu den neuen Anschlägen die nöthigen Formulare, auf welchen neben der Bezeichnung der betreffenden Schulstellen die nach der im Jahre 1864 vorgenommenen Zählung ermittelte und mit Berücksichtigung der im §. 11 des Gesetzes enthaltenen Bestimmungen zum Grunde zu legende Seelenzahl angegeben ist, mit dem Ersuchen hieneben bei, die Aufstellung der neuen Anschläge resp. die neue Abschätzung der Einkünfte zu veranlassen und Uns die neuen Anschläge neben Rücksendung der früheren, sobald als irgend möglich, spätestens aber bis zum Schlusse des Monats Juli d. Js. zugehen zu lassen, da die weiteren Vorarbeiten zur Durchführung des Gesetzes die möglichste Beschleunigung der Sache dringend nöthig machen.

Außer den im Gesetze selbst enthaltenen Bestimmungen werden bei der neuen Abschätzung resp. Aufstellung der neuen Anschläge folgende, schon früher von Herzogl. Staatsministerium gebilligte oder angeordnete allgemeine Grundsätze in Anwendung kommen resp. als Anhaltspunkte dienen:

1. In Fällen der Vacanz von Schulstellen haben die Schulvorstände einen geeigneten Vertreter für dieselben aus der Zahl der benachbarten Lehrer zu bestellen.
2. Es sind sämmtliche mit dem Schul- resp. Kirchendienste verbundenen Einnahmen, insbesondere auch die amtlichen Nebeneinnahmen, jedoch mit Ausnahme des im §. 10 Absatz 7 angegebenen Falles, genau zu ermitteln und zu veranschlagen.

Die Dienstwohnung ist zwar nicht mit in Anrechnung zu bringen, der Localwerth derselben aber, weil die Lehrer davon zur Wittwencasse beizutragen haben, in der Rubrik „Bemerkungen“ anzugeben.

3. Zu dem Dienst Einkommen sind die Entschädigungen, welche die Lehrer für gewisse, zum Besten des Dienstes ihnen obliegende Aufwendungen, z. B. für das Reinigen der Altar-laken, für die Anschaffung des Uhr- und Glockenschmiers und dergleichen beziehen, nicht mit zu rechnen und versteht es sich von selbst, daß das Holz, welches zur Heizung der Schulstube bestimmt ist, oder dazu verwandt werden muß, ebenfalls nicht mit zum Ansage kommen kann.

Wenn zur Heizung der Schulstube ein bestimmtes Holzquantum nicht geliefert wird, die Schulstelle aber sonst ein Holzdeputat, wovon zugleich die Schulstube mit zu heizen ist, zu beziehen hat, so ist das zu letzterem Behuf erforderliche Holzquantum näher zu ermitteln und abzusehen (§. 12 Absatz 4 des Gesetzes vom 8. December 1851).

Das Läuten der Glocken und das Reinigen der Kirche liegt den Lehrern als Kirchendienern vom 1. Januar 1868 an nicht mehr ob, die Einnahmen, welche dieselben dafür aus den Kirchencassen oder anderweitig etwa bezogen haben, fallen also hinweg und sind bei der Veranschlagung nicht weiter zu berücksichtigen, wie denn auch ein Absatz an den Einkünften für Renumerirung von Glockenläutern nicht stattfindet.

4. Die bisherigen Zuschüsse zu dem Einkommen der Schulstellen sind nicht mit zu veranschlagen, etwaige persönliche oder temporaire Zulagen, welche einzelnen Lehrern verwilligt worden, sind nur in der Columnne „Bemerkungen“ anzugeben.
5. Die Grundstücke sind nach Morgen und Ruthen anzugeben, und ist dabei ausdrücklich anzuführen, in welcher Weise die Ermittlung des ausgeworfenen Betrages dafür erfolgt ist, ob namentlich nach dem Grundsteuer-Capitale, dem Pachtwerthe oder nach einer Arbitrirung durch Sachverständige (cfr. §. 10 Abs. 4).
6. Was die zu den Schulstellen gehörigen Getreide-Intraden betrifft, so muß es zwar den Schulvorständen überlassen bleiben, in welcher am meisten zutreffenden Weise sie den Nutzungswerth derselben ermitteln wollen; es sind jedoch folgende Preise

Weizen der Himten zu 1 Thlr. 5 Gr. — Pf.

Rocken „ „ „ — „ 27 „ 5 „

Gerste „ „ „ — „ 21 „ 2½ „

Hafer „ „ „ — „ 15 „ — „

Erbsen „ „ „ 1 „ — „ — „

bislang als den Verhältnissen angemessene Durchschnittspreise fast durchweg angenommen.

Die übrigen mit der Stelle verbundenen Naturalgefälle, Freiheiten und sonstigen Gerechtigkeiten sind nach dem, an jedem Orte statthabenden Werthe zu veranschlagen.

7. Bei Veranschlagung der Schulgelder zu 1 Thlr. 20 Gr. für jedes Kind ist die durchschnittliche Schulgeldeinnahme in den letzten 5 Jahren (1863 bis 1867 incl.) zum Grunde zu legen.

Wenn an einzelnen Orten der gesetzlich bestimmte Schulgeldsatz bisher nicht entrichtet ist, oder wenn der Schullehrer für den Schulunterricht und zugleich für andere Dienste eine fest normirte Summe, ohne Repartition auf die einzelnen Schulkinder, oder auch nur auf einen Theil derselben und ohne Unterschied dessen, was davon für den Schulunterricht und was für andere Dienste entrichtet worden ist (§. 17 des Gesetzes vom 23. April 1840 und §. 5 Abs. 3 des Gesetzes vom 8. December 1851) erhalten hat, so ist solches in dem Anschlage zu bemerken und ist dann diese fest normirte Summe zum Ansätze zu bringen.

An solchen Orten ist aber auch der vom 1. Januar 1868 an zu zahlende Mehrbetrag von 20 Groschen für jedes nicht befreite Kind nach desfalliger Ermittlung neben der vorgedachten fest normirten Summe zum Ansätze zu bringen.

8. Auf der letzten Seite des Anschlages ist darüber eine Nachweisung zu geben, ob von der Schulstelle Zinsen und Abträge auf angeliehene Capitale zu leisten, oder sonstige Prästationen abzuführen sind.

Unter genauer Bezeichnung der angeliehenen Capitale müssen solche Zinsen und Abträge und sonstigen Prästationen, welche unter Zuziehung des Lehrers oder dessen Stellvertreters zu ermitteln sind, von der Summe der Einkünfte abgezogen werden.

9. Die Anschläge sind von dem Schulvorstande zu unterschreiben.

Da die Schulvorstände und Gemeindebehörden behuf der vorzunehmenden Veranschlagung den Inhalt dieser Verfügung genau kennen müssen, so sind die erforderlichen Abdrücke davon beigelegt, und ersuchen Wir Herzogl. Kreisdirection, jedem Schulvorstande ein Exemplar derselben, sowie ein Exemplar des gleichfalls in erforderlicher Anzahl beigelegten Gesetzes vom 24. April d. Js. zustellen zu lassen, auch die neuen Anschläge mit einer gutachtlichen Äußerung anher einzusenden.

Nach erfolgter Feststellung der Anschläge wird Herzogl. Kreisdirection eine hier aufgestellte Uebersicht der nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Zuschüsse zu dem Normaleinkommen und den Dienstalterszulagen der Schullehrer mitgetheilt werden.

Uebrigens ersuchen Wir Herzogl. Kreisdirection noch, die Gemeindebehörden darauf aufmerksam machen zu lassen, daß, wenn sie unter den im §. 20 des Gesetzes vom 24. April d. Js. bemerkten Voraussetzungen eine Beihilfe aus dem Klosterfonds zu erhalten wünschen, sie den darauf gerichteten Antrag frühzeitig zu übergeben haben, was auch bei denjenigen Gemeinden erforderlich ist, denen bisher schon Beihilfen aus dem Klosterfonds bewilligt waren, und würde es zur Abkürzung der Sache gereichen, wenn Herzogl. Kreisdirection diese Anträge gleich entgegenzunehmen bereit wäre, alsdann das im §. 21 des gedachten Gesetzes in Beziehung darauf vorgeschriebene Verfahren sofort eintreten, und Uns bei Remission der fraglichen Uebersicht, beziehungsweise nach Anhörung des betreffenden Amtraths, eine gutachtliche Äußerung darüber zukommen ließe.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die Herren General=Superintendenten im Lande imgleichen an den Herrn Pastor prim. Vogler zu Lunzen
vom 3. Juli 1867 Nro. 2907.

Da Wir Uns veranlaßt sehen, die Copialien für Eintragungen in die Duplicate der Kirchenbücher, welche durch Unser Ausschreiben vom 31. Januar 1816 auf 2 gr., oder jetzt 2 gr. 5 Pf., für jeden Bogen festgesetzt sind, vom Jahre 1867 an auf 4 gr. für jeden Bogen zu erhöhen, so haben die Herren Generalsuperintendenten solches den ihnen untergeordneten Superintendenten zu eröffnen und durch diese den Predigern, auch den Opferleuten, welche Kirchenbücher zu führen haben, eröffnen zu lassen.

Rescript Herzogl. Consistoriums an sämtliche Herren Schulinspektoren
vom 20. August 1867 Nro. 3227.

Wir lassen Ihnen das Gesetz vom 10. April d. J., die Anwendung von Straf- und Zwangsmitteln bei willkürlichen Schulversäumnissen in den Gemeindeschulen betreffend, in der

erforderlichen Anzahl von Exemplaren mit dem Auftrage hierneben zugehen, jedem Schulvorstande und jedem Lehrer Ihrer Inspection ein Exemplar zuzufertigen, dasselbe in das betreffende Inventarien-Verzeichniß eintragen zu lassen und sämtliche Lehrer, welchen es sammt den Schulvorständen obliegen wird, mit dem Inhalte des Gesetzes nicht nur die Schulkinder, sondern auch deren Eltern, sowie die übrigen Mitglieder der Gemeinde thunlichst bekannt zu machen, zu sorgfältigster Führung und Einreichung der Absentenlisten anzuweisen.

Was die Einreichung der Absentenlisten betrifft, so wird es ohne Zweifel dazu beitragen, die Zwecke des Gesetzes desto sicherer zu fördern, wenn dieselbe, in Uebereinstimmung mit der in §. 1 Abs. 1 gegebenen Strafbestimmung, in Zukunft monatlich geschieht, und haben Sie das danach Erforderliche zu veranlassen.

Uebrigens wollen Wir, auf Anlaß einer anher gerichteten Anfrage, noch ausdrücklich bemerken, daß durch das Gesetz vom 10. April d. J. der §. 7 des Gesetzes vom 23. April 1840 keineswegs seinem ganzen Inhalte nach aufgehoben ist, daß also u. a. die Bestimmung, wonach eine willkürlich versäumte kirchliche Kinderlehre einem versäumten Schultage gleich zu achten ist, nach wie vor in Geltung bleibt.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die Herren Directoren, Dirigenten und Schulinspectoren der Gemeindeschulen vom 20. November No. 5207.

Durch eine seit Jahren wiederholt vorgenommene Revision der für die Gemeindeschulen bestimmten Lectionspläne ist es nunmehr erreicht, daß dieselben nach Form und Inhalt sowohl den allgemeinen Anforderungen, als auch den besondern Verhältnissen im Wesentlichen entsprechend erscheinen.

Wir haben demnach beschlossen, die bislang bestehende Vorschrift, wonach die Lectionspläne für die Bürgerschulen jedes Jahr, diejenigen für die Landschulen aber jedes dritte Jahr zur Revision an Uns einzureichen sind, fortan aufzuheben.

Selbstverständlich sind jedoch in allen Fällen, in welchen durch die Umstände eine wesentliche Abweichung von den gegenwärtig festgestellten Lectionsplänen geboten erscheint, die danach modificirten Lectionspläne mit den bezüglichlichen Anträgen und Motivirungen zur Prüfung resp. Bestätigung nach wie vor bei Uns einzureichen.

Beziehen sich die Veränderungen in den Lectionsplänen nur auf den Wechsel in der Vertheilung einzelner Lehrkräfte, wie dies bei den Bürgerschulen zu Braunschweig und Wolfenbüttel nach dem Ermessen der Directoren öfters vorkommen wird, so ist dergleichen nur in dem Jahresberichte zu erwähnen. Werden dagegen auf diese Weise umfangreichere Veränderungen herbeigeführt, so sind rücksichtlich derjenigen Schulen, welche davon betroffen werden, der leichtern Uebersicht wegen neue Lectionspläne, und zwar thunlichst auf einem gewöhnlichen Bogen zusammengestellt, vorzulegen.

Die Herren Directoren, Dirigenten und Schulinspectoren haben hiernach zu verfahren und das Erforderliche anzunehmen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Braunschweig vom 20. Januar 1868.

Da Wir auf den Bericht vom 2. d. Mts. Nro. 9954, dessen Anlagen hierneben zurück erfolgen, zu der Entlassung des dort bezeichneten, als selbstständiges Anbauerwesen an den Christoph Knigge in Flechtorf verkauften Grundstücks von 60 Quadratruthen nebst dem darauf befindlichen Hause aus dem Pertinenzverbande des Busch'schen Rothhofes Nro. ass. 9, daselbst, die Genehmigung hiemit ertheilen wollen, so ist das Weitere danach zu besorgen.

Was die von dem p. Knigge verweigerte Uebernahme einer jährlichen Kornprästation an den dortigen Schullehrer betrifft, so sind Wir damit einverstanden, dass in denjenigen Orten, in denen eine derartige Kornprästation den Anbauern bisher auferlegt ist, diese lediglich von den dieser Leistung unterworfenen früher errichteten Anbauerwesen fort entrichtet, nicht aber auch bei fernerweiter Zulassung von Neuanbauern neu auferlegt wird.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 14. März 1868 Nro. 2203.

Wir haben den Bericht vom 29. v. Mts., die Zulassung von Ausländern zum hiesigen Schuldienste betreffend, erhalten, und können Uns nur damit einverstanden erklären, dass Herzogl. Consistorium dem herrschenden Mangel an Candidaten für den Schuldienst in bezeichneter Weise, so lange es erforderlich, abzuheffen sucht. Bei der Anstellung, vermöge welcher die als Lehrer Angestellten hiesige Landesangehörige werden, wird zu beachten sein, dass die Entlassung aus dem Preussischen resp. sonstigen Unterthanenverbande erfolgt.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren Kirchen-
visitatoren vom 4. April 1868 Nro. 1790.

Bei eingetretener Erledigung einer Pfarre durch den Tod des Inhabers derselben haben die betreffenden Gemeinden während der der hinterbliebenen Prediger-Wittwe zustehenden Gnadenzeit den Transport der vicarirenden Prediger zu beschaffen, wie solches in dem Consistorial-Rescripte vom 30. October 1715 (Steinacker Th. 2 S. 231) ausdrücklich vorgeschrieben ist.

Es ist zur Vermeidung von Weiterungen erforderlich, dass hiernach genau verfahren werde, die Gemeinden zur Leistung der Fuhrn in den bezeichneten Fällen aufgefordert werden, und nicht etwa die vicarirenden Prediger ihren Transport ohne Vorwissen der Gemeinden durch fremdes Fuhrwerk in der Voraussetzung beschaffen, dass die Gemeinden die Kosten dafür hinterher zu decken haben.

Es ist erforderlich, dass sowohl die Prediger als die Gemeinden auf das zu beobachtende Verfahren aufmerksam gemacht werden, und wollen daher die geistlichen Herren Visitatoren die bestehenden Vorschriften bei den Predigern Ihrer Inspection, die weltlichen Herren Visitatoren aber bei den Gemeinden Ihres Kreises mit der Auflage, die Fuhrn unweigerlich zu leisten, in Erinnerung bringen.

**Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren General-,
Stadt- und Special-Superintendenten des Landes
vom 24. Juni 1868 Nro. 3212.**

Da Wir genehmigt haben, dass das Werk „die Kirchenbuchführung im Herzogthume Braunschweig betreffend, entworfen von Müller, herausgegeben von Karsten“, zum Gebrauche für jede Parochie des Landes auf Kosten der betreffenden Kirchencassen angeschafft werde, wobei jedoch bemerkt wird, dass das Werk lediglich den Character einer Privatarbeit hat und behalten soll; so setzen Wir die sämmtlichen Herren Superintenden ten hievon in Kenntniss, um solches den Predigern resp. Kirchenbuchführern der Specialinspection zu eröffnen.

Dies bezieht sich jedoch nicht auf die auswärtigen Kirchenbuchführer und die der reformirten und katholischen Gemeinden, und muss es diesen überlassen bleiben, ob sie das Werk zu ihrem Gebrauche ebenfalls anschaffen wollen.

Das Werk wird von dem Hofbuchhändler E. Leibrock zu Braunschweig an jeden einzelnen Kirchenbuchführer nach einem ihm mitgetheilten Verzeichnisse übersandt, und es wird dafür an Postvorschuss 1 Thlr. 5 Gr. einschließlich des Portos, des Briefträgerlohns, Landbriefträgerlohns 2c. erhoben werden, so dass bei dem Empfange überall nichts weiter zu zahlen ist, und der zu zahlende Betrag von 1 Thlr. 5 Gr. ist aus der Kirchencasse zu erstatten und in der Kirchenrechnung zu verausgaben.

Das Werk gehört zu dem Kircheninventario, ist also in dem Inventarien-Verzeichnisse nachzutragen und sorgfältig aufzubewahren.

Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 3. Juni 1868.

Es hat sich mehr und mehr als ein Bedürfniss herausgestellt, den vorhandenen Lehrkräften einen neuen Zuwachs und zugleich eine in mancher Hinsicht wünschenswerthe Ergänzung durch die Heranziehung von Lehrerinnen zu verschaffen, andererseits aber auch dem weiblichen Geschlechte auf diese Weise das Feld einer selbstständigen, befriedigenden Berufsthätigkeit zu eröffnen.

Wir haben deshalb in Uebereinstimmung mit den auf dem letzten Landtage zum Ausdruck gelangten Wünschen der Landesversammlung wegen der Zulassung von Lehrerinnen zur Wirk samkeit an öffentlichen Schulen Anweisung erlassen und gleichzeitig die Einrichtung einer mit der höheren Töchterschule in hiesiger Stadt zu verbindenden Bildungsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen genehmigt.

Es sollen fortan Lehrerinnen, welche das 18. Lebensjahr zurückgelegt und die erforderliche Prüfung bestanden haben, an höheren Töchterschulen, sowie an unteren und mittleren Bürger- und anderen Gemeindeschulen für die unteren und mittleren Mädchenclassen, desgleichen für die unterste, für Knaben und Mädchen gemeinschaftliche Classe zur Anstellung gelangen können.

Die Wahl und Anstellung solcher Lehrerinnen (wozu diejenigen, welche lediglich zur Ertheilung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten angenommen werden, nicht zu rechnen sind), geschieht in derselben Weise, wie der ordentlichen Lehrer an den Gemeindeschulen.

Ueber Gehalt, Entlassung und Pensionsanspruch der Lehrerinnen wird in dem mit denselben bei ihrer Annahme abzuschließenden Dienstvertrage, welcher dem Herzogl. Consistorio zur Genehmigung vorzulegen ist, Bestimmung getroffen.

Ueber die Prüfung von Lehrerinnen und Erzieherinnen ist das nachstehend publicirte Reglement erlassen.

Die Prüfungen sind vor einer Commission abzulegen, welche unter der Bezeichnung

„Herzogliche Prüfungs-Commission für Lehrerinnen und Erzieherinnen“

bis auf Weiteres aus dem für das Gemeindeschulwesen bestimmten Mitglieder des Herzogl. Consistoriums, dem Director der höheren Töchterschule hieselbst und dem Waisenhaus- und Seminar-Inspector zu Wolfenbüttel als permanenten Mitgliedern bestehen soll.

R e g l e m e n t

die Prüfung von Lehrerinnen und Erzieherinnen betreffend.

1) Die Prüfung derjenigen weiblichen Personen, welche sich zu Lehrerinnen und Erzieherinnen, sei es für die Schule oder für das Haus, ausgebildet haben, geschieht durch eine Commission, welche aus dem für das Gemeindeschulwesen bestimmten Mitglieder des Herzogl. Consistoriums, dem Director der höheren Töchterschule zu Braunschweig und dem Waisenhaus- und Seminar-Inspector zu Wolfenbüttel, als permanenten Mitgliedern bestehen soll und welche zu den vorzunehmenden Prüfungen nach ihrem Ermessen die erforderlichen Fachlehrer zuzuziehen hat.

2) Diese Prüfungs-Commission steht unter dem Herzogl. Consistorio. Den Vorsitz führt das dem Herzogl. Consistorio angehörende Mitglied.

3) Die Prüfung zerfällt in eine Prüfung erster und zweiter Classe.

Der Prüfung erster Classe haben sich diejenigen zu unterziehen, welche ihre Befähigung als Lehrerinnen an höheren Töchterschulen oder als Erzieherinnen für Privatkreise mit höheren Bildungsansprüchen nachzuweisen beabsichtigen, während den Anforderungen der Prüfung zweiter Classe alle diejenigen Genüge zu leisten haben, welche ein Lehramt an unteren und mittleren Bürger- und anderen Gemeindeschulen, oder eine dem entsprechende Stellung als Erzieherinnen in Privatkreisen zu übernehmen gedenken.

4) Die Prüfung findet in der Regel jährlich einmal, kurz vor oder nach Ostern in dem Locale des mit der höheren städtischen Töchterschule zu Braunschweig verbundenen Lehrerinnen-Seminars statt, und wird der Termin dazu vorher von der Prüfungs-Commission öffentlich bekannt gemacht.

5) Die Anmeldungen zur Prüfung sind bis zum 1. März bei Herzogl. Consistorio einzureichen und müssen folgende Angaben enthalten:

- a. den vollständigen Namen, Geburtsort, Geburtstag und Jahr der Examinandin;
- b. Namen und Stand des Vaters, sowie dessen Wohnort, falls derselbe noch am Leben ist;
- c. wo die Examinandin ihre Schulbildung erhalten, und auf welche Weise sie sich für das Lehrfach vorbereitet hat;
- d. ob dieselbe sich der Prüfung erster oder zweiter Classe zu unterziehen beabsichtigt;
- e. Adresse, an welche das Prüfungszeugniß geschickt werden soll.

Außerdem ist der Meldung hinzuzufügen:

1. Tauffchein, Schulzeugniß- und Führungs- sowie Gesundheits-Attest.

6) Die Prüfung geschieht theils mündlich, theils schriftlich, und erstreckt sich auf Religion, Deutsche Sprache und Literatur, Geschichte, Geographie, Naturkunde, Rechnen, Erziehungs- und Unterrichtslehre, Französisch und Englisch. Außerdem sind von den Examinandinnen Probelectionen zu halten. —

7) Was die Anforderungen in den einzelnen Disciplinen betrifft, so wird verlangt:

I. In der Prüfung zweiter Classe:

- a. In der Religion Bekanntschaft mit dem Inhalte der heiligen Schrift, der biblischen Geschichte und Geographie und den Hauptlehren des christlichen Glaubens, sowie mit den Einrichtungen des christlichen Gottesdienstes und der Ordnung des Kirchenjahres.
- b. In der Deutschen Sprache wird von den Examinandinnen, neben einer guten Handschrift, verlangt, daß sie im Stande sind, sowohl schriftlich als mündlich sich sprachrichtig und angemessen auszudrücken und ihre Gedanken über ein gegebenes Thema in geordneter Weise darzustellen, desgleichen Fertigkeit im Lesen mit richtiger und ausdrucksvoller Betonung, ferner Bekanntschaft mit dem Bau der deutschen Sprache, soweit er aus der lebenden Sprache erkannt werden kann, mit den allgemeinen Grundsätzen der Sprachlehre, insbesondere mit einer zweckmäßigen Behandlung des Sprachunterrichts, namentlich auch des Unterrichts im Lesen und Schreiben, und außerdem einige Bekanntschaft mit der Geschichte der deutschen Literatur, insbesondere mit den vorzüglichsten Schriftstellern der neueren Zeit.
- c. In der Geschichte wird eine allgemeine Uebersicht über dieselbe und eine genauere Kenntniß derjenigen welthistorischen Begebenheiten verlangt, welche für die Geschichte der Offenbarung, und insbesondere für die geschichtliche Entwicklung des Christenthums, von Wichtigkeit sind.
- d. In der Geographie wird eine deutliche und anschauliche Kenntniß derjenigen Erscheinungen, welche der äußere Anblick des Himmels und der Erde darbietet, eine richtige Auffassung der allgemeinen geographischen Begriffe, die Kenntniß der allgemeinen Eintheilung der Erdoberfläche nach Naturgrenzen und eine mehr in's Einzelne gehende Kenntniß von Europa, sowohl nach den natürlichen als nach den bürgerlichen Verhältnissen, sowie auch die Fähigkeit, Landkarten und Globus zur Veranschaulichung geographischer Begriffe mit Einsicht anzuwenden, verlangt.
- e. In der Naturkunde wird verlangt: eine allgemeine Bekanntschaft mit der Classification der 3 Naturreiche, sowie die Fähigkeit, bekanntere Naturgegenstände nach ihren charakteristischen Merkmalen zu beschreiben; desgleichen Bekanntschaft mit den gewöhnlichen Natur-Erscheinungen und den dabei wirkenden Kräften und Gesetzen.
- f. Im Rechnen wird die Kenntniß unseres zehnteiligen Zahlensystems, Fertigkeit in den 4 Grundrechnungsarten in ganzen Zahlen und in Brüchen, Gewandtheit in der Auflösung praktischer Aufgaben, Einsicht in die Gründe des Verfahrens und eine richtige Ansicht von dem Stufengange bei Ertheilung des Unterrichts im Rechnen verlangt.
- g. In der Erziehungs- und Unterrichtslehre wird die Prüfung nicht auf die theoretische Kenntniß eines Systems, sondern vorzugsweise darauf sich richten, ob die zu Prüfenden

ein richtiges Urtheil über pädagogische Gegenstände haben und mit den durch Erfahrung bewährten Schuleinrichtungen bekannt sind.

- h. Im Französischen wird verlangt: die Fähigkeit, einen Abschnitt aus einem leichteren französischen Schriftsteller zu übersetzen, sowie die Bekanntschaft mit dem grammatischen Theile der französischen Sprache, soweit solcher in den mittleren Classen einer höheren Töchter Schule zur unterrichtlichen Behandlung kommt.
- i. Die Gegenstände, welche in den Probelectionen zu unterrichtlicher Behandlung kommen, sind vorzugsweise: ein Bibelspruch, eine biblische Geschichte, ein Gebot oder ein Gesangbuchvers, sodann die Besprechung eines Lesestücks, eine grammatische Belehrung, eine Anschauungsübung oder auch die Lösung einer Rechenaufgabe. Die Lectionen werden in den unteren und mittleren Classen der höheren Töcherschule gehalten.

II. In der Prüfung erster Classe

wird außer dem unter I. Aufgeführten verlangt:

- a. eine eingehendere Bekanntschaft mit der deutschen Literatur;
- b. im Französischen die Fähigkeit, einen Abschnitt aus einem schwereren Schriftsteller in's Deutsche und ebenso aus dem Deutschen in's Französische zu übersetzen, wobei zugleich die größere oder geringere Gewandtheit im mündlichen Gebrauche der französischen Sprache zur Berücksichtigung kommt;
- c. dasselbe gilt von der Bekanntschaft mit der englischen Sprache, und haben
- d. die Examinandinnen in einer der oberen Classen der höheren Töcherschule im Französischen oder Englischen eine Lection zu halten.

Anmerkung. Eine Prüfung in Gesang, Clavierspiel und Zeichnen kann nur auf besonderen Antrag vorgenommen werden.

8) Nach beendigter Prüfung werden von der Prüfungs-Commission in gemeinschaftlicher Berathung die Zeugnisse festgestellt und doppelt ausgefertigt.

Das eine Exemplar wird den Geprüften gegen Erlegung einer Gebühr von 2 Thaler zugestellt, das andere Exemplar ist bei Herzogl. Consistorio einzureichen.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämtlichen Kirchenbuchführer im Lande vom 16. Januar 1869 Nro. 185.

Nachdem auf Unsern Vortrag vom Herzogl. Staatsministerio mittelst Rescripts vom 13. d. Mts. Nro. 255 bestimmt ist, dass die den Kirchenbuchführern hiesigen Landes producirten ausländischen gestempelten Kirchenscheine mit einem hiesigen Stempel nicht zu belegen seien, so wird den sämtlichen Kirchenbuchführern solches hierdurch eröffnet, und werden dieselben zugleich angewiesen, danach in vorkommenden Fällen künftig zu verfahren.

Circularausschreiben Herzogl. Consistoriums an die evangelisch-lutherischen Geistlichen des Landes vom 17. März 1869 Nro. 1254.

Wie den evangelisch-lutherischen Geistlichen des Landes seiner Zeit durch Unser Circular-Rescript an die Herren General-Superintendenten 2c. vom 9. November 1799 mit der Auf-

forderung zur Nachachtung eröffnet ist, besteht seit dem genannten Jahre zwischen dem hiesigen Kirchenregimente und den Königl. Preussischen, resp. vormal's Hannoverschen, Consistorien zu Magdeburg, Halberstadt, Hannover und Hildesheim über die Zulassung von Kindern des Auslandes zur Confirmation eine Uebereinkunft, welche dahin lautet, daff

„von den Predigern der beiderseitigen Lande, außer den Kindern von ausländischen Filial- und combinirten Pfarrdörfern, keine Kinder des Auslandes zur Confirmation zugelassen werden sollen, es wäre denn, daff sie von einem Einwohner des andern Landes an Kindesstatt angenommen oder über Jahr und Tag vor der Confirmation dergestalt in dasselbe hinübergezogen wären, daff sie nach derselben nicht wiederum an den Wohnort der Eltern zurückzukehren die Absicht hätten; in anderen, eine besondere Ausnahme zu erfordern scheinenden Fällen aber von den Predigern an die Consistorien Bericht zu erstatten und deren specielle Verfügung zu erwarten sei“.

Da es im Interesse der kirchlichen Ordnung zweckmäßig erachtet ist, daff dieses Uebereinkommen, dessen Bestimmungen Wir hiemit in Erinnerung bringen, auch auf den kirchlichen Bereich der Königl. Preussischen Provinz Westphalen ausgedehnt werde: so ist solches nunmehr unter Höchster Autorisation geschehen, und sind die evangelischen Geistlichen der genannten Provinz durch Circular-Rescript des Königl. Consistorii zu Münster vom 10. v. Mts. zur Nachachtung desselben angewiesen.

Indem Wir nun in Gemäßheit Rescripts Herzogl. Staatsministerii vom 8. d. Mts. den evangelisch-lutherischen Geistlichen des Landes dieses eröffnen, fordern Wir dieselben auf, sich ins künftige die Bestimmungen dieses Uebereinkommens auch in Beziehung auf die Zulassung von Kindern aus der Königl. Preussischen Provinz Westphalen zur Richtschnur ihres Verfahrens dienen zu lassen.

Höchstes Rescript an Herzogl. Consistorium vom 27. März 1869.

Wilhelm, Herzog 2c.

Wir eröffnen Unserem Herzogl. Consistorio auf den Bericht vom 6. d. Mts. Nro. 1242, Folgendes:

Die Herzogl. Regierung ist in neuerer Zeit bestrebt gewesen, die Prediger bezüglich der Versorgung ihrer Wittwen und Kinder, so weit dieses den obwaltenden Verhältnissen nach thunlich, den Staatsbeamten gleich zu stellen. Mit dieser Fürsorge und den zur Bethätigung derselben erlassenen Anordnungen würde es nicht harmoniren, wenn ein Ausschluss der Wittwen und Kinder emeritirter Prediger von jeder s. g. Gnadenzeit deshalb statuirt würde, weil ihnen durch die Kirchenordnung ein Anspruch auf derartige Bezüge nicht gewährt ist und mit dem Tode ihres Versorgers der Genuß des Wittwen- oder der Wittwen- und Waisenpension eintritt. Auch die Civilstaatsdiener haben einen gesetzlichen Anspruch auf die Gnadenmonate nicht, die eben, wie sie sich lediglich auf Unser Rescript vom 3. April 1846 Nro. 2555 stützen, Bewilligungen ex mera gratia sind, welche indessen den Wittwen und Kindern verstorbenen Staatsdiener zu Theil werden sollen, einerlei ob dieselben im activen Dienste oder als Pensionaire verstorben sind.

Mit Rücksicht hierauf wollen Wir damit bestimmen, daß den Wittwen und Kindern emeritirter Prediger (sofern letztern bei der Emeritirung nicht ein Mehres zugesichert ist) außer für den Sterbemonat noch zwei Monatsraten des Einkommens des emeritus gewährt werden sollen. Unser Herzogl. Consistorium hat danach in Zukunft, sowie schon in dem zur Sprache gebrachten Falle zu verfahren.

Die Zahlung von Wittwen- oder Waisenpensionen beginnt danach aber erst mit dem Ablaufe der Gnadenmonate und ist Herzogl. Finanz-Collegium angewiesen, demgemäß in den betreffenden Fällen die Zahlung eintreten zu lassen.

Rescript Herzogl. Consistoriums an die sämmtlichen Herren Kirchen-
visitatoren im Lande vom 14. April 1869 Nro. 1695.

Da eine feste Bestimmung über eine den Wittwen und Kindern emeritirter Prediger rücksichtlich des Ruheeinkommens zustehende Gnadenzeit nicht besteht, so ist auf Unsern desfallsigen Vortrag mittelst Höchsten Rescripts vom 27. März d. Js. Nro. 2559 verfügt, daß den Wittwen und Kindern emeritirter Prediger, sofern letztern bei der Emeritirung nicht ein Mehres zugesichert ist, gleich wie solches den Wittwen und Kindern verstorbener Staatsdiener durch das Höchste Rescript vom 3. April 1846 Nro. 2555 zugestanden ist, außer für den Sterbemonat noch zwei Monatsraten des Einkommens des Emeritus gewährt werden sollen.

Indem Wir die Herren Kirchenvisitatoren hievon in Kenntniß setzen, veranlassen Wir Dieselben zugleich, in vorkommenden Fällen danach zu verfahren.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 14. Juli 1869 Nro. 6515.

Wir erwidern auf den Bericht vom 3. d. Mts., daß bei den städtischen Schulen, bei welchen die Lehrergehälter unter dem erforderlichen Zuschusse aus der Cämmereicasse nach Bedarf bestritten werden, Vacanzcassen wegen solcher Gehälter im sonstigen Sinne dieses Wortes nicht eintreten können, die den wechselnden Lehrern gebührenden Gehaltsbeträge vielmehr ohne weitere Auseinandersetzung unter denselben auf die Schulcassen zur Zahlung anzuweisen sind.

Gegen die beabsichtigte Bewilligung von Remunerationen für Vacanzarbeiten finden Wir nichts zu erinnern, insofern der Schulvorstand und der Stadtmagistrat ihre Zustimmung dazu ertheilen werden.

Die Berichtsanlagen gehen anbei zurück.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 21. Juli 1869.

Der Bericht vom 16. v. Mts. Nro. 3071, die Bewilligung einer Unterstützung an den Schullehrer Hoffmeister, zu Langelsheim, aus der dortigen Kirchencasse betreffend, ist Uns zugegangen. Das Rescript vom 24. November 1855 Nro. 11,237, auf welches Herzogl. Consistorium zur Rechtfertigung der Bewilligung Bezug genommen hat, ist durch die demselben in

Unserm Rescripte vom 24. Juni 1863 Nro. 5434, den Verkauf des Pfarrwittwenhauses in Alveste betreffend, ertheilte Anweisung modificirt und da in der letztern Verfügung die Frage, ob Herzogl. Consistorium zu eine Liberalität involvirenden Verwilligungen aus Kirchenmitteln ohne specielle Autorisation befugt sei, principiell erörtert und verneint ist, so konnte ein Zweifel darüber kaum noch bestehen, dass Wir auch bei Unterstützungsbewilligungen an Kirchen- und Schuldienere die Einholung Unserer Bestimmung erwarteten. Wir sind aber um so mehr in der Lage, die Autorisation, welche Herzogl. Consistorium als noch fortdauernd aus dem Rescripte vom 24. November 1855 Nro. 11,237 herleitet, zurückzuziehen, als ähnliche Autorisationen der Landes-Verwaltungsbehörden, obwol von denselben auf deren Ertheilung angetragen ist, versagt sind, weil jede Bewilligung, die als Gnadenact erscheint, der Herzogl. Regierung vorbehalten werden muss, und die besonderen Verhältnisse der Verwaltung des Kirchen- 2c. Vermögens eine Ausnahme zu Gunsten des Herzogl. Consistoriums nicht rechtfertigen. Insbesondere kann die angezogene Analogie der vormundschaftlichen Verwaltung nicht dahin führen, der verwaltenden Behörde die Befugniß zu Liberalitäten in Bezug auf ein Vermögen einzuräumen, welches der besonderen Obhut des Staats (§. 216 der Neuen Landschafts-Ordnung) unterstellt ist, über das also, so weit es sich nicht um die regelmäßige Verwendung handelt, nicht ohne Controle der obersten Staatsbehörde disponirt werden darf.

Herzogl. Consistorium hat daher dergleichen Bewilligungen künftig bei Uns zu beantragen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 8. September 1869.

Den Bericht vom 25. v. Mts., Nro. 8622, über den von dem Stadtmagistrate in Schöppenstedt, unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, gefassten Beschluss: die in dem dortigen alten Schulhause befindliche Rectorwohnung von Michaelis d. J. an ihrer bisherigen Bestimmung zu entziehen und dem Rector eine Mieth-Entschädigung zu gewähren, haben Wir empfangen.

Die von einer Gemeinde, in Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht zur Unterhaltung der Gemeindeschule, für Zwecke des Schulwesens ausgewiesenen Objecte gehen in das Gebrauchsrecht der Schule über und treten mithin, indem sie der Disposition der Gemeinde entrückt werden, unter die gesetzlich geregelte Verwaltungsbefugniß der Schulbehörden (§. 13 Nro. 7 des Gesetzes über die Gemeindeschulen vom 8. December 1851). Ist jene Ueberweisung zu Schulzwecken nicht etwa an eine feste Zeitdauer geknüpft, mit deren Ablauf die fraglichen Objecte in die Disposition der Gemeinde von selbst zurückfallen sollen, so ergiebt sich, dass nur mit ausdrücklichem Consense der Schulbehörden die bisherige Gebrauchsbestimmung jener Objecte aufgehoben resp. die Dispositionsbefugniß der Gemeinde über dieselben wieder in Wirksamkeit gesetzt werden kann und dass es also auch der Gemeinde verwehrt bleibt, durch einseitigen Beschluss ein zu Schulzwecken überwiesenes Object mittelst Substituierung eines anderen Objects in ihr Dispositionsrecht zurückzuziehen.

Die in dem alten Schulhause zu Schöppenstedt befindliche Rectorwohnung bildet aber unbestritten — und auch nach Ausweis des betreffenden corpus bonorum — ein zu Schulzwecken

ohne Zeitbeschränkung bestimmtes Object und es waren daher, dem Obigen zufolge, die Stadtbehörden nicht befugt, einseitig diese bisherige Bestimmung der Rectorwohnung durch Substituierung einer Miethentschädigung zu ändern.

Der hierauf gerichtete Beschluß der Stadtbehörden — gegen welchen die Herzogl. Kreisdirection Einspruch eingelegt hat — wird demnach, in Gemäßheit des §. 158 der revidirten Städteordnung, als ungesetzlich hierdurch aufgehoben, wovon der Stadtmagistrat durch abschriftliche Mittheilung des vorstehenden Inhalts dieses Rescripts in Kenntniß zu setzen ist.

Was übrigens in materieller Hinsicht die Intention der Stadtbehörden zu Schöppenstedt anlangt: nach inzwischen geschehener Ueberweisung des neuen Schulhauses das alte Schulhaus zu verkaufen, — so scheint dieser Plan unter den obwaltenden Umständen und insbesondere bei den unverkennbar großen Geldopfern, welche die Stadt Schöppenstedt ihrem Schulwesen durch die Herstellung des neuen Schulgebäudes gebracht hat, jede thunliche Förderung zu verdienen. Wenn daher das Bestehenbleiben der Rectorwohnung in dem alten Schulhause ein Hinderniß gegen den Verkauf des letztern abgiebt — wie nach den vorliegenden Acten anzunehmen sein möchte, — so erachten Wir für motivirt, daß das von dem Stadtmagistrate früher beantragte, damals jedoch von der Herzogl. Kreisdirection nicht befürwortete und von dem Herzogl. Consistorium abgelehnte Arrangement: an die Stelle der Rectorwohnung eine Mieth-Entschädigung zu setzen, nochmals in Verhandlung genommen und, wo thunlich, zum Abschlusse geführt werde. Wir beauftragen deshalb die Herzogl. Kreisdirection, von diesem Gesichtspunkte aus ihre Vermittelung in der Sache eintreten zu lassen und auch solcherhalb dem Stadtmagistrate Eröffnung zu machen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen vom 19. October 1869.

Nachdem Zweifel in Betreff der Gewährung der Befreiung vom Schulgelde in Gemäßheit des §. 18 des Gesetzes No. 25 vom 24. April 1867 in den Fällen entstanden sind, wo die auf diese Befreiung antragenden Eltern sich nicht in dem Orte, in welchem sie Wohnortsrecht haben, aufhalten, so bestimmen Wir, nach Anhörung sämtlicher Herzogl. Kreisdirectionen, Folgendes:

Nach dem vorletzten Absatz des §. 18 leg. cit. ist das Schulgeld für die befreiten Kinder aus der Armencaße in die Schulcaße einzuzahlen. Es tritt also nach der Absicht des Gesetzes nicht einfach ein Schulgelderlass ein, sondern es wird in den betreffenden Fällen eine Armenunterstützung gewährt, zu deren Leistung nach §. 103 der Landgemeinde-Ordnung nur die Heimathgemeinde, nicht die Gemeinde, in welcher die Eltern blos den Aufenthalt genommen haben, verpflichtet erscheint, zu welcher die Heimathgemeinde aber auch in allen Fällen verbunden ist, wo die Eltern auf Grund der Bestimmung des §. 18 des Gesetzes No. 25 de 1867 die Befreiung beanspruchen können, also immer, wenn die ihr angehörenden, in der 10. Classe der Personalsteuerrolle veranlagten Eltern drei oder mehr Kinder gleichzeitig in eine Landgemeindeschule des Herzogthums schicken, gleichviel ob die Eltern sich in ihrer Heimathgemeinde oder an anderen Orten aufhalten. Der Anspruch auf Zahlung des Schulgeldes

für die nach §. 18 cit. befreieten Kinder erwächst der Schulcasse des Orts, wo die Kinder die Schule besuchen, direct gegen die Armenkasse der Heimathgemeinde der Eltern.

Da die fragliche Schulgeldbefreiung sich als Armenunterstützung characterisirt, so versteht sich andererseits von selbst, daß dieselbe von Eltern, welche in keinem Orte des Herzogthums wohnortsberechtigt sind, also von Nichtstaatsangehörigen nicht in Anspruch genommen werden kann, weil dieselben, abgesehen von dem Falle vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und dadurch nöthig gewordener Unterstützung, auf Armenunterstützung seitens der Gemeinde ihres Aufenthalts überall keinen Anspruch zu erheben haben, wenn sie nicht die Versagung der Fortsetzung ihres Aufenthalts (§. 5 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit vom 1. Novbr. 1867) gewärtigen wollen, am allerwenigsten also auf eine Unterstützung, welche die Aufenthaltsgemeinde als solche in keinem Falle zu gewähren hat. Die sämmtlichen Herzogl. Kreisdirectionen haben demgemäß in Zukunft zu verfahren.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Postmeister Domes und Genossen zu Harzburg vom 3. December 1869.

Wir eröffnen dem Postmeister Domes und Genossen zu Harzburg auf das Gesuch vom 28. September d. J., betreffend den ihren Kindern zu ertheilenden höhern Schulunterricht, nachdem Wir vom Herzogl. Consistorio darüber Bericht eingezogen haben, Folgendes:

Die von den Bittstellern bisher getroffenen Einrichtungen, welche lediglich darauf hinauslaufen, ihre Kinder durch einen gemeinschaftlichen Privatlehrer unterrichten zu lassen, voraussichtlich also vorübergehend sind, wie das Bedürfniß, welches sie hervorgerufen, bieten die Voraussetzungen zur Begründung einer Privatschulanstalt nicht, und ist es namentlich nicht thunlich, dieser Vereinigung zu gemeinschaftlichem Unterrichte den Character einer öffentlichen höhern Unterrichtsanstalt zu ertheilen.

Was sodann den Erlass des Ortschaftschulgeldes für die privatim unterrichteten Kinder betrifft, so sind zunächst nicht alle daran Theil nehmende Kinder ortschaftschulpflichtig. Die im §. 3 des Gesetzes No. 11 vom 23. April 1840, die Schulpflichtigkeit und das Schulgeld in den Landgemeinden betreffend, aufgestellten Ausnahmen treffen namentlich z. B. für die Kinder des Postmeisters Domes unbedingt zu. Die übrigen Supplicanten würden sich, falls sie eine Ausnahme auf Grund der Bestimmungen des §. 3 für sich ebenfalls als begründet glauben annehmen zu können, an die Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel zu wenden haben.

Uebrigens liegt hier der Fall des §. 4 sub e in sine des allegirten Gesetzes vor. Ein Erlass des Schulgeldes für die an sich ortschaftschulpflichtigen Kinder der Supplicanten erscheint aber mit Rücksicht auf die Besoldungsverhältnisse der betreffenden Lehrer unzulässig, und ist andererseits kein genügender Grund vorhanden, die Supplicanten behuf der Erziehung ihrer Kinder etwa in der Weise zu unterstützen, daß der Ausfall an der Lehrerbefoldung welcher durch Erlass des Schulgeldes für ihre Kinder entstehen würde, aus dem Klosterfonds zugeschoffen wird.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 13. December 1869 Nro. 11,688.

Mit Bezugnahme auf Unser Rescript vom 9. v. Mts. Nro. 10,374, betreffend, die Altersdispensation für Mädchen behuf der Confirmation, eröffnen Wir Herzogl. Consistorio, dass nach einer Anzeige des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums zunächst nur die Physici mit der angeordneten Anweisung wegen der Ertheilung von Attestaten behuf der Dispensationserwirkung haben versehen werden können. Es wird daher in den bezüglichen Fällen auf Beibringung eines Physicats-Attestes zu halten sein.

Ausschreiben Herzogl. Consistoriums an die sämtlichen Herren General-, Stadt- und Special-Superintendenten, Prediger, Gymnasial- und Schul- und Seminar-Directoren, Schuldirigenten und Schulinspectoren, imgleichen die Herren Schullehren und die Herzogl. Schulcommissionen
vom 22. December 1869 Nro. 6037.

In Gemäßheit des Bundesgesetzes vom 5. Juni d. Js. ist vom 1. Januar k. Js. an auch die Dienstcorrespondenz der Behörden und Beamten der Portopflicht unterworfen, und es ist vom Herzogl. Staatsministerium in dieser Beziehung die im Abdrucke hieneben angeschlossene Instruction erlassen worden.

Dieselbe enthält zwar hauptsächlich nur Vorschriften, welche von den Landesbehörden zu beobachten sind; sie finden jedoch in manchen Stücken auch Anwendung auf Personen, welche ein Amt bekleiden, mit welchem die Führung einer Dienstcorrespondenz verbunden ist, und indem Wir solchen Uns unterstellten Beamteten der Kirche und Schule durch die Mittheilung der fraglichen Instruction Gelegenheit geben wollen, davon zu ihrer Nachachtung Kenntniß zu nehmen, bestimmen Wir zugleich zu genauer Beobachtung noch Folgendes:

- 1) Bei allen Correspondenzen, welche ein Privatinteresse ganz oder theilweise betreffen, ist das Porto von der dabei interessirten Person zu entrichten, und findet auf diese die nachfolgende Bestimmung sub 2 keine Anwendung.
- 2) Die eigentliche, nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen portofrei beförderte Dienstcorrespondenz ist ebenfalls zu frankiren, das Porto ist von dem Absender einstweilen vorzuschießen und am Schlusse eines jeden Halbjahrs bei Uns zu liquidiren, worauf alsdann der ausgelegte Betrag von hieraus erstattet werden wird.

In der desfallsigen Liquidation muß aber das Datum der Absendung angegeben, der betreffende Gegenstand zwar kurz, aber scharf bezeichnet, und der gezahlte Portobetrag vermerkt sein.

Diese Mühewaltung ist nicht zu umgehen, sie wird jedoch wieder aufhören, da es die Absicht ist, für die gesammte Staatsdienstcorrespondenz ein aversum an die Bundes-Postverwaltung zu zahlen, sobald erst durch die Erfahrung festgestellt ist, wie hoch das aversum zu bemessen sein wird.

- 3) Hiernach sind Briefe und Päckete überhaupt nicht unfrankirt an Uns einzusenden, und sind auch die Correspondenzen, welche Geistliche und Beamte mit andern Behörden oder Personen zu führen haben, bei der Absendung zu frankiren und wenn sie zu den Correspondenzen der sub 2 gedachten Art gehören, mit auf die Liquidation zu bringen.

So weit das bisher gezahlte Porto auf die Kirchen der Inspection repartirt, oder von diesen resp. den Inspections-Wittwen- und sonstigen Cassen zu tragen gewesen ist, muß solches auch ferner geschehen, es tritt hierin eine Aenderung nicht ein, und sind derartige Portobeträge nicht mit auf die Liquidation zu bringen.

Dieses Ausschreiben ist bei der Eile der Sache von hieraus direct an alle Uns unterstellte Beamtete der Kirche und Schule versandt, und da die Herren Prediger zugleich Vorstehende in den Kirchen- und Schulvorständen sind, so beauftragen Wir Dieselben, diesen von dem Inhalte Kenntniß zu geben.

In s t r u c t i o n,

die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes betreffend.

Nachdem durch das Bundesgesetz vom 5. Juni d. Js., die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes betreffend, vom 1. Januar f. J. an auch die Dienstcorrespondenz der Landesbehörden der Portopflicht unterworfen ist, sind Wir mit dem General-Postamte des Norddeutschen Bundes dahin übereingekommen, daß hinsichtlich der von den Behörden zu entrichtenden Portobeträge fürerst eine Contirung und Creditirung eintrete. Ueber das desfalls den Postanstalten gegenüber und sonst zu beobachtende Verfahren erlassen Wir die nachfolgenden Bestimmungen:

Zuvörderst bringen Wir in Erinnerung, daß unter Dienstcorrespondenz keine Briefe und Sendungen zu begreifen sind, welche ein Privatinteresse ganz oder theilweise betreffen. Demgemäß ist von den Behörden und Beamten keine Portofreiheit zuzugestehen

- a. den Gesuchen um Anstellung 2c., und allen Gesuchen der Beamten in persönlichen Angelegenheiten, z. B. um Urlaub, Gehaltsverbesserung, Beförderung 2c. sowie die auf dergleichen Gesuche zu erlassenden Verfügungen;
- b. allen Gegenständen, z. B. Bureau-Utensilien, Druckmaterialien zu Formularen, Schreibmaterialien u. s. w., welche Behörden und Beamte zu Zwecken des öffentlichen Dienstes von Privatpersonen beziehen, — bei ihrer Einsendung an die Behörden;
- c. den Correspondenzen und Geldsendungen zwischen den Herzogl. Leihhaus-Anstalten und den Herzogl. Amtsgerichten in Angelegenheiten von Privatpersonen, Gemeinden und Instituten 2c. z. B. in Anlehnsachen, wobei namentlich die aus den Leihhaus-Cassen den Gerichten zur Auszahlung zugehenden Darlehns-Beträge auf Kosten der Betheiligten unfrankirt, von Seiten der Gerichte aber die betreffenden Acten, Quittungen, Documente u. s. w. an die Leihhaus-Behörden und Cassen frankirt abzusenden sind;
- d. allen Postsendungen in Separations- und Ablösungssachen von den Interessenten an die Behörden und Beamten, sowie von diesen an die Interessenten;

e. allen Sendungen an und von Behörden und Staatsinstituten, welche sich mit einem gewerblichen Geschäftsbetriebe befassen, soweit dieselben auf einen solchen Geschäftsbetrieb Bezug haben. Dahin gehören alle Correspondenz-, Paket- und Geldsendungen von und an Privatpersonen wegen des kaufmännischen Geschäftsbetriebes der Forsten, Holzmagazine, Sägemühlen, Berg-, Salz- und Braunkohlen-Werke, Steinbrüche 2c.

Sowie einerseits dergleichen unter a bis e gedachten Correspondenzen und Sendungen niemals als Dienstcorrespondenz zu bezeichnen sind, so sind andererseits unfrankirte derartige Zusendungen zurückzuweisen, und nur, wenn Gefahr im Verzuge sein sollte, ausnahmsweise anzunehmen, in welchem Falle jedoch das vorauslagte Porto vom Absender wieder einzuziehen ist.

Die eigentliche Dienstcorrespondenz ist als solche auf der Adress-Seite im untern Felde links mit den Buchstaben D. S. zu bezeichnen. Dieselbe wird der betreffenden Postanstalt, soweit nicht bloße Dienstbriefe, sondern auch recommandirte Sendungen, Postanweisungen, Geldbriefe, Pakete mit oder ohne Werthsdeclaration 2c. in Betracht kommen, mit einem Contobuche nach Formular A., wovon eine Anzahl Exemplare anbei erfolgt, übergeben. Die unter diesem Formulare zu bewerkstelligenden Sendungen sind darin vom Absender einzeln zu verzeichnen.

Bloße Dienstbriefe dagegen sind der Postanstalt mit einem Contobuche nach Formular B., wovon eine Anzahl Exemplare gleichfalls anbei erfolgt, einzuliefern. Die unter diesem Formulare einzuliefernden Briefe sind jedoch vom Absender nur der Stückzahl nach darin aufzuführen.

Nach der auf diese Weise erfolgten Uebergabe der Correspondenz wird der dafür zu erlegende Portobetrag von Seiten der Aufgabe-Postanstalt in der betreffenden Rubrik des Contobuchs ausgeworfen, letzteres aber dem Absender wieder zugestellt. Am Schlusse jeden Monats wird das bis dahin creditirte Porto zusammen gezogen, und dieser Monatsbetrag vom Absender unter eins unmittelbar nach dem Monatschlusse, spätestens aber bis zum sechsten Tage des folgenden Monats an die Aufgabe-Postanstalt berichtet. Dieselbe quittirt darüber unter dem Contobuche, welches dem Absender nunmehr zum Belege der Rechnung oder der Liquidation, worin das Porto zur Verausgabung oder zur Liquidation gebracht wird, dient. Es folgt hieraus, daß mit dem Anfange jeden Monats ein neues Contobuch — welches jedoch nach dem Umfange der Correspondenz der Behörde oder Cassé nur in einem einzelnen, oder doch nur aus mehreren zusammen zu heftenden Bogen zu bestehen braucht — zugelegt werden muß. —

Die Contobücher (mit Creditbewilligung) sind auch für ankommende unfrankirte Gegenstände benutzbar, insofern eine Abholung derselben von Seiten der Behörde oder Cassé stattfindet. In diesem Falle ist das betreffende Contobuch auch bei der Abholung zu präsentiren, und wird sodann das entsprechende Porto von der Postanstalt gleichfalls darin eingetragen, wobei im Uebrigen der empfangenden Behörde die Ausfüllung vorbehalten bleibt.

Wenn aber eine Abholung eingehender Postfachen nicht stattfindet, und Porto dafür bei der Aushändigung zu erlegen ist, so hat die Behörde das vorauslagte Porto vorläufig notiren, nach Erledigung der Monats-Abrechnung mit der Postanstalt aber die notirten Beträge unter der Postconte nachtragen zu lassen.

Da ferner — insbesondere bei den criminalgerichtlichen Verhandlungen und in Armen-sachen — Fälle eintreten, wo Portobeträge vorschussweise zu zahlen und späterhin wieder einzuziehen sind, so ist in solchem Falle das im Conto begriffene Porto am Monatsbetrage ein-
weilen abzusetzen und in ein darüber anzulegendes Vorschuss-Register zu übertragen. Tritt hier-
nächst eine Erstattung nicht ein, so ist das vorgeschossene Porto unter Verweisung auf den früher-
hin geschehenen Absatz im Contobuche wieder hinzuzuschreiben.

Auf diesen vorstehend bezeichneten Wegen ist dahin zu wirken, dass das zum Belege der
Monats-Ausgabe dienende Contobuch mit dem berechneten Porto-Betrage übereinstimmt.

Da es die Absicht ist, demnächst mit der Bundes-Post-Verwaltung ein aversum für
die gesammte Staatsdienst-Correspondenz zu vereinbaren, einer solchen Vereinbarung aber die
Erfahrung über den Umfang der Correspondenz und die daraus entspringende Gesamt-Porto-
Ausgabe zur Grundlage dienen muss, so ist es von Wichtigkeit, dass bei Ausführung der obigen
Bestimmungen nicht nur mit großer Genauigkeit und Strenge verfahren, sondern auch sonst auf
thunliche Ersparungen Bedacht genommen werde. In letzterer Beziehung bemerken Wir Folgendes:

1) Bei allen Sendungen zwischen Behörden hat die absendende Behörde die Portozahlung
zu übernehmen.

2) Die Bekanntmachung vom 14. Januar 1868 (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de
1868 Nro. 12) wegen Bezeichnung portopflichtiger Dienstbriefe, wofür der Empfänger das Porto,
jedoch ohne Zuschlags-Porto zu erlegen hat, bleibt in Kraft. Wenn daher eine Behörde
in ihren Dienst-Angelegenheiten (z. B. eine Kreisdirection in einer Gemeindefache) Verfügungen
erlässt, wofür der Empfänger das Porto zu erlegen hat, so ist ein solcher Dienstbrief auf der
Adress-Seite im unteren Felde links mit den Worten „portopflichtige Dienstsache“ zu be-
zeichnen. In Folge dieser Bezeichnung findet eine Aufnahme in das Contobuch und eine Porto-
contirung auf Rechnung der absendenden Behörde nicht statt.

3) Bei den Briefen ist thunlichst das Gewicht von einem Loth Zollgewicht inne zu halten,
daher nach Umständen auch von der Benützung halber Bogen Gebrauch gemacht werden kann.

Actenversendungen sind auf die nöthigsten Fälle zu beschränken.

4) Gleichzeitig zur Absendung gelangende Briefe eines und desselben Absenders an einen
und denselben Adressaten, für welche das Porto der Staatscasse zur Last fällt, sind unter eins
zu couvertiren, oder, wenn sich die Sendung dazu eignet, in Halbfolio-Format als Pakete zu
versenden.

5) Versendungen von Druckgegenständen, Druckformularen 2c. sind, wo es nur irgend an-
geht, unter Streif- und Kreuzband zu versenden, wenn die einzelne Sendung ein Gewicht von
 $\frac{1}{2}$ Zollpfund nicht übersteigt, und deren Inhalt den bezüglichen Vorschriften im §. 14 des zum
Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes erlassenen Reglements vom 11. December
1867 (pag. 721 der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1867) entspricht.

6) Amtliche Erlasse, welche sich durch Pedellen, angestellte Boten, Amts- und Gerichts-
voigte, Polizeisergeanten und Polizeimilitairs kostenfrei rechtzeitig bestellen lassen, sind nicht der
Postanstalt zur Beförderung zu übergeben.

Das gegenwärtige Rescript ist im authographischen Wege vervielfältigt worden, und schließen Wir davon eine entsprechende Anzahl von Exemplaren zur Erleichterung der danach von den Behörden weiter zu erlassenden Instructionen hierneben an. Mit der künftigen Auslieferung von Formularen zu den Contobüchern ist Herzogl. Finanz-Collegium beauftragt worden, und sind daher die wegen neuer Zusendungen zu machenden Anforderungen an die Registratur des genannten Collegii zu richten.

Landes-Cultur-Gesetzgebung.

Verordnung, die Publication des zwischen dem Königreiche Preußen, dem Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig abgeschlossenen Vertrags über Regulirung der Aller und Ohre betreffend.

30. April 1860 Nr. 12 Seite 31.

7. Mai

A. Correction der Aller von der Neuen Mühle oberhalb Weferlingen bis zur Graffhorster Schleuse.

- Art. 1. Regulirung des Wasserabflusses in der Aller von der Neuen Mühle oberhalb Weferlingen bis zur Graffhorster Schleuse.
- Art. 2. Regulirung des Abflusses der Fluthen in der Thalstrecke zwischen Büstedt resp. Debisfelde und dem Grabauer Teiche.
- Art. 3. Umsfluthen der Mühlen von Weferlingen bis Debisfelde.
- Art. 4. Regulirung auf der Feldmark Weferlingen.
- Art. 5. Bedingungen der Aufrechterhaltung des vereinbarten Normalprofils.
- Art. 6. Nachlassung eines festen durch Mauer- oder Zimmerwerk geschlossenen Flussprofils.
- Art. 7. Abfluss von der Aller nach der Ohre oberhalb der Graffhorster Schleuse.
- Art. 8. Verwaltung der Grundstücke im Allerthale oberhalb Debisfelde.

B. Melioration des Drömlings und Correction des Ohreflusses bis Neuahaldensleben.

- Art. 9. Gestattung des wasserfreien Anschlusses des Kirchholzdammes an die Breitenröder Anhöhe und des Verschlusses der Oeffnung im Kirchholzdamme am Fangdamme.
- Art. 10. Verwaltung der Allerfluthen im Ohrethale und meliorirten Drömlinge.
- Art. 11. Vorfluth in den äußern Fangdammgraben und von da in die Ohre.
- Art. 12. Einlassung der Entwässerungsgraben im Hannöverschen und Braunschweigischen Drömlinge in den äußeren Fangdammgraben.
- Art. 13. Sohlenweite und Tiefe des neuen Fangdammgrabens vor der neuen Verwaltung an der Stempelbahn bis zur Einmündung in die Ohre, nebst Bestimmung der Böschung und des Gefälles der Sohle.
- Art. 14. Durchschnitte des Fangdammes.

- Art. 15. Abflussprofile des innern Fangedammgrabens, des Mittelgrabens und Wolmirhorstgrabens.
 Art. 16. Regulirung des Wasserabflusses in der Ohre.
 Art. 17. Regulirung der Ohre von dem Allergraben bis zur Neuhaldenslebener Schleuse.
 Art. 18. Errichtung der Freischleuse von Neuhaldensleben.

C. Correction der Aller von der Graßhorster Schleuse bis zur jetzigen Einmündung der kleinen Aller.

- Art. 19. Sohlenbreite und Gefälle der Aller von der Graßhorster Schleuse bis zur Einmündung der kleinen Aller.
 Art. 20. Durch die Linie von Vorsfelde auf Neuhaus sollen keine Ableitungen aus dem Inundationsgebiete der Aller in diese geführt werden. Erweiterungen der Brückenöffnungen im Allerthale neben Vorsfelde und der Oeffnungen im Wolfsburger Fehrdamme.
 Art. 21. Ableitung eines Umfluthgrabens aus der Aller oberhalb des Schlosses Wolfsburg.
 Art. 22. Brückenöffnung des Umfluthgrabens im Wolfsburger Fehrdamme.
 Art. 23. Anlegung einer Stauschleuse an der anzulegenden Brückenöffnung.
 Art. 24. Einführung des Schillerteich-, Schleusen- und Mühlenwassers, auch des Tagewassers der Berghöhe über Sandkamp und der Feldmark Sandkamp in die Aller.
 Art. 25. Erweiterung der Räsdorfer und Warmenauer Allerbrücken.
 Art. 26. Niederlegung der Bedämmungen zwischen Wolfsburg und dem Stollfelder Damme und Verbot der Anlage neuer Verwallungen. Erhöhung der niederen Uferstrecken bis zur Höhe der gegenüberliegenden Uferstrecken. Bedingung der Anlage von Stauwerken in diesem Tractu der Aller. Bestimmung wegen der Abfuhrwege an beiden Seiten der Aller.

D. Correction der Aller von der jetzigen Einmündung der kleinen Aller bis Diekhorst.

- Art. 27. Erhöhung des Stollfelder Dammes nach Vollendung des Aller-Umlauffkanals und Einrichtungen zur Beschaffung der Vorfluth durch diesen Damm.
 Art. 28. Erweiterung der Brücken im Hunsdamm des Sandkamper Bruches.
 Art. 29. Sohlenbreite und Höhenlage des Flussbettes der kleinen Aller bei deren Einmündung in die große Aller oberhalb Warmenau.
 Art. 30. Sohlenbreite, Böschung und Tiefe des Allerflusses von dem Endpunkte der Braunschweigischen regulirten Strecke bis zur neuen Einmündung der kleinen Aller und Fortsführung der kleinen Aller von der neuen Einmündung bis oberwärts zum Försterwasser.
 Art. 31. Anlage eines Umleitungskanals aus der Aller bis unweit Brennefenbrück, dessen Tiefe, Sohlenbreite und Böschung. Anlage einer Stauschleuse vor diesem Kanal und Benutzungsart desselben.
 Art. 32. Erhaltung des Allerflusses zur Beförderung des Abflusses der Fluthen.
 Art. 33. Anlage einer Vorrichtung zur Vertheilung des Wassers auf den Kanal und die Aller.
 Art. 34. Beförderung des Abflusses der Allerfluthen von der Einmündung des Umlauffkanals in die Aller bis zur Vereinigung der Aller mit der Oser unweit Diekhorst.

E. Correction des Landgrabens.

- Art. 35. Aufräumung des Landgrabens von der Wasserscheide der kleinen Aller und dem Drömlinge bis zum Gräflisch von der Schulenburgschen Lüttchenmoore und Vorrichtung des Grabens in dieser Strecke.

F. Kostenpunkt.

- Art. 36. Jeder Staat übernimmt die Instandsetzung und Unterhaltung der innerhalb seines Gebiets gelegenen und herzustellenden Correctionen und Anlagen.
- Art. 37. Bei den auf der Landesgrenze liegenden neuen Correctionen und Anlagen übernimmt jeder Staat die Hälfte der Kosten.
- Art. 38. Besondere Vereinigung über Instandsetzung der Aller oberhalb der Fleithmühle bis zum Deibsfelder Steindamme und über Erwerbung des Grund und Bodens und künftige Unterhaltung der Strecke der Umfluth von der Schäferbrücke bis zum Grabauerteiche.
- Art. 39. Braunschweig und Hannover übernehmen die Kosten der Einlässe der Hannoverschen und Braunschweigischen Gräben in den äußeren Fangdammgraben.
- Art. 40. Zuschuß Braunschweigs zu der Seitens Hannover auszuführenden Correction und Erweiterung der Aller.

G. Ausführung und allgemeine Bestimmungen.

- Art. 41. Angriff der Correctionen und Anlagen in dem auf die Ratification folgenden Jahre und Bestimmungen rücksichtlich deren Ausführungszeit.
- Art. 42. Berichtigung vorgekommener Irrthümer.
- Art. 43. Feststellung der Pegelhöhe nach Anlegung der Schleusenwerke.
- Art. 44. Beschäftigung der Ausführung der vereinbarten Anlagen durch Commissarien der contrahirenden Staaten. Anordnung einer von 5 zu 5 Jahren zu wiederholenden Schanung.
- Art. 45. Aufhebung des §. 5 des Recesses vom 29. November 1785 zwischen Braunschweig und
5. December 1785

Preußen über Entwässerung des Drömlings und Regulirung der Ohre.

- Art. 46. Beifügung einer von den Commissarien zu unterzeichnenden Uebersichtskarte. Vorbehalt der bestehenden Verhältnisse und Ansprüche rücksichtlich der Höhe.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Ausführung der Aller und Ohre-Correction betreffend. 25. Juli 1860 Nro. 20 Seite 73.

6. August

Uebertragung der Ausführung an Herzogl. Drömlings-Commission.

Bekanntmachung, den zwischen den Königl. Preussischen und Königl. Hannoverschen Gouvernements und der Herzoglich Braunschweigischen Regierung abgeschlossenen Nachtrag zum Staatsvertrage vom 9. Juli 1859, die Regulirung der Vorfluth-Verhältnisse der Aller- und Ohre-Flüsse betreffend.

9/25. April 1864 Nro. 19 Seite 45.

Vege's Repert. IX. Th.

Landes-Verwaltung.

Rescripte 1c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen vom 7. Februar 1860.

Indem Wir Herzogl. Kreisdirection zur Nachachtung davon in Kenntniß setzen, daß, zufolge einer Mittheilung des k. k. Oesterreichischen Gouvernements vom 29. v. Mts., die dortseitigen betreffenden Behörden in Hinsicht auf die Einziehung der durch die Cur und Verpflegung von Ausländern in österreichischen Heilanstalten verursachten Kosten angewiesen worden sind

- 1) einen Erstattungsantrag nur dann zu stellen, wenn die Vergütung der Kosten für wahrscheinlich zu halten ist, auch, wo möglich derartige Anträge nicht einzeln zu erheben, sondern mehrere derselben zusammen zu fassen und zu diesem Zwecke periodische Zeitabschnitte von einem halben Jahre und mindestens von einem Vierteljahre zu beobachten;
- 2) in dem Antrage, welchem ein gehörig specificirtes Kostenverzeichniß beizufügen ist, auch die Zuständigkeit des Verpflegten genau anzugeben und
- 3) den Antrag regelmäßig, wenn nicht besondere Umstände eine Ausnahme erheischen, mit Umgehung des bisher üblich gewesenen diplomatischen Weges, direct bei der betreffenden ausländischen Verwaltungsbehörde zu stellen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Baudirection vom 6. October 1861.

Wir erwidern der Herzogl. Baudirection auf den Bericht vom 28. Januar d. Js., No. 828, daß die Bestimmung im §. 3 des Gesetzes vom 19. März 1850, die Organisation der Landes-Verwaltungsbehörden betreffend, nicht auf die der Herzogl. Baudirection unmittelbar untergeordneten Beamten sich beschränkt, vielmehr ihrer Fassung wie ihrem Zwecke und Grunde nach jene Beamten ohne Unterschied und mithin den Kreisbaumeister ebenso wohl, wie das übrige Hülfspersonal begreift, an dem dieser Auffassung entsprechenden Verfahren aber um so mehr festzuhalten ist, da dasselbe als nützlich und nothwendig nach dem Zeugnisse sämtlicher Herzogl. Kreisdirectionen in der bisherigen Anwendung sich bewährt hat und bei fernerer richtiger Handhabung desselben etwaige Unzuträglichkeiten für den Dienst und die Disciplin, sofern sie in einzelnen Fällen sich sollten besorgen lassen, durch geeignete Communication zwischen den betreffenden Behörden werden vermieden werden können.

Herzogliche Baudirection hat daher in Uebereinstimmung mit diesem Verständnisse der allegirten gesetzlichen Vorschrift zu verfahren und demgemäß den Kreisbaumeister Krüger in Haffelsfelde mit anderweiter Instruction zu versehen.

Rescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Kreisgerichtsdirectoren vom 15. Februar 1864.

Da nach einer Mittheilung des Herzogl. Steuer-Collegiums die vierteljährlich an das-
selbe von den Herzogl. Amtsgerichten einzufendenden Nachweisungen der eingetretenen Besitzver-
änderungen den im December jeden Jahrs zu publicirenden Listen der höchstbesteuerten Grund-
besitzer zum Grunde gelegt werden müssen und es daher nothwendig ist, dass in solchen Nach-
weisungen auch diejenigen Veränderungen mit aufgenommen werden, bei denen der gesammte
Grundbesitz von einer Person auf eine andere übergegangen ist, und also nur eine Veränderung
in der Person des Eigenthümers statt gehabt hat, so veranlassen wir Sie, die Amtsgerichte
des dortigen Kreises mit behüflicher Anweisung zu versehen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreis- directionen vom 11. März 1866.

Mit Bezugnahme auf Unser Rescript vom 8. Januar v. J. Nro. 11,584 und die dar-
auf erstatteten Berichte sehen Wir Uns veranlaßt, behuf Beseitigung der zur Zeit vorhandenen
Unregelmäßigkeit resp. Unrichtigkeit in dem Verfahren bei Ausleihung und Wiedereinzahlung von
Capitalien der Amtsarmen-, Begebesserungs- und Feuer-Cassen den Herzogl. Kreisdirectionen in
Erinnerung zu bringen, dass, nach Anleitung Unseres Circular-Rescripts an die Herzogl. Aemter
vom 15. April 1835 und Unseres Circular-Rescripts an die Herzogl. Kreisdirectionen vom 12.
Juli 1850, in einem jeden der gedachten Fälle, mit alleiniger Ausnahme des Falles, wo Capi-
tale der erwähnten Cassen bei dem Herzogl. Leihhause belegt oder zum Ankaufe von Landes- oder
Commer-Obligationen verwandt werden sollen, zuvor Unsere Autorisation einzuholen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel vom 3. Januar 1867.

Wir eröffnen der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 2. November v. J.,
Nro. 10,152, betreffend die Vorstellung des Gemeindevorstehers Ahrens in Gramme, wegen
Repartition der Beiträge zu den durch die Abholung des Predigers von Barum nach Gramme
verursachten Fuhrkosten, Folgendes:

In der von Herzogl. Kreisdirection unterm 7. Juli v. J. erlassenen, mit dem im §. 13
der Verordnung vom 26. März 1823, Nro. 7, constituirten summarischen gerichtlichen Verfahren
rückfichtlich der Einforderung rückständiger Grundabgaben überall nicht in Beziehung stehenden —
Verfügung, durch welche für die Beiträge der einzelnen Pflichtigen ein, nach Maßgabe der an-
gestellten Ermittlungen rectificirter Repartitionsmodus festgesetzt und zugleich die executivische
Eintreibung etwaiger rückständiger Beiträge bestimmt wird, ist eine Entscheidung über das Maß
der Leistungspflicht unzweifelhaft enthalten. Zu einer derartigen Entscheidung wäre indess die
Herzogl. Kreisdirection nach den Vorschriften des Organisationsgesetzes vom 19. März 1850
Nro. 26 lediglich dann befugt gewesen, wenn die im Allgemeinen unbestrittene öffentlich rechtliche
Verpflichtung der Hofbesitzer in Gramme zur Abholung des Predigers von Barum nicht anders,

als nach vorgängiger Entscheidung über das Maß der auf den Einzelnen ruhenden Leistungspflicht sich hätte realisiren lassen, mithin nur so der im öffentlichen (kirchlichen) Interesse liegende Zweck jener Verpflichtung (Verwaltungszweck) zu erreichen gestanden hätte. Diese Voraussetzung trifft jedoch im gegenwärtigen Falle nicht zu, da die Erreichung des öffentlichen Zweckes — die Abholung des Predigers — unbehindert vor sich gegangen ist und somit die entstandenen Differenzen über das Maß der einzelnen Leistungen, nicht das öffentliche Interesse, sondern nur die Privatrechtssphäre der einzelnen Pflichtigen berühren.

Die Verfügung vom 7. Juli d. Js. muß deshalb — wie hiedurch geschieht — als unstatthaft beseitigt werden.

Wie es aber gleichwohl wünschenswerth erscheint, daß der Repartitionsmodus für die Beiträge zu den fraglichen Predigerfuhren im Wege der gütlichen Vereinbarung unter den Pflichtigen ein für alle Mal festgestellt wird, so weisen Wir die Herzogl. Kreisdirection an, zu dem Ende ihre Vermittelung eintreten zu lassen und dabei die Pflichtigen darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn eine bezügliche Vereinbarung nicht zu Stande kommen sollte, die Differenzen über das Beitragsverhältniß nur durch gerichtliche Entscheidung erledigt werden können.

Den Recurrenten hat Herzogl. Kreisdirection mit entsprechendem Bescheide zu versehen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 16. April 1867.

Den Bericht vom 15. Februar d. J., No. 1149, betreffend die Beschwerde der Mitglieder des Gemeinderathes zu Sierke über die Weigerung der Herzogl. Kreisdirection, auf eine bei derselben gegen den Gemeindevorsteher erhobene Beschwerde Resolution zu ertheilen, haben Wir empfangen.

Die Thatfache, daß in einer an eine Verwaltungsbehörde gerichtete Eingabe Beleidigungen gegen öffentliche Behörden oder Beamten, welche jener Verwaltungsbehörde unterstellt sind, vorgebracht werden, involvirt auch eine Verletzung der Würde dieser Behörde selbst, welche daher — in analoger Weise wie nach §. 7 der Advocaten-Ordnung das Gericht — für befugt erachtet werden muß, die Eingabe zurückzugeben, zugleich aber auch für verpflichtet, mit solcher Rückgabe die Aufforderung der Staatsanwaltschaft zur Erwirkung der Bestrafung des Exhibenten im Wege des Criminal- oder Disciplinar-Verfahrens zu verbinden. Sollte jedoch nach den Umständen des Falles eine unverzügliche Verfügung auf die Eingabe im öffentlichen Interesse erforderlich sein, so ist aus diesem überwiegenden Grunde von der Retradition Abstand zu nehmen und lediglich zu erwägen, ob es motivirt erscheint, die Staatsanwaltschaft zur Erwirkung der Bestrafung des Exhibenten aufzufordern.

Herzogliche Kreisdirection hat deshalb, wenn sie im vorliegenden Falle die fraglichen Äußerungen des Exhibenten als eine unzweifelhafte Beleidigung des Gemeindevorstehers in Bezug auf dessen Dienstverhältnisse auffassen zu müssen und mithin nicht übergehen zu dürfen glaubt, ihr Verfahren nach den oben bezeichneten Gesichtspunkten einzubessern und die Beschwerdeführer von dem, was solchergestalt von ihr beschloffen worden, in Kenntniß zu setzen. 1c.

Landschaft. Landesgrundgesetz.**Wahlausschreiben** zum zehnten ordentlichen Landtage 14|24. Juli 1860 Nro. 18 S. 67.

- §. 1. Bestimmung des Wahltermins zur Wahl der ausscheidenden Hälfte der Abgeordneten und zu Ergänzungswahlen.
- §. 2. Vornahme der regelmäßig wiederkehrenden Wahlen.
- §. 3. Vornahme der Ergänzungswahlen.
- §. 4. Wahl der Wahlmänner.

Verordnung, die Berichtigung eines Irrthums im Wahlausschreiben vom 14. Juli 1860 Nro. 19 Seite 71.**Verordnung**, die Berufung des zehnten ordentlichen Landtages betreffend.
14|21. November 1860 Nro. 36 Seite 127.**Wahlausschreiben** 8|17. Januar 1861 Nro. 2 Seite 3.

Die wahlberechtigten Mitglieder der der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände des 1. Bezirks werden zu einer Neuwahl zusammenberufen.

Landtags-Abschied, den zehnten ordentlichen Landtag betreffend.

15. October 1861 Nro. 60 Seite 291.

16. November

Art. 1. Bezeichnung der Gesetze welche unter Mitwirkung des Landtages resp. Ausschusses erlassen sind.

Art. 2. Staatshaushalts-Etat.

Art. 3. Erhöhung des Einkommens verschiedener Conventualinnen in den Klöstern des Landes.

Art. 4. Vergütung der Verluste des Leihhauses.

Art. 5. Vereinbarungen wegen des Eisenbahnwesens.

Art. 6. Abänderungen verschiedener Normalgehaltsätze.

Art. 7. Anlage einer Irren-Heil- und Pflege-Anstalt zu Stift Königslutter.

Art. 8. Uebereinkunft mit dem Stadtmagistrate zu Braunschweig über die Verhältnisse des großen Waisenhauses und Alexi-Pflegehauses.

Art. 9. Vereinbarung wegen der landschaftlichen Stipendien.

Art. 10. Zuschuss aus Staatsmitteln zum Bau von Häuslingshäusern in den Landgemeinden.

Art. 11. Ermächtigungen für den Ausschuss.

Anhang. Staatshaushalts-Etat.

Wahlausschreiben zum elften ordentlichen Landtage 14|24. Juli 1863 Nro. 26 S. 207.

- §. 1. Wahltermin.
- §. 2. Bezeichnung der Wahlbezirke welche zu wählen haben.
- §. 3. Wahl der Wahlmänner.

Verordnung, die Berichtigung eines Irrthums in dem Wahlausschreiben vom 14. d. Mts. betreffend. 29. Juli 1863 Nro. 28 Seite 215.

4. August

Verordnung, die Einberufung des elften ordentlichen Landtages betreffend.

13|19. November 1863 Nro. 37 Seite 555.

Verordnung, die weitere Vertagung der Landesversammlung betreffend.

22/24. Februar 1864 Nro. 6 Seite 11.

Gesetz, Abänderung des Wahlgesetzes vom 23. November 1851 betreffend.

3. August 1864 Nro. 47 Seite 265.

3. September

- §. 1. Wahlrecht des Geistlichen der jüdischen Gemeinde.
- §. 2. Censur der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden.
- §. 3. Censur der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden im Wahlcollegium zu Thedinghausen.
- §. 4. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

Landtags-Abschied des eilften ordentlichen Landtages.

14/30. November 1864 Nro. 59 Seite 317.

Art. 1. Vorgelegte Gesetze.

Art. 2. Staatshaushalts-Etat.

Art. 3. Executions-Etat der Hauptfinancasse.

Art. 4. Verwendung der zur Disposition verbliebenen Ueberschüsse der Eisenbahn- und Post-Hauptcasse.

Art. 5. Bestand der Immobilien der Herzogl. Hofstatt.

Art. 6. Normalgehälter der Beamten.

Art. 7. Sold- und Rangverhältnisse der Militair-Merzte.

Art. 8. Pensionen der in der Schlacht bei Waterloo verwundeten Militairpersonen.

Art. 9. Verbriefung der aus Herzogl. Leihhauscasse zu entnehmenden Geldmittel zum Bau der Eisenbahn.

Art. 10. Ermächtigungen des Ausschusses.

Anhang. Staatshaushalts-Etat. Etat der Klosterreinertrags-Casse. Uebersicht der von den Ueberschüssen der Hauptfinancasse aus der Finanzperiode 1861/63 zu beschaffenden Verwendungen. Nachweisung der Grundstücke und Gebäude, welche zu den Immobilien der Herzogl. Hofstatt gehören. Bezeichnung der Grundstücke und Gebäude, welche zum Ressort des Herzogl. Oberstallmeister-Amtes gehören. Etat der Normalgehälter der Beamten beim Herzogl. Staatsministerium, bei den Gerichten, den Finanz- und Landes-Verwaltungsbehörden. Etat der Normalgehälter der Beamten beim Herzogl. Staatsministerium, bei den Gerichten, den Finanz- und Landes-Verwaltungsbehörden.

Verordnung, die Einberufung eines außerordentlichen Landtages betreffend.

25. April 1865 Nro. 18 Seite 127.

2. Mai

Landtags-Abschied des außerordentlichen Landtages.

2/26. Juni 1865 Nro. 28 Seite 435.

Art. 1. Abänderung mehrerer Vorschriften über die Portotage für den Verkehr im Innern des Herzogthums.

Art. 2. Kosten der Wiederherstellung des Herzogl. Residenzschlosses.

Art. 3. Versicherung des Residenzschlosses gegen Brandschaden.

Verordnung, die Einberufung eines außerordentlichen Landtages betreffend.

5|7. Juli 1866 Nro. 38 Seite 147.

Wahlausschreiben zum zwölften ordentlichen Landtage.

1|8. August 1866 Nro. 45 Seite 169.

Verordnung, die Einbesserung eines Irrthums in dem Wahlausschreiben vom 1. d. Mts. betreffend. 7|11. August 1866 Nro. 46 Seite 173.

Verordnung, die anderweite Wahl eines Landtagsabgeordneten Seitens der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden des 1. Wahlbezirks der Stadt Braunschweig betreffend. 22|29. September 1866 Nro. 48 Seite 183.

Landtags-Abschied des außerordentlichen Landtages.

22. September 1866 Nro. 51 Seite 189.

4. October

Art. 1. Begründung eines neuen deutschen Bundes.

Art. 2. Kostenverwilligung für feldmäßige Aufstellung der Herzogl. Truppen.

Art. 3. Kostenverwilligung für den Fall der Mobilmachung des Herzogl. Truppencorps.

Art. 4. Kostenverwilligung zur Anschaffung von Zündnadelgewehren.

Art. 5. Bewilligung eines Anlehns zur Deckung des Bedürfnisses Herzogl. Leihhaus-Anstalt.

Verordnung, die Einberufung des zwölften ordentlichen Landtages betreffend.

20|27. November 1866 Nro. 64 Seite 227.

Der Landtag wird auf den 13. December 1866 einberufen.

Verordnung, die frühere Einberufung des zwölften ordentlichen Landtages betr.

26|28. November 1866 Nro. 65 Seite 229.

Der Landtag wird auf den 10. December 1866 einberufen.

Verordnung, die anderweite Wahl eines Abgeordneten zur Landesversammlung Seitens des ersten städtischen Wahlbezirks betreffend.

5|8. März 1867 Nro. 12 Seite 29.

Verordnung, die weitere Vertagung der Landesversammlung betreffend.

16|21. Juni 1867 Nro. 41 Seite 287.

Gesetz, Abänderung des §. 59 der Geschäftsordnung für die Landesversammlung vom 19. April 1852 betreffend. 9|16. August 1867 Nro. 64 Seite 493.

Bestimmungen über Verantwortlichkeit der Landesabgeordneten wegen ihrer Abstimmung oder wegen in Ausübung ihres Berufs gemachter Aeußerungen.

Landtags-Abschied des zwölften ordentlichen Landtages.

10|26. November 1867 Nro. 101 Seite 661.

Art. 1. Vereinbarte Gesetze.

Art. 2. Feststellung des Finanz-Etat.

Art. 3. Kosten der Wiederherstellung der abgebrannten Marstallgebäude.

Art. 4. Verwilligung von Geldmitteln zu Eisenbahnbauten.

Art. 5. Bestimmungen über den Etat der Einnahmen u. Ausgaben der Verwaltung der Eisenbahnen.

Art. 6. Bestimmungen wegen der Herzogl. Leihhaus-Anstalt.

Art. 7. Amortisation der Landesschulden.

Art. 8. Verwendung der Ueberschüsse Herzogl. Haupt-Finanzcasse.

Art. 9. Verwendung der Ueberschüsse der Herzogl. Eisenbahn- und Posthauptcasse.

Art. 10. Normalgehälter der expedirenden Secretaire beim Herzogl. Staatsministerium und Entschädigungen der Amtsvoigte für Haltung eines Dienstpferdes.

Art. 11. Berufung einer Vorsynode behuf Verathung u. Beschlussfassung über eine Synodal-Ordnung.

Art. 12. Ermächtigungen des Ausschusses der Landesversammlung.

Anlage A. Staatshaushalts-Etat auf die Finanzperiode 1867/69.

Anlage B. Etat der Klosterreinertrags-Casse auf die Finanzperiode 1867/69.

Verordnung, die Einberufung eines außerordentlichen Landtages betreffend.

25. November 1868 Nro. 74 Seite 223.

Landtags-Abschied des im Jahre 1868 zusammen berufenen außerordentlichen Landtages. 18/24. December 1868 Nro. 89 Seite 323.

Wahlausschreiben zum dreizehnten ordentlichen Landtage 30. Juli 1869 Nro. 56
Seite 303. 5. August

Verordnung, einen Nachtrag zu dem Wahlausschreiben vom 30. Juli d. J. betr.

3/6. August 1869 Nro. 57 Seite 307.

Verordnung, einen Nachtrag zu dem Wahlausschreiben vom 30. Juli d. J. betr.

10/14. August 1869 Nro. 59 Seite 311.

Verordnung, einen Nachtrag zu dem Wahlausschreiben vom 30. Juli d. J. betr.

18/24. August 1869 Nro. 63 Seite 319.

Verordnung, die Einberufung des dreizehnten ordentlichen Landtages betreffend.

27/30. October 1869 Nro. 82 Seite 419.

Verordnung, die weitere Vertagung der Landesversammlung betreffend.

19/23. November 1869 Nro. 87 Seite 449.

Verordnung, die weitere Vertagung der Landesversammlung betreffend.

25/30. November 1869 Nro. 89 Seite 453.

Leihhaus-Anstalt.

Gesetz, den Ausschluss der von Herzogl. Leihhaus-Anstalt ausgegebenen älteren Bank- und Darlehns-Bankcheine betreffend.

26. Februar 1861 Nro. 7 Seite 19.

6. März

§. 1. Letzter Termin zum Umtausch der früher von Herzogl. Leihhaus-Anstalt ausgegebenen Bank- und Darlehns-Bankcheine.

§. 2. Leihhauscassen bei denen die älteren Bank- und Darlehnsbankcheine einzureichen.

§. 3. Ungültigkeit der bis zum 1. August 1861 nicht umgetauschten älteren Bank- und Darlehns-Bankcheinen.

§. 4. Bekanntmachung der Vorschriften dieses Gesetzes.

Gesetz, die Aufhebung der in Verbindung mit der Leihhaus-Anstalt errichteten Altersrenten-Anstalt betreffend. 10/19. März 1864 Nro. 11 Seite 21.

§. 1. Aufhebung der Altersrenten-Versicherungs-Anstalt.

§. 2. Gewährleistung der bis dahin belegten Altersrenten.

Gesetz, die Aufhebung des §. 9 des Gesetzes über einige Rechtsverhältnisse der Braunschweigischen Bank und der Herzogl. Leihhaus-Anstalt vom 23. Mai 1853 betreffend. 20. Juli 1865 Nro. 48 Seite 571.

4. August

Aufhebung in Folge der Vorschrift in Art. 209 Nro. 11 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs.

Verordnung, wegen Aufhebung einer Bestimmung im §. 2 der Verordnung vom 13. November 1837, die Ausführung der Gesetze vom 20. December 1834 Nro. 21 und vom 13. December 1837 Nro. 47 über die Darlehne der Herzogl. Leihhaus-Anstalten zur Abtragung von Ablösungscapitalien betr. 19/21. Juni 1866 Nro. 36 Seite 143.

Gesetz, die Reform der Herzogl. Leihhaus-Anstalt in ihrer Eigenschaft eines unter der Gewähr des Staates stehenden Landes-Credit-Instituts betreffend. 20. August 1867 Nro. 72 Seite 537.

4. September

§. 1. Geschäfte der Anstalt.

§. 2. Vermögen der Anstalt.

§§. 3 u. 4. Anlehne.

§§. 5 u. 6. Landesschuld-Verschreibungen.

§. 7. Gerichtliche Deposita.

§. 8. Außergerichtliche Deposita.

§§. 9 u. 10. Form der Leihhaus-Obligationen und Depositenscheine.

§. 11. Landesschuld-Verschreibungen.

§. 12. Zinsencoupons.

§. 13. Legitimation des Gläubigers und Außer-Cours-Erklärung.

§. 14. Rückzahlung der Capitale.

§. 15. Leihhaus-Cassenscheine.

§. 16. Benugung und Verwendung der Fonds der Anstalt.

§§. 17—20. Darlehne. §. 21. Rückzahlung. §. 22. Ablösungscapitale.

§. 23. Ankauf von Werthpapieren und Belegung von Geldebeträgen.

§. 24. Verkauf von Cammer- und Landesschuld-Verschreibungen und Darlehne an die Staatscassen.

§. 25. Ankauf und Verkauf von Grundstücken.

§. 26. Verwaltung der Herzogl. Leihhaus-Anstalt.

§§. 27 u. 28. Befugnisse der Verwaltungsbehörde.

§. 29. Besondere Eigenschaft dieses Gesetzes.

§. 30. Aufhebung älterer Gesetze.

Bege's Repert. IX. Th.

Maafß und Gewicht.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Aufstellung eines Eichmeisters in Harzburg betreffend. 16|25. März 1863 Nro. 9 Seite 21.

Gesetz, die Abänderung des Medicinalgewichts betreffend.
4|9. November 1867 Nro. 96 Seite 633.

§. 1. Das Pfund von fünfhundert Grammen als Medicinalgewicht.

§. 2. Eintheilungen des Pfundes.

§. 3. Eintritt des Gesetzes in Wirksamkeit.

§. 4. Aufhebung des Art. 5 der Uebereinkunft mit Hannover vom 15. Mai 1857.

Bekanntmachung, die Umrechnung der bisherigen Landes-Maafße und Gewichte auf das metrische System betreffend. 5|10. April 1869 Nro. 25 Seite 115.

Tabelle zur Umrechnung der braunschweigischen Maafße, Gemäße und Gewichte in metrische.

Bundesgesetzgebung.

Maafß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund. Vom 17. August 1868.
Bd.-Ges.-Bl. Seite 473.

Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Normal-Michungs-Commission in Berlin. Vom 16. Februar 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 46.

Verordnung, betreffend die Cautionen der bei den Verwaltungen der Post, der Telegraphen und des Michungswesens angestellten Beamten.
Vom 29. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 285.

Michordnung, für den Norddeutschen Bund. Vom 16. Juli 1869.

Auf Grund der Bestimmungen im §. 18 der Maafß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868.

Bekanntmachung, betreffend die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehre noch zu duldenden Abweichungen der Maafße, Gewichte und Waagen von der absoluten Richtigkeit. Vom 6. December 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 698.

Michgebührentaxe für den Norddeutschen Bund. Vom 12. December 1869.

Als besondere Beilage zu Nro. 40 des Bundesgesetzblattes.

Medicinalwesen. Medicinalpolizei.

Gesetz, das Verfahren bei der Zulassung von Aerzten betreffend.
26. April 1861 Nro. 25 Seite 105.

11. Mai

§. 1. Staatsprüfung und zweijähriger Ausbildungs-Cursus.

§. 2. Gestattung der Ausübung der innern Heilkunde.

§. 3. Wahl des Aufenthaltsorts.

§. 4. Wohnortsrecht,

§. 5. Niederlassung an nicht mit einer Apotheke versehenen Orten.

§. 6. Uebergangsbestimmung.

Medicinalgesetz für das Herzogthum Braunschweig.

25. October 1865 No. 67 Seite 651.

13. Novbr.

Erster Abschnitt.

Von den Behörden für Medicinal-Angelegenheiten.

Cap. I. §. 1—3. Allgemeine Bestimmungen.

Cap. II. Von dem Herzoglichen Ober-Sanitäts-Collegio.

§. 4. Befehung.

§. 5. Wirkungskreis.

§. 6. Disciplinargewalt.

Cap. III. §. 7. Disciplinarhof.

Cap. IV. Von den Physicis.

§§. 8—10. Anstellung.

§. 11. Wirkungskreis.

Cap. V. §§. 12—27. Cammer der Aerzte und Apotheker.

Zweiter Abschnitt.

Von der Ausübung der Heilkunde.

Cap. I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 28. Medicinalpersonen.

§. 29. Zulassung.

§. 30. Zulassende Behörden.

§. 31. Beschränkung der Wirksamkeit.

§. 32. Verfahren bei Beschränkung der Wirksamkeit.

§§. 33—35. Allgemeine Verpflichtung.

Cap. II. Von den Aerzten insbesondere.

§. 36. Allgemeine Bestimmung.

§. 37. Prüfung.

§. 38. Geschäftsumfang.

§. 39. Verpflichtung zur Beihülfe.

§. 40. Verschwiegenheit.

§. 41. Selbstdispensiren von Arzneien.

§. 42. Besondere Rechte und Verpflichtungen.

§§. 43 u. 44. Entschädigung für Dienstleistungen.

Cap. III. Von den Zahnärzten.

§. 45. Zulassung.

§. 46. Prüfung.

§. 47. Geschäftsberechtigung.

§. 48. Verschwiegenheit und Entschädigung für Dienstleistungen.

Cap. IV. Von den Heilgehülfen.

- §. 49. Zulassung.
- §. 50. Umfang der Dienstleistungen.
- §. 51. Behandlung der Kranken.
- §. 52. Vergütung für Dienstleistungen.
- §. 53. Ueberschreitung der Befugnisse.
- §. 54. Entziehung der Befugniß zur Ausübung der Thätigkeit.

Cap. V. Von den Hebammen.

- §. 55. Anstellung.
- §. 56. Ausbildung.
- §. 57. Prüfung.
- §. 58. Beaufsichtigung.
- §. 59. Entlassung.
- §. 60. Instruction.
- §. 61. Tage.

Cap. VI. Von den Thierärzten.

- §. 62. Berechtigung zum Geschäftsbetriebe.
- §. 63. Prüfung.
- §. 64. Geschäftsbereich.
- §. 65. Ansteckende Krankheiten.
- §. 66. Selbstdispensiren.
- §. 67. Entschädigung für Dienstleistungen.
- §. 68. Ausführung der Aufsichtsverfügungen.

Cap. VII. Von den Apotheken.

- §. 69. Geschäftsumfang.
- §§. 70 u. 71. Zulassung zum Geschäftsbetriebe.
- §. 72. Realberechtigte Apotheken.
- §. 73. Dauer der Concession.
- §. 74. Betrieb durch Aerzte.
- §. 75. Geschäftsbehinderung.
- §. 76. Sicherung des Betriebs.
- §. 77. Uebernahme der Apotheker-Utensilien und des Hauses.
- Prüfung der Apotheker.
- §. 78. Allgemeine Bestimmung.
- §. 79. Wiederholung der Prüfung.
- Beaufsichtigung der Apotheken.
- §. 80. Aufsichtsbehörden.
- §. 81. Errichtung der Apotheken.
- §. 82. Verpflichtung der Physici.
- §. 83. Ausführung der betreffenden Aufsichtsverfügungen.

- §. 84. Disciplinargewalt.
- §. 85. Entziehung der Concession.
- Besondere Rechte und Verpflichtungen der Apotheker.
- §. 86. Allgemeine Bestimmung.
- §. 87. Anfertigung der Arzneien.
- §. 88. Zurückhaltung der Arzneien.
- §. 89. Arzneitage.
- §. 90. Ueberschreitung der Tage.
- §. 91. Einziehung der Forderungen.
- §. 92. Wohnortrecht.

Dritter Abschnitt.

Von den Medicinalanstalten und der Gesundheitspolizei.

- §. 93. Errichtung von Heilanstalten.
- §. 94. Aufsicht über dieselben.
- §. 95. Ansteckende Krankheiten.
- §. 96. Gemüthsranke.

Vierter Abschnitt.

Transitorische Bestimmungen.

- §. 97. Zugelassene Aerzte.
- §. 98. Wundärzte.
- §. 99. Chirurgen.
- §. 100. Wahlen.
- §. 101. Eintritt der Gültigkeit des Gesetzes.

Reglement der Heil- und Pflgeanstalt zu Königsutter.

7. April 1866 Nro. 31 Seite 101.

25. Mai

- §. 1. I. Zweck der Anstalt.
- §§. 2—5. II. Beaufsichtigung und Verwaltung der Anstalt.
- §§. 6—14. III. Bedingungen und Verfahren für die Aufnahme der Kranken.
- §§. 15—18. IV. Ablieferung in die Anstalt.
- §§. 19—29. V. Behandlung der Kranken in der Anstalt.
- §§. 30—37. VI. Abgang aus der Anstalt.

Verordnung, die Tagen für ärztliche, wundärztliche, geburtsbülfsliche und zahn-ärztliche Dienstleistungen betreffend.

25. Mai 1866 Nro. 33 Seite 117.

11. Juni

- I. Tage für ärztliche Dienstleistungen. Seite 119—123.
- II. Tage für wundärztliche Dienstleistungen. Seite 124—134.
- III. Tage für geburtsbülfsliche Dienstleistungen. Seite 135—136.
- IV. Tage für zahnärztliche Dienstleistungen. Seite 137—138.

Verordnung, die Tage für thierärztliche Dienstleistungen betreffend.

18|29. August 1866 Nro. 47 Seite 175.

Verordnung, die Tage für die Dienstleistungen der Heilgehilfen betreffend.

29. Mai 1867 Nro. 38 Seite 275.

7. Juni

Verordnung, die Gebührentage für die Hebammen betreffend.

29. Mai 1867 Nro. 39 Seite 281.

8. Juni

Gesetz, die Abänderung des Medicinalgewichts betreffend.

4|9. November 1867 Nro. 96 Seite 633.

(vide Maaß und Gewicht.)

Gesetz, die Ergänzung der Bestimmungen des Gesetzes vom 21. März 1843 Nro. 7 über den Handel mit Giften betreffend.

24. December 1867 Nro. 2 Seite 5.

4. Januar 1868

§. 1. Anwendung der Vorschriften des Gesetzes vom 21. März 1843 auf Cyankalium.

§. 2. Anwendung auf andere den Giftstoffen beizuzählende chemische Präparate.

Bundesgesetzgebung.

Bekanntmachung, betreffend die Prüfung der Aerzte, Zahnärzte, Thierärzte und Apotheker. Vom 25. September 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 635.

I. Vorschriften über die Prüfung der Aerzte. Bd.-Ges.-Bl. Seite 536—545.

II. Vorschriften über die Prüfung der Zahnärzte. Bd.-Ges.-Bl. Seite 546—547.

III. Vorschriften über die Prüfung der Thierärzte. Bd.-Ges.-Bl. Seite 547—549.

IV. Vorschriften über die Prüfung der Apotheker. Bd.-Ges.-Bl. Seite 650—654.

Anlage a. Protocoll-Schema über Prüfung eines Pharmazenten.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 654 und 655.

Anlage A. Ärztlicher Approbationschein. Bd.-Ges.-Bl. Seite 657.

Anlage B. Zahnärztlicher Approbationschein. Bd.-Ges.-Bl. Seite 657.

Anlage C. Pharmazeutischer Approbationschein. Bd.-Ges.-Bl. Seite 658.

Anlage D. Thierärztlicher Approbationschein. Bd.-Ges.-Bl. Seite 658.

Militairwesen.

Gesetz, über die fernere Erneuerung des Gesetzes vom 3. März 1855, die Aushebung von Pferden zum Kriegsdienste betreffend.

14|28. März 1861 Nro. 14 Seite 69.

§. 1. Ausdehnung der Wirksamkeit der Bestimmungen der §§. 1—20 des Gesetzes vom 3. März 1855 bis zum Schlusse des Jahrs 1863.

§. 2. Geltung der Wahlen der Deputirten bis zum Schlusse des Jahrs 1863.

Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 13. April 1849, die Errichtung einer Unterofficier-Wittwen- und Waisenversorgungs-Anstalt betreffend. 8/15. April 1864 Nro. 17 Seite 33.

§. 1. Aufhebung früherer Bestimmungen.

§. 2. Einführung neuer Beitragsätze.

§. 3. Classeneintheilung der Unterofficiere.

§. 4. Pensionsbeträge der Wittwen.

§. 5. Anwendung der neuen Bestimmungen auf bereits vorhandene Wittwen und Waisen.

Gesetz, die Erneuerung des Gesetzes vom 3. März 1855, wegen der Aushebung von Pferden zum Kriegsdienste betreffend.

21/27. Juli 1866 Nro. 43 Seite 165.

Verordnung, die Abänderung der Instruction der Medicinal-Beamten bei den Militair-Aushebungen betreffend.

29. April 1867 Nro. 18 Seite 45.

11. Mai

Anwendung der Instruction für die Königl. Preussischen Militairärzte vom 9. December 1858.

Instruction für Militairärzte. Seite 47—83.

- §. 1. Wichtigkeit der ärztlichen Untersuchung und Beurtheilung der Militairpflichtigen und der in Reihe und Glied stehenden Soldaten, hinsichtlich ihrer Militair-Diensttauglichkeit oder Untauglichkeit resp. Invalidität.
- §. 2. Nothwendige körperliche Eigenschaften, welche die zum Ersatz für das Heer Auszuwählenden im Allgemeinen haben müssen.
- §. 3. Truppentheile und Waffengattungen, auf welche bei Beurtheilung der körperlichen Eigenschaften der Militairpflichtigen Rücksicht zu nehmen ist.
- §. 4. Nothwendige körperliche Eigenschaften für einen Infanteristen.
- §. 5. Desgleichen für einen Cavalleristen.
- §. 6. Desgleichen für einen Artilleristen.
- §. 7. Desgleichen für einen Pionier.
- §. 8. Desgleichen für einen Jäger und Schützen.
- §. 9. Desgleichen für die für das Garde-Corps auszuhebenden Ersatzmannschaften.
- §. 10. Desgleichen für einen einjährigen Freiwilligen im Allgemeinen.
- §. 11. Beurtheilung der körperlichen Eigenschaften eines einjährigen Freiwilligen mit Rücksicht auf die von ihm gewählte Waffe.
- §. 12. Untersuchungs-Lokale. Anwesenheit eines Militair-Mitgliedes der Ersatz-Commissionen bei der Untersuchung. Beschränkung der Zahl der an einem Tage zu Untersuchenden.
- §. 13. In wie weit die Besichtigung des ganzen Körpers der zu untersuchenden Militairpflichtigen nothwendig ist.
- §. 14. Ärztliche Untersuchungen Militairpflichtiger außer der Geschäftszeit der Ersatz-Commissionen.

- §. 15. Die verschiedenen Kategorien von Militair-Dienstfähigkeit oder Dienstunfähigkeit im Allgemeinen.
- §. 16. Einfluss geringer Abweichungen vom regelmäßigen Bau des Körpers auf die Militair-Dienstfähigkeit.
- §. 17. Bezeichnung derjenigen Fehler, welche von keiner Waffengattung ausschließen.
- §. 18. Bezeichnung derjenigen Fehler, welche die Einstellung nur bei der einen oder bei der anderen Waffengattung gestatten.
- §. 19. Bezeichnung derjenigen Fehler, welche im Frieden von der Einstellung ausschließen, im Kriege indess nicht in Betracht kommen können.
- §. 20. Körperzustände, welche die zeitige Militair-Dienstunbrauchbarkeit begründen.
- §. 21. Krankheiten, Fehler und Gebrechen, welche die Militair-Dienstuntauglichkeit für immer begründen.
- §. 22. Verfahren bei vermeintlicher Simulation von Krankheiten und Gebrechen.
- §. 23. Nothwendige körperliche Eigenschaften der in die Arbeiter-Abtheilungen einzustellenden Militairpflichtigen.
- §. 24. Anderweitige Verwendung der zum Dienst mit der Waffe unbrauchbaren Militairpflichtigen.
- §. 25. Nothwendige körperliche Eigenschaften eines Trainsoldaten.
- §. 26. Desgleichen eines zum Militair-Krankenwärter auszuhebenden Militairpflichtigen.
- §. 27. Beurtheilung der Militair-Dienstbrauchbarkeit eines militairpflichtigen Arztes.
- §. 28. Beurtheilung der Militair-Dienstbrauchbarkeit eines militairpflichtigen Pharmazeuten resp. Thierarztes.
- §. 29. Ärztliche Untersuchung von dreijährigen Freiwilligen, Jäger-Lehrlingen, Zöglingen des medicinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts im Allgemeinen.
- §. 30. Nothwendige körperliche Eigenschaften der zum dreijährigen freiwilligen Dienst sich meldenden jungen Leute, incl. derer, welche in der Absicht auf weitere Beförderung dienen zu wollen, eintreten.
- §. 31. Nothwendige körperliche Eigenschaften der zum freiwilligen Eintritt in die Schulabtheilung sich meldenden jungen Leute.
- §. 32. Desgleichen der Jäger-Lehrlinge.
- §. 33. Desgleichen der Aspiranten des medicinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts und der medicinisch-chirurgischen Akademie für das Militair.
- §. 34. Beurtheilung der körperlichen Dienstfähigkeit der zur Anstellung im Grenz- und Gendarmerie-Dienst in Vorschlag zu bringenden Militairs.
- §. 35. Was bei Beurtheilung der Dienstfähigkeit resp. Dienstunfähigkeit der in Reih und Glied stehenden Soldaten zu beachten ist.
- §. 36. Ärztliche Untersuchung der Dienstunfähigen resp. invaliden Soldaten.
- §. 37. Beurtheilung des Grades der Dienstunfähigkeit resp. Invalidität der Soldaten und Bezeichnung der Krankheiten und Fehler, welche die Garnison-Dienstfähigkeit resp. Halbinvalidität begründen.
- §. 38. Beurtheilung der Erwerbsfähigkeit der ganz invaliden Soldaten.

- §. 39. Beurtheilung der Invaliddität bereits entlassener Soldaten.]
- §. 40. Beurtheilung der Invaliddität der im Grenz- und Gendarmeriedienst Angestellten.
- §. 41. Ausstellung der ärztlichen Atteste über Militairpflichtige.
- §. 42. Ausstellung der ärztlichen Atteste über Soldaten.
- §. 43. Vorschriften über den Gebrauch der Bezeichnung „unfähig“, „unbrauchbar“, „untauglich zum Militairdienst“ oder „invalide“ bei Soldaten.
- §. 44. Allgemeine Vorschriften über Ausstellung der ärztlichen Atteste über Militairpflichtige, resp. über versorgungs- und nicht versorgungsberechtigte Soldaten.
- §. 45. Superrevision der ärztlichen Atteste durch die Corps-General-Aerzte.
- Gesetz**, die Aufhebung der Stellvertretung und des Loosnummern-Tausches bei Erfüllung der Kriegsdienstpflcht betreffend.
25|29. Juni 1867 Nro. 46 Seite 333.
- §. 1. Aufhebung der Stellvertretung.
- §§. 2 u. 3. Uebergangsbestimmungen.
- §. 4. Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Mai 1855 Nro. 25.
- §. 5. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.
- Verordnung**, die Landwehr-Bataillons- und Landwehr-Compagnie-Bezirke für das Herzogthum Braunschweig betreffend.
12|19. December 1867 Nro. 110 Seite 717.
- Bekanntmachung**, die Aufnahme der Söhne hiesiger Unterthanen in das Königl. Preussische Cadettencorps betreffend.
14. December 1867 Nro. 1 Seite 1.
2. Januar 1868
- Verordnung**, die Aufhebung des General-Kriegsgerichts betreffend.
8|15. Januar 1868 Nro. 10 Seite 21.
- Verordnung**, die Zulassung zu dem einjährigen freiwilligen Militairdienste in Bezug auf die erforderliche wissenschaftliche Qualifikation betreffend.
20|30. Januar 1868 Nro. 14 Seite 29.
- Verordnung**, die Zusammensetzung der Prüfungs-Commission für die Zulassung zu dem einjährigen freiwilligen Militairdienste betreffend.
20|30. Januar 1868 Nro. 15 Seite 33.
- Verordnung**, den Zeitpunkt für den Beginn des militairpflichtigen Alters betr.
21|30. Januar 1868 Nro. 16 Seite 35.
- Verordnung**, die Vermehrung der Anzahl der in der Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige fungirenden ordentlichen Mitglieder betreffend.
23|28. Februar 1868 Nro. 26 Seite 63.
- Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums: die in die Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige berufenen ordentlichen Mitglieder betreffend.
23|28. Februar 1868 Nro. 27 Seite 65.
- Bege's Repert. IX. Th.

Verordnung, die Organisation der Militair-Ersatzbehörden betreffend.
13/17. März 1868 Nro. 28 Seite 67.

- §. 1. Zusammensetzung der Militair-Ersatz-Behörden.
- §. 2. Eintritt der Ersatzbehörden in Function.
- §. 3. Wahlen der außerordentlichen Mitglieder.

Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 13. April 1849 über die Errichtung einer Unterofficiers-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betreffend. 21/27. März 1868 Nro. 31 Seite 75.

- §. 1. Schließung der Anstalt.
- §. 2. Ausscheiden.
- §. 3. Beiträge.
- §. 4. Verwaltung der Anstalt.

Verordnung, die Militair-Ersatz-Instruction für den Norddeutschen Bund betr.
9/17. April 1868 Nro. 32 Seite 77.

- §. 1. Bestimmung des Eintritts der Wirksamkeit der Militair-Ersatz-Instruction für den Norddeutschen Bund vom 26. März d. Js. und der Instructionen für Militair- und Marine-Ärzte vom 9. December 1858 und 5. November 1860.
- §. 2. Strafbestimmungen.
- §. 3. Aufhebung des Gesetzes vom 21. Juli 1852 Nro. 30 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste.
- §. 4. Vorbehalt weiterer Ausführungsbestimmungen.

Bekanntmachung, die jährliche Aufstellung von Geburtslisten und Einreichung derselben an die mit Führung der Stammrollen beauftragten Behörden betr.
11/24. September 1868 Nro. 65 Seite 199.

Anlage. Schema zu einer Geburts-Liste.

Verordnung, die Abschätzung, Feststellung und Vergütung der bei Truppenübungen vorkommenden Flurbeschädigungen betreffend.
16/30. November 1868 Nro. 83 Seite 243.

Anlage. Instruction vom 28. Mai 1843.

Verordnung, die Organisation der Landwehrbehörden und die Dienstverhältnisse der Mannschaften des Beurlaubtenstandes betreffend.
17/30. November 1868 Nro. 84 Seite 245.

Die mit dem Königl. Preuß. Gesetze vom 5. September 1867 eingeführte Organisation.

Verordnung, die Publication eines Reglements wegen Gestellung, Auswahl und Abschätzung der Mobilmachungspferde im Herzogthume Braunschweig betr.
18. November 1868 Nro. 85 Seite 247.

2. December

Reglement wegen Gestellung, Auswahl und Abschätzung der Mobilmachungspferde im Herzogthume Braunschweig.

- §. 1. Pferdestellung und Vertheilung auf die Kreise.
 - §. 2. Subrepartition.
 - §. 3. Kenntnissnahme von dem Pferdebestande.
 - §. 4. Pferde-Aushebung bei der Mobilmachung. Bezirks-Sammelpflege, Bezirks-Vorstände.
 - §. 5. Eintheilung der Bezirke.
 - §§. 6 u. 7. Obliegenheit der Mitglieder der Bezirks-Vorstände.
 - §§. 8—12. Musterung der Pferde durch die Bezirks-Vorstände.
 - §. 13. Abnahme der Pferde. Ablieferungs- und Abnahme-Orte.
 - §§. 14—15. Abnahme-Commission.
 - §. 16. Verfahren bei der Abnahme der Pferde.
 - §§. 17—19. Taxation der Pferde.
 - §. 20. Abnahme-Attest.
 - §. 21. Bezeichnung der abgenommenen Pferde.
 - §§. 22—23. Nachgestelltung der Pferde.
 - §. 24. Uebernahme der Pferde Seitens der Militärbehörde und Vertheilung derselben für die Truppentheile.
 - §§. 25—30. Transport der Pferde nach den Mobilmachungsorten der Truppentheile.
 - §§. 31—32. Bezahlung der ausgehobenen Pferde.
 - §. 33. Strafbestimmungen.
 - Anlage 1. Bestimmungen über die Beschaffenheit der Mobilmachungs-Pferde.
 - Anlage 2. Eidesformular für die Taxatoren der behufs einer Armee-Mobilmachung vom Lande auszuhebenden Pferde.
 - Anlage 3. Rationale.
 - Anlage 4. Fourage-Quittung.
 - Anlage 5. Pferde-Transportzettel.
- Bekanntmachung**, die Anlegung und Führung der Militär-Stammrollen betr.
 13/25. Januar 1869 Nro. 6 Seite 37.
- Reglement über Anlegung und Führung der Militär-Stammrollen.
- Anlage 1. Aushebungsbezirk, an den die Militärpflicht gebunden ist.
- Anlage 2. Muster einer Stammrolle.
- Verordnung**, die Militär-Aushebungs-Bezirke und die Wahl der außerordentlichen Civilmitglieder der Kreis-Ersatz-Commission betreffend.
 18/27. Februar 1869 Nro. 10 Seite 63.
- §. 1. Bestimmung der Militär-Aushebungs-Bezirke.
 - §. 2. Wahl der außerordentlichen Civilmitglieder der Kreis-Ersatz-Commission.
 - §. 3. Zeit der Wahl.
 - §. 4. Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen.
- Bekanntmachung**, die Ausstellung von Geburtscheinen zu militairischen Zwecken betreffend. 1/10. März 1869 Nro. 17 Seite 99.

Bundesgesetz.

Verordnung, betreffend die Einführung Preussischer Militairgesetze im ganzen Bundesgebiete. Vom 7. November 1867.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 125.

§. 1. Einführung nachfolgender Militairgesetze im ganzen Bundesgebiete

1. das allgemeine Regulativ über das Servis- und Einquartierungswesen vom 17. März 1810 nebst Ergänzungen;
2. das Edikt wegen Aufhebung des Vorspanns vom 28. October 1810 nebst Ergänzungen;
3. das Edikt über die Aufhebung der Natural-Jourage und Brodlieferung vom 30. October 1810 nebst Reglements über Naturalverpflegung der Truppen im Frieden;
4. das Regulativ über das Verfahren bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen vom 10. September 1828;
5. das Gesetz betreffend die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Reserve- und Landwehrmannschaften vom 27. Februar 1850;
6. das Gesetz wegen der Kriegseinstellungen und deren Vergütung vom 11. Mai 1851 nebst Ergänzungen, die Herbeischaffung der Pferde betreffend vom 24. Februar 1834;
7. das Gesetz über die Versorgung der Militair-Invaliden vom Oberfeuerwerker, Feldwebel und Wachtmeister abwärts, sowie die Unterstützung der Wittwen der im Kriege gebliebenen Militairpersonen desselben Ranges vom 6. Juli 1865;
8. das Gesetz, betreffend 1) die Pensionserhöhung für die im Kriege invalide gewordenen, sowie für die überhaupt durch den activen Militairdienst verstümmelten oder erblinden Officiere der Linie und Landwehr und die oberen Militairbeamten; 2) die Unterstützung der Wittwen und Kinder der im Kriege gebliebenen Militairpersonen desselben Ranges vom 16. October 1866;
9. das Gesetz, betreffend die Erweiterung mehrerer Bestimmungen der Gesetze vom 6. Juli 1865 und vom 16. October 1866, vom 9. Februar 1867.

§. 2. Eintritt in Wirksamkeit.

Beilage A. Allerhöchster Erlass vom 7. Mai 1857. Schlafstellen der Mannschaften in den Garnisonen betreffend. Bd.-Ges.-Bl. Seite 127.

Beilage B. Auszug aus dem Reglement über die Natural-Verpflegung der Truppen im Frieden vom 13. Mai 1858. Bd.-Ges.-Bl. Seite 128.

Gesetz, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Vom 9. November 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 131.

Verordnung, die Einführung des Preussischen Militair-Strafrechts im ganzen Bundesgebiete betreffend. Vom 29. December 1867.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 185.

Zusammenstellung des in Preußen geltenden Militair-Strafrechts. Bd.-Ges.-Bl. Seite 187.

Allethöchster Erlass, betreffend die Publication und Einführung des Strafgesetzbuchs für das Preussische Heer vom 3. April 1845.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 187.

Strafgesetzbuch für das Preussische Heer. Bd.=Ges.=Bl. Seite 188.

Erster Theil. Strafgesetze. Bd.=Ges.=Bl. Seite 190.

Zweiter Theil. Strafgerichtsordnung. Bd.=Ges.=Bl. Seite 229.

Beilage A. Klassifikation der zum Preussischen Heere und zur Marine gehörenden Militärpersonen nach ihren verschiedenen Dienst- und Rangverhältnissen.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 283.

Beilage B. Vorschriften über die Feststellung des Thatbestandes verübter Verbrechen.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 290.

Beilage C. Strafproceßstage. Bd.=Ges.=Bl. Seite 298.

Beilage D. Allethöchster Erlass, betreffend die Abschaffung der Strafe der körperlichen Züchtigung vom 6. Mai 1848. Bd.=Ges.=Bl. Seite 300.

Beilage E. Gesetz, betreffend die an Stelle der Vermögens-Confsccation gegen Deserteure und ausgetretene Militairpflichtige zu verhängende Geldbusse vom 11. März 1850. Bd.=Ges.=Bl. Seite 301.

Beilage F. Gesetz, die Abänderung mehrerer Bestimmungen in den Militair-Strafgesetzen betreffend. Vom 15. April 1852. Bd.=Ges.=Bl. Seite 302.

Beilage G. Allethöchste Ordre vom 9. December 1852 und Circular-Erlass des Kriegsministeriums vom 26. Januar 1853, betreffend die Einführung der Kriegsartikel vom 9. December 1852. Bd.=Ges.=Bl. Seite 306.

Kriegsartikel für das Preussische Heer. Bd.=Ges.=Bl. Seite 308.

Gesetz, die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Mannschaften der Ersagreserve betreffend. Vom 8. April 1868.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 38.

Gesetz, betreffend die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Officiere und obere Militairbeamte der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee, sowie an deren Wittwen und Waisen.

Vom 14. Juni 1868. Bd.=Ges.=Bl. Seite 335.

Bekanntmachung, betreffend die höheren Lehranstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Militairdienst berechtigt sind. Vom 2. September 1868.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 497.

Verzeichniss der höhern Lehranstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Militairdienst berechtigt sind. Bd.=Ges.=Bl. de 1868 Seite 498.

Gesetz, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes. Vom 25. Juni 1868.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 523.

Beilage A. Regulativ für die Quartierbedürfnisse der bewaffneten Macht.
Bd.=Gef.=Bl. Seite 530.

Beilage B. Servis-Tarif. Bd.=Gef.=Bl. Seite 535.

Beilage C. Klassen-Eintheilung der Orte.

Verordnung, betreffend die Einführung der in Preußen geltenden Vorschriften über die Heranziehung der Militairpersonen zu Communalauflagen im ganzen Bundesgebiete. Vom 22. December 1868.

Bd.=Gef.=Bl. Seite 571.

Anlage. Verordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Communalauflagen in den neu erworbenen Landestheilen. Vom 23. September 1867.

Bd.=Gef.=Bl. de 1868 Seite 572.

Allerhöchster Erlass vom 31. December 1868, betreffend die Genehmigung der Instruction zur Ausführung der Bundesgesetze wegen der Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes.

Vom 25. Juni 1868. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 1.

Instruction zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes. Vom 25. Juni 1868.

Beilage A. Marschroute. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 8.

Bestimmungen wegen Verpflegung der Mannschaften, Pferde und Leistung des Vorspanns. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 10.

Beilage B. Verzeichniß der in den einzelnen Bundesstaaten mit Leitung des Marschwesens beauftragten Verwaltungsbehörden. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 S. 13.

Beilage C. Quartierbillet. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 17.

Beilage D. Servisquittung. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 18.

Beilage E. Quartierbescheinigung. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 19.

Beilage F. Servis-Liquidation. Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 23.

Bekanntmachung des zweiten Verzeichnisses derjenigen höheren Lehr-Anstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Militairdienst berechtigt sind.

Vom 10. März 1869. Bd.=Gef.=Bl. Seite 47.

Allerhöchster Erlass vom 26. April 1869, betreffend die Versetzung der Festung Königstein, der Ortschaft Dom Kiez in Brandenburg und des Fleckens Wandsbeck in höhere Servisclassen.

Bd.=Gef.=Bl. de 1869 Seite 130.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogthume Baden betreffend Einführung der gegenseitigen militairischen Freizügigkeit.

Vom 25. Mai 1869. Bd.=Gef.=Bl. Seite 675.

Schluss-Protocoll. Bd.=Gef.=Bl. Seite 673.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanzcollegium
vom 2. März 1846.

Da Wir auf den Bericht vom 14. d. M. Nro. 732 Uns bewogen gefunden, zur Erleichterung der durch das Ableben von Beamten für die Hinterbliebenen derselben häufig herbeigeführten Lasten, zu genehmigen, dass in Zukunft bei Todesfällen

- 1) nicht nur pensionirter Unterofficiere und Soldaten, sondern auch im activen Dienste befindlicher und pensionirter Officiere und bei der Militair-Verwaltung angestellter Beamten, sowie im activen Dienste befindlicher Unterofficiere;
 - 2) im Dienste befindlicher oder pensionirter Civilbeamten
- den Erben — worunter jedoch nur die hinterlassene Wittve und eheliche Descendenten zu verstehen sind — der Pensions- oder Gehaltsbetrag des Verstorbenen noch für zwei Monate nach dem Sterbemonate gezahlt, auch von den demgemäß zu zahlenden Beträgen von Officierspensionen der gesetzliche Abzug für die Militair-Wittwencasse gemacht werde, so hat Herzogl. Finanzcollegium demgemäß das weiter Erforderliche wahrzunehmen und ist übrigens von dieser Verfügung dem Herzogl. Kriegscollégio von hieraus die nöthige Eröffnung gemacht worden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Oberstaatsanwalt
vom 20. Juli 1860.

Auf den Bericht vom 26. Januar d. Js. Nro. 86 die von den Civilgerichten in Strafsachen gegen Militairpersonen an deren Vorgesetzte zu machenden Mittheilungen betreffend, erwidern Wir Folgendes:

- 1) Die Vorschrift des Art. 144 der Verordnung vom 12. Juli 1855 Nro. 40, die Militairstrafen und Proceffe betreffend, dass alle zur Vollziehung stehende Civil-Straferkenntnisse wider Militairpersonen dem Bataillonschef, beziehungsweise dem Commandeur der Landwehr durch die Civilbehörde in Abschrift mitzutheilen seien, ist bei ihrer allgemeinen Fassung nicht auf die Mittheilung der Straferkenntnisse über Verbrechen zu beschränken, welche unter die Bestimmungen des Criminalgesetzbuches fallen, sondern sie erstreckt sich auf alle und jede Straferkenntnisse, welche von den Civilgerichten gegen Militairpersonen, sei es auf eine öffentliche oder eine Privatanlage abgegeben worden und ist es im Interesse des Dienstes von Wichtigkeit, dass diese gesetzliche Vorschrift ihrem vollen Umfange nach in Zukunft befolgt werde.
- 2) Die im §. 108 der Landwehr-Ordnung angeordnete Mittheilung der gegen Landwehrmänner ergangenen Straferkenntnisse an die Herzogl. Kreisdirectionen ist durch die anderweit im Art. 144 der Verordnung vom 12. Juli 1855 Nro. 40 getroffene Vorschrift beseitigt.
- 3) Wenn gleich dieser Artikel nur die Mittheilung der zur Vollziehung stehenden, also der verurtheilenden Straferkenntnisse vorschreibt, so ist doch im Interesse des Dienstes angemessen, dass dem Militairchef durch die Civilbehörde auch von freisprechenden Erkenntnissen, sowie

von solchen Straffällen Nachricht gegeben werde, welche entweder durch Einstellungsbeschluss oder Abolition oder durch freiwillige Erlegung der verwirkten Geldbuße Erledigung finden, vorausgesetzt jedoch, dass es sich in den Straffällen dieser Art um die Gesetzesübertretung einer Militairperson von Officiers- oder doch von Unterofficiersrange handelt.

Wir beauftragen Sie, hiernach die sämmtlichen öffentlichen Ankläger, also auch diejenigen Beamten, welche in Forst- und Jagdwegen, sowie in Zoll- und Steuer-Contraventionsfällen als solche zu handeln gesetzlich berufen sind, mit Anweisung zu versehen und insbesondere Verfügung zu treffen, dass die ad 3 vorgeschriebene Anzeige, unter der dort bezeichneten Voraussetzung, auch bezüglich solcher freiwillig eingezahlter Straf gelder erfolge, welche in die Polizeicasse in der Stadt Braunschweig (Polizeistrafgesetzbuch §. 21) fließen.

Zugleich sind die Staatsanwälte anzuweisen, in den stattfindenden Voruntersuchungen, eventuell im Hauptverfahren die Constatirung der Militairdienst- und Landwehrpflicht des Angeeschuldigten, wo solche den Umständen nach vorausgesetzt werden muss, in angemessener Weise zu bewirken.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kriegscollegium vom 31. August 1861.

Wir erwidern Herzogl. Kriegscollegio auf den Bericht vom 14. d. Mts. wegen der Gnadenmonate für unverheirathete Unterofficiere, dass in dem angezeigten speciellen und künftigen ähnlichen Fällen, wenn das Begräbniß verstorbener unverheiratheter Unterofficiere nicht durch Verwandte derselben besorgt wird, nur der durch die Kosten des Begräbnißes in Anspruch genommene Betrag der Gnadenmonate zu zahlen ist.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Stadtrath Dr. Meier zu Braunschweig vom 1. März 1864.

Wir eröffnen Ihnen auf den mittelt Bericht der Herzogl. Kreisdirection hieselbst vom 18. v. Mts. an Uns eingesendeten Recurs vom 15. v. Mts. gegen die von der genannten Behörde Ihnen ertheilte Auflage, die durch die Einstellung eines Stellvertreters für Ihren militairpflichtigen Sohn Rudolph Heinrich Meier bisher veranlassenen Kosten binnen 14 Tagen, bei Vermeidung der Execution zu zahlen, Folgendes:

Die Militairpflicht ist in der Militairhoheit des Staats begründet und daher eine dem öffentlichen Rechte angehörende Pflicht, deren Realisirung den Administrativbehörden zusteht und die im vorliegenden Falle, nachdem Sie nicht etwa bürgschaftlich, sondern kraft väterlicher Gewalt und in der auf die unitas personae beruhenden Vertretung Ihres Sohnes die gesetzlich zulässige Stellung eines Stellvertreters für denselben übernommen haben, in ganz gleicher Weise gegen Sie und aus Ihrem Vermögen bewirkt wird, wie sie gegen ihren Sohn und aus dessen Vermögen zu bewirken sein würde, wenn er sui juris die Eistirung eines Stellvertreters übernommen hätte und hätte übernehmen können.

Die Herzogl. Kreisdirection war deshalb unzweifelhaft befugt, auf Grund der Bestimmungen im §. 17 des Gesetzes über die Organisation der Landes-Verwaltungsbehörden vom 19. März 1850, so wie geschehen gegen Sie vorzuschreiten, und es wird demnach der von Ihnen erhobene Recurs als ungerechtfertigt hierdurch zurückgewiesen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanzcollegium
vom 1. März 1868.**

Wir erwidern auf den Bericht vom 15. v. Mts., daß den bestehenden und auch bis dahin befolgten Vorschriften gemäß bei eintretenden Todesfällen der jetzigen Militair-Pensionairs den Erben derselben die Pensionsbeträge für zwei Gnadenmonate zu zahlen und Zahlungen dieser Art gleichwie einstweilen die Pensionen selbst, vorschussweise zu berechnen sind. Wir bemerken dabei, daß nach einer vom Herzogl. Kriegscollégio unter dem 24. v. Mts. berichtlich ertheilten Erläuterung die Krone Preußen bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Modalitäten in Betreff der neuen Organisation des Herzogl. Contingents laut Protocolls vom 24. Juli d. Js. unter No. II. 3. c. die Verpflichtung zur Uebernahme der bei Publication der Bundesverfassung hier bestehenden Militair-Pensionsverpflichtungen anerkannt hat.

**Rescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte
vom 2. Januar 1869.**

Herzogliches Staatsministerium hat uns mittelst Rescripts vom 12. December v. Js. ein Schreiben des Commandos des Herzogl. Contingents vom 23. November v. Js. mitgetheilt, in welchem beantragt wird, die Gerichte des Landes zu veranlassen, sich wegen Beförderung gerichtlicher Verfügungen an Militairpersonen nicht direct an das Commando des Herzogl. Contingents, sondern an das Commando der Abtheilung, in welcher die betreffende Militairperson dient, zu wenden. Herzogl. Staatsministerium hat diesem Antrage stattgegeben, und uns beauftragt, die Gerichte des Landes mit entsprechender Anweisung zu versehen. Indem wir nun Abschrift des gedachten Schreibens vom 23. November v. Js. hierneben mittheilen, weisen wir Herzogl. Kreisgericht an, nicht nur selbst in vorkommenden Fällen sich nach der getroffenen Bestimmung zu richten, sondern auch die ihm untergeordneten Stadt- und Amtsgerichte mit einer gleichmäßigen Anweisung zu versehen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 17. Januar 1869.**

Der Bericht vom 30. v. Mts. betreffend den Anspruch der Stadt Wolfenbüttel auf Entschädigung wegen Quartierbeschaffung für Norddeutsche Bundestruppen, ist Uns zugegangen. Auf den §. 51 der Neuen Landschafts-Ordnung vom 12. October 1832 kann dieser Entschädigungs-Anspruch der Staatscasse gegenüber nicht gestützt werden, weil diese gesetzliche Bestimmung, wie Herzogl. Kreisdirection richtig dargelegt hat, nur die (für die Gemeinden durch den §. 149 der revidirten Städteordnung und den §. 92 der Landgemeinde-Ordnung weiter regulirte) Entschädi-

Bege's Repert. IX. Th. 44

346 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

gungs-Verpflichtung des Landes oder einzelner Landestheile (Gemeinden) den Einzelnen gegenüber betrifft. Abgesehen hiervon aber kann eine Entschädigungs-Verpflichtung des Braunschweigischen Fiskus um deswillen hier überall nicht Platz greifen, weil die Quartierleistungen in Folge von Anordnungen der Bundesgewalt stattgefunden haben und von dieser ebenmäßig die für diese besondern Lasten zu gewährenden Vergütungen festgesetzt sind, der etwa für die Stadtcasse erwachsene Schaden also, durch das Factum einer dritten berechtigten Gewalt entstanden ist, für welches die Herzogl. Regierung nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an

1. die Departements-Ersatz-Commission zu Braunschweig;
2. eine jede der Herzogl. Kreisdirectionen vom 26. Februar 1869.

In Betreff des Verfahrens bei Reclamationen wegen Befreiung vom Militairdienste ertheilen Wir, im Anschlusse an die Bestimmungen der Militair-Ersatz-Instruction und im Einverständnisse mit dem General-Commando des X. Bundes-Armee-corps, der Departements-Ersatz-Commission und den Herzogl. Kreisdirectionen folgende nähere Instruction zur respectiven Nachachtung:

- 1) Recurse gegen die Entscheidungen der Departements-Ersatz-Commission von Seiten solcher Militairpflichtigen, welche

- a. noch nicht eingestellt worden — §§. 108 und 124 der Militair-Ersatz-Instruction — oder welche
- b. zwar vor der Einstellung reclamirt haben, inzwischen und vor der Entscheidung aber eingestellt worden — §. 8 Nro. 3 cit.

sind durch die Departements-Ersatz-Commission an das Herzogl. Staatsministerium, Departement des Inneren, einzusenden.

- 2) Entlassungsanträge der schon in die Militairverpflegung Eingetretenen (Soldaten) sind nach §. 188 Nro. 1 cit. von der betreffenden Herzogl. Kreisdirection zu instruiren und in der bestimmungsmäßigen tabellarischen Form dem Herzogl. Staatsministerium, Departement des Inneren, vorzulegen.

Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel vom 6. Juli 1860.

Wir haben erhalten, was Herzogl. Kreisgericht in Betreff der Abel'schen Curatel unterm 14|16. v. Mts. einberichtet hat, können uns indess mit dessen abgegebenen Bescheiden nicht einverstanden erklären.

Die Landesherrliche Verordnung vom 6. Mai 1828, die Verwaltungs- und Nießbrauchsrechte des Vaters am Vermögen seiner Kinder betreffend — veranlaßt durch die verschiedenen

Ansichten der Gerichte über den Umfang der Rechte des Vaters am Vermögen seiner Kinder, und über die den Gerichten obliegende Aufsicht über deren Ausübung, wenn die Kinder noch minderjährig sind, besonders in wie weit die §§. 48—52 der Regierungs-Verfügung vom 3. Februar 1814 auf selbige anzuwenden — verweist in solcher Hinsicht zunächst auf die bezüglichlichen Bestimmungen des gemeinen Rechts, läßt die über Vormundschaften und Curatelen bestehenden besonderen Vorschriften darauf nicht anwendbar, die Anordnung einer allgemeinen Curatel nur zulässig erscheinen, wenn der Vater einer ungetreuen Verwaltung sich schuldig macht, oder in fundbare Insufficienz des Vermögens verfällt, will das Ansehen des Vaters, seinen Kindern gegenüber und seine bürgerliche Stellung thunlichst geschont wissen, enthebt gleichwol die Gerichte nicht der Verpflichtung, die Verwaltung des Vaters im Allgemeinen zu beaufsichtigen und gegen etwaige widerrechtliche Veräußerungen desselben einzuschreiten. Nach dem ganzen Sachverhalte und dem Gesammtinhalte der Verordnung kann daher — abgesehen von den §. 3 daselbst hervorgehobenen Fällen — dem Vater die Verwaltung und der Nießbrauch des Vermögens seiner Kinder nicht entzogen, auch zu dem Zwecke oder zur fortdauernden Beaufsichtigung der Verwaltung ein Curator nicht angestellt werden, allein es ist nicht ausgeschlossen, daß der Richter in Ausführung jener seiner Obliegenheit namentlich wenn eine zutreffende besondere Disposition in Frage kommt, behuf der vollständigen Sachforschung und Wahrnehmung des collidirenden Interesses der minderjährigen Kinder, für diese einen Curator bestelle und selbigen bei dem Geschäfte zuziehe. Zu Veräußerungen von Immobilien der Kinder ist deren Vater gesetzlich — l. 8. §. 4. 5. Cod. de bon. qu. lib. — nur in wenigen Fällen berechtigt, allein die verschiedenartigen Verkehrsverhältnisse machen nicht selten auch über diese Fälle hinaus Veräußerungen oder Verpfändungen der Güter unabweisbar nothwendig und es darf nicht für gerechtfertigt angesehen werden, die sofortige rechtsverbindliche Errichtung von dergleichen Rechtsgeschäften beim Vorhandensein eines Vaters der Minorennen unmöglich zu machen, welche bei einer Vormundschaft gesetzlich zulässig ist, nicht zu gedenken, daß die ordnungsmäßige Führung der Hypothekenbücher — Gesetz No. 22 vom 19. März 1850 §. 5 — jedenfalls zu einer Cognition des Rechtsgeschäftes und zu einem Ausspruche über dessen Rechtsbeständigkeit führen muß. Es bleibt daher nichts übrig, als in derartigen Fällen die Minorennen durch einen, ihnen beizuordnenden Curator vertreten zu lassen und nach Analogie der über Vormundschaften und Curatelen bestehenden Bestimmungen zu verfahren, wie solches auch schon von der höchsten Landesbehörde gebilliget, — Rescript vom 5. März 1839, Bege Repert. Bd. IV. Seite 138 — und bei mehreren Fällen angedeutet und gesetzlich sanctionirt ist, Ablösungsordnung vom 20. December 1834 §. 19. 20. 22.

Gemeinschaftstheilungsordnung vom 20. December 1834 §. 39. 40. 42.

Vergl. Gesetz vom 20. Mai 1858, die Errichtung von Familien-Stammgüter betreffend §. 8.

Wir sehen uns daher, und da die vom Herzogl. Kreisgerichte in Betreff der Kettenbergischen Curatel in Bezug genommene Anordnung auf den vorliegenden nicht homogenen Fall nicht anwendbar, bewogen, die Verfügungen des Herzogl. Kreisgerichts vom 14. Januar und 1. Februar d. J. zu beseitigen und dasselbe zu veranlassen, sich der weitem Cognition über den Antrag des Curators zu unterziehen. 2c.

348 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

Resolution Herzogl. Obergerichts für die Wittwe Ottmer geborne Gausz zu Rautheim vom 13. Juli 1860.

In der Sache, die Vormundschaft für den Sohn wailand Halbspäners Achilles Pro. ass. 41 zu Rautheim, insonderheit den Recurs der Mutter des Curanden, jetzigen Wittwe Ottmer gebornen Gausz betreffend, wird auf den von der Wittwe Ottmer übergebenen, mittelst Berichts des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 6/11. Juli d. J. nebst den Acten anher gesandten Recurs zur Resolution ertheilt, dass, da

1) dem Vormunde sowol Ersatz der gehalten Auslagen

L. 1. §. 4. L. 3. pr. §. 1. 4. 5. 8. Dig. de contr. tut. act. 27. 4.

als Vergütung für Versäumnisse

L. 1. §. 9. Dig. de tut. act. 27. 3.

L. 10. §. 9. Dig. mandati. 17. 1.

nach Beschaffenheit der Umstände auch eine Belohnung für besondere Mühwaltungen

L. 33. §. 3. Dig. de admin. tut. 26. 7.

Kraut, Vormundschaftsrecht §. 58. Th. II. Seite 159.

v. Bülow in Scholz Magazin I. 2. Seite 19.

gebührt;

2) Ansprüche dieser Art in Gemäßheit der Bestimmungen des römischen Rechts zwar erst nach Beendigung der Vormundschaft gerichtlich geltend gemacht werden,

L. 1. §. 2. 3. Dig. de contr. tut. 27. 4.

gegenwärtig bei veränderter Einrichtung des Vormundschaftswesens jedoch, und weil der Vormund schon während der Dauer der Vormundschaft zu jährlicher Rechnungsablage verpflichtet ist, in den abzulegenden Vormundschaftsrechnungen unter den Ausgabebefäzen.

L. 1. §. 4. Dig. de contr. tut. 27. 3.

L. 1. §. 5. 7. Dig. de administr. tut. 26. 7.

liquidirt und als solche von der Obervormundschaft, welcher die behuflige Bestimmung darüber allerdings zusteht, zugelassen und genehmigt werden können.

Kraut, Vormundschaftsrecht §. 57. Th. II. Seite 157, 158.

Stryk, usus modern. 27. 4. §. 1.

Vormundschaftsordnung für die Stadt Braunschweig von 1689 §. 17.

Ordnung und Instruction der Vormundschaftsherren in der Stadt Braunschweig von 1689 §. 11. 16.

Vormundschaftsordnung für die Stadt Helmstedt von 1716 §. 34. 36.

3) Recurrentin die Aufkünfte und Früchte des Hofes bezieht, und soweit selbige reichen die in Folge des Neubaus der eingedächerten Gebäude erwachsenen Unkosten, jedenfalls die Verzinsung zu übernehmen, sich nicht entziehen kann;

der Recurs wider die Verfügungen Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen vom 5. Mai und Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 16. Juni d. J. als unbegründet zurückzuweisen und die Rücksendung der Acten mit beglaubter Abschrift dieser Resolution verordnet werde.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 13. Mai 1861.

Auf die von dem Rothsassen Heinrich Rosenthal zu Rissenbrück gegen die Verfügungen des Herzogl. Kreisgerichts Wolfenbüttel vom 16. und 26. März d. J., durch welche die obervormundschaftliche Genehmigung zu der Verpfändung des dem minderjährigen Rosenthalschen Sohne zugehörigen, sub Nro. ass. 19 zu Rissenbrück belegenen Rothhofes für ein aufzunehmendes Darlehn zu 900 Thlr. verweigert ist, mit dem Berichte des Herzogl. Kreisgerichts hieselbst vom 16. April d. J. eingesandten Recurs wird nach Einsicht der Acten zum Bescheide ertheilt:

Das Herzogl. Kreisgericht hat zwar in der Verfügung vom 16. März d. J. die Genehmigung dazu ertheilt, daß der für den minderjährigen Rosenthalschen Sohn bestellte Specialcurator autorisirt werde, in die Contrahirung einer Anleihe im Betrage von 700 Thlr. gegen 4 Procent Zinsen an Seiten des Rothsassen Rosenthal und zu der Verpfändung des dem Sohne desselben zugehörigen sub Nro. ass. 19 zu Rissenbrück belegenen Hofes zu willigen, von dem gedachten Gerichte ist jedoch die Genehmigung zu der Aufnahme der die vorbemerkten 700 Thlr. überschießenden 200 Thlr. und zu der Verpfändung des Hofes für diese letztere Anleihe deshalb verweigert, weil durch solche 200 Thlr. die Bezahlung persönlicher Schulden des p. Rosenthal beabsichtigt werde.

Wenn nun gleich eine das Gericht verpflichtende Nothwendigkeit der Verpfändung des fraglichen Rothhofes für eine Anleihe von 900 Thlr. aus den Acten nicht erhellet, so hat sich dennoch durch die angestellte Sachuntersuchung die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Verpfändung herausgestellt, indem nicht nur der Rosenthalsche Specialcurator und die vernommenen Familienfreunde, sondern auch das Herzogl. Amtsgericht in dem Berichte vom 16. v. M. sich dahin ausgesprochen haben, daß der Rothsasse Rosenthal, welchem durchaus kein Vorwurf rückfichtlich der Bewirthschaftung seines Hofes zu machen sei, außer Stande sich befände, auf seinen persönlichen Credit die in Frage kommenden 200 Thlr. aufzuleihen und die Vollstreckung der erkannten Execution das Interesse seines Sohnes nothwendig berühren müsse.

Diese Befürchtung erscheint allerdings begründet, da durch eine Auspfändung ohne Zweifel nachtheilige Störungen in der Wirthschaftsführung herbeigeführt werden und hierdurch das Interesse des Rosenthalschen Sohnes leicht gefährdet werden kann.

Es wird daher unter Abänderung der Verfügungen des Herzogl. Kreisgerichts vom 16. und 26. März d. J. die von demselben ohne ausreichenden Grund verweigerte obervormundschaftliche Genehmigung zu der Aufnahme einer Anleihe von 900 Thlr. an Seiten des Rosenthalschen Specialcurators und zu der Verpfändung des sub Nro. ass. 19 zu Rissenbrück belegenen Rothhofes sammt Zubehör unter Ausföhrung der von dem Rothsassen Rosenthal laut Protocolls des Herzogl. Amtsgerichts vom 21. März d. J. angebotenen Sicherungsmaßregeln hierorts ertheilt und die Rücksendung der Acten an das Amtsgericht mit einer beglaubigten Abschrift dieses Bescheides, imgleichen die Benachrichtigung des Herzogl. Kreisgerichts durch eine gleiche Abschrift verfügt.

350 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

Entscheidung Herzogl. Obergerichts vom 28. October 1861.

In Sachen, die Vormundschaft für die Tochter des Ackermanns Greune in Wolperode betreffend, wird auf die Beschwerde der Wittve Greune gebornen Greune vom 3. v. M. nach Eingang der amts- und kreisgerichtlichen Acten folgende Entscheidung abgegeben:

Wenn schon das römische Recht

L. 1. Cod. ubi pup. educ. deb. 5. 49. Nro. 22 cap. 38.

anordnet, daß der Pupill von der Mutter zu erziehen sei, so gewährt dieser das vaterländische Recht vermöge der sogenannten elterlichen Gewalt einen vollkommenen Anspruch auf Verabfolgung und Erziehung desselben.

Mittermaier, Deut. Privatrecht II. §. 362.

Bluntschli, Deut. Privatrecht II. §. 174.

Glück, Pandekten II. §. 137. 138 pag. 257, 259, 268, 272,

welcher nach dem Tode des Vaters in ausschließliche Wirksamkeit tritt und der Mutter nur im Falle der Unwürdigkeit oder des Mißbrauchs entzogen werden kann, so daß vormundtschaftliche Maßregeln nur unbeschadet jenes Erziehungsrechts stattfinden.

Ein Ausfluß dieses Rechts ist dann auch die Zuständigkeit der Mutter, über die Frage zu entscheiden, ob das Kind zu nöthiger Unterweisung zeitweise einer anderen Familie und welcher anzuvertrauen sei.

Die von dem Vormunde gegen die mütterliche Erziehung der Curandin vorgebrachten oder angedeuteten Gründe:

eine einmal vorgekommene Nichtbeaufsichtigung bei einem Tanzvergnügen,
anstößiger Verkehr der Mutter mit einem gewissen Lenge,
die Absicht derselben die Curandin in einen anderen Hof zu verheirathen,
die Anstellung der Curandin bei ländlichen Arbeiten, —

sind — theils unerheblich, wie der erste, — theils illiquide, wie der zweite und dritte — theils unstatthaft, wie der vierte, weil der Erzieher Anspruch auf wirthschaftliche Arbeiten des Kindes hat und die Uebung darin einer künftigen Hofwirthin gewiß von Nutzen ist, — diesen Gründen entgegen steht aber auch

theils die anerkannte Tüchtigkeit der Reclamantin als Haus- und Hofwirthin,
die Gelegenheit im eigenen Hofe die innere Wirthschaft zu erlernen,
die Eigenschaft des Schillingschen Haushalts als Gastwirthschaft,
die unvollkommene Körperbildung der Curandin und
die Gefahr das mütterliche Ansehen und den Familienfrieden zu beeinträchtigen.

Unter diesen Umständen kann es auf die Frage, ob das durch die angegriffene Maßregel allerdings verletzte Erziehungsrecht der Recurrentin zuvor erst durch ein contradictorisches, der Vertheidigung und dem Beweise Raum gebendes, Verfahren und Erkenntniß — in totum oder tantum — habe beseitigt sein müssen, hier nicht weiter ankommen, weil die Maßregel auch dem als unvollkommenes Recht gedachten Widerspruche der Mutter gegenüber sich nicht empfiehlt.

Ob der zwischen dem Vormunde und der Mutter offenbar bestehenden und die Verfolgung des gemeinschaftlichen Zweckes ebenso offenbar erschwerenden Spannung wegen jener zu entlassen und durch diese oder eine andere Person zu ersetzen sei, steht ebenfalls nicht zur Entscheidung.

Aus obigen Gründen werden, nachdem Recurrentin jetzt wieder darauf besteht, die Curandin überall nicht herauszugeben, die Verfügungen des Herzogl. Amtsgerichts Gandersheim vom 24. Juli und des Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 24. Juni und 22. August c. hiermit aufgehoben und sollen die eingesandten Acten mit beglaubter Abschrift dieser Entscheidung an Herzogl. Kreisgericht Gandersheim zur Benachrichtigung des Herzogl. Amtsgerichts daselbst remittirt werden.

Höchstes Rescript vom 30. Januar 1862 an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Wilhelm, Herzog 2c.

Wir eröffnen dem Herzogl. Stadtgerichte auf den Bericht vom 4. d. Mts. wegen des vor Notar geschehenen meistbietenden Verkaufs eines zum Nachlasse des verstorbenen Brauereibesizers Martin Friedrich Eduard Röttger, hieselbst, gehörenden Gartengrundstücks, dass da durch die Landesherrliche Verordnung vom 5. November 1763, welche, wenn auch nur von Verpachtungen redend, mit gleichem und noch stärkerem Rechtsgrunde auch auf den Verkauf unbeweglicher Güter anzuwenden ist und angewendet wird, bestimmt vorgeschrieben werden, dass der meistbietende Verkauf von Gütern, bei welchen Pflegebefohlene theilhaftig sind, von dem competenten Gerichte vorzunehmen sei, Wir mit dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig dafür halten, dass zur Rechtsbeständigkeit des in Rede stehenden Verkaufs die höchste Dispensation von der unterlassenen Beobachtung der erwähnten gesetzlichen Vorschrift erforderlich sei. Da übrigens unter den in dem Berichte vorgetragenen Umständen das Interesse der bei dem fraglichen Verkaufe concurrirenden minderjährigen Röttgerschen Tochter hinlänglich gewahrt erscheint, so wollen Wir die nöthige Dispensation hierdurch ertheilen und hat daher Herzogl. Stadtgericht hiernach das Weitere zu verfügen.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium zu Braunschweig vom 30. Juni 1862.

Zur Befolgung des hohen Conclust vom 5. d. Mts. Nro. 5089 verfehlen wir nicht in Betreff des Gesuches des Häuslings Carl Reusche zu Reppner um Bestätigung seiner Arrrogation der Wilhelmine Conradine Vogel daselbst uns in Folgendem gutachtlich zu äussern.

Der Häusling Carl Reusche zu Reppner, 30 Jahr alt, hat unter Zustimmung seiner gleich alten Ehefrau Juliane gebornen Brandes am 19. Mai d. J. vor Herzogl. Amtsgerichte Salder die Erklärung abgegeben, dass er die am 9. März v. J. geborne uneheliche Tochter der am 28. November v. J. verstorbenen Sophie Louise Conradine Vogel mit Namen Wilhelmine Conradine Vogel, arrogiren wolle. Der für das genannte Kind bestellte Vormund hat diese Erklärung acceptirt und die vermögensrechtlichen Verhältnisse mit dem p. Reusche vertragsmäßig

352 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

festgestellt, worauf vom Herzogl. Amtsgerichte Salder, nach erfolgter zustimmender Erklärung der Familienfreunde, die Genehmigung des Arrogationsvertrags höchsten Orts beantragt ist.

Die Reuscheschen Eheleute, welche kein Vermögen besitzen, jedoch durch ihrer Hände Arbeit gutes Auskommen haben, sind kinderlos. Die Wilhelmine Conradine Vogel ist nach dem Tode ihrer Mutter gänzlich verwaist, da unlängst auch ihre Großmutter, welche zeitweilig für das Kind sorgte, gestorben ist. Die nächsten Blutsverwandten des Kindes sind fünf Schwestern der verstorbenen Mutter desselben, von denen die eine sich im unverschuldeten Stande in Reppner aufhält, wogegen die übrigen, deren Aufenthaltsorte nicht haben angegeben werden können, fortgezogen sind.

Der p. Reusche hat der Wilhelmine Conradine Vogel mit Annahme an Kindesstatt die Ansprüche eines ehelichen Kindes in Bezug auf seinen Stand, seinen Namen und sein Vermögen eingeräumt und unter Angelobung guter christlicher Behandlung und Erziehung versprochen, das Kind bis dahin, dass es sich selbst zu unterhalten im Stande sein werde, zu versorgen.

Das Vermögen des Kindes besteht in Folgendem:

- 1) in einem Koffer, 27 Bund rauhen Flachs, zwei Sack Flachsnoten und einigen aus dem Nachlasse der Großmutter herstammenden Bettstücken;
- 2) in den Forderungen an seinen natürlichen Vater, Dienstknecht Heinrich Cassel in Delber am w. B., welcher sich vertragsmäßig verpflichtet hat, an Alimenten auf 14 Jahre 8 Thlr. jährlich und zur Berichtigung der der verstorbenen Mutter zuständig gewesenen Deflorationsforderung 10 Thlr. in fünf gleichen Jahresraten von 2 Thlr. zu zahlen;
- 3) in einem bei Herzogl. Leihhause verzinslich belegten Capitale von 25 Thlr.

Es hat nun der Vormund auf Verlangen des p. Reusche darin eingewilligt, dass demselben die ad 1 gedachten Sachen überlassen, ihm auch die ad 2 aufgeführten Forderungen und die Zinsen des Leihhauscapitals sub 3 abgetreten werden, wogegen der Vormund dem Kinde das Leihhauscapital von 25 Thlr. bis auf Weiteres deshalb vorbehalten hat, weil die Gemeinde Reppner, welche sich bereit erklärt hat, zunächst auf fünf Jahre einen jährlichen Alimentenbeitrag von 2 Thlr. zu zahlen, die Erstattung dieser Vorschüsse reservirt.

Da das Vermögen arrogirter Kinder, insofern es nicht castrensischer oder quascastrensischer Erwerb ist, als adventitium zu behandeln ist, an welchem dem arrogirenden Vater der Nießbrauch zusteht,

§. 2. I. de acquis. per arrogat. 3. 11.

und da die Alimentations-Verbindlichkeit, welche für den Arrogirenden Folge der Annahme an Kindesstatt ist, nur in dem Maße eintritt, als nicht bereits anderweit für die Unterhaltung des Kindes gesorgt ist

L. 5. §. 7. Dig. de agnosi. et alend. lib. 25. 3.

L. 8. §. 5. Cod. de bon. qu. lib. 6. 61.

erscheint die Ueberweisung der fraglichen Alimentengelder und Capitalzinsen als gesetzliche Consequenz des Arrogations-Verhältnisses und kann es sich deshalb nur noch um eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Abtretung des geringfügigen Mobiliars und der Deflorations-Forderungs-raten handeln.

Es läßt sich zur Genüge übersehen, daß die für Erhaltung der Wilhelmine Conradine Vogel vorhandenen eigenen Mittel binnen einiger Zeit consumirt sein werden, auch ist nach Lage der Verhältnisse anzunehmen, daß der p. Reusche die fraglichen Ueberlassungen nicht aus gewinn-süchtiger Absicht, sondern in Berücksichtigung seiner eigenen Mittellosigkeit, als billigen Beitrag zur Tragung der von ihm übernommenen Alimentationslasten in Anspruch nimmt. Wenn nun gleich nach der L. 3. §. 1. Dig. ubi pupillus educari u. 27. 2. enthaltenen Regel die Vormünder zur Erhaltung der Pupillen nur die Revenüen des Vermögens derselben auf mäßige Weise verwenden sollen, so kann doch diese Regel der Natur der Sache nach keine Anwendung finden, wenn das vorhandene Vermögen so geringfügig ist, daß selbst durch Verzehren der Substanz genügende Alimente nicht zu beschaffen sind, und wird hier nur die in Kro. 72 cap. 8. den Vormündern gegebenen Anweisung „ut, ad Deum respicientes, administrationem tanquam in suis rebus peragant“ zu berücksichtigen sein. Da unter obwaltenden Umständen die Möglichkeit, auf andere als die vorgeschlagene Weise passend für die Unterhaltung der Wilhelmine Conradine Vogel zu sorgen, nicht zu ersehen ist, auch bei vorhandenem, hier nicht zu bezweifelnden Nothstande, als gerechtfertigt anzunehmen ist, daß selbst das ganze Vermögen aufgewandt wird, wenn dadurch für angemessene Unterhaltung des Pflegebefohlenen in bestimmten Verhältnissen gesorgt werden kann,

Schweppe, Röm. Privatrecht Bd. 4. §. 749 S. 322

so erscheinen die in dem Arrogations-Vertrage vorgenommenen Veräußerungen, zu welchen übrigens bei Geringfügigkeit des Objects freisgerichtliche Cognition nicht erforderlich ist, vollkommen zulässig.

In Bezug auf die gegenseitigen erbschaftlichen Verhältnisse enthält die getroffene Ueber-einkunft weitere Bestimmungen nicht, als die von Seiten des p. Reusche an die Einräumung voller Kindesrechte angeknüpfte wörtlich dahin gehende Erklärung:

„Indessen will ich für den Fall, daß mir aus meiner gegenwärtigen oder einer künftigen anderweiten Ehe noch Kinder sollten geboren werden, der Wilhelmine Conradine Vogel die gesetzlichen Erbrechte eines ehelichen Kindes in meinem künftigen Nachlasse und unter der Voraussetzung einräumen, daß die Blutsverwandten der Curandin, falls solche vor mir versterben sollte, auf das hinterlassene Vermögen derselben Anspruch nicht machen sollten“.

Es enthält diese Erklärung, ihrer Fassung nach, augenscheinlich einen inneren Widerspruch, indem der Eintritt der Bedingung, von welcher p. Reusche bei etwa noch erfolgender Geburt ehelicher Kinder das Kindeserbrecht der p. Vogel abhängig macht, nach der Natur der Dinge nicht zu ermitteln ist, da in diesem Falle der p. Vogel ein gesetzliches Erbrecht an dem Nachlasse des Reusche nicht deferirt werden, auch Niemand wissen kann, ob die Blutsverwandten der p. Vogel, wenn dieselbe vor p. Reusche gestorben wäre, an deren Nachlass Ansprüche erhoben haben würden. Wenn gleich hiernach die obige Erklärung in der vorliegenden Form als unwirksam und die Rechte des zu arrogirenden Kindes nicht gefährdend angesehen werden darf, so möchte doch an-gemessen sein, die Betheiligten zu einer klaren Regulirung des in Rede stehenden Punktes zu veranlassen. Es ist in dieser Beziehung Folgendes zu bemerken.

354 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

Einem arrogirten Kinde stehen während der Dauer des Arrogations-Verhältnisses die völligen Erbrechte eines suus heres, gleich den natürlichen ehelichen Kindern zu

Glücks, Lehre von der Intestaterbfolge §. 110.

Mühlenbruch in Glücks Erläuterungen Bd. 35. S. 166.

Puchta's Pandekten 8te Auflage §. 454

und der arrogirende Vater handelt keineswegs, wie der amtsgerichtliche Bericht sub 1 anzunehmen scheint, gegen gesetzliche Vorschrift wenn und insoweit er das arrogirte Kind durch letzten Willen oder vertragsmäßig den in der Ehe gebornen natürlichen Kindern erbrechtlich gleichstellt. Nur in dem besonderen Falle, daß ein arrogatus impubes ohne gerechten Grund emancipirt — also das Arrogations-Verhältniß mit seinen Folgen aufgehoben — oder enterbt wird, steht ihm die als Schuld auf dem Nachlasse haftende und gegen die Erben geltend zu machende

L. 8. §. 15. Dig. de inoff. test. 5. 2

Forderung der Quarta D. Pii auf den vierten Theil des Nachlasses des arrogirenden Vaters zu §. 2. Just. de adopt. 1. 11

es wird indess augenscheinlich diese Forderung in keiner Weise alterirt, wenn letztwillig eine Gleichstellung des arrogirten mit etwa noch gebornen natürlichen ehelichen Kindern stattgefunden hat.

Was die erbchaftlichen Rechte des arrogirenden Vaters am Vermögen des arrogirten Kindes betrifft, so geht die herrschende Ansicht dahin, daß dieselben, und zwar jedenfalls alsdann wenn das arrogirte Kind natürliche Eltern nicht mehr hat, den Erbrechten des natürlichen parens gleichstehen

Glücks Intestaterbfolge §. 114.

Mühlenbruch in Glücks Erläuterungen Bd. 35. S. 223 folg.

Puchta, I. c.

jedoch mit der auf besonderer Gesetzesvorschrift beruhenden Einschränkung, daß bei Arrogation eines Unmündigen der Arrogirende verpflichtet ist, das an ihn gelangte Vermögen des Arrogirten an diejenigen, welche es ohne stattgehabte Arrogation erhalten haben würden, herauszugeben, wenn der Arrogirte in der Unmündigkeit verstorben ist.

§. 3. Just. de adopt. 1. 11.

L. 17. §. 1. 2. L. 18—20. Dig. eod. 1. 7.

Die citirten Gesetze schreiben hierbei noch vor, daß zur Sicherung der gedachten Vermögensherausgabe Caution bestellt werden soll. In Bezug auf diejenigen Bedenken, welche der Bericht des Herzogl. Amtsgerichts Salder sub 2, rücksichtlich dieser Vermögensherausgabe und Sicherstellung anregt, ist zunächst hervorzuheben, daß p. Reusche eventuell nicht verpflichtet sein könnte, diejenigen Objecte wieder auszuliefern, welche ihm jetzt vermöge des bei der Arrogation abgeschlossenen Alimentations-Vertrages definitiv zu Eigenthum abgetreten werden, da die Herausgabe sich nach der in L. 18. Dig. de adopt. 1. 7. enthaltenen Bestimmung nur auf das beziehen kann, was im Eigenthume des Kindes verblieben und durch die Arrogation zur väterlichen Verwaltung in seine Hände gekommen ist. Es geht nun die Intention des p. Reusche, nach seiner oben erwähnten unwirksamen Erklärung, offenbar dahin, die Blutsverwandten des zu arrogirenden Kindes mit ihren beschränkten erbchaftlichen Ansprüchen auszuschließen, es wird indess kaum zu

erreichen sein, diese gesetzlichen Erbrechte zu beseitigen. Einem etwaigen Verzicht der demaleinst Berechtigten steht factische Ungewissheit des ganzen Verhältnisses und sehr wahrscheinliche Weigerung der Betheiligten entgegen und eine letztwillige Zuwendung von Seiten der Wilhelmine Conradine Vogel wird durch das Fehlen der testamenti factis verhindert, welche auch den wirklichen Abschluß eines Erbvertrages nicht zulassen wird.

Besellers Erbverträge Th. II. S. 254 folg.

Hartmann, Lehre von den Erbverträgen S. 31.

Die von dem Arrogirenden zu bestellende Caution, welche sich übrigens in dem vorliegenden Falle nur auf den Betrag des in die Verwaltung des p. Reusche übergehenden Leibhauscapitals von 25 Thlr. beziehen könnte, wird zwar in L. 18. Dig. cit. gebietend vorgeschrieben; da sich indeß aus der gesetzlichen Aeußerung in L. 17. §. 5. Dig. cit. Satisfactio autem in his casibus dari solet und den in L. 19. §. 1. Dig. cit. enthaltenen Gestattung einer actio utilis für den Fall, daß keine Caution bestellt wurde, entnehmen läßt, daß die Cautionsbestellung kein nothwendiges Requisit einer wirksamen Arrogation ist, überdies auch weder Veranlassung zur Aufrechterhaltung von Pupillar-Substitutionen vorliegt — L. 19. pr. Dig. cit. noch Veranlassung zu der in L. 2. Cod. de adopt. 8. 48. geäußerten Besorgniß: ne sub copulandae adoptionis obtentu, in facultates ejus, quae ei diligenti provisione servandae sunt, irruas. vorhanden ist, dürfte nach Lage der Sache von dem Verlangen der Cautionsbestellung um so mehr abgegangen werden können, als die betreffende Vorschrift gleich anderen in den Gesetzen bei der Arrogation für beachtenswerth erklärten Punkten mehr als Fingerzeig für die causae cognitio des Richters, denn als absolute Vorschrift aufzufassen ist.

Genzler, Lehrbuch des deutschen Privatrechts Bd. II. S. 193 No. 2.

Unter der Voraussetzung anderweiter, den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Regulirung in Bezug auf die erbchaftlichen Ansprüche für den Fall des während der Impubertät erfolgenden Todes der Wilhelmine Conradine Vogel, möchte der vorliegenden Arrogation rücksichtlich der zur gutachtlichen Erwägung verstellten Punkte ein deren Rechtsbeständigkeit betreffendes Bedenken nicht entgegenstehen. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Amtsgericht Salder
vom 12. Juli 1862.

Den Bericht vom 27. Mai d. J. über das Gesuch des Häuslings Carl Reusche zu Reppner, um Bestätigung der von ihm vorgenommenen Arrogation der Wilhelmine Conradine Vogel haben Wir erhalten.

Wir haben Uns veranlaßt gefunden, über die Rechtsbeständigkeit der bei Gelegenheit dieser Arrogation gemachten vertragsmäßigen Feststellungen die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen den von demselben unterm 30. v. Mts. erstatteten Bericht dem Herzogl. Amtsgerichte s. l. r. hierbei zugehen und wie Wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind, so hat Herzogl. Amtsgericht, diesem gemäß, so viel die gegenseitigen erbchaftlichen Ansprüche des Arrogirenden und der Arrogirten betrifft, zuvörderst eine anderweite contractliche Regulirung zu veranlassen und demnächst weiter in der Sache zu berichten.

356 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Amtsgericht Lhedinghausen
vom 14. Februar 1863.

Mit Rücksendung der Acten, die Klusmannsche und die Bischoffsche Vormundschaft betreffend, eröffnen wir Ihnen auf Ihren Bericht vom 25. d. M. daff,

da die zur obervormundschaftlichen Cognition verstellten Vergleiche den Alimentations-Anspruch der unehelichen Kinder an ihren vermuthlichen Vater nicht selbst betreffen, solcher Anspruch nicht etwa gegen Zahlung einer Aversionalsumme aufgehoben, vielmehr als bestehend und bestehen bleibend vorausgesetzt, lediglich das Maß der jährlichen Alimentenbeiträge vergleichsweise festgestellt worden ist

die kreisgerichtliche Genehmigung der eingegangenen Vergleiche nicht erforderlich erscheine und die weitere Verfügung lediglich zu dem Ermessen des Herzogl. Amtsgerichts verstellt bleiben müsse.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 14. Februar 1863.

Auf die von dem Particulier Christian Bührig, in Braunschweig, wegen Entziehung väterlicher Rechte an dem Vermögen seines minderjährigen Sohnes Wilhelm Bührig gegen die Bescheide des Herzogl. Stadtgerichts Braunschweig vom 6. October und des Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 13. December v. J. erhobene Beschwerde wird, nachdem die bezüglichen eingeforderten Acten mittelst Berichts des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 26/31. Januar d. J. eingefandt sind, zum ferneren Bescheide ertheilt:

Die Verordnung vom 6. Mai 1828 Nro. 13 handelt von dem dem väterlichen Verwaltungs- und Nutznießungsrechte unterworfenen Vermögen der Kinder und auch speciell von der Entziehung der Verwaltung an einem solchen Vermögen wegen kündbarer Insufficienz des Vermögens oder ungetreuer Verwaltung des Vaters und es mag dahin gestellt sein, ob in einem Falle, wenn dem Vater die ihm kraft seiner väterlichen Gewalt zustehende Verwaltung an einem solchen seiner Administration unterliegenden Vermögen seiner Kinder wegen ungetreuer Verwaltung entzogen werden soll, nicht das im §. 209 folg. der Civ.-Proc.-Ord. vorgeschriebene Verfahren bei Anordnung von Curatelen über Großjährige zur Anwendung zu bringen ist, worauf auch die L. 13. §. 2. Cod. de sent. passis et restit. 9. 51. welche in der Verordnung vom 6. Mai 1828 allegirt ist, hindeutet, allein von einem solchen in dem Gesetze vorausgesetzten Falle ist hier nicht die Rede.

Es ist hier von dem Erwerbe der dem minderjährigen Haussohne des Querulanten, Wilhelm Bührig, und zwar als Notherbe kraft des Gesetzes deferirten Erbschaft seiner am 22. November 1860 verstorbenen Mutter, der Ehefrau des Beschwerdeführers, die Frage. Ueber den Erwerb einer dem Haussohne angefallenen Erbschaft enthalten die Gesetze

L. 8. pr. et §. 1. Cod. de bonis quae liberis

besondere Bestimmungen. Es wird zu dem Erwerbe der übereinstimmende Wille des Vaters und des Hauskinds erfordert, indessen auch die Berechtigung eines Jeden derselben, wider den Willen des Anderen die Erbschaft allein für sich anzutreten, anerkannt und es hat eine solche einseitige

Erbchaftsantretung die Rechtsfolge, dass dieselbe für den Antretenden allein alle aus dem Erwerbe sich ergebenden Vortheile und Schäden herbeiführt, für den die Antretung Verweigernden aber völlig unnachtheilig ist und namentlich geht eine von dem Hauskinde allein wider den Willen des Vaters erworbene Erbchaft in dessen peculium adventitiam irregulare über. In L. 8. §. 1. cit. ist ferner geordnet, dass wenn der minderjährige Haussohn wider den Willen des Vaters eine ihm deferirte Erbchaft antreten will, ihm von der Obrigkeit ein Curator in Bezug auf die angefallene Erbchaft zu erbitten gestattet ist, und nach der Reichs-Pol.-Ord. Tit. 32. §. 1. 3. kann es keinen Zweifel haben, dass wenn der Vater eine dem Hauskinde angefallene Erbchaft nicht antreten will, das vormundschaftliche Gericht, wenn es eine solche Erklärung für das minderjährige Hauskind nachtheilig findet, von Amtswegen einen Curator zu bestellen befugt und verpflichtet ist, welcher zu prüfen hat, ob es im Interesse des minderjährigen Hauskinds liegt, von dem gesetzlich demselben zustehenden Rechte der Antretung der Erbchaft wider den Willen des Vaters Gebrauch zu machen und eventuell das Erbrecht seines Curanden gerichtlich zu verfolgen und in jeder Weise zu wahren.

Im vorliegenden Falle hat die Mutter des Wilhelm Bührig in ihrem am 9. December 1859 errichteten und am 26. November 1860 publicirten solennen schriftlichen Testamente ihre Tochter, die Ehefrau des Wagenfabrikanten Albert Bock, Dorethea geb. Bührig zur einzigen Erbin mit der Auflage, an jeden der Miterben, ihren Gemann, den Beschwerdeführer, die Kinder ihrer verstorbenen Tochter, Ehefrau Horenburg, und ihren Sohn Wilhelm Bührig, je 100 Thlr. auszuzahlen, ernannt, und die eingesezte Erbin hat den Bestand der Erbchaft auf mehr als 22,000 Thlr. declarirt.

Der Beschwerdeführer hat wiederholt erklärt, die Intestat- und Notherbenrechte seines Sohnes nicht geltend machen zu wollen und versichert, dass er das Testament anerkannt habe.

Bei dieser Sachlage hatte das vormundschaftliche Gericht eine genügende Veranlassung und Pflicht zu prüfen, ob die von dem Vater rücksichtlich seines minderjährigen Sohnes erklärte Weigerung dessen gesetzliche und Notherbenrechte geltend zu machen, nicht dem Interesse des Sohnes zuwider laufe, und bei den anscheinend vorhandenen formellen Mängeln des Testaments und der materiellen Benachtheiligung in Hinsicht auf die gesetzliche bezüglich Pflichttheilsberechtigung des Wilhelm Bührig durch das mütterliche Testament, ist der Beschluss des vormundschaftlichen Gerichts, dem Wilhelm Bührig einen Curator behuf der Wahrnehmung seiner Erbanprüche an der mütterlichen Erbchaft zu bestellen, an sich gesetzlich statthast und durch die obwaltenden Verhältnisse gerechtfertigt.

Diesemnach wird die erhobene Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

Entscheidung Herzogl. Obergerichts vom 27. März 1863 an Herzogl. Kreisgericht Holzminden.

In Sachen, die Beesefche Vormundschaft zu Holzminden betreffend, hat das Herzogl. Amtsgericht Eschershausen Recurs gegen die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden vom 7. d. Mts. verfolgt, worauf wir hiermit Entscheidung abgeben.

358 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

In formeller Hinsicht war es nicht in der Ordnung, daß das Herzogl. Amtsgericht Eschershausen, nachdem Herzogl. Kreisgericht bereits unterm 4. v. Mts. sich über die obervormundschaftliche Competenz ausgesprochen hatte, dieselbe, statt bei der ihm vorgesetzten Behörde Vorstellung zu erheben, ablehnte, und dem Herzogl. Amtsgerichte Holzminden das Weitere überließ, was dem erstgedachten Amtsgerichte zu künftiger Beachtung bemerklich zu machen ist.

In der Sache selbst ersehen wir aus den uns eingereichten in sieben Heften hierbei ersolgenden Acten, daß der Schreiber Fätke zu Holzminden, jetzt besoldeter Schreiber und Protocollführer bei dem dortigen Herzogl. Amtsgerichte, am 24. April 1848 als Vormund des minorennen Christian Friedrich Wilhelm Beese verpflichtet wurde und seitdem an verschiedenen contractlichen und vormundschaftlichen Verhandlungen vor dem gedachten Amtsgerichte Theil nahm. Nach dem Gesetze No. 50 vom 29. August 1858 §. 1 und 2 und da zu den dort erwähnten Rechtsfachen „allen“ auch die Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Vormundschaften gehören müssen, leidet es keinem Zweifel, daß, seitdem der p. Fätke als besoldeter Schreiber bei dem Amtsgerichte Holzminden angestellt war, die Competenz zu jenen Verhandlungen von diesem Gerichte auf das Amtsgericht Eschershausen überging. Wenn letzteres dagegen vorstellt, daß das fragliche Gesetz nur von eigenen Angelegenheiten der bei den Amts- und Stadtgerichten angestellten Beamten und ihrer Angehörigen handele und als Beispiel anführt, daß ein als Anwalt oder Mandatar eines Dritten auftretender Angehöriger die gerichtliche Competenz nicht alterire; so betrafen die mehrgedachten Verhandlungen theils eigene Angelegenheiten des angehörigen Mündels, theils die der Obervormundschaft verantwortliche Verwaltung des bei ihr angestellten Vormundes, also eine eigene Angelegenheit auch dieses: das gewählte Beispiel und der Einwand sind also gleich unzutreffend.

Neben den Bestimmungen des Gesetzes vom 29. August 1850, wonach Herzogl. Amtsgericht Eschershausen die Beesesche Vormundschaft zu leiten hat, so lange Fätke angestellter Schreiber des Amtsgerichts Holzminden ist und als Vormund fungirt resp. soweit er aus der geführten Vormundschaft dem Staate verantwortlich ist, bleiben nun aber die in unserm Circular-Rescripte an die Herzogl. Kreisgerichte vom 20. Februar 1850 (Bege, Repert. VIII. S. 27) und in unserm Berichte an Herzogl. Staatsministerium vom 15. ejusd. (Bege, Repert. VIII. S. 112) entwickelten Vorschriften in voller Kraft. Sie wollen deshalb mittelst geeigneter Verfügungen veranlassen.

- 1) daß der p. Fätke seine weitere Thätigkeit in der Beeseschen Vormundschaft unverzüglich einstelle und praestitis praestandis von dem dazu competenten Herzogl. Amtsgerichte Eschershausen becharget werde;
- 2) daß dem Mündel unverzüglich ein anderer Vormund beigeordnet und mit demselben vor dem wieder competenten Amtsgerichte Holzminden das Weitere verhandelt werde;
- 3) daß hierbei die Bedenken, welche gegen die Legalität der von dem Fätke selbst expedirten Autorisation vom 25. October 1862 und der von demselben protocollirten Vernehmung der Beeseschen Familienfreunde vom 12. December 1862 sich ergeben, gehoben werden.

Abchrift dieses Rescripts ist beiden genannten Herzogl. Amtsgerichten zuzufertigen.

Vericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium
vom 13. Juli 1863.

Nach dem Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 3/6. v. Mts. haben wir uns darüber gutachtlich zu äußern:

ob es gesetzlich zulässig sei, dass ein Vater ein von ihm anerkanntes natürliches Kind adoptire, um demselben erst dadurch die bürgerlichen Kindschaftsrechte zu verleihen, oder ob zur Ertheilung solcher Rechte nicht ausschließlich eine Legitimation des Kindes durch Landesherrliches Rescript erforderlich sei?

und versehen wir nicht das geforderte Gutachten in Folgendem zu erstatten.

Freiwillige Anerkennung eines unehelichen Kindes von Seiten seines Vaters giebt nach den Bestimmungen des Preuß. Landrechts Th. II. Tit. 2. §. 597. 652—656 und Anhang §. 97 und 98 und des Code Napoleon Art. 334 2c. 756 2c. dem Kinde gewisse Rechte auf den Nachlass des Vaters und nach Justinianischem Rechte erben im Concubinate erzeugte liberi naturales, wenn sie als solche anerkannt sind, beim Vorhandensein gewisser Umstände ein Sechstheil von der Intestaterbschaft des Vaters.

Nach Maßgabe der Landesherrlichen Verordnung vom 9. April 1770 (Schneiders Repert. I. 414. 415, Steinacker, Privatrecht §. 17 Nro. 2) kann aber solcher freiwilligen Anerkennung keine andere Wirkung beigelegt werden, als dass dadurch dem Kinde der Anspruch auf Verabreichung von Alimenten erworben wird, während der Vater auf solche Weise überall keine klagbar zu verfolgenden Rechte, insonderheit keine Rechte der väterlichen Gewalt in Beziehung auf das anerkannte Kind erlangt.

Zum Erwerbe der väterlichen Gewalt über das uneheliche Kind und damit dieses die Rechte ehelich geborner Kinder erlange ist erforderlich
entweder

Adoption, sofern das uneheliche Kind von seinem Vormunde oder durch sich selbst bereits einem Anderen in Arrogation gegeben worden, und Arrogation, falls das Kind sui juris geblieben war
oder

Legitimation.

1) Im neueren römischen Rechte ist dem Vater die früher erlaubt gewesene — L. 6. Cod. de natur. lib. 5. 27. — Adoption und Arrogation seiner liberi naturales d. h. seiner Concubinenkinder, so lange noch die Legitimation eines solchen Kindes durch nachfolgende Ehe möglich ist, verboten L. 7. Cod. de natur. lib. 5. 27.

Das Verbot ist auf im Concubinate erzeugte Kinder beschränkt, und liegt demselben der Zweck der Beförderung der Legitimation durch nachfolgende Ehe zum Grunde.

Demnach kann bezweifelt werden, ob das Verbot auch

- a. bei unehelichen Kindern anderer Art, bei spuriiis, vulgo quaesitis und
- b. in Fällen zur Anwendung zu bringen sei, in denen die Legitimation durch nachfolgende Ehe, insonderheit wegen eingetretenen Todes der Mutter nicht zu bewirken ist.

360 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

Das erste Bedenken anlangend kann freilich umgekehrt gesagt werden, da heut zu Tage die Legitimation auch bei anderen als Concubinenkindern vorkommt, so ist jetzt das Verbot auf uneheliche Kinder überhaupt und nicht bloß auf Concubinenkinder anzuwenden.

Holzschuher I. S. 607, 609. Nro. 8.

v. Bangerow §. 249. Not. 5.

Hierdurch wird aber das zweite Bedenken in den einschlägigen Fällen nicht beseitigt. Außerdem kommt in Betracht, daß zwar eine Adoption im engeren Sinne vor der competenten Obrigkeit vorgenommen werden kann

L. 4. Dig. de adopt. 1. 7.

L. 10. Cod. eod. 8. 48.

zur Gültigkeit einer Arrogation eines hominis sui juris aber Landesherrliche Genehmigung erforderlich ist

§. 1. Just. de adopt. 1. 11.

L. 2. pr. Dig. eod. 1. 7.

L. 2. Cod. eod. 8. 48.

und daß wenn gleich die Obrigkeiten bei Confirmation der Adoptionen an die in den Gesetzen gegebenen Vorschriften gebunden sind, der Landesherr in Bestätigung vorkommender Arrogationen von der Regel mittelst Dispensation Abweichungen eintreten lassen kann, wenn dadurch kein drittes Recht geschmälert wird.

Weber, Erläuterung der Pandekten §. 155. S. 74.

Strube, rechtl. Bedenken II. 62.

Thibaut, §. 486.

Braun zu §. 486. Th. 2. S. 417.

Neue Landschafts-Ord. §. 6.

Daß der Mühlenbauer Bode verheirathet ist und seiner Ehefrau ein Intestaterbrecht an dem Nachlasse desselben und zwar in Ermangelung von Descendenten und Ascendenten, ein ausschließliches Intestaterbrecht zusteht, kann ein Hinderniß um so weniger abgeben, als das landesgesetzliche Intestaterbrecht der Ehegatten kein Rotherbenrecht begründet und durch anderweite Dispensationen beschränkt und aufgehoben werden kann.

2) Hiernächst die Legitimation anlangend können nach römischem Rechte nur Concubinenkinder

§. 13. Just. de nupt. 1. 18.

Nro. 74 cap. 6. Nro. 89 cap. 15

gegenwärtig aber alle Arten der unehelichen Kinder sowol durch nachfolgende Ehe des Vaters mit der Mutter, als durch Landesherrliches Rescript

Nro. 74. cap. 1 u. 2. Nro. 89. cap. 9.

legitimirt werden

cap. 1. 6. X. qui filii sint legit. 4. 17.

cap. 1. 3. 6. X. de eo qui duxit. 4. 7.

Streitig ist nur, ob auch die im Inceste und die im Ehebruche erzeugten Kinder legitimationsfähig seien, solches jedoch anzunehmen, wenn Dispensation zur Ehe ertheilt worden ist oder ertheilt werden konnte.

cap. 13. X. qui filii sint legit. 4. 17

und die im römischen Rechte enthaltene Verheißung, daß die Legitimation durch Rescript nicht ertheilt werden solle, wenn der Vater die Concubine heirathen könne und eheliche Kinder habe, würde auch im letzten Falle die Landesherrliche Dispensations-Gewalt nur insoweit beschränken, als dadurch die Rechte der vorhandenen Kinder verletzt werden sollten.

Die Wirkungen der Legitimation und der Adoption (Arrogation) sind in der Hinsicht verschieden, daß die Legitimation dem Kinde die vollen Rechte ehelich geborner Kinder (Successionsrechte in Lehnsgüter II. Feud. 26. §. 26 Landschafts-Privil. Art. 32. Familien-Stammgüter — Gesetz vom 20. Mai 1858 Pro. 30 §. 6 Pro. 7 — und dergleichen ausgenommen) ertheilt, während die adoptirten und arrogirten der richtigen Ansicht zufolge wider ihren Willen emancipirt werden können und nach der Emancipation die Agnationsrechte verlieren, abgesehen von dem Rechte arrogirter Unmündiger auf die f. g. quarta D. Pii.

L. 10. pr. Cod. de adopt. 8. 48.

Vangerow, §. 257. Anm. 2.

Macfelden, §. 565. Not. g.

Arndts, Band. §. 427. Anm. 2.

Schweppes, Band. §. 621. Th. IV. S. 98.

Da die Arrogation ebenso wie die legitimatio per rescriptum principis durch ein Landesherrliches Rescript erfolgt und sich obiger Erörterung zufolge behaupten läßt, daß die Arrogation unehelicher Kinder nicht mehr verboten, sondern nur in gewisse Grenzen eingeschlossen sei,

Mühlenbruch, Band. §. 557. Not. 4.

Da ferner im vorliegenden Falle die Legitimation durch nachfolgende Ehe nicht mehr möglich ist, der p. Bode auch keine eheliche Kinder hat, so halten wir die gewählte Form der Arrogation, um dem Bodeschen unehelichen Sohne die Rechte eines ehelichen zu verleihen, für zulässig, insofern von der Vorschrift, daß der Arrogirende das 60. Lebensjahr zurückgelegt haben müsse, da der p. Bode erst 53 Jahr alt ist, zugleich Landesherrliche Dispensation ertheilt wird. 2c.

Höchstes Rescript an Herzogl. Stadtgericht Wolfenbüttel vom 18. Juli 1863.

Wilhelm, Herzog 2c.

Der Bericht vom 30. Mai d. J. über das Gesuch des Mühlenbauers Christian Bode zu Wolfenbüttel, um Bestätigung der von ihm vorgenommenen Arrogation des Schmiedegesellen Ludwig August Gottfried Friedrich Schell aus Zellerfeld, ist Uns seiner Zeit zugegangen.

Nachdem Wir Uns veranlaßt gefunden haben, über die nicht unbestrittene Rechtsfrage: ob es gesetzlich zulässig, daß ein Vater ein von ihm anerkanntes uneheliches Kind adoptire, um demselben erst dadurch die bürgerlichen Kindschaftsrechte zu verleihen? — oder ob zur Verleihung solcher Rechte nicht ausschließlich eine Legitimation des Kindes, entweder durch nachfolgende Ehe, oder durch Landesherrliches Rescript erforderlich sei? — die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts erfordern zu lassen, theilen Wir dem Herzogl. Stadtgerichte Abschrift des von diesem Collegium unterm 13. d. Mts. erstatteten Berichts hiebei mit und wollen nunmehr, im Einver-

362 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

ständnisse mit den darin entwickelten Ansichten, und da unter den von dem Herzogl. Stadtgerichte vorgetragenen Umständen auch sonstige Bedenken der Gewährung des vorliegenden Gesuchs nicht entgegenstehen, der von dem Mühlenbauer Christian Bode vorgenommenen Arrogation des Schmiedegesellen Ludwig August Gottfried Friedrich Schell unter Dispensation des ersteren von dem geseglichen Alterserfordernisse, die nachgesuchte Bestätigung hiedurch ertheilen.

Herzogliches Stadtgericht hat den Supplicanten daher hienach zu bescheiden und demselben die angeschlossene, über solche Confirmation ausgefertigte Urkunde für seinen genannten Adoptivsohn auszuhändigen.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 10. April 1865.

In Sachen, die Specialcuratel der minderjährigen Kinder des Kleinföthers Kiehne zu Rühle aus dessen erster Ehe betreffend, wird auf die von dem Kiehneschen Curator, Großföther Heinrich Schünemann aus Rühle gegen das Rescript des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden vom 29. Decbr. v. J. erhobene Beschwerde vom 8/13. v. M. hiermit folgender Bescheid ertheilt:

Die Landesherrliche Verordnung vom 6/20. Mai 1828 No. 13 bestimmt, daß das dem Vater an dem Vermögen seiner Kinder zustehende Verwaltungsrecht lediglich nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts zu beurtheilen sei und daß darauf die über die Vormundschaften und Curatelen bestehenden besonderen Vorschriften keine Anwendung finden. Danach steht allerdings fest, daß der Vater bei Veräußerungen und Verpfändungen, die er kraft väterlicher Gewalt vornimmt, nicht als Vormund behandelt werden darf.

Das gemeine Recht ermächtigt jedoch den Vater zu Veräußerungen und Verpfändungen nur in wenigen Fällen; dasselbe erklärt die Ueberschreitungen der geseglichen Grenzen vorgenommener Verfügungen für ungültig, so daß die Kinder ihr Eigenthum nach aufgehobener väterlicher Gewalt vindiciren können.

L. 1. L. 6. §. 2. L. 8. §. 5. Cod. de bonis maternis. 6. 60.

Es ist daher möglich, daß ein Rechtsact des Vaters erst nach Verlauf vieler Jahre die Erörterung der Frage herbeiführt, ob die Veräußerung bezüglich Verpfändung rechtliche Wirksamkeit habe oder nicht und es leuchtet ein, daß wegen der kaum vermeidlichen Verdunkelung des Sachverhältnisses die Entscheidung um so misslicher ist, je später sie erfolgt. Ebensowenig leidet es Zweifel, daß eine Veräußerung oder Verpfändung sich als nothwendig herausstellen kann, ob schon der Fall nicht füglich demjenigen beizuzählen ist, in welchem der Vater geseglich dazu autorisirt wird.

Demnach entsteht die Frage, ob es kein gesegliches Mittel giebt, um sowol die genügende Gewissheit über die Gültigkeit einer väterlichen Disposition sofort zu erlangen, als auch eine durch die Umstände gebotene Veräußerung oder Verpfändung in den geseglich nicht speciell erwähnten Fällen möglich zu machen.

Diese Frage muß bejaht werden. Ist das Hauskind volljährig und vollkommen handlungsfähig, so kann dasselbe durch seine zustimmende Erklärung die gesegliche Befugniß des Vaters zur Vornahme des betreffenden Rechtsactes gültig für alle Zukunft anerkennen, desgleichen sonstige

Dispositionen in Uebereinstimmung mit dem Vater vornehmen und dadurch die Möglichkeit späterer Anfechtung beseitigen.

L. 8. §. 5. Cod. l. c.

Die Minderjährigkeit des Hauskinds hat nicht die Folge, dass eine solche Willenserklärung durchaus unzulässig sei, sondern macht nur einen Vertreter notwendig, der statt des handlungsunfähigen Betheiligten die in Rede stehende Disposition als eine gesetzliche anerkennt und genehmigt oder in Uebereinstimmung mit dem Vater vollzieht.

Handelt es sich um Immobilien, so bedarf der Curator, damit die Abgabe der bezeichneten Willenserklärungen gültig sei, der obervormundschaftlichen Autorisation; diese wird aber lediglich dem Curator und nicht dem Vater erteilt, der Letztere mithin keineswegs als Vormund behandelt.

Ein solches Verfahren erscheint nicht allein unbedenklich, sondern auch, wie besonders in Hinblick auf die für Grund- und Hypothekenbücher geltenden Vorschriften schon mehrfach erörtert wurde

conf. Zeitschrift für Rechtspflege Bd. 7. §. 103

geradezu notwendig; es ist seit längerer Zeit regelmäßig befolgt und es fehlt an genügendem Grunde, eine Abweichung davon zu gestatten.

Demgemäß wird das im Eingange erwähnte kreisgerichtliche Rescript vom 29. Decbr. v. J. hiermit beseitigt und Herzogl. Kreisgericht Holzminden angewiesen, sich der weiteren Cognition der Sache über den Antrag des Kiehneschen Curators zu unterziehen.

Resolution Herzogl. Obergerichts vom 26. September 1865.

Dem Notar und Obergerichtsadvocaten Adolph Müller hieselbst wird auf die von ihm für die unverehelichte Schrader zu Gramme und im Namen deren ungenannten Schwängerers zu den Schraderschen Vormundschaftsacten wider den Bescheid des Herzogl. Kreisgerichts, hieselbst, vom 3. December v. J. verfolgte Beschwerde vom 26/27. December v. J. folgende Resolution erteilt:

Wenn auch von recipirten Anwälten, welche in nicht processualischen Angelegenheiten Beschwerden für Andere geltend machen, in der Regel keine besondere Legitimation gefordert werden kann, so muss doch vor allen Dingen der Beschwerdeführer namhaft gemacht werden. Der natürliche Vater des unehelichen Schraderschen Kindes mag ein dringendes Interesse dabei haben, dass sein Verhältniss zu der Mutter nicht weiter bekannt werde; so lange er nicht genannt sein will, kann er oder ein Anderer für ihn auch nicht als Beschwerdeführer auftreten.

Was hingegen die unverehelichte Schrader betrifft, so stellt sich deren Beschwerde als unbegründet dar. Dem Vormunde sowohl als der obervormundschaftlichen Behörde liegt ohne Zweifel die Verpflichtung ob, dafür Sorge zu tragen, dass die rechtlichen Ansprüche, welche dem unehelichen Kinde gegen den natürlichen Vater zustehen, gehörig festgestellt und gesichert werden. Das producirte Notariats-Document vom 10. April 1864 enthält jedoch lediglich die einseitige Erklärung der unverehelichten Schrader: „dass sie mit dem Erzeuger ihrer Leibesfrucht, der dringende Gründe habe, nicht genannt zu werden, wegen der Alimente eine näher angegebene Uebereinkunft getroffen habe.“

364 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

Dass eine solche Angabe der Mutter für die Rechte des Pupillen gegen den natürlichen Vater so gut wie bedeutungslos ist, bedarf keiner Erörterung. Der Vormund erfüllt daher lediglich seine Pflicht, wenn er sich hierbei nicht beruhigte, sondern im Interesse seiner Pupillen behuf Ermittlung des Schuldners die Vernehmung der Mutter beantragte. Ebenso wenig ist abzusehen, wie Herzogl. Amtsgericht Salder dadurch, dass es diesem Antrage gemäß eine Vorladung an die Mutter erließ, seine Amtsbefugnisse überschritten, die unverehelichte Schrader verletzt und ihr für ihre Person einen Grund zur Beschwerde gegeben haben könnte.

Zwar wird noch besonders hervorgehoben, dass es in dem erwähnten Notariats-Documente am Schlusse heiße:

„Ich der Notar bezeuge, dass sich der Schwängerer der p. Schrader, ein mir bekannter Ghemann bei mir genannt und diese Erklärungen der p. Schrader bestens acceptirt hat, auch dass mir seine obigen Gelöbniße in quanto durchaus angemessen erscheinen.“

Allein da die betreffende Person nicht genannt sein wollte, so bedarf es keiner Erörterung, dass der Notar auch nicht in der Lage war, Erklärungen derselben unter amtlichem Glauben zu Protocoll zu nehmen, sowie denn auch seine Aeußerung über die Angemessenheit des Alimenterbetrages keinen amtlichen Character an sich trägt, sondern nur als die Ansicht eines Privatmanns in Betracht kommt.

Der pflichtmäßigen Erwägung des Vormundes und der obervormundschaftlichen Behörde muss es überlassen bleiben, in wie weit auf derartige Angaben Rücksicht genommen werden kann und für diese Prüfung macht es begreiflich keinen Unterschied, ob der Notar seine persönliche Ansicht und Versicherung in ein Protocoll aufnimmt oder nicht.

Da übrigens auf diesen Punkt in der gegenwärtigen Beschwerde besonderes Gewicht gelegt ist, so muss der Concipient derselben, Notar Müller, von welchem auch das fragliche Notariats-Documment aufgenommen ist, aufmerksam darauf gemacht werden, dass derartige Zusätze den Gesetzen widerstreiten, indem der Notar, wenn er unter amtlichem Glauben Willens-Erklärungen zu Protocoll nehmen will, gehalten ist, den Namen der Person, welche die Erklärung abgibt, im Eingange aufzuführen.

Notariats-Ordnung vom 19. März 1850 §. 12 No. 3.

Die Bemerkung, dass der dem Notar bekannte, jedoch nicht genannte Schwängerer die Erklärungen der unverehelichten Schrader bestens acceptirt habe, enthält um so mehr eine Ungehörigkeit, als dadurch leicht der irrige Glaube hervorgerufen werden kann, dass in dem Protocolle die Aufnahme eines Contracts enthalten und amtlich documentirt sei, während doch unter amtlichem Glauben nur die einseitige Erklärung der p. Schrader aufgenommen werden konnte und aufgenommen ist.

Demgemäß wird die erhobene Beschwerde als unbegründet, bezüglich unstatthaft hiermit verworfen.

Zugleich ergeht an den Notar Müller die Aufforderung, künftig in ähnlichen Fällen die Vorschriften der Notariats-Ordnung genauer zu beachten.

Die vom Herzogl. Kreisgerichte hieselbst eingesandten Acten sollen demselben unter Beifügung einer beglaubigten Abschrift dieses Bescheides wieder zugestellt werden.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte vom 18. Mai 1866.

Das Gesetz vom 28. Juni 1851 Nro. 23, die Sporteltaxe in Vormundschafts- und Curatsachen betreffend, bestimmt in der angehängten Taxe sub A., daß sämtliche Verhandlungen in Vormundschafts- und Curatsachen, wenn das zu verwaltende Vermögen die Summe von 100 Thlr. bezüglich 200 Thlr. nicht übersteigt, von Stempel, Sportel, Nebengebühren und Auslagen frei sein sollen.

Bei der Revision der Gerichtsrechnungen hat sich ergeben, daß diese Vorschrift verschiedenartig gedeutet wird. Einzelne der Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte lassen nämlich die angeordnete Befreiung von den erwähnten Abgaben und Gebühren nicht allein bezüglich der bei der obervormundschaftlichen und Curatelbehörde als solcher gepflogenen Verhandlungen eintreten, sondern bringen die Vorschrift auch in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit z. B. bei Auktionen, Verkäufen von Grundstücken, Beglaubigungen u. s. w. zur Anwendung, wenn diese Acte mit der vormundschaftlichen Verwaltung im Zusammenhange stehen und durch dieselbe veranlaßt werden. Es kann jedoch keinen Zweifel leiden, daß dieser Umstand nicht genügt, um die gedachte Befreiung über die gesetzlichen Grenzen auf ein anderes Gebiet auszudehnen. Die Bestimmung des Gesetzes vom 28. Juni 1851 betrifft lediglich die Verhandlungen, welche die Gerichte in ihrer Eigenschaft als obervormundschaftliche und Curatelbehörden vornehmen und welche demgemäß in der jenem Gesetze angehängten Sportel- und Gebührentaxe aufgeführt sind. Ueber die Stempel-, Sportel- und Gebührentaxe für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit hingegen enthält das Gesetz vom 4. Juli 1851 Nro. 28 die erforderlichen näheren Vorschriften. Für die hierunter begriffenen Geschäfte müssen daher die Abgaben und Gebühren entrichtet werden, insofern nicht nach dem §. 7 des letztgedachten Gesetzes sowie nach der Stempelordnung von 1821 eine Befreiung eintritt.

Die Nothwendigkeit der hervorgehobenen Unterscheidung leuchtet um so mehr ein, wenn man erwägt, daß die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit auch vor einem anderen Stadt- oder Amtsgerichte oder vor einem Notar vollzogen werden könnten, und daß in einem solchen Falle die vormundschaftliche Behörde lediglich die Taxe des Gesetzes vom 28. Juni 1851, die Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit aber ausschließlich das Gesetz vom 4. Juli 1851 anzuwenden hätten. Daß die obervormundschaftlichen Behörden auch mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit betraut sind, also gleichzeitig in beiderlei Eigenschaft thätig zu werden vermögen, ist eine reine Zufälligkeit, welche keinen Grund abgeben kann, die für die verschiedenen Geschäftszweige erlassenen Bestimmungen zu confundiren, und eine Vorschrift, welche allein die amtliche Thätigkeit der obervormundschaftlichen Behörde betrifft, auf die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit auszudehnen und die für diese letztern Geschäfte getroffenen Anordnungen außer Anwendung zu setzen.

Obgleich von der großen Mehrzahl der Gerichte stets die richtigen Grundsätze befolgt sind, so finden wir uns doch, um ein gleichmäßiges Verfahren bei sämtlichen Gerichten herbeizuführen veranlaßt, die Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte zur genauen Innehaltung der vorhin besprochenen Vorschriften hiermit aufzufordern

366 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

Wir weisen demgemäß das Herzogl. Kreisgericht N. N. an, den Lokalgerichten seines Kreises eine Abschrift dieser Verfügung zur Kenntnissnahme und Nachachtung mitzutheilen und seinerseits auf die gehörige Befolgung derselben zu halten.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 15. Mai 1867.

Auf die in Sachen die Vormundschaft für den von dem verstorbenen Dr. Carl Reuscher in Pabstsdorf hinterlassenen minderjährigen Sohn Max Reuscher betreffend von dem Ackermann und Gemeindevorsteher Andreas Rahmann zu Pabstsdorf, dem Vormunde und mütterlichen Großvater des Curanden, gegen den Bescheid des Herzogl. Kreisgerichts Wolfenbüttel vom 23. Februar d. J., insofern darin entschieden ist, dass der Curande unter der Obhut der Familie des Pastors Reuscher zu Athenstedt, seines väterlichen Großvaters, zur Erziehung zu belassen sei, anhero verfolgte Beschwerde ergeht nach ferner stattgehabter Instruction der Sache Folgendes zum Bescheide.

Nach den über die Persönlichkeit des Beschwerdeführers und seiner jetzigen Ehefrau zu den Acten gekommenen Zeugnissen lässt sich freilich nicht bezweifeln, dass dieselben, insbesondere auch die Ehefrau des Beschwerdeführers, obwol sie nur die Stiefgroßmutter des Curanden ist, diesen mit der größten elterlichen Liebe und pflichtmäßigsten Sorgfalt pflegen und erziehen würden. Dass aber das Kind im Hause des Beschwerdeführers besser aufgehoben sei, als in demjenigen seines väterlichen Großvaters, lässt sich den Umständen nach nicht auch annehmen. In dieser Beziehung mag nur darauf hingewiesen werden, dass es die weibliche Pflege ist, auf welche der Curande in seiner Kindheit vorzugsweise angewiesen ist, dass nun aber Frau Rahmann, welche einem ansehnlichen Hauswesen vorzustehen hat, häufig genöthigt sein würde, das Kind der Obhut ihrer Mägde zu überlassen, während die Frau Pastor Reuscher in dem Maße nicht verhindert ist, und ihr obendrein zwei erwachsene Töchter zur Seite stehen. Bei dieser Lage der Sache macht sich die auf Seite des Pastors Reuscher sich findende größere Berechtigung auf den Besitz des Kindes ungehindert geltend. Dem Vormunde nämlich als solchen ist auf die Verpflegung und Erziehung seines Mündels beim Vorhandensein dazu geeigneter Verwandten keinerlei Anspruch in den Gesetzen eingeräumt, und in Ansehung der beiden einander gegenüberstehenden Familien kommt in Betracht, dass Max Reuscher zunächst nicht der Familie seines mütterlichen, sondern derjenigen seines väterlichen Großvaters angehört, in welcher Familie insbesondere auch der Anspruch der Großmutter auf die Verpflegung und Erziehung ihres Großkindes zu beachten ist, während einem solchen Ansprüche der Stiefgroßmutter die entschiedene Ungunst der Gesetze entgegensteht. Berücksichtigt man dann auch, dass der Pastor Reuscher und seine Ehefrau bereits im höheren Lebensalter stehen, dass daher, wenn sie überhaupt noch Freude daran haben sollen, ihnen der Anblick des Kindes nicht noch auf Jahre entzogen werden darf, wohingegen den in erheblich jüngern Lebensjahren stehenden Rahmannschen Eheleuten die ganze Zukunft des Kindes offen steht, so rechtfertigt sich eine Bestätigung des kreisgerichtlichen Bescheides; und wenn neben der Gewähr, dass der Curande sich in sicherer Obhut und guter Pflege befindet, nicht nur billige Rücksichtnahme, sondern auch rechtliche Befugnisse dem Verlangen des Pastors Reuscher und seiner Ehefrau das Wort reden, so darf auch dem Erbieten des Beschwerdeführers, die Verpflegung

des Kindes unentgeltlich übernehmen zu wollen, während der Pastor Reuscher in der Lage ist, ein billiges Kostgeld in Anspruch zu nehmen, kein Einfluss auf die Entscheidung gestattet werden. — So ohne Vorbehalt übrigens und unbeschränkt auf einen Zeitraum, wie der kreisgerichtliche Bescheid lautet, entsteht nun aber das Bedenken, dass in Folge einer erheblichen Veränderung in den der Entscheidung zum Grunde liegenden Umständen und Voraussetzungen das Interesse des Curanden eine andere Anordnung über seinen Aufenthalt erforderlich machen kann, sowie dass die einschlagenden Verhältnisse, wie sie sich späterhin bilden, nach Lage der Sache sich noch nicht mit einiger Sicherheit übersehen lassen. Im erstgedachten Falle wird jedoch das Kreisgericht, was allenfalls hiermit declarirt wird, für selbstverständlich gehalten haben, dass der Obermundschaft eine durch veränderte Umstände etwa gebotene andere Anordnung jederzeit zustehen und obliegen; in der letztgedachten Beziehung hingegen ist die kreisgerichtliche Entscheidung auf den Zeitraum der Kindheit des Max Reuscher zu beschränken, so dass jedenfalls zu Ende dieses Zeitraums die Obervormundschaft eine neue Sachuntersuchung anzustellen und entsprechende Bestimmung zu treffen hat, welchen Personen ferner die Pflege und Erziehung des Curanden anzuvertrauen sei.

Schließlich ist auch der in den stattgehabten Verhandlungen vorkommenden Andeutung zu gedenken, dass Beschwerdeführer durch Verbleiben seines Mündels im Hause des Pastors Reuscher veranlasst werden könnte, sein vormundschaftliches Amt aufzugeben und sich ganz von dem Kinde abzuwenden. In Hinblick auf die väterliche Liebe, mit welcher Rahmann seinem Großkinde zugeht, hat jedoch das Gericht keinerlei Besorgniß vor ähnlichen Gedanken desselben, vertraut vielmehr, dass Rahmann jedenfalls durch das freundliche Ereigniß, welches eine gütige Vorsehung inzwischen in seinem Hause hat eintreten lassen, bestimmt werde, auch der verschwägerten Familie die ähnliche Freude gern zu gewähren. In diesem Falle darf Vormund Rahmann auch auf freundliche Aufnahme in jener Familie rechnen, wenn er, was die Obervormundschaft erwartet, von Zeit zu Zeit persönlich von dem Ergehen seines Mündels und Großkindes sich überzeugt.

Die Entscheidung ist hiernach, dass der Beschwerdeführer mit der gegen den kreisgerichtlichen Bescheid vom 23. Februar d. J. anher verfolgten Beschwerde, unter Vorbehalt jedoch der in den obigen Gründen gegebenen Declaration und Beschränkung jenes Bescheides, wie hiermit geschieht, zurückzuweisen sei.

Der Beschwerdeführer und der Pastor Reuscher zu Althenstedt erhalten Ausfertigungen dieses Bescheides, von welchem eine beglaubigte Abschrift bei Rücksendung seiner Acten dem Herzogl. Kreisgerichte hieselbst mitgetheilt wird.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Stadtgericht Wolfenbüttel
vom 13. März 1868.

In Sachen die Vormundschaft über die Tochter des verstorbenen Grenzaufsehers Rudloff, früher zu Opperrhausen, Anna Caroline Wilhelmine, jetzt verehelicht an den Kaufmann Wilhelm Gruben zu Lage im Fürstenthume Lippe-Deimold betreffend, hat die bestellte Vormünderin Wittwe Rudloff in Gemeinschaft mit ihrer genannten bevormundeten Tochter und unter Beitritt des Ehemannes derselben, Kaufmanns Gruben, unterm 24. October v. J. beantragt:

368 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

dass Herzogl. Stadtgericht entweder das unter seiner obervormundschaftlichen Aufsicht stehende Vermögen der minderjährigen Rudloffschen Tochter an deren jetzigen Ehemann p. Gruppen verabsolge, oder aber, dass es solches Vermögen an das Stadtgericht zu Lage, behuf der Aushändigung an p. Gruppen einseude.

Herzogl. Stadtgericht hat Anstand genommen diesem Antrage Statt zu geben, worauf sich der p. Gruppen unterm 26. November v. J. mit einem Gesuche an Herzogl. Staatsministerium gewandt hat, in welchem er den obigen Antrag der Vormünderin seiner Ehefrau wiederholt und gebeten hat, Herzogl. Stadtgericht zu der beantragten Ausantwortung des Vermögens seiner Ehefrau zu ermächtigen. Späterhin haben dann die Grupenschen Eheleute noch und zwar unterm 16. Januar d. J. bei dem Stadtgerichte zu Lage erklärt, es sei ihr beiderseitiger Wunsch, dass die Obervormundschaft über die Ehefrau Gruppen, Anna geborne Rudloff von dem Stadtgerichte zu Wolfenbüttel auf das Stadtgericht zu Lage übertragen werde und ist Herzogl. Stadtgerichte hieselbst dieser Protocollar-Antrag brevi manu von dem Stadtgerichte zu Lage mitgetheilt.

Herzogl. Staatsministerium hat uns unter Mittheilung der Vormundschaftsacten und des vom Herzogl. Stadtgerichte unterm 29. Januar d. J. erstatteten Berichts durch Conclufum vom 6. Februar d. J. zur gutachtlichen Aeußerung über die vorliegende Angelegenheit aufgefodert und uns, nachdem wir das geforderte Gutachten unterm 20. v. M. erstattet, durch Rescript vom 7. März d. J. mit dem Bemerken, dass es den von uns entwickelten Ansichten beitrete, beauftragt, Herzogl. Stadtgericht mit der entsprechenden Autorisation und Anweisung zu versehen.

Der Grundsatz, dass sich die ehelichen Güterrechte nach dem Wohnsitz des Ehemanns richten, ist unbestritten,

Wächter, Archiv für civ. Pr. Bd. 25. S. 47.

Savigny, System Bd. VIII. S. 327

und sind dieselben bezüglich der Anna Caroline Wilhelmine Rudloff nach deren Verheirathung mit dem zu Lage im Fürstenthume Lippe-Detmold domicilirten Kaufmann Wilhelm Gruppen nach dem zu Lage geltenden örtlichen Rechte zu beurtheilen.

Insofern an dem jetzigen Wohnorte der Grupenschen Eheleute allgemeine eheliche Gütergemeinschaft gilt, wird dieselbe sowohl nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen

conf. Gerber deutsches Privatrecht 6te Ausgabe §. 244 Nro. 4

als auch nach der bescheinigten im Fürstenthume Lippe-Detmold bestehenden Gesetzgebung nicht ohne Einfluss auf den Fortbestand der Vormundschaft der minderjährigen Grupenschen Ehefrau bleiben können. Der Umstand, dass die Braunschweigische Gesetzgebung den Eintritt in eheliche Gütergemeinschaft als Aufhebungsgrund der Vormundschaft nicht erwähnt, ist in dem vorliegenden Falle ohne Einfluss, indem für die bisher Bevormundete durch wirksame Wohnsitzveränderung auch eine Veränderung des persönlichen Zustandsrechtes eingetreten ist.

Savigny, System Bd. VIII. S. 166.

Bär, das internationale Privatrecht und Strafrecht §. 52.

Da indess bei der beantragten Aushändigung des Vermögens der Grupenschen Ehefrau an deren Ehemann eine unmittelbar vorhergehende Sachuntersuchung der bestehenden factischen Verhältnisse erforderlich erscheint, bei welcher zu prüfen ist, ob die als Regel geltende Gütergemeinschaft,

welche möglicher Weise auch durch Erklärungen der Eheleute ausgeschlossen werden kann, im vorliegenden Falle wirklich eintritt, auch veränderte Verhältnisse möglicher Weise Maßregeln nothwendig machen können, welche einer völlig unbeschränkten Aushändigung des Vermögens an den Ehemann entgegenstehen, die hierbei anzustellende causae cognitio aber auf erschöpfende Weise nur vom Gerichte des Wohnsitzes der Grupenschen Eheleute vorgenommen werden kann und demselben deshalb überlassen werden muß, so stellt es sich als angemessen heraus:

dass die Obervormundschaft über die Ehefrau des Kaufmanns Wilhelm Grupen zu Lage, Anna Caroline Wilhelmine Rudloff von Seiten des Herzogl. Stadtgerichts zu Wolfenbüttel an das Stadtgericht zu Lage, welches sich zu der Uebernahme laut Schreibens vom 23. Januar d. J. bereit erklärt hat, als an die nunmehrige obervormundschaftliche Behörde abgegeben und demselben überlassen werde, nach geschehener Uebernahme der Obervormundschaft, weitere Verfügung auf die gestellten Anträge zu erlassen.

Indem wir nach der uns vom Herzogl. Staatsministerium erteilten Ermächtigung das Herzogl. Stadtgericht zu dieser Uebertragung der Obervormundschaft autorisiren, weisen wir dasselbe an, demgemäß zu verfahren.

In Anlage fügen wir die uns von Herzogl. Staatsministerium zugestellten Vormundschaftsacten in 2 Vol. bei.

Resolution Herzogl. Obergerichts für die Wittve des Hof-Kohlenlieferanten A. Markworth, zu Braunschweig, Henriette geborne Scholkemeyer, vom 6. December 1868.

In Sachen, die Vormundschaft für die minderjährigen Kinder des verstorbenen Herzogl. Hof-Kohlenlieferanten Johann Levin August Markworth zu Braunschweig betreffend, wird auf die von dessen Wittve, Henriette geb. Scholkemeyer dafelbst gegen die Verfügungen Herzogl. Stadtgerichts und Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 9. Juni und 20. October c. erhobene Beschwerde nachfolgender Bescheid erteilt:

Der am 29. März 1859 verstorbene Hof-Kohlenlieferant Markworth hat in seinem Testamente vom 23. Februar publicirt den 6. April 1859 seine Ehefrau nebst vier derzeit noch sämtlich minderjährige Kinder als Erben zu gleichen Theilen eingesetzt, jedoch verordnet:

1) dass die Theilung des Nachlasses nicht sofort nach seinem Tode geschehen, vielmehr seine Ehefrau, so lange sie lebt und sich nicht anderweit verheirathet, die unbeschränkte Rugnießerin des ganzen Nachlasses sein und bleiben, dagegen aber zur Alimentation der Kinder verpflichtet sein solle, (§. 1.)

2) dass seine zugleich zur Vormünderin der Kinder ernannte Ehefrau von jeder Cautionseistung, Ableistung des Manifestationseides und Ablegung jeder Rechnung befreit sein solle, (§. 2.)

3) dass dieselbe das von ihm betriebene Geschäft fortzusetzen, die nachgelassenen Grundstücke öffentlich meistbietend zu verkaufen oder zu verpachten, Kaufgelder und ausstehende Forderungen zu erheben und gütlig darüber zu quittiren berechtigt sein solle, Alles ohne Einmischung des Gerichts, (§. 3.)

370 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte zc.

4) daff es, falls das eine oder andere der Kinder sich etabliren oder verheirathen würde, lediglich von dem Ermessen der Ehefrau abhängen solle, ob und wie viel sie dem betreffenden Kinde in Anrechnung auf dessen Erbtheil verabreichen wolle, (§. 5.)

5) zugleich ist die Inventarisation des Nachlasses verboten und der Ehefrau nur die Aufnahme eines Privatinventariums als künftiger Grundlage der Erbtheilung zur Pflicht gemacht, (§. 6.) und endlich

6) dasjenige Kind, welches mit diesen Bestimmungen nicht zufrieden sein oder gar das Testament anfechten würde, bis auf den Pflichttheil enterbt.

Die Wittwe Markworth hat ein Privatinventarium eingereicht und zugleich erklärt, daff sie, den letztwilligen Bestimmungen ihres Ehemannes gemäß, die Verwaltung des ganzen Nachlasses übernehmen und das bisher von ihrem Ehemanne betriebene Geschäft fortsetzen wolle. Der bestellte Nebenvormund und die Familienfreunde haben das Inventarium als vollständig und richtig anerkannt und sich mit Uebernahme der Verwaltung sowie Fortsetzung des Geschäfts von Seiten der Wittve zum gerichtlichen Protocoll vom 27. Mai 1859 einverstanden erklärt.

Diesem entsprechend hat sich die Wittve bis zum Anfange des Jahrs 1866 ungestört und unbestritten im Besitze und in der vollkommen selbstständigen Verwaltung des ganzen Nachlasses, zu welchem, so weit er zur Zeit in Betracht kommt, auch

- | | |
|--|------------|
| 1. Stammactien der Zuckerraffinerie zu | 8000 Thlr. |
| 2. Prioritätsactien derselben zu | 4000 " |
| 3. Stammactien der Zuckerraffinerie zu | 600 " |
| 4. Braunschweigische Bankactien zu | 1000 " |

gehören, befunden.

Nach Ansicht des Protocolls vom 19. Januar 1866 hat sich jedoch das Herzogl. Stadtgericht Braunschweig als obervormundschaftliche Behörde veranlaßt gesehen, die Wittve Markworth zur Einlieferung der Actien der Zuckerraffinerie oder zu deren Veräußerung und Wiederbelegung des Kaufgeldes aufzufordern und derselben, da sie sich dessen geweigert, die Einlieferung der Actien bei Strafe aufzugeben und sind in Folge dessen nach Ansicht der Protocolle vom 20. April 1866 und 15. August 1867 nicht allein die Actien der Zuckerraffinerie, sondern sämtliche oben sub 1—4 verzeichnete Actien zum gerichtlichen Verwahrksam eingeliefert.

Die Wittve Markworth hat jedoch ihre Verpflichtung zu solcher Einlieferung, sowie das Recht des obervormundschaftlichen Gerichts, auf angegebene Weise in die ihr durch Testament ihres Ehemannes überkommenen Rechte einzugreifen, fortwährend in Zweifel gezogen, der gegen die Verfügung Herzogl. Stadtgerichts vom 19. Januar 1866 von ihr verfolgte Recurs ist indeß durch Resolution Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 4. April 1866 verworfen. Auch ist deren Antrag vom 29. Mai d. J. auf Wiederaushändigung jener Actien nach einer Resolution Herzogl. Stadtgerichts vom 9. Juni c. erfolglos gewesen und ein dagegen verfolgter Recurs durch Resolution Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 20. October c. abgeschlagen.

Beide Gerichte berufen sich theils auf das Gesetz vom 27. December 1862, die im Besitze von Pfliegbefohlenen befindlichen Werthpapiere betreffend, wonach die den Pfliegbefohlenen durch Erbschaft oder auf sonstige Weise zugefallenen Werthpapiere entweder außer Cours erklärt,

oder in gerichtlichen Gewahrsam genommen werden sollen, theils darauf, dass die Wittwe Markworth die ihr gesetzlich obliegende, durch Testament ihres Ehemannes, selbst unter Hinzufügung der cautela Socini nicht zu beseitigende cautio usufructuaria bislang nicht geleistet habe, vor solcher Cautionsleistung aber die Aushändigung der Objecte des Nießbrauchs nicht fordern könne; Querulantin aber beruft sich auf das Testament ihres Ehemannes und nimmt auf Grund desselben theils einen römisch-rechtlichen quasi usufructus an jenen Werthpapieren und damit ein Eigenthumsrecht an dieselben mit der Verbindlichkeit demnächstiger Restitution in eodem quantitate, sowie eine wegen Beifügung der cautela Socini gültig geschehenen Befreiung von der cautio usufructuaria in Anspruch, theils aber behauptet sie, dass bei den in der Stadt Braunschweig häufig vorkommenden Testamenten der vorliegenden Art von der hinterbliebenen Wittwe nie eine usufructuarische Caution gefordert sei und wird die von ihr für ein solches angeblich stets übereinstimmendes Verfahren behauptete rechtliche Basis auf die insbesondere von

Beseler, deutsches Privatrecht S. 603 et seq. (2te Ausgabe.)

Mittermaier, deutsches Privatrecht Th. II. S. 426 (7te Ausgabe.)

Weiske, Rechtslexicon Th. IV. S. 938 und 945.

Seuffert, Th. II. No. 62

vertretene Ansicht zurückzuführen sein, dass das durch väterliches Testament der vorliegenden Art angeordnete mütterliche Verwaltungsrecht eine eigenthümlich deutsch-rechtliche, die Anwendbarkeit der römisch-rechtlichen Grundsätze über den usufructus ausschließende Basis habe, und zwar die auf dem mundium als Inbegriff der Familienmacht und der Familienwehr als Inbegriff des uneingeschränkten Verwaltungsrechts beruhende, zunächst zwar nur dem Vater zustehende aber auch als Gewehre zur rechten Vormundschaft auf die Mutter übertragbare Gewalt, und dass der Mutter im Falle solcher Uebertragung als nunmehrigem Haupt der Familie, ebenso wie dem Vater, ein auf Vertrauen beruhendes und deshalb auch jede Rechnungslegung und Caution ausschließendes Verwaltungsrecht zustehe.

Die jetzige Sachlage macht jedoch weder eine Entscheidung über diese verschiedenen Rechtsansichten noch auch überhaupt eine weitere Prüfung derselben erforderlich.

Die Querulantin ist nicht allein Vormünderin ihrer Kinder, sondern auch Inhaberin der ihr durch Testament ihres Ehemannes überkommenen Rechte. Als solche Rechte nimmt sie mit dem quasi usufructus das Eigenthum an den fraglichen Werthpapieren und ein Verwaltungsrecht an dem Nachlasse ihres Ehemannes, beides unbeschränkt durch Cautionsleistung, in Anspruch. Unläugbar stehen ihr die oben hervorgehobenen, bislang von den interessirten Miterben nicht angefochtenen testamentarischen Bestimmungen ebenso sehr zur Seite als der Umstand, dass sie in Folge dieser Bestimmungen die Verwaltung des ganzen Nachlasses ohne Cautionsleistung, sogar unter ausdrücklicher Zustimmung der Interessenten übernommen, und insbesondere auch die Werthpapiere bis zur Verfügung Herzogl. Stadtgerichts vom 19. Januar 1866 in unbeaufstandetem Besitze gehabt hat, dieser Besitz auch von den Interessenten selbst bis jetzt nicht angefochten ist.

Das Aufsichtsrecht des obervormundschaftlichen Gerichts hat nur die eigentliche vormundschaftliche Verwaltung zum Gegenstande und ist nicht bis zu Verfügungen auszudehnen, durch

372 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte u.

welche in die zwischen den Pflégbefohlenen und dritten Personen oder auch dem Vormunde selbst bestehende Privatrechts-Verhältnisse eingegriffen wird, dergestalt dass Herzogl. Stadtgericht als obervormundschaftliche Behörde nicht für competent erachtet werden kann, die von der Wittve Markworth auf Grund der testamentarischen Bestimmungen in Anspruch genommenen und ausgeübten Rechte und diese testamentarischen Bestimmungen selbst, wie geschehen, durch Officialverfügungen zu beseitigen, hierüber entstehende Differenzen vielmehr nur im Rechtswege zum Austrage zu bringen sind.

Die Beschwerde der Querulantin ist hiernach begründet und sind derselben die von ihr hinterlegten Werthpapiere in Gemäßheit ihres Antrages wieder auszuhändigen, worauf den inzwischen volljährig gewordenen beiden ältesten Kindern und einem eintretenden Falls für die noch minderjährigen jüngsten Kinder zu bestellenden Specialcurator die weitere Verfolgung ihrer Rechte im Wege des Processus, falls sie sich damit durchzukommen getrauen, überlassen bleiben muß.

Die vom Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig eingesandten Acten sollen nebst einer beglaubigten Abschrift dieses Bescheides remittirt werden.

Resolution Herzogl. Obergerichts vom 3. Mai 1869.

In Sachen die Specialcuratel für die minderjährige Tochter des Rothsassen Heinrich Wedderkopf zu Immendorf, Auguste Wedderkopf, betreffend, wird auf die gegen die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts hieselbst vom 8. März d. J. zu Protocoll vom 31. ejusd. vortragenen Beschwerde des Specialcurators Brinkfegers Conrad Himstedt zu Calbecht, Folgendes zur Resolution ertheilt:

Die Frage, ob Mutterguts-Grundstücke auch in anderen als Nothfällen zur Veräußerung gebracht werden können, hat die Praxis des hiesigen Landes, indem sie dem hinsichtlich der Mündelgüter bestehenden und auch im Herzogthume Braunschweig zur Anerkennung gelangten

conf. Braunschweig. Zeitschrift für Rechtspflege Bd. 10. S. 1 folg.

allgemeinen deutschen Gewohnheitsrechte

vergl. Kraut, Vormundschaft Bd. 2. S. 145 folg.

Seuffert, Archiv Bd. 3. No. 335

eine wegen Gleichheit des Grundes gerechtfertigte analoge Ausdehnung gab, bejahend entschieden. Davon ausgehend, daß die in

L. 8. §. 5. Cod. de bon. quae lib. 6. 61

sich findende Vorschrift, wonach den Hauskindern die Veräußerung von Adventitien-Gütern gestattet werden kann, wenn der Vater damit einverstanden ist, consequenter Weise dahin führen muß, auch dem Vater — in anderen als solchen Fällen, wo ihm schon gesetzlich das Recht zusteht — die Veräußerung von Adventitien-Gütern nachzulassen, sobald nur die Einwilligung seiner Kinder erlangt wird,

conf. Windscheid, Pand. II. 2. §. 517 Anmerk. 14

hat das Herzogl. Obergericht in neuerer Zeit regelmäßig, wie zahlreiche gleichmäßige Entscheidungen ergeben, den Vater zur Veräußerung von Muttergut auch in den an sich gesetzlich ausgenommenen Fällen dann für befugt erklärt, wenn die berechtigten volljährigen Kinder zu der

Veräußerung ihre Zustimmung erklären, beziehungsweise wo die Berechtigten noch minderjährig sind, die erforderliche Erklärung derselben in einer, dem bei Veräußerung von Mündelgütern gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren entsprechenden Cognition durch die Beistimmung eines dieserhalb zu bestellenden Curators und zweier Familienfreunde unter Billigung der Obergercuratelbehörde für ersetzt erachtet.

Diesen Grundsätzen widerstreitet es allerdings, wenn das Herzogl. Kreisgericht in der angefochtenen Verfügung vom 8. März d. J. aus dem Grunde „weil für den Verkauf des fraglichen zum Muttergute der Wedderkopffschen Tochter gehörenden Brinkstgerwesens eine zwingende Nothwendigkeit nicht nachgewiesen sei, gesetzlich aber den Minderjährigen die Grundstücke erhalten werden sollen“ die Zustimmung zu der vorschriftsmäßig nachgesuchten obercuratelgerichtlichen Genehmigung desselben versagt hat.

Andererseits ist nicht zu verkennen, dass, wenn schon zu dem freiwilligen Verkaufe von Mündelgütern nur dann geschritten werden darf, wenn derselbe ganz besonders vortheilhaft erscheint, eine noch erhöhte Sorgfalt bei Prüfung der für den Verkauf sprechenden Zweckmäßigkeitsgründe bei Mutterguts-Grundstücken schon deshalb geboten ist, weil dem Vater hinsichtlich der Mutterguts-Capitalien, wozu auch der aus dem Verkaufe von Grundstücken erzielte Kaufpreis zu rechnen ist, ein so zu sagen unbeschränktes Verfügungsrecht zusteht, conf. Erkenntniß des Cassationshofes vom 27. Februar 1855

J. C. Meyerhoff & Bartels.

Plenarbeschluss des Herzogl. Obergerichts vom 27. Februar ejusd.

Zeitschrift III. S. 10

während des Vormundes Dispositionsbefugniss über Pupillengelder hinsichtlich der Verwendung, Verwaltung und Belegung im Interesse der Mündel in die engsten Schranken gewiesen ist. Bei der Erwägung der Zweckmäßigkeit der Veräußerung von Mutterguts-Grundstücken ist daher, abgesehen von der nach Gelde berechenbaren Vortheilhaftigkeit des Geschäfts, unter Anderen auch Rücksicht zu nehmen auf die Persönlichkeit des Vaters und — schon wegen des den Kindern an seinem Vermögen hinsichtlich des Mutterguts zustehenden stillschweigenden Pfandrechts — auf die Vermögensverhältnisse desselben, und würde beispielsweise der vorliegende, anscheinend zweckmäßige und vortheilhafte Verkauf dann als in hohem Maße bedenklich erscheinen, wenn dem Vater der Curandin eine gewissenhafte Verwaltung ihres Vermögens nicht zuzutrauen, oder derselbe in schlechten Vermögensverhältnissen sein sollte.

Wenn gleich nun voranzusetzen ist, dass das Obergercuratel-Gericht bei der von ihm vorgenommenen Cognition diese Rücksicht nicht außer Acht gelassen habe, so ergeben doch die Acten darüber nichts Bestimmtes.

Auch muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Unbestimmtheit der im §. 6 der Verkaufsbedingungen getroffenen Bestimmung, wonach dem Käufer freigestellt bleiben soll, einen Theil der Kaufgelder gegen sichere Hypothek verzinslich stehen zu lassen und welche insbesondere wegen des im Protocolle vom 23. Februar d. J. bezeugten Minderwerthes des verkauften Grundstücks leicht zu Streitigkeiten Veranlassung geben kann, vor allen Dingen zu beseitigen sein würde.

374 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

Hiernach muß zwar die kreisgerichtliche Verfügung vom 8. März d. J. beseitigt werden, es kann das Herzogl. Kreisgericht aber nur, wie hiemit geschieht, angewiesen werden, sich der erforderlichen Cognition über die Zweckmäßigkeit der stattgehabten Veräußerung zu unterziehen resp. die in der obigen Beziehung noch erforderlichen Erhebungen zu veranlassen. Auch ist das Herzogl. Amtsgericht Salder darauf aufmerksam zu machen, daß die im §. 1 der Verordnung vom 6. Mai 1828 No. 13 dem Vater aufgegebenen Errichtung eines Inventars über das Muttergut, welche im vorliegenden Falle bisher unterblieben zu sein scheint, nunmehr (vergl. das in den Grundacten, das Brinßigermwesen No. 20 zu Calbecht betreffend, enthaltene Protocoll vom 30. Januar d. J.) unbedingt erforderlich geworden ist.

Die Acten sollen mit einer beglaubten Abschrift dieser Verfügung an das Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel remittirt werden.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. September 1869.

In der Vormundschaftssache für die minderjährigen Kinder des Vollmeiers Heinrich Tappe zu Warbsen war mit der gegen Cession einer Hypothekforderung geschehenen Ausleihung eines Capitals von 1800 Thlr. und mit Aufnahme der Cessions-Urkunde vor eingeholter Genehmigung des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden verfahren. Bei Ertheilung der nachträglich beantragten Autorisation ist es in dem vom Herzogl. Kreisgerichte an Herzogl. Amtsgericht Holzminden erlassenen Rescripte vom 12. März d. J. für nicht statthaft erklärt, Contracte, welche der obervormundschaftlichen Genehmigung bedürfen, definitiv aufzunehmen, bevor Herzogl. Kreisgericht die erforderliche Autorisation ertheilt habe.

Auf erbetene Erläuterung dieses Rescripts hat Herzogl. Kreisgericht in dem Rescripte vom 27. Juni d. J. zwar anerkannt, daß es Fälle geben könne, in welchen durch Niederschreibung der Hauptbedingungen im Wesentlichen der ganze Contract berührt werde und daß sich auf diese außerordentlichen Fälle die ergangene Weisung nicht beziehe, ist aber bei der Anordnung stehen geblieben, daß bei einfachen Rechtsgeschäften z. B. Cessionen, nur die Hauptbedingungen, welche den demnächst aufzunehmenden Contracten zum Grunde gelegt werden sollten, zu den Vormundschaftsacten zu Protocoll zu nehmen seien.

Gegen diese beiden Rescripte ist vom Herzogl. Amtsgerichte Holzminden eine Vorstellung überreicht, deren Hauptantrag dahin geht, zu verfügen, daß in Vormundschaftssachen bei Aufnahme von Contracten, welche der Autorisation Seitens des Herzogl. Kreisgerichts bedürfen, nach Analogie des Circular-Rescripts vom 7. Juli 1852 No. 35 zu verfahren sei, solche Contracte also vorläufig vollständig aufzunehmen und dabei den Contrahenten bemerkl. zu machen sei, daß solches mit Vorbehalt der einzuholenden obervormundschaftlichen Autorisation geschehe.

Bei Entscheidung über diesen Antrag kann darauf, ob die eine oder andere Verfahrensweise größere oder geringere Kosten zur Folge hat, oder mit größeren oder geringeren Unbequemlichkeiten für den Vormund verbunden ist, nur geringes Gewicht gelegt werden. Der Schwerpunkt für die Entscheidung muß darin gefunden werden, wie man Verhandlungen über Rechtsgeschäfte, bei welchen Pfl. bef. concurren, vor geschehener Erlangung der erforderlichen obervormundschaftlichen Autorisation rechtlich aufzufassen hat.

In dieser Beziehung ist aber Folgendes in Betracht zu ziehen:

1) Das römische Recht beschränkt die Veräußerungsbefugniß des Vormundes in der Weise, daß die Veräußerung von Mündelgütern nur vermöge eines auf eine *causae cognitio* und dadurch constatirte *justa causa* gegründeten obervormundschaftlichen Decrets geschehen soll

L. 1. §. 2. L. 5. §. 9 u. 10 Dig. de reb. eor. qui sub tut. 27. 9.

L. 22. Cod. de admin. tut. 5. 37.

Die dieser Vorschrift zuwider laufenden Veräußerungen sind nichtig,

L. 2. 8. 11. 16. Cod. de praed. et al. reb. 5. 71.

L. 3. 4. Cod. si quis ignoraus. 5. 73

und den Veräußerungen ist der Empfang von Zahlungen Seitens des Vormundes gleichgestellt in der

L. 25. Cod. de admin. tut. 5. 37

indem sie bestimmt: *licere debitoribus pupillorum vel adutorum ad tutores vel curatores solutionem facere, ita tamen ut prius sententia judicialis.. hoc permiserit.*

2) Die Reichsgesetze haben diese Rechtsätze nur bestätigt, indem insonderheit der

Reichs-Polizei-Ord. de 1577 Tit. 32. §. 3

verordnet, daß der Vormund in seinem Eide anzugeloben habe, Güter der Pflegbefohlenen nicht ohne Vorwissen, Erkenntniß und Decret der Obrigkeit zu veräußern.

3) Unsere Landesgesetzgebung bestimmt in der

Landesfürstl. Verordnung vom 10. Mai 1781.

Frederisd. v. Steinacker I. S. 233.

daß Capitalien der Minderjährigen nicht ohne ein vorher von der Obrigkeit darüber erhaltenes Decret gezahlt und aufgenommen werden sollen und nachdem schon die

Vormundschafts-Ord. für die Stadt Braunschweig vom 2. Aug. 1689 §. 13

verordnet hatte, daß die Vormünder die vorhabende Ausleihung bei dem Vormundschaftsamte zeitig anmelden sollten, ist im

§. 50 der Verordn. vom 3. Februar 1814. B. G. p. 108

vorgeschrieben, daß nicht nur, wenn über unbewegliche Sachen, welche Pflegbefohlenen gehören, verfügt werden soll, sondern auch wenn Capitalien gekündigt, ausgezahlt oder anderweit belegt werden sollen, zur Zahlung oder Veräußerung ein obervormundschaftliches Decret erwirkt werden soll, vor dessen Erlass das Gutachten der Familienfreunde und bei einem Werthbetrage von mehr als 100 Thlr. die Genehmigung des dem Vormundschaftsgerichte vorgesetzten Gerichts einzuholen ist.

Nach allen diesen Bestimmungen muß dafür gehalten werden, daß der Erlass des obervormundschaftlichen Decrets dem Abschlusse von Rechtsgeschäften, die ein solches zu ihrer Gültigkeit erfordern, vorausgehen muß und daß alle Verhandlungen in Beziehung auf solche Geschäfte, welche vor Erlangung des Decrets ergehen, nur als Tractaten oder vorläufige Entwürfe zu einem künftigen Contractsabschlusse aufgefaßt werden können.

Hieraus ergibt sich, daß wir vom Rechtsstandpunkte aus keine Veranlassung haben, die im Rescripte Herzogl. Kreisgerichts vom 12. März d. J. enthaltene Weisung aufzuheben und

376 Minderjährigkeit. Väterliche Gewalt. Vormundschaft. Rescripte 2c.

ebensowenig lassen sich Zweckmäßigkeitsgründe für solche Aufhebung geltend machen. Es folgt aber auch ferner daraus, daß wir die in dem Rescripte Herzogl. Kreisgerichts vom 27. Juli d. J. enthaltene Beschränkung jener Weisung auf einfache Rechtsgeschäfte nicht billigen können.

Denn wenn es auch behuf Prüfung der schwierigen Rechtsgeschäfte wünschenswerth ist, die Contractsbedingungen vollständig kennen zu lernen, so steht doch nichts entgegen, dem Antrage auf Ertheilung des obervormundschaftlichen Decrets eine solche Fassung zu geben, daß die Contractsbedingungen dadurch vollständig klar gestellt werden und doch zu ersehen ist, daß nur der Entwurf zu einem zukünftigen Vertragsabschlusse vorgelegt wird, was sich z. B. auf die Weise bewirken läßt, daß die Contrahenten erklären, daß sie einen Contract unter den folgenden Bedingungen, welche dann vollständig aufzuführen sind, abzuschließen beabsichtigen.

Bei dieser Auffassung der der Ertheilung des obervormundschaftlichen Decrets vorhergehenden Verhandlungen wird die Entscheidung über die in der Vorstellung des Herzogl. Amtsgerichts Holzminden ferner gestellten Anträge wenig Schwierigkeiten darbieten. Denn daß für diese Verhandlungen ein Sportelsatz, wie er in der Sporteltage in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 4. Juli 1851 sub A. I. 1, 2 u. 3 festgesetzt ist, nicht berechnet werden darf, folgt daraus, daß jene Verhandlungen nur als Tractaten oder Vorarbeiten, für welche nur den Notaren in derselben Sporteltage sub III. 37 eine Vergütung ausgesetzt ist, aufzufassen sind, jene Sportelsätze aber für die protocollarische Aufnahme der Verträge selbst festgesetzt sind. Noch weniger kann von Berechnung eines Stempels — deren Abhibition vom Herzogl. Kreisgerichte übrigens auch gar nicht angeordnet ist — die Rede sein, weil die Stempelabgabe nicht wie die Sportelgebühr eine Abgabe für die Protocollirung eines Rechtsacts, sondern eine Steuer enthält, welche auf die durch den schriftlichen Contract herbeigeführte Begründung oder Veränderung von Rechtsverhältnissen gelegt ist.

Daß endlich jene vorläufige Verhandlungen in die Vormundschaftsacten gehören, kann keinen Zweifel leiden, da nach

§. 2 des Circular-Rescripts vom 3. März 1842 Nro. 50

zu den Grundacten nur solche Verhandlungen zu nehmen sind, welche die Begründung, Uebertragung und Erlöschung dinglicher Rechte an Immobilien zum Gegenstande haben.

Aus vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß zwar für die Verhandlungen, welche behuf Extrahirung des obervormundschaftlichen Decrets aufgenommen werden, die Berechnung einer Sportel- und Stempelgebühr nicht zulässig ist, daß aber im Uebrigen die Vorstellung des Herzogl. Amtsgerichts Holzminden, wie hiemit geschieht, zu verwerfen sei.

Herzogl. Kreisgericht wird hierdurch angewiesen, von vorstehenden Ausführungen Notiz zu nehmen und das Herzogl. Amtsgericht Holzminden davon durch eine beglaubte Abschrift dieses Rescripts bei Remission der beigefügten mit dessen Vorstellung eingesandten Acten in Kenntniß zu setzen.

Ministerial-Commission.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 31. December 1859 2. 3.

11. Januar 1860

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 4|12. Januar 1861 Nro. 1 Seite 1.

Bekanntmachung, die Ernennung des Finanzraths Zimmermann zum Mitgliede der Ministerial-Commission betreffend. 1|10. Juni 1861 Nro. 30 Seite 137.

Bekanntmachung, des Herzogl. Staatsministeriums, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 10|15. Januar 1862 Nro. 3 Seite 5.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 6|14. Januar 1863 Nro. 2 Seite 5.

Bekanntmachung, die Ernennung des Obergerichts-Präsidenten Trieps zum Mitgliede der Herzogl. Ministerial-Commission an die Stelle des mit Tode abgegangenen Obergerichts-Präsidenten Brehmann betreffend. 26. November 1863 Nro. 40 Seite 565.

4. December

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 8|16. Januar 1864 Nro. 1 Seite 1.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 3|7. Januar 1865 Nro. 2. 3.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 6|12. Januar 1866 Nro. 3 Seite 5.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 11|21. Januar 1867 Nro. 3 Seite 5.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 8|15. Januar 1868 Nro. 9 Seite 19.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Herzogl. Ministerial-Commission betreffend. 2|13. Januar 1869 Nro. 2 Seite 3.

Münzwesen.

Verordnung, die Publication des zwischen den zum Zollvereine gehörigen Staaten und dem Kaiserthume Oesterreich und Fürstenthume Liechtenstein wegen Ausscheidung Oesterreichs und Liechtensteins aus dem Münzvertrage vom 24. Januar 1857 abgeschlossenen Vertrags betreffend. 21. September 1867 Nro. 79 Seite 585.

4. October

- Art. 1. Aufhebung der verbindlichen Kraft des Münzvertrags vom 24. Januar 1857 für Oesterreich und Liechtenstein.
- Art. 2. Aufrechterhaltung der Eigenschaft der Vereinsthaler und Doppelthaler als gesetzliche Zahlungsmittel.
- Art. 3. Uebereinkunft für den Fall der Einführung eines anderen Münzsystems.
- Art. 4. Aufrechterhaltung des Münzcartell Beilage IV. des Handels- und Zoll-Vertrages vom 19. Februar 1853.
- Art. 5. Ratification des Vertrags.

Separat-Artikel 1. Umlauf der geprägten groben Silbermünzen.

Separat-Artikel 2. Uebereinkunft für den Fall des Uebergangs zu einem anderen Münzsysteme.

Gesetz, die Einführung der Groschen-Eintheilung in 12 Pfennige betreffend. 14|19. November 1867 Nro. 99 Seite 655.

- §. 1. Einführung der Eintheilung des Groschens in 12 Pfennige.
- §. 2. Anwendung auf die bei den öffentlichen Behörden und Cassen geltenden Geldsätze.
- §. 3. Auswechselung der 1 und 2 Pfennigstücke zu dem Werthe von $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{5}$ Groschen.
- §. 4. Späterer Werth der 1 und 2 Pfennigstücke Braunschweigischen Gepräges.
- §. 5. Aufhebung entgegenstehender Vorschriften.

Verordnung, wegen Festsetzung des Aufgeldes für Geldzahlungen bei den öffentlichen Cassen, welche durch Goldmünzen nicht zu berichtigen stehen. 4|9. December 1867 Nro. 106 Seite 705.

Orden. Ordenszeichen.

Verordnung, die Abänderung der Bestimmung unter Nummer 2 der Verordnung vom 11. Juni 1818 Nro. 7 betreffend. 6|14. April 1865.

Gestattung des Tragens des Bandes der Waterloo-Denkmünze.

Polizei.

Gesetz, das Fahren mit Hundefuhrwerk betreffend. 20|30. März 1860 N.-o. 6 S. 11.

- §. 1. Verbot des Aufsetzens der Führer während der Fahrt.
- §. 2. Art der Führung des Fuhrwerks.
- §. 3. Anwendung der Bestimmungen des Polizei-Strafgesetzbuchs über Fuhrwerke.
- §. 4. Strafbestimmungen.

Gesetz, die Strafbarkeit des Feilhaltens oder Verkaufs in bleihaltigen Hüllen verpackten Schnupftabaks betreffend. 7|20. Februar 1865 Nro. 8 Seite 23.

Gesetz, den Schutz des Publikums gegen den Genuss trichinenhaltigen Schweinefleisches betreffend. 15. März 1866 Nro. 25 Seite 79.

5. April

- §. 1. Allgemeine Bestimmung über Gegenstand und Zweck des Gesetzes.
- §. 2. Aufsichtsbehörden.

- §. 3. Mit der Untersuchung zu beauftragende Sachverständige.
- §. 4. Verpflichtung der Sachverständigen.
- §. 5. Verpflichtung zur Zahlung der Untersuchungsgebühr und Feststellung des Betrages.
- §. 6. Kosten der Mikroskope.
- §. 7. Anmeldung des Schlachtens von Schweinen.
- §. 8. Vorschriften für die Untersuchung.
- §. 9. Verfügung über trichinenhaltige Schweine.
- §. 10. Bestrafung der Contraventionen.
- §. 11. Einführung von Schweinefleisch aus dem Auslande.
- §. 12. Verfügung über trichinenfrei aber sonst ungesund befundene Schweine.
- §. 13. Vorbehalt hinsichtlich der im Polizeistrafgesetzbuche oder Criminalgesetzbuche angedrohten schwereren Strafen.
- §. 14. Entziehung der den Sachverständigen erteilten Befugniß.
- §. 15. Vorbehalt der Erlassung weiterer Bestimmungen im Verordnungs- u. Verwaltungswege.
- §. 16. Eintritt des Gesetzes in Gültigkeit.

Verordnung, die Ausführung des Gesetzes vom 15. März 1866 über den Schutz des Publikums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches betr.
18. März 1866 Nro. 26 Seite 87.

5. April

- §. 1. Zerlegung des Schweines vor der mikroskopischen Untersuchung.
- §. 2. Feststellung der Untersuchungsbezirke.
- §. 3. Verfahren behuf der Befähigung der Sachverständigen.
- §. 4. Anzuwendende Mikroskope.
- §. 5. Unterhaltung von Fleischbüchern von Seiten der Gewerbetreibenden.
- §. 6. Nähere Bestimmung der zu untersuchenden Fleischtheile.
- §. 7. Untersuchung des vom Auslande eingeführten Schweinefleisches.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: den Beitritt des Herzogthums Holstein zu dem Passkarten-Vereine betreffend.
17. März 1866 Nro. 27 Seite 93.

6. April

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: den Beitritt des Herzogthums Schleswig zum Passkarten-Vereine betreffend.
11/28. April 1866 Nro. 28 Seite 95.

Gesetz, die beim Ausbruch der Rinderpest zu treffenden Maßregeln betreffend.
18/25. Juli 1866 Nro. 41 Seite 153.

- §. 1. Maßregeln bei Annäherung der Rinderpest an die Grenzen des Herzogthums.
- §§. 2—5. Maßregeln nach Auftreten der Rinderpest im Herzogthume.
- §§. 6 u. 7. Entschädigung der Besitzer des gefallenen oder getödteten Viehes.
- §. 8. Bestrafung von Contraventionen.
- §. 9. Eintreten des Gesetzes in Wirksamkeit.

Gesetz, wegen Bildung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Zwangsversicherungs-Gesellschaft behuf Vergütung der in Folge der Rinderpest entstehenden Schäden betreffend. 18|25. Juli 1866 Nro. 42 Seite 159.

- §. 1. Umfang und Zweck der Versicherungs-Gesellschaft.
- §. 2. Beitrittsverpflichtung.
- §. 3. Anmeldung des Rindviehstandes.
- §. 4. Feststellung des zu versichernden Werthes.
- §. 5. Veränderungen in der Angabe des Werthes.
- §. 6. Betrag der Vergütung.
- §. 7. Wegfall des Anspruchs auf Vergütung.
- §. 8. Versicherungsbeiträge.
- §. 9. Verwaltung der Gesellschafts-Angelegenheiten.
- §. 10. Concurrenz mit anderen abgeschlossenen Versicherungen.

Gesetz, die Abänderung des §. 224 des Polizeistrafgesetzbuches vom 18. August 1855. 1|18. October 1866 Nro. 54 Seite 197.

Strafbestimmungen wegen Uebertretung der Feierabendstunde in den Localen der Bierbrauer und Herbergirer.

Verordnung, die Ausführung der Gesetze vom 18. Juli v. J. Nro. 41 u. 42 wegen der beim Ausbruche der Rinderpest zu treffenden Maßregeln resp. wegen Bildung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Zwangsversicherungs-Gesellschaft behuf Vergütung der in Folge der Rinderpest entstehenden Schäden betreffend. 15|24. Juni 1867 Nro. 42 Seite 289.

Verordnung, die Wiederaufhebung des durch die Verordnung vom 15. Juni v. J. Nro. 42 erlassenen einstweiligen Verbots der Abhaltung von Rindviehmärkten zc. im Kreise Blankenburg betreffend.

30. Januar 1868 Nro. 18 Seite 39.

5. Februar

Gesetz, die Stellung des Polizeimilitairs in militairischer und strafrechtlicher Beziehung betreffend. 18|25. Juni 1868 Nro. 43 Seite 107.

- §. 1. Unterordnung des Polizeimilitairs in militairischer Beziehung.
- §. 2. Anwendung von Disciplinar-Maßregeln und der Gesetze über Verbrechen u. Vergehen.
- §§. 3, 4 u. 5. Disciplinar-Verfahren und Disciplinarstrafen.
- §. 6. Untersuchung und Bestrafung anderer Vergehen und Verbrechen.
- §. 7. Suspension vom Dienste.
- §. 8. Vollziehung erkannter Freiheitsstrafen.
- §. 9. Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen.
- §. 10. Eintritt und Aufhören der Wirksamkeit des Gesetzes.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Mai d. J. über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Geschließung betreffend. 28. Juni 1868 Nro. 46 Seite 119.

3. Juli

Gesetz, die Ergänzung des Tit. VIII. sub B. insbesondere des §. 251 des Polizeistrafgesetzbuches vom 18. August 1855 betreffend.

15|20. März 1869 Nro. 19 Seite 103.

Bestrafung der Aufgabe leicht entzündlicher oder ätzender Flüssigkeiten auf die Post unter unrichtiger Declaration.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, über das Passwesen vom 12. October 1867.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 33.

Gesetz, über Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Geschließung.

Vom 4. Mai 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 149.

Gesetz, betreffend die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken.

Vom 1. Juli 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 367.

Gesetz, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend.

Vom 7. April 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 105.

Allerhöchster Erlass vom 26. Mai 1869, betreffend die Genehmigung der Instruction zur Ausführung des Bundesgesetzes vom 7. April 1869, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend. Bd.-Ges.-Bl. Seite 149.

Instruction zu dem Gesetze vom 7. April 1869, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend. Bd.-Ges.-Bl. Seite 150.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Oberstaatsanwalt zu Wolfenbüttel vom 14. April 1853.

Ihr Bericht vom 15. November v. Js. und die Nachschrift vom 16. desselben Mts., eine Beschwerde des Staatsanwalts zu Blankenburg über die dasige Herzogl. Kreisdirection, wegen Einmischung in die Geschäfte der gerichtlichen Polizei, sind Uns zugegangen.

Nachdem Wir auch den Bericht der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, imgleichen die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts eingezogen haben, eröffnen Wir Ihnen hiemit Folgendes:

Wir müssen mit Ihnen dafür halten, daß in dem vorliegenden, das Verfahren gegen den Gewerbecontravenienten Sprögel aus Derenburg betreffenden Falle die Herzogl. Kreisdirection Blankenburg ihre amtlichen Befugnisse überschritten habe. Die Herzogl. Kreisdirectionen, als mit der Handhabung der Gewerbepolizei beauftragte Behörden, haben darüber zu wachen, daß die bestehenden Vorschriften nicht übertreten, namentlich von Unberechtigten Gewerbe nicht betrieben werden. Sie sind daher vollkommen befugt und zugleich verpflichtet, ihre Unterbeamten anzuweisen und das Polizeimilitair zu instruiren, auf Contraventionen zu achten. Die Uebertretungen selbst gehören jedoch nicht zu ihrer Cognition; es müßte denn ausnahmsweise in einem

besonderen Falle zuvor über die Frage: ob überhaupt gegen das Gewerbesteuergeſetz verstoßen ſei? im adminiſtrativen Wege zu entſcheiden ſein. — §. 53 des Geſetzes vom 7. April 1837 Nro. 19. — In dem fraglichen Falle war daher der, anſcheinend auf friſcher That betretene, Sprögel entweder ſofort dem Unterſuchungsrichter oder dem Staatsanwalte vorzuführen und das Verfahren der Herzogl. Kreisdirection, wonach dieſelbe den Sprögel ſich vorführen ließ, ihn mit Verhaftung bedrohte und ihn gegen das Verſprechen einer zu leiſtenden Caution entließ, die Cautionssumme auch ſpäter in einem zu dem Ende angeſetzten Termine in Empfang nahm, ging unzweifelhaft über die Grenzen ihrer Befugniſſe hinaus. Der Ausnahmefall des §. 53 des angezogenen Geſetzes lag hier überall nicht vor, da die Frage: ob Sprögel hier im Lande einen Holzhandel betrieben habe? zunächſt von dem Staatsanwalte beurtheilt und ſodann von der Gerichtsbehörde entſchieden werden mußte.

So viel was das Verfahren der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg anbetrifft.

Andererſeits können Wir Ihnen nicht verhehlen, daß die von Ihnen unterm 15. Novbr. v. Jrs. an den Staatsanwalt zu Blankenburg erlaſſene Verfügung in einiger Maße zu weit geht, indem allerdings, wie auch das Herzogl. Obergericht bemerkt hat, Fälle vorkommen können, in denen die Verhaftung auf Befehl der Kreisdirection geſchehen muß und der Verhaftete derſelben vorzuführen iſt; nämlich in allen den Fällen wo Zwangsmaßregeln zur Beſeitigung des Ungehorsams gegen auf Grund der geſetzlichen Beſtimmungen erlaſſene Ge- oder Verbote der Adminiſtration erforderlich werden. In ſolchen Fällen handelt der bezüglich untere Beamte nicht als Beamter der gerichtlichen Polizei, ſondern als Hülfſbeamter der Kreisdirection, der Landespolizeibehörde, und wird daher die in Ihrer obgedachten Verfügung enthaltene Anweiſung auf die Fälle zu beſchränken ſein, in welchen die gerichtliche Polizei thätig iſt.

Wir haben hiernach der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg das Erforderliche unterm heutigen Datum reſcribirt. 2c.

Reſcript Herzogl. Staatsminiſteriums an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg vom 30. März 1860.

Auf den Bericht vom 24. v. Mts., die Zuläſſigkeit polizeilicher Reviſionen und Beſchlagnahmen betreffend, eröffnen Wir der Herzogl. Kreisdirection Folgendes:

1) Nach §. 1 des Geſetzes vom 19. März 1850 Nro. 15 erſtreckt ſich der Wirkungskreis der gerichtlichen Polizei auf bereits geſchehene Handlungen, durch welche die Rechtsordnung verletzt worden iſt, behuf der gerichtlichen Verfolgung und Beſtrafung des Thäters. Hausſuchungen zu dieſem Zwecke dürfen nach §. 8, abgeſehen von den in §§. 5—7 des Geſetzes bezeichneten Fällen, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen verſehenen Befehls vorgenommen werden und deren Anordnung und Ausführung iſt damit der adminiſtrativen Polizei, welche vorbeugend, ſichernd und controlirend ihre Thätigkeit zu entſalten hat, durch das Geſetz entzogen.

Von dieſen Hausſuchungen zum Zwecke ſtrafrichterlicher Verfolgung ſind völlig verſchieden die Reviſionen und Viſitationen, welche, ohne Rückſicht auf eine ſpeciell indicirte Uebertretung des Strafgeſetzes als allgemeine Controlmaßregel durch das Geſetz vorgeſchrieben ſind und ſich

von jenen nach Zweck, Gegenstand und Art der Ausführung unterscheiden. Sie sind der administrativen Polizei verblieben und es gehören dahin beispielsweise diejenigen Revisionen und Visitationen, welche die Verordnungen vom 19. September 1776 und 11. December 1786, die Haspel und das Kaufgarn betreffend, das Gesetz vom 15. Mai 1835 Nro. 40 §§. 13 und 14, die Feuerordnung für die Landgemeinden vom 15. October 1832 §§. 13 und 46, die Maaß- und Gewichtsordnung vom 30. März 1837 §. 39, das Criminalgesetzbuch §. 22 und, soweit Zwecke der Sicherheitspolizei vorliegen, die Verordnung vom 5. Februar 1816 Nro. 2 §. 18 allgemein vorgeschrieben haben.

2) In gleicher Weise hat das Gesetz vom 19. März 1850 Nro. 15 das Recht zu Beschlagnahmen zum Zwecke strafrechtlicher Verfolgung der administrativen Polizei entzogen und der gerichtlichen Polizei überwiesen.

Das Rescript vom 5. v. Mts. Nro. 872 hat nur die Entscheidung der Frage zum Gegenstande: ob die Beschlagnahme solcher Waaren — Gewerbesteuergezet vom 4. April 1837 §. 55 — welche von einem zum Handel mit denselben nicht Berechtigten im offenen Laden zum Verkaufe ausgestellt sind, nach Emanation des oberrwähnten Gesetzes in den Geschäftskreis der gerichtlichen Polizei falle und diese Frage hat bejahet werden müssen, einestheils weil schon das Ausbieten nicht gestatteter Handelsartikel mittelst öffentlichen Feilhaltens nach dem Gewerbesteuergezet §§. 35, 50 und 55, verglichen mit der Bemerkung im Tarif zu der Position „Puzmacherinnen“ sowie nach Analogie des Gesetzes vom 15. October 1832 Nro. 28 §. 8 als unbefugter Gewerbebetrieb, mithin als strafbare Gewerbesteuer-Contravention erscheint und anderentheils, weil in dem angeführten §. 55 des Gewerbesteuergesetzes ausdrücklich die Sicherstellung des Thatbestandes und der Strafe als Zweck solcher Beschlagnahme bezeichnet worden ist.

Von der Ausführung administrativer, den Herzogl. Kreisdirectionen zustehender Hülfsvollstreckung ist weder in Unserm Rescripte vom 5. v. Mts. die Rede, noch ist solche in den vorausgegangenen Verhandlungen zur Sprache gebracht, welche lediglich die rechtlichen Folgen des Gesetzes vom 9. März 1850 Nro. 15 zum Gegenstande hatten. Es beruht daher auf gänzlicher Verkennung des Zweckes jenes Rescripts, wenn Herzogl. Kreisdirection vermeint, dass durch dasselbe auch die Beschlagnahme von Gegenständen habe untersagt werden sollen, wenn solche als Exekutionsmaßregel bei Ausführung administrativer, den Herzogl. Kreisdirectionen zustehender Hülfsvollstreckungen erforderlich wird.

Dass aber endlich, wenn bei einer von der administrativen Polizeibehörde innerhalb ihres Wirkungskreises angeordneten Revision oder Visitation begangene Uebertretungen des Strafgesetzes entdeckt werden, den ausführenden Beamten, falls sie, was in der Regel der Fall sein wird, zugleich Organe der gerichtlichen Polizei sind, in dieser ihrer Eigenschaft die Befugniß zu Beschlagnahmen, wenn die Voraussetzungen der §§. 5 — 7 des Gesetzes vom 19. März 1850 Nro. 15 zutreffen, also bei Betretung auf frischer That zustehe, ist bereits in Unserm Rescripte vom 5. v. Mts. angedeutet worden.

Die Herzogl. Kreisdirection hat sich hiernach zu achten.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 20. Februar 1862 an
sämmtliche Herzogl. Kreisdirectionen.

Bereits durch Unsere Resolution vom 30. October 1860 wurde nach vorangegangener Inhibition der Versuche des Predigers Ublisch zu Magdeburg, seine bekannte Wirksamkeit auf religiösem Gebiete auch im hiesigen Lande zu entfalten, auf erhobene Beschwerde verfügt, daß demselben der Aufenthalt im hiesigen Lande zu dem Zwecke öffentliche Vorträge zu halten, auch ferner nicht gestattet werden könne.

Die Rücksichten, welche diese Anordnung hervorriefen, dauern unverändert fort und verschiedene Vorgänge in neuerer Zeit haben mehr und mehr die Ueberzeugung begründen müssen, daß öffentliche Vorträge ausländischer Geistlichen in kirchlichen und religiösen Angelegenheiten, welche in Wirthshäusern oder sonstigen öffentlichen Localen vor einem gemischten Publikum gehalten, schon an sich mit der Würde des Gegenstandes nicht im Einklange stehen, als Aergerniß erregend und Unfrieden erzeugend, ohne Schaden nicht weiter geduldet werden können.

Wir wollen daher hierdurch bestimmen, daß ausländischen Geistlichen der Aufenthalt im hiesigen Lande zu dem Zwecke, Vorträge in religiösen Angelegenheiten nach vorhergehender öffentlicher oder allgemeiner Einladung in öffentlichen, oder besonders zu diesem Zwecke gemietheten oder eingeräumten Localen zu halten, nicht zu gestatten ist und weisen die Herzogl. Kreisdirectionen an, hiernach zu verfahren.

Herzogliche Kreisdirection Braunschweig hat die hiesige Herzogl. Polizeidirection von dieser Verfügung durch deren abschriftliche Mittheilung zur Nachachtung in Kenntniß zu setzen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 7. September 1862.

Auf den in Betreff des Verfahrens bei Zulassung von Neuanbauten in den Städten von der Herzogl. Kreisdirection d. J. Nro. 1039 erstatteten Bericht erwiedern Wir — im Einverständnisse mit den sämmtlichen übrigen Kreisdirectionen, welche Wir über die Angelegenheit gehört haben — daß es weder in den bestehenden Gesetzen und sonstigen Normen des öffentlichen Rechts begründet ist, auch die Neuanbauten in den Städten der, für die Neuanbauten in den Landgemeinden angeordneten, landespolizeilichen Cognition resp. Genehmigung allgemein zu unterwerfen, noch — bei der Verschiedenheit der in Betracht kommenden ländlichen und städtischen Verhältnisse — für erforderlich erachtet werden kann, im Wege der Gesetzgebung oder der Verwaltung eine dahin zielende Vorschrift zu erlassen, daß aber hierdurch die Befugniß und die Verpflichtung der Landespolizeibehörden nicht ausgeschlossen wird, im einzelnen Falle, wenn ein Neuanbau in einer Stadt mit besonderen landespolizeilichen Rücksichten collidiren würde, hindernd einzuschreiten.

Wie übrigens die Herzogl. Kreisdirection zufolge der in §§. 183 u. 184 der revidirten Städteordnung ihnen gegebenen Aufsichtsstellung unzweifelhaft berechtigt sind, von den Stadtmagistraten — den Magistrat der Stadt Braunschweig ausgenommen — Auskunft über städtische Verwaltungshandlungen stets zu fordern, so wird auch die Absicht des Stadtmagistrats zu Blanken-

burg in seinem Berichte vom 16. Februar d. J. nicht auf eine Verneinung der ihm danach obliegenden correspondirenden Pflicht, sondern lediglich auf einen Widerspruch gegen die von der Herzogl. Kreisdirection in dem Rescripte vom 22. Januar d. J. anscheinend — und dem Obigen nach ohne genügenden Grund — behauptete Befugniß, jeden Neuanbau in der Stadt Blankenburg von der landespolizeilichen Cognition resp. Genehmigung abhängig zu machen, gerichtet gewesen sein. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Obergericht zu
Wolfenbüttel vom 8. Mai 1863.

Der fernere Bericht des Herzogl. Obergerichts vom 27. März d. Jrs., die Verhaftung des Burtschen Blanke aus Ballstedt betreffend, ist Uns zugegangen.

Wenn Herzogl. Obergericht darin die Besorgniß ausdrückt, daß durch Unser Rescript vom 13. März d. Jrs. Nro. 1592 die Polizeibehörden hinsichtlich der Grenzen ihrer Befugnisse zu Irrungen veranlaßt werden würden, so könnte dies nach Unserem Dafürhalten nicht ohne Mißdeutung des Inhalts jenes Rescripts geschehen.

Es ist außer Zweifel daß die Landespolizeibehörden und daher die Herzogl. Kreisdirectionen sich nicht mit Verhaftungen oder Inhafthaltungen zu befassen haben, welche in den Bereich der gerichtlichen Polizei gehören, und dies ist, entsprechend der Aufgabe der gerichtlichen Polizei — §. 1, §. 9, §. 10 des Gesetzes vom 19. März 1850 Nro. 15 — alle Mal der Fall, wo die Freiheitsberaubung ihrem Zwecke nach die strafrechtliche Verfolgung in Beziehung auf eine begangene Verletzung des Strafgesetzes vorbereiten oder sichern soll.

Im Gegensatz dazu wird die administrative Polizei — die Landespolizeibehörde — in Erfüllung des ihr durch das Gesetz vom 19. März 1850 Nro. 26 zugetheilten Berufs und daher auch in Erfüllung der Aufgabe, eine Störung der Rechtsordnung zu hindern, präventiv thätig durch Anwendung von Maßregeln, welche zur Erreichung dieses Zwecks erforderlich sind. Dieser Unterschied zwischen der gerichtlichen und der administrativen oder Präventiv-Polizei hat schon immer bestanden Weiske, Rechtslexicon Bd. VIII. S. 186—189.

Müller, Lehrbuch des Crim.-Proc. §. 4

und er ist vermöge der durch die Organisationsgesetze vom 19. März 1850 bewirkten vollständigen Trennung der Justiz von der Administration, welche die gerichtliche wie die administrative Polizei eigenen Beamten überwies, nur um so schärfer hervorgetreten. In dem inneren Wesen des bei der gerichtlichen Polizei auf Herstellung der verletzten Rechtsordnung, bei der administrativen Polizei auf Beschützung der bedrohten Rechtsordnung bezüglichen Thätigkeitszwecks begründet, wird er den verschiedenen Beamten der sicherste und auch nicht allzuschwer erkennbare Anhaltspunkt für die Bemessung ihrer Competenz im einzelnen Falle darbieten und namentlich die Beamten der administrativen Polizei selbst dann jedes Mal nöthigen, ihre Function einzustellen, wenn bei einer zunächst für administrative Zwecke begonnenen Thätigkeit sich ergibt, daß eine bereits stattgehabte Störung der Rechtsordnung zu ermitteln oder strafrechtlich zu verfolgen, also z. B. ein in Detention genommener Vagabund wegen eines Verbrechens oder Vergehens in Untersuchung zu ziehen ist.

Vege's Repert. IX. Th.

Herzogliches Obergericht geht, was den vorliegenden Fall anbetrifft, in specieller Beziehung zu Verhaftungen davon aus, dass dieselben, abgesehen von den Fällen des §. 17 des Gesetzes vom 19. März 1850 Nro. 26 den Herzogl. Kreisdirectionen überhaupt nicht zustehen. Dies ist richtig, soweit eine Freiheitsberaubung zu gerichtspolizeilichen Zwecken, eine Verhaftung in ihrer eigentlichen, dem Gesetze über die gerichtliche Polizei, der Strafprocess-Ordnung dem §. 202 der Neuen Land.-Ord. und dem §. 272 des Crim.-Ges.-Bs. zum Grunde liegenden Bedeutung in Frage steht und wie sie als Maßregel der Justizgewalt auch noch besonders dadurch characterisirt wird, dass sie der vorgängigen oder nachträglichen richterlichen Genehmigung bedarf.

Wenn aber die Landespolizeibehörde eine Freiheitsberaubung zu einem ihrer Aufgabe überwiesenen Zwecke eintreten lässt, wenn sie z. B. einen gefährlichen Geisteskranken zur Verhütung von Unheil fürsorglich einsperrt, wenn sie einen Vagabunden fesselt oder in Detention behält, um unbekannte persönliche, oder ungewisse Heimaths-Verhältnisse festzustellen oder um für den obdachlosen Vagabunden ein Unterkommen in der zur Aufnahme verpflichteten Gemeinde zu ermitteln, damit er nicht mit dem Austritte aus dem Gefängnisse sofort der Vagabondage wieder verfällt, so mag diese Detention in ihrer äußeren Erscheinung ebenfalls als eine Verhaftung sich darstellen und im gewöhnlichen Sprachgebrauche Verhaftung genannt werden, im Sinne der vorerwähnten zum Schutze der persönlichen Freiheit gegebenen gesetzlichen Bestimmungen aber ist eine solche Detention keine Verhaftung, vielmehr als eine nach ihrer rechtlichen Natur davon verschiedene Maßregel nicht Gegenstand der Bestimmungen, welche Verhaftungen nur kraft eines vorgängigen oder nachfolgenden richterlichen Befehls von den Beamten der richterlichen Polizei bethätigt wissen wollen; sie hat im Gegentheile alle Zeit und über die neueste Organisation hinaus bis auf den heutigen Tag als eine Befugniß der Landespolizei zur Erreichung legaler administrativer Zwecke gegolten,

Circular-Rescript vom 29. April 1853. Bege, Rep. Bd. VIII. S. 218

ist fortwährend von den Herzogl. Kreisdirectionen ohne Widerspruch von irgend einer Seite gehandhabt und bisher als Hülfsmittel für die Vagabunden-Polizei nicht für entbehrlich gehalten. Es genügt wenn die Detention eines Vagabunden als ein solches, unter Umständen unvermeidliches Hülfsmittel anerkannt werden muss; sie ist dann vermöge der Aufgabe der Landespolizei ein ihr zuständiges Attribut — §. 2 des Gesetzes vom 19. März 1850 Nro. 26 — ohne noch einer besondern Sanction zu bedürfen. Für ausländische Vagabunden würde aber selbst diese besondere Sanction im §. 8 Abs. 3 des Gesetzes vom 14. Januar 1849 Nro. 6 anzutreffen sein und die ganz gleichen Rücksichten es rechtfertigen, inländische Vagabunden nach verbüßter Strafe einstweilen in Verwahrung zu behalten bis deren Wohnortsrecht festgestellt, oder ein Unterkommen für dieselben ermittelt ist. Vermöge der verfassungsmäßigen Selbstständigkeit ihrer Stellung kann auch die Landespolizeibehörde zu einer innerhalb ihrer Competenz bethätigten Maßregel keiner Genehmigung des Gerichts bedürfen, für deren Ertheilung oder Versagung es überdies bei einer nur durch polizeiliche Rücksichten und Zwecke motivirten Detention an allen den Anhaltspunkten fehlen würde, nach deren die Gerichte die Zulässigkeit oder Fortdauer einer Verhaftung zu beurtheilen haben.

§. 204 und §. 202 Schlussatz der Neuen Land.-Ord.

Auf gleiche Weise wie mit der Verhaftung resp. administrativen Einsperrung verhält es sich mit dem Mittel zum Zwecke — den s. g. Steckbriefen, wie sie von den Beamten der gerichtlichen Polizei und ebenso auch von den Beamten der administrativen Polizei erlassen werden, gleichwohl aber ihrem Wesen nach völlig von einander verschieden sind, und — von den Landespolizeibehörden ausgehend — keiner vorgängigen gerichtlichen Genehmigung bedürfen.

Von dem hier bezeichneten Standpunkte aus hat die Herzogl. Landesregierung die gerichtliche und die administrative Polizei bisher gegen einander abgrenzen zu müssen geglaubt und indem sie diesen Grundsätzen entsprechend, in vorgekommenen Differenzfällen nach vorgängiger Begutachtung des Herzogl. Obergerichts und der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft sich ausgesprochen hat, in Uebereinstimmung über die Attribute der gerichtlichen und administrativen Polizei, und soweit es dabei auf die bezeichneten leitenden Gesichtspunkte ankam, mit diesen Behörden sich befunden —

conf. z. B. Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 14. April 1853 Nro. 3518 an Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft, eine Beschwerde des Staatsanwalts in Blankenburg gegen Herzogl. Kreisdirection, daselbst, wegen einer Gewerbecontravention des Holzhändlers Sprögel betreffend, und

Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 30. März 1860 Nro. 2039 an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, abschriftlich mitgetheilt der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft, eine Gewerbecontravention der Färbermeister Kumpert und Büchting betreffend —

und wenn, was den zuerst gedachten Fall betrifft, von der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft die fortdauernde Befugniß der Landespolizeibehörden zu Vorführungen angezweifelt wurden, so ist dieses Bedenken damals von dem Herzogl. Obergerichte in dem Berichte vom 6. April 1853 Nro. 3518 und vom Herzogl. Staatsministerium nicht getheilt.

Es versteht sich von selbst, daß administrative Detentionen nur zu verfügen sind, wo sie zur Erreichung eines in der Aufgabe der Landespolizeibehörde liegenden Verwaltungszwecks als nothwendig erscheinen; fehlt es an diesen Merkmalen der Rechtmäßigkeit und Nothwendigkeit sei es für die anfängliche Verfügung oder für die Fortdauer der Maßregel, so wird es an gesetzlichen Mitteln, den Mißbrauch, die Ungebühr oder die Nachlässigkeit zur Verantwortung zu ziehen, nicht fehlen und der Anwendung dieser Mittel am wenigsten von Herzogl. Landesregierung ein Hinderniß in den Weg gelegt werden.

Die in vorgekommenen Fällen zu Tage getretenen Zweifel über die Befugnisse der Landespolizei in Bezug auf Vorführungen, Detentionen und Hausdurchsuchungen haben bisher ohne erhebliche Schwierigkeit ausgeglichen werden können und es sind, so viel Uns bekannt geworden, begründete Beschwerden der Staatsangehörigen über Eingriffe in ihre Rechte und Interessen durch derartige polizeiliche Maßregeln seit der neuen Organisation nicht vorgekommen.

Sollten aber bei Herzogl. Obergerichte Bedenken über die leitenden Grundsätze, wie sie nach Unserer, vorstehend dargelegten Auffassung in Bezug auf Detentionen der Vagabunden zur Anwendung zu bringen sind, in dem Maße fortbestehen, daß unerwünschte Verwickelungen und Conflictе daraus hervorzugehen drohen, so wird nach Unserm Dafürhalten der allein geeignete Weg zur Abhülfe nur der sein können, daß erwogen wird, ob und in welcher Weise specieller

als jetzt die Befugnisse der Landespolizei in Bezug auf Detentionen u. s. w. durch die Gesetzgebung festzustellen sein würden.

Wir wollen hierüber eventuell der gutachtlichen Aeußerung des Herzogl. Obergerichts entgegensehen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämmtliche Herzogl. Kreisdirectionen vom 19. August 1868.

Nach einer kürzlich wider den Deconomen Bremer in Warle wegen Contravention gegen das Gesetz vom 15. März 1866 Nro. 25 nach erfolgter Nichtigkeitsbeschwerde ergangener Entscheidung des Herzogl. Obergerichts (Zeitschrift für Rechtspflege Nro. 8 des laufenden Jahrgangs pag. 130) ist angenommen, dass den Vorschriften wegen Untersuchung der Schweine auf Trichinen Genüge geleistet sei, wenn überhaupt eine Untersuchung durch einen bestellten Sachverständigen — einerlei ob derselbe für den betreffenden Bezirk bestellt sei oder nicht — stattgefunden habe. Namentlich der Controle der Untersuchung wegen ist es aber durchaus nothwendig, dass regelmäßig, d. h. von Vertretungsfällen abgesehen, nur der für einen bestimmten Bezirk bestellte Sachverständige in demselben die Untersuchung der Schweine auf Trichinen vornimmt. Es wird daher — zunächst zwar nur durch administrative Maßregeln — darauf hinzuwirken sein, dass die nöthige Ordnung in dieser Beziehung aufrecht erhalten bleibt und hat Herzogl. Kreisdirection zu dem Ende den bestellten Sachverständigen zu eröffnen, dass sie nur für den betreffenden Ort oder District haben autorisirt werden sollen, zugleich aber Bezirksüberschreitungen mit Entlassung zu bedrohen. Sollten dergleichen gleichwohl vorkommen, so ist darauf zu halten, dass sie gerichtlich verfolgt werden, und wollen Wir berüchtliche Anzeige erwarten, wenn etwa fernere Entscheidungen im Sinne der gedachten obergerichtlichen Entscheidung ergehen sollten.

Von einer unzulässigen Bezirksüberschreitung wird übrigens, wie Wir noch ausdrücklich hervorhoben, da nicht die Rede sein können, wo ein anderer als der für den betreffenden Bezirk bestellte Sachverständige, nachdem von Letztern ordnungsmäßig untersucht worden, etwa aus besonderen Vertrauensrücksichten zu nochmaliger Vornahme einer Untersuchung zugezogen wird.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Hauptmann von Brömbßen vom 21. August 1868.

Wir eröffnen Ihnen auf Ihren Bericht vom 3. Mai d. J. Nro. 682 betreffend die Verwendung des Polizeimilitärs zur Aufsicht bei öffentlichen Tanzbelustigungen 2c., Folgendes:

Im Allgemeinen wird es bei den bestehenden Einrichtungen und Instructionen bis auf Weiteres sein Verbleiben behalten müssen. Somit daher überhaupt alle die Verwendung und den polizeilichen Dienst des Polizeimilitärs betreffenden Anordnungen nach der höchsten Verordnung vom 5. Februar 1816 Nro. 2 vom Herzogl. Staatsministerium ressortiren, auch der Commandeur des Polizeimilitärs nur in militärischer Hinsicht dem Commandeur des

activen Truppencorps, jetzt dem General-Adjutanten Sr. Hoheit, in Bezug auf den polizeilichen Dienst aber unmittelbar dem Herzogl. Staatsministerium unterstellt ist (§. 3 der allegirten Verordnung) so können insbesondere auch für den Bezirk der Stadt Braunschweig etwaige Aenderungen in Betreff der Functionen des Polizeimilitairs nur vom Herzogl. Staatsministerium oder mit dessen Genehmigung getroffen werden.

Es erhellet aber nicht, dass zu den regiminellement genehmigten Functionen des Polizeimilitairs die Ueberwachung der Tanzbelustigungen im Bezirke der hiesigen Stadt gehört hätte, und es wird dieselbe aus eben den Rücksichten nicht weiter zuzulassen sein, aus welchen sie auf Antrag der Herzogl. Polizeidirection auch von den Polizeidienern nicht mehr geübt wird. Diese Rücksichten sind namentlich, dass die von Herzogl. Polizeidirection angeordneten Aufsichtspatrouillen für die öffentlichen Sicherheitszwecke genügen, dass es den Wirthen füglich überlassen bleiben kann, für ihre Privat Zwecke und Interessen selbst in geeigneter Weise Fürsorge zu treffen und dass durch die fraglichen Aufsichtsführungen unverhältnissmäßig viel Polizeikräfte, die angemessener verwerthet werden können, in Anspruch genommen werden. Sie haben demgemäß verfahren zu lassen 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Oberstaatsanwalt
vom 1. Mai 1869.

Durch den Schlusssatz der Art. 158 der am 12. Juli 1855 publicirten neuen Redaction der Verordnung, die Militärstrafen und Proceffe betreffend, ist in Verbindung mit den Art. 142, 139 und 140 vorgeschrieben, dass wenn Personen, welche dem Polizeimilitair angehören, als Angebeschuldigte oder als Zeugen in einer Strassache durch die Civilgerichte zu vernehmen sind, alsdann deren Beorderung zu dem Termine, auf Requisition der Civilbehörde, durch den militairischen Chef erfolgen soll, wenn sich — was jetzt nur in der Stadt Braunschweig zutrifft — an der Station des Vorzuladenden ein commandirender Stationsofficier befindet, in allen übrigen Fällen dagegen eine directe Ladung durch die Civilbehörde statt zu finden hat.

Diese Bestimmungen gelten noch jetzt, da wenn auch jene Verordnung durch das Gesetz vom 18. Juni v. J. Nro. 43 §. 9 aufgehoben ist, doch gerade die hier in Rede stehende Vorschrift als §. 59 a u. b in der neuen Redaction der Strafprocess-Ordnung vom 21. October 1858 Aufnahme gefunden hat und sich als integrierender Theil dieses Gesetzes fortwährend in Kraft befindet.

In denjenigen Fällen nun, in welchen die Ladung der dem Polizeimilitair angehörenden Personen direct durch die Civilbehörde erfolgt, soll nach Art. 142 jener Verordnung von jeder Ladung der Polizei-Drägoner und Jäger deren Stationscommandanten Nachricht gegeben werden. Diese Vorschrift, welche eine Benachrichtigung des militairischen Chefs für den analogen Fall einer Ladung der Stationscommandanten nicht ausdrücklich verordnet, erscheint gegenwärtig zur Wahrung der militairischen Dienstinteressen nicht ausreichend, nachdem in Folge der Gesetze vom 4. Mai 1858 Nro. 26 und vom 18. Juni 1868 Nro. 43 einestheils die Abhaltung der Schwurgerichte nur noch in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel stattfindet und anderentheils die Untersuchung und Bestrafung aller nicht blos disciplinarisch zu verfolgender Vergehen und

Verbrechen des Polizeimilitairs auf die Civilgerichte übertragen ist, folgeweise also die Fälle sich häufen, in welchen auch Stationscommandanten, sei es als Angeeschuldigte oder als Auskunftspersonen, vor die Civilgerichte, mitunter in weiter Entfernung von ihrem Stationsorte, geladen werden.

Dienstliche Rücksichten erfordern, dass der militairische Chef zeitig von jeder längeren Entfernung eines Stationscommandanten aus demjenigen Bezirke, welcher ihm angewiesen ist, Kenntniß erhalte, um erforderlichen Falls wegen seiner Vertretung Fürsorge zu treffen und da regelmäßig zu einer desfallsigen Anordnung die Zeit fehlen würde, wenn der Commandeur des Polizeimilitairs erst eine Meldung des betreffenden Stationscommandanten von der an ihn bereits ergangenen Vorladung abwarten müsste: so bestimmen Wir hierdurch, dass fortan von jeder Ladung eines Stationscommandanten vor ein Civil-Strafgericht, namentlich aber vor die Schwur- und Kreisgerichte, alsdann unverzüglich dessen Militairchef durch die betreffende Civilbehörde Nachricht zu geben sei, wenn der Ort, wohin jener geladen wird, über 3 Meilen von seinem Stationsorte entfernt ist.

Sie haben die Staatsanwälte hiernach mit Anweisung zu versehen, und ist dem Commandeur des Polizeimilitairs zur Nachachtung eine Abschrift dieses Rescripts zugesertigt worden.

Posten. Postdienst.

Bekanntmachung der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection, wegen Abänderung resp. Ergänzung des Postmeilenzeigers.

26. October 1860 Nro. 34 Seite 123.

7. November

Feststellung verschiedener Entfernungsstrecken auf Poststraßen.

Verordnung, die Publication des zu Frankfurt a. M. am 18. August 1860 abgeschlossenen Postvereins-Vertrags betreffend.

21/30. December 1860 Nro. 44 Seite 151.

Postvereins-Vertrag.

A. Grundsätzliche Bestimmungen.

- Art. 1. Umfang und Zweck des Vereins.
- Art. 2. Zusammengesetzte Postgebiete.
- Art. 3. Vorbehalt hinsichtlich der Ausübung von Postregals-Rechten.
- Art. 4, 5 u. 6. Sicherung und Beschleunigung des Postverkehrs.
- Art. 7. Entfernungs-Maß.
- Art. 8. Vereins-Gewicht.
- Art. 9. Münzwährung.
- Art. 10. Abrechnung.

B. Briefpost.

- Art. 11. Gemeinschaftliches Porto.

I. Briefverkehr.

Art. 12. Vereinscorrespondenz.

a. Innere Vereins-Correspondenz.

Art. 13. Bezug des Porto.

Art. 14. Hinwegfallen des Transitporto.

Art. 15. Transitgebühr.

Art. 16. Vergütung der Transitgebühr.

Art. 17. Vereins-Briefportotagen.

Art. 18. Gewicht des einfachen Briefes, Gewichts und Tagprogression.

Art. 19. Beförderung mit der Briefpost.

Art. 20. Frankirung.

Art. 21. Unfrankirte und ungenügend frankirte Briefe.

Art. 22. Sendungen unter Band.

Art. 23. Waarenproben und Muster.

Art. 24. Recommandirte Briefe.

Art. 25. Ersagleistung.

Art. 26. Bestellung durch Expressen.

Art. 27, 28, 29, 30 u. 31. Portofreiheiten.

Art. 32. Unrichtig geleitete Briefe.

Art. 33. Unbestellbare Briefe.

Art. 34. Reclamirte Briefe.

Art. 35. Aufhebung der nicht vereinbarten Gebühren.

b. Correspondenz mit fremden Ländern.

Art. 36, 37, 38 u. 39.

II. Zeitungs-Verkehr.

Art. 40. Allgemeine Bestimmung.

Art. 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50. Vereinsländische Zeitungen, welche im Vereinsgebiete befördert werden.

Art. 51. Ausländische und nach dem Auslande bestimmte vereinsländische Zeitungen.

C. Fahrpost.

Art. 52. Gemeinschaftliches Porto.

Art. 53. Vereins-Fahrpostsendungen.

Art. 54. Portoberechnung.

Art. 55. Festsetzung der Entfernungen.

Art. 56. Fahrposttarif.

Art. 57. Gewichtporto.

Art. 58. Minimalsätze des Gewichtporto.

Art. 59. Werthporto.

Art. 60. Sendungen gegen Rückschein.

Art. 61. Nachnahmen.

- Art. 62. Baare Einzahlungen.
- Art. 63. Begleitbriefe.
- Art. 64. Mehrere Stücke zu demselben Begleitbriefe.
- Art. 65. Frankirungsfreiheit.
- Art. 66. Nebengebühren.
- Art. 67. Portoberechnung bei Zurück- und Nachsendungen.
- Art. 68. Portofreiheiten und Portuermäßigung.
- Art. 69. Vertheilung der Portoeinnahme.
- Art. 70. Commission zur Ermittlung der Procentsätze.
- Art. 71. Transitverhältnisse.
- Art. 72. Abrechnung.
- Art. 73. Abrechnung über unanbringliche Sendungen.
- Art. 74. Portoniederschlag.
- Art. 75. Gewährleistung.

D. Allgemeine Bestimmungen.

- Art. 76. Äußere Beschaffenheit und Behandlung der Postsendungen.
- Art. 77. Verfügungsrecht des Absenders.
- Art. 78. Schiedsrichterliche Entscheidung.
- Art. 79. Ausbildung des Vereins.
- Art. 80. Ratification und Dauer des Vertrags.

Bekanntmachung der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection, das Reglement über den Postvereins-Verkehr betreffend.

31. December 1860 Nro. 45 Seite 193.

10. Januar 1861

Reglement für den Postvereins-Verkehr.

- §. 1. Allgemeine Bestimmungen über die Beschaffenheit und Behandlung der Postsendungen.
- §. 2. Adresse.
- §. 3. Außenseite der Briefe.
- §. 4. Begleitbrief bei Fahrpostsendungen.
- §. 5. Erfordernisse eines Begleitbriefes.
- §. 6. Mehrere Fahrpoststücke zu einem Begleitbriefe.
- §. 7. Signatur.
- §. 8. Declaration.
- §. 9. Verpackung.
- §. 10. Verschluss.
- §. 11. Verpackung und Verschluss der Geldsendungen insbesondere.
- §. 12. Von der Postbeförderung ausgeschlossene Gegenstände.
- §. 13. Zur Postbeförderung bedingt zugelassene Gegenstände.
- §. 14. Sendungen unter Band.
- §. 15. Waarenproben und Musterfundungen.

- §. 16. Recommandirte Briefe.
- §. 17. Retour-Recipisse.
- §. 18. Durch Expressen zu bestellende Briefe.
- §. 19. Nachnahmesendungen.
- §. 20. Baare Einzahlungen.
- §. 21. Frankirungs-Vermerk. Nicht oder ungenügend mit Marken frankirte Briefe nach Ländern wohin Frankirungszwang besteht.
- §. 22. Expeditionswegen für Fahrpostsendungen.
- §. 23. Zurückforderung von Postsendungen durch den Aufgeber.
- §. 24. Aushändigung von Postsendungen an den Adressaten an Umspeditionsorten.
- §. 25. Unbestellbare Postsendungen.
- §. 26. Nachsendung der Postsendungen.
- §. 27. Mit fremden Freimarken versehene Briefe.
- §. 28. Briefe, welche an Postanstalten convertirt sind.
- §. 29. Einziehung der Bestellgebühr vom Absender.
- §. 30. Gebührenfreie Anrechnung von Postgefällen.
- §. 31. Lagergeld.

Gesetz, die Portotaxe betreffend. 4/17. December 1862 No. 53 Seite 207.

Allgemeine Bestimmungen.

- Art. 1. Beschränkung des Gesetzes auf den inneren Verkehr.
- Art. 2. Briefposttage.
- Art. 3. Portotaxe für Päckereien und Werthgegenstände.
- Art. 4. Personengeldtage.
- Art. 5. Gewichtsbestimmungen.
- Art. 6. Frankirung.
- Art. 7. Unterscheidung der Briefpost- und Fahrpostgegenstände.
Briefpostsendungen.

- Art. 8. Tage der Briefe.
- Art. 9. Tage der Waarenproben und Muster.
- Art. 10. Tage der Kreuz- oder Streifbandsendungen.
- Art. 11. Tage der recommandirten Briefe.

Fahrpostsendungen.

- Art. 12. Allgemeine Bestimmung über die Tage.
- Art. 13. Tage nach dem Gewichte, Päckereitage.
- Art. 14. Abrundung der Geldberechnung.
- Art. 15. Adressbriefe zu Päckereisendungen.
- Art. 16. Gegenstände der Versicherungsprämie oder Tage nach dem Werthe.
- Art. 17. Betrag der Werthtage.
- Art. 18. Berechnung mehrerer Päckerei- oder Werthstücke zu einem Adressbriefe.
- Art. 19. Aufgabeschein über Werthgegenstände.

Postvorschüsse und baare Einzahlungen.

Art. 20. Porto für Sendungen, auf welche Postvorschuss entnommen wird.

Art. 21. Porto und Gebühr für baare Einzahlungen.

Art. 22. Stadt- und Landporto.

Bestell-Gebühr.

Art. 23. Die Bestellgebühr für Briefe, Scheine und Adressbriefe an Adressaten am Orte der Postanstalt wird aufgehoben.

Art. 24. Tage für expresse Bestellung.

Art. 25. Bestellgebühr für Zeitungen und Zeitschriften.

Art. 26. Personengeld.

Art. 27. Zeitungs-Expeditionsgebühr.

Art. 28. Lagergeld.

Art. 29. Laufzettel.

Art. 30. In Krafttreten des Gesetzes.

Reglement zu dem Gesetze über die innere Posttage.

13/23. December 1862 No. 54 Seite 219.

§. 1. Portofreiheiten.

§. 2. Postfrancomarken und Francocouverts.

§. 3. Waarenproben und Musterfundungen.

§. 4. Kreuzbandsendungen.

§. 5. Gleichzeitige Erhebung der Gebühr für Recommandation und Retour-Recipisse mit dem Porto.

§. 6. Werthangabe.

§. 7. Aufgabeschein.

§. 8. Postvorschüsse.

§. 9. Baare Einzahlungen.

§. 10. Stadt- (Orts-) und Landporto.

§. 11. Umfang der Verbindlichkeit der Postverwaltung in Ansehung der Bestellung.

§. 12. Zeit der Bestellung.

§. 13. Uebergabe der Postsendungen an den Adressaten.

§. 14. Bestellung in Abwesenheit des Adressaten.

§. 15. Durch Expresse zu bestellende Postsendungen.

§. 16. Personenbeförderung mit den regelmäßigen Posten.

§. 17. Reiseschein.

§. 18. Von der Reise mit der Post ausgeschlossene Personen.

§. 19. Personengeld.

§. 20. Reisegepäck.

§. 21. Abfahrt der Reisenden.

§. 22. Ordnung der Plätze.

§. 23. Rückerstattung des Personengeldes.

§. 24. Verhalten der Reisenden auf den Posten.

§. 25. Beschwerdebücher.

§. 26. Passagierstuben.

§. 27. Personenbeförderung nach und aus den Nachbarstaaten.

Allgemeine Bestimmungen wegen Benutzung der Posten
zu Versendungen.

§. 28. Von der Beförderung ausgeschlossene Gegenstände.

§. 29. Zur Postbeförderung bedingt zugelassene Gegenstände.

§. 30. Adressen.

§. 31. Begleitbriefe bei Fahrpostsendungen.

§. 32. Signatur.

§. 33. Verpackung.

§. 34. Verschluss.

§. 35. Verpackung und Verschluss der Geldsendungen.

§. 36. Folge mangelhaften Verpackens.

§. 37. Zurückforderung von Postsendungen durch den Aufgeber.

§. 38. Nachsendung von Gegenständen.

§. 39. Retoursendungen.

§. 40. Laufzettel.

§. 41. Garantie und Ersatzleistung.

§. 42. Schluss.

Postgesetz für das Herzogthum Braunschweig.

1/18. Juli 1864 Nro. 34 Seite 115.

§§. 1—10. I. Postregal und Postpflichtigkeit.

§§. 11—22. II. Von der Garantie.

§§. 23—36. III. Vorrechte der Posten.

§§. 37—50. IV. Strafbestimmungen.

§§. 51—52. V. Allgemeine Bestimmungen.

Anlage. Extract aus den Bestimmungen des Postvereins-Vertrages vom
18. August 1860 über Gewährleistung.

Gesetz, wegen Abänderung mehrerer Vorschriften über die Portotaxe für den Verkehr im Innern des Herzogthums. 4/14. April 1865 Nro. 12 Seite 31.

§. 1. Portotaxe nach dem Gewicht der Briefe.

§. 2. Briefe mit Waarenproben und Mustern.

§. 3. Kreuz- und Streifband-Sendungen.

§. 4. Fahrpostsendungen.

§. 5. Abrundung der Portobeträge.

§. 6. Baare Einzahlungen zur Wiederauszahlung.

Verordnung, die künftige Bezeichnung des bisher combinirten Bahn- und Postamts zu Wolfenbüttel betreffend. 17/25. October 1866 Nro. 58 Seite 205.

Bekanntmachung, des zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes vom 2. November 1867 durch das Bundespräsidium erlassene Reglement vom 11. December 1867 betreffend.

21|31. December 1867 Nro. 111 Seite 721.

Reglement vom 11. December 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes vom 2. November 1867.

Erster Abschnitt.

Von der Versendung der Briefe, Gelder und Päckereien.

- §. 1. Allgemeine Beschaffenheit der Postsendungen.
- §. 2. Adresse.
- §. 3. Außenseite.
- §. 4. Begleitbriefe bei Päcketen.
- §. 5. Erfordernisse eines Begleitbriefes.
- §. 6. Mehre Päckete zu einem Begleitbriefe.
- §. 7. Signatur.
- §. 8. Declaration.
- §. 9. Verpackung.
- §. 10. Verschluss.
- §. 11. Verpackung und Verschluss der Sendungen mit declarirtem Werthe.
- §. 12. Von der Postbeförderung ausgeschlossene Gegenstände.
- §. 13. Zur Postbeförderung bedingt zugelassene Gegenstände.
- §. 14. Drucksachen.
- §. 15. Waarenproben. Waarenmuster.
- §. 16. Recommandirte Sendungen.
- §. 17. Postanweisungen.
- §. 18. Depeschen-Anweisungen.
- §. 19. Postvorschuss-Sendungen.
- §. 20. Durch Expressen zu bestellende Sendungen.
- §. 21. Behandlung reglementswidrig beschaffener Sendungen.
- §. 22. Ort der Einlieferung.
- §. 23. Zeit der Einlieferung.
- §. 24. Frankirungs-Vermerk. Nicht oder ungenügend mit Marken frankirte Briefe nach Ländern, wohin Frankirungszwang besteht.
- §. 25. Einlieferungsschein.
- §. 26. Expeditionsweg und Ablieferungs-Postanstalt.
- §. 27. Zurückforderung von Postsendungen durch den Absender.
- §. 28. Aushändigung von Postsendungen an den Adressaten an Umspeditionsorten.
- §. 29. Herstellung des Verschlusses und Eröffnung der Sendungen durch die Postbeamten.
- §. 30. Umfang der Verbindlichkeit der Postverwaltung in Ansehung der Bestellung, sowie Umfang der Annahme von Gegenständen nach dem Bestellbezirke der Aufgabe-Postanstalt.

- §. 31. Zeit der Bestellung.
- §. 32. An wen die Bestellung geschehen muß.
- §. 33. Berechtigung des Adressaten zur Abholung der Briefe u. s. w.
- §. 34. Aushändigung der Sendungen nach erfolgter Behändigung der Begleitbriefe und der Formulare zu den Ablieferungsscheinen, sowie Auszahlung baarer Beträge.
- §. 35. Nachsendung der Postsendungen.
- §. 36. Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Bestimmungsorte.
- §. 37. Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Aufgabsorte.
- §. 38. Verfügungen mit Behändigungsschein.
- §. 39. Entrichtung des Portos und der sonstigen Gebühren.
- §. 40. Tarifbestimmungen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Ekspedition-Beförderung.

- §. 41. Ekspedition-Beförderung.

Dritter Abschnitt.

Von der Beförderung der Personen auf den ordentlichen Posten.

- §. 42. Meldung zur Reise.
- §. 43. Personen, welche von der Reise mit der Post ausgeschlossen sind.
- §. 44. Passagier-Billet.
- §. 45. Grundsätze der Personen-Gelderhebung.
- §. 46. Erstattung von Personengeld.
- §. 47. Verbindlichkeit der Reisenden in Betreff der Abreise.
- §. 48. Plätze der Reisenden.
- §. 49. Reisegepäck.
- §. 50. Ueberfracht-Porto und Affecuranz-Gebühr.
- §. 51. Disposition der Reisenden über das Reisegepäck unterwegs.
- §. 52. Passagierstuben.
- §. 53. Verhalten der Reisenden auf den Posten.
- §. 54. Nebenkosten.

Vierter Abschnitt.

Von der Ekstrapost- und Courier-Beförderung.

- §. 55. Allgemeine Bestimmungen.
- §. 56. Zahlungsätze.
- §. 57. Zahlung und Quittung.
- §. 58. Bepannung.
- §. 59. Abfertigung.
- §. 60. Beförderungszeit.
- §. 61. Postillone.
- §. 62. Beschwerden.
- §. 63. Anfangstermin.

Anlage. Reglementarische Tarifbestimmungen, welche in dem gesammten Umfange des Norddeutschen Postbezirks gleichmäßig Anwendung finden.

- §. I. Drucksachen.
- §. II. Waarenproben.
- §. III. Recommandirte Sendungen.
- §. IV. Postanweisungen.
- §. V. Depeschen-Anweisungen.
- §. VI. Postvorschüsse.
- §. VII. Express-Bestellgeld.
- §. VIII. Infimations-Gebühr.
- §. IX. Nachsendung.
- §. X. Rücksendung.
- §. XI. Porto-Conto-Gebühr.
- §. XII. Umrechnung.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Behandlung portopflichtiger Dienstbriefe im Norddeutschen Postgebiete betreffend.
14/18. Januar 1868 Nro. 12 Seite 25.

Bekanntmachung, Abänderungen des unterm 21. December 1867 publicirten Reglements zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes betreffend. 21/28. September 1869 Nro. 75 Seite 379.

Bekanntmachung, fernere Abänderungen des Reglements vom 11. December 1867 zu dem Gesetze über das Postwesen des Norddeutschen Bundes betreffend.
5/18. October 1869 Nro. 80 Seite 413.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, über das Postwesen des Norddeutschen Bundes.
Vom 2. November 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 61.

Gesetz, über das Posttaxwesen im Gebiete des Norddeutschen Bundes.
Vom 4. November 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 75.

Allerhöchster Präsidial-Erlass vom 18. December 1867, betreffend die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens des Norddeutschen Bundes vom 1. Januar 1868 ab. Bd.-Ges.-Bl. Seite 328.

Convention, abgeschlossen zwischen den Postverwaltungen des Norddeutschen Bundes und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika behufs der Vervollkommnung des Postdienstes im gegenseitigen Verkehr.
Vom 21. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 26.

Additional-Artikel vereinbart zwischen den beiden Verwaltungen.
Bd.-Ges.-Bl. Seite 37.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg und Baden
Vom 23. November 1867. Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 41.

Schlussprotocoll zu dem Postvertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde,
Baiern, Württemberg und Baden. Vom 23. November 1867.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 66 de 1868.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg und Baden
einerseits und Oesterreich andererseits. Vom 23. November 1867.
Bd.-Gef.-Bl. de 1868 Seite 69.

Schlussprotocoll zu dem Postvertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde,
Baiern, Württemberg und Baden einerseits und Oesterreich andererseits.
Vom 23. November 1867. Bd.-Gef.-Bl. Seite 94.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Kaiserthume Oesterreich,
betreffend die geschlossenen Posttransite. Vom 30. November 1867.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 97 de 1868.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Luxemburg.
Vom 13. November 1867. Bd.-Gef.-Bl. Seite 101 de 1868.

Schlussprotocoll zu dem Postvertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde
und Luxemburg. Vom 23. November 1867.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 114 de 1868.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Norwegen.
Vom 17. Februar 1868. Bd.-Gef.-Bl. Seite 117.

Schlussprotocoll zu dem Postvertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde
und Norwegen. Vom 17. Februar 1868. Bd.-Gef.-Bl. Seite 144.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Dänemark.
Vom 7/9. April 1868. Bd.-Gef.-Bl. Seite 157.

Verzeichniss der auf die Postkasse des Norddeutschen Bundes aus An-
lass der vertragsmässig vereinbarten Aufhebung der Königl. Dänischen
Ober-Postämter in Lübeck und Hamburg zu übernehmenden Pensionen.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 194.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Belgien betreffend den gegen-
seitigen Austausch von kleinen Packeten und von Geldsendungen.
Vom 26. März 1868. Bd.-Gef.-Bl. Seite 205.

Allerhöchster Erlass vom 10. Juni 1868, betreffend die Aufhebung der Ober-Post-
direction in Stralsund und die Vereinigung des Geschäftskreises derselben
mit demjenigen der Ober-Postdirection in Stettin.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 341.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Belgien. Vom 29. Mai 1868.
Bd.-Gef.-Bl. Seite 343.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg und Baden einerseits und der Schweiz andererseits. Vom 11. April 1868.
Bd.-Ges.-Bl. 481.

Allerhöchster Erlass vom 25. November 1868, betreffend die Abzweigung der Post-Verwaltungsgeschäfte für die Landdrosteien Aurich und Osnabrück von dem Geschäftsbereiche der Ober-Postdirection in Hannover und Zulegung derselben zu dem Geschäftsbereiche der Ober-Postdirection in Oldenburg.
Bd.-Ges.-Bl. Seite 567.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg und Baden einerseits und Italien andererseits. Vom 10. November 1868.
Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 55.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Schweden.
Vom 23/24. Februar 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 73.

Nachweisung der auf die Postkasse des Norddeutschen Bundes aus Anlaß der Aufhebung des Königl. Schwedischen Postamts in Hamburg zu übernehmenden Pensionen. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 102.

Allerhöchster Erlass vom 24. April 1869, betreffend die Aufhebung der Ober-Postdirection in Minden, die Ueberweisung der Post-Verwaltungsgeschäfte für den Regierungsbezirk Minden und die Fürstenthümer Schaumburg-Lippe und Lippe an die Ober-Postdirection in Münster und Uebertragung der Post-Verwaltungsgeschäfte für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, an die Ober-Postdirection in Kassel. Bd.-Ges.-Bl. Seite 129.

Gesetz, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes.
Vom 5. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 141.

Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde einerseits und dem Kirchenstaate andererseits. Vom 22. April 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 169.

Anlage. Tabelle über die Bedingungen, unter welchen im Einzeltransit durch das Norddeutsche Bundesgebiet, Briefe, Zeitungen, sonstige Drucksachen und Waarenproben aus dem Kirchenstaate nach den hier bezeichneten fremden Ländern und vice versa befördert werden können.
Bd.-Ges.-Bl. Seite 185.

Verordnung, betreffend die Cautionen der bei den Verwaltungen der Post, der Telegraphen und des Nahrungswesens angestellten Beamten.
Vom 29. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 285.

Allerhöchster Erlass vom 22. September 1869, betreffend die Aufhebung der Ober-Postdirection in Bromberg und die Vereinigung des Geschäftskreises derselben mit demjenigen der Ober-Postdirection in Posen.

Rescripte u.

Rescript des Oberstaatsanwalts an sämtliche Staatsanwälte
vom 26. Juni 1868.

Das General-Postamt des Norddeutschen Bundes zu Berlin hat im postdienstlichen Interesse den Wunsch zu erkennen gegeben, Kenntniss davon zu erhalten:

1. wenn Personen, welche der Postverwaltung als Beamte, Unterbeamte, contractliche Diener oder Postillone angehören, wegen strafbarer Handlungen gerichtlich verurtheilt sind und demnächst wegen Erlasses oder Ermäßigung der erkannten Strafe die Gnade des Landesherrn anrufen, und
 2. wenn Personen, welche wegen Post- oder Porto-Defraudationen (Gesetz über das Postwesen des Norddeutschen Bundes vom 2. November 1867 §§. 27—39) verurtheilt sind, den Erlass oder die Ermäßigung der festgesetzten Strafe im Wege der Gnade vom Landesherrn erbitten,
- um alsdann Gelegenheit zu haben, diejenigen Umstände hervorzuheben, welche lediglich vom Standpunkte der Postverwaltung die Berücksichtigung oder Ablehnung des Gnadengesuchs wünschenswerth erscheinen lassen möchte.

Da Herzogl. Staatsministerium zufolge Rescripts vom 20. d. Mts., Nro. 5421, diesen Anträgen stattzugeben beschlossen hat: so werden die Herren Staatsanwälte angewiesen, alsdann, wenn von ihnen über derartige Gnadengesuche zu berichten ist, dieselben zuvörderst nebst den Acten dem General-Postamte des Norddeutschen Bundes zu dem bezeichneten Zwecke mitzutheilen und erst nach eingegangener Rückäußerung und unter Beifügung derselben, über das Gesuch selbst an Herzogl. Staatsministerium Bericht zu erstatten.

Privilegien. Ausnahmsrechte milder Stiftungen u.

Privilegium für den Maschinenfabrikanten Albert Jesca in Berlin.

16. December 1859 Nro. 1 Seite 1.

11. Januar 1860

Patent auf einen Centrifugal-Apparat zur Gewinnung des Saftes aus dem Scheide-Schlamm der Zuckerrüben für die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung Herzogl. Kreisdirection zu Helmstedt, die der Fehseschen Stiftung zu Uthmöden verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

13. Januar 1860 Nro. 3 Seite 5.

10. Februar

Privilegium für den Robert William Sievier aus London.

7/21. Februar 1860 Nro. 4 Seite 7.

Patent auf verbessertes Verfahren beim Schmelzen und Reinigen des Eisenerzes und anderer Erze auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der von Bielschen „Dotations-Stiftung“ daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betr.
8/16. März 1860 Nro. 5 Seite 9.

Privilegium für den Büchsenmacher Beddies in Braunschweig.

24. März 1860 Nro. 9 Seite 19.

7. April

Patent auf eine Bündnadel-Pistole auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Baumeister Friedrich Hoffmann in Berlin und den Stadtbaurath A. Licht in Danzig. 30. April 1860 Nro. 13 Seite 55.

25. Mai

Patent auf einen ringsförmigen feststehenden Ofen zum unausgesetzten Betriebe beim Brennen von Ziegeln auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Tischlermeister Carl Lüttge und Carl Barth zu Braunschweig.
30. Mai 1860 Nro. 14 Seite 57.

6. Juni

Patent auf einen Bettrahmen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Julius de Barry in Offenbach a. M. 1/14. Juni 1860.

Patent auf eine Maschine zur Fabrikation von Cigarren auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Zuckersieder Schaarschmidt in Räßke.

2/16. August 1860 Nro. 21 Seite 75.

Patent auf eine Kohlenwaschmaschine für Zuckerrübenfabrikanten auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Eugen Langen in Köln. 22. August 1860 Nro. 24 Seite 85.

6. September

Patent auf Aufertigung eines Gagenrosters zur Erzielung einer rauchlosen und vollständigen Verbrennung von Steinkohlen und anderen Brennmaterialien; auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikanten Carl Strube zu Osterode.

25. August 1860 Nro. 25 Seite 87.

6. September

Patent auf eine verbesserte Construction der Platte- und Bügeleisen behuf deren directer Heizung mit Kohlen; auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Kupferschmiedemeister F. Himmel und den Fabrikanten W. Hasenbalg zu Braunschweig. 31. August 1860 Nro. 26 Seite 89.

11. September

Patent auf einen Apparat zum Verdampfen des Zuckerrübensafte; auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. August Seyferth zu Braunschweig.

7/21. November 1860 Nro. 35 Seite 125.

Patent auf ein neues System zum Reinigen von Rüben-Syrupen; auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Julius de Barry in Offenbach. 28. November 1860 Nro. 42 Seite 147.
14. December

Patent auf eine Cigarren-Abschneidemaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Cigarrenfabrikanten Friedrich Traugott Schurig zu Braunschweig. 30. November 1860 Nro. 43 Seite 149.
14. December

Patent auf eine Cigarren-Abschneidemaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. Johann Peter Jordan in Kosen bei Teplitz. 25. Januar 1861 Nro. 3 Seite 5.

11. Februar

Patent auf eine Extractkoble auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur Carl Theodor Otto Günther aus Braunschweig, jetzt in Linden bei Hannover. 1/12. März 1861 Nro. 9 Seite 23.

Patent auf eine Construction der Feuerungen stationärer und locomobiler Dampfkessel auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur und Fabrikbesitzer Schöttler zu Braunschweig. 30. März 1861 Nro. 23 Seite 101.

22. April

Patent auf einen Apparat zur continuirlichen Gewinnung des Saftes aus dem Brei der Zuckerrüben auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die Verleihung von Corporationsrechten an die Freimaurerloge daselbst betreffend.

19/30 April 1861 Nro. 24 Seite 103.

Der Freimaurerloge „Julia Carolina zu den drei Helmen“ sind die Rechte einer Corporation verliehen.

Privilegium für den Kaufmann Louis Brauer zu Braunschweig.

13. Mai 1861 Nro. 31 Seite 139.

15. Juni

Patent zu einer Vorrichtung zur selbstthätigen Verwiegung sowohl flüssiger als fester Körper auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinen-Constructeur Melchior Nolden aus Cöln a. Rhein, zur Zeit in Frankfurt a. Main.

16. Mai 1861 Nro. 32 Seite 141.

15. Juni

Patent auf eine Maschine zum Reinigen des Getreides auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Besitzer der Kühnleschen Maschinenfabrik in Frankenthal in Rheinbairern A. Rheinhardt, C. Zimmer und P. Schweizer.

21. Mai 1861 Nro. 33 Seite 143.

8. Juni

Patent auf einen Brauapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Fabrikanten Oscar Kropff und Friedrich Wilhelm Hagedorn in Nordhausen. 21. Mai 1861 Nro. 34 Seite 145.

18. Juni

Patent auf einen Gebläsemultiplicator zum Erhitzen der Gebläseluft beim Schmiedefeuer auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Heinrich Dffergeld in Gilendorf bei Aachen.

24. Mai 1861 Nro. 35 Seite 147.

19. Juni

Patent auf eine Kuppelungsvorrichtung zum augenblicklichen Arretiren von Treibachsen auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig, die der St. Johannis-Freimaurerloge „Carl zur gekrönten Säule“ daselbst verliehenen Corporationsrechte betreffend. 30. Mai 1861 Nro. 36 Seite 149.

19. Juni

Privilegium für den Tapezierer Balth zu Braunschweig.

21/29. Juni 1861 Nro. 37 Seite 151.

Patent auf einen Damenhuthalter auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Gewehrfabrikanten Heinlein zu Bamberg.

28. Juni 1861 Nro. 47 Seite 197.

15. Juli

Patent auf eine Gewehr-Construction auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Koch Wilhelm Mahner und den Schlossermeister August Wille zu Braunschweig. 1/15. Juli 1861 Nro. 48 Seite 199.

Patent auf eine Maschine zum Schlagen von Schnee aus Eiern auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinenfabrikanten Heßner & Comp. in Braunschweig.

23. August 1861 Nro. 49 Seite 201.

12. September

Patent auf eine Drillmaschine zum Legen von Zuckerrüben auf die Dauer von zehn Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Braunschweig-Hamburger Stiftung beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend. 7/12. September 1861 Nro. 50 Seite 203.

Privilegium für den Obermaschinenmeister Rohrbeck in Bromberg.

24. Juli 1861 Nro. 52 Seite 219.

25. September

Patent auf eine Häckelschneidemaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikcommissair Johann Gottfried Hofmann in Breslau.

31. August 1861 Nro. 53 Seite 221.

25. September

Patent auf einen Apparat zur Ausziehung des Oels aus ölhaltigen Saamen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Kaufleute Schäffer und Walker in Berlin.

5/25. September 1861 Nro. 54 Seite 223.

Patent auf einen Apparat zur Darstellung von Leuchtgas auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg die der Schützengesellschaft zu Wieda begelegten Rechte einer Corporation betreffend.

30. September 1861 Nro. 56 Seite 275.

26. October

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die dem „Lachmannschen Blinden-Regate“ begelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend.

25. October 1861 Nro. 57 Seite 277.

5. November

Privilegium für den Pianofortefabrikanten H. C. Bremer zu Braunschweig.

28. Januar 1862 Nro. 4 Seite 7.

15. Februar

Patent auf eine Verbesserung der inneren Einrichtung der Pianofortes u. Pianinos auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Caspar Trinks zu Helmstedt.

4/15. Februar 1862 Nro. 5 Seite 9.

Patent auf einen Apparat zur Controlirung der Rübenverwiegung in Zuckersabriken auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Braunschweigischen Jubiläums-Stiftung begelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend.

6/15. Februar 1862 Nro. 6 Seite 11.

Privilegium für den Chemiker Friedrich Versmann zu London.

7. März 1862 Nro. 9 Seite 33.

3. April

Patent auf eine Verbesserung des Verfahrens zur Herstellung von gepresstem Torf auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Cichorien-Kaffee-Fabrikanten Dopmeier u. Hartung zu Wendebrück. 20. März 1862 Nro. 10 Seite 37.

4. April

Patent auf ein neues Verfahren bei der Cichorien-Kaffee-Fabrikation auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Kaufmann Oscar Gräf zu Bernburg.

17. März 1862 Nro. 11 Seite 39.

8. April

Patent auf eine Walzenhade auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die Verleihung der Rechte milder Stiftungen an die Wellmanns-Stiftung zu Schöningen betreffend.

31. März 1862 Nro. 14 Seite 83.

15. April

Privilegium für den Brauereibesitzer Tonnar zu Eupen.

20. März 1862 Nro. 15 Seite 85.

19. April

Patent auf eine Malz-Darr- und Reinigungsmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Papierfabrikanten Heinrich Bölder zu Heidenheim.

20. März 1862 Nro. 16 Seite 87.

19. April

Patent auf einen Raffinir-Apparat für die Papierfabrikation auf die Dauer von zehn Jahren.

Privilegium für die Gebrüder Fritz und Theodor Hurgig zu Linden bei Hannover.

20. März 1862 Nro. 17 Seite 89.

22. April

Patent auf die Darstellung eines weißen und farbigen harten Stoffes aus Kautschuk, Guttapercha und verwandten Stoffen als Ersatz für Elfenbein und Knochen 2c. auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Cigarrenfabrikanten Albert Reiniger zu Stuttgart.

21. März 1862 Nro. 18 Seite 91.

22. April

Patent auf eine Schneidebank und eine Wickelmaschine zur Cigarrenfabrikation auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Caspar Trinks zu Helmstedt.

26. März 1862 Nro. 19 Seite 93.

22. April

Patent auf einen Apparat zur nassen Vermessung von Maischbottichen und anderen Gefäßen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinenfabrikanten L. Schwarzkopf zu Berlin.

6/19. Mai 1862 Nro. 23 Seite 121

Patent auf eine calorische Maschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Bäckermeister Heinrich Rothbohm zu Holzminde.

6/19. Mai 1862 Nro. 24 Seite 123.

Patent auf eine selbstthätige Bremsvorrichtung für Fuhrwerke auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Kaufmann Heinrich Carl Tolle zu Hannover.

6/24. Mai 1862 Nro. 26 Seite 127.

Patent auf eine Kofanlage mit Rauchverbrennungs-Einrichtung für stationäre Feuerungen und Locomotiven, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Landes-Deconomie-Conducteur Schott zu Seesen.

18. Juni 1862 Nro. 30 Seite 153.

3. Juli

Patent auf ein neues Verfahren zur Darstellung des Blanc fix (Permanenteinweiß) aus Schwefelspath auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Caspar Trinks zu Helmstedt.

24. Juni 1862 Nro. 32 Seite 157.

5. Juli

Patent auf Maschinen zum Behalten der f. g. Hasfrüchte auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Kaufmann und Fabrikanten Otto Rühemann in Stettin.

31. Juli 1862 Nro. 37 Seite 167.

28. August

Patent auf Sprengpulver auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Fabrikanten Gärtner, Heyson et Cde zu Hannover.

31. Juli 1862 Nro. 38 Seite 169.

28. August

Patent auf die von Julius de Barry zu Offenbach erfundene und jetzt verbesserte Cigarren-Wickelmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinen-Constructeur Melchior Molden zu Frankfurt a. M.

2. August 1862 Nro. 39 Seite 171.

4. September

Patent auf eine Maschine zum Schälen von Getreide auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Charles Roy zu Paris. 6. August 1862 Nro. 40 Seite 173.

4. September

Patent auf eine Maschine zum Ausbreiten von Pflanzenblättern und Blättertheilen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur Edward Lindner zu Newyork.

12. August 1862 Nro. 41 Seite 175.

4. September

Patent auf eine Verbesserung an Gewehren und Geschützen, welche am Stoß geladen werden, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. A. Seyferth und Ingenieur W. Claus zu Braunschweig.

14. August 1862 Nro. 42 Seite 177.

4. September

Patent auf eine hydrostatische Schnellwaage auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Inspector Lange auf der Zuckersabrik am Trendelbusche bei Helmstedt. 5. September 1862 Nro. 44 Seite 181.

4. October

Patent auf einen Brückenbedencondensator für Verdampfapparate in Zuckersabriken auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinentechniker Carl Braasche hieselbst.

7/18. October 1862 Nro. 45 Seite 183.

Patent auf eine Dreschmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Georg Friedrich Gustav Adolph Bornhardt zu Braunschweig. 10/18. October 1862 Nro. 46 Seite 185.

Patent auf eine Zünd-Electrisirmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Pianoforte-Fabrikanten Fr. Zeitter zu Braunschweig.

19. November 1862 Nro. 51 Seite 203.

6. December

Patent auf eine neue Construction der Verstärkungsrippen an den Resonanzböden musikalischer Instrumente auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maurer H. F. C. Palm zu Braunschweig.

17|27. December 1862 Nro. 55 Seite 251.

Patent auf eine Ofenconstruction auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Zuckerfabrikanten Louis Walkhoff zu Smela im Kaiserlich Russischen Gouvernement Kiew.

24. Februar 1863 Nro. 5 Seite 11.

6. März

Patent auf ein Verfahren zur vollständigen Gewinnung des Zuckerrübensaftes auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Johann Carl Schemmann zu Hamburg.

11|25. März 1863 Nro. 7 Seite 15.

Patent zur Darstellung von Gussstahl und Grobstahl aus Roheisen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur Windhausen zu Duderstadt und den Particulier Ed. Heinsohn auch hieselbst wegen einer erfundenen Hochdruck-Maschine.

25. März 1863 Nro. 10 Seite 23.

10. April

Patent auf eine calorische Hochdruck-Maschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Maschinenfabrikanten Schwarzkopf in Berlin, wegen eines Universal-Schraubenschlüssels. 30. Mai 1863 Nro. 18 Seite 191.

13. Juni

Patent auf einen Universal-Schraubenschlüssel auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Eugen Langer zu Köln wegen einer Kofconstruction für Dampfkessel. 15|26. Juni 1863 Nro. 20 Seite 195.

Patent auf eine Kofconstruction für Dampfkessel mit Siederöhren und für Dampfkessel mit innerer Feuerung auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ober-Maschinenmeister Rohrbeck zu Bromberg wegen einer verbesserten Häckselschneide-Maschine.

16|26. Juni 1863 Nro. 21 Seite 197.

Patent auf eine verbesserte Häckselschneide-Maschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Joseph Friedländer in Berlin.

22. Juni 1863 Nro. 22 Seite 199.

9. Juli

Patent auf eine Maschine zum Schwingen des Flachses und ähnlicher spinnbarer Substanzen auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig, die Verlängerung des dem Baumeister Hoffmann in Berlin und dem Stadtbaurath Licht in Danzig im April 1860 verliehenen Patents. 24. Juni 1863 Nro. 23 Seite 201.

9. Juli

Patent auf einen ringförmigen feststehenden Ofen zum unausgelegten Betriebe beim Brennen von Ziegeln wird auf die Dauer von zehn Jahren verlängert.

Privilegium für die Nähmaschinen-Fabrikanten Boede und Schmidt in Berlin.

25. Juni 1863 Nro. 24 Seite 203.

9. Juli

Patent auf eine Verbesserung an Nähmaschinen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Chemiker Dr. Christian Gustav Clemm zu Dresden.

20. August 1863 Nro. 30 Seite 219.

14. September

Patent auf eine neue Methode, Schwefel, Schwefelsäure, schwefelsaures Kali, schwefelsaures Natron, Soda, Pottasche, Chlorkalium und Salzsäure zu fabriciren, auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig die dem Rettungshause bei St. Leonhard verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

11. September 1863 Nro. 35 Seite 551.

9. October

Privilegium für Cyrus Hall Mack Cormick in Chicago.

22. Januar 1864 Nro. 4 Seite 7.

4. Februar

Patent auf einen selbstthätigen Rechen für Erntemaschinen (Nähmaschinen) auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Moriz M. Friedländer zu Breslau.

10/24. Februar 1864 Nro. 5 Seite 9.

Patent auf eine Berg-, Schwing- u. Reinigungsmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Direction des Georg-Marien-Bergwerks- und Hütten-Vereins zu Osnabrück. 15/29. Februar 1864 Nro. 7 Seite 13.

Patent auf eine Verbesserung der Blake'schen Steinbrechmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur G. A. Siebrecht zu Cassel. Nro. 8 Seite 15.

Patent auf Holzstoffapparate mit hydraulischer Zuführung und runden Hölzern auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Tischlermeister Wilhelm Gittermann zu Helmstedt.

17. Februar 1864 Nro. 9 Seite 17.

5. März

Patent auf eine Vorrichtung zum Herstellen von Cigarrenwickeln auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Walter A. Brod zu London.

2|19. März 1864 Nro. 10 Seite 19.

Patent auf eine Erntemaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Maschinenfabrikanten Schwarzkopf zu Berlin.

7|24. März 1864 Nro. 12 Seite 23.

Patent auf einen Universal-Schraubenschlüssel auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Notar Krämer zu Braunschweig.

17. März 1864 Nro. 15 Seite 29.

2. April

Patent auf eine verbesserte Brillenconstruction auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Apotheker Grote hieselbst wegen einer neuen Ofenconstruction.

20|30. April 1864 Nro. 21 Seite 61.

Patent auf eine neue Ofenconstruction auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Caspar Trinks zu Helmstedt.

11|20. Mai 1864 Nro. 25 Seite 73.

Patent auf eine Vorrichtung zur Ausfüßung der mittelst der Dampfdruck-Schlammpresse ausgepreßten Schlammfuchen bei der Zuckerrfabrikation auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Eisenbahn-Ingenieur Donath zu Buckau-Magdeburg.

7. Juni 1864 Nro. 28 Seite 93.

1. Juli

Patent auf einen Bremsapparat für Eisenbahnfahrzeuge, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus August Steimke zu Hannover.

8. Juni 1864 Nro. 29 Seite 95.

1. Juli

Patent auf Fleischhack- und Wurststopfmaschinen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Webermeister Friedrich Moritz Wolf zu Glanhan.

7|26. Juli 1864 Nro. 35 Seite 135.

Patent auf eine Musterwebemaschine für Schaftarbeit auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Kaufmann H. W. Sack hieselbst.

29. Juli 1864 Nro. 36 Seite 137.

11. August

Patent auf eine Vorrichtung zum Reinigen der Defen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dentist Dr. F. Kühne hieselbst.

12|20. August 1864 Nro. 39 Seite 143.

Patent auf einen Zahnkitt zur Ausbesserung resp. Vervollständigung künstlicher Gebisse auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Cigarrenfabrikanten Lazarus Morgenthau in Mannheim.

7|24. September 1864 Nro. 49 Seite 287.

Patent auf ein Verfahren Cigarren mit Zusatz von Fichtennadelpräparaten herzustellen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikbesitzer, Ingenieur R. Mau zu Wüste-Waltersdorf in Schlesien. 17/24. October 1864 Nro. 52 Seite 295.

Patent auf eine Vorrichtung an Etagenrosten auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur Thomas in Buckau bei Magdeburg.

20/28. October 1864 Nro. 64 Seite 299.

Patent auf eine erfundene Verwendung im Betriebe befindlicher Locomotiven, als: Dampf-, Spritz- und Wasserbeförderungs-Maschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Kreisbaumeister Ritter zu Trier.

19. October 1864 Nro. 55 Seite 301.

3. November

Patent auf eine Vorrichtung zur Aufhängung und Schwingung der Glocken auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzoglichen Kreisdirection Wolfenbüttel, die Bleibtrenschke Familienstiftung betreffend. 29. October 1864 Nro. 57 Seite 313.

16. November

Verleihung der Rechte milder Stiftungen.

Patent für den Obersteuer-Controleur Gläser in Brieg und den Maschinenfabrikanten Ernst Hofmann in Breslau.

1/10. November 1864 Nro. 58 Seite 315.

Patent auf einen Spiritus-Control-Apparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Röber in Wolfenbüttel.

Nro. 62 Seite 427.

Patent auf Isolatoren für Telegraphenlinien auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Löbbekeschen Familienstiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

4/14. Januar 1865 Nro. 3 Seite 5.

Privilegium für A. Mosselmann et Comp. in Paris.

21. Januar 1865 Nro. 4 Seite 7.

10. Februar

Patent auf ein neues Verfahren künstlichen Dünger aus thierischen Auswürfen oder ähnlichen befruchtenden Stoffen mit fettem Kalk zu erzeugen, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikanten J. Robert in Seelowitz.

4/25. April 1865 Nro. 16 Seite 41.

Patent auf ein neues Verfahren der Gewinnung von Pflanzensaft auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Cigarrenfabrikanten Reiniger in Stuttgart.

12. Mai 1865 Nro. 20 Seite 319.

12. Juni

Patent auf ein verbessertes Maschinensystem zur Anfertigung von Cigarrenwickeln auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Deconomen B. Siedersleben zu Piesdorf.

13|30. Juni 1865 Nro. 30 Seite 441.

Patent auf einen Rübenheber auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Gandersheim, die Verleihung von Corporationsrechten an die Bodenburger Sterbecassen-Gesellschaft betr.

16|29. Juni 1865 Nro. 32 Seite 445.

Bekanntmachung des Herzogl. Consistoriums, die dem Pestalozzi-Verein des Herzogthums Braunschweig ertheilten Corporationsrechte betreffend.

24. Juni 1865 Nro. 39 Seite 553.

13. Juli

Privilegium für den Gold- u. Silberarbeiter Heinrich Louis August Schütz hieselbst.

27. Juni 1865 Nro. 42 Seite 559.

4. Juli

Patent auf einen neuerfindenen Zahnkitt, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Rittergutsbesitzer A. Röhring in Polnisch-Lissa.

29. Juni 1865 Nro. 43 Seite 561.

24. Juli

Patent auf einen Entlutterungsapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Carl Adolph Clavel in Paris.

29. Juni 1865 Nro. 44 Seite 563.

25. Juli

Patent auf ein Verfahren zur Schärfung alter abgenutzter und zur Verbesserung neuer Feilen und Raspeln auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Fabrikanten Heßner et Comp. hieselbst.

5|25. Juli 1865 Nro. 45 Seite 565.

Patent auf einen Eindlapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Kaufmann W. G. Meyer in Osnabrück.

20. Juli 1865 Nro. 49 Seite 573.

4. August

Patent auf ein Verfahren zur Zerkleinerung von Hochofenschlacken auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. phil. A. Seyferth hieselbst.

30. August 1865 Nro. 55 Seite 609.

20. Septbr.

Patent auf ein neues Verfahren zur Darstellung eines löslichen enthaltenden Düngmittels auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig die dem hiesigen Vereine zur Unterstützung kranker und verschämter Bedürftiger verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

13|25. October 1865 Nro. 64 Seite 645.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig die der Beyerschen Stiftung zur Unterstützung alter arbeitsunfähiger Männer verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 6|20. November 1865 Nro. 68 Seite 687.

Privilegium für den Ministerialrath Dr. Steinheil und den Dr. Adolph Steinheil zu München. 15. November 1865 Nro. 69 Seite 689.

6. December

Patent auf einen periskopischen Photographie-Apparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Johann Tobias Röttminger in Dresden.

11|27. December 1865 Nro. 74 Seite 711.

Patent auf ein Röhrensystem zur Erzeugung von Dampf, auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die der Jerzheimer Prediger-Wittwen- und Waisenklasse ertheilten Rechte einer frommen Stiftung betreffend. 19|27. December 1865 Nro. 75 Seite 713.

Privilegium für den Fabrikanten Louis Pierre Robert de Massy zu Paris.

19. December 1865 Nro. 2 Seite 3.

12. Januar 1866

Patent auf eine Presse zum Auspressen von Flüssigkeiten auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für die Mechaniker Schaffer und Budenburg zu Budau.

29. Januar 1866 Nro. 10 Seite 23.

19. Februar

Patent auf einen Wassermesser auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Stellmachermeister Thies zu Lehre. 29. Januar 1866 Nro. 11 Seite 25.

19. Februar

Patent auf ein Meßinstrument für das Nichten von Wagenaxen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Hofbüchsenmacher Seydlitz hieselbst und den Stephan Heine jun. in Suhle. 2|19. Februar 1866 Nro. 12 Seite 27.

Patent auf eine neue Construction eines Hinterladungsgewehres auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Civil-Ingenieur Windhausen und den Kaufmann Huch hieselbst.

30. Januar 1866 Nro. 13 Seite 29.

22. Februar

Patent auf eine calorische Niederdruckmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, die der Wittkopfschen Stiftung, daselbst, verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

16|27. Februar 1866 Nro. 14 Seite 31.

Patent für den Kaufmann W. H. Meyer zu Osnabrück. 16. Februar 1866 Nro. 15 Seite 33.

6. März

Patent auf Verwendung von Hochofenschlacken zur Herstellung von Thonerde und deren Verbindungen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für A. Daelen und E. Freudenthal in Berlin.

27. Februar 1866 Nro. 16 Seite 35.

6. März

Patent auf einen Cupelofen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Eugen Langen zu Köln.

23. Februar 1866 Nro. 18 Seite 39.

14. März

Patent zu einer Vorrichtung zum mechanischen Entleeren der Kühlröhren bei den Apparaten zur Wiederbelebung der Knochenkohle auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Civil-Ingenieur Eduard Röttger hieselbst.

23. Februar 1866 Nro. 19 Seite 41.

14. März

Patent auf einen Druck-Ausgleichungs-Apparat für hydraulische Pressen auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Ingenieur Stumpf in Berlin.

26. Februar 1866 Nro. 20 Seite 43.

15. März

Patent auf einen Kugelventilhahn auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Berg-Ingenieur Georg Asmus zu Bonn am Rhein.

13|28. April 1866 Nro. 29 Seite 97.

Patent auf einen selbstwirkenden Luftregulator für Defen und Heizungen aller Art auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Jacob Bühner und Carl Hamel zu München.

3|16. Juli 1866 Nro. 40 Seite 151.

Patent auf einen mit Ventilatoren arbeitenden Brennofen für Ziegel, Kalk u. Cement auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Jaroslaw Zadora Paszkowsky und Olgerd Sabinski zu Paris.

19. Juli 1866 Nro. 44 Seite 167.

8. August

Patent auf ein verbessertes Verfahren zur Fabrikation von luftführendem Beleuchtungs- gas auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Kaufmann Fr. Wiske hieselbst.

19. September 1866 Nro. 49 Seite 185.

2. October

Patent auf einen combinirten Press- und Macerations-Apparat zur Saftgewinnung aus Zuckerrüben, auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Stiftung der unverehelichten Elisabeth Amalie Blume zur Unterstützung verschämter Armen beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend.

26. September 1866 Nro. 50 Seite 187.

2. October

Patent für den Maschinenfabrikanten Johannes Dürkop und Civil-Ingenieur Röttger hieselbst. 20. September 1866 Nro. 52 Seite 193.

8. October

Patent auf Verbesserungen an Schlammfilterpressen auf die Dauer von fünf Jahren.
Patent für den Maurermeister Fischer zu Hüttenrode und den Mühlenbesitzer Härtel zu Königshof. 5/13. October 1866 Nro. 53 Seite 195.

Patent auf eine Vorrichtung zum Abkühlen und zur Verminderung der Feuergefähr bei Mahlgängen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinenbauer Merkel hies. 12/20. October 1866 Nro. 55 S. 199.

Patent auf eine Nähemaschinen-Construction auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Waldemar von Loewis of Menar auf Panten bei Riga.

13/23. October 1866 Nro. 56 Seite 201.

Patent auf eine Maschine zum Riffeln des Glases auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Franz Windhausen hieselbst.

13/23. October 1866 Nro. 57 Seite 203.

Patent auf eine Rotations-Maschine für Dampf oder Gase auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für die Firma Lienur, Kroppe et Comp. zu Frankfurt a. M.

11/25. October 1866 Nro. 59 Seite 207.

Patent auf eine pneumatische Methode zur Abtrittsreinigung auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Geschäftsführer und Procuristen der Aachener Firma Jacques

Pindboeuf, Franz Ernst in Hannover. 12/30. October 1866 Nro. 60 Seite 209.

Patent auf eine Circulationsmethode für Verdampfungs-Apparate auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Schlossermeister Ludwig Behrens hieselbst.

17. December 1866 Nro. 1 Seite 1.

10. Januar 1867

Patent auf eine selbstthätige Vorrichtung zum Schließen der Thüren auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Papierfabrikanten Bölter zu Heidenheim.

18. December 1866 Nro. 2 Seite 3.

14. Januar 1867

Patent auf Verbesserung der Maschinen zur Darstellung und Verfeinerung von Papierstoff auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig: die der „Albrechtschen Foundation und Stipendien-Stiftung“ verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 15/24. Januar 1867 Nro. 5 Seite 9.

Privilegium für den Robert Breckerridge Baker zu Philadelphia.

24. Januar 1867 Nro. 8 Seite 19.

13. Februar

Patent auf einen Apparat zur Verhinderung der Bildung des Kesselfeins und zum Lösen der Incrustationen und Absätze in Dampfesseln auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Fabrikanten Fr. Seele et Comp. hieselbst.

4|22. Februar 1867 Nro. 10 Seite 25.

Patent auf eine continuirlich arbeitende Walzenpresse für Zuckerrübenbrei auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Henry Carnegie Garden zu Paris.

27. Februar 1867 Nro. 13 Seite 31.

19. März

Patent auf einen Metronom auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Walter Knaggs zu Brüssel.

8|25. Mai 1867 Nro. 29 Seite 227.

Patent auf einen Zucker-Kochapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Locomotivführer Kessler zu Oberlahnstein.

10|25. Mai 1867 Nro. 30 Seite 229.

Patent auf einen selbstthätigen Schmierapparat für Cylinder und Schieberlasten an Locomotiven, Förder- und Schiffsmaschinen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur G. von Wigleben in Cöthen.

14|25. Mai 1867 Nro. 31 Seite 231.

Patent auf einen Einspritzapparat für Condensatoren auf die Dauer von fünf Jahren.

Patent für den Kupferschmiedemeister Cornelius Dreyer in Braunschweig.

20. Mai 1867 Nro. 34 Seite 267.

3. Juni

Patent auf einen Bier-Kühl-Apparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Christoph Gärtner zu Döhren.

20. Mai 1867 Nro. 35 Seite 269.

3. Juni

Patent auf eine Glasperreinigungsmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Otto Grote zu Borsfelde.

23. Mai 1867 Nro. 37 Seite 273.

6. Juni

Patent auf eine neue Methode der Pottasche- und Sodafabrikation auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Hüttenbesitzer Johann Heinrich Herbst und den Berg- und Hütten-Ingenieur Oscar Wassermann zu Call.

12|27. Juni 1867 Nro. 44 Seite 325.

Patent auf eine neue Methode zum Raffiniren des mittelst metallischen Zinks ent-silberten Werkbleies auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Zuckerfabrik-Inspector H. Jeep zu Hedwigsburg.

25. Juli 1867 Nro. 59 Seite 481.

12. August

Patent auf einen Kohlen-Waschapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Gustav Odemar in Neustadt bei Stolpen.

3|15. August 1867 Nro. 62 Seite 489.

Patent auf eine Kraftmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Bernhard Röber und den Kaufmann Eduard

Heinson Huch hier. 30. Juli 1867 Nro. 65 Seite 497.

21. August

Patent auf Sicherheitsverschlüsse für Kassen u. Briefkasten auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur H. Krüger und W. Grote aus Hannover.

1|21. August 1867 Nro. 66 Seite 499.

Patent auf eine Anordnung zur Rauchverbrennung bei Feuerungsanlagen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Schlossermeister Christian Schärffe zu Königsutter.

2|22. August 1867 Nro. 67 Seite 501.

Patent auf eine Verbesserung der Steigehaken-Stange an Thurmuhren auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Waldemar von Loewis of Menar auf Panten bei Riga.

31. Juli 1867 Nro. 74 Seite 565.

7. Septbr.

Patent auf eine Glash-Bereitungsmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Anton Stute zu Amede bei Allendorf.

7. September 1867 Nro. 75 Seite 567.

31. Juli

Patent auf eine verbesserte Feilen-Haumaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Franz Windhausen und den Kaufmann Eduard

Heinson Huch hieselbst. 16. August 1867 Nro. 76 Seite 569.

9. Septbr.

Patent auf eine Vacuum-Walzenpresse zum Auspressen des Rübenbreies und Scheideschlammes in den Zuckersabriken und anderer breiartiger Substanzen auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats in Braunschweig: die der Carl Schmidtschen Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Jungfrauen, Wittwen und alter Männer verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

7|16. September 1867 Nro. 77 Seite 571.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Lefeldt in Schöningen.

30. September 1867 Nro. 83 Seite 599.

14. October

Patent auf einen Deckelverschluss an Buttermaschinen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Wittwe Caroline Hochgrebe hier.

30. September 1867 Nro. 84 Seite 601.

14. October

Bege's Repert. IX. Th.

Patent auf feste und bewegliche Schornsteinaufsätze zur Verhütung des Rauchens in den Ofen- und Heerdlocalen, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Waldemar von Loewis of Menar auf Panten bei Riga.
30. September 1867 Nro. 85 Seite 603.

21. October

Patent auf einen verbesserten Keinsaat-Riffler auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für Isaac Grogg zu Philadelphia.
30. September 1867 Nro. 86 Seite 605.

21. October

Patent auf Verbesserungen an Ziegelmaschinen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mechanicus Caspar Trinks zu Helmstedt.
1|23. October 1867 Nro. 87 Seite 607.

Patent auf eine continuirliche Presse zum Auspressen des Rübenbreies in Zuckerfabriken und ähnlicher Substanzen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Zuckerfabrikanten F. Knauer zu Gräbers bei Halle a. S.
30. September 1867 Nro. 88 Seite 609.

28. October

Patent auf eine Vorrichtung zum Sortiren von Zuckerrüben mittelst Anwendung des specifischen Gewichts auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Maschinenfabrikanten Fr. Seele et Comp. hier.
16|28. October 1867 Nro. 90 Seite 613.

Patent auf eine Vorrichtung zum Auspressen der Diffusionsrückstände für Zuckerfabriken, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrik-Inspector Wiske in Wierthe.
11. October 1867 Nro. 94 Seite 629.

7. November

Patent auf ein Saftpresse-System auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrik-Inspector Jeep in Hedwigsburg.
12. October 1867 Nro. 95 Seite 601.

7. November

Patent auf eine verbesserte Dampffesselfeuerung auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den John Heaton in Langley-Mill.
14. November 1867 Nro. 104 Seite 697.

7. December

Patent auf Verbesserungen bei dem Verfahren behuf Verwandlung von Gusseisen in Stahl, auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Herzogl. Consistoriums, die Appeliussche Stipendien- und Schulstiftung zu Lauenigen betreffend.
23. November 1867 Nro. 107 Seite 707.

10. December

Privilegium für den Joseph Maiton in Châtillon.

29. November 1867 Nro. 4 Seite 9.

6. Januar 1868

Patent auf ein Verfahren zur Abrundung von Baumstämmen, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Eugen Piedboeuf in Aachen.

5. December 1867 Nro. 5 Seite 11.

6. Januar 1868

Patent auf einen Apparat zum Pressen breiartiger Massen, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Christian Petri in Stuttgart.

5. December 1867 Nro. 6 Seite 13.

7. Januar 1868

Patent auf eine Cigarren-Wickelmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur Hagen zu Magdeburg.

9. December 1867 Nro. 7 Seite 15.

7. Januar 1868

Patent auf einen Apparat zur Ausnutzung der Heizkraft in den von Dampfkesseln abziehenden Feuerungsgasen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Forstmeister Miers in Helmstedt.

8/18. Januar 1868 Nro. 11 Seite 23.

Patent auf eine Sägen-Construction behuf beliebiger Veränderung der Stellung des Sägeblatts auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Maschinenfabrikanten Gebrüder Decker et Comp. in Canstatt.

27. Januar 1868 Nro. 17 Seite 37.

4. Februar

Patent auf eine Maschine zum Schälen und Rollen von Kochgerste auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Maschinenfabrikanten K. und Th. Müller zum Kupferhammer bei Brackwede. 28. Januar 1868 Nro. 25 Seite 61.

27. Februar

Patent auf eine rotirende Brachmaschine für Flachs und Hanf, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Steinbruchsaufseher Gustav Adolph Neumeyer zu Taucha.

20. März 1868 Nro. 34 Seite 83.

7. Mai

Patent auf Spreng- und Schießpulver auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Techniker Carl Windhausen und Heinrich Büßing hieselbst.

24. März 1868 Nro. 35 Seite 85.

7. Mai

Patent auf einen festen Schornsteinaufsatz auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, die der Schützengesellschaft zu Gattenstedt beigelegten Rechte einer Corporation betreffend.

14/21. Mai 1868 Nro. 36 Seite 87.

Privilegium für Frau Caroline Wieseneder hier.

12/24. Juni 1868 Nro. 41 Seite 103.

Patent auf ein Anwendungs-Verfahren beweglicher Notenschrift auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrik-Inspector Jeep in Hedwigsburg.

20. Mai 1868 Nro. 42 Seite 105.

24. Juni

Patent auf einen Briefkasten auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Peter Gerfriz Müller und Ferdinand Walter in Leipzig.

24. Juni 1868 Nro. 50 Seite 147.

9. Juli

Patent auf Veränderungen am Römmlingerschen Dampferzeugungs-Apparate auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die dem Schützenvereine zu Jerzheim verliehenen Corporationsrechte betreffend.

30. Juni 1868 Nro. 53 Seite 155.

10. Juli

Bekanntmachung des Stadtmagistrats, die der Wittwen- und Waisen-Pensions- und Sterbekasse der Opfermänner hiesiger Stadt verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

27. Juni 1868 Nro. 55 Seite 173.

15. Juli

Privilegium für den Bauconducteur C. Müller hieselbst.

23. Juni 1868 Nro. 58 Seite 183.

21. Juli

Patent auf ein Sicherheitschloß auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Mühlenbaumeister Jaacks in Lübeck.

14/31. Juli 1868 Nro. 60 Seite 187.

Patent auf eine Aspiration ohne Staubverlust für Mahlmühlen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Eduard Zacharia in Löseberg (bei Weilburg).

20/31. Juli 1868 Nro. 61 Seite 189.

Patent auf ein großes Kunstpedal auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Techniker W. Singer in Berlin.

27. August 1868 Nro. 64 Seite 197.

8. Septbr.

Patent auf einen Gfßig-Generator auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Photographen Friedrich Bosse hieselbst.

25. September 1868 Nro. 69 Seite 213.

12. October

Patent auf ein Stroboskop auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinenfabrikanten Schmücking in Helmstedt.

25. September 1868 Nro. 70 Seite 215.

15. October

Patent auf einen Controlapparat für Kohlengruben und andere Bergwerke auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, die der Wasmusschen Stiftung in Hallendorf verliehenen Rechte milder Stiftungen betr.

16/24. October 1868 Nro. 72 Seite 219.

Privilegium für den Schmiedemeister Georg Schneider in Wolfenbüttel.

6/14. November 1868 Nro. 77 Seite 231.

Patent auf eine Schrotmühle auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikanten Johann Zimmermann aus Magdeburg z. B. hieselbst und den Ingenieur Fritz Heßner hieselbst.

9/27. November 1868 Nro. 78 Seite 233.

Patent auf eine Universal-Säge- und Bohrmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Maschinenfabrikanten A. Krull zu Helmstedt.

10/24. November 1868 Nro. 80 Seite 237.

Patent auf Constructionen von Rad- u. Achsenverschlüssen auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikanten Johann Zimmermann aus Magdeburg z. B. hieselbst und den Ingenieur Fritz Heßner hier.

12/24. November 1868 Nro. 81 Seite 239.

Patent auf Hobelköpfe zum Absägen und Zapfenschneiden, zum Planhobeln roh geschnittener Hölzer und zum Abplatten von Füllungen, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Zuckerfabrikanten Julius Robert aus Seelowitz.

19. November 1868 Nro. 86 Seite 283.

3. December

Patent auf eine Futterpresse auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Hector Joseph Rohresse in Lille.

7. December 1868 Nro. 3 Seite 5.

13. Januar 1869

Patent auf einen Apparat zum Ausfochen und Auslaugen aller Stoffe für die Papierfabrikation auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Holzminden, die der Franziska von Reinecke-Hausmann-Stiftung für arme Schulkinder und Confirmanden zu Altendorf und Allersheim verliehenen Rechte milder Stiftungen betr.

16. Februar 1869 Nro. 11 Seite 69.

1. März

Privilegium für den Ingenieur Robert Harlow in Stockport.

3. Februar 1869 Nro. 12 Seite 71.

1. März

Patent auf eine Sicherheits-Vorrichtung gegen Ueberfüllung von Flüssigkeitsgefäßen auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Böhmeschen Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Jungfrauen und Wittwen verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

19. Februar 1869 Nro. 15 Seite 95.

5. März

Privilegium für den Ingenieur Th. Stiehl in Essen.

9. Februar 1869 Nro. 16 Seite 97.

10. März

Patent auf einen Apparat zur Bewegung des Wassers in Dampfesseln auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Doctoren Hermann Reichardt aus Gamburg a. d. Saale und Dietrich Gunze aus Wolfenbüttel. 17. März 1869 Nro. 22 Seite 109.

6. April

Patent auf eine eigenthümliche Behandlungsweise der Knochenkohle in den Zuckerraffinerien und Raffinerien zum Zwecke einer besseren Filtration, einer vollständigen Abfüßung und einer theilweisen Entkalkung auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Landes-Deconomie-Conducteur a. D. Schott zu Seesen.

19. März 1869 Nro. 23 Seite 111.

6. April

Patent auf ein Fabrikations-Verfahren von Natrialkali, Natrium und der Salzen, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Maschinenbauer Debind und de Watteville zu Paris.

27. April 1869 Nro. 30 Seite 145.

5. Mai

Patent auf eine Strickmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Regimentsfettler H. Baumbach hieselbst.

27. April 1869 Nro. 31 Seite 147.

5. Mai

Patent auf einen Bodensattel auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für die Maschinenbesitzer Luther et Peters zu Wolfenbüttel.

27. April 1869 Nro. 32 Seite 149.

13. Mai

Patent auf eine Luft-Expansionsmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Ingenieur Johannes Schmidt hieselbst.

20. Mai 1869 Nro. 34 Seite 153.

Patent auf eine Wasserlocipede auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Huf- und Blankschmiedemeister Frome zu Holzminden.

7|20. Mai 1869 Nro. 35 Seite 155.

Patent auf eine mit einem Schwingpfluge verbundene Eggenvorrichtung auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Justinus Brand hieselbst.

11. Mai 1869 Nro. 37 Seite 159.

1. Juni

Patent auf eine Feuerspritze auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, die der Schützengesellschaft zu Timmenrode beigelegten Rechte einer Corporation betreffend.

1|12. Juni 1869 Nro. 41 Seite 167.

Privilegium für den Civil-Ingenieur Franz Windhausen zu Braunschweig.

16|29. Juni 1869 Nro. 44 Seite 177.

Patent auf eine Eis- resp. Kälteerzeugungsmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Fabrikanten A. Natalis hieselbst.

25. Juni 1869 Nro. 46 Seite 183.

5. Juli

Patent auf eine Dreirad-Velocipede auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. August Seyferth hieselbst.

3|16. Juli 1869 Nro. 48 Seite 261.

Patent auf ein Verfahren mit Anwendung eigenthümlicher Deckflaschen unter erhöhtem Drucke Zucker zu decken, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Joseph Ködl und Johann Juge zu Reoow bei Prag.

3|16. Juli 1869 Nro. 49 Seite 263.

Patent auf eine Vorrichtung den Zucker unter erhöhtem Drucke auszudecken, auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. August Clemm zu Ludwigshafen.

3|17. Juli 1869 Nro. 50 Seite 265.

Patent auf ein Verfahren zur Darstellung von Benzol auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Dr. August Seyferth hieselbst.

6|21. Juli 1869 Nro. 52 Seite 269.

Patent auf eine Reinigungsmethode der Producte der Rohzucker-Fabrikation und der Raffinerie auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Sprachlehrer Leopold Treffkorn hieselbst.

6|23. August 1869 Nro. 60 Seite 313.

Patent auf eine Wasservelocipede und einen für größere Boote berechneten Steuerapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Zuckerfabrikanten Julius Robert zu Seelowitz.

6|23. August 1869 Nro. 61 Seite 315.

Patent auf einen Diffusions-Apparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Geldschrankfabrikanten F. W. Schurath zu Leipzig.

6|24. August 1869 Nro. 62 Seite 317.

Patent auf eine verbesserte Velocipeden-Construction auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung die dem Vereine zur Unterstützung hilfsbedürftiger Medicinalpersonen verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend.

18|26. August 1869 Nro. 64 Seite 321.

Privilegium für den Ingenieur Hugo Champonnois zu Paris.

27. August 1869 Nro. 71 Seite 369.

10. September

Privilegium auf eine rotirende Filterpresse auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Kaufmann G. W. Sack hieselbst.

9|27. September 1869 Nro. 78 Seite 377.

Privilegium auf eine Ventilations-Vorrichtung auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Techniker Leonid Albert Thieme zu Dresden.

24. September 1869 Nro. 79 Seite 411.

14. October

Patent auf eine continuirliche Presse ohne Anwendung von Pressstüchern zum Auspressen des Rübenbreies in der Zuckersfabrikation und zu anderen Zwecken auf die Dauer von fünf Jahren.

Privilegium für den Klempnermeister Theodor Mattern hieselbst.

14|23. October 1869 Nro. 81 Seite 417.

Patent auf einen Würfelapparat auf die Dauer von fünf Jahren.

Bekanntmachung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Wolffschen Stiftung für arme jüdische Mädchen aus der Stadt Braunschweig verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 25. October 1869 Nro. 83 Seite 421.

4. Novbr.

Rescripte zc.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Helmstedt vom 11. Mai 1867.

Den Bericht vom 2. d. Mts. Nro. 3513, betreffend die beabsichtigte Ausleihung zweier Capitale der Wellmanns-Stiftung in Schöningen, haben Wir empfangen.

Für die den städtischen Behörden unterstellten Stiftungen und Corporationen bedarf es jedoch nach §. 181 der revidirten Städteordnung zu Ausleihungen keiner Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums, soweit nicht durch Statuten, Observanzen oder Stiftungsurkunden andere Bestimmungen zur Geltung gelangt sind, und die Ausleihung der Capitale der Wellmannschen Stiftung hat daher lediglich unter Autorisation und Verantwortlichkeit der städtischen Behörden zu erfolgen. Die beantragte Dispensation von den für die Ausleihung der Capitale der pia corpora bestehenden gesetzlichen Vorschriften aber müssen Wir zu ertheilen Bedenken tragen und deshalb hiemit ablehnen.

Herzogliche Kreisdirection hat solches dem Stadtmagistrate in Schöningen zu eröffnen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu Braunschweig vom 28. Mai 1868.

Den Bericht vom 4. März d. J. Nro. 750, betreffend die Gründung einer Kranken- und Sterbekasse Seitens derjenigen hiesigen Maler, welche der Maler-Zunft nicht angehören, haben Wir seiner Zeit empfangen.

Die gewerbegesetzlichen Vorschriften über die privatrechtliche Stellung der Zünfte — insbesondere also die den Zünften zugestandene juristische Persönlichkeit — sind speciell an die Voraussetzung des Zunftverbandes geknüpft und lassen mithin über diese Voraussetzung hinaus eine analoge Anwendung nicht zu. Ebenso wenig aber wie hiernach für den gedachten Kassen-Verein die Erlangung der Eigenschaft einer juristischen Person aus der Bestimmung im §. 88 Abs. 1 des Gewerbegesetzes herzuleiten ist, können Wir, mit Hinblick auf die Verhältnisse des jetzt erst im Entstehen begriffenen Vereins, die besondere Verleihung der Rechte einer juristischen Person an denselben für motivirt, oder auch nur für unbedenklich erachten.

Dagegen wollen Wir dem Verein — dessen Statuten-Entwurf Wir zu diesem Zwecke einer Prüfung unterzogen haben, die nach §. 99 des Polizeistrafgesetzbuchs erforderliche Erlaubniß zu der beabsichtigten Errichtung einer Kranken- und Sterbekasse mit den Bestimmungen hierdurch erteilen, daß

- 1) der — auf der irrigen analogen Anwendung der gewerbe-gesetzlichen Vorschriften über die Zünfte beruhende — §. 13 des Statuten-Entwurfs:

„wegen rückständiger Beiträge hat der Vorstand nöthigenfalls die executivische Einziehung derselben, wie der öffentlichen Abgaben, bei dem Stadtmagistrate zu beantragen“

zu streichen und

- 2) in das Ermessen der zu einer bezüglichen Erklärung aufzufordernden Vereinsmitglieder zu stellen ist: ob sie die anscheinend aus dem nämlichen irrigen Grunde für nöthig betrachtete Schlussbestimmung im §. 15 des Statuten-Entwurfs:

„im Falle einer Auflösung sind Capitalien und Kassenvorräthe dem Stadtmagistrate zur Förderung ähnlicher gemeinnütziger Zwecke zu überweisen“

ungeachtet der jetzigen Sachlage beibehalten, oder — wogegen Wir nichts zu erinnern finden würden — beseitigen wollen.

Demgemäß hat der Stadtmagistrat das Weitere zu besorgen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt vom 19. November 1868.

Wir erwiedern auf die Berichte vom 21. September d. J. Nro. 8309 und vom 23. v. Mts. Nro. 9202, betreffend die Erhebung und anderweite Ausleihung von Capitalien der Todtenkasse in Calvörde, daß, da der genannten Kasse durch Unser Rescript vom 27. September 1848 die Rechte einer milden Stiftung verliehen worden sind, nach den Vorschriften im §. 125 der Landgemeinde-Ordnung aber nur die Veräußerung von Vermögensstücken einer Stiftung — mag übrigens die letztere mit den Interessen der Gemeinde ihres Domicils materiell noch so eng

Bege's Repert. IX. Th.

426 Privilegien. Ausnahmrechte milder Stiftungen 2c. Rescripte 2c.

verbunden sein, — von der Genehmigung der für die Gemeinde-Angelegenheiten bestellten Aufsichtsbehörden regelmäßig abhängt, die im gegenwärtigen Falle zu einer Capital-Versur beantragte Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums nicht erforderlich ist, dass es jedoch der Herzogl. Kreisdirection überlassen bleiben muss, die in Frage stehende Versur kraft der im Art. 14 der Statuten der Calvörder Todtenkasse vom 12. August 1841 dem damaligen Herzogl. Amte übertragenen und nunmehr als auf die Herzogl. Kreisdirection übergegangen zu betrachtenden „Oberaufsicht“ zu ihrer Cognition zu ziehen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu Braunschweig vom 22. Februar 1869.

Wir wollen auf den Bericht vom 14. December v. J. No. 3432 den hiesigen Gemeindegemeinschaftslehrern zu der nach Maßgabe der mit eingereichten Statuten beabsichtigten Errichtung einer Sterbekasse die erforderliche Erlaubniß — §. 99 des Polizeistrafgesetzbuchs — hierdurch ertheilen und finden im Besondern auch gegen die in den Statuten bestimmte — durch eine entsprechende Anstellungsbedingung zu ermittelnde — Beitrittsverpflichtung der künftig zur Anstellung gelangenden hiesigen Gemeindegemeinschaftslehrer unter den obwaltenden Umständen nichts zu erinnern.

Einer ausdrücklichen Genehmigung der Statuten Seitens des Herzogl. Staatsministeriums bedarf es nicht, wogegen es sich von selbst versteht, dass jede beschlossene Modification der Statuten, als der factischen Voraussetzung für die nach §. 99 des Polizeistrafgesetzbuchs ertheilte Erlaubniß, dem Herzogl. Staatsministerium behuf Prüfung und etwa für nöthig erachteten Inhibirung anzuzeigen ist. Unter diesem Gesichtspunkte würden Wir übrigens — wie Wir gleich jetzt erklären — nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Interessenten auf Empfehlung des Stadtmagistrats noch beschließen sollten, die am Ende des Berichts als angemessen bezeichnete Erweiterung der Aufnahmefähigkeit statutarisch festzustellen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Gandersheim vom 31. März 1870.

Den Bericht vom 19. v. Mts. No. 1737, betreffend die von dem Curator der Jacobson'schen Waisenanstalt in Seesen, Rittergutsbesitzer Meyer Jacobson in Schulzendorf, für den Fall der von ihm beabsichtigten Erhöhung des Anstaltsfonds von 40,000 Thlr. auf 60,000 Thlr. gewünschten Beseitigung des in den Statuten vorgesehenen Erfordernisses der pupillarischen Sicherheit für die Belegung der Anstaltsfonds, haben Wir empfangen.

Die präsumtive Sicherheit des Fortbestehens der materiellen Existenzbedingungen einer Stiftung bildet indeß für die Verleihung der Rechte milder Stiftungen eine nothwendige Voraussetzung und Wir könnten deshalb die fragliche Statutenänderung nur dann für nicht bedenklich erachten, wenn der Anstaltsfonds durch hypothekarische Uebernahme der Bürgschaft für denselben auf das Jacobson'sche Rittergut in Schulzendorf sicher gestellt würde.

Wir veranlassen daher Herzogl. Kreisdirection, zuvörderst noch darüber sich zu ver-
gewissern und zu berichten:

- 1) ob der Rittergutsbesitzer Meyer Jacobson zu der Uebernahme einer solchen Bürgschaft bereit ist;
- 2) ob nach dem Werthe des Jacobsonschen Ritterguts in Schulzendorf, sowie nach dem Range, welcher der Bürgschafts-Hypothek zu Theil werden würde, eine genügende Sicherheit der letztern angenommen werden darf.

Zugleich wünschen Wir auch noch darüber berichtliche Auskunft: wie der Anstaltsfonds von 40,000 Thlr., welcher nach Inhalt des Berichts der Herzogl. Kreisdirection vom 12. September 1851 Nro. 6473 bis zum Jahre 1852 durch einen der Anstalt auszustellenden Wechsel, sodann aber durch Eintragung zur ersten Hypothek auf das Rittergut des Stifters in Schulzendorf sicher gestellt werden sollte, gegenwärtig angelegt ist.

Pupillen=Gelder.

Gesetz, die Declaration der Gesetze vom 12. Juli 1844 Nro. 36, wegen Belegung der Capitalien der Pupillen, Curanden und milden Stiftungen, vom 30. November 1851 Nro. 52, und vom 20. August 1867 Nro. 72, betreffend. Vom 21/27. December 1869 Nro. 90 Seite 455.

Rescripte u.

Bericht Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Staatsministerium
vom 5. Mai 1862.

Der Oberbürgermeister Caspari zu Braunschweig hat als von Bernemischscher Vormund in dem an Herzogl. Staatsministerium gerichteten uns mitgetheilten Gesuche um Aufhebung einer obervormundschaftlichen Auflage zum Verkaufe von Werthpapieren gebeten, insonderheit beantragt, entweder die Entscheidung abzugeben, dass die wegen Belegung der Pupillengelder bestehenden Gesetzesvorschriften nur dahin auszulegen seien, dass zwar den Vormündern die Anlegung in anderer, als der gesetzlich vorgeschriebenen Weise nicht zu gestatten, die Frage aber, ob sofortiger Verkauf in dem Nachlasse der Erblasser von Minderjährigen vorhandener Werthpapiere zu fordern, von dem pflichtmäßigen Ermessen der Gerichte abhängig sei, oder falls solches für bedenklich gehalten werde, von dem obervormundschaftsseitig ihm aufgegebenen Verkaufe der im Vermögen seiner Pflegebefohlenen befindlichen, von ihrer Mutter ererbten, Actien des Förder-Bergwerks- und Hütten-Vereins ihn zu dispensiren.

Wir versehen nicht das hierüber geforderte Gutachten in Folgendem zu erstatten.

Nach den Reichs- und Landesgesetzen hat die Obervormundschaft über den Vormund und dessen Verwaltung beständige Aufsicht zu führen,

Reichspolizei-Ord. von 1577 Tit. 32.

Verordnung vom 3. Februar 1814 Nro. 27 §. 48

und ist in dieser Beziehung wegen jeglichen Versehens verantwortlich.

L. 1. pr. §. 4. Dig. de magist. conven. 27. 8.

L. 5. Cod. eod. 5—75.

Ausstehende Forderungen, sofern dieselben nicht sicher belegt worden, ist der Vormund einzuziehen und gegen genügende Sicherheit anzulegen verbunden.

L. 18. Cod. de administ. tut. 5. 37.

L. 2. Cod. de arbitr. tut. 5. 51.

Er und seine Erben sind entschädigungspflichtig wenn hierunter ein Verlust eingetreten und der Grund des Verlustes in einem Verschulden des Vormundes anzutreffen ist.

L. 15. 57. Dig. de administ. tut. 26. 7.

L. 12. Cod. arbitr. tut. 5. 51.

Für vorgefundene und von ihm genehm gehaltene, beibehaltene, Schuldner hat der Vormund, gleich als ob er selbst contrahirt hätte, zu haften,

L. 44. pr. Dig. de administ. tut. 26. 7.

L. 19. Dig. de tut. et ration. distr. 27. 3

in ähnlicher Weise, wie den Ehemann die Gefahr zur dos gegebenen Schuldforderungen trifft.

Namentlich verordnen die Landesgesetze, daß Pupillengelder, falls sie nicht bei Landes-

fassen

Verordnung vom 8. November 1703

oder bei dem Leihhause

Landesherrliches Rescript vom 28. Juni 1753.

Verordnung vom 1. Juli 1782, vom 15. März 1787,

vom 12. September 1797

oder in hiesigen Landes- oder Cammer-Schuldverschreibungen

Gesetz vom 12. Juli 1844 Nro. 36.

angelegt werden, nur gegen sichere Hypothek ausgeliehen,

Verordnung vom 9. Januar 1798

und daß zu dem Behufe die anderweit bereits ausgethaenen Capitalien, wenn sich dabei nicht genügsame Sicherheit finden sollte, sobald als thunlich aufgekündigt (realisirt) und auf die vorgeschriebene Weise wieder ausgethan werden sollen.

Verordnung vom 8. November 1703.

Den Vormündern ist die Befolgung unter Androhung eigener Verantwortung und Ersatzleistung geboten und der Obervormundschaft darauf zu halten zur besondern Pflicht gemacht worden.

Verordnung vom 8. November 1703 und vom 9. Januar 1798.

Demnach ist die dem Vormunde von der Obervormundschaft gemachte Auflage zum Vermögen seiner Pflegbefohlenen gehörige Forder Actien durch Veräußerung bei Vermeidung eigenen Haftens zu verwerthen, den Gesetzen vollkommen entsprechend und der Aufhebung unterzogen zu werden nicht fähig, indem in Actien und anderen Werthpapieren angelegte Gelder zur Kategorie der ausstehenden Forderungen zu stellen, und hierauf die wegen Anlegung pupillarischer Gelder bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mindestens analogisch anzuwenden sind, wenn auch die nominellen Beträge von dem Gläubiger nicht gekündigt, vielmehr nur durch Verkauf verwerthet werden können, welche Ansicht wir bereits in unserem Berichte vom 15. Februar 1858, erstattet in der Müllerschen Vormundschaft zu Braunschweig auf Herzogl. Ministerial-Beschluß vom 25. Novbr. 1857 Nro. 10,657 ausgesprochen haben.

Soweit besagte gesetzliche Bestimmungen, zumal in Ansehung solcher Werthpapiere, welche Pfliegbefohlenen von ihren Eltern oder sonstigen Erblassern zugefallen sind, unter den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr für zweckmäßig zu erachten, werden sie allerdings abzuändern sein. Die Abänderung aber, weil Aufhebung oder authentische Erklärung von Landesgesetzen enthaltend, kann nicht durch ministerielle Entscheidung, sondern lediglich im Wege der Gesetzgebung

Landschaftsordnung von 1832 §. 98

erfolgen, weshalb um von einer Vorschrift der Verordnung vom 8. November 1703 abgehen zu dürfen, das declaratorische Gesetz vom 12. Juli 1844 Nro. 36 nöthig war.

Ebenso wenig wird Landesherrliche Dispensation des Vormundes von den wegen Belegung pupillarischer Gelder bestehenden gesetzlichen Vorschriften, die Ausführung dieser hindernd, statthaft sein, indem den Bevormundeten ihre auf Recht und Gesetzen beruhenden Ansprüche an den Vormund hinsichtlich aller Verbindlichkeiten desselben aus der vormundschaftlichen Verwaltung, und das den Bevormundeten desfalls am Vermögen des Vormundes zustehende gesetzliche Pfandrecht

Verordnung vom 26. März 1823 Nro. 14 §. 1

durch Landesherrliche Dispensation nicht genommen werden können.

Landschaftsordnung von 1832 §. 6. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Stadtgericht zu Braunschweig vom 7. Juni 1862.

Wir haben durch den Bericht vom 8. April d. J. über das Gesuch des Oberbürgermeisters Caspari hieselbst als Bernewitzschen Vormundes, um Aufhebung einer obervormundschaftlichen Auflage zum Verkaufe von Werthpapieren, Uns veranlaßt gefunden, über die vorliegende Rechtsfrage die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Abschrift des von demselben erstatteten Berichts vom 5. v. Mts. dem Herzogl. Stadtgerichte hierbei zugehen und wie Wir mit der darin entwickelten Ansicht einverstanden sind, so finden Wir Bedenken, dem Gesuche in angetragener Maße Statt zu geben, wonach daher Herzogl. Stadtgericht den Bittsteller zu bescheiden hat.

Uebrigens soll die Frage wegen einer Abänderung der bezüglichlichen gesetzlichen Bestimmungen in nähere Erwägung gezogen werden.

Salz.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, den Bezug von Viehsalz betr.
12|24. Juli 1862 Nro. 34 Seite 161.

Gesetz, den Salzdebit betreffend. 1|24. October 1865 Nro. 59 Seite 617.

§. 1. Aufhebung des Gesetzes vom 30. Juni 1853 Nro. 41.

§. 2. Einführung, Durchführung und Ausführung sowie Debit von Salz.

§. 3. Salzniederlagen.

§§. 4 u. 7. Handel mit Salz.

- §. 5. Transport von Salz im Innern des Landes.
- §. 6. Beziehung von Salz aus den Salzniederlagen.
- §. 8. Preis des Salzes.
- §. 9. Salzdefraude und deren Bestrafung.
- §. 10. Ordnungsstrafen.
- §. 11. Substitution von Gefängnißstrafe.
- §. 12. Strafverfahren.
- §. 13. Competente Verwaltungsbehörde.
- §. 14. Territoriale Beschränkung der Anwendung des Gesetzes.

Verordnung, den Preis des Speisesalzes betreffend.

1/24. October 1865 Nro. 60 Seite 623.

- §. 1. Preis des Speisesalzes.
- §. 2. Eintritt des Gesetzes in Wirksamkeit.

Gesetz, den Salzdebit im Amte Thedinghausen und einigen anderen Ortschaften betreffend. 1/24. October 1865 Nro. 61 Seite 625.

- §. 1. Anschluß bestimmter Gebietstheile des Herzogthums rücksichtlich des Salzdebites an Hannover.
- §. 2. Aufhebung des Gesetzes vom 23. Februar 1837 Nro. 6.

I. Von der Salzsteuer.

- §. 3. Betrag der Steuer.
- §. 4. Verbot der Herstellung von Salz.
- §§. 5—8. Steuerliche Controle über den Betrieb der Salzwerke.
- §. 9. Befreiungen von der Salzsteuer.

II. Ein-, Durch- und Ausfuhr von Salz.

- §. 10. Verbot der Einfuhr.
- §. 11. Bestimmungen über die Durchfuhr.
- §§. 12—15. Bestimmungen über die Ausfuhr.
- §§. 16 u. 17. III. Verkehr mit Salz im Steuergebiete.
- §§. 18—27. IV. Strafbestimmungen.
- §§. 29 u. 30. Verfahren in Salzsteuer-Contraventionsachen.
- §. 31. Eintritt des Gesetzes in Wirksamkeit.

Gesetz, die Erhebung einer Nachsteuer von Salz im Amte Thedinghausen und einigen anderen Ortschaften betreffend.

1/24. October 1865 Nro. 62 Seite 637.

- §. 1. Betrag der Nachsteuer.
- §. 2. Steuerpflichtiger.
- §. 3. Befreiungen von der Nachsteuer.
- §. 4. Verpflichtung zur Anmeldung des nachsteuerpflichtigen Salzes.
- §. 5. Verpflichtung der Salzhändler zur Anmeldung.
- §. 6. Berechtigung der Steuerbehörde zu Revisionen.
- §. 7. Verpflichtungen der Inhaber von Salzvorräthen gegen die Revisionsbehörde.

- §. 8. Befugnisse der revidirenden Steuerbeamten.
- §. 9. Beschränkung der Verfügung über nachsteuerpflichtige Salzvorräthe.
- §. 10. Strafen der Uebertretungen.
- §. 11. Zahlungsfristen für die Nachsteuer.
- §. 12. Einziehung rückständig bleibender Nachsteuerbeträge.

Verordnung, die Ausführung des Bundesgesetzes vom 12. October 1867 Nro. 13, die Erhebung einer Abgabe von Salz betreffend.

6|16. November 1867 Nro. 98 Seite 639.

- §. 1. I. Berechnung der Abgabe.
- II. Controle der Abfertigung.

§§. 2—14. A. Inländisches Salz.

§. 15. B. Ausländisches Salz.

Anhang. Muster I. Anmeldung.

Muster II. Versendungsschein.

Muster III. Begleitschein 1.

Muster IV. Begleitschein 2.

Muster V. Nachweisung der verabfolgten Salz mengen, für welche die Steuer noch zu entrichten ist.

Anweisung, betreffend die Creditirung der Abgabe von ausländischem und inländischem Salz. 30. November 1867 Nro. 105 Seite 699.

9. December

§§. 1, 2 u. 3. An wen und unter welchen Bedingungen Credit bewilligt werden darf.

§§. 4, 5 u. 6. Creditfrist.

§. 7. Sicherheitsleistung.

§§. 8 u. 9. Verfahren bei der Creditbewilligung.

§§. 10 u. 11. Verfahren bei Abfertigung des Salzes, wofür Credit bewilligt wird, sowie Behandlung der Creditanerkenntnisse.

§. 12. Buchung der creditirten Salzabgabe.

§. 13. Schlussbestimmung.

Bekanntmachung, die Denaturirung von Vieh- und Gewerbefalz betreffend.

25. Juni 1868 Nro. 49 Seite 137.

8. Juli

§. 1. Zur Denaturirung anzuwendende Stoffe für Salz zur Viehfütterung.

§. 2. Zur Denaturirung anzuwendende Stoffe für Salz zu gewerblichen Zwecken.

§. 3. Beschaffenheit des zu verwendenden Steinsalzes.

§. 4. Beaufsichtigung der Denaturirung.

§. 5. Beschaffung der Denaturirungsmittel.

§. 6. Controle des Handels mit Vieh-Düngesalz oder Gewerbefalz.

§. 7. Beaufsichtigung des Handels mit denaturirtem Gewerbefalz.

§. 8. Bereitung und Beziehung von Vieh-, Düng- und Gewerbefalz.

- §. 9. Errichtung der Controlebücher.
- §. 10. Verbot der Verwendung denaturirten Salzes zu fremden Zwecken.
- §. 11. Controlegebühr.
- §. 12. Uebergangsbestimmung.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Salz.

Vom 12. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 41.

Uebereinkunft wegen Erhebung einer Abgabe von Salz.

Vom 8. Mai 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 49.

Staatsdienst.

Gesetz, die Ruhegehälter der Staatsdiener, städtischen Beamten und Lehrer in den Stadtgemeinden betreffend. 2|12. Juli 1864 Nro. 32 Seite 105.

- §. 1. Aufhebung des Gesetzes vom 31. August 1849 Nro. 34.
- §. 2. Rückbeziehung des Gesetzes.
- §. 3. Aufhebung verschiedener Bestimmungen der revidirten Städteordnung und einer Bestimmung des Gesetzes vom 7. September 1861 Nro. 51 rücksichtlich der Pension der städtischen Beamten und städtischen Lehrer.
- §. 4. Aufhebung der Bestimmung im §. 4 des Gesetzes vom 19. März 1850 rücksichtlich der Normalgehälter der Gerichts-, Hülfss- und Unterbeamten.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Landes-Verwaltungsbehörden vom 13. Februar 1835.

Wir wollen in Ansehung der von den Rugnießern und Miethern öffentlicher Gebäude für eigene Rechnung zu übernehmenden Unterhaltungs- und Reparaturkosten diejenigen Bestimmungen erlassen, welche in dem angebogenen Regulativ enthalten sind.

In Ansehung derjenigen Rugnießer, welchen öffentliche Gebäude unter anderen Bedingungen eingethan sind, oder in Ansehung der Miether, deren Contracte die Anwendung der Bestimmungen des Regulativs nicht zulassen, muß es zwar für jetzt noch bei dem Herkommen oder bei den contractlichen Bedingungen verbleiben, beim eintretenden Wechsel in der Person der Rugnießer öffentlicher Gebäude oder beim Ablaufe bestehender Miethcontracte, sind jedoch die Bestimmungen des Regulativs in Anwendung zu bringen, daher darüber den neu anzustellenden Beamten bei der Ueberweisung der Dienstwohnungen, namentlich auch den Justizbeamten durch die Herzogl. Kreisdirectionen, die nöthige Eröffnung zu machen, oder in den zu erneuernden Contracten das Nöthige einzuschalten ist. In Ansehung der kleinen Reparaturen an Gerichtslocalen und Justizbeamten-Wohnungen ist, insofern solche den Rugnießern nicht obliegen, der

Grundsatz zu befolgen, dass die desfalligen Kosten, soweit sie nach den Bestimmungen des Regulativs von den Rugnießern und Miethern zu tragen sein würden, unter den Gerichtsverwaltungs-kosten liquidirt werden können, wogegen die größern Reparaturen von dem Etat der von den Herzogl. Kreisdirectionen ressortirenden Bauten erfolgen müssen.

Regulativ über die Verpflichtung der Rugnießer und Miether herrschaftlicher Gebäude zur Uebernahme der Kosten der geringfügigen Reparaturen, des Reinigens der Schornsteine und des Straßenpflasters.

Die Miether und Rugnießer herrschaftlicher Gebäude haben

- 1) das Reinigen der Schornsteine und des Straßenpflasters aus eigenen Mitteln zu übernehmen;
- 2) die sämmtlichen Weißbinderarbeiten auf eigene Kosten besorgen zu lassen; nicht weniger die Kosten des Reinigens, Anschwärzens und Vermalens der Defen, Feuer- und Kesselheerde, sowie der Anschaffung der dazu erforderlichen Materialien zu übernehmen.

Dieselben sind

- 3) verpflichtet, die vorkommenden Reparaturen an Thüren und Fenstern und an allen Arten von Schloß- und Schmiedearbeiten auf ihre alleinigen Kosten besorgen zu lassen, insofern eine jede dieser Reparaturen an jedem einzelnen Gegenstande sich nicht über einen Thaler beläuft. Werden jedoch größere Reparaturen oder Erneuerungen erweislich durch die Fahrlässigkeit oder die Schuld der Bewohner oder deren Familien und Dienstboten herbeigeführt oder deshalb nothwendig, weil frühere an den betreffenden Gegenständen zu beschaffende kleinere Reparaturen durch die Miether resp. Rugnießer nicht bewerkstelligt sind, so hat der Miether resp. Rugnießer auch die späteren größeren Reparaturen und Erneuerungen zu tragen, wogegen demselben die durch Windstürme, Hagelschlag 2c. verursachten Beschädigungen nicht zur Last fallen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Cammer
vom 14. Mai 1846.

Es ist vom Herzogl. Finanzcollegio in Beziehung auf das höchste Rescript vom 3. April d. J., die den Wittwen und Kindern verstorbener Staatsdiener verwilligten Gnadenmonate von dem Einkommen ihres Erblassers betreffend, angezeigt worden, dass Herzogl. Cammer diese höchste Bestimmung dem Rendanten Herzogl. Cammerkasse nur zur Nachachtung bekannt gemacht habe und dass sich daraus eine Abweichung in dem zu beobachtenden Verfahren bilden werde, weil Herzogl. Finanzcollegium den Rendanten der Herzogl. Hauptfinanzkasse angewiesen habe, die Legitimation der zur Zahlung gelangenden Erben zur Prüfung einzureichen, und danach zuvor die Zahlungsanweisung zu erwarten.

Wenn gleich nun die Prüfung der Legitimationen der Regel nach, gleichwie in anderen Fällen dem Rendanten überlassen werden kann, so ist es dennoch nothwendig, dass zu den Zahlungen selbst, die nicht etatmäßig sind, ausdrückliche Anweisungen von der Behörde ertheilt werden, wie solches auch das höchste Rescript vom 3. v. M. vorschreibt und hat daher auch Herzogl. Cammer in vorkommenden Fällen in diesem Sinne zu verfahren.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanzcollegium vom 22. September 1849.

Wir wollen auf den Bericht vom 14. d. M. genehmigen, dass die Gnadenmonate, welche den Hinterbliebenen verstorbener Staatsdiener gebühren, auch von den denselben etatmäßig bewilligten Miethentschädigungen gezahlt werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanzcollegium vom 4. April 1852.
Da Wir auf den Bericht vom 21. v. M. angemessen finden, dass die den Wittwen und Waisen verstorbener Staatsdiener zukommenden Gnadenmonate unter eins berichtet werden, so hat Herzogl. Finanzcollegium die Zahlungen fernerweit in der bisherigen Weise leisten zu lassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanzcollegium vom 8. Juli 1854.

Der Bericht vom 30. v. M. wegen Verabreichung der den Staatsdienern zugebilligten Entschädigungen für die Unterhaltung von Dienstpferden über den Sterbemonat hinaus ist Uns zugegangen. Da die Veräußerung der Dienstpferde im Laufe des Sterbemonats des Beamten oder bald nach dem Ablaufe desselben in der Regel thunlich und rathsam sein wird, zu einer Fortzahlung der Pferde-Unterhaltungskosten nach dem Verkaufe aber kein Grund vorhanden ist, und die Gründe, welche die durch das Rescript vom 3. April 1846 getroffene allgemeine Bestimmung veranlassen haben, überhaupt auf Pferde-Unterhaltungsgelder nicht vollständig anwendbar sind, so halten Wir nicht für angemessen, diese Bestimmungen auf derartige Entschädigungen auszu dehnen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Oberstaatsanwalt vom 13. Juni 1860.

Da die in Unserm Circular-Rescripte vom 20. Februar 1860 No. 7 getroffenen Anordnungen über Mittheilung der in Untersuchungssachen wider Staatsdiener abgegebenen Erkenntnisse an deren vorgesetzte Behörde der gegenwärtigen Einrichtung des Justizwesens nicht entsprechen und deren Ausdehnung auf Gemeindebeamte, sowie auf Kirchen- und Schuldiener angemessen befunden ist: so wollen Wir an deren Stelle Folgendes hierdurch bestimmen:

Die bei den Herzogl. Kreisgerichten fungirenden Staatsanwälte haben

1) von jedem verurtheilenden oder freisprechenden Erkenntniss, welches von einem Schwur- oder Kreisgerichte gegen einen Staatsdiener, einen Gemeindebeamten, oder einen Kirchen- oder Schuldiener in einer solchen Strassache abgegeben wird, in welcher die Staatsanwaltschaft als öffentliche Anklägerin aufgetreten ist, sofort nachdem das Erkenntniss in Rechtskraft getreten, unter Mittheilung beglaubigter Abschrift desselben, der vorgesetzten Behörde des Staatsdieners, bezüglich der Gemeindebeamten aber der vorgesetzten Landes-Verwaltungsbehörde und rücksichtlich der Kirchen- und Schuldiener dem Herzogl. Consistorium Kenntniss zu geben;

2) ferner den genannten Behörden von jedem in einer solchen Anklagesache erfolgten Einstellungsbeschlusse oder erfolgter Abolition, sowie

3) von jeder Verhaftung eines Staats-, Kirchen- und Schuldieners bezüglich Gemeindebeamten sofort Mittheilung zu machen und endlich

4) von dem Ergebnisse anderer zu ihrer Kenntniss gelangenden Straffälle den bezeichneten Behörden alsdann das Erforderliche anzuzeigen, wenn solches nach Ansicht des Staatsanwalts von der Beschaffenheit ist, dass dadurch die dienstliche Stellung des Beamten leidet. —

Wir beauftragen Sie die Staatsanwälte hiernach mit Anweisung zu versehen und derselben zu eröffnen, dass daneben die Vorschrift Ihres Rescripts vom 20. August 1851 (Bege, Repert. Bd. VII. S. 18) bestehen bleibe, nach welchem das Herzogl. Finanzcollegium von allen solchen Straferkenntnissen gegen Staatsdiener zu benachrichtigen ist, durch welche der Verlust der Dienstrechte, des Gehalts oder der Pension ausgesprochen wird.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 21. Februar 1862 an die Herzogl. Verwaltungs-Collegien.

Da die Frage entstanden ist, ob bei der Deponirung von Landesschuldverschreibungen zur Bestellung von Cautionen deren Werth nach dem Nominalbetrage der verbrieften Capitale oder nach dem jeweiligen Course der Schulddocumente zu berechnen sei, so wollen Wir hiermit bestimmen, dass bei Cautionbestellungen die hiesigen Landesschulddocumente bis auf Weiteres nach dem Nominalwerthe zugelassen werden sollen und hierbei vom Zinsfuße der Schuldcapitale abzusehen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den General-Director v. Umberg vom 14. September 1867.

Auf Ihren Bericht vom 9. d. M., die Vergütung der Umzugskosten versetzter Beamten betreffend, erwiedern Wir Folgendes:

Bei der im §. 31 des Staatsdienstgesetzes über die Umzugskosten der Beamten enthaltenen Bestimmung kann die Absicht des Gesetzgebers wohl nur dahin gegangen sein, die Beamten bei eintretenden Versetzungen unter dem Ausschlusse pecuniärer Vortheile gegen eigentliche Opfer von ihrem pecuniären Einkommen sicher zu stellen. Im Laufe einer langjährigen Praxis hat sich der Grundsatz gebildet, dass der Beamte unter besonderen von den Behörden zu ermessenden Umständen auf nachgewiesene Verwendung selbst über den gesetzlichen Maximalsatz hinaus zu entschädigen sei, wobei sodann der Mehrbetrag als eine außerordentlich bewilligte Beihilfe anzusehen ist. Dagegen haben aber auch niemals Vergütungen ohne Nachweis wirklichen Aufwandes stattgefunden, und die ganze gesetzliche Vorschrift ist immer so ausgelegt worden, dass kein Anspruch bestehe, der nicht der Bestimmung des Herzogl. Staatsministeriums unterliege. Dieses bislang beobachtete Verfahren erscheint, insbesondere mit Hinsicht auf die große Verschiedenheit der Stellungen und Verhältnisse der Staatsbeamten, offenbar als das angemessenste und es scheint Uns kein Grund vorzuliegen, darin für die Zukunft bei der einen oder anderen Beamten-Kategorie eine Aenderung eintreten zu lassen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Ober-Postdirector
Schottelius vom 22. Mai 1869.**

Wir wollen auf Ihren Bericht vom 18. d. Mts. den Postcontroleur Fricke hieselbst seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzen. Was jedoch den Betrag des demselben vom 1. f. Mts. an auszuwerfenden Ruhegehalts anbetrifft, so bemerken Wir, dass nach den bei der Pensionirung der Beamten zweiter Classe seither befolgten Grundsätzen denselben bei der Berechnung der Pension auch diejenige Dienstzeit angerechnet wird, welche dieselben in hiesigen Militärdiensten als Unterofficiere, vom Corporal angerechnet verbracht haben. 2c.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Zoll- und Steuer-
Direction vom 6. October 1869.**

Wir erwidern Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction auf den fernerem Bericht vom 30. v. Mts., betreffend den dem pensionirten Steueraufscher Reiners hieselbst bewilligten Ruhegehaltsbetrag, dass es bei der Bewilligung in Unserem Rescripte vom 6. v. Mts. Nro. 1302 bewenden muss, da Reiners einen gesetzlichen Anspruch auf Anrechnung der Jahre, während welcher er temporair pensionirt gewesen, als Dienstzeit nicht hat, eine Erhöhung der den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Pension im Gnadenwege aber unzulässig erscheint. 2c.

Stempelabgabe. Erbschafts-Stempelsteuer.

Gesetz, die von den Spielfarten zu entrichtende Stempelabgabe und die Controle derselben betreffend. 3|19. December 1867 Nro. 109 Seite 711.

- §. 1. Feststellung des Stempelfages.
- §. 2. Von wem die Abgabe zu erheben ist.
- §. 3. Anmeldepflicht der inländischen Kartenfabrikanten.
- §. 4. Einführung von Spielfarten.
- §. 5. Creditirung der Stempelabgabe.
- §. 6. Bedingungen für den Betrieb der Fabrication von Spielfarten.
- §. 7. Verkauf ungestempelter Spielfarten und Handel mit gestempelten Spielfarten.
- §. 8. Controle der Versendung von Spielfarten.
- §. 9. Bestrafung von Contraventionen.
- §. 10. Aufhebung früherer Bestimmungen.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend die Wechsel-Stempelsteuer im Norddeutschen Bunde.

Vom 10. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 193.

Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Wechsel-Stempelsteuer im Norddeutschen Bunde. Vom 13. December 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 691.

Bekanntmachung, betreffend den Debit der Bundes-Stempelmarken und gestempelten Blankets zur Entrichtung der Wechsel-Stempelsteuer, sowie das Verfahren bei Erstattung verdorbener Stempelmarken und Blankets.

Vom 13. December 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 695.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Zoll- und Steuer-
Direction vom 14. October 1844.

Den Bericht vom 3. d. Mts. wegen der vom Nachlasse des hieselbst verstorbenen Particuliers Bremer zu entrichtenden Erbschaftssteuer, haben Wir erhalten. Wenn bei Berechnung dieser Steuer Ausländer den Inländern nach §. 3 des unterm 2. Januar 1818 publicirten Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817 und §. 7 der Verordnung vom 29. October 1821 über die Stempelsteuer gleichgestellt werden sollen, so kann sich diese Gleichstellung nur darauf beziehen, daß Ausländer in denjenigen Fällen, für welche die Steuer überhaupt eingeführt ist, also in Fällen des Eigenthumsübergangs von Todeswegen an Collatoralen oder extranei, von derselben, ungeachtet der unter den Bundesstaaten bestehenden Freizügigkeit, getroffen werden. Die für milde Stiftungen und Wohlthätigkeits-Anstalten zugelassene Ausnahme enthält dagegen ein, weder aus der Natur der Steuer noch aus dem Wesen dieser Stiftungen und Anstalten folgendes, Privilegium und es leuchtet ein, daß bei der Ertheilung eines solchen nur an inländische pia corpora gedacht sein kann. Von dem in dem Bremerschen Testamente der Armencaße in Peine hinterlassenen Legate ist daher die gesetzliche Steuer zu erheben.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Rißlingschen Vormund,
Archiv-Registrator Ehlers zu Wolfenbüttel vom 5. Juli 1860.

Dem Rißlingschen Vormunde, Archiv-Registrator Ehlers zu Wolfenbüttel wird auf den gegen die zurückerfolgende Verfügung der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction vom 22. Mai d. J., die von dem Germerschen Legate zu entrichtende Erbschaftsstempelsteuer betreffend, eingereichten Recurs hiemit zum Bescheide gegeben:

daß,

da §. 17 der Verordnung vom 29. October 1821 Nro. 10 die Erben für die richtige Bezahlung der gesamten Erbschaftssteuer, vorbehaltlich des Rückgriffs derselben auf die Legatäre, verhaftet erklärt und nach dem Zwecke dieser gesetzlichen Vorschrift, den Fiscus durch alleinige Verweisung an den Repräsentanten der gesamten Nachlassmasse hinsichtlich des Eingangs jener Steuer möglichst sicher zu stellen, kein Grund vorliegt, den allgemein lautenden Worten dieser Gesetzesstelle entgegen, diejenigen Erben von dieser Haftpflicht auszunehmen, welche für ihre Person nach §. 7 von der Erlegung dieser Steuer frei sind; auch aus §. 14 jener Verordnung ein Gegengrund nicht entlehnt werden kann, da derselbe, wenn der Erbe selbst der Erbschaftssteuer unterworfen ist, diesen zur Declaration des gesamten Nachlasses verpflichtet, während hier, wo nur die Legatarin Germer zur Erlegung der Stempelsteuer verpflichtet erscheint, die Declaration, wie auch geschehen, sich lediglich auf Angabe des Werthbetrages des Legats beschränken durfte,

der eingewandte Recurs als unbegründet zurückgewiesen werde.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Zoll- und Steuer-
Direction vom 21. October 1861.

Wir eröffnen Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction auf den in der Angelegenheit die Erbschaftssteuer-Reclamation des Vormundes der Kinder des wailand Handlöthers Saakmann Nro. ass. 16 zu Westermisch, Höfners Heinrich Grothenn, daselbst, betreffend, unterm 25. v. M. erstatteten Bericht, dass Wir in der Erwägung, dass die Saakmannsche Handlötherstelle in Folge des am 30. März d. J. erfolgten Todes des minderjährigen Auerben Johann Saakmann, da diesem das Colonat durch Antretung noch nicht ausschließlich erworben war, und kraft der Descendentenerbfolge weiter vererbt und das Auerbenrecht nunmehr dem nächstjüngsten Bruder deferirt worden ist, somit aber die Collatoralerbschaftssteuer nicht Platz greifen kann, die Reclamation des Saakmannschen Vormundes für begründet erkennen müssen.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums vom 8. December 1865.

Wir theilen Ihnen auf den Recurs vom 23. October d. J., betreffend die Erbschaftssteuererhebung von dem aus dem Nachlasse Ihres Bruders der pp. L. zu zahlenden Legate, nach Anhörung der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction die Resolution, dass es bei der angefochtenen Verfügung dieser Behörde vom 12. October d. J. bewenden muss, da im §. 7 der Stempelsteuer-Verordnung vom 29. October 1821 nur von solchen Descendenten die Rede ist, denen auch Intestaterbrecht zusteht, ein Legat an eine uneheliche Tochter aber einem Legate an einem extrareus gleich zu achten ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Zoll- und Steuer-
Direction vom 19. October 1868.

Der Bericht vom 7. d. M., die Erbschaftssteuer-Reclamation der Ehefrau des Particulier Kunzen geb. Degener, hieselbst, betreffend, ist Uns zugegangen. Das Legat von 10,000 Thlr. welches der p. Kunzen in dem Testamente des Kaufmanns Grassau ausgesetzt ist, war zwar, wie die betreffenden Bestimmungen des Testaments ergeben, kein bedingtes, denn nicht das Legat selbst, sondern nur die Zahlung desselben war auf den Todestag der Erbin (dies incertus quando, non an) gesetzt: dasselbe war also mit dem Todestage des Erblassers (als dies legati cedens) der p. Kunzen und deren Erben erworben. Allein dies Legat war ein betagtes, die Forderung aus demselben erst mit dem Augenblicke des Todes der Wittwe Grassau fällig und dieselbe ist thatsächlich bei Lebzeiten der p. Grassau nicht realisirt. Der Fälligkeitstermin gestaltete sich übrigens gerade so, wenn man das Legat als ein bedingtes ansehen wollte, indem dann der dies legati cedens und veniens im Todestage der Wittwe Grassau zusammenfallen würden. Die Legatarin ist nun aber alleinige Erbin der Wittwe Grassau geworden und erlosch daher ihre Legatenforderung, die ihr als eine fällige seit dem Tode der Wittwe Grassau an deren Nachlasse zustand, in dem Momente, wo sie die Erbschaft durch Antretung erwarb, confusione: sie konnte nicht ihre eigene Gläubigerin werden und besitzt jetzt die 10,000 Thlr. qua Erbin der Wittwe Grassau, nicht qua Legatarin deren verstorbenen Ehemannes. Da nun

ein Anspruch des Fiskus auf Erbschaftsteuer nur insoweit denkbar ist, als aus gesetzlichem Rechte oder in Folge einer letztwilligen Disposition ein reeller (steuerbarer) Werth auf den Erben resp. Legatar gekommen ist, so wird die Erbschaftsteuer von dem Legate, das an sich allerdings mit 5 % zu besteuern gewesen wäre, von der p. Rungen, der aus diesem Legate nur eine vor der Realisirung erloschene Forderung und kein reeller Werth zugefallen ist, nicht erhoben werden können. Es war dieses ebensowenig der Fall, wenn eine inexistibele Forderung vermacht war, oder die Rungen ausschlug, weil sie, auch wenn sie das Legat, und sogar als ein fälliges, etwa schon erworben hatte, aus dieser causa lucrativa kein Werthobject erhält. Die Steuer ist eine Vermögenssteuer: sie setzt also ein steuerbares, reellwerthiges Vermögensobject voraus, und kann der Anspruch des Fiskus auf die Steuer daher nur dann und insoweit existent werden, als ein Uebergang eines solchen Objects auf den Erben oder Legatar stattgefunden hat. Hiernach wird also die Recurrentin Rungen lediglich als Erbin der Wittwe Grassau zu besteuern sein, und hat Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction demgemäß zu verfügen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Consistorium
vom 13. Januar 1869.

Wir erwidern Herzogl. Consistorio auf den Bericht vom 2. d. Mts. Nro. 5988, daß die Cassirung des hiesigen Stempels zu ausländischen gestempelten Kirchenscheinen fortan nicht zu fordern ist.

Steuern, (directe).

Gesetz, die Veranlagung der Grundbesitzer zur Personalsteuer betreffend. [1] 10/22. März 1861 Nro. 13 Seite 67.

- §§. 1 u. 2. Veranlagungs-Maßstab nach der Grundsteuer zufolge Gesetzes vom 24. August 1849.
- §. 3. Aufrechthaltung sonstiger Bestimmungen der Verordnung vom 21. October 1821, die Personalsteuer betreffend.

Gesetz, die Ermäßigung der Grundsteuer von einigen Forstgrundstücken und Gemeindebezirken betreffend. 31. März 1861 Nro. 20 Seite 93.
18. April

- §. 1. Herabsetzung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. August 1849 ermittelte Steuer-Capital für die Forstgrundstücke im Kreise Holzminden, im Amtsbezirke Gandersheim, Greene, Seesen und Lutter am Barenberge.
- §. 2. Rückwirkende Kraft der Bestimmung des §. 1.
- §. 3. Grundsteuer-Ermäßigung für die Gemeinden Hohegeiß, Walkenried, Wieda, Jorze und Neuhaus, Hasselfelde, Allrode, Braunlage, Stiege, Lanne und Trautenstein.

Gesetz, die Personalsteuer betreffend. 29. Juni 1864 Nro. 33 Seite 109.
18. Juli

- §. 1. Aufhebung früherer Bestimmungen.
- §. 2. Personalsteuerpflichtige.

§. 3. Befreiungen.

§. 4. Personalsteuer-Tarif.

§. 5. Verpflichtung der Herrschaft für die Hausdienerschaft und der Gewerbetreibenden für die Gewerbsgehülften im Hause.

§. 6. Steuerermäßigungen.

§. 7. Erhebung in monatlichen Raten.

Anhang. Personalsteuer-Tarif und Bestimmungen zur Anwendung des Tarifs.

Rescripte 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat, hieselbst,
vom 3. Mai 1869.

Wir eröffnen dem Stadtmagistrate auf die wiederholte Vorstellung vom 20. März d. J., die Aufhebung der in hiesiger Stadt bestehenden Service-Abgabe betreffend, Folgendes:

Wenn derselbe davon ausgeht, daß die bezüglich der Service-Abgabe geltend gemachten Ansprüche seit Unserer Verfügung vom 17. Januar d. J. Nro. 24 in der Instruction vom 31. December v. J. (Nro. 1 des diesjährigen Bundesgesetzblattes) eine gesetzliche Stütze gefunden haben, so trifft dieses nicht zu. Abgesehen davon, daß ein Eingreifen in die Gesetzgebungen, namentlich die Steuergesetzgebungen der einzelnen Staaten durch Verfügungen des Bundeskanzlers der Bundesverfassung zuwider laufen würde, so wird jedenfalls die hiesige Service-Abgabe von dem §. 2 Abth. 4 der citirten Instruction nicht getroffen.

Nach §. 1 der Instruction tritt die Verpflichtung der Privaten zur Quartierleistung nur in subsidium und zwar insoweit ein, als nicht durch fiskalische Casernements und Stallungen der für Truppen und Militairpferde erforderliche Raum gedeckt wird. Die Einquartierungs-Last, an deren Stelle später Service erhoben ist, war dagegen eine principale, und diese Last ist durch die Bundesgesetzgebung keinesweges den Service-Zählern wieder aufgebürdet; vielmehr besteht ein umfassendes Aequivalent für die Abgabe noch heute in den auf Staatskosten hergestellten Casernen und sonstigen Militairgebäuden. Die durch die Service-Abgabe etwa erkaufte Befreiung von Einquartierung wird also auch gegenwärtig noch gewährt und liegt nicht einmal ein Billigkeitsgrund vor, die hiesige Stadt von einer Abgabe zu befreien, die das ganze übrige Land gleich ihr getragen hat und noch in diesem Augenblicke in Gestalt der Grundsteuer trägt.

Wenn in Bezug auf das vorliegende Verhältniß die allegirte Instruction des Bundeskanzlers überall in Betracht kommt, so würde es sich doch nur um den §. 2 Abth. 3 handeln können, daß nämlich die Leistung von Entschädigungen für Einquartierung nach den Landesgesetzen zu beurtheilen ist.

Der Stadtmagistrat selbst hat von vornherein sich auf den Standpunkt gestellt, für den eintretenden Wegfall der Befreiung (soweit durch außerordentliche Truppenzusammenziehungen in Frieden oder durch Mangel an Raum in den Militairgebäuden Einquartierungen veranlaßt werden) eine Entschädigung in Anspruch zu nehmen. Die von Uns ergangenen Verfügungen legen dar, weshalb deren Gewährung nach den Landesgesetzen unthunlich ist. Der gegenwärtig erhobene

Anspruch auf Aufhebung der Service-Abgabe kann aber sowie geschehen, nicht geltend gemacht werden. Die Aufhebung einer Landessteuer kann nur durch Landesgesetz, oder soweit die Steuergesetzgebung dem Bunde unterliegt, durch Bundesgesetz erfolgen. Von Herzoglicher Regierung einseitig verfügt werden kann sie nicht. Anerkennen aber können Wir nicht, dass irgend ein gesetzlicher Act vorliegt, durch den die Aufhebung der Service-Abgabe bewirkt ist.

Telegraphen.

Bestimmungen über die gebührenfreie Beförderung telegraphischer Depeschen im Norddeutschen Telegraphengebiete. 29. Februar 1868 Nro. 47 Seite 123.

6. Juli

- §. 1. Gebührenfreiheit für Depeschen, welche innerhalb des Norddeutschen Telegraphengebietes bleiben.
- §. 2. Gebührenfreiheiten für Depeschen nach den nicht zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten.
- §§. 3, 4, 5, 6. Allgemeine Bestimmungen.

Bekanntmachung der Telegraphen-Ordnung für die Correspondenz auf den Linien des Telegraphen-Vereins u. vom December 1868.

14/23. Januar 1869 Nro. 5 Seite 13.

Telegraphen-Ordnung.

- §. 1. Bereich.
- §. 2. Benützung des Telegraphen.
- §. 3. Bewahrung des Telegraphen-Geheimnisses.
- §. 4. Dienststunden der Telegraphen-Stationen.
- §. 5. Wohin Depeschen gerichtet werden können.
- §. 6. Erfordernisse der zu befördernden Depeschen.
- §. 7. Gattungen der Depeschen.
- §. 8. Besondere Bestimmungen für Staatsdepeschen.
- §. 9. Besondere Bestimmungen für Privatdepeschen.
- §. 10. Controle der Depeschen.
- §. 11. Gebühren-Erhebung.
- §. 12. Währung der Gebühren.
- §. 13. Beförderungs-Gebühren.
- §. 14. Bestimmung der Wortzahl.
- §. 15. Recommandirte Depeschen.
- §. 16. Empfangs-Anzeigen.
- §. 17. Nachsenden von Depeschen.
- §. 18. Depeschen mit verschiedenen Adressen.
- §. 19. Frankirte Antworten.
- §. 20. Weiterbeförderungs-Gebühren.

Bege's Repert. IX. Th.

§. 21. Zurückziehung und Unterdrückung von Depeschen.

§. 22. Verfahren bei der Adress-Station.

§. 23. Bestellung durch Telegraphenboten.

§. 24. Unbestellbare Depeschen.

§. 25. Garantie und Reclamationen.

§. 26. Berichtigungs-Depeschen.

§. 27. Nachzahlung und Rückerstattung von Gebühren.

§. 28. Depeschen-Abschriften.

§. 29. Aufhebung der früheren Telegraphen-Ordnung.

Bekanntmachung einiger zusätzlicher Bestimmungen zu der unterm 14. Januar d. J. publicirten Telegraphen-Ordnung für die Correspondenz auf den Linien des Telegraphen-Vereins. 23/29. Juni 1869 Nro. 45 Seite 179.

Recommandiren und Collationiren der Depeschen.

Bekanntmachung, die Einführung von Freimarken zur Frankirung telegraphischer Depeschen betreffend. 17/24. Juli 1869 Nro. 53 Seite 271.

Bekanntmachung, die Abänderung der Bestimmungen des §. 20 der unter dem 14. Januar d. J. publicirten Telegraphen-Ordnung für die Linien des Norddeutschen Telegraphengebiets. Vom 22/29. December 1869 Nro. 93 Seite 463.

Bundesgesetzgebung.

Allerhöchster Präsidial-Erlass vom 18. December 1867, betreffend die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens des Norddeutschen Bundes vom 1. Januar 1868 ab. Bd.-Ges.-Bl. Seite 328.

Telegraphen-Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Luxemburg. Vom 25/28. Mai 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 368.

Verordnung, betreffend die Cautionen der bei den Verwaltungen der Post, der Telegraphen und des Nachschickwesens angestellten Beamten. Vom 29. Juni 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 285.

Gesetz, betreffend die Einführung von Telegraphen-Freimarken. Vom 16. Mai 1869. Bd.-Ges.-Bl. Seite 377.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Obergerichts an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig vom 30. März 1867.

Auf den Bericht vom 23/27. d. M., die Anfrage der Königl. Preussischen Telegraphen-Station betreffend, erwiedern wir dem Herzogl. Kreisgerichte Folgendes:

Eine Vorschrift in der Allgemeinheit, wie sie die Königl. Preussische Telegraphen-Dienst-instruction enthalten soll, müssen wir für sehr bedenklich halten. Sie würde unserer Ansicht nach nur in den Fällen gerechtfertigt werden können, in denen die Depesche ersehen läßt, daß die Nach-

richt das im Concurs befangene Vermögen betrifft, nicht aber dann, wenn die Depesche sich auf sonstige persönliche oder den Concurs gar nicht berührende Verhältnisse bezieht.

Nach den bei uns bestehenden rechtlichen Grundsätzen wird daher die Benachrichtigung an den Adressaten, auch wenn dieser ein Creditar ist, in Person erfolgen müssen, wobei selbstverständlich die Verpflichtung des Letzteren, den Concurscurator seinerseits in Kenntniss zu setzen, vollkommen in Kraft bleibt. Eine Ausnahme würde nur dann stattfinden, wenn das Concursgericht oder eine sonstige hierzu competente obrigkeitliche Behörde im Einzelfalle eine besondere Anordnung träte und der Telegraphen-Station zur Nachachtung die erforderliche Auflage ertheilte.

Jedenfalls sind aber die hiesigen Gerichte nicht in der Lage, solche generelle Anordnungen, wie sie der Antrag bezweckt, mit Wirksamkeit zu treffen, vielmehr würde dazu, weil es sich hierbei um Abänderung privatrechtlicher Normen handelt, der Erlass eines Gesetzes erforderlich sein. Es kann daher der Königl. Preussischen Telegraphen-Station nur anheim gegeben, bei dem Herzogl. Staatsministerium darauf anzutragen, dass die von ihr etwa für nothwendig erachtete gesetzliche Vorschrift getroffen werde.

Wir beauftragen das Herzogl. Kreisgericht, der Königl. Preussischen Telegraphen-Station in diesem Sinne die beantragte Rückantwort zu ertheilen.

Traufscheine. Bedemundscheine.

Gesetz, die Modification des Gesetzes über die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen vom 22. Januar 1852 betr.

3. August 1864 Nro. 43 Seite 229.

3. Septbr.

§. 1. Altersbeschränkung.

§. 2. Aufhebung des Verbotes des Heirathens der Handwerksgefallen.

Volkszählung.

Verordnung, die Zählung der Bevölkerung betreffend.

30. October 1861 Nro. 59 Seite 281.

9. November

Regulativ die diesjährige Volkszählung betreffend.

A. Allgemeine Vorschriften.

B. Besondere Vorschriften für den Gebrauch der Zählungslisten.

Anhang. Formular der Zählungslisten.

Verordnung, die Zählung der Bevölkerung betreffend.

29. October 1864 Nro. 56 Seite 303.

5. November

Regulativ die diesjährige Volkszählung betreffend.

A. Allgemeine Vorschriften.

B. Besondere Vorschriften über den Gebrauch der umstehenden Zählungslisten.

Verordnung, die Zählung der Bevölkerung betreffend.

31. October 1867 Nro. 93 Seite 621.

5. November

Instruction für die Behörden.

- §. 1. Gegenstand der Zählung.
- §. 2. Competente Behörden für die Zählung.
- §. 3. Zählungslisten.
- §. 4. Bildung von Zählungscommissionen.
- §. 5. Functionen der Zählungscommissionen und Ortsbehörden.
- §. 6. Revision der Zählungsergebnisse durch die Zählungscommission oder die Ortsbehörde, und Abschluß der Zählungsgeschäfte.
- §. 7. Nachrevisionen und Feststellung der Zollabrechnungs-Bevölkerung.
- §. 8. Aufstellung der Bevölkerungstabelle.

Wechselrecht.**Gesetz, die Ergänzung der allgemeinen deutschen Wechselordnung betreffend.**

30. April 1863 Nro. 12 Seite 85.

14. Mai

- §. 1. Gestattung gleichzeitiger Execution gegen die Person und in das Vermögen des Schuldners.
- §. 2. Beschränkungen in der Vollstreckung des Wechselarrests.
- §. 3. Zahlungszeit der Wechselsumme.
- §. 4. Zinsversprechen.
- §. 5. Zusatz zum Artikel 5 der Wechselordnung.
- §. 6. Sicherheitsbestellung durch den Acceptanten.
- §. 7. Zahlungszeit zu Anfang oder Ende Monat.
- §. 8. Präsentation nicht domicilirter eigener Wechsel.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, betreffend die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung, der Nürnberger Wechsel-Novellen und des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetze. Vom 5. Juni 1869. Bd.=Ges.=Bl. Seite 379.

Anlage A. Allgemeine deutsche Wechselordnung. Bd.=Ges.=Bl. Seite 382.

Anlage B. Die Nürnberger Novellen, betreffend die Ergänzung und Erläuterung der allgemeinen deutschen Wechselordnung.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 402.

Anlage C. Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch.

Bd.=Ges.=Bl. Seite 404.

Inhaltsverzeichniß zum Handelsgesetzbuche. Bd.=Ges.=Bl. Seite 601.

Wegebau. Wege- und Chausséegeld-Erhebung. Brückengeld.

Gesetz, die Aufhebung des Chausséegeld-Tariffages für beladene Schiebekarren betreffend. 26. Februar 1861 Nro. 8 Seite 21.

6. März

Einziger Artikel. Der Chausséegeld-Tariffatz für beladene Schiebekarren wird aufgehoben.

Gesetz, die Erlegung des Brückengeldes für Brennholzfuhren in Wolfenbüttel betr. 3/18. April 1861 Nro. 21 Seite 97.

Die bisherige Befreiung der Brennholzfuhren von Erlegung des Brückengeldes wird rücksichtlich der Stadt Wolfenbüttel aufgehoben.

Gesetz, die Befreiung der Wirthschaftsfuhren der Einwohner in Braunschweig und Wolfenbüttel vom Brückengelde betr. 10/24. März 1864 Nro. 13 Seite 25.

Gesetz, den Tarif des Chausséegeldes betr. 10/24. Mai 1864 Nro. 24 Seite 69.

§. 1. Zeitpunkt des Eintritts des Tarifs.

§. 2. Ausgleichung bereits bestehender Weggeldsätze.

§. 3. Aufhebung der früheren Bestimmungen.

Tarif. Seite 71.

Rescripte n.**Resolution Herzogl. Staatsministeriums für die Gemeinde Engelnstedt vom 24. Juni 1860.**

Der Gemeinde Engelnstedt wird auf den Recurs vom 6. April d. J., die Heranziehung der Besitzer der vormals Nienstedtschen Ackerhöfe, daselbst, zu höheren Wegebaulasten betreffend, nachdem darüber die Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel gehört worden ist, Folgendes eröffnet:

Wenn auch die Interessenten der Zuckersabrik in Uefingen zugleich Eigenthümer der genannten Höfe in Engelnstedt sein sollten, so können doch diese Höfe mit der in einem anderen Gemeindebezirke liegenden Zuckersabrik nicht identificirt werden und da durch die Zulässigkeit einer solchen Identificirung die Befugniss des Gemeinderathes in Engelnstedt: die fraglichen Höfe statt der Uefinger Zuckersabrik zu erhöhten Wegebaulasten auf Grund der Bestimmung im §. 12 des Gesetzes vom 4. Januar 1851 Nro. 4 heranzuziehen, bedingt erscheint, so muß die von Seiten des Amtsrathes erfolgte Aufhebung des betreffenden Gemeinderathsbeschlusses als gerechtfertigt sich darstellen.

Ob aber die Zuckersabrik in Uefingen auf Grund der Bestimmung im §. 12 der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 für die Gemeinde Uefingen zu der Instandsetzung der Wege auf Engelnstedter Feldmark heranzuziehen sei, darüber ist von Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel eine Verfügung, gegen welche zu recurriren gewesen wäre, noch nicht abgegeben, mithin auch von hieraus für jetzt nicht zu entscheiden.

Demgemäß wird der Recurs der Gemeinde Engelnstedt als unbegründet zurückgewiesen.

446 Wegebau. Wege- und Chausseegeld-Erhebung. Brückengeld. Rescripte zc.**Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 29. September 1865.**

Unter den in dem Berichte vom 7. d. M. No. 2279 vorgetragenen Umständen wollen Wir den bezeichneten Fahrweg von Bettingerode über den s. g. Weißberg nach dem Schimmerwalde für einen Communicationsweg damit erklären und hat Herzogl. Kreisdirection demgemäß das Weitere zu besorgen.

Uebrigens wird die Instandsetzung des fraglichen Weges in Uebereinstimmung mit der von Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, in deren Erwiederungsschreiben an Herzogl. Kreisdirection vom 20. Februar d. J. ausgesprochene Ansicht, für jetzt auf die, dem allgemeinen Interesse anscheinend genügende, Vornahme der nothwendigsten Besserungsarbeiten zu beschränken und daher von der, nach dem bei den Acten befindlichen Anschläge mit erheblichen Kosten verbundenen, Chausfirung des Weges vor der Hand Abstand zu nehmen sein.

**Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Stadtmagistrat in
Blankenburg vom 4. December 1866.**

Wir eröffnen dem Stadtmagistrate in Blankenburg auf dessen Beschwerde vom 30. April d. J. wegen der von der Herzogl. Kreisdirection daselbst erlassenen Anordnung des Neubaus dreier dortiger Straßen (der Bergstraße, der Petersilienstraße und der Winde) nachdem Wir darüber den Bericht der Herzogl. Kreisdirection eingezogen und die ergangenen betreffenden Verhandlungen geprüft haben, Folgendes:

Gegen die fragliche Anordnung, zu welcher die Herzogl. Kreisdirection unter den obwaltenden factischen Umständen nach §. 2 Abs. 2 des Ergänzungsgesetzes zu der Wegeordnung vom 4. December 1851 an und für sich eben so befugt wie verpflichtet war, kann auch, mit Rücksicht auf die von dem Stadtmagistrate hervorgehobenen besonderen Verhältnisse in der Stadt Blankenburg, weder aus dem §. 14 noch aus dem §. 34 der Wegeordnung ein begründeter Einwand hergeleitet werden. Denn

1) daß das bisherige Verkommen und die bestehenden Verbindlichkeiten, welche der §. 14 der Wegeordnung erwähnt nur von der Leistungspflicht bei der Herstellung und Unterhaltung des Straßenpflasters zc. in den Städten und Flecken, nicht aber zugleich von einem etwaigen Rechte der Zustimmung zu den an kompetenter Stelle für nöthig oder zweckmäßig erachteten Straßenbauten zu verstehen ist, ergibt sich schon daraus, daß die letztere Auffassung — selbst abgesehen von deren Unvereinbarkeit mit der auf thunlichster Förderung des Wegebauwes gerichteten generellen Tendenz der Wegeordnung, sowie mit dem übrigen Inhalte desjenigen Abschnittes der Wegeordnung, in welchem der §. 14 sich befindet („von der Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege“) — der im §. 2 Abs. i. des Ergänzungsgesetzes der Gemeindebehörden beigelegten und in dem §. 2 des nämlichen Gesetzesparagraphen unter die Controle der Herzogl. Kreisdirectionen gestellten allgemeinen Befugniss: die Herstellung und Unterhaltung der Straßen zc. zunächst anzuordnen, geradezu widersprechen würde. Die dem Stadtmagistrate — und eventuell der provisorischen Entscheidung der Herzogl. Kreisdirection — an-

Wegebau. Wege- und Chausséegele=Erhebung. Brückengele. Rescripte 2c. 447

heim fallende demnächstige Regulirung des Kostenpunkts, bei welcher alsdann ein etwaiges Herkommen zu berücksichtigen wäre, ist aber mit der gegenwärtigen Frage, ob und wie gebauet werden soll? nicht zu vermischen.

2) Der zugezogene Sachverständige (Kreisbaumeister) hat — unter Anführung triftiger und durch den Augenschein bestätigter Motive — eine bloße Reparatur des noch vorhandenen Straßenspflasters für durchaus unzweckmäßig, jedoch eine Chaussirung der Straßen, statt der mit weit bedeutendern Kosten verbundenen Pflasterung, für ausreichend und empfehlenswerth nach Bedürfniss und Dertlichkeit erklärt, hierbei also die Vorschrift im §. 34 der Wegeordnung,

„dass bei der Instandsetzung der Wege und Straßen von den Interessenten ein Mehreres als die Dertlichkeit und das Bedürfniss erfordert, nicht verlangt werden soll“,

genügend gewahrt, und es ist daher die Herzogl. Kreisdirection bei ihrer, dem Gutachten des Sachverständigen lediglich folgenden, Anordnung: dass eine Chaussirung der drei Straßen zu bewerkstelligen sei, ebenmäßig innerhalb der durch §. 34 cit. bezeichneten Grenzen geblieben.

Demnach muss — wie hierdurch geschieht — die Beschwerde des Stadtmagistrats als unbegründet zurückgewiesen werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel vom 19. März 1868.

Wir erwiedern auf den Bericht vom 6. Januar d. Jrs., No. 12,848, betreffend den Recurs der Gemeinde Osterlinde gegen die von Herzogl. Kreisdirection unterm 11. Juli 1866 erlassene Verfügung hinsichtlich der Erhaltung des f. g. Dammweges, Folgendes:

Wenn die Verbindlichkeit der in der Lesser Holzinteressentschaft befindlichen Gemeinden zur verhältnissmäßigen Herstellung und Unterhaltung des f. g. Dammweges nicht auf einem ausdrücklichen Vertrage oder einem rechtskräftigen Erkenntniss beruhte, so hätte dieselbe gleich nach Publication der Wegeordnung vom 11. Mai 1840, als durch deren §. 9 unwirksam gemacht, außer Anwendung gesetzt werden müssen. Da dies nicht geschehen, vielmehr die Heranziehung der gedachten Gemeinden zu der fraglichen Wegebaulast in unveränderter Weise nach wie vor — und selbst nach dem Dazwischentreten der protocollarischen Uebereinkunft vom 21. September 1844 — bis zum 11. Juli 1866 mit Genehmigung resp. Autorisation des Herzogl. Amts Salder und später der Herzogl. Kreisdirection fortgesetzt, hierdurch aber die Conformität jener Heranziehung mit den Bestimmungen der Wegeordnung nicht weniger von den betreffenden Verwaltungsbehörden, als von den theilhaftigen Gemeinden stillschweigend anerkannt war, so kann über den im Jahre 1866 von der Gemeinde Lesser erhobenen Widerspruch gegen die rechtliche Existenz der bisher als zweifellos betrachteten Verpflichtung nicht im Verwaltungswege sondern, auf Grund des §. 9 der Wegeordnung, nur von den Gerichten entschieden werden. Wie jedoch eine solche definitive Entscheidung (und nicht etwa lediglich eine provisorische Maßregel — zu welcher an und für sich die Verwaltungsbehörden allerdings befugt gewesen sein würden, obgleich es hätte Bedenken erregen müssen, ohne dringende Gründe auch nur durch ein Provisorium das bisherige

448 Wegebau. Wege- und Chauffeegeld-Erhebung. Brückengeld. Rescripte 1c.

langjährige Verfahren als illegal zu bezeichnen) in der von der Recurrentin angefochtenen Verfügung vom 11. Juli 1866 enthalten ist, so hat Herzogl. Kreisdirection die letztere, weil über die Competenz der Verwaltungsbehörden hinausgehend, zurückzunehmen und — dem §. 9 der Wegeordnung gemäß — die Gemeinde Lesse mit ihrem Widerspruche gegen die Wegebaupflicht an die Gerichte zu verweisen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 25. Juni 1868.

Den Bericht vom 8. April d. J., Nro. 1335, in welchem Herzogl. Kreisdirection beantragt: den daselbst näher beschriebenen, die Feldmarken Bodenstedt, Ballstedt und Röchingen durchziehenden Feld- und Wannenwegen in ihrem Zusammenhange die gleichzeitige Eigenschaft eines „öffentlichen Fußweges“ beizulegen, haben Wir empfangen.

Unter die im §. 3 der Wegeordnung von dem Ermessen des Herzogl. Staatsministeriums abhängig gemachten Umwandlungen der rechtlichen Eigenschaft öffentlicher Wege ist jedoch die Umwandlung eines Feld- und Wannenweges in einen öffentlichen Fußweg nicht mit aufgenommen und der §. 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 4. Januar 1851 Nro. 4 hat das Entscheidungsgebiet des Herzogl. Staatsministeriums rücksichtlich der Veränderung in der Eigenschaft der Wege nicht erweitert, sondern ausdrücklich (verbis: nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 3 der Wegeordnung) in den durch die Wegeordnung festgestellten Grenzen belassen.

Das Herzogl. Staatsministerium ist daher in dem jetzigen Stadium der Sache zu der beantragten Erklärung nicht competent, und es hat vielmehr die Herzogl. Kreisdirection, wenn sie die Herstellung eines abgekürzten öffentlichen Fußweges von Bodenstedt nach Röchingen und Wierthe resp. die Belegung der fraglichen Feld- und Wannenwege mit der gleichzeitigen Eigenschaft eines solchen öffentlichen Fußweges für ein Bedürfniss des Verkehrs erachtet, die eventuell erforderlichen Anordnungen auf Grund des §. 2 des Gesetzes vom 4. Januar 1851 Nro. 4 zu treffen, wobei dann zu erwarten ist, ob etwa in der Recursinstanz die Sache zur Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums gelangen wird.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt vom 20. Juli 1868.

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 22. Mai d. J., Nro. 3584, betreffend den Recurs des Deconomen Albrecht Schmidt in Helmstedt hinsichtlich des Verfahrens bei Feststellung des von ihm für seine Ziegelei zu leistenden besonderen Wegebaufostenbeitrags, Folgendes:

Ueber die für gewerbliche Etablissements eventuell zu entrichtenden besonderen Wegebaufostenbeiträge disponirt lediglich der §. 12 des Gesetzes vom 4. Januar 1851, Nro. 4, und obwohl dieser Gesetzesparagraph diejenigen Grundsätze, nach welchen die Höhe der fraglichen Beiträge zu berechnen ist, nicht ausdrücklich bezeichnet, so ergibt sich doch aus den Gesetzesworten: „insofern deren (der gewerblichen Etablissements) Betreibung die Benutzung der Wege in einem höhern Grade erforderlich macht“ und: „sind in dieser Hinsicht zu besondern Beiträgen verpflichtet“, —

Wegebau. Wege- und Chausseegeld-Erhebung. Brückengeld. Rescripte 2c. 449

dass es dem Sinne des Gesetzes unzweifelhaft entspricht, wenn — wie im vorliegenden Falle geschehen — für die Feststellung des besonderen Wegebaukostenbeitrags das Maß, in welchem die erhöhte Benutzung resp. Abnutzung der Wege resp. eines bestimmten einzelnen Weges durch ein gewerbliches Etablissement stattfindet, in Verbindung mit der auf die Instandhaltung der Wege resp. eines einzelnen Weges zu verwendenden Kostensumme zur Basis genommen wird. Die größere oder geringere Gunst der örtlichen Lage gewerblicher Etablissements von dem nämlichen Betriebsumfange kann hiernach allerdings eine Verschiedenheit in der Heranziehung derselben zu den Wegebaukosten herbeiführen; allein es ist nicht Sache des Wegebaukostenfonds, die ungünstigen Verhältnisse, unter welchen ein privatives Etablissement arbeitet, den günstiger situirten Etablissements gegenüber auszugleichen.

Es fehlt daher an einem genügenden Grunde, die bezüglichliche Entscheidung der städtischen Behörden in Helmstedt aufzuheben, was dem Recurrenten zu eröffnen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt vom 10. October 1868.

Wir eröffnen Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 24. v. Mts., betreffend den Antrag der Gemeinde Barnstorf wegen Heranziehung der Gemeinde Watenstedt zur Unterhaltung der Communicationswege auf Barnstorfer Feldmark, Folgendes:

Der Antrag der Gemeinde Barnstorf ist auf den §. 12 der Wegeordnung gestützt und correct an die Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, als die competente Behörde, gerichtet. Die Entscheidung darauf hat nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 12 cit. unter pflichtmäßiger Rücksichtnahme auf die obwaltenden factischen Verhältnisse zu erfolgen und kann Herzogl. Kreisdirection dieser Entscheidung Sich nicht deshalb entziehen, weil der fragliche §. der Wegeordnung grundsätzlich von Ihr nicht in Anwendung gebracht werde, da Sie ein derartiges, mit einer gesetzlichen Vorschrift in Widerspruch stehendes, Princip anzunehmen und zu befolgen nicht berechtigt ist. Die der Gemeinde Barnstorf unterm 4. Juni d. J. ertheilte Resolution, bei der das gesetzliche Verfahren (§. 8 des Gesetzes vom 4. Januar 1851 Nr. 4) nicht beobachtet, namentlich der Schöninger Amtsrath nicht gehört ist, wird daher hierdurch beseitigt und hat Herzogl. Kreisdirection über den Antrag der Gemeinde Barnstorf nunmehr ordnungsmäßig in erster Instanz zu entscheiden, dieselbe auch von dieser Verfügung zu benachrichtigen.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Rothsassen Peter Löhr in Lichtenberg vom 23. Juni 1869.

Wir eröffnen dem Rothsassen Peter Löhr in Lichtenberg auf dessen Recurs vom 12. März d. J., seine Heranziehung zu den Kosten einer Canalanlage im f. g. Bruchwege betreffend, nachdem Wir darüber die Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel gehört und die bei derselben in dieser Angelegenheit ergangenen Acten eingesehen haben,

dass, da der Recurrent behuf Erlangung administrativer Abhülfe gegen die vermeintlich unbegründete Annahme einer privatrechtlichen Zahlungsverpflichtung und darauf gestützten

450 Wegebau. Wege- und Chausseegeld-Erhebung. Brückengeld. Rescripte 2c.

Zahlungsverfügung der Herzogl. Kreisdirection zeitig und so lange noch res integra war, Vorstellung bei Herzogl. Staatsministerium hätte erheben müssen, nach der inzwischen erfolgten Zahlung der fraglichen Kosten in die Cassé der Wegebau-Interessentschaft aber die für eine eventuelle administrative Abhülfe erforderliche Integrität der Sache nicht mehr vorhanden ist, dem Recursantrage nicht stattgegeben werden kann, dem Recurrenten vielmehr überlassen bleiben muss, falls er mit seinen Behauptungen durchzukommen sich getrauet, Abhülfe im Rechtswege zu suchen.

**Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Kirchenvorstand zu
Barrigsen vom 25. September 1869.**

Wir ertheilen dem Kirchenvorstande zu Barrigsen auf den Recurs vom 26. Juli d. J. in der Delligser Separationsache, nachdem Wir darüber von Herzogl. Landes-Deconomie-Commission Bericht eingelesen haben, folgende Resolution:

Die Aufhebung des anfänglich durch den Plan des Halbspänners Beinling zu Delligsen „vor dem Haubusch“ zur Communication zwischen Delligsen und Barrigsen angelegten Fußweges ist nach Maßgabe der Bestimmungen im §. 10 des Gesetzes vom 20. December 1834, die Organisation der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission betreffend, und im §. 158 der Gemeinheits-Teilungsordnung von demselben Tage, unter Zustimmung der Herzogl. Kreisdirection Gandersheim erfolgt und erscheint dadurch gerechtfertigt, dass das Bestehen des Weges in wirthschaftlicher Beziehung unverhältnissmäßige Nachtheile mit sich führt, während die aufgehobene Wegestrecke in nasser Jahreszeit nur schlecht passirbar war, die Communication zwischen Delligsen und Barrigsen aber durch die Ammenser- und Hilsstraße resp. durch die vorhandenen Feld- und Wannenwege zu jeder Jahreszeit sicher und nur unerheblich (etwa 58 laufende Ruthen = 4 Minuten) weiter vermittelt wird. Der erhobene Recurs wird daher mit dem Bemerken, dass der Kirchenvorstand zu Barrigsen überdies nicht einmal als zur Vertretung der bezüglichlichen Interessenten der dortigen Gemeinde legitimirt gelten kann, hierdurch zurückgewiesen.

**Resolution Herzogl. Staatsministeriums für die Gemeinde Röchingen
vom 12. Januar 1870.**

Wir eröffnen der Gemeinde Röchingen auf den Recurs vom 30. Mai 1868 gegen den Bescheid der Herzogl. Kreisdirection hieselbst vom 30. April 1868 hinsichtlich des angeordneten chausseemäßigen Ausbaues eines Theils des Weges von Röchingen nach Bierthe, nachdem Wir über diese Sache den Bericht der genannten Behörde eingelesen und von den bei derselben ergangenen betreffenden Acten Kenntniss genommen, auch aus einer spätern berichtlichen Anzeige der Herzogl. Kreisdirection die Erfolglosigkeit der behuf einer Verständigung der Recurrentin und der Actien-Zuckerfabrik Bierthe mittlerweile gepflogenen Verhandlungen ersehen haben,

dass, da

- 1) der fragliche Weg — wie desfallige Acten ergeben — in der Röchinger Separation als Communicationsweg ausgewiesen ist und deshalb nach den Bestimmungen der Wegeordnung

Wegebau. Wege- und Chauffeegelb-Erhebung. Brückengelb. Rescripte u. 451

in einem solchen Zustande erhalten werden muss, dass das landübliche Fuhrwerk darauf jederzeit passiren kann, wobei der Umstand, dass eine solche Zustandsehung resp. Zustandserhaltung vorwiegend in dem Interesse einer benachbarten Gemeinde liegt, die gesetzliche Verpflichtung zu dem Wegebau nicht alteriren, sondern nur die Heranziehung jener benachbarten Gemeinde zur Mitwirkung bei derselben veranlassen kann (§. 12 der Wegeordnung): welcher letztere Punkt im gegenwärtigen Falle durch die Uebernahme des Wegebaues durch die Actien-Zuckerfabrik Bierthe von vornherein seine Erledigung gefunden hat,

- 2) die Anlegung eines Privatweges auf eigenem Grundstücke Niemandem kraft öffentlichen Rechts gewährt werden und die durch eine derartige Wegeanlage etwa gesteigerte Frequenz eines Communicationsweges lediglich — wenn die Umstände übrigens danach angethan sind — eine verhältnissmäßige Mitwirkung bei dem Baue u. des Communicationsweges nach sich ziehen kann (§. 12 der Wegeordnung)

der erhobene Recurs — wie hierdurch geschieht — als nicht begründet zurückzuweisen ist.

Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 15. Februar 1870 an Herzogl. Kreisdirection Holzminnen.

Wir lassen der Herzogl. Kreisdirection die Anlagen des Berichts vom 30. Decbr. v. J. No. 10,058, betreffend den Recurs der Hüttenbesitzer Koch et Heyser in Schorborn bezüglich der ihnen auferlegten besonderen Beiträge zu den Kosten des Umbaues des Schorborn-Deenserer Communicationsweges mit der Anweisung hierneben wieder zugehen, die Recurrenten abschlägig zu bescheiden, da

- 1) wie ein genauerer Einblick in die Bestimmungen der Wegeordnung ergibt und worüber auch in der Praxis kein Zweifel obwaltet — der Ausdruck „Wegebesserung“ im §. 21 der Wegeordnung als eine collective Bezeichnung sämmtliche behuf Herstellung und Unterhaltung der Wege erforderlichen Bauarbeiten umfasst, und
- 2) nach den von Herzogl. Kreisdirection näher erörterten factischen Verhältnissen eine Ueberbürdung der Recurrenten durch das Maß der ihnen auferlegten besonderen Kostenbeiträge, also gegenüber der Gesamtsumme der von den herangezogenen Wegebaupflichtigen aufzubringenden allgemeinen Beiträge, nicht angenommen werden kann.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für die Direction der Actien-Zuckerfabrik Rautheim vom 24. Juni 1870.

Wir eröffnen der Direction der Actien-Zuckerfabrik Rautheim auf den am 24. April d. J. gegen die am 12. ejusd. M. vom Amtsrathe des Amtsgerichtsbezirks Niddagsbausen in Betreff der Heranziehung der Recurrentin zu besonderen Beiträgen zur Besserung der auf Rautheimer Feldmark befindlichen Wege abgegebenen Entscheidung bei Uns weiter verfolgten Recurs, nachdem Wir den Bericht Herzogl. Kreisdirection hieselbst eingezogen haben, dass

da die Heranziehung der Recurrentin zu besonderen Wegebaukosten-Beiträgen aus dem Grunde einer verstärkten Wegebenennung zu Zwecken des Etablissements — also ohne Unter-

452 Werthpapiere. Weser-Schiffahrt. Wittwen- u. Waisen-Versorgungs-Anstalt.

schied, ob diese Benutzung von der letzteren unmittelbar bethätigt oder nur veranlaßt wird, — nicht weniger dem Gesetze (§. 12 letzter Abs. des Gesetzes vom 4/25. Januar 1851 Nro. 4 Abänderung und Ergänzung der Begeordnung vom 11. Mai 1840) als dessen bisheriger Handhabung entspricht und der Nachweis geliefert ist, daß die in Rautheim ansässigen Actionaire der Fabrik auf dem chausseierten Communicationswege von Rautheim nach der Magdeburger Straße alljährlich mindestens 22,400 Centner Rüben angefahren haben und daß auch der Communicationsweg von Riddagshausen nach der Magdeburger Straße in einer Länge von 100 Ruthen auf Rautheimer Feldmark durch die Riddagshäuser Rübenfuhr in Anspruch genommen wird, durch dergleichen Fuhrn aber die Wege theils wegen größeren Ladegewichts, theils weil die Fuhrn auch bei den ungünstigsten Witterungsverhältnissen geleistet werden müssen, in weit höherem Maße angegriffen werden, als durch gewöhnliches Fuhrwerk der Recurs, wie damit geschieht, als unbegründet zurückgewiesen wird.

Werthpapiere auf den Inhaber lautend.

Gesetz, die im Besitze von Pflegbefohlenen befindlichen Werthpapiere betreffend.
27. December 1862 Nro. 1 Seite 1.

8. Januar 1863

- §. 1. Sicherstellung und Aufbewahrung der Werthpapiere.
- §. 2. Veräußerung der Werthpapiere.
- §. 3. Aufbewahrung der ausnahmsweise beizubehaltenden Werthpapiere.
- §. 4. Gebühren für die Verwahrung.
- §. 5. Aufrechterhaltung früherer Bestimmungen.

Weser-Schiffahrt.

Verordnung, die Publication verschiedener nachträglicher Bestimmungen zur Additionalacte zur Weserschiffahrtsacte vom 10. September 1823 betr.
28. October 1862 Nro. 48 Seite 191.

5. Novbr.

Abänderungen der Art. 6 und Art. 10 der Additionalacte vom 5. Juli 1858.

Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.

Gesetz, die Vereinigung der Officiers- und Unterofficiers-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalten mit der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt betreffend.

Vom 20/29. December 1869 Nro. 92 Seite 459.

Rescripte u.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Finanzcollegium
vom 24. November 1847.

Wir erwiedern hierdurch auf den Bericht vom 14. d. Mts., dass die auf das ältere Reglement sich gründenden Pensionen der Wittwen der Civil-Dienerschaft beim Ableben derselben nach dem bisherigen Grundsatz bis zum Ablauf desjenigen Quartals, in welchem der Todesfall eintritt, ausbezahlen sind.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Kreisrichter Pfaff
zu Wolfenbüttel vom 20. Februar 1868.

Wir eröffnen Ihnen auf den Recurs vom 5. d. Mts., Ihre Heranziehung zu Wittwen-Cassenbeiträgen für die Zeit Ihrer Beurlaubung betreffend, nach Anhörung des Herzogl. Finanzcollegiums, Folgendes:

Nach §. 3 des Gesetzes vom 18. Juli 1837 Nro. 31 hört die Verpflichtung zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisenanstalt erst mit der Auflösung des Dienstverbandes auf. Das Bestehen des Dienstverbandes wird selbstverständlich durch Urlaub nicht alterirt. Der beurlaubte Beamte bleibt also Theilnehmer der Anstalt und als solcher von dem etatmäßigen Einkommen seiner Dienststelle beitragspflichtig, selbst wenn er seinen Dienstgehalt, auf den er bei längerem als zweimonatigem Urlaube nach §. 30 des Staatsdienstgesetzes den Anspruch verliert, nicht mehr bezieht. Die Berufung auf Abs. 3 des §. 23 leg. cit. de 1837 trifft aber nicht zu, weil derselbe nur eine transitorische Bestimmung enthält. Die von der Verwaltung der Anstalt an Sie erhobene Beitragsforderung entspricht also den gesetzlichen Bestimmungen und kann dem Antrage Ihres Recurses nicht deferirt werden. u.

Wohnortsrecht. Staatsangehörigkeit.

Gesetz, den Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohnortsrechts durch dauernden Aufenthalt betreffend.

3. August 1864 Nro. 42 Seite 221.

3. Septbr.

§§. 1 u. 2. Von dem dauernden Aufenthalte.

§. 3. Gründe zur Versagung des dauernden Aufenthalts.

§. 4. Gestattung des dauernden Aufenthalts.

§§. 5—7. Zurückziehung der Gestattung des dauernden Aufenthalts und Ausweisung Ortsfremder.

§. 8. Wirkung des dauernden Aufenthalts.

§. 9. Aufhebung des §. 10 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nro. 8.

§. 10. Ausländer.

§. 11. Schlussbestimmung.

Bundesgesetzgebung.

Gesetz, über die Freizügigkeit. Vom 1. November 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 55.
Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend die Staatsangehörigkeit derjenigen Personen, welche aus dem Gebiete des einen Theils in dasjenige des anderen Theils einwandern. Vom 22. Februar 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 228.

Rescripte 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
 Blankenburg vom 24. Januar 1865.

Der Bericht vom 5. d. M. Nro. 6198, betreffend die von der Königl. Preussischen Regierung in Magdeburg für den Fall der Rechtsgültigkeit der Ehe des Handarbeiters Mückenheim aus Walkenried, jetzt in der Strafanstalt zu Calbe a. d. Saale beantragte Uebernahme des in Dörschleben befindlichen Mückenheim'schen Kindes ist Uns zugegangen.

Wir haben bereits mehrfach Veranlassung gehabt, der Herzogl. Kreisdirection gegenüber auszusprechen, dass auch die ohne den erforderlichen Trauschein im Auslande geschlossenen Ehen diesseitiger männlicher Unterthanen als vorhanden, im Sinne des §. 3 Abs. 3 des Gothaer Vertrages wegen der Uebernahme Auszuweisender, zu betrachten sind, und dass demnach für den hiesigen Staat durch den gedachten Vertrag die Verpflichtung begründet wird, die resp. Ehefrauen und Kinder zu übernehmen, welchen alsdann, behuf Verwirklichung dieser Uebernahmepflicht ein Domicil in einer bestimmten Gemeinde des hiesigen Landes — dem §. 16 des Wohnortsgesetzes gemäß — anzuweisen ist (Rescript vom 11. April 1854 Nro. 3859, vom 15. Novbr. 1854 Nro. 10,631, vom 28. Septbr. 1859 Nro. 7678).

Wir wollen daher unter der Voraussetzung, dass — worüber Herzogl. Kreisdirection zuvörderst noch durch kirchliche Atteste sich näher zu vergewissern hat — die Mückenheim'sche Ehe zu Groß-Jurra im Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen geschlossen worden und aus solcher Ehe das in Frage stehende Kind entsprossen ist, die Herzogl. Kreisdirection beauftragen, der Königl. Preussischen Regierung in Magdeburg auf deren an Uns gerichtetes, nebst Anlage zurück-erfolgendes, Schreiben vom 10. v. M. die Bereitwilligkeit zur Uebernahme des Mückenheim'schen Kindes, welchem Wir für diesen Fall das Domicil in der Gemeinde Walkenried — der Heimatthsgemeinde seines Vaters — hiemit anweisen, zu erklären und der Gemeinde Walkenried das Nöthige zu eröffnen.

Wenn übrigens die Gemeinde Walkenried Entschädigungsansprüche gegen den Prediger, von welchem die Mückenheim'sche Trauung vollzogen ist, zu haben vermeint, so muss ihr überlassen bleiben, dieselben im geeigneten Wege zur Geltung zu bringen und kann ihr, wenigstens bei jetziger Lage der Sache, eine bezügliche Unterstützung durch die Herzogl. Landesregierung nicht schon in Aussicht gestellt werden.

Schreiben Herzogl. Staatsministeriums an Königlich Hannoversches
Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 6. Juli 1865.

Dem Königl. Hannoverschen hochlöblichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, ermangeln wir nicht, die durch das gefällige Schreiben vom 27. Mai d. Jrs. in Anregung gebrachte Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 21. März 1863, den Conflict zwischen der Herzogl. Kreisdirection Holzminden und dem Königl. Hannoverschen Amte Einbeck wegen Uebernahme der vier außerehelichen Kinder der an den Leinweber Sölter zu Wallersen verheiratheten Johanne Rose aus Gimen betreffend, dahin zu geben, dass wir, da uns der Rechtspunkt in dieser Sache wenigstens zweifelhaft erschienen ist, den Antrag der Herzogl. Kreisdirection Holzminden, die Uebernahme der Roseschen Kinder in den dortseitigen Unterthanenverband bei Königlichem Ministerium zu vertreten, abgelehnt haben und nach Lage der Sache davon absehen, jene Uebernahme zu beanspruchen.

Es wird übrigens wohl kaum der Bemerkung bedürfen, dass durch die vorstehende ergebene Erklärung und die ihr entsprechende der Herzogl. Kreisdirection Holzminden ertheilte Resolution den Privatrechts-Zuständigkeiten der Betheiligten nicht hat präjudicirt werden sollen.

Wir benutzen auch diesen Anlass, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Gandersheim vom 7. September 1865.

Den Bericht vom 12. v. M. Nro. 6579, betreffend die Weigerung der Hannoverschen Behörden, den in den dortigen Unterthanenverband recipirten Fabrikarbeiter Nachtweh aus Klein-Rühden zur Annahme des für ihn ausgefertigten Emigrationsconsenses zu veranlassen resp. die Emigrations-Consensgebühren von ihm einzuziehen, haben Wir erhalten.

Da aber der Nachtweh auf Grund des ihm diesseits ertheilten Militairfreischeins in den Hannoverschen Unterthanenverband bereits aufgenommen ist, so sind die hinsichtlich des Wegziehens der Unterthanen aus einem deutschen Bundesstaate in den anderen durch Art. 18 der deutschen Bundesacte festgestellten Bedingungen als erfüllt zu betrachten, und wenn gleich die meisten deutschen Bundesstaaten für zweckmäßig gehalten haben, die Thatfache erfolglicher Auswanderungen durch Ertheilung resp. Beibringung von Emigrationsconsensen zu constatiren, so kann doch den letztern, dem öffentlichen Rechte des deutschen Bundes gegenüber, die Bedeutung eines materiellen Erfordernisses für den Austritt aus dem Unterthanenverbande nicht beigegeben und demnach auch das Verfahren eines deutschen Bundesstaats, welcher, wie der Königl. Hannoversche Staat, Emigrationsconsense weder ertheilt noch verlangt, für unzulässig nicht erachtet werden.

Bei dieser Sachlage muss daher die von Herzogl. Kreisdirection zur Sprache gebrachte Angelegenheit auf sich beruhen bleiben.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu
Braunschweig vom 30. September 1865.

Die Herzogliche Kreisdirection hieselbst hat über die Meinungsverschiedenheit an Uns berichtet, welche zwischen dem Stadtmagistrate und dem Stadtrathe zu Dresden in Betreff der Staatsangehörigkeit resp. der Wohnortsberechtigung des daselbst sich aufhaltenden Schuhmacher-
gesellen Heinrich Friedrich August Böhme — eines Sohnes des im Jahre 1856 zu Dresden verstorbenen Dietrich Gabriel Böhme aus hiesiger Stadt hervorgetreten ist.

Die von dem Stadtmagistrate aufgestellte Ansicht: dass der Heinrich Friedrich August Böhme nach §. 2 Nro. 3 des im Jahre 1839 zwischen der diesseitigen Regierung und der Regierung des Königreichs Sachsen abgeschlossenen Vertrages über die Uebernahme Auszuweisender die Königl. Sächsishe Staatsangehörigkeit erworben habe und deshalb nach §. 1 b. des Gothaer Vertrages eine bezügliche Uebernahme-Verpflichtung für den hiesigen Staat nicht mehr bestehe, erscheint jedoch fehlsam. Denn abgesehen von der ausdrücklichen Festsetzung im §. 13 des Gothaer Vertrages:

„dass alle Fälle zweifelhafter Uebernahmeverbindlichkeit, welche bis zum 1. Januar 1852 noch nicht zur Erörterung gelangt, oder, wenn dies bereits der Fall gewesen, bis eben dahin durch ein bündiges Anerkenntniss oder durch schiedsrichterliche Entscheidung noch nicht definitiv erledigt worden sind, nach den neu vereinbarten Bestimmungen beurtheilt werden sollen“

so können auch Staatsverträge als ein Bestandtheil der „eigenen Gesetzgebung“ im Sinne des §. 1 b. des Gothaer Vertrages schon an und für sich nicht betrachtet werden und die in Betreff der Uebernahme Auszuweisender abgeschlossenen Staatsverträge um so weniger, da dieselben ihrer Natur und wiederholt erklärten Tendenz nach lediglich reciproke Normen für die contrahirenden Regierungen enthalten, nicht aber zu einem Erwerbsgrunde von Rechten für einzelne Individuen bestimmt sind.

Es wird daher mit Unserer Genehmigung von der Herzogl. Kreisdirection hieselbst, dem Antrage der Königl. Sächsischen Kreisdirection zu Dresden gemäß, die diesseitige Staatsangehörigkeit des Heinrich Friedrich August Böhme anerkannt werden, und ertheilen Wir, im Zusammenhange damit, dem Stadtmagistrate die Auflage, dem Ersuchen des Stadtrathes zu Dresden wegen Ausfertigung und Uebersendung eines Heimathscheines für den Böhme — dessen Mutter bereits im Jahre 1857 als hier wohnberechtigt anerkannt worden ist, nunmehr zu entsprechen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Holzminden vom 27. December 1865.

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 7. d. M. Nro. 9541, betreffend den Recurs des Stadtmagistrats hieselbst hinsichtlich der von dem Stadtmagistrate zu Holzminden verweigerten Anerkennung des dortigen Wohnortsrechts der aus Holzminden gebürtigen Ehefrau des in hiesiger Stadt wohnortsberechtigten Drechlers Breimann, Caroline Friederike Ernestine gebornen Persuhn und der Kinder derselben, Folgendes:

Es erhellt nicht, dass der Breimann, welcher 1858 sich nach London begeben und dort einige Jahre als Drechsler gearbeitet hat, die Absicht gehabt hätte, nach England mit Aufgabe seines Landeseinwohnerrechts auszuwandern und jedenfalls ist eine solche, durch keine conclusive Thatsache befundene Absicht nicht wirksam bethätigt.

Ebenso wenig liegen conclusive Thatsachen für die Annahme vor, als ob etwa die Persuhn, nachher verehelichte Breimann, mit Aufgabe ihres Landeseinwohnerrechts nach England ausgewandert sei; vielmehr ist mit besserem Grunde das Gegentheil aus dem Umstande herzuleiten, dass sie sich mit einem Manne verheirathete, der nicht aufgehört hatte, hiesiger Unterthan zu sein.

Die Schlussbemerkung des Berichts kann, wenn sie überhaupt dem §. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 No. 8, gegenüber in Betracht zu ziehen wäre, im vorliegenden Falle die legale Ordnung der Sache umsoweniger hindern, da der Breimann seiner Familie durch die Flucht sich entzogen hat.

Wie demnach die Stadt Holzminden auf Grund des §. 4 Abs. 2 cit. für verpflichtet zu erachten ist: die Ehefrau Breimann geborne Persuhn und die von derselben mit dem Breimann erzeugten Kinder als in Holzminden wohnortsberechtigt anzuerkennen und aufzunehmen, so hat Herzogl. Kreisdirection den Stadtmagistrat mit entsprechender Weisung zu versehen.

(Zur Erläuterung vorstehender Entscheidung wird bemerkt, dass der Breimann zu seiner Verheirathung den polizeilichen Trauschein nicht erhalten hatte.)

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an den Stadtmagistrat zu Braunschweig vom 13. Januar 1867.

In dem Berichte des Stadtmagistrats vom 9. März v. J. No. 3135, sind die Meinungsverschiedenheiten erörtert, welche wegen Gestattung des temporären Aufenthalts Ortsfremder in hiesiger Stadt theils in vorgekommenen Fällen, theils principiell zwischen dem Stadtmagistrate einerseits und der Herzogl. Polizeidirection andererseits hervorgetreten sind.

Wenn gleich nun eine erhebliche Aenderung in der freien Bewegung der Bevölkerung in den Staaten des Norddeutschen Bundes nahe bevorzustehen scheint, so wollen Wir doch mit Rücksicht auf die wiederholten Anträge des Stadtmagistrats und nachdem auch Herzogl. Kreisdirection von Uns berichtlich gehört worden ist, nicht länger Anstand nehmen, Uns über die obwaltenden Differenzpunkte auszusprechen.

Das Aufenthaltsgesetz vom 3. August 1864 hat die bisherige Zuständigkeit der Polizeibehörden in Bezug auf den temporären Aufenthalt und Fremdenverkehr unverändert gelassen und die Vorschriften und Rücksichten, nach denen die Gemeindebehörden bei Versagung oder Entziehung des dauernden Aufenthalts verfahren (§§. 3 und 5 leg. cit.) gelten nicht in gleichem Maße für die Polizei bei Behandlung des temporären Aufenthalts.

Ohne Zweifel hat die Polizeibehörde dabei zu beachten, dass Individuen nicht zugelassen oder nicht geduldet werden, deren Fernhaltung polizeiliche Rücksichten im Interesse des Publikums und der Commune erheischen; in wie weit aber derartige Rücksichten zutreffen und zugleich dem Bedürfnisse des freien Verkehrs gegenüber zur Geltung zu bringen sind, muss dem Ermessen der

Polizeibehörde überlassen bleiben, der dabei bestimmte Linien für ihr Verhalten nicht vorgezeichnet werden können.

Wenn in einzelnen Fällen Personen zugelassen wurden, die in Betracht ihrer Antecedentien vielmehr hätten zurückgewiesen werden sollen, so wird nicht schon deshalb die Handhabung der Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei in Beziehung auf die hiesige Stadt als eine unbefriedigende bezeichnet, oder der Besorgniß Raum gegeben werden können, als ob nicht die Herzogl. Polizeidirection mit der erforderlichen Sorgfalt gefährliche oder schädliche Elemente von der hiesigen Commune fern halte, um so weniger, da in den vorgekommenen Fällen die Antecedentien der betreffenden Personen der Herzogl. Polizeidirection bei der Zulassung nicht bekannt geworden waren.

Aus den Berichten des Stadtmagistrats vom 9. März v. J. und der Herzogl. Polizeidirection vom 20. April ej. a. ergibt sich zwar, dass insofern eine Meinungsverschiedenheit obwaltet, als der Stadtmagistrat die gesetzlichen Bestimmungen über den dauernden Aufenthalt in größerer oder geringerer Ausdehnung auch auf den temporären Aufenthalt angewendet wissen will, während Herzogl. Polizeidirection — und mit Recht — diese Anwendung für unzulässig und unthunlich erachtet; — dass aber im Uebrigen bei der Zulassung von Ortsfremden nach unrichtigen, die Interessen der städtischen Einwohnerschaft nicht hinlänglich wahrennden Maximen von Herzogl. Polizeidirection verfahren würde, ist aus den erstatteten Berichten nicht zu entnehmen.

Das städtische Interesse in Bezug auf die temporäre Zulassung der Ortsfremden ist kein anderes, als das von Herzogl. Polizeidirection vertretene allgemein polizeiliche, und, in Ermangelung eines städtischen Sonderinteresse die städtische Behörde gleichwohl zur Mitwirkung bei dieser Function der Polizeibehörde zu berufen, insbesondere die Aufenthaltsgestattung von der Zustimmung des Stadtmagistrats abhängig zu machen, oder gewisse Kategorien der Ortsfremden in Bezug auf Aufenthaltsgestattung dem Stadtmagistrate, andere der Polizeidirection zu überweisen, halten Wir nach den bestehenden gesetzlichen Anordnungen weder für zulässig, noch mit Rücksicht auf die Vergrößerung und Verweitläufigung des Geschäftsganges für zweckmäßig, auch einem wirklichen Bedürfnisse der Stadt nicht entsprechend.

Auf die desfallsigen Anträge des Stadtmagistrats in dem Berichte vom 9. März v. J. hat hiernach nicht eingegangen werden können.

Wenn dagegen einem Ortsfremden der dauernde Aufenthalt nach §. 5 leg. cit. vom Stadtmagistrate entzogen ist, so kann einem solchen, der vielmehr nach §. 7 leg. cit. auf Verlangen des Stadtmagistrats aus der Gemeinde polizeilich zu entfernen sein würde, auch der temporäre Aufenthalt nicht ohne Weiteres von der Polizeibehörde gestattet werden. Ob und unter welchen Voraussetzungen dies wird geschehen können, muss vielmehr von einer vorgängigen Communication mit dem Stadtmagistrate abhängig bleiben, wobei ein etwaiger Dissens zu Unserer Entscheidung zu verstellen sein würde, ohne dass es für jetzt einer Bestimmung über die Modificationen bedarf, denen das Recht der Stadt auf Fernhaltung des Ausgewiesenen mit Rücksicht auf den Ausweisungsgrund etwa unterliegt.

Der Herzogl. Polizeidirection ist dieses Rescript zur Nachachtung mitgetheilt.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Wolfenbüttel vom 18. März 1867.

Wir eröffnen der Herzogl. Kreisdirection auf die in dem Berichte vom 4. v. Mts. Nro. 1505 erhobene Vorstellung gegen Unser Rescript vom 23. Januar d. J. Nro. 481, betreffend die der Gemeinde Linden aufgegebenen Ausstellung eines Heimathscheines für den Dienstknecht Vogel genannt Pfeifer, Folgendes:

1) Der §. 23 des Wohnortsrechtsgesetzes vom 23. Januar 1852 ist dem Wortlaute, wie der Tendenz nach, völlig klar und es hätte der Herzogl. Kreisdirection bei sorgfältiger Erwägung seiner einzelnen Bestimmungen und des Bezuges derselben zu dem übrigen Gesetzesinhalte nicht entgehen sollen, dass es der Ansicht: als ob für Beschwerden über Beeinträchtigung eines als bereits erworben in Anspruch genommenen Wohnortsrechts eine concurrirende administrative und judicielle Competenz durch das Gesetz geschaffen sei; an jedem Stützpunkte fehlt. Denn der Schluss: dass eine solche concurrirende Competenz, da sie für Beschwerden über Verletzung des gerichtlich verfolgbaren Anspruches auf Erwerb eines Wohnortsrechts unzweifelhaft bestehe, auch für Beschwerden über Beeinträchtigung eines als bereits erworben in Anspruch genommenen Wohnortsrechts statthaft sein müsse, ist unrichtig. Zuverlässigst deshalb, weil die Prämisse nicht gelten kann, indem schon durch die ausdrückliche Bestimmung des §. 23 cit., dass Beschwerden über Verletzung des gerichtlich verfolgbaren Anspruches auf Erwerb eines Wohnortsrechts der Entscheidung der Gerichte vorbehalten bleiben, die von Herzogl. Kreisdirection für derartige Fälle versuchte Herleitung eines concurrirenden administrativen Recursweges aus den §§. 21 u. 22 cit. abgeschnitten wird; dann aber auch weil die historische Entwicklung des §. 23 cit. aus dem §. 36 der Wohnortsrechtsordnung vom 4. Mai 1830, welcher „Beschwerden über Beeinträchtigung eines als bereits erworben in Anspruch genommenen Wohnortsrechts“ der Entscheidung der betreffenden Gerichte reservirt, die auf Erlangung des Wohnortsrechts gerichteten Beschwerden aber sämmtlich und mit völliger Ausschließung des processualischen Verfahrens zur Entscheidung der Administrativbehörden verstellte, — genügend erkennen lässt, dass der §. 23 des Wohnortsrechts vom 23. Januar 1852, indem er jene Bestimmung wegen der Beschwerden über Beeinträchtigung eines als bereits erworben in Anspruch genommenen Wohnortsrechts wörtlich adoptirt, nicht beabsichtigt hat, für diese Beschwerden zugleich auch eine administrative Entscheidung zu gestatten.

Was aber den practischen Werth der Auffassung betrifft, welcher Herzogl. Kreisdirection Geltung verschaffen will, so können Wir es der Stellung der Verwaltungsbehörden nicht gerade entsprechend finden, Verfügungen abzugeben, die von den Gerichten nicht zu beachten sein würden und provisorisch angewandt nur Unzuträglichkeiten herbeizuführen pflegen.

2) Für nicht weniger unrichtig muss der Schluss gelten, dass die — allerdings nicht zu bezweifelnde — Legalität der Verfügung vom 9. August 1860 ohne Weiteres sich auch auf die Verfügung vom 2. October v. J. übertrage, denn es wird dabei von Herzogl. Kreisdirection außer Acht gelassen, dass zwischen beide Verfügungen die Beschwerde des Vogel genannt Pfeifer über Beeinträchtigung eines als erworben in Anspruch genommenen Wohnortsrechts fällt, hier-

durch aber die Wohnortsrechtsfrage aus dem administrativen in das judicielle Gebiet gelangt ist.

Wenn daneben Herzogl. Kreisdirection ihre Competenz zu der Verfügung vom 2. October v. J. daraus ableiten zu können vermeint: daß sie nach §. 24 des Gesetzes vom 23. Januar 1852, auch wider den Willen der betreffenden Gemeinde zur Ausstellung eines Heimathscheins befugt sei, so übersteht sie das gesetzliche Erforderniß: daß vorab das Wohnortsrecht in der betreffenden Gemeinde feststehen muß.

Demnach hat es bei Unserm Rescripte vom 23. Januar d. J. sein Bewenden. 2c.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen vom 20. September 1867.

Behuf Beseitigung von Zweifeln hinsichtlich der Frage:

ob und inwiefern durch das im Art. 3 der Verfassung des Norddeutschen Bundes constituirte „gemeinsame Indigenat“ die hiesigen particularrechtlichen Bestimmungen über Aufnahme und Entlassung von Unterthanen, über dauernden Aufenthalt sowie über Zulassung von Ausländern zum Gewerbebetriebe ohne Weiteres modificirt werden, — eröffnen Wir den Herzogl. Kreisdirectionen Folgendes:

1) Bis dahin, daß durch die Bundesgesetzgebung die im Art. 4 No. 1 der Bundesverfassung bezeichneten speciellen Bestimmungen über Freizügigkeit und die damit in Verbindung stehenden Gegenstände getroffen und demgemäß etwa Aenderungen des bisherigen hiesigen Verfahrens bei der Aufnahme in den Unterthanenverband resp. bei der Entlassung aus demselben geboten sein werden, ist solches Verfahren aus formellen Gründen und insbesondere schon deshalb beizubehalten um das Erforderniß der geschehenen Erfüllung der Militairpflicht im Verhältniß zu dem Heimathslande — Abs. 5 des Art. 3 der Bundesverfassung — zu überwachen.

In Beziehung auf Gestattung oder Versagung des dauernden Aufenthalts sind aber die auswärtigen Bundesangehörigen vorerst nach den nämlichen Bestimmungen zu behandeln, welche für die hiesigen Landeseinwohner gelten.

(Gesetz über den Aufenthalt im Herzogthume vom 3. August 1864.)

2) Da nach Abs. 1 des Art. 3 der Bundesverfassung „der Angehörige eines jeden Bundesstaates zum Gewerbebetriebe unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen ist“ so ergibt sich hieraus:

einstheils, daß die Bestimmungen im §. 47 Abs. 2 u. 3 des Gewerbegesetzes vom 3. August 1864, insoweit solche für Ausländer, falls sie sich behuf eines ständigen Gewerbebetriebes dauernd oder vorübergehend im hiesigen Lande niederlassen wollen, die Erwirkung der Erlaubniß der competenten Herzogl. Kreisdirection, und falls sie von ihrem Wohnorte aus ein ständiges Gewerbe im hiesigen Lande betreiben wollen, das Bestehen besonderer Verträge und in deren Ermangelung die Erwirkung der Erlaubniß des Herzogl. Staatsministeriums („Ermessen der Regierung“) vorschreiben, bezüglich auswärtiger Bundesangehöriger nicht ferner Platz greifen — anderentheils, daß für die Zulassung auswärtiger Bundesangehöriger zum Gewerbebetriebe

im hiesigen Lande die nämlichen Bedingungen maßgebend sein müssen, welchen die hiesigen Landeseinwohner unterworfen sind und dass im einzelnen Falle eine Abweichung von diesen Bedingungen nur mit Genehmigung der Herzogl. Landesregierung stattfinden kann.

Hiernach hat die Herzogl. Kreisdirection sich zu achten und den Gemeindebehörden entsprechende Anweisung zu ertheilen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an

- 1) die sämmtlichen Herzogl. Kreisdirectionen,
- 2) den Stadtmagistrat zu Braunschweig vom 1. Juli 1868.

Im zweiten Absätze der Nummer 1 Unseres generellen Rescripts vom 20. Septbr. v. J., betreffend die particularrechtlichen Consequenzen des Art. 3 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, war ausgesprochen:

In Beziehung auf Gestattung und Versagung des dauernden Aufenthalts sind die auswärtigen Bundesangehörigen vorerst nach den nämlichen Bestimmungen zu behandeln, welche für die hiesigen Landeseinwohner gelten (Gesetz über den Aufenthalt im Herzogthume vom 3. August 1864)

Das Gesetz über den Aufenthalt im Herzogthume vom 3. August 1864 ist aber in wesentlichen Punkten als durch das inzwischen erschienene Bundesgesetz über die Freizügigkeit vom 1. Novbr. 1867 abgeändert zu betrachten, und obwol an sich den Behörden überlassen bleiben könnte, diese Abänderungen durch genaue Vergleichung beider Gesetze selbst zu ermitteln, so halten Wir doch, im Interesse der nothwendigen Gleichmäßigkeit des Verfahrens, die nähere Bezeichnung der eingetretenen Modificationen um so mehr für rathsam, da ein umfassendes Verständniß des Bundesgesetzes vom 1. November 1867 in seinem Verhältnisse zu den Bestimmungen der Particulargesetzgebung kaum zu gewinnen ist ohne speciellen Einblick in die Vorberathungsstadien jenes Gesetzes.

Wir wollen daher im Nachstehenden die fraglichen Modificationen, an die Reihenfolge der §§. des Aufenthaltsgesetzes vom 3. August 1864 anschließend, einzeln bemerklich machen, wobei Wir hinzufügen, dass Wir auf eine an sich wohl indicirte legislatorische Revision dieses Gesetzes für jetzt deshalb nicht Bedacht genommen haben, weil der Erlass eines Bundes-Heimathgesetzes in nicht ferner Zeit erwartet werden darf.

- 1) Zu §. 1 des Aufenthaltsgesetzes.

An die Stelle dieses §. sind die specielleren Bestimmungen des §. 1 des Freizügigkeitsgesetzes getreten.

Wir heben dabei besonders hervor, dass die Worte des §. 1 Nro. 1 des Freizügigkeitsgesetzes: „sich aufzuhalten oder niederzulassen“ — den dauernden Aufenthalt und den nicht dauernden Aufenthalt (nach der Terminologie des Aufenthaltsgesetzes) in sich begreifen.

- 2) Zu §. 2 des Aufenthaltsgesetzes.

A. Da nach §. 1 des Freizügigkeitsgesetzes für den dauernden und den nicht dauernden Aufenthalt ein und dieselben Vorschriften gelten und da ferner nach §. 2 ibid. auf die Selbst-

ständigkeit ein entscheidendes Gewicht für die Befugniß zum Aufenthalt nicht gelegt wird, vielmehr der betreffende Bundesangehörige auf Verlangen und den „Nachweis seiner Bundesangehörigkeit und, sofern er unselbstständig ist, den Nachweis der Genehmigung desjenigen, unter dessen (väterlicher, vormundschafterlicher oder ehelicher) Gewalt er steht, zu erbringen hat“, so ergibt sich, daß im ersten Absätze des §. 2 des Aufenthaltsgesetzes

- a. der Passus: „dauernd und in selbstständigen Verhältnissen, wohin auch die Bildung eines eigenen Haushalts gehört“ — außer Wirksamkeit getreten ist, und
- b. die Bestimmung: „unter Beibringung einer Bescheinigung über sein Heimathsrecht (Gesetz vom 23. Januar 1852, Nro. 8, §. 19 — als dahin modificirt betrachtet werden muß: „und zwar auf Verlangen unter Beibringung des Nachweises seiner Bundesangehörigkeit, oder, falls er Inländer ist, seines Heimathsrechts (Gesetz vom 23. Januar 1852 §. 19) und, wenn er unselbstständig ist, des Nachweises der Genehmigung Desjenigen unter dessen (väterlicher, vormundschafterlicher oder ehelicher) Gewalt er steht.

Aus der Natur der Sache folgt übrigens, daß die Frage: ob der Aufenthaltnehmer unter der Gewalt eines Anderen, insbesondere auch unter vormundschafterlicher Gewalt sich befindet, lediglich nach der Gesetzgebung desjenigen Staates zu entscheiden ist, welchem der Aufenthaltnehmer angehört.

B. Die Bestimmungen im zweiten Absätze des §. 2 des Aufenthaltsgesetzes sind, insoweit sie die „selbstständigen Verhältnisse“ zum Kriterium nehmen resp. nur den dauernden Aufenthalt regeln, aus den bei A. angeführten Gründen unwirksam geworden: insoweit sie jedoch — nach Entfernung dieser Beschränkungen — Strafvorschriften für die Anmeldepflicht Derjenigen feststellen, welche ihren Aufenthalt an einem Orte zu irgends einem Broderwerbe benutzen, oder welche über sechs Monate an einem Orte sich aufhalten, in Geltung geblieben (conf. §. 10 des Freizügigkeitsgesetzes.)

3) Zu §. 3 des Aufenthaltsgesetzes.

An die Stelle der Bestimmungen im ersten Absätze dieses §. sind die §§. 3 u. 4 des Freizügigkeitsgesetzes getreten.

Die Bestimmung im zweiten Absätze ist hinfort auf die im §. 3 des Freizügigkeitsgesetzes erwähnten Gründe zur Verweigerung des Aufenthalts zu beschränken.

4) Zu §. 4 des Aufenthaltsgesetzes.

Die Bestimmungen dieses §. gelten nunmehr nicht lediglich für den „dauernden“ Aufenthalt, sondern für jeden Aufenthalt im Sinne des Freizügigkeitsgesetzes (conf. oben Nro. 1 und Nro. 2 A.) im Uebrigen sind dieselben, als Normen für die Anmeldepflicht, durch das Freizügigkeitsgesetz nicht modificirt (conf. §. 10 des Freizügigkeitsgesetzes.)

5) Zu §. 5 des Aufenthaltsgesetzes.

Den Bestimmungen dieses §. 5 ist und zwar auch rücksichtlich der im zweiten Absätze desselben enthaltenen sechsmonatigen Fristbestimmung durch den §. 5 des Freizügigkeitsgesetzes derogirt, da die Ausweisungsgründe andere geworden sind und auf die Ausweisungsgründe des Freizügigkeitsgesetzes nicht ohne Weiteres die Fristbestimmung im §. 5 des Aufenthaltsgesetzes übertragen werden kann.

6) Zu §. 6 des Aufenthaltsgesetzes.

Das Beiwort „dauernden“ vor „Aufenthalt“ im Eingange dieses §. 6 hat, nach Hinwegfall des particulargesetzlichen Unterschiedes zwischen „dauernden“ und „nicht dauernden“ Aufenthalt für Inländer und auswärtige Bundesangehörige (conf. oben Nro. 1 und Nro. 2 A.) seine Bedeutung verloren; im Uebrigen werden die Bestimmungen dieses §. 6 des Aufenthaltsgesetzes auf die Gründe der Abweisung und resp. Ausweisung nach Maßgabe der §§. 4 u. 5 des Freizügigkeitsgesetzes anzuwenden sein.

7) Zu §. 7 des Aufenthaltsgesetzes.

A. Das Beiwort „dauernd“ vor „Aufenthalt“ — im §. 7 des Aufenthaltsgesetzes hat auch hier seine Bedeutung verloren.

B. Da nach §. 7 Absatz 2 des Freizügigkeitsgesetzes in den Fällen, wo es sich um Ausweisung von Angehörigen anderer Bundesstaaten handelt, „bis zur Uebernahme Seitens des verpflichteten Staates der Aufenthaltsstaat zur Fürsorge für den Auszuweisenden am Aufenthaltsorte nach den für die öffentliche Armenpflege in seinem Gebiete gesetzlich bestehenden Grundsätzen verpflichtet ist“ so könnte die im §. 7 des Aufenthaltsgesetzes vorbehaltene Befugniß der Polizeibehörde: einen fürsorglichen Aufenthalt bis zur Feststellung eines etwa streitigen oder ungewissen Heimathsrechts zu gestatten“, — auch dem Freizügigkeitsgesetze gegenüber nur von Inländern verstanden werden; da aber bei Inländern, nach §. 6 Absf. 2 des Freizügigkeitsgesetzes, „die thatsächliche Ausweisung aus einem Orte niemals erfolgen darf, bevor nicht entweder die Annahme-Erklärung der in Anspruch genommenen Gemeinde oder eine wenigstens einstweilen vollstreckbare Entscheidung über die Fürsorgepflicht erfolgt ist“, so hat damit die im §. 7 des Aufenthaltsgesetzes erwähnte facultative Gestattung eines fürsorglichen Aufenthalts in jeder Hinsicht ihre rechtliche Basis verloren und es bleibt von dem §. 7 cit. nur die Bestimmung übrig: „dass die Polizeibehörde verpflichtet ist, denjenigen Ortsfremden, welchem der Aufenthalt endgültig versagt worden, auf Antrag der Gemeindebehörde nöthigenfalls zwangsweise aus der Gemeinde zu entfernen — jedoch unter den nach §. 6 Absf. 2 resp. §. 7 Absf. 2 des Freizügigkeitsgesetzes selbstverständlichen Voraussetzungen, dass bei Inländern entweder die Annahme-Erklärung der in Anspruch genommenen Gemeinde oder eine wenigstens einstweilen vollstreckbare Entscheidung über die Fürsorgepflicht, bei auswärtigen Bundesangehörigen aber die Uebernahme-Erklärung des verpflichteten Staates vorher erfolgt sein muss.

8) Zu §. 8 des Aufenthaltsgesetzes.

A. Im ersten Absätze dieses §. ist

- a. wiederum das Beiwort „dauernd“ vor „Aufenthalt“ bedeutungslos geworden, und
- b. die Bestimmung, welche den Ortsfremden zur „Tragung aller Gemeindelasten gleich den Ortseingesessenen“ verpflichtet, durch die Vorschrift im §. 8 des Freizügigkeitsgesetzes:

Uebersteigt die Dauer des Aufenthalts nicht den Zeitraum von drei Monaten so sind die neu Anziehenden diesen Lasten (der Gemeindelasten) nicht unterworfen — insofern eingeschränkt, als kraft dieser Vorschrift der §. 2 des Gesetzes vom 6. August v. J. Nro. 63, wonach — in Erweiterung des §. 146 Absf. 2 der revidirten Städteordnung und des §. 88 Absf. 2 der Landgemeinde-Ordnung: „Fremde, welche behuf Broderwerbes den

Aufenthalt an einem Orte des Herzogthums nehmen oder denen der Aufenthalt an einem Orte des Herzogthums auf desfalliges Ansuchen gestattet wird, schon vom Beginn ihres Aufenthalts zu Beiträgen herangezogen werden können“ in Bezug auf Inländer und auswärtige Bundesangehörige eine entsprechende Modification erlitten hat.

B. Die Bestimmungen — über den, aus einem sechsjährigen ununterbrochenen Aufenthalte hervorgehenden gerichtlich verfolgbaren Anspruch auf Verleihung des Wohnortsrechts — in den Absätzen 2, 4 u. 5 des §. 8 des Aufenthaltsgesetzes bleiben, und zwar in ihrer jetzigen Beschränkung auf Inländer bestehen, da

a. der §. 11 Abs. 2 des Freizügigkeitsgesetzes verordnet:

„Wenn jedoch nach den Landesgesetzen durch den Aufenthalt oder die Niederlassung, wenn solche eine bestimmte Zeit hindurch ununterbrochen fortgesetzt worden, das Heimathsrecht (Gemeindeangehörigkeit, Unterstützungswohnsitz) erworben wird, behält es dabei sein Bewenden“

und

b. nach den diesseitigen gesetzlichen Bestimmungen der Erwerb des Wohnortsrechts in einer Gemeinde des Herzogthums bedingt ist, durch die vorgängige Erlangung des Landeseinwohnerrechts — also des, neben dem durch Art. 3 der Bundesverfassung constituirten, den Begriff des Landeseinwohnerrechts nicht vollständig erfüllenden, gemeinsamen Indigenate noch fortdauernden speciellen (territorialen) Indigenats.

Selbstverständlich muß übrigens als der in den Abs. 2 u. 3 des §. 8 des Aufenthaltsgesetzes citirte §. 5 nunmehr der durch das Freizügigkeitsgesetz veränderte §. 5 des Aufenthaltsgesetzes (conf. oben Nro. 5) gelten.

Die Bestimmung im Absatz 4 des §. 8 des Aufenthaltsgesetzes:

Andererseits kann die Gemeindebehörde verlangen, daß Derjenige, welchem ein solcher Anspruch zusteht, sich auch wirklich als Gemeindegasse aufnehmen läßt, oder wenigstens das Anzugs- oder Bürgergeld bezahlt, widrigenfalls sie berechtigt ist, seine Ausweisung zu verfügen —

ist, da die hier vorbehaltene „Ausweisung“ mit dem §. 12 des Freizügigkeitsgesetzes in Widerspruch treten würde, wirkungslos geworden.

9) Zu §. 9 des Aufenthaltsgesetzes.

Dieser §. ist durch das Freizügigkeitsgesetz nicht berührt.

10) Zu §. 10 des Aufenthaltsgesetzes.

Die Bestimmungen in den beiden ersten Absätzen dieses §. haben für auswärtige Bundesangehörige ihre Wirksamkeit verloren, während sie — und mit ihnen die daselbst citirten §§. 2, 4, 7, 3, 5 u. 6 des Aufenthaltsgesetzes in unveränderter Gestalt für andere Ausländer fortbestehen.

Eben dasselbe gilt von der im Absatz 3 des §. 10 erwähnten, mit der Bestimmung im §. 12 des Freizügigkeitsgesetzes nicht vereinbaren Befugniß der Herzoglichen Landesregierung: „Ausländer, welche dem hiesigen Staate in irgend einer Beziehung lästig werden, aus demselben zu verweisen.“

11) Zu §. 11 des Aufenthaltsgesetzes.

Die Bestimmung im zweiten Absätze dieses §.: „An den Vorschriften über Gestattung des nicht dauernden Aufenthalts wird nichts geändert“ — ist, da die Vorschriften des Freizügigkeitsgesetzes auch den nicht dauernden Aufenthalt umfassen (conf. oben Nro. 1 und Nro. 2 A.) bezüglich der Inländer und der auswärtigen Bundesangehörigen außer Kraft getreten.

Die übrigen Bestimmungen des §. 11 haben keine Modificationen erlitten.

Hiernach hat

zu 1.

Herzogliche Kreisdirection sich zu achten und den Gemeindebehörden Anweisung zu ertheilen.

zu 2.

der Stadtmagistrat sich zu achten.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection
Blankenburg vom 10. Februar 1869.

Den Bericht vom 2. v. Mts. Nro. 6627, betreffend die Beschwerde des Fuhrnechts Linke aus Hamma wegen der von Herzogl. Kreisdirection gegen ihn verfügten Ausweisung aus Borge, haben Wir empfangen.

Die Vorlagen lassen nicht mit genügender Sicherheit erkennen, auf welche Bestimmung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit, vom 1. November 1867, Herzogl. Kreisdirection ihre Befugniß zu der fraglichen Ausweisungsmaßregel gründet. Da aber das von Herzogl. Kreisdirection dem Amtsvoigt Uhde in Walkenried unterm 13. August v. J. ertheilte, in den mitgesandten Acten befindliche, Mandat die Bemerkung enthält: „nach den neu erlassenen Bundesgesetzen, besonders dem Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867, werde es vor der Ausweisung eines Bundesangehörigen erforderlich, daß derselbe bestraft sei“, — so gewinnt es den Anschein, als ob Herzogl. Kreisdirection die Ausweisungsmaßregel unter den Begriff der polizeilichen „Aufenthaltsbeschränkungen“ gebracht habe, deren der §. 3 des Freizügigkeitsgesetzes gedenkt. Wäre dies der Fall, dann hätte Herzogl. Kreisdirection das Gesetz nicht richtig ausgelegt resp. in einer unstatthafter Erweiterung angewandt, weil — abgesehen davon, daß durch die Consequenzen einer derartigen Interpretation und Gesetzeshandhabung das Princip der Freizügigkeit in der Praxis nahezu illusorisch gemacht werden könnte und daß, eben zum Schutze dieses Princip, für nöthig erachtet worden ist, im §. 12 des Freizügigkeitsgesetzes die „polizeiliche“ Ausweisung Bundesangehöriger aus dem Orte ihres dauernden oder vorübergehenden Aufenthalts in anderen, als in den durch dieses Gesetz vorgesehenen Fällen noch ausdrücklich für unzulässig zu erklären — unter den polizeilichen Aufenthaltsbeschränkungen des §. 3, wie die Motive zu dem Freizügigkeitsgesetze ergeben, nur solche polizeiliche Anordnungen zu verstehen sind, welche, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und in Uebereinstimmung mit den Landesgesetzen, die wegen gewisser Verbrechen oder zu gewissen Strafen verurtheilten Personen (insbesondere dann, wenn auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt ist) an den Ort ihres Aufenthalts mehr oder weniger binden.

Wege's Repert. IX. Th.

59

Bevor Wir daher weiter verfügen, wollen Wir einer nähern gerichtlichen Erörterung der Herzogl. Kreisdirection darüber entgegensehen: wie dieselbe die fragliche Ausweisungsmaßregel mit den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit vereinigen zu können glaubt. 2c.

Resolution Herzogl. Staatsministeriums für den Brinkfizer und Schneidermeister Berthold Berking zu Berel vom 3. Mai 1869.

Wir ertheilen dem Brinkfizer und Schneidermeister Berthold Berking in Berel auf seine Vorstellung vom 30. März d. J. betreffend die Heimathverhältnisse der unehelichen Tochter seiner Ehefrau geborene Bültemann, Auguste Bültemann, nachdem Wir darüber von Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel Bericht eingezogen haben, folgende Resolution:

Die Auguste Bültemann hat durch Geburt das Domicil ihrer Mutter in Mettlingen, Königl. Preussischen Amts Marienburg erworben und solches, da sie durch die Ehe ihrer Mutter mit dem Supplicanten nicht legitimirt ist, behalten. Eine Arrogation derselben wird also nicht eher von dem Supplicanten, ihrem Stiefvater, vorgenommen und diesseits bestätigt werden können, als bis die Auguste Bültemann von der Gemeinde Berel als Angehörige aufgenommen und ihr auf diese Weise der Erwerb des Landeseinwohnerrechts möglich geworden ist. Eine Ausnahme-Zusicherung für die Auguste Bültemann seitens der Gemeinde Berel zu erwirken, muss dem Supplicanten überlassen bleiben. Wegen Aenderung des Familiennamens der Auguste Bültemann hat dieselbe, da diese preussische Unterthanin ist, sich an das Königl. Amt Marienburg zu wenden. Dem Aufenthalte seiner genannten Stieftochter in Berel wird zur Zeit Nichts in den Weg gelegt.

Rückschreiben Herzogl. Staatsministeriums an Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Inneren zu Magdeburg vom 31. Juli 1869.

Indem Wir der Königl. Regierung zu Magdeburg die Anlage der gefälligen Zuschrift vom 26. d. M. betreffend die Staatsangehörigkeit des zu Neuhaus bei Borsfelde gebornen Hofknechts Johann Friedrich Andreas Lütge, hierneben zurücksenden, müssen Wir, den obwaltenden Kompetenzverhältnissen entsprechend, derselben ergebenst anheim geben, mit dem Antrage wegen Ertheilung der Aufnahme-Zusicherung für den Lütge Sich an die Herzogl. Kreisdirection zu Helmstedt zu wenden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt vom 23. Februar 1870.

Der Bericht vom 12. v. M. No. 11,555, betreffend die Seitens des Magistrats zu Neustadt-Magdeburg von dem daselbst sich aufhaltenden Feilenhauer Hermann Prag aus Borsfelde verlangte Beibringung eines Heimathscheins, haben Wir empfangen.

Der Nachweis der Bundesangehörigkeit einer Person, dessen der §. 2 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit gedenkt, ist thatsächlich nur durch den Nachweis zu erbringen, dass die Person einem bestimmten Bundesstaate angehöre. Der letztere Nachweis erfordert eine bezügliche Bescheinigung der competenten Staatsbehörde und insofern eine derartige Bescheinigung in den

Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge. 467

fogenannten Heimathscheinen (für das Ausland) enthalten ist, werden zur Führung des fraglichen Nachweises die Heimathscheine — deren solchergestalt beschränkte Anwendung dem Bundesgesetze über die Freizügigkeit keineswegs zuwiderläuft — auch in Zukunft füglich dienen können, wenn schon nicht ausschließlich dienen müssen.

Dies und nichts anderes wird auch in den mitvorgelegten Verfügungen des Königl. Preussischen Ministeriums des Inneren gesagt sein sollen, und es ist daher zu erwarten, dass der in Rede stehende specielle Fall alsdann seine Erledigung findet, wenn Herzogl. Kreisdirection — wozu Wir dieselbe hierdurch anweisen — das von dem Bürgermeister Uchtritz in Vorskfelde für den Feilenhauer Prag ausgestellte Wohnberechtigungsattest ihrerseits durch die Bescheinigung vervollständigt haben wird: dass der Prag dem Herzogthume Braunschweig angehöre. 2c.

Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

Verordnung, die Publication der zwischen den sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und Sardinien andererseits unterm 28. October 1859 geschlossenen Additional-Convention zu dem Handels- und Schifffahrtsvertrage vom 23. Juni 1845 betreffend. 1|16. April 1860 Nro. 10 Seite 21.

Art. 1. Ermäßigung des Eingangszolls von Sardinischen Seiden.

Art. 2. Feststellung des Zolls von Spriten und Branntwein aus dem Zollverein beim Eingange in Sardinien.

Art. 3. Eintritt der Uebereinkunft in Gültigkeit.

Art. 4. Ratification und Auswechselung der Uebereinkunft.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Bestimmung des Steueramts in Velligen — anstatt des Steueramts in Eschershausen — zur Hebe- und Abfertigungsstelle für die Uebergangsstraße von Holzminde über Eschershausen nach Alfeld betreffend. 4|14. Juni 1860 Nro. 16 Seite 61.

Bekanntmachung: die von den Rübenzuckerfabrikanten bei den Steuerämtern einzureichenden Verzeichnisse ihrer Rübenvorräthe betreffend.

9|18. August 1860 Nro. 22 Seite 77.

Formular des von den Inhabern der Rübenzuckerfabriken einzureichenden Verzeichnisses der Rübenvorräthe.

Bekanntmachung der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection, den Ursprungsnachweis des mit dem Anspruche auf Zollbegünstigung nach Sardinien gehenden zollvereinsländischen Branntweins betr. 16|30. November 1860 Nro. 37 Seite 129.

Formular zum Ursprungszengnisse.

Gesetz, die allgemeine Befreiung des rohen Zinnes vom Eingangszolle betr. 29. November 1860 Nro. 40 Seite 143.

10. December

Gesetz, die Aufhebung des Durchgangszolls betreffend. 12|21. Februar 1861 Nro. 4 Seite 7.

468 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

Landesherrliches Patent: die Publication des Königl. Hannoverschen Gesetzes wegen der Uebergangsabgaben von den, der innern Besteuerung unterworfenen Gegenständen vom 22. December 1853 und des dazu gehörigen Regulativs von demselben Tage für die unter Königl. Hannoverscher Zoll- u. Steuer-Verwaltung stehenden diesseitigen Gebietstheile betreffend.

19. Februar 1861 Nro. 10 Seite 25.

4. März

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Bestimmung des Steueramts in Halle — anstatt des Steueramts in Eschershausen — zur Hebe- und Abfertigungsstelle für die Uebergangsstraße von Holzminde über Eschershausen nach Hameln betr. 17|30. März 1861 Nro. 16 Seite 75.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Ermächtigung der Steuerämter Schöppenstedt, Schöningen u. Helmstedt zur Erledigung von Uebergangsscheinen betreffend. 22|31. Mai 1861 Nro. 28 Seite 127.

Verordnung, die Publication der Uebereinkunft wegen Vergütung der Steuer für ausgeführten Rübenzucker, Besteuerung des Zuckers aus getrockneten Rüben und Verzollung des ausländischen Zuckers und Syrops betreffend. 3|5. Juli 1861 Nro. 38 Seite 153.

Uebereinkunft.

Art. 1. Ausfuhrgegenstände der Steuervergütung.

Art. 2. Bedingungen der Erlangung der Steuervergütung.

Art. 3. Feststellung des Gewichts der rohen Rüben.

Art. 4. Feststellung des Ausgangszolls vom ausländischen Zucker und Syrup.

Art. 5. Ratification der Uebereinkunft.

Gesetz, die Zollsätze für ausländischen Zucker und Syrup betreffend.

3|5. Juli 1861 Nro. 39 Seite 161.

Art. 1. Feststellung des Eingangszolls vom ausländischen Zucker.

Art. 2. Beibehaltung der bisherigen Steuer vom inländischen Rübenzucker.

Regulativ, die Steuervergütung auf Zucker bei der Ausfuhr in's Ausland betr.

3|5. Juli 1861 Nro. 40 Seite 165.

§. 1. Feststellung des Betrags der Steuervergütung.

§. 2. Gewährung der Steuervergütung an den Versender.

§. 3. Bestimmung der Hauptsteuerämter Braunschweig und Wolfenbüttel als Abfertigungsstellen.

§. 4. Bestimmungen, welche bei der Abfertigung zu beachten.

§. 5. Bedingung der Steuervergütung für gestoßenen (gemahlenen) Brod- und Futzucker.

Form der Anmeldung zur Ausfuhr von Zucker mit dem Anspruche auf Steuer-
vergütung.

Anerkennungsschein über die zu vergütenden Steuerbeträge.

Bekanntmachung, die Ausfuhrvergütung für den in inländischen Siedereien raffi-
nirten inländischen Zucker betreffend. 3|5. Juli 1861 Nro. 41 Seite 177.

Bekanntmachung, die Steuerbonification für den von inländischen Spiritus=Rectifications=Anstalten exportirten Rüben=Melassen= Spiritus betreffend.

5|26. November 1861 Nro. 62 Seite 317.

- §. 1. Ursprungszeugnisse.
- §. 2. Betrag an Alkohol=Quartier=Procenten.
- §. 3. Ablieferung des Ursprungs=Zeugnisses an das Bezirks=Steueramt.
- §. 4. Verfahren bei Ausführung des Spiritus.

Anlage. Formular zum Ursprungszeugnisse.

Bekanntmachung, die Abfertigungsbefugnisse der Uebergangs=Abfertigungsstelle in Altfeld betreffend. 28. November 1861 Nro. 64 Seite 323.

12. December

Benutzung der Uebergangstraße zwischen Goslar u. Altfeld für Branntweintransporte betr.

Bekanntmachung, den Wegfall der Ursprungszeugnisse für den nach Sardinien gehenden zollvereinsländischen Branntwein betreffend.

30. December 1861 Nro. 1 Seite 1.

15. Januar 1862

Aufhebung der Bekanntmachung vom 16. November 1860.

Verordnung, die Publication des zwischen den sämtlichen Staaten des Zollvereins einerseits und dem Freistaate Paraguay andererseits unterm 1. August 1860 geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages betreffend. 2|25. April 1862 Nro. 20 Seite 95.

- Art. 1. Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrages.
- Art. 2. Freie Schifffahrt für beiderseitige Handelsflaggen.
- Art. 3. Gleichstellung der meist begünstigten Nationen.
- Art. 4. Einfuhr- und Ausfuhr-Abgaben.
- Art. 5. Tonnengelder, Leuchthurm=Hafen=Abgaben, Lootsengebühren und Bergegelder.
- Art. 6. Gleichstellung der Ladungen der gegenseitigen Schiffe rücksichtlich der Ein- u. Ausfuhrabgaben.
- Art. 7. Legitimation der Schiffe.
- Art. 8. Gleichstellung der gegenseitigen Unterthanen mit den eigenen rücksichtlich der Einfuhr- und Ausfuhr-Abgaben.
- Art. 9. Freiheit des Geschäftsbetriebes in den gegenseitigen Gebieten.
- Art. 10. Freiheit des Handelsbetriebes.
- Art. 11. Freiheit des Ankaufes und Besitzes von Grundstücken und der sonstigen Rechtsausübung in den gegenseitigen Gebieten.
- Art. 12. Befreiung der gegenseitigen Unterthanen von der Militairpflicht im Falle der Niederlassung.
- Art. 13. Bestellung von Consulen.
- Art. 14. Sicherstellung der gegenseitigen Unterthanen in Kriegsfällen.
- Art. 15. Schutz der Person, des Eigenthums, Gewissensfreiheit, Religionsübung.
- Art. 16. Dauer des Vertrags.
- Art. 17. Ratification und Auswechselung des Vertrags.

470 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

Gesetz, die Taravergütung für die in Kisten eingehenden unbearbeiteten Tabackblätter und Stengel betreffend. 17/23. März 1863 Nro. 6 Seite 13.

Verordnung, die Publication des zwischen den sämtlichen Staaten des Zollvereins einerseits und der Ottomanischen Pforte andererseits unterm 20. März 1862 geschlossenen Handelsvertrages betreffend. 20/31. März 1863 Nro. 11 Seite 25.

Art. 1. Ausdehnung früherer Verträge zwischen dem Königreiche Preußen und der Ottomanischen Pforte auf die Staaten des Zollvereins und Zugeständniß der Begünstigungen der meistbegünstigten Nation.

Art. 2. Handelsbefugnisse der gegenseitigen Unterthanen.

Art. 3. Abgabenzahlung.

Art. 4. Ausfuhrzoll.

Art. 5. Einfuhrzoll.

Art. 6. Einfuhrzoll von in die Moldau und Wallachei und nach Serbien bestimmten Waaren.

Art. 7. Befreiung von der Zollerhebung in den Meerengen der Dardanellen, des Bosporus oder des Schwarzen Meeres.

Art. 8. Durchgangsabgabe.

Art. 9. Zoll vom Handel mit Waaren fremder Länder.

Art. 10. Taback- und Salzsteuer.

Art. 11. Verbot der Einführung von Schusswaffen und Kriegsmunition.

Art. 12. Durchfuhr-Fernans.

Art. 13. Anmeldung im Bestimmungshafen.

Art. 14. Confiscation verboten eingeführter Waaren.

Art. 15. Allgemeine Anwendungsbestimmung.

Art. 16. Dauer des Vertrags. Feststellung eines Abgaben-Tarifs.

Bemerkungen. Münzsorte und deren Berechnung im Tarife.

Vorbemerkungen zum Tarif.

Einfuhrtarif. Alphabetisches Namens-Verzeichniß der Einfuhrgegenstände.

Seite 48 und folgende.

Ausfuhrtarif. Alphabetisches Namens-Verzeichniß der Ausfuhrgegenstände.

Seite 56 und folgende.

Schluss. Bestimmungen über Berechnung, Münzsorte und Erhebung der Abgaben.

Verordnung, die Publication des zwischen den sämtlichen Staaten des Zollvereins, den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, sowie den Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits und China andererseits am 2. September 1861 geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrages betreffend. 4. Mai 1863 Nro. 14 Seite 93.

2. Juni

Art. 1. Friedens- und Freundschaftsvertrag.

Art. 2. Zulassung diplomatischer Agenten.

- Art. 3. Vorrechte und Freiheiten und Kosten der diplomatischen Agenten.
- Art. 4. Anstellung von Consula.
- Art. 5. Anwendung der deutschen und chinesischen Sprache.
- Art. 6. Benützung bestimmter Häfen und Städte für deutsche Unterthanen.
- Art. 7. Verbot der Benützung anderer Häfen.
- Art. 8. Beschränkung des Verkehrs nach dem Innern von China.
- Art. 9. Regelung des Verkehrs zwischen Deutschen und Chinesen.
- Art. 10. Schutz in der Ausübung der Religionsgebräuche.
- Art. 11. Lootsen.
- Art. 12. Ueberwachung der Kauffahrteischiffe durch Zollbeamte.
- Art. 13. Frist zur Anmeldung der Ladungen.
- Art. 14. Erlaubniß zum Ausladen der Waaren.
- Art. 15. Zollzahlung nach festgesetztem Tarife.
- Art. 16. Abschätzung behuf der Verzollung.
- Art. 17. Tara = Abzug.
- Art. 18. Ausgleichung von Streitpunkten.
- Art. 19. Verzollung beschädigter Waaren.
- Art. 20. Wechsel des Hafens.
- Art. 21. Fälligkeit des Einfuhr- und Ausgangszolles.
- Art. 22. Zahlungsweise des Zolles.
- Art. 23. Betrag der Tonnengelder.
- Art. 24. Transit = Abgabe.
- Art. 25. Theilweises Löschen der Ladung.
- Art. 26. Wiederausführung verzollter Waaren.
- Art. 27. Umladung aus einem Schiffe in ein anderes.
- Art. 28. Anwendung von Normalmaßen, Normalgewichten und Waagen.
- Art. 29. Ueberweisung aller Geldstrafen und Confiscationen an die Chinesische Regierung.
- Art. 30. Kriegsschiffe zum Handelschutze.
- Art. 31. Bergung der Schiffe wegen Havarien.
- Art. 32. Auslieferung von Deserturen und Verbrechern.
- Art. 33. Maßregeln gegen Seeräuber.
- Art. 34. Verfahren von den Behörden.
- Art. 35. Verfahren bei Beschwerden der beiderseitigen Unterthanen gegeneinander.
- Art. 36. Schutz deutscher Unterthanen.
- Art. 37. Verfahren in Schuldforderungssachen der beiderseitigen Unterthanen gegeneinander.
- Art. 38. Anwendung der Criminalgesetze.
- Art. 39. Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Deutschen oder Deutschen und Nichtchinesen.
- Art. 40. Gleichstellung der Deutschen mit der meistbegünstigten Nation.
- Art. 41. Abänderungen des Vertrags.
- Art. 42. Ratification.

472 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.**Zoll-Tarif.**

Einfuhr. Alphabetisches Verzeichniß der Einfuhrgegenstände nebst Zollsatz.

Ausfuhr. Alphabetisches Verzeichniß der Ausfuhrgegenstände nebst Zollsatz.

Handels-Bestimmungen. In den Tarifen nicht aufgeführte Waaren.

Zweite Bestimmung. Zollfreie Waaren.

Dritte Bestimmung. Verbotene Waaren.

Vierte Bestimmung. Maße und Gewichte.

Fünfte Bestimmung. Artikel die früher verboten waren.

Sechste Bestimmung. Formalitäten welche von den Schiffen bei ihrer Ankunft im Hafen zu beobachten sind.

Siebente Bestimmung. Durchfuhrzölle.

Achte Bestimmung. Fremder Handel im Innern auf Grund von Pässen.

Neunte Bestimmung. Aufhebung der Abgaben, die für die Umprägung der Münzen erhoben wurden.

Zehnte Bestimmung. Entrichtung der Zölle in Häfen.

Zusatz-Bestimmung. Revision des Tarifes.

Gesetz, die Abänderung des Vereins-Zolltarifs betreffend.

1/8. September 1863 Nro. 29 Seite 217.

§. 1. Erste Abtheilung des Zolltarifs.

§. 2. Zweite Abtheilung des Zolltarifs.

Verordnung, die Publication des zwischen den sämtlichen Staaten des Zollvereins einerseits und der Republik Chili andererseits unter dem 1 Februar 1862 geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrages betr.

26. November 1863 Nro. 41 Seite 567.

12. December

Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag

zwischen

Preußen und den übrigen Staaten des deutschen Zollvereins einerseits und der Republik Chili andererseits.

Art. 1. Freundschaftsbund.

Art. 2. Gegenseitige Freiheit des Handels.

Art. 3. Zollerhebungen.

Art. 4. Tonnen, Hafen, Lootsen, Leuchtfeuer, Quarantaine-Abgaben.

Art. 5. Einfuhr- und Ausfuhr-Zölle.

Art. 6. Gleichstellung der meistbegünstigten Nation.

Art. 7. Bestimmung über National-Angehörigkeit der Schiffe.

Art. 8. Freiheit des Geschäftsbetriebes beiderseitiger Unterthanen.

Art. 9. Schutz für Personen und Eigenthum der beiderseitigen Unterthanen.

Art. 10. Hafenpolizei und Rechtspflege.

Art. 11. Nachlass-Regulirungen.

Art. 12. Befreiung der gegenseitigen Unterthanen vom Militairdienste und von Abgaben.

Art. 13. Bestellung von Consuln.

Art. 14. Cartelconvention wegen Auslieferung von Deserturen.

Art. 15. Schutzmaßregeln für die gegenseitigen Unterthanen in Kriegsfällen zwischen den Contrahenten.

Art. 16. Gewissensfreiheit.

Art. 17. Schutzmaßregeln bei Schiffbruch.

Art. 18. Schutzmaßregeln in Kriegsfällen bei Verfügung eines Embargo oder Schließung der Häfen.

Art. 19. Gesetzeskraft und Dauer des Vertrags.

Art. 20. Ratification.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Erklärung des Communicationsweges von Heiningen nach Börsum, sowie des directen Weges vom Börsumer Bahnhofe nach Börsum zu Uebergangstraßen betreffend.
19|27. December 1863 Nro. 43 Seite 599.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die zwischen den Zollvereinsstaaten wegen Ertheilung von Gewerbs-Legitimationskarten an die Handelsreisenden getroffene Uebereinkunft betreffend.
28|31. December 1863 Nro. 45 Seite 603.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der freien Stadt Bremen zu den unterden Zollvereins-Regierungen wegen Ertheilung von Gewerbs-Legitimationskarten an die Handelsreisenden auf der 15. General-Zoll-Conferenz verabredeten Maßnahmen betreffend.
14|24. März 1864 Nro. 14 Seite 27.

Gesetz, die Abänderung des §. 7 und die Aufhebung des §. 21 des mittelst Landesherlichen Patents vom 21. December 1841 Nro. 23 publicirten Gesetzes über die Besteuerung des inländischen Tabacks betreffend.
26. März 1864 Nro. 16 Seite 31.

9. April

Abänderung der Bestimmungen über Tabacksteuer-Defraudanten.

Berordnung, die Publication des zwischen den Staaten des Zollvereins und den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz einerseits und dem Königreiche Siam andererseits am 7. Februar 1862 geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages betr.
11. November 1864 Nro. 60 Seite 365.

3. December

Art. 1. Friedens- und Freundschaftsvertrag. Schutz für Person und Eigenthum beiderseitiger Unterthanen. Freiheit des Handels und der Schifffahrt.

Art. 2. Bestellung von Consuln und Agenten.

Art. 3. Freie Religionsübung.

Art. 4. Bedingung des Aufenthalts in Siam.

Art. 5. Beschränkungen in der Wahl des Wohnsitzes. Freiheit des Handelsbetriebes.

Art. 6. Vorschriften über den Verkehr zwischen Deutschen und Siamesen.

Bege's Repert. IX. Th.

60

474 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

- Art. 7. Befugnisse deutscher Unterthanen in Siam.
- Art. 8. Erwerbung von Grundbesitz in Siam.
- Art. 9. Klageverfahren zwischen Deutschen und Siamesen.
- Art. 10. Criminaljustiz.
- Art. 11. Seeräuberei.
- Art. 12. Cartelconvention.
- Art. 13. Concursverfahren.
- Art. 14. Regulirung von Forderungen an gegenseitige Unterthanen.
- Art. 15. Regulirung von Nachlasssachen.
- Art. 16. Ankerplatz deutscher Kriegsschiffe.
- Art. 17. Anlaufen der deutschen Schiffe in Noth.
- Art. 18. Verzollung der Schiffs Ladungen im Allgemeinen.
- Art. 19. Einfuhrzoll.
- Art. 20. Ausfuhrzoll.
- Art. 21. Ausfuhrverbote.
- Art. 22. Geldstrafen bei Vertragsverletzungen.
- Art. 23. Gleichstellung der meistbegünstigten Nation.
- Art. 24. Revision des Vertrages.
- Art. 25. Eintreten in Wirksamkeit.

Anhang. Handelsbestimmungen und Tarif der Einfuhr, Ausfuhr und Binnenzölle.

Gesetz, den vom 1. Juli d. Jrs. ab gültigen Vereinszolltarif betreffend.

25. April 1864 Nro. 17 Seite 43.

2. Mai

Vereins - Zolltarif vom 1. Juli 1865 an.

Erste Abtheilung. Bestimmungen über die Einfuhr.

Zweite Abtheilung. Bestimmungen über die Ausfuhr.

Dritte Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen.

Verordnung, die Publication des zwischen den Staaten des Zollvereins und Frankreich unterm 2. August 1862 geschlossenen Handelsvertrages und des Schifffahrtsvertrages und der Uebereinkunft, betreffend die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen von demselben Tage, betreffend. 17. Mai 1865 Nro. 19 Seite 129.

10. Juni

Handels - Vertrag.

- Art. 1. Einfuhr in Frankreich.
- Art. 2. Einfuhr in den Zollverein.
- Art. 3. Einfuhr aus den Häfen der Hansestädte oder mit den belgischen od. schweizerischen Eisenbahnen.
- Art. 4. Freiheit von Ausfuhrabgaben.
- Art. 5. Besondere Bestimmungen über Einfuhr von Spiritus, Weingeist - Firniß und Salz in Frankreich.
- Art. 6. Ausfuhrvergütungen.

- Art. 7. Erhöhung innerer Steuern.
- Art. 8. Veränderungen der Verbrauchssteuern.
- Art. 9. Waaren aus Gold, Silber, Platin oder anderen edlen Metallen.
- Art. 10. Zuschlagsszölle.
- Art. 11. Gleichstellung der Eingangsabgaben von den zur See oder über die Landesgrenze eingehenden Waaren.
- Art. 12. Freiheit der Einfuhr von Getreide in Garben, Stroh, Heu, Grünfutter.
- Art. 13. Nachweis der Abkunft oder Fabrikation eingeführter Waaren.
- Art. 14. Berechnung der Werthszölle.
- Art. 15. Verfahren bei angenommener Unzulänglichkeit des declarirten Werthes.
- Art. 16. Abschätzung durch Sachverständige.
- Art. 17. Verfahren bei durch Sachverständige ermittelter Unzulänglichkeit der Declaration.
- Art. 18. Wahl der Schiedsrichter.
- Art. 19. Verschlechterung der Waaren durch Havarien zc.
- Art. 20. Zollstätten in Frankreich.
- Art. 21. Revision zollvereinsländischer Gewebe.
- Art. 22. Befreiung von Einreichung von Modellen oder Zeichnungen der eingeführten Gegenstände.
- Art. 23. Freiheit von Durchfuhrabgaben.
- Art. 24. Durchführung von Waaren durch Frankreich nach Italien oder Spanien.
- Art. 25. Freiheit des Handels und des Gewerbebetriebes der gegenseitigen Unterthanen im beiderseitigen Gebiete.
- Art. 26. Freiheit von Gewerbesteuern.
- Art. 27. Einführung von Waaren-Mustern.
- Art. 28. Schutz der Fabrik- oder Handelszeichen.
- Art. 29. Erleichterung der Zollabfertigung.
- Art. 30. Anwendung auf Algerien.
- Art. 31. Gleichstellung der meistbegünstigten Nation.
- Art. 32. Dauer des Vertrags.
- Art. 33. Eintritt der Wirksamkeit.

Schifffahrts-Vertrag.

- Art. 1. Tonnen-, Lootsen-, Quarantaine-, Hafen- und Leuchthurmsegelder.
- Art. 2. Aufstellen, Ein- und Ausladen der Schiffe.
- Art. 3. Anerkennung der Staatsangehörigkeit der Schiffe.
- Art. 4. Gleichstellung der gegenseitigen Schiffe mit den nationalen.
- Art. 5. Küstenschifffahrt.
- Art. 6. Begünstigung der gegenseitigen Flaggen.
- Art. 7. Besondere Begünstigung der Einfuhr aus dem Zollverein in Frankreich.
- Art. 8. Ausfuhr-Begünstigungen.
- Art. 9. Schifffahrt auf dem Rheine und der Mosel, und sonstigen inneren Gewässern der beiderseitigen Staaten.

476 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

- Art. 10. Theilweises Löschen der Ladung.
- Art. 11. Anlaufen der Schiffe in Noth.
- Art. 12. Ernennung von Consuln und Consular-Agenten.
- Art. 13. Cartelconvention wegen Auslieferung von Deserturen.
- Art. 14. Scheitern und Stranden von Schiffen.
- Art. 15. Eintritt der Wirksamkeit des Vertrags.
- Art. 16. Austausch der Ratifications-Urkunden.

Uebereinkunft betreffend

die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen.

- Art. 1—7. Bestimmungen über die Güterzüge.
- Art. 8—12. Bestimmungen über die Personenzüge.
- Art. 13—22. Allgemeine Bestimmungen.

Schluss-Protocoll. Mehrfache gegenseitige Verkehrserleichterungen.

Formulare zu Patenten und Steuerbescheinigungen.

Protocoll vom 14. December 1864. Nähere Feststellung der Bedeutung einzelner Bestimmungen des Handelsvertrags, Schiffahrtsvertrags und der Litterar-Convention vom 2. August 1862 und Ergänzung der Tarife.

Anlage. Zolltarif Seite 161.

Bekanntmachung, das amtliche Waarenverzeichnis zum Zolltarif betreffend.

12/16. Juni 1865 Nro. 24 Seite 349.

Der vom 1. Juli 1865 an gültige Vereins-Zolltarif ist durch den Buchhandel zu beziehen.

Verordnung, die Publication des Handels- u. Zollvertrages zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und Oesterreich vom 11. April d. J. betreffend. 10/24. Juni 1865 Nro. 26 Seite 371.

Handels- und Zoll-Vertrag zwischen

den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und Oesterreich.

- Art. 1. Ausschluss von Verkehrshemmungen durch Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote.
- Art. 2. Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation hinsichtlich der Zollabgaben.
- Art. 3. Verkehrs-Erleichterungen.
- Art. 4. Zoll-Erhöhungen und Zoll-Ermäßigungen.
- Art. 5. Aufhebung von Ausgangsabgaben.
- Art. 6. Weitere Befreiung von Ausgangsabgaben.
- Art. 7. Verkehrs-Erleichterungen bei der zollamtlichen Behandlung.
- Art. 8. Anlage der Grenzzollämter.
- Art. 9. Innere Abgaben.
- Art. 10. Schleichhandel.
- Art. 11. Stapel- und Umschlagsrechte.
- Art. 12. Seeschiffe.

- Art. 13. Anlaufen in Noth.
- Art. 14. Befahrung der Wasserstraßen.
- Art. 15. Benützung der Anlagen und Anstalten für den öffentlichen Verkehr.
- Art. 16 u. 17. Benützung der Eisenbahnen.
- Art. 18. Annahme gleichförmiger Grundsätze zur Beförderung der Gewerbsamkeit.
- Art. 19. Ernennung von Consuln.
- Art. 20. Schutz der Unterthanen des anderen Contrahenten durch die eigenen Consuln im Auslande.
- Art. 21. Gegenseitige Revisionsbefugniß.
- Art. 22. Ausschluss der dem Zollgebiete nicht angehörenden Landestheile.
- Art. 23. Commissarien behuf der Ausführung des Vertrags.
- Art. 24. Aufnahme der Anlagen als Vertragstheile.
- Art. 25. Eintritt in die Wirksamkeit.
- Art. 26. Vorbehalt des Beitritts für alle deutschen Staaten.
- Art. 27. Ratification.

Anlage C. Zollcartel.

Gesetz, wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs.

10/24. Juni 1865 Nro. 27 Seite 431.

Bekanntmachung, die Aufhebung der Uebergangs-Abgabe von Traubenmost und Wein aus Bayern, Württemberg, Baden, dem Großherzogthume Hessen und aus dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt betreffend.

14/28. Juni 1865 Nro. 31 Seite 443.

Verordnung, die Publication des von sämmtlichen Zollvereinsstaaten u. Belgien am 22. Mai 1865 abgeschlossenen Handelsvertrages betreffend.

30. Juni 1865 Nro. 34 Seite 449.

4. Juli

Handels-Vertrag.

- Art. 1. Ausübung von Gewerbe und Handel.
- Art. 2. Einfuhr und Durchfuhr.
- Art. 3. Ausfuhr.
- Art. 4. Befreiung von Durchgangsabgaben.
- Art. 5. Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation. Ausfuhrverbote.
- Art. 6. Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen.
- Art. 7. Eingangsabgaben bei der Einführung nach Belgien.
- Art. 8. Eingangsabgaben bei der Einführung in den Zollverein.
- Art. 9. Eintritt des Vertrags in Wirksamkeit.

Verordnung, die Publication der Verträge über die Fortdauer des Zoll- u. Handelsvereins und der damit in Verbindung stehenden Verträge betreffend.

27. Juni 1865 Nro. 35 Seite 461.

7. Juli

478 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Baden, Kurhessen, den bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten, Braunschweig und der freien Stadt Frankfurt, die Fortdauer des Zoll- u. Handelsvereines betr.

Art. 1. Dauer des Vertrags. Aufrechthaltung früherer Verträge.

Art. 2. Aufhebung der Bestimmungen über Durchgangs-Abgaben.

Art. 3. Eingangszollfreie oder niedrig besteuerte ausländische Erzeugnisse.

Art. 4. Zuckersteuer. Art. 5. Münzfuß.

Art. 6. Vertheilung der in die Gemeinschaft fallenden Abgaben.

Art. 7. Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich.

Art. 8. Vorbehalt des Beitritts aller zum Zollvereine gehörenden Staaten.

Art. 9. Kündigung und Fortdauer des Vertrags.

Uebereinkunft zwischen Preußen, Sachsen, Baden, Kurhessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig und der freien Stadt Frankfurt, wegen Besteuerung des Rübenzuckers.

Art. 1. Aufrechthaltung der frühern Uebereinkünfte.

Art. 2. Vertheilung des Ertrages der Rübenzuckersteuer.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten u. Braunschweig über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse.

Art. 1. Steuer von Branntwein und Taback.

Art. 2. Besteuerung des Braumalzes.

Art. 3. Zollcartel.

Art. 4. Aufhebung der Uebergangsabgaben.

Art. 5. Gemeinschaft der Einnahmen.

Art. 6. Vertheilungs-Maßstab.

Art. 7. Abrechnung über gemeinschaftliche Einnahmen.

Art. 8. Erhebungskosten.

Art. 9. Controlvorschriften.

Art. 10. Verminderung der Einnahmen.

Art. 11. Eintritt der Wirksamkeit des Vertrags und Aufhebung früherer Verträge.

Art. 12. Dauer des Vertrags und stillschweigende Fortsetzung.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Kurhessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten und Braunschweig über den Verkehr mit Taback und Wein.

Art. 1. Das Kurfürstenthum Hessen tritt dem Vertrage wegen Besteuerung des Tabacks bei.

Art. 2. Aufhebung der Uebergangsabgabe von Taback, Wein und Traubenmost.

Art. 3. Gemeinschaft der Abgaben = Erträge.

Art. 4. Vertheilungs-Maßstab.

Art. 5. Gesetzliche und Controlvorschriften.

Art. 6. Vorbehalt des Beitritts für das Königreich Hannover und Herzogthum Oldenburg.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Baden, Kurhessen, den bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine beteiligten Staaten, Braunschweig und der freien Stadt Frankfurt einerseits, und Hannover sowie Oldenburg andererseits, betreffend den Beitritt Hannovers und Oldenburgs zu dem Zollvereinigungs-Vertrage über den Verkehr mit Taback und Wein von demselben Tage. Vom 11. Juli 1864.

Art. 1. Beitritt von Hannover und Oldenburg zum Zollvereinigungs-Vertrage. Uebereinkommen wegen des Antheils an den gemeinsamen Abgaben.

Art. 2. Beitritt Hannovers und Oldenburgs zur Uebereinkunft über den Verkehr mit Taback und Wein.

Art. 3. Ratification.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Hannover, Baden, Kurhessen, den bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine beteiligten Staaten, Braunschweig, Oldenburg und der freien Stadt Frankfurt einerseits, und Bayern, Württemberg, Großherzogthum Hessen und Nassau andererseits, betreffend den Beitritt Bayerns, Württembergs, des Großherzogthums Hessen und Nassaus zu den Zollvereinigungs-Verträgen vom 28. Juni und 11. Juli 1864. Vom 12. October 1864.

Art. 1. Beitritt zum Zollvereine.

Art. 2. Ratification.

Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereines betreffend. Vom 16. Mai 1865 Seite 495.

Art. 1. Dauer und allgemeiner Inhalt des Vertrags.

Art. 2. Separatverträge.

Art. 3. Ausgeschlossene Landestheile.

Art. 4. Uebereinstimmung der Gesetze rücksichtlich der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr. Gleiche Verwaltung der Eingangs- und Ausgangs-Abgaben und gleiche Organisation der Behörden.

Art. 5. Veränderungen in der Zollgesetzgebung.

Art. 6. Freiheit des Handels und Verkehrs und Gemeinschaft der Einnahmen an Zöllen.

Art. 7. Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben an gemeinschaftlichen Landesgrenzen. Staats-Monopolen. Ausfuhrverbote.

Art. 8. Erfindungspatente und Privilegien.

Art. 9. Spielfarten.

Art. 10. Salz.

Art. 11. Gleichmäßigkeit der inneren Steuern.

Art. 12. Besteuerung des Rübenzuckers.

Art. 13. Chausseegelder, Damm-, Brücken- und Fährgelder.

480 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

Art. 14. Zolltarif. Münze, Maaß und Gewicht.

Art. 15. Wasserzölle oder Wegegeld-Gebühren auf Flüssen.

Art. 16. Aufhebung von Stapel- und Umschlagsrechten.

Art. 17. Kanal-, Schleusen-, Brücken-, Fähr-, Hafen-, Waage-, Krannen- und Niederlage-Gebühren.

Art. 18. Beförderung der Gewerbsamkeit.

Art. 19. Seeschiffe.

Art. 20. Zollcartel gegen den Schleichhandel.

Art. 21. Einnahmen, welche von der Gemeinschaft ausgeschlossen bleiben.

Art. 22. Vertheilung der in die Gemeinschaft fallenden Einnahmen.

Art. 23. Besondere Begünstigungen in der Zollentrichtung.

Art. 24. Beschränkung der Zollbegünstigungen für Messplätze.

Art. 25. Zollbefreiung der Gegenstände für die Hofhaltung der Souveraine und deren Regentenhäuser.

Art. 26. Begnadigungs- und Strafverwandlungsrecht.

Art. 27. Ernennung der Beamten und Diener bei den Localbezirksstellen.

Art. 28. Zolldirectionen.

Art. 29. Quartal-Extracte und Final-Abschlüsse über Zolleinnahmen.

Art. 30. Erhebungs- und Verwaltungskosten.

Art. 31. Gegenseitiges Recht der Beiordnung von Controlen.

Art. 32. Abgeordnete bei den Zolldirectionen.

Art. 33. Jährlicher Zusammentritt Bevollmächtigter der Vereinsglieder.

Art. 34. Gegenstand der Verhandlungen der Conferenz-Bevollmächtigten.

Art. 35. Maßregeln beim Eintreten außergewöhnlicher Ereignisse.

Art. 36. Aufwand für Bevollmächtigte.

Art. 37. Aufnahme anderer deutscher Staaten in den Zollverein.

Art. 38. Verträge zur Erleichterung des Verkehrs und Handels mit fremden Staaten.

Art. 39. Vergeltungs-Maßregeln gegen Verkehrsbeschränkungen im Auslande.

Art. 40. Eintritt des Vertrags in Wirksamkeit und Aufhebung früherer Verträge.

Art. 41. Stillschweigende Verlängerung und Ratification des Vertrags.

Uebereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers.

Vom 16. Mai 1865 Seite 535.

Art. 1. Aufrechthaltung der bestehenden Verträge.

Art. 2. Gemeinschaftlichkeit des Ertrages.

Art. 3. Herauszahlungen.

Verordnung, die Publication des zwischen den Staaten des Zollvereins u. Großbritannien am 30. Mai d. Jrs. abgeschlossenen Handelsvertrages betr.

30. Juni 1865 Nro. 36 Seite 537.

7. Juli

Handels-Vertrag zwischen dem Zollvereine und Großbritannien.

Art. 1. Gleichstellung der gegenseitigen Unterthanen den eigenen im Betriebe von Gewerbe und Handel.

- Art. 2. Gleichstellung in der Einfuhr und Durchfuhr mit der meistbegünstigten Nation.
- Art. 3. Ausfuhrsteuer.
- Art. 4. Durchfuhr frei.
- Art. 5. Gleichstellung in allen Begünstigungen anderer Nationen. Ausfuhrverbote.
- Art. 6. Schutz der Etikettirung der Waaren oder deren Verpackung.
- Art. 7. Ausdehnung auf Colonien und auswärtige Besitzungen.
- Art. 8. Eintritt in Wirksamkeit, Dauer und stillschweigende Verlängerung.
- Art. 9. Ratification und Auswechselung.

Bekanntmachung, die Ausfuhrvergütung für Zucker betreffend.

30. Juni 1865 Nro. 37 Seite 549.

7. Juli

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums: die Ermächtigung des Steueramts Stadtholndorf zur Erledigung von Uebergangsscheinen betr.

25. Juli 1865 Nro. 50 Seite 575.

4. August

Verordnung, die Publication des Protocolls vom 21. März 1865, über die Fortdauer der Uebereinkunft zwischen Hannover und Braunschweig vom 20. December 1853 wegen der Zoll- und Steuerverwaltung in verschiedenen Braunschweigischen Gebietstheilen und der Uebereinkunft von demselben Tage, wegen der in den Communion-Besitzungen zu erhebenden indirecten Abgaben betreffend.

2/21. August 1865 Nro. 53 Seite 601.

Gesetz, die Abänderung des Gesetzes vom 27. December 1853 Nro. 69, über die Besteuerung der inländischen Branntwein-Fabrikation im Amtsbezirke Thedinghausen und einigen anderen Braunschweigischen Gebietstheilen betreffend. 24. October 1865 Nro. 63 Seite 643.

- §. 1. Erhöhung der Fabrikationsabgabe.
- §. 2. Erhöhung der Ausfuhrvergütung.
- §. 3. Feststellung der Uebergangsabgabe.
- §. 4. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

Bekanntmachung, die Steuervergütung für ausgeführten inländischen Branntwein und Bier betreffend.

5/20. December 1865 Nro. 73 Seite 699.

- §. 1. Aufhebung früherer Bestimmungen über Ausfuhrvergütung von Branntwein und Bier.
- §. 2. Umfang der Steuervergütung vom 1. Januar 1866 an.
- §. 3. Ausfuhrgebiete.
- §. 4. Betrag der Steuervergütung auf Branntwein.
- §. 5. Ursprungsnachweis.
- §. 6. Ausfuhrbedingungen.

§§. 7, 8 u. 9. Abfertigungsverfahren und Zahlungsverfügung.

Bege's Repert. IX. Th.

482 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

§. 10. Strafe der Defraudation.

§. 11. Betrag der Steuervergütung auf Bier.

Anlage-Formular zur Branntwein-Exportations-Anmeldung.

Verordnung, die Publication des zwischen den Staaten des Zollvereins und dem Großherzogthume Luxemburg wegen der Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins unterm 20/25. October 1865 geschlossenen Vertrages betreffend. 3/12. Januar 1866 Nro. 4 Seite 7.

Vertrag zwischen Preußen als Vertreter des Zollvereins und dem Könige der Niederlande als Großherzog von Luxemburg vom 20. October 1865.

Art. 1. Dauer des Vertrags.

Art. 2. Beitritt Luxemburgs zu den zwischen den übrigen Staaten des Zollvereins abgeschlossenen Verträgen.

Art. 3. Vorbehalt von Abänderungen, Ergänzungen und nähern Bestimmungen.

Art. 4. Stillschweigende Verlängerung des Vertrags und Auswechslung der Ratificationsurkunden.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, den Uebergangs-Verkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthum Braunschweig und dem Großherzogthume Luxemburg betreffend. 23. Januar 1866 Nro. 7. Seite 17.

1. Februar

Verordnung, die Anwendung des Gesetzes vom 3. Januar 1854 über die Bestrafung der Zollvergehen gegen fremde Staaten u. auf die Vergehen gegen die Kaiserlich Oesterreichischen Zollgesetze betreffend.

27. Februar 1866 Nro. 17 Seite 37.

8. März

Verordnung, die Publication des Vertrages zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und Oldenburg für sich und in Verein der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits, über die Fortdauer des Vertrages wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse vom 14. December 1865 und des Vertrages zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg und der freien Hansestadt Bremen wegen fernerweiter Suspension der Weserzölle von demselben Tage betreffend. 16/31. März 1866.

Vertrag.

Art. 1. Zeitbestimmung der Fortdauer des Vertrags.

Art. 2. Gleichstellung der beiderseitigen Unterthanen im Handelsbetriebe.

Art. 3. Beschränkungen hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Ein- und Ausgangsabgaben.

Art. 4. Befreiung von Mustern und Modellen vom Eingangs- und Ausgangszolle.

Art. 5. Aufhebung der Durchgangsabgaben und Expeditionsgebühr.

Art. 6. Unterdrückung des Schleichhandels.

Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge. 483

Art. 7 u. 8. Befugnisse des zollvereinsländischen Hauptzollamts zu Bremen.

Art. 9. Einführung von Zucker oder Taback in die Zollvereins-Niederlage zu Bremen mit dem Anspruche auf Steuervergütung — und Einführung von übergangsabgabepflichtigen Waaren in solche Niederlage.

Art. 10. Umsatzsteuer.

Art. 11. Anschluß Bremischer Gebietstheile an den Zollverein.

Art. 12. Anwendung der unter den Zollvereinsstaaten abgeschlossenen Verträge auf die dem Zollvereine angeschlossenen Bremischen Gebietstheile.

Art. 13. Verhütung der Einschmückung von Salz.

Art. 14. Aufhebung der im Art. 10 des Vertrages vom 26. Januar 1856 zu Gunsten der Hansestadt Bremen zugestandenen besonderen Zollbefreiungen.

Art. 15. Ratification des Vertrages.

V e r t r a g

zwischen

Preußen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg und der freien Hansestadt Bremen,
wegen fernerweiter Suspension der Weserzölle.

Art. 1. Fortdauer des Vertrages vom 26. Januar 1856.

Art. 2. Beitritt der Herzoglich Braunschweigischen und Fürstlich Lippeschen Regierung.

Art. 3. Ratification des Vertrages.

Verordnung, die Publication des zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins einerseits und Italien andererseits am 31. December v. Jrs. geschlossenen Handelsvertrages betreffend.
20/31. März 1866 Nro. 24 Seite 67.

Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien.

Art. 1. Gleichstellung der gegenseitigen Unterthanen im Handels- und Gewerbebetriebe mit den Unterthanen der meistbegünstigten Nationen.

Art. 2. Gleichstellung der Boden- und Gewerbserzeugnisse in der Besteuerung und Behandlung mit den Waaren und Gewerbserzeugnissen der meistbegünstigten Nation.

Art. 3. Begünstigung rücksichtlich der Ausfuhrabgaben.

Art. 4. Befreiung von Durchfuhrabgaben.

Art. 5. Begünstigung rücksichtlich der Ein- und Ausgangs-Abgaben und der Ausfuhrverbote.

Art. 6. Schutz rücksichtlich der Bezeichnungen oder Etikettirungen u. der Waaren.

Art. 7. Eintritt des Vertrages in Gültigkeit.

Art. 8. Ratification.

Gesetz, die Aenderung der tarifmäßigen Tarifsätze für ausländischen Rohzucker betreffend. 17. April 1866 Nro. 30 Seite 99.

9. Mai

Declaration des §. 2 des Gesetzes VII vom 21. December 1841 wegen Besteuerung des Braumalzes. 12/18. Juni 1866 Nro. 34 Seite 139.

484 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

Landesherrliches Patent, die Gesetze wegen der inneren Besteuerung des Branntweins, Bieres und Tabacks in dem Amtsbezirke Thedinghausen und einigen anderen Braunschweigischen Gebietstheilen betreffend.

29. Juni 1867 Nro. 47 Seite 335.

9. Juli

§. 1. Die Gesetze wegen der Besteuerung des Branntweins, Biers und Tabacks im Amtsbezirke Thedinghausen und der sonstigen der frühern Königlich Hannoverschen Zollverwaltung angeschlossenen Gebietstheile werden aufgehoben.

§. 2. Dagegen treten die Gesetze wegen Besteuerung des Branntweins, Besteuerung des Braumalzes und wegen Erhebung der Steuer vom inländischen Taback in Wirksamkeit.

I. Gesetz, wegen Besteuerung des Branntweins im Amtsbezirke Thedinghausen und einigen anderen Braunschweigischen Gebietstheilen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Höhe der Steuer.

§. 2. Auf welchem Wege dieselbe erhoben wird.

3. Erhebungssätze.

§. 3. a. Maischbottichsteuer.

§. 4. b. Branntwein-Materialsteuer.

§. 5. 4. Vergütung der Steuer bei Versendungen von Branntwein ins Ausland.

II. Vorschriften über die Erhebung und Controlirung der Steuer.

§. 6. 1. Anmeldung der Geräthe.

§. 7. 2. Abmeldung der Geräthe.

§. 8. 3. Vermessung und Verzeichnung der Geräthe.

§. 9. 4. Außer-Gebrauchsetzen der Geräthe.

§§. 10 u. 11. 5. Vorschriften für die Benutzung der Brennereien und Geräthe.

§. 12. Verpflichtung zur Befolgung der Controlvorschriften.

§. 13. Wann die Steuer zu entrichten ist.

§. 14. Erlass der Branntweinsteuer.

§. 15. Richtige Berechnung und Erhebung der Steuer.

III. Betriebs-Vorschriften.

A. Im Allgemeinen.

1. Anmeldung und Beaufsichtigung der Brennerei-Geräthe.

§. 16. a. Anmeldung der Geräthe.

§. 17. b. Vermessung der Geräthe.

§. 18. c. Amtliche Bescheinigung über die Anmeldung der Geräthe.

§§. 19—21. Aufsicht auf die Geräthe.

§. 22. Verfahren um Geräthe außer Gebrauch zu setzen.

§. 23. Verfahren bei zufälligen Unterbrechungen des Betriebes.

B. Vorschriften für die Benutzung der Brennereien und Geräthe.**AA. Maischbrennereien.**

- §. 24. 1. Anmeldung des Betriebes.
- §. 25. 2. Anfertigung und Erfordernisse der Betriebspläne und Verfahren mit denselben.
- 3. Allgemeine Regeln für den Betrieb.
- §. 26. a. Beschränkung der Maischbereitung in Bezug auf Raum und Zeit.
- §. 27. b. Regelmäßigkeit im Gebrauch der Maischbottiche.
- §. 28. c. Benutzung steuerfreier Nebengefäße.
- d. Beschränkung der Maische auf
- §. 29. aa. bestimmte Tage,
- §. 30. bb. auf Stunden.
- §. 31. 4. Freimachen der Geräthe.
- §. 32. 5. Vorschriften für den gleichzeitigen Betrieb der Brauerei und Brennerei.
- BB. Brennereien zur Bereitung von Brauntwein aus nicht mehligten Stoffen.**
- §. 33. 1. Anmeldung des Betriebes.
- §. 34. 2. Bestimmungen der Brennzeit.
- 3. Material-Controle.
- §. 35. a. Abgabe von Material-Vorrathsverzeichnissen.
- §§. 36—39. b. Revision der Material-Vorräthe.
- §. 40. 4. Verfahren wenn Material verdorben ist.
- §. 41. 5. Fixation der Brennereien.
- §. 42. 6. Gleichzeitiger Betrieb der Brennerei aus Getreide oder Kartoffeln.

IV. Rechte und Pflichten der Steuerbeamten bei Ausübung des Dienstes.**1. Revisionsbefugniß der Steuerbeamten.**

- §§. 43 u. 44. a. Besuch der Gewerbsräume.
- §. 45. Hausfuchungen.
- §. 46. Verhalten Derjenigen, bei welchen revidirt wird.
- §. 47. 2. Dienststunden und bereite Abfertigung.
- §. 48. 3. Ablehnen von Geschenken.
- §. 49. 4. Unzulässigkeit von Nebenerhebungen.

V. Von den Strafen und dem Strafverfahren.**A. Allgemeine Bestimmungen.**

- §. 50. 1. Strafe der Defraudation.
- §. 51. a. Im ersten Falle.
- §. 52. b. Im ersten Rückfalle.
- §. 53. c. Bei ferneren Rückfällen.
- §§. 54 u. 55. 2. Anwendung der Defraudationsstrafe, wenn außer Gebrauch gesetzte Maisch- oder Destillirgeräthe unbefugter Weise benutzt werden.
- §. 56. 3. Anwendung der Defraudationsstrafe bei Verletzung von Fixationsbewilligungen.

486 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

B. Besondere Strafbestimmungen.

- §. 57. 1. Strafe der heimlichen oder anmeldungswidrigen Zubereitung und Aufbewahrung von Maische.
- §. 58. 2. Strafe der unterlassenen oder unrichtigen Anmeldung steuerpflichtiger Stoffe.
- §. 59. 3. Strafe der unterlassenen oder unrichtigen Anzeige der Geräthe.
- §. 60. 4. Strafe der unterlassenen Anzeige beim Uebergange von Geräthen in andere Hand.
- §. 61. 5. Strafe der unterlassenen Geräthe-Bezeichnung.
- §. 62. 6. Strafe der Abweichung von der Maisch- und Brennzeit.
- §. 63. 7. Strafe des ordnungswidrigen Verfahrens mit den Betriebsplänen und Material-Vorrathsverzeichnissen.
- §. 64. 8. Verlegung des Verschlusses oder der Bezeichnung der Geräthe.
- §. 65. 9. Bestrafung sonstiger Gesetzübertretungen.
- §. 66. C. Vertretungsverbindlichkeit für verwirkte Geldstrafen.
- §. 67. D. Zusammentreffen mehrerer Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze.
- §. 68. E. Strafe der Bestechung der Beamten.
- §. 69. F. Strafe der Widerseßlichkeit gegen Beamte.
- §. 70. G. Unvermögenheit.
- §. 71. H. Verwendung der Strafgeelder.
- §. 72. I. Verfahren gegen die Contravenienten.

III. Gesetz, wegen Besteuerung des Braumalzes im Amtsbezirke Thedinghausen und einigen anderen Braunschweigischen Gebietsheilen.

- §. 1. Besteuerung des Braumalzes.
- §. 2. Steuerpflichtigkeit des Bruttogewichts.
- §. 3. Wann die Steuer zu zahlen ist.
- §. 4. Fixation.
- §. 5. Hausstrunk.
- §. 6. Beschränkung des Bierablassens bei Hausbrauereien.
- §. 7. Vergütung der Steuer bei Versendung in das Ausland.
- §. 8. Anzeige der vorhandenen Braupfannen und Braubottiche.
- §. 9. Erforderniß einer Waage.
- §. 10. Aufbewahrung und Verwendung des Malzschrotes.
- §. 11. Verfahren bei der Versteuerung.
- §. 12. Declaration des Bierzuges.
- §. 13. Anmeldung und deren Berichtigung.
- §. 14. Einmaischung.
- §. 15. Erwarten der Steuerbeamten.
- §. 16. Nachmaischen.
- §. 17. Revisionsbefugniß der Steuerbeamten.
- §. 18. Hausfuchung.
- §. 19. Verpflichtung der Hülfsleistung.

§§. 20—22. Verpflichtung der Steuerbeamten.

§. 23. Strafbestimmungen.

§. 24. Defraudationsstrafe. Erster Fall.

§. 25. Zweiter Fall.

§. 26. Dritter Fall.

§. 27. Unterlassene Anmeldung der Geräthe und der Veränderungen.

§. 28. Einmischung ohne Anmeldung und Nachmischung ohne Befugniß.

§. 29. Bierverkauf aus Hausbrauereien.

§. 30. Unterlassene Anmeldung der Hausstrunfbereitung.

§. 31. Abweichungen von der Declaration in Bezug auf Einmischungszeit und Bierzug.

§. 32. Mehrbefund von Malzschrot gegen Declaration.

§. 33. Aushändigung von Brauereigeräthen ohne Anzeige.

§. 34. Vertretungsverbindlichkeit für verwirkte Geldstrafen.

§. 35. Zusammentreffen mehrerer Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze.

§. 36. Strafe der Bestechung der Steuerbeamten.

§. 37. Strafe der Widerseßlichkeit gegen Steuerbeamte.

§. 38. Strafe der Uebertretung sonstiger Vorschriften.

§. 39. Unvermögenheit.

§. 40. Verwendung der Strafgeelder.

§. 41. Verfahren gegen die Contravenienten.

III. Gesetz, wegen Erhebung der Steuer vom inländischen Taback in dem Amtsbezirke Thedinghausen und einigen anderen Braunschweigischen Gebiets- theilen.

§§. 1—4. Erhebungsweise der Steuer.

§. 5. Pflicht zur Anmeldung der mit Taback bebaueten Grundfläche.

§. 6. Prüfung der Anmeldung.

§. 7. Bestrafung unterlassener oder unrichtiger Anmeldung.

§. 8. Haftpflicht für die Steuer.

§. 9. Zahlung der Steuer.

§. 10. Erlass der Steuer und Ausfuhrvergütung.

§. 11. Revision der Material-Vorräthe.

§. 12. Hausfuchung.

§. 13. Pflicht zur Hülfleistung bei der Revision.

§. 14. Dienststunden der Steuerbeamten.

§. 15. Verbot der Annahme von Geschenken.

§. 16. Reclamation wegen zuviel erhobener Steuer.

§. 17. Strafe der Defraudation.

§. 18. Rückfallstrafe.

§. 19. Dritter Uebertretungsfall.

§. 20. Haftpflicht für Hausgenossen und Gesinde.

488 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

- §. 21. Zusammentreffen mehrer Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze.
- §. 22. Strafe der Uebertretung sonstiger Gesetzbestimmungen.
- §. 23. Strafe der Bestechung.
- §. 24. Strafe der Widersegligkeit.
- §. 25. Strafe der Uebertretung der Verwaltungsvorschriften.
- §. 26. Unvermögen zur Entrichtung der Geldstrafen.
- §. 27. Verwendung der Strafgeelder.
- §. 28. Verfahren gegen Contravenienten.

Bekanntmachung, die Erweiterung des freien Verkehrs mit Branntwein, Bier, Tabacksblättern und Tabacksfabrikaten betreffend.
12/15. Juli 1867 Nro. 48 Seite 391.

Bekanntmachung, die Aufhebung der Uebergangsstrafen zwischen dem Herzogthume Braunschweig und dem vormaligen Königreiche Hannover sowie verschiedener Uebergangs-Abfertigungsstellen betreffend.
12/15. Juli 1867 Nro. 49 Seite 395.

Gesetz, die Aufhebung der Gebührenerhebung für Begleitscheine und Blete betr.
25/30. Juli 1867 Nro. 51 Seite 399.

Bekanntmachung, betreffend die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Bier. 25. Juli 1867 Nro. 52 Seite 401.
1. August

- §. 1. Qualität und geringste Quantität des mit dem Anspruche auf Steuervergütung auszuführenden Biers.
- §. 2. Betrag der Vergütung.
- §. 3. Bedingungen der Steuervergütung.
- §. 4. Ausgangsbefcheinigungen.
- §. 5. Anmeldung des auszuführenden Biers.
- §. 6. Abfertigungsstellen.
- §. 7. Verfahren bei dem Ausgangsamte.
- §. 8. Verfahren bei der Vorabfertigung bei einem anderen als dem Ausgangsamte.
- §. 9. Liquidation der Steuervergütung.
- §. 10. Feststellung der zu vergütenden Beträge.
- §. 11. Aufhebung früherer Bestimmungen.

Anhang. Muster zu einer Bier-Ausfuhr-Anmeldung und zu Ausgangs-Befcheinigungen.

Bekanntmachung, betreffend die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Branntwein. 25. Juli 1867 Nro. 53 Seite 409.
1. August

- §. 1. Qualität und geringste Quantität des auszuführenden Branntweins und Betrag der Steuervergütung.
- §. 2. Ursprungsnachweis und Revision.
- §. 3. Anmeldung des auszuführenden Branntweins.

- §. 4. Verfahren auf dem Transporte des Branntweins.
- §. 5. Revision beim Ausgangsamte.
- §. 6. Revision bei einem anderen Steueramte als dem Ausgangsamte.
- §. 7. Liquidation und Feststellung der Steuervergütung.
- §. 8. Zahlung der Steuervergütung.
- §. 9. Ausfuhr von Branntwein aus einer Pacht- oder Niederlage.
- §. 10. Entziehung der Steuervergütung in Folge von Defraudation der Fabrikationssteuer oder heimlicher Wiedereinführung gegen Steuervergütung ausgeführten Branntweins.

Anhang. Muster zu einer Branntwein-Ausfuhr-Anmeldung. Ausgangs-Bescheinigungen und Eingangs-Bescheinigungen für Sendungen nach den betreffenden Vereinsländern.

Bekanntmachung: die Uebergangsstraßen und Uebergangs-Abfertigungsstellen für den Verkehr mit den einer Uebergangs-, beziehungsweise einer inneren indirecten Abgabe unterliegenden vereinsländischen Erzeugnissen betr. 15/28. August 1867 No. 70 Seite 511.

Verzeichniß der Uebergangsstraßen und der an denselben gelegenen Hebe- und Abfertigungsstellen

1. für den Verkehr mit den einer Uebergangs-, beziehungsweise einer inneren indirecten Abgabe unterliegenden vereinsländischen Erzeugnissen an der Grenzlinie von Preußen, Thüringen und Sachsen einerseits gegen Bayern und das Großherzogthum Hessen andererseits;
2. für den Verkehr mit Branntwein bis zum 1. Juli 1868 an den Grenzen der in Branntweinsteuer-Gemeinschaft befindlichen Staaten einerseits gegen denjenigen Theil des Preussischen Regierungsbezirks Kassel andererseits, welcher aus dem ehemaligen Kurfürstenthume Hessen (mit Ausschluss der Grafschaft Schaumburg und des Kreises Schmalkalden) besteht. Seite 513—527.

Bekanntmachung, betreffend die im Gebiete der Branntweinsteuer-Gemeinschaft zur Abfertigung des mit dem Anspruche auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntweins, beziehungsweise zur Ertheilung der Ausgangsbescheinigung ermächtigten Steuerstellen.

20. August 1867 No. 73 Seite 551.

6. Septbr.

Verzeichniß derjenigen Steuerstellen, welche im Gebiete der Branntweinsteuer-Gemeinschaft, also: in Preußen (mit Ausschluss der Hohenzollernschen Lande, der vormalig Kurhessischen Hauptlande und der Herzogthümer Schleswig und Holstein) ferner in Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg, zur Abfertigung des mit dem Anspruch auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntweins, beziehungsweise zur Ertheilung der Ausgangs-Bescheinigung befugt sind. Seite 554—563.

490 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

Declaration des §. 2 des Gesetzes Nro. 30 vom 15. Mai 1857, die Erhebung verschiedener Abgaben nach dem neuen Münzgesetze und der neuen Gewichtseinheit betreffend. 27. September 1867 Nro. 82 Seite 597.

5. October

Feststellung der Abgabe für 100 Pfund Zollgewicht des zur Bierbereitung verwandten Malzschrotes auf 20 Groschen.

Bekanntmachung, die Abänderung des durch die Bekanntmachung vom 15. August d. Jrs. Nro. 70 veröffentlichten Verzeichnisses der Uebergangsstraßen und Uebergangs-Abfertigungsstellen betreffend.

25. October 1867 Nro. 91 Seite 615.

2. Novbr.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, den Anschluss Schleswigs und Holsteins an den deutschen Zoll- und Handelsverein betreffend.

8|12. November 1867 Nro. 97 Seite 635.

Bekanntmachung, betreffend die Berichtigung des mit der Bekanntmachung vom 20. August d. Jrs. Nro. 73 veröffentlichten Verzeichnisses der im Gebiete der Branntweinsteuer-Gemeinschaft zur Abfertigung des mit dem Anspruche auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntweins, beziehungsweise zur Ertheilung der Ausgangsbefcheinigungen ermächtigten Steuerstellen.

23. December 1867 Nro. 8 Seite 17.

9. Januar 1868

Bekanntmachung, betreffend Ergänzung des mit der Bekanntmachung Nro. 73 vom 20. August v. Jrs. veröffentlichten Verzeichnisses der im Gebiete der Branntweinsteuer-Gemeinschaft zur Abfertigung des mit dem Anspruche auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntweins, beziehungsweise zur Ertheilung der Ausgangsbefcheinigungen ermächtigten Steuerstellen.

12|19. Februar 1868 Nro. 22 Seite 47.

Anhang. Verzeichniß derjenigen Steuerstellen, welche im Bezirke der Provinzial-Steuerdirection zu Glückstadt mit der Befugniß zur Abfertigung des mit dem Anspruche auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntweins, beziehungsweise zur Ertheilung der Ausgangsbefcheinigung versehen sind.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Verpachtung der herrschaftlichen Mahlmühle bei Eisenbüttel betreffend.

18|23. März 1868 Nro. 30 Seite 73.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Publication eines von dem Bundesrath des deutschen Zollvereins erlassenen Regulatives über die zollamtliche Behandlung der mit den Posten eingehenden, durchgehenden oder ausgehenden Gegenstände betreffend.

30. Juni 1868 Nro. 54 Seite 157.

11. Juli

§§. 1—12. I. Abschnitt. Abfertigung der in das Zollvereinsgebiet eingehenden Gegenstände.

§§. 13—15. II. Abschnitt. Abfertigung der aus dem Zollvereinsgebiete mit den Posten ausgehenden Gegenstände.

§. 16. III. Abschnitt. Abfertigung von Gegenständen, welche mit den Posten durch das Zollvereinsgebiet durchgeführt werden.

§. 17. IV. Abschnitt. Abfertigung von Postsendungen, welche aus einem Orte des Zollvereinsgebietes durch das Zollvereinsland nach einem anderen Orte des Zollvereinsgebietes gehen.

§. 18. V. Abschnitt. Folgen unrichtiger Inhaltserklärungen.

Bekanntmachung, die Einführung der Branntweinsteuer in dem Königl. Preussischen Regierungsbezirke Kassel betreffend. 11/17. Juli 1868 Nro. 57 Seite 181.

Bekanntmachung, betreffend die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Bier in Flaschen. 18/27. August 1868 Nro. 62 Seite 191.

Anlage. Muster zu einer Anmeldung über Ausfuhr von Bier in Flaschen.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, den Verkauf der herrschaftlichen Mahlmühlen zu Delper betr. 26/30. September 1868 Nro. 66 Seite 207.

Wird in Beziehung auf das Gesetz vom 21. December 1841, die städtischen indirecten Abgaben zu Braunschweig und Wolfenbüttel betreffend, bekannt gemacht.

Bekanntmachung, die Herstellung des freien Verkehrs zwischen Mecklenburg und Lübeck einerseits und dem übrigen Zollvereinsgebiete andererseits betr. 30. September 1868 Nro. 67 Seite 209.

5. October

Bekanntmachung, den Anschluss Preussischer und Hamburgischer Gebietstheile an den Zollverein, und die Errichtung eines zollvereinsländischen Hauptzollamts in Hamburg betreffend. 5/14. November 1868 Nro. 76 Seite 227.

Bekanntmachung, des von dem Bundesrathe des Zollvereins beschlossenen Regulativs, die fortlaufenden Conten betreffend.

20. November 1868 Nro. 87 Seite 285.

8. December

A. Bedingungen für die Bewilligung eines fortlaufenden Contos.

§. 1. Großhandlungen denen ein solches bewilligt werden kann.

§§. 2 u. 3. Waaren, auf welche das Conto sich erstrecken kann und die erforderliche geringste Menge derselben.

§. 4. Wirkung des Contirungsverfahrens.

§. 5. Sicherstellung des zu contirenden Eingangszolles.

§. 6. Aufhören der fortlaufenden Conten.

§. 7. Veränderung in den Personen der Conten-Inhaber.

§. 8. Orte, von denen die zu contirenden Waaren nur aufbewahrt werden dürfen.

§. 9. Einrichtung der von den Inhabern fortlaufender Conten zu führenden Handelsbücher.

§. 10. Erlaubniß zum Halten gemischter Contenlager.

§. 11. Bedingungen beim Halten gemischter Contenlager.

492 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge.

B. Bestimmungen über die Anschreibung auf ein fortlaufendes Conto.

§. 12. Anzuschreibende Waarenmenge.

§§. 13—15. Angabe besonderer Eingangs-Anmeldungen über die zu contirenden Waaren.

§. 16. Erfordernisse der abzugebenden Anmeldungen.

§. 17. Weiteres Verfahren mit den Eingangs-Anmeldungen.

§§. 18 u. 19. Revision der zu contirenden Waaren.

§. 20. C. Unzulässigkeit der Gewichts-Veränderungen der contirten Waaren.

§. 21. D. Bestimmungen über die Abschreibung contirter Waaren.

§. 22. Abzuschreibende Waarenmenge.

§. 23. Abfertigung bei Versendung contirter Waaren.

§. 24. Ausgangs-Abfertigung. Abgabe von Ausgangs-Anmeldungen.

§. 25. Revision der ausgehenden contirten Waaren.

§. 26. Ausfertigung der Begleitscheine.

§. 27. Gestattung der Beipackung von inländischen oder im freien Verkehr befindlichen ausländischen Waaren.

§. 28. Uebertragung contirter Waaren auf ein anderes Conto.

§. 29. E. Ermittlung und Feststellung des Zollbetrages von den contirten Waaren. Zeitpunkt derselben.

§. 30. Verpflichtung der Anmeldung des Absatzes von contirten Waaren.

§. 31. Revision der Lagerbestände.

§. 32. Verfahren wenn nur ein verhältnißmäßig geringer od. gar kein Absatz im Lande angemeldet wird.

§. 33. Ahndung von Unrichtigkeiten, welche sich bei der Revision vorfinden.

§. 34. Uebertragung des verbleibenden Bestandes auf das neue Conto.

§. 35. Zeitpunkt der Entrichtung der ermittelten Eingangsabgabe.

§. 36. Aufhören der Contobewilligung.

§. 37. G. Strafbestimmungen.

§. 38. Vorbehalt von Aenderungen und Ergänzungen.

Anhang. Muster A. Conto ad §. 13.

Muster B. Certificat ad §. 23.

Muster C. Ausgangs-Declaration ad §. 24.

Muster D. Abrechnungs-Declaration ad §. 30.

Muster E. Bestands-Declaration ad §. 30.

Bekanntmachung der Declaration, betreffend die gegenseitige zollfreie Zulassung von Mustern und Proben der Handlungsreisenden im Verkehre zwischen dem Zollvereine und Großbritannien. d. d. Berlin den 1. d. Mts.
6/16. April 1869 No. 27 Seite 121.

Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Verwaltung der indirecten Steuern in den bislang der Königl. Preussischen Steuerverwaltung unterstellt gewesenen Braunschweigischen Gebietstheilen betreffend.
9/14. Juni 1869 No. 42 Seite 169.

Gesetz, die Aufhebung der Denunciantenanteile betreffend.

6/14. April 1869 Nro. 26 Seite 119.

Die im Gesetze, die Besteuerung des Brauntweins und Braumalzes betreffend zugesicherten Denunciantenanteile von Geldstrafen und Erlösen aus Confiscaten werden aufgehoben.

Bekanntmachung, die Publication der zum Vollzuge des Bundesgesetzes vom 26. Mai 1868 über die Besteuerung des Tabacks erlassenen Ausführungs-Verordnungen betreffend. 26. Juni 1869 Nro. 47 Seite 185.

15. Juli

A. Anweisung zur Ausführung des Bundesgesetzes, die Besteuerung des Tabacks betreffend.

Muster a. Anmeldung der Grundstücke, welche mit Taback bepflanzt worden sind.

Muster b. Bescheinigung über die geschehene Anmeldung.

Muster c. Anmelde-Register für die Tabacksteuer des Ernte-Jahrs 18 . . der Hebestelle zu

Muster d. Benachrichtigung über Feststellung der Steuer.

Muster e. Hebe-Register der Steuern vom inländischen Tabacksbau für das Ernte-Jahr 18 . .

B. Bestimmungen über Erlass der Tabacksteuer wegen Misswachses oder anderer Unglücksfälle.

Muster a. Nachweisung über die in der Gemeinde N. N. im Amtsgerichtsbezirke N. N. durch Naturereignisse entstandenen Beschädigungen an Tabacksfeldern.

Muster b. Nachweisung über den in der Gemeinde N. N. im Amtsgerichtsbezirke N. N. durch Feuersbrunst entstandenen Verlust an Tabacksgewinn.

Muster c. Nachweisung des für die Gemeinde N. N. im Amtsgerichtsbezirke N. N. ermittelten Tabacksteuer-Nachlasses wegen erlittener Beschädigung durch Naturereignisse.

Muster d. Nachweisung des für die Gemeinde N. N. im Amtsgerichtsbezirke N. N. ermittelten Tabacksteuer-Nachlasses wegen erlittener Beschädigung durch Feuersbrunst.

C. Regulativ, betreffend die Gewährung der Zoll- und Steuer-Vergütung für in das Ausland versandten Taback.

Beilage I. Notizbuch über diejenigen Tabacksfabrikate, welche aus der Fabrik des N. N. zu N. N. gegen Zollrückvergütung unter Begleitscheincontrole nach dem Auslande abgefertigt worden sind für das . . Quartal 18 . .

Beilage II. Conto über den Zugang an in- und ausländischen Tabacken und über die Versendungen an Tabacksfabrikaten der Fabrik von in für das . . Quartal 18 . .

Beilage III. Anmeldung zur Ausfuhr von Taback, für welchen Steuervergütung in Anspruch genommen wird.

Beilage IV. Register des Amtes zu über die Abfertigung von inländischem Taback und Tabacksfabrikaten, für welche die Ausfuhrvergütung der Tabacksteuer in Anspruch genommen wird für 18 . .

494 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

Bekanntmachung, betreffend die in den Staaten des Norddeutschen Bundes und in dem nicht zu dem Letztern gehörigen Theil des Großherzogthums Hessen zur Abfertigung des mit dem Anspruch auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntweins, ermächtigten Steuerstellen.

22. Juli 1869 Nro. 55 Seite 283.

2. August

Bekanntmachung der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Herstellung der Verkehrsfreiheit mit Bier und Branntwein zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogthume Hessen betreffend.

17. August 1869 Nro. 65 Seite 323.

1. September

Bekanntmachung der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Uebergangsstraßen und die an denselben befindlichen Abfertigungsstellen für den übergangsabgabepflichtigen Verkehr betreffend.

18. August 1869 Nro. 66 Seite 325.

1. September

Bekanntmachung der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Anweisung zur Ausführung des Gesetzes, die Besteuerung des Zuckers betreffend.

28. August 1869 Nro. 69 Seite 355.

7. September

Bekanntmachung der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, betreffend die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Branntwein.

10/17. September 1869 Nro. 72 Seite 371.

Bekanntmachung: die zur Abfertigung des mit dem Anspruche auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Bieres u. befugten Steuerstellen betreffend.

26. October 1869 Nro. 84 Seite 423.

4. November

Bundesgesetzgebung.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend.

Vom 8. Juli 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 81.

Schlussprotocoll vom 8. Juli 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 107.

Schiffahrtsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Italien.

Vom 14. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 317.

Gesetz, betreffend die Aufhebung der Eingangsabgabe von Rindvieh und Hammeln auf der Grenzlinie von Burg auf Fehmarn bis Høxbro in Schleswig.

Vom 23. October 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 53.

Verordnung, über die Ausführung des Gesetzes vom 23. October d. J., betreffend die Aufhebung der Eingangsabgabe von Rindvieh und von Hammeln auf der Grenzlinie von Burg auf Fehmarn über Högbro in Schleswig.

Vom 2. November 1867. Bd.-Ges.-Bl. Seite 54.

Allerhöchster Erlass vom 16. November 1867, betreffend die Uebertragung des Vorsitzes im Bundesrathe des Zollvereins an den Kanzler des Norddeutschen Bundes. Bd.-Ges.-Bl. Seite 9 de 1868.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesrathes des deutschen Zollvereins. Vom 22. Februar 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 10.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 28. Februar 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 14.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 7. März 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 21.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Zollparlamentes. Vom 13. April 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 39.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 15. April 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 100.

Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe von der Branntweinbereitung in den Hohenzollernschen Landen. Vom 4. Mai 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 151.

Bekanntmachung, betreffend die Enthebung des Königl. Bayerischen Staatsministers von Schlor von seiner Function als Bevollmächtigter zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 8. Mai 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 155.

Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und der Republik Liberia. Vom 31. October 1867.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 197 de 1868.

Schlussprotocoll zu solchem Vertrage. Vom 31. October 1867.

Bd.-Ges.-Bl. Seite 203 de 1868.

Gesetz, wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und der Zollstrafgesetzgebung. Vom 18. Mai 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 225.

Handels- und Zollvertrag zwischen dem Zollvereine einerseits und Oesterreich andererseits. Vom 9. März 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 239.

Anlage A. Zollsätze für die Einfuhr aus dem Zollverein nach Oesterreich.
Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 249.

Anlage B. Zollsätze für die Einfuhr aus Oesterreich nach dem Zollverein.
Bd.-Ges.-Bl. de 1868 Seite 277.

Anlage C. Zollcartel. Bd.-Ges.-Bl. Seite 296 de 1868.

Schlussprotocoll. Vom 9. März 1868. Bd.-Ges.-Bl. Seite 303.

Formular A. Legitimation Gewerbetreibender über die Steuerzahlung.
Bd.-Ges.-Bl. Seite 314.

Formular B. Gewerbe-Legitimationskarte. Bd.-Ges.-Bl. Seite 315.

496 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

Gesetz, betreffend den Vereinszolltarif vom 1. Juli 1865. Vom 25. Mai 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 316.

Gesetz, die Besteuerung des Tabacks betreffend. Vom 26. Mai 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 319.

Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den zu diesem Bunde nicht gehörigen Mitgliedern des deutschen Zoll- u. Handelsvereins einerseits und Spanien andererseits. Vom 30. März 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 322.

Gesetz, wegen Besteuerung des Braumalzes in verschiedenen zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten und Gebietstheilen. Vom 4. Juli 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 375.

Die betreffenden Gebietstheile sind, der zum Norddeutschen Bunde gehörende Theil des Großherzogthums Hessen, die Großherzogthümer, Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz, das Herzogthum Lauenburg und die freie und Hansestadt Lübeck und deren Gebiet und die nach dem 1. Januar d. J. in die Zolllinie des Zollvereins gezogenen und noch zu ziehenden Preussischen und Hamburgischen Gebietstheile.

Gesetz, betreffend die subsidiarische Haftung des Brauerei-Unternehmers für Zuwiderhandlungen gegen die Braumalzsteuergesetze durch Verwalter, Gewerksgehülften und Hausgenossen. Vom 8. Juli 1868. Bd.=Ges.=Bl. Seite 403.

Gesetz, betreffend die subsidiarische Haftung des Brennerei-Unternehmers für Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuergesetze durch Verwalter, Gewerksgehülften und Hausgenossen. Vom 8. Juli 1868. Bd.=Ges.=Bl. Seite 404.

Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Zollverein einerseits und dem Kirchenstaate andererseits. Vom 8. Mai 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 408.

Bekanntmachung, betreffend den unterm 24. Juni 1868 zu Madrid unterzeichneten Zusatz zu dem Handels- und Schiffahrtsvertrage vom 30. März 1868 zwischen dem Norddeutschen Bunde und den zu diesem Bunde nicht gehörenden Staaten des deutschen Zollvereins einerseits und Spanien andererseits. (Bd.=Ges.=Bl. Seite 322). Vom 16. Juli 1868. Bd.=Ges.=Bl. Seite 464.

Ausdehnung des Vertrages vom 30. März 1868 auf Cuba, Portorico und die Philippinischen Inseln.

Verordnung, betreffend die Einführung des Gesetzes wegen Besteuerung des Braumalzes vom 4. Juli 1868 und des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins vom 8. Juli 1868 in Mecklenburg, Lauenburg, Lübeck und Preussischen und Hamburgischen Gebietstheilen. Vom 29. Juli 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 465.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Hessen, die Besteuerung des Branntweins und Biers in dem nicht zum Norddeutschen Bunde gehörenden Theile des Großherzogthums Hessen betreffend. Vom 9. April 1868.
Bd.=Ges.=Bl. Seite 466.

- Verordnung**, betreffend die Einführung des Gesetzes wegen Besteuerung des Braumalzes, vom 4. Juli 1868 (Vd.-Ges.-Bl. S. 375) und des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, vom 8. Juli 1868 (Vd.-Ges.-Bl. S. 384) in verschiedenen Preussischen und Hamburgischen Gebietstheilen. Vom 19. October 1868. Vd.-Ges.-Bl. Seite 513.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 10. November 1868. Vd.-Ges.-Bl. Seite 518.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ausführung des Artikel 6 des Zollvereinigungs-Vertrages vom 8. Juli 1867. Vom 18. November 1868. Vd.-Ges.-Bl. Seite 518.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 3. December 1868. Vd.-Ges.-Bl. Seite 568.
- Bezeichnung** der Vereinsbeamten, welche auf Grund der Bestimmung im Artikel 20 des Vertrags zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 8. Juli 1867, von dem Präsidium des deutschen Zoll- und Handelsvereins, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen den zugleich bezeichneten Directivbehörden und Steuerämtern beigeordnet sind. Vd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 35.
- Verordnung**, betreffend die Einberufung des Bundesrathes des deutschen Zollvereins. Vom 17. April 1869. Vd.-Ges.-Bl. Seite 109.
- Bekanntmachung**, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 8. Mai 1869. Vd.-Ges.-Bl. Seite 133.
- Verordnung**, betreffend die Einberufung des Zollparlaments. Vom 23. Mai 1869. Vd.-Ges.-Bl. Seite 138.
- Bekanntmachung**, die Beordnung von Vereinscontroleuren bei verschiedenen Hauptzollämtern betreffend. Vd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 138 und 139.
- Verordnung**, betreffend die Einführung des Gesetzes wegen Besteuerung des Braumalzes vom 4. Juli 1868 (Vd.-Ges.-Bl. S. 375) und des Gesetzes betreffend die Besteuerung des Branntweins vom 8. Juli 1868 (Vd.-Ges.-Bl. S. 384) in der Hamburgischen Voigtei Moormärder und in einem Theile der Preussischen Insel Wilhelmsburg. Vom 5. Juni 1869. Vd.-Ges.-Bl. de 1869 Seite 241.
- Vereinszollgesetz**. Vom 1. Juli 1869. Vd.-Ges.-Bl. Seite 317.
Inhaltsverzeichnis dazu. Vd.-Ges.-Bl. Seite 365.
- Gesetz**, betreffend die Sicherung der Zollvereinsgrenze in dem vom Zollgebiete ausgeschlossenen Hamburgischen Gebietstheilen. Vom 1. Juli 1869. Vd.-Ges.-Bl. Seite 370.

498 Zoll, (indirecte Steuer). Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge.

Handels- und Zollvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den zu diesem Bunde nicht gehörenden Mitgliedern des Zollvereins einerseits und der Schweiz andererseits. Vom 13. Mai 1869. Bd.=Ges.=Bl. Seite 603.

Anlage A. Bezeichnung der Artikel welche bei dem Uebergange von Eingangs- und Ausgangsabgaben befreiet sind. Bd.=Ges.=Bl. Seite 607.

Anlage B. Bestimmungen über die Behandlung des grenznachbarlichen Verkehrs. Bd.=Ges.=Bl. Seite 609.

Schlussprotocoll. Verhandelt Berlin den 13. Mai 1869. Bd.=Ges.=Bl. Seite 610.

Anlage C. Verzeichniß der in einzelnen Schweizerischen Cantonen erhobenen inneren Verbrauchssteuern auf Getränke. Bd.=Ges.=Bl. Seite 615.

Anlage D. Gewerbe-Legitimationskarte. Bd.=Ges.=Bl. Seite 623.

Bekanntmachung, die Beiordnung von Vereinscontroleuren bei verschiedenen Hauptzollämtern im Königreiche Preußen, Großherzogthume Baden und Großherzogthume Hessen betreffend. Bd.=Ges.=Bl. de 1869 Seite 671.

Bekanntmachung, betreffend die Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe des deutschen Zollvereins. Vom 25. October 1869. Bd.=Ges.=Bl. Seite 679.

Beiordnung von Vereinscontroleuren bei verschiedenen Hauptzollämtern im Königreiche Württemberg und im Großherzogthume Baden. Bd.=Ges.=Bl. Seite 689.



Register.

A.

	Seite		Seite
Aarhus, Bundeskonsulat	19	Alimentationsvertrag der Vormünder für Minder-	
Aberdeen, Bundeskonsulat	30	jährige, Cognition derselben	356
Abgaben und Dienste, Ablösung derselben	3	— zwischen der Mutter eines unehelichen Kindes	
Ablehnungsgründe	41	und dem Schwängerer	363
Ablösungen	3	Allenackerfeld, Gemarkung	171
Ablösungscapitale von Bauholzberechtigungen,		Alendorfer Gewerkschaft	212
deren Pertinenzqualität	4	Aller- Correction	319
Ablösungscapitale vom Leihhause deren Abtragung	329	— deren Ausführung	321
Abo, Bundeskonsulat	21	— Nachtrag zu dem Staatsvertrage	321
Abschriften aus Untersuchungsacten	86	Alrode, Grundsteuer-Ermäßigung	439
Abwesende, Curatel über dieselben	108	— Gemeindebezirk, Forstgemarkung	177
Abzugsrecht, Aufhebung zwischen Braunschweig		Almeria, Bundeskonsulat	127
und Russland	5	Altenbrack, Gemeindebezirk	178
Adenhausen, Gemeindebezirk	176	— Forstgemarkung	177
Actiengesellschaften	136	Alter, militairpflichtiges	337
Bekanntmachung und Eintragung derselben		Altendorf und Altersheim,	
ins Handelsregister	223	Reinede- Hausmann- Stiftung,	
Adelaide, Bundeskonsulat	32	Verleihung der Rechte milder Stiftungen	421
Adhäsionsbefugniß	41	Altersdispensation der Confirmanden	315
Adler, Feuerversicherungsgesellschaft	10	Altona, Feuerversicherungsverein	10
Adoption natürlicher Kinder	359	Amerikanisches Konsulat	
Adrianopel, Bundeskonsulat	31	in Barmen	26
Advocaten, Amtstracht	233	in Sonneberg	28
Advocaten- Ordnung, Abänderung	233	in Bremen	28 u. 29
Advocatur der Notare	37	in Hamburg	29
Aegypten, Bundes-Generalkonsulat	19	in Braunschweig	29
Aerzte, Verfahren bei Zulassung derselben	330	in Geestemünde	29
— deren Taxe	334	in Stettin	30
Aichgebühren-Taxe	330	in Frankfurt	31
Aichmeister in Harzburg	330	für Aachen	31
Aichordnung	330	Amerika, Auslieferung der Verbrecher	59
Aichungscommission	330	— Staatsangehörigkeit der Einwanderer	454
Aichungswesen, Caution der Aichungsbeamten	330	Amsterdam, Bundes-Generalkonsulat	20
Aikfirmann, Bundeskonsulat	27	Amtsarmen-, Wegebesserungs- und Feuercaffen-	
Aikhat, Bundeskonsulat	23	capitalien, deren Ausleihung und Wieder-	
Albrechtische Fundation und Stipendienstiftung		belegung	323
in Braunschweig, Rechte milder Stiftungen	415	Amtsgerichte, Einsendung der Anzeigen über Be-	
Alers, Forstmeister in Helmstedt, Privilegium	419	figveränderungen	323
Alippe, Bundeskonsulat	31	Amtsgericht Altdagshausen, Ladungen im Stadt-	
Algeciras, Bundeskonsulat	22	gerichtsbezirke Braunschweig	235
Algier, Bundeskonsulat	20	Amtsgericht Wolfenbüttel, Ladungen im Stadt-	
Allicante, Bundeskonsulat	22	gerichtsbezirke Wolfenbüttel	235

	Seite		Seite
Amtsgerecht Blantenburg, Organisation	233 u. 234	Armenanstalten, deren Sportelfreiheit	54
Anbauerwesen, Entrichtung von Kornprästationen		Arrogation eines Ausländers	466
an den Lehrer	305	Arrogrirte, Verfügung über Vermögen u. Erbrechte	351
Anerbenrecht in Bauergüter	107. 112 u. 113	Asmus, Berg-Ingenieur in Bern, Privilegium	414
Angehörige im Sinne der Proceßordnungen	259	Astfeld, Uebergangs-Abfertigungsstelle	469
Anklage auf Anzeige	76	Atteste, ärztliche über Militairpflichtige	337
Ankläger, öffentliche Diäten	65	Auctionsweisen in der Stadt Braunschweig	5
Anmeldegebühren in Forststrafsachen	140	Aucland, Bundeskonsulat	22
Anstalten und Cassen der Vereine, deren Gründung	425	Aufgeld auf Goldzahlungen	378
Antillen, Bundeskonsulat	25	Aurich, Postbezirk, Zulegung zum Oberpost-	
Antwerpen, Bundeskonsulat	20 32	directionsbezirke Didenburg	400
Anzugsgeld	187	Auskunftspersonen, Entschädigung derselben	84
Apotheker, Prüfung derselben	214	Ausländer, Verhaftung derselben	104
— deren Rechte und Verpflichtungen	333	— Zulassung zum Schuldienste	305
Apotheken	332	— deren Arrogation	466
Appellusische Stipendien- und Schulstiftung in		Auslieferung der Verbrecher	59
Launing	418	Ausweisung auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes,	
Arborath, Bundeskonsulat	30	unzulässige	465
Arbeitsanstalten, Dauer der Detention	65	Autorenrecht	6
Arbeitsbücher des gewerblichen Hülfspersonals	206	— Vertrag wegen Schutzes desselben zwischen	
Arbeitslohn, Beschlagnahme	136	Preußen und Großbritannien	6
Archangel, Bundeskonsulat	21	— zwischen Preußen und Frankreich	6
Arendal, Bundeskonsulat	21	— Beitritt des Großherzogthums Hessen	6
Arensburg, Bundeskonsulat	23	— Beitritt von Braunschweig	6
Argentinische Republik, Bundeskonsulat	23	— Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen	
Argentinischer Bund, Bundes-Ministerresident	28	Bunde und Italien	7
Argentinische Republik, Konsulat zu Altona	33	— Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen	
Arica, Bundeskonsulat	28	Bunde und der Schweiz	7
Armenencassen-Abgaben	147. 163	Azoren, Bundeskonsulat	25

B.

	Seite		Seite
Baden, Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde		Batavia, Bundeskonsulat	20
wegen militairischer Freizügigkeit	342	Bauart, Baustyl der evangelischen Kirchen	283
— Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde		Baubeamte, deren Stellung zu den Landesver-	
und Oesterreich	399	waltungsbehörden	322
Badenhausen, Frischhütte	172	Bauergüter, Successionsrecht darin	107. 112. 113
Bärenwinkel, Forstort	169	Bauerhöfe, Dispensation vom Verbote der Ver-	
Babia, Bundeskonsulat	27	erbung mehrerer Höfe auf ein Kind	114
Bahrdorf, Forstgemarkung	170	— Gebot der Wiederbebauung eines erworbenen	
— Gemeindebezirk	174	zweiten Hofes	115
Baiern, Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde		— Erwerb mehrerer	116. 118
und Oesterreich	399	Bauhandwerker, Befähigungsnachweis	207 u. 212
Baierstedt, Gemeindebezirk	175	Baubolzerechtigung, deren Ablösung	4
Baker zu Philadelphia, Privilegium	415	Baumbach, Regimentsfittler zu Braunschweig,	
Baltimore, Bundeskonsulat	23	Privilegium	422
Balth, Lapejirer zu Braunschweig, Privilegium	404	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Feuer-	
Bank, Braunschweigische	208	versicherung	10
— Statuten derselben	208	Bavonne, Bundeskonsulat	10
Bankrott, Strafbestimmungen	58	Beamte, Umzugskosten bei Versetzungen	436
Bari, Bundeskonsulat	21	— Pensionsberechnung	436
Barneke, Forstgemarkung	169	— Beurlaubte, Wittwencassenbeiträge	433
Barranquilla, Bundeskonsulat	23	— öffentliche, Verfahren bei Beleidigung der-	
Barth, Tischlermstr. zu Braunschweig, Privilegium	402	selben in schriftlichen Eingaben	324
Barum, Zuckerfabrik	213	Beeridigungscheine	66
de Barz in Offenbach, Privilegium	402 u. 403	Bedemundischeine	443
Bassein, Bundeskonsulat	22	Beddies, Buchsenmacher in Braunschweig, Privil.	402

	Seite		Seite
Beglaubigung durch Prediger u. Kirchenbuchführer	292	Blumenau, Bundeskonsulat	27
Begleittheine und Bleie, Gebührenaufhebung	488	Blumefche Stiftung in Braunschweig	414
Begnadigung	81 u. 104	Bodenburger Sterbecassengeseßschaft, Verleihung von Corporationsrechten	412
Behrens, Schlossermeister zu Braunschweig, Priv.	415	Böde, Fabrikant zu Berlin, Privilegium	409
Beienroder Forstgemarkung	169	Böhmefche Stiftung in Braunschweig, Rechte milder Stiftungen	422
Beirut, Bundeskonsulat	19	Bölter, Papierfabrikant zu Hildesheim, Privil.	406
Beleidigung der Landesversammlung	59	Börneke, Gemeindebezirk	178
Belfast, Bundeskonsulat	29	— Forstgemarkung	178
Belgien, Gesandtschaft	17	Bombay, Bundeskonsulat	22
— Generalkonsulat	21	Bangkok, Bundeskonsulat	24
— Konsulat in Hamburg	22	Bona, Bundeskonsulat	26
— Konsulat zu Köln	26	Borchard, Mechanicus zu Braunschweig, Priv.	407
— Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde	399	Bordeaux, Bundeskonsulat	20
— Handelsvertrag mit den Zollvereinsstaaten	477	— Bundesvicekonsulat	33
Belgrad, Bundeskonsulat	26	Born, Forstgemarkung	171
Belige, Bundeskonsulat	22	Bornumer Kirchenwaldung, Forstgemarkung	169
Bendikföhler, Forstort, Gemeindebezirk	176	Bosnien, Bundeskonsulat	19
Benicarlo, Bundeskonsulat	25	Boston, Bundeskonsulat	26
Benzingerode, Gemeindebezirk	178	Bosse, Photograph in Braunschweig, Privilegium	421
Berel, Gemeindebezirk	179	Boulogne, Bundeskonsulat	32
Berechtigungen gewerbliche, Aufhebung	204	Brackstedt, Gemeindebezirk	174
Bergen, Bundeskonsulat	21	Brake, Bundeskonsulat	25
Berendts- und Burggehäge, Forstgemarkung	169	Brandbüden	9
Berggeses	7	Brandstiftung, unvorsätzliche	83
Bergwerksabgaben	8	Brandversicherung	9
Bergwerkseigenthum	7 u. 8	Brandversicherungs-Verein zu Lehrte für Windmühlen	11
Berichte, Mittheilung derselben	104	Brand, Civil-Ingenieur zu Braunschweig, Priv.	423
Berlin, Niederländisches Konsulat	25	Brasilien, Bundesministerresident	20
Berlinische Feuerversicherungs-Anstalt	9	Brannwein, Fabrikation im Amtsbezirke Eberdinghausen, Besteuerung	481
Bersmann, Chemiker zu Linden, Privilegium	405	— Kleinhandel damit in Verbindung mit Materialwaarenhandel	216
Berwick, Bundeskonsulat	32	— Steuervergütung für ausgeführten inländischen	481. 488. u. 489
Beschlagnahme, des Arbeits- oder Dienstlohns Bundesgeses	136	— Erweiterung des freien Verkehrs	488
— Befugniß administrativer Behörden dazu	382	— Haftung der Brennereibesitzer für Vergehungen ihrer Verwalter, Gehülfen und Hausgenossen gegen die Brannweinsteuersege	496
Beschwerden in freiwilliger Gerichtsbarkeit	145	Braueriebesitzer, Benugung von Schrotmühlen	200
Besserungsanstalten, Detention	65	— Haftung für Zuwiderhandlung ihrer Gehülfen und Hausgenossen gegen die Braumalzsteuersege	496
Beiztitel-Berichtigung	113	Brauer, Kaufm. in Braunschweig, Privilegium	40
Befizyveränderungen, deren Anzeige an Herzogl. Steuercollegium	323	Braumalz, Besteuerung, Declaration	483. 496
Bestärkung, eidliche von Geschäften	145	Braunlage, Gemeindebezirk, Forstgemarkung	177
Bestellgebühr für Postfachen	394	— Grundsteuer-Ermäßigung	439
Bevölkerung, deren Zählung	443	Braunschweig, Stadt, Auctionswesen	5
Beurlaubtenstand, Dienstverhältniß	338	— Haus-Separationsabfindungen	197
v. Biel, Dotationsstiftung, Rechte milder Stift.	402	— Zuckerraffinerie	201. 212
Bienen-Versicherungsverein, Knefedecker	213	— Actienzuckerfabrik	208
Bierbrauerei, Feierabendstunde	380	— Lebens-Versicherungsanstalt	213
Bier, Steuervergütung für ausgeführtes inländ.	481	— Spargelbau-Gesellschaft	213
— Erweiterung des freien Verkehrs	488	— Politechnische Schule und pharmazeutische Lehranstalt	214
— Ausfuhr, Steuervergütung	488 u. 491	— Aufhebung des Cassenverbandes der Stadtkirchen mit den milden Stiftungen	252
Bilbao, Bundeskonsulat	25		
Birmingham, Bundeskonsulat	30		
Bjorneborg, Bundeskonsulat	21		
Blankenburg, Kreisgericht	38		
— Civilprocessgerichtsbarkeit			
— Amtsgericht, Organisation	233		
— Gemeindebezirk, Gemarkungen	177. 178		
St. Blasii, Stifiskurie	53		
Bleibtrepische Familienstift., Rechte milder Stift.	411		
Blödsinnige	49		

	Seite		Seite
Braunschweig, Stadt, Hamburger Stiftung, Rechte milder Stiftungen	404	Brüssel, Bundeskonsulat	20
— Jubiläums-Stiftung, Rechte milder Stift.	405	Budenburg, Mechaniker zu Bufen, Privilegium	413
— Verein zur Unterstützung kranker verschämter Bedürftigen	412	Buenos-Ayres, Bundeskonsulat	24
— Service-Abgaben	440	Bukarest, Bundes-Generalkonsulat	26
— Brückengeldbefreiung	445	Bund, Norddeutscher	16
— Geldmarksgrenzen	176	Bundesangehörige, Landesverweisung derselben	15
Braunschweig, Herzogthum, Betritt zum Vertrage zum Schutze des Autorenrechts	6	Bundes-Anleihe	34
— Vertrag mit Luxemburg wegen des Uebergangsverkehrs mit Branntwein	482	Bundesbeamte, Cautionspflicht	15
Bregio, Bundeskonsulat	21	Bundes-Centralcasse	14
Bremen, Bundeskonsulat	25	Bundesgerichtshof für Handelsachen	35
— Legitimationskarten der Handelsreisenden	211	Bundeshaushalt	34
Bremer, Pianofortefabrikant zu Braunschweig, Privilegium	405	Bundesgesetzgebung	14
Bremerhafen, Bundeskonsulat	25	Bundesgesetzblatt	14
Brennereibesitzer, Benugung von Schrotmühlen	200	Bundesgesandtschaften	16
Brennholzrenten, deren Ablösung	4	Bundes-Indigenat	460
Breslau, Feuerversicherungsgesellschaft	9	Bundeskanzleramt	14
Brest, Bundeskonsulat	20	Bundeskonsulate	16
Bridgetowe, Bundeskonsulat	24	Bundeskonsuln, deren Amtspflichten	33
Briefpostsendungen	393	Bundes-Kriegsmarine	34
Brindisi, Bundeskonsulat	21	Bundes-Matricularbeiträge	35
Brisbana, Bundeskonsulat	22	Bundes-Militärverwaltung	34
Bristol, Bundeskonsulat	30	Bundesfinanzen	34
Brodjansk, Bundeskonsulat	21	Bundesrath	14
Broistedt, Rübenzuckerfabrik	213	Bundes-Rechnungshof	34
Broixem, Rübenzuckerfabrik	212	Bundes-Reichstag	13
Brunshäuserbad, Forstort	176	Bundes-Verhandelsgericht	235
Brunshäuserfeld, Forstgemarkung	169	Bundes-Flagge	16
Brussa, Bundeskonsulat	31	Bundes-Flotte	16
		Bundes-Schakanweisungen	34
		Bundes-Verfassung	13
		Bundes-Wahlgesetz	12
		Burgdorf, Rübenzuckerfabrik	212
		Büstedt, Gut, Gemeindebezirk	173

C.

	Seite		Seite
Cadettencorps, Königl. Preussisches, Aufnahme hiesiger Unterthanen	337	Cardiff, Bundeskonsulat	29
Cadiz, Bundeskonsulat	25	Carden zu Paris, Privilegium	416
Caen, Bundesvicokonsulat	20	Carlsbam, Bundeskonsulat	20
Calais, Bundeskonsulat	20	Carleston, Bundeskonsulat	23
Calamanka, Bundeskonsulat	20	Cartagena, Bundeskonsulat	22
Calcutta, Bundeskonsulat	22	Cassel, Viehvericherungsgesellschaft	214
Cagliari, Bundeskonsulat	21	— Branntweinsteuer	491
Calmar, Bundeskonsulat	20	Cassenverband der Stadtkirchen und milden Stiftungen zu Braunschweig, Aufhebung	252
Calvörder Berg, Forstgemarkung	171	Cassen-Vereine, deren Gründung	425. 426
Cammer der Aerzte und Apotheker	331	Catania, Bundeskonsulat	26
Cammerfrugberechtigungen	36	Cattenstedt, Gemeindebezirk	178
Campeche, Bundeskonsulat	31	— Schützengesellschaft, Verleihung von Corporationsrechten	420
Candidaten der Rechte, Prüfung	233	Cauttionen der Bundesbeamten	15
— der Theologie und des Predigtamts, Prüfung	249	— durch Deponirung von Landesschuldverschreib.	435
— der Theol., Beaufsichtigung u. Beschäftigung	263	— der Post- und Telegraphen-Beamten	442
Canton, Bundeskonsulat	31	Centralcasse des Norddeutschen Bundes	14
Capstadt, Bundeskonsulat	22	Ceylon, Bundeskonsulat	31
Cap: Verdische Inseln, Bundeskonsulat	25	Ceara, Bundeskonsulat	27
Capitalien der Gemeindecassen	182	Cette, Bundeskonsulat	20
Cardenas, Bundesvicokonsulat	27		

	Seite		Seite
Champonnois, Ingenieur zu Paris, Privil.	424	Communicationswege, Herstellungsweise	446
Chartum, Bundeskonsulat	22	— Beiträge gewerblicher Etablissements zum	
Chausseegeld, Erhebung	445	Bau und Unterhaltung	449. 450 u. 451
— Tariffatz für beladene Schiebefarren	445	Competenz der administrativen Behörden bei Dis-	
Cherburg, Bundeskonsulat	20	senzen über die Staatsangehörigkeit von	
Chili, Bundesgeschäftsträger	20	Personen	466
— Bundeskonsulat	31	— in Strafsachen	62
— Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-		Concepcion, Bundeskonsulat	26
vertrag mit den Zollvereinsstaaten	470	Concurrenz, Verichtigung von Steuern	48
China, Bundesgesandtschaft	21	Confession vor der Ehe geborner Kinder bei	
— Bundeskonsulat	31	Mischehen	295
— Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-		Confirmationen, Altersdispensation	315
vertrag mit den Zollvereinsstaaten	470	Consolidation der Bergwerke	7
Chicago, Bundeskonsulat	25	Contracte, Form der Aufnahme vor der erforder-	
Christiania, Bundeskonsulat	21	lichen obervormundschaftlichen Genehmigung	374
Christiansand, Bundeskonsulat	21	Conventionen bezüglich der Rechtshilfe mit Han-	
Christiansstadt, Bundeskonsulat	21	never und Kurheffen	420
Choralbuch, Anschaffung	298	Copialien bei Kirchenrechnungen	273. 274
Cienfuegos, Bundeskonsulat	27	— für Eintragung in die Kirchenbücher-	
Cincinnati, Bundeskonsulat	27	Duplicate	303
Ciudad-Bolivar, Bundeskonsulat	30	Copulationen und Confirmationen durch den	
Civilproceß, Betheiligung der Staatsanwälte	48	Landrabbiner	229
— Rechtsmittel, Recusationen, Syndicats- und		— und Proclamationen von Personen verschie-	
Nichtigkeitsklagen	232	dener Confession	279
Civilverfahren, präjudicelles	83	Cordova, Bundeskonsulat	32
Civita-Vecchia, Bundeskonsulat	24	Corsu, Bundeskonsulat	20
Claus, Ingenieur zu Braunschweig, Privilegium	407	Cort, Bundeskonsulat	30
Clausthorgemeinde, Verwaltung	168	Coronel, Bundeskonsulat	26
Clavel in Paris, Privilegium	412	Corporationen	194
Clemm, Dr. zu Dresden, Privilegium	409	Corporationsrechte, Verleihung	194
Clemm, Dr. zu Ludwigshafen, Privilegium	423	Corporationen und Stiftungen, Gelbtauslieferung	424
Cojago, Bundeskonsulat	26		und 425
Colima, Bundeskonsulat	31	Correctionsachen, Voruntersuchung	79
Colombo, Bundeskonsulat	31	Courier-Beförderung durch die Post	397
Ceylon, Bundeskonsulat	31	Costa-Rica, Bundeskonsulat	17 u. 23
Colonia, Feuerversicherungsgesellschaft in Köln	9	Credit-Cassen-Obligationen	57
Columbien, Generalkonsulat in Amsterdam	29	Credit-Verein, ritterschaftlicher	55
Commanditgesellschaften	223	Cremflinger Gutsgemeinde	175
Communio-Besitzungen, Vertrag zwischen Braun-		Criminaljustiz	58
schweig und Hannover, wegen Erhebung der		Cunze aus Woffenbüttel, Privilegium	422
indirecten Abgaben	481	Culturen in Privatforsten	138
Communalsteuer der Militairpersonen	342	Cura absentis	108
— der Prediger	180	— hereditatis jacentis	153
— Veranlagung, Reclamationen	181. 189. 191. 192	Curatel für Geisteschwache	152
	und 193	Curacao, Bundeskonsulat	20
		Cyprus Hall Mac Kornigß, Privilegium	409

D.

	Seite		Seite
Dänemark, Bundesgesandtschaft	18	Damlette, Bundeskonsulat	24
— Gesandtschaft	19	Dartmouth, Bundeskonsulat	30
— Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde	399	Dauer der Detention	65
Dänisches Generalkonsulat		Decker, Maschinenfabrikant in Canstatt, Privil.	419
für Frankfurt	31	Debind, Maschinenbauer zu Paris, Privil.	422
— Konsulat zu Stolp	25	Delligsen, Steueramte, Sebez u. Abfertigungs-	
— Konsulat zu Bremerhafen	26	stelle an der Holzminden-Alfelder Straße	467
— Postamt zu Hamburg u. Lübeck, Aufhebung	399	Denunciantenanteile, Aufhebung	493

	Seite		Seite
Depeschen, telegraphische, Freimarken . . .	442	Dispensation vom gesetzlichen Verbote . . .	161
— Gebühren, freie . . .	442	Dominikanische Republik, Konsulat . . .	17
— Abgabe an einen Eridar . . .	442	— Bundeskonsulat . . .	31
Deputatsabgaben an die Geistlichen u. Schul-		Donath, Eisenbahn-Ingenieur zu Buzau-Mag-	
diener . . .	282	deburg, Privilegium . . .	410
Destedt, Gutsgemeinde . . .	175	Donna-Franziska, Bundeskonsulat . . .	27
Desterro, Bundeskonsulat . . .	27	Donau-Mündungen . . .	34
Detention, deren Dauer . . .	65	Döhren, Weideabfindung . . .	170
— auf Verfügung der Landespolizeibehörden . . .	385	Dopmeier, Sichorienfabrikant, Privilegium . . .	405
Diebstahl, Rückfallsstrafe . . .	69	Dorm, Gemeindevewaltung . . .	169
Dienstbriefe, portopflichtige . . .	398	Dorst, Gemeindeverwaltung . . .	178
Dienstcorrespondance, Portopflicht . . .	315	Dover, Bundeskonsulat . . .	30
Dienste und Abgaben, kirchliche u., Ablösung		Dotalgerechtsame, Dotalgüter, Veräußerung . . .	145
derselben . . .	3	Dresdener Feuerversicherungs-Gesellschaft . . .	11
Dienstkleidung der Forstbeamten . . .	139	Dreyer, Kupferschmiedemeister in Braunschweig,	
Dienstlohn, Beischlagnahme desselben, Bundesgesetz	136	Privilegium . . .	416
Dienstrente, deren Repartition und Ablösung . . .	3	Drömlings-Grundstücke . . .	174
Dieppe, Bundeskonsulat . . .	32	Dronheim, Bundeskonsulat . . .	21
Dingliche Rechte, Erwerbung . . .	145	Dublin, Bundeskonsulat . . .	29
— an Grundstücken . . .	106	Dundee, Bundeskonsulat . . .	30
Dismembrationsconsens . . .	117	Duned, Bundeskonsulat . . .	22
Dispensation vom Verbote der Erwerbung mehrerer		Dunkirchen, Bundeskonsulat . . .	20
Bauergüter . . .	114	Durango, Bundeskonsulat . . .	32

C.

	Seite		Seite
Edictalladungen . . .	51	Elberfeld, Bundeskonsulat . . .	25
Ehe, Trennung derselben, aus Landesherlicher		Eltern, Haftpflicht für Forstfrevler der Kinder . . .	137
Wachvollkommenheit . . .	120. 123. 124.	Elvas, Bundeskonsulat . . .	25
— Annullation und Scheidung . . .	44	Elz, Forstgemarkung . . .	170. 171
— zwischen Protestanten und Katholiken . . .	121	Emigrationsconsens, Verringerung der Einnahme . . .	455
— wegen unheilbarer Geisteskrankheit . . .	125	Emminghausen, Gemeindebezirk . . .	175
— Eintragung in die Kirchenbücher . . .	276. 278.	Entschädigung der Auskunftspersonen . . .	84
— Eingehung, obrigkeitliche Bescheinigung . . .	443. 454	Erbschaftsantrittung durch ein Hauskind gegen	
— — zwischen Personen verschiedener Confession . . .	279	des Vaters Willen . . .	356
— — Aufhebung polizeilicher Beschränkungen . . .	380	Erbschafts-Stempelsteuer . . .	436
Bundesgesetz deshalb . . .	381	— — von Ausländern . . .	437
Ehefrauen, minderjährige, Vormundschaftsgerichts-		— — Haftpflicht der Erben für die Entrichtung . . .	437
barkeit über dieselben . . .	367	— — kann von dem durch Antrittung nicht	
Ehegatten, Schenkung unter denselben . . .	128	realisirten Auerbenrechte nicht gefordert	
— Zwangsmittel gegen renitente . . .	120	werden . . .	438
Eichthal, Rübenzuckerfabrik . . .	210	— — ist vom Legate an ein uneheliches Kind	
Eid, Abnahme desselben durch Bundeskonsuln . . .	33	zu entrichten . . .	438
Eidesleistung der Officiere vor Civilgerichten . . .	236	— — ist von einem Legate ohne reellen Werth	
Eidliche Bestärkung von Geschäften . . .	144	nicht zu zahlen . . .	438
Einführung neuer Lehrer an städtischen Schulen . . .	273	Ertheilung . . .	145
— der Prediger . . .	274	Erbverträge . . .	144
Einkommensteuer . . .	183	Erfurt, Feuerversicherungs-Gesellschaft Thuringia	
Einsicht in Untersuchungsacten . . .	86	Erziehungs-recht der Mutter . . .	350
Eisenbahnen, Eisenbahndienst . . .	131	Ernst, Geschäftsführer in Hannover, Privilegium . . .	415
Eisenbahnterrain, Steuerbefreiung . . .	133	Esbeck, Gemeindevewaltung . . .	171
Eisenbüttel, Mühlen-Verpachtung . . .	490	— Leichwiese . . .	179
Einwanderer, Staatsangehörigkeit, Vertrag zwischen		Esen, Westdeutsche Versicherungs-Actienbank . . .	10
dem Norddeutschen Bunde und den		Estafetten Beförderung durch die Post . . .	397
Vereinigten Staaten von Amerika . . .	454	Expropriationen . . .	134
Etanaß, Bundeskonsulat . . .	21	Extrapost . . .	397



	Seite		Seite
Kagal, Bundeskonsulat	23	Forst- und Jagdwesen	137
Kabripfandsendungen	393	Forstfrevel von Kindern verübt	137
Kalllands-Inseln, Bundeskonsulat	32	— in Grenzwaldungen	143
Kalmouth, Bundeskonsulat	32	Forst- und Jagdbeamte, Dienstkleidung	138
Kand, Bundeskonsulat	19	Forstgemarkungen	169
Kehfische Stiftung zu Uthmöden, Rechte milder Stiftungen	401	Forsthoheit über Privatforsten	138
Feierabendstunde, Vorschrift für Bierbrauer und Herbergirer	380	Forsten juristischer Personen	138
Ferral, Bundeskonsulat	25	Forstlagerbücher	138
Fesca, Maschinenfabrikant in Berlin, Privil.	401	Forstproducte	138
Feuer-Versicherung-Verein in Altona, Zulassung zum Gewerbebetriebe	10	Forstrodungen	138
Feuerversicherungs = Actienbank, Westdeutsche, Zulassung	10	Forststräflinge, Bestellung durch das Polizeimilitair	140
Feuerversicherungs-Actiengesellschaft zu Berlin, Zulassung	9	Forststrafsachen, Anmeldegebühr	140
Feuerversicherungs-Actiengesellschaft, deutsche, in Berlin, Zulassung	10	Forststrafen	141
Feuerversicherungs-Actiengesellschaft, Gladbacher, Zulassung	10	Forstvermessungen	138
Feuerversicherungs = Actiengesellschaft Adler in Berlin, Zulassung	10	Forstzerstörung	138
Feuerversicherungs-Anstalt, berlinische, Zulassung	9	Frankfurt, Feuerversicherungs-Gesellschaft	9
Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypo- theken- und Wechselbank, Zulassung	10	— Vertrag wegen der Waarenbezeichnungen	201
Feuerversicherungs = Gesellschaft, Oldenburger, Zulassung	9	— Belgischer Generalkonsul	21
Feuerversicherungs = Gesellschaft, Magdeburger, Zulassung	9	Frankreich, Handelsvertrag mit dem Zollvereine	474
Feuerversicherungs-Gesellschaft Colonia zu Köln, Zulassung	9	— Generalkonsulat in Frankfurt	23
Feuerversicherungs-Gesellschaft Thuringia in Er- furt, Zulassung	9	Französische Gesandtschaft	17
Feuerversicherungs = Gesellschaft Providentia in Frankfurt, Zulassung	10	Französisches Konsulat	25 u. 27
Feuerversicherungs-Gesellschaft in Breslau, Zu- lassung	9	zu Ettlin	27
Feuerversicherungs = Gesellschaft, Hohasche, Zu- lassung	10	zu Danzig	27
Feuerversicherungs-Gesellschaft, Dresdener, Zu- lassung	11	Frauenzimmer, Intercession	145
Finanzen, Finanzverwaltung	135	Freiheitsstrafen, Vollziehung	59
Fischer, Maurermeister zu Güttenrode, Privil.	415	Freimarken für telegraphische Depeschen	442
Fiume, Bundeskonsulat	25	Freimaurerloge zu Braunschweig, Corporations- rechte	404
Fixirung der Naturalprästationen an Kirchen, Pfarren und Schulen	5	— zu Helmstedt, Corporationsrechte	403
Florenz, Bundeskonsulat	21	Freireligiöser Verein	291 u. 293
Flurbeschädigungen bei Truppen-Uebungen	338	Freischiesßen, gewerblicher Verkehr	214
Forderungenrecht	136	Freischüler der Gymnasien	262
Forstaufsicht	138	Freiwillige Gerichtsbarkeit	144. 145. 157
Forstaufsicht über Privatforsten	138	Freizügigkeit, Bundesgesetz	454
		— Anwendung auf die Braunschweigische Ge- setzgebung	461
		— unrichtige Anwendung	465
		— militairische, Vertrag zwischen dem Nord- deutschen Bunde und Baden	342
		Fremde, Hülfbedürftige	184
		Freudenthal in Berlin, Privilegium	414
		Friedericia, Bundeskonsulat	29
		Friedhöfe, Erwerbung	293
		Friedrichshafen, Bundeskonsulat	19
		Friedländer in Berlin, Privilegium	408
		Friedländer in Breslau, Privilegium	409
		Freme, Blauschmiedemeister zu Holzminnen, Priv.	423
		Fürstenauf, Gemeindeverwaltung	172
		Furchal, Bundeskonsulat	21
		Fußweg, öffentlicher, Recht der Feststellung	448
		— Aufhebung bei Separationen	450



	Seite		Seite
Gärtner zu Döhren, Privilegium	416	Gesandte des Norddeutschen Bundes	
Galatz, Bundeskonsulat	26	bei dem Kaiserlich Russischen Hofe	16
Gallipoli, Bundeskonsulat	31	bei dem Kaiserlich Französischen Hofe	16
Galveston, Bundeskonsulat	23	bei dem Kaiserlich Oesterreichischen Hofe	16
Gandersheim, Amtsbez., Grundsteuerermäßigung	439	bei dem Könige von Italien	17
Gebäude, öffentliche, Verpflichtung der Nutznießer		bei dem Könige der Belgier	17
und Miether zu Reparaturen	432	bei Großbritannien	18 u. 19
Gebührentarif für die Bundeskonsulate	19	bei Griechenland	18
Gebührentaxe in Privatanlagensachen	58	Geschäfte, deren eidliche Bestätigung	144
Geburtslisten behuf der Stammrollen für das		Gesellschaftsvertrag	166
Militair	338	Gesinde Lohn	199
Geburten um Mitternacht, Eintragungsform in		Gesindeordnung	199
die Kirchenbücher	266	Geestemünde, Bundeskonsulat	25
Geburtscheine zu militairischen Zwecken	339	Gesundheitspolizei	333
Gefängniß als Zwangsmittel gegen renitente		Gewerbe und Handel	199
Gehagatten	120	Gewerbe, Befähigungsnachweis	211
Gefängnißstrafe, geschärfte	85	Gewerbebehörde, collegiale	213
Geflo, Bundeskonsulat	20	Gewerbegesetz	202
Geldstrafen	88	Gewerbe-Regitimationskarten an Handelsreisende	211
Gemarungen	169	— Uebereinkunft deshalb	473
Gemeinde-Angelegenheiten	168	Gewerbliche Berechtigungen, Aufhebung und Ent-	
Gemeinde-Anzugsgeld	186	schädigung	204
Gemeinde-Bachhauspacht	182	Gewerbliches Hülfspersonal, Arbeitsbücher	206
Gemeinde-Bachhausverkauf	188 u. 190	Gewerbliche Verbiethungsrechte, Anmeldeungsfrist	211
Gemeinde-Bauten, Beihülfe vom Staate	189. 192	Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund	213. 214
Gemeinde-Bauführen	184	Gewerbepolizei	199
Gemeinde-Beschluß	195	Gewerbefachen	204
Gemeinde-Einkommensteuer	183	Gewerbefalz, Denaturirung	431
Gemeinde-Hirtenhaus-Verkauf	194	Gewerbefsteuer	199
Gemeindecasse, Separationsabfindung	185	Gewerbefsteuer-Befreiung der Handelsreisenden	200
— Capitallen derselben	182	Gewerbefsteuerergesetz	204
Gemeinderaths-Beschluß	186	— Ausführung desselben	206. 210
Gemeinderaths-Wahl	180	Gewerbefsteuer-Erlass	215
Gemeinde-Schulen, Lectiionspläne	304	Gewerbefsteuer-Contraventionen, Competenzbest.	236
— Normaldiensteinkommen und Pensionen der		Gewichte, äußerste zu duldende Abweichungen	
Lehrer	249	derselben	330
Gemeindevertreter jüdischer Religion	294	Gewichtseinheit, Erhebung verschiedener Abgaben	
Gemeinde-Vermögen	186	danach	490
Gemeinheiten	194	Gibraltar, Bundeskonsulat	22
Gemeinheits-Theilungen	197	Giebel, Forstgemarung	170
Gemeinheits-Vermögen	186	Gifte, Handel damit	334
General-Hypothesen	110	Gijon, Bundeskonsulat	25
General-Kriegsgericht, Aufhebung	337	Gittelsde, Factoreigeßhöft	172
Gené, Bundeskonsulat	20	Gittermann in Helmstedt, Privilegium	409
Georg-Marien-Bergwerksverein, Privilegium	21	Gladbach, Feuerversicherungs-Gesellschaft	10
Georgetown, Bundeskonsulat	409	Glasgow, Bundeskonsulat	30
Gerichtliche Verfügungen an Militärpersonen,		Gläser, Obersteuercontroleur in Brieg, Privil.	411
deren Beförderung	23	Gloucester, Bundeskonsulat	30
Gerichtsbarkeit der Konsuln	345	Gnadenmonate, vom Gehalte verstorbener Bürger-	
Gerichtsgebühren	16	schullehrer	256
Gerichtshöfe	146. 244	— der Wittwen und Kinder emeritirter Pre-	
Gerichtshöfe, Führung von Waffen in denselben		diger	310. 311
Gerichtshöfe, deren Berechnung in Strafsachen		— vom Gehalte und Pensionen verstorbener	
bei mehreren Angeklagten	246	Officiere, Unterofficiere und Civilbeamten	343
— in Vormundschaftsachen	365		344. 345
Gerichtsstand der Richter, Secrétaire und Regi-		Goldzahlungen, Feststellung des Aufgelbes	378
stratoren bei den Stadt- u. Amtsgerichten	237	Gonaves, Bundeskonsulat	26

Register.

507

	Seite		Seite
Le Gonagra, Bundeskonsulat	30	Groschen, Eintheilung in 12 Pfennige	378
Losport, Bundeskonsulat	32	Grote, Apotheker zu Braunschweig, Privilegium	410
Gothenburg, Bundeskonsulat	20	Grote, Civil-Ingenieur zu Vorfelde, Privill.	416
Grangemouth, Bundeskonsulat	32	Grote zu Hannover, Privilegium	417
Gräf, Kaufmann zu Vernburg, Privilegium	405	Grundacten, Einsicht in dieselben	235
Graubündten, Gewerbesteuerbefreiung der Handelsreisenden	211	— Abschriften daraus	248
Greene, Amtsbezirk, Ermäßigung der Grundsteuer von Forstgrundstücken	439	Grundstücke, Erwerb derselben durch Israeliten	115
Grenzwaldungen, Forstfrevel	143	— Pflegebefohlener, öffentlich meistbietender gerichtlicher Verkauf	351
Griechenland, Gesandtschaft	21	Grundbesitzer, Veranlagung zur Personalsteuer	439
Grunkby, Bundeskonsulat	30	Grundsteuer, Ermäßigung derselben	439
Grogg in Philadelphia, Privilegium	418	Guayaquil, Bundeskonsulat	22
Großbritannien, Konsulat	1	Gualaguaychü, Bundeskonsulat	24
— Handelsvertrag mit dem Zollvereine	480	Guatamala, Bundeskonsulat	24
— Gesandtschaft	19	Guadalajara, Bundeskonsulat	31
— Bundesgesandtschaft	18	Guanajuato, Bundeskonsulat	32
— Vertrag wegen Schutzes der Autorenrechte	6	Guinea, Bundeskonsulat	25
Großjährigkeit	217	Günther, Ingenieur zu Braunschweig, Privill.	402
		Gymnasien, Freischüler	262

S.

	Seite		Seite
Häring, Bundeskonsulat	19	Handelsrecht	219
Härtel, Mühlenbesitzer zu Königsbof, Privill.	415	Handelsregister, Eintragung der Actiengesellschaften	223
Haftpflicht, Gewerbetreibender für Steuerstrafen ihrer Diener	199	Handelsreisende, Gewerbesteuerbefreiung	200
— der Eltern für Forststrafen der Hauskinder	137	— Gewerbelegitimationskarten	211
Hagedorn, Fabrikant in Nordhausen, Privilegium	404	Handschriften, Vergleichung	80
Hagen, Ingenieur zu Magdeburg, Privilegium	419	Hannover, Vertrag wegen der Waaren-Bezeichnung	201
Hafelbade, Bundeskonsulat	28	— vormaliges Königreich, Aufhebung der Lebergangsstraßen	488
Halchter, Gemeindebezirk	276	Harlingen, Bundeskonsulat	27
Holle, Steueramt, Hebe- und Abfertigungsstelle auf der Straße von Holzminden nach Hameln	468	Harlow, Ingenieur in Stockport, Privilegium	422
Haltershausen, Gemeindebezirk	174	Hartlepool, Bundeskonsulat	29
Hallenborf, Basmusische Stiftung, Rechte milder Stiftungen	421	Hartung, Cichorienfabrikant zu Wendebück, Priv.	405
Hamburg, Aufhebung des dänischen Postamts	399	Harwich, Bundeskonsulat	30
— Gewerbebefreiung der Handelsreisenden	212	Harzburg, Anstellung eines Achmeisters	330
Hamburgische Gebietstheile, Eintritt in den Zollverein und Errichtung eines Hauptzollamts	491	Hasselfelde, Zündholzfabrikation	137 139
— Sicherung der Zollvereinsgrenze	497	— Gemarkungen, Gemeindebezirk, Stadtbezirk	177
— Besteuerung von Bier und Branntwein	496	— Grundsteuer-Ermäßigung	439
— Abfertigungs-Steuerstellen für mit dem Ansprach auf Steuervergütung ausgehenden inländischen Branntwein	494	Hasenbalg, Fabrikant in Braunschweig, Priv.	402
— Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde über Besteuerung von Branntwein und Bier	496	Hauskinder, Vertretung durch den Vater bei Veräußerungen	162
Hamel zu München, Privilegium	414	— Erbschaftsantretung gegen des Vaters Willen	356
Hammerfest, Bundeskonsulat	21	— Veräußerung von Muttergutsgrundstücken durch den Vater	372
Handelsgeschäfte	221	Hausfuchungen, Befugniss der administrativen Behörden	382
Handelsgesellschaften	221	— der Landespolizeibehörden	385
Handelsgesetzbuch	219	Hauungen in Privatforsten	138
— Einführungsgefeß	222	Havanna, Bundeskonsulat	22
— Einföhrung, Bundesgefeß	444	Havre, Bundeskonsulat	20
— Inhaltsverzeichnis	444	Hayti, Bundeskonsulat	26
Handelsgericht, Abänderung des Errichtungsgefeßes	234	Heaton in Longley Mill, Privilegium	418
— Bundes-Oberhandelsgericht	235	Hedner, Maschinenfabrikant in Braunschweig, Privilegium	404 412
		Hedner, Ingenieur zu Braunschweig, Privill.	421

	Seite		Seite
Hedwigsburg, Rübenzuckerfabrik	211	Hohegeiß, Forstgemarkung	177
Heilgehülsen	332	— Grundsteuer-Ermäßigung	439
— deren Taxen	334	Hohenzollern, Erhebung einer Abgabe von der	
Heilfunde deren Ausübung	331	Brantweinsbereitung	495
Heimathsgemeinde, Unterstützungspflicht	184	Hoitlingen, Gemeindebezirk	174
Heimathscheine, zulässig zur Nachweisung der		Hoya, Feuerversicherungs-Gesellschaft	10
Bundesangehörigkeit	466	Holland, Bundesgesandtschaft	17
Heimbürg, Gemeindebezirk, Forstgemarkung	178	Holstein, Herzogthum, Beitritt zum Passfarten-	
Heine jun. in Suhle, Privilegium	413	verein	379
Heinlein, Gewehrfabrikant zu Bamberg, Privil.	404	Holzentwendungen	137. 139
Heinungen, Communicationsweg, nach Börßum,		Holzminnen, Allendorfer Gewerkschaft	211
Uebergangsstraße	473	— Kreis, Ermäßigung der Grundsteuer von	
Heinrichshagen, Gemeindeverwaltung	168	Forstgrundstücken	439
Helber, Bundeskonsulat	27	Holzmühlen, Gemeindebezirk	170
St. Helena, Bundeskonsulat	22	Honfleur, Bundeskonsulat	31
Helmstedt, Forstgemarkung	170	Honduras, Bundeskonsulat	25
— Steueramt, Ermächtigung zur Erledigung		Hongkong, Bundeskonsulat	31
von Uebergangsscheinen	468	Honolulu, Bundeskonsulat	24
Helsingfors, Bundeskonsulat	21	Honorirung der Medicinalpersonen	65
Helsingör, Bundeskonsulat	19	Horsens, Bundeskonsulat	19
Helsingen, Gemarkung	178	Hoyersdorf, Gemeindebezirk	179
Herbergier, Feierabendstunde	380	— Actienzuckerfabrik	208
Herbst, Hüttenbesitzer zu Galt, Privilegium	416	Huch, Particulier zu Braunschweig, Privilegium	408
Herrönd, Bundeskonsulat	20	Huch, Kaufmann zu Braunschweig, Privil.	413. 414
Herzog Friedrich Wilhelm, Feier der Rückkehr		Huelwa, Bundeskonsulat	22
Hessen, Großherzogthum, Vertrag wegen Schutzes		Hüttenrode, Gemeindebezirk, Forstgemarkung	178
der Autorenrechte	6	— Pulverfabrik	179
— Verkehrsfreiheit mit Bier und Brantwein		Huatusko, Bundeskonsulat	32
zwischen demselben und dem Nordd. Bunde	494	Hull, Bundeskonsulat	31
Hessen, Rübenzuckerfabrik	210	Hundefuhrwerk	378
Himmel, Kupferschmidt in Braunschweig, Priv.	402	Hurgig zu Linden, Privilegium	406
Hirtensohn, Aufbringung	187	Hypotheken, stillschweigende der Lehnablösungs-	
Hochverrath, Bestrafung	59	capitalien	106
Hoffmann, Fabrikcommissair in Breslau, Priv.	404	Hypothekenbücher	150
Hoffmann, Maschinenfabrikant in Breslau, Priv.	411	— Umschreibung des Besitztittels	113
Hoffmann, Stadtbaurath in Berlin, Privil.	402	Hypothekenbestellung an Superficies	146. 150
Hogrefe, Wittve zu Braunschweig, Privilegium	407	Hypothekenwesen	158

S.

	Seite		Seite
Zaack, Mühlenbaumeister in Lübeck, Privilegium	420	Zerzheimer Holz	171
Zachjohann, Waisenanstalt in Seesen, Belegung		Zettenberg, Forstort	172
des Gründungsfonds	426	Ziba do Cal, Bundeskonsulat	25
Zade, Kriegshafen, Wilhelmshafen	179	Indigenat Bundesangehöriger	460
Zagd-Eröffnung	139	Ingeleber Holz	171
Zagdwesen	137	Inhaber-Papiere	136
Zahrgebung, Landesherrliche, bezüglich der väter-		Intercession der Frauenzimmer	145
lichen Gewalt	218	Interessentschaften	194
Zapan, Bundes-Generalkonsulat	25	Invalidität der Soldaten	337
Zassib, Bundeskonsulat	26	Jokohama, Bundes-Generalkonsulat	25
Zava, Bundeskonsulat	27	— Bundeskonsulat	28
Zeep, Zuckerrabrik-Inspector zu Hedwigsburg,		St. Jons, Bundeskonsulat	22
Privilegium	416. 418. 420	Jordan in Koften, Privilegium	403
Zersee, Bundeskonsulat	30	Jorik, Forstrevier	170
Zerusalem, Bundeskonsulat	30	Jouique, Bundeskonsulat	26
Zerzheim, Actienzuckerfabrik	208. 211	Hernhagen, Forstgemarkung	171
— Schützengesellschaft, Berl. von Corporationsr.	420	Israeliten, Erwerb von Grundstücken	116

	Seite		Seite
Italien, Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde wegen Schutz der Autorenrechte	7	Juden, Erwerb von Grundstücken	116
— Gesandtschaft	17	— Religionsgemeinden derselben	227
— Konsulat zu Frankfurt	24	— in Wolfenbüttel	230
— Konsularvertrag	28	— Entrichtung von Stolzgebühren an die evangelisch-protestantische Kirche	253
— Bundesgesandtschaft	29	— als Gemeindevertreter	294
— Generalkonsulat für Hamburg	31	— Mädchen, arme, Wolfssche Stiftung, Rechte milder Stiftungen	424
— Konsulat für Breslau	32	Juge zu Neow bei Prag, Privilegium	423
— Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg und Baden	400	Juristische Person, Verleihung der Rechte derselben	425
— Schifffahrtsvertrag mit dem Nordd. Bunde	494	Justizverfassung, Justizwesen	232
— Handelsvertrag mit den Zollvereinsstaaten	483	Zute- und Flachsindustrie, Actiengesellschaft	213

R.

	Seite		Seite
Rairo, Bundeskonsulat	22	Kirchenrechnungen, rechtzeitige Einreichung	263. 289
Rameraden-Diebstahl	69	— Copialenberechnung	273. 274
Karlakrona, Bundeskonsulat	22	— Monitur	275
Kap der guten Hoffnung, Bundeskonsulat	28	Kirchenverbände in den evangelisch-lutherischen Gemeinden	252
Karsch, Bundeskonsulat	21	— Mitwirkung bei Veräußerung von Pfarrgrundstücken nicht erforderlich	293
Katholiken, Entrichtung von Stolzgebühren an die evangelisch-protestantische Kirche	253	Kirchenscheine, ausländische gestempelte, bedürfen des hiesigen Stempels nicht	439
— Ordnung der kirchlichen Verhältnisse	254	Kirchhöfe, Einrichtung und Benutzung	252. 280
Kattbusch, Forstort	169	— Erwerbung	293
Kauffahrtschiffe, Nationalität und Befugniß zur Führung der Bundesflagge	16	Kirkwall, Bundeskonsulat	30
— Prüfung der Seeleute	16	Kleidungsstücke, Handel damit	199
Kentucki, Bundeskonsulat	23	Anauer, Zuckersfabrik-Inspector zu Gräbers bei Halle, Privilegium	418
Kessler, Locomotivführer zu Oberlahnstein, Priv.	416	Anagaz zu Brüssel, Privilegium	415
Kiel, Bundeskonsulat	20	Auesbecker Bienen-Versicherungsverein	213
Kinder, Forstfrevler	137	Adl zu Neow bei Prag, Privilegium	423
— Confession bei Ehen zwischen Protestanten und Katholiken	295	Köln, Belgisches Konsulat	26
— uneheliche, Alimentationsverträge deren Mutter mit dem Schwängerer	263	— Feuerversicherungs-Gesellschaft Colonia	9
— legitimirte uneheliche, Taufscheine	252	Kolumbien, Bundeskonsulat	31
King Georges Sound, Bundeskonsulat	22	Königsberg, Niederländisches Konsulat	21
Kingston, Bundeskonsulat	22	Königslutter, Heil- und Pflgeanstalt	49. 330
Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, Ablösung	3	— Rübenzuckerfabrik	212
— und Schulangelegenheiten	249	Konstantinopel, Bundeskonsulat	27
— Bauart, Baustyl	283	Konsuln, Gerichtsbarkeit	16
Kirchenbuchführer, Glaubwürdigkeit ausgestellter Bescheinigungen	292	Kopenhagen, Bundeskonsulat	19
Kirchenbuchführung im Herzogthume Braunschweig von Müller	306	Korsör, Bundeskonsulat	31
Kirchenbücher, Eintragungsform der Geburten um Mitternacht	266	Krämer, Notar zu Braunschweig, Privilegium	410
— Eintragung der Ehescheidungen	276. 278. 279	Kranken-Unterstützungsverein	195
— Copialien	303	Kreisdirectionen, Mitwirkung bei Schulvisitationen geschäften	258 u. 281
Kirchencassen, Verbot der Deckung des Deficits aus den Pfarrwittwenhaus- oder Pfarrwittwenhumsassen	260	— Befugniß zur Verfügung von Hausfuchungen und Beschlagnahmen	382
Kirchengrundstücke der Reformirten, deren Veräußerung	297	— competent bei Differenzen über Staatsangehörigkeit	466
Kirchenmittel, Bewilligung daraus	258 u. 311	Kreis-Ersatz-Commission	339
Kirchenordnung, erneuerte, deren Anschaffung für die Kirchen	277	Kreisgericht Blankenburg, Organisation	233. 234
		Kreisgerichtsdirectoren, Ernennung	233
		Kreisgerichte, Voraufsichtsrecht	44
		— Competenz	62
		Kriegsdienst, Verpflichtung	340

	Seite		Seite
Kriegsdienst, Aufhebung der Stellvertretung und Loosnummertausches	337	Rühemann, Fabrikant zu Stettin, Privilegium	407
Krigar, Ingenieur zu Hannover, Privilegium	417	Rühnlesche Maschinenfabrik in Frankenthal, Priv.	403
Kronstadt, Bundeskonsulat	21	Rüstenvertheidigung	33
Kropf, Fabrikant in Nordhausen, Privilegium	403	Ruhlager, Forstort	170
Krull, Maschinenfabrikant zu Helmsiedt, Priv.	420	Kurrachee, Bundeskonsulat	22
Küblingen, Gemeindebezirk	176	Kuhpockenimpfung	293
Kühne, Dr., Dentist in Braunschweig, Privil.	410	— Zymfischeine, Vorzeigung in den Schulen	266
		Kurzeholz, Forstort	171

L.

	Seite		Seite
Lachmannsches Blinden-Regat, Rechte milder Stiftungen	405	Lange, Inspector der Zuckerrfabrik Trendelbusch, Privilegium	407
Lagos Bundeskonsulat	23. 25	Langen in Köln, Privilegium	407. 408. 414
Lagerbücher, deren Form	112	Langeleben, Gemeindeverwaltung	172
Landesbrandversicherungs-Anstalt	9. 10	La Pay, Bundeskonsulat	24
Landeschoralbuch	298	Lauenburg, Einführung der Gesetze über Be- steuerung des Braumalzes u. Branntweins	496
Landeseinwohnerrecht	457	Lautingen, Gemeindevewaltung	169
Landescultur-Gesetzgebung	319	Lectiionspläne in den Gemeindefchulen	304
Landes-Deconomie-Commission, Aufhebung von Fußwegen	450	Lefeld, Civil-Ingenieur zu Schöningen, Priv.	417
Landespolizeibehörde	88	Legitimation natürlicher Kinder	359
— Befugniß zu Vorführungen, Detentionen und Hausfuchungen	385	Lehnablösungs-Capitalien	106
Landesschuldverschreibungen als Cautionsdeponate	435	Lehranstalten, Befähigung zur Zeugniß-Aus- stellung behuf des einjährig-freiwilligen Dienstes	341
Landesverrath, Bestrafung	59	Lehrer, an den Gemeindefchulen, Normaldienst- Einkommen und Pensionen	249. 254
Landesversammlung, Vertagung	326. 327. 328	— neue, an städtischen Schulen, Einführung	273
— Abänderung der Geschäftsordnung	327	— Pensionirung wegen sittlicher Haltlosigkeit	273
— Vertheidigung derselben	59	— Pension aus der Klosterreinertragscaffe, Sterbemonate	287. 288
Landesverwaltung	322	— Abgabe von Brennholz an dieselben aus herrschaftlichen Forsten	294
Landesverwaltungs-Behörden, Organisation in Beziehung auf Baubeamte	322	Lehrerinnen, Verwendung an Gemeindefchulen	254
Landesverweisung Bundesangehöriger	15	— Zulassung bei den öffentlichen Schulen	306
Landgemeindeordnung	175. 178	Lehrergehalte, Vacanzcassen	311
Landgemeinden, Parochiallasten	176	Lehrte, Windmühlen-Brandversicherungsverein	11
— Schulpflichtigkeit und Schulgeld	249	Leihhaus-Anstalt	328
Landporto	394	— Ausschluss der älteren von derselben ausge- gebenen Bank- und Darlehnsbankfcheine	328
Landrabbiner, Gehalt	272	— Aufhebung der Altersrenten-Anstalt	329
Landshaft	325	— Aufhebung des Gesetzes über Rechtsverhält- nisse mit der Braunschweigischen Bank	329
Landfchulstellen, deren Abschätzung behuf Fest- stellung des Normaldienst-Einkommens der Lehrer	267	— Aufhebung einer Bestimmung in Beziehung auf Abtragung von Ablösungs-Capitalien	329
Landftrona, Bundeskonsulat	20	— als Landes-Credit-Institut	329
Landtag, 10. ordentlicher, Berufung	325	Leipzig, Völkerschlacht, Dankfest	252
— 11. ordentlicher, Berufung	326	Leith, Bundeskonsulat	30
— außerordentlicher, Berufung	326	Lerwid, Bundeskonsulat	31
— 12. ordentlicher, Berufung	327	Libau, Bundeskonsulat	21
— außerordentlicher, Berufung	328	Liberia, Konsulat	22
— 13. ordentlicher, Berufung	328	— Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts- vertrag mit dem Norddeutschen Bunde	495
Landtagsabschied des 10. ordentlichen	325	Licht, Stadtbaurath in Danzig, Privilegium	402. 409
— des 11. ordentlichen	326	Licata, Bundeskonsulat	28
— des außerordentlichen	327	Lima, Bundeskonsulat	23
— des 12. ordentlichen	327		
— des außerordentlichen	328		
— des 13. ordentlichen	328		
Landwehr, Bataillons- und Compagnie-Bezirke	337		
Landwehrbehörden, Organisation	338		

Register.

511

	Seite		Seite
Limerik, Bundeskonsulat	32	Lomestoft, Bundeskonsulat	32
Lienur, Kroppe und Comp., Firma zu Frankfurt, Privilegium	415	Lucum, Gemeindeverwaltung	171
Lindner, Ingenieur zu Newyork, Privilegium	407	Lübeck, Gewerbesteuerfreiheit der Handelsreisenden	312
Liquidation behuf Auflösung eines Gesellschaftsvertrages	166	— Aufhebung des dänischen Postamts	399
Lissabon, Bundeskonsulat	23	— Herstellung des freien Verkehrs mit den Zollvereinsstaaten	491
Liverpool, Bundeskonsulat	33	— Einführung der Gesetze über Besteuerung des Braumalzes und Branntweins	496
Livorno, Bundeskonsulat	21	Lüttge, Tischlermeister in Braunschweig, Priv.	402
Löbbeck'sche Familienstiftung, Rechte milder Stiftungen	411	Luther und Peters, Maschinenbauer in Wolfenbüttel, Privilegium	422
Löschung von Vermerkungen in den Hypothekenbüchern	119	Lutter am Barenberge, Ermäßigung der Grundsteuer von Forstgrundstücken	439
Lohresse in Lille, Privilegium	421	Luzemburg, Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde	399
London, Bundes-Generalkonsulat	28	— Telegraphenvertrag	442
Londonderry, Bundeskonsulat	30	— Beitritt zum Zollvereine	482
v. Loewis of Menar bei Panten, Priv.	415. 417. 418	— Vertrag mit dem Herzogthume Braunschweig wegen des Uebergangs-Verkehrs mit Branntwein	482
Loosnummertausch, Aufhebung	337	Lyons, Bundeskonsulat	32
Lorient, Bundeskonsulat	20		
St. Louis, Bundeskonsulat	23		
Louisville, Bundeskonsulat	23		

M.

	Seite		Seite
Maasß und Gewicht	330	Maturitätsprüfungen und Zeugnisse zu Universitätsstudien	250
Maasße, äußerste zu duldenbe Abweichung	330	Mau, Ingenieur zu Büste-Waltersdorf, Priv.	411
Maasß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund	330	Mazatlan, Bundeskonsulat	31
Macassar, Bundeskonsulat	20	Mecklenburg, Herstellung des freien Verkehrs mit den Zollvereinsstaaten	491
Madras, Bundeskonsulat	29	— Einführung der Gesetze wegen Besteuerung des Braumalzes und Branntweins	496
Magdeburg, Feuerversicherungs-Gesellschaft	9	Medicinalgesetz für das Herzogthum Braunschweig	331
Mahlmühlen, Betriebsbefugniß	199	Medicinalpersonen, Honorirung	65
— Entschädigung älterer	199	— Unterstützungsverein, Rechte milder Stiftungen	424
Mahner, Koch in Braunschweig, Privilegium	403	Medicinalgewicht	330
Mahnverfahren	38. 136	Medicinalwesen	330
Majo, Bundeskonsulat	25	Melbourne, Bundeskonsulat	25
Majaguez, Bundeskonsulat	31	Mentone, Bundeskonsulat	32
Maitton in Chatillon, Privilegium	419	Mercados, Bundeskonsulat	24
Mallorca, Bundeskonsulat	22	Merkel, Maschinenbauer zu Braunschweig, Priv.	415
Malta, Bundeskonsulat	26	Messina, Bundeskonsulat	31
Malmö, Bundeskonsulat	20	Metrisches System	330
Manchester, Bundeskonsulat	30	Mexico, Bundes-Generalkonsulat	29
Manila, Bundeskonsulat	22	Meier, Kaufmann in Osnabrück, Priv.	412. 413
Manzanillo, Bundeskonsulat	27	Michaelstein, Gemeindebezirk	178
Maracaibo, Bundeskonsulat	31	Middlesex, Bundeskonsulat	29
Marionpol, Bundeskonsulat	21	Rignet, Bundeskonsulac	23
Maroim, Bundeskonsulat	27	Rietter öffentlicher Gebäude, Verpflichtung zu Reparaturen	432
Marnische Ziegelei	170	Milford, Bundeskonsulat	30
Marienthal, Forstgemarkung	170	Militair-Aerzte, Instruction	335
— Gemeindeverwaltung	172	Militair-Aushebungsbezirke	339
Marseille, Bundeskonsulat	20	Militairdienst, einjährig-freiwilliger	337
St. Martin, Bundeskonsulat	20	— Prüfungscommission	337
de Massy zu Paris, Privilegium	413	— Verfahren bei Reclamationen wegen Befreiung	346
Matamoros, Bundeskonsulat	31	Militair-Ersatzbehörden	337
Matargas, Bundeskonsulat	22		
Mattern, Klempnermstr. zu Braunschweig, Priv.	424		
Maturitätszeugnisse hannöv. Prüfungsbehörden	253		

	Seite		Seite
Militair-Ersatz-Instruction für den Norddeutschen Bund	338	St. Moso, Bundeskonsulat	20
Militairgesetze, Preussische, Einführung im Bundesgebiete	340	Monitur der Kirchenrechnungen	275
Militairpersonen, Communalsteuer-Beitragspflicht	330	Monrovia, Bundeskonsulat	23
— Mittheilung von Straffällen gegen dieselben vor den Civilgerichten	343	Montevideo, Bundeskonsulat	24
— Beförderung der Verfügungen der Civilgerichte an dieselben	345	Montpellier, Bundeskonsulat	20
Militairpflichtiges Alter	337	Montrose, Bundeskonsulat	32
Militair-Pensionairs, Gnadenmonate verstorbener	345	Morgenthau, Cigarrenfabrikant zu Mannheim, Privilegium	410
Militair-Stammrollen, Anlegung und Führung	339	Moskau, Bundeskonsulat	17. 21
Militair-Strafrecht, Preussisches, Einführung im Bundesgebiete	340	Moskellmann in Paris, Privilegium	411
Militairweisen	334	Mühlhausen, Bundeskonsulat	20
Milwaukee, Bundeskonsulat	23	Müller, Maschinenfabrikant zu Braakwede, Priv.	419
Minderjährige, Rechtsgeschäfte derselben	145	Müller, Bauconducteur zu Braunschweig, Priv.	420
Minderjährigkeit	346	Müller in Leipzig, Privilegium	420
Ministerial-Commission	377	Münzvertrag, Ausscheiden Oesterreichs und Lichtensteins	377
Mischehen, Confession vor der Ehe geborner Kinder	295	Münzgesetz, neues, und Gewichtseinheit, Erhebung verschiedener Abgaben danach	490
Mobilmachungspferde, Bestellung, Auswahl, Abschätzung	338	Münzweisen	377
		Muthen des Bergwerkseigenthums	7
		Mutter, Erziehungsrecht derselben	350
		Muttergutsgrundstücke der Hauskinder, Veräußerung durch den Vater	372

N.

	Seite		Seite
Nachtwächterlohn, Aufbringung	187	Niegata, Bundeskonsulat	23
Nagasaki, Bundeskonsulat	28	Niep, Kranken-Unterstützungsverein in Braunschg.	196
Nantes, Bundeskonsulat	20	Nießbrauchsrecht des Vaters am Vermögen der Kinder	346
Nassau, Bundeskonsulat	31	Nizza, Bundeskonsulat	20
Natal, Bundeskonsulat	27. 28	Nolten, Maschinen-Constructeur aus Köln, Privilegium	403 u. 407
Natalis, Fabrikant in Braunschweig, Privil.	423	Nordamerika, Bundesgesandtschaft	17
Naturalprästitionen an Kirchen, Pfarren und Schulen, Ablösung	5	— Gesandtschaft	19
— Fixirung derselben	5	— Auslieferung der Verbrecher	59
Neapel, Bundeskonsulat	21	Norddeutscher Bund, Schifffahrtsvertrag mit Italien	494
Neubauten in den Städten, landespolizeiliche Cognition nicht erforderlich	384	— Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit der Republik Liberia	495
Neudorf, Gemeindeverwaltung	169	Normal-Nichtungscommission in Berlin	330
Neubaus, Gemeindeverwaltung	172	Normaleinkommen der Lehrer an Gemeindeschulen	254
Neuhäuser Forstgemarkung	170	— Abschätzung der Schuleinnahmen behuf Feststellung desselben und der Pensionen	267
Neuhof, Gemeindebezirk	177	— Verpflichtung der Gemeinden zu Zuschüssen	283
— Grundsteuer-Ermäßigung	439	— Revision desselben	287
Neumeyer zu Taucha, Privilegium	419	Normalpreise, behuf Abschätzung der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben und Dienste	334
Neuwerk, Gemeindebezirk	178	Norrköping, Bundeskonsulat	20
Newcastle, Bundeskonsulat	22 u. 29	Nortenhof, Gemeindeverwaltung	168
Newyork, Bundeskonsulat	23	Norwegen, Postvertrag mit dem Nordb. Bunde	399
New-Orleans, Bundeskonsulat	23	Norreg	37
Newport, Bundeskonsulat	30	— Berechtigung zur Einsicht von Hypothekenbüchern, Erbregistern, Grundacten zc.	235
New-Perovidence, Bundeskonsulat	31	— Einziehung der Gebühren derselben	241
Nichtigkeitsbeschwerde in Strafsachen	59	Rottbohm, Bäckermeister zu Holzminden, Privil.	406
Nichtigkeitsklage, Competenz	232	Rydköping, Bundeskonsulat	20
Niederlande, Bundesgesandtschaft	17	Ry Karloby, Bundesgesandtschaft	21
— Gesandtschaft	18		
Niederländisches Konsulat in Königsberg	21		
— in Stettin	24		
— in Berlin	25		
— in Bremen	28		

D.

	Seite		Seite
Obductionskosten bei Selbstmorden	58	Oesterreich, Zollgesetze, Bestrafung v. Vergehungen	482
Oberaufsichtsrecht der Kreisgerichte	44	Oelver, Verkauf der Mahlmühle	491
Obergericht, Ablehnung der Ertheilung von		Oesel, Bundeskonsulat	23
Rechtsbelehrungen	238	Oergelb, Mechanicus in Eilendorf, Privil.	404
Obergerichts-Advocaten, Ernennung	233	Officiers- und Unterofficiers-Wittwen- u. Wai-	
Obergerichts-Mitglieder, Ernennung	233	sen-Versorgungsanstalt	452
Ober-Sanitätscollegium	331	Ohre, Fluss-Correction	319
Ober-Staatsanwalt, Ernennung	233	— Ausföhrung	321
Oberlutter, Gemeindebezirk	174	— Nachtrag zu dem Staatsvertrage	321
Odemar in Reustadt bei Stolpen, Privilegium	417	Oldenburg, Feuerversicherungs-Gesellschaft	9
Odessa, Bundeskonsulat	21	Onega, Bundeskonsulat	31
Oesterreich, Gesandtschaft	17	Opperhausen, Gemeindebezirk	176
— Generalkonsulat zu Danzig	28	Oran, Bundeskonsulat	26
— Legitimationskarten der Handelsreisenden .	211	Orden, Ordenszeichen	378
— Erstattung von Gurkosten von Ausländern	322	Ortsfremde, Gestattung temporairen Aufenthalts	457
— Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde,		Ostende, Bundeskonsulat	20
Bayern, Würtemberg und Baden	399	Osterlinde, Gemeindebezirk	176
— Vertrag wegen der Posttransite	399	Ottomanische Pforte, Bundesgesandtschaft .	18
— Handels- und Zollvertrag mit den Zoll-		— Gesandtschaft	20
vereinsstaaten	476. 495	— Handelsvertrag mit den Zollvereinsstaaten	476

P.

	Seite		Seite
Pagentu, Bundeskonsulat	31	Pertinenzqualität, der Ablösungscapitale für	
Palermo, Bundeskonsulat	21	Bauholzberechtigungen	4
Palm, Maurer zu Braunschweig, Privilegium	408	— in den Städten	106
Palma, Bundeskonsulat	18	— von einem anderen Staatsgebiete angehö-	
Panama, Bundeskonsulat	24	rigen Grundstücken	107
Papst, Bundeskonsulat	18	Pertinenzstücke, deren Veräußerung	117
Para de Belem, Bundeskonsulat	27	Pestalozzverein, Corporationsrechte	412
Paramaribo, Bundeskonsulat	20	Pesth, Bundeskonsulat	26
Paraguay, Freundschafts-, Handels- und Schiff-		Petri in Stuttgart, Privilegium	419
fabriksvertrag mit den Zollvereinsstaaten .	469	Petropolis, Bundeskonsulat	27
Parochiallasten	176	Pfandbestellung der Frauenzimmer	145
— Repartition	190	Pfarr-Abgaben und Dienste, Ablösung	3
— Verhältnisse	300	Pfarrten, Verwendung der Entschädigungscapi-	
Parfau, Gemeindebezirk	174	tale für Grundvermögensstücke	254
Passartenverein, Beitritt des Herzogth. Holstein	379	— und Schulen, Verwandlung der Natural-	
— Beitritt des Herzogthums Schleswig	379	Emolumente derselben von Cammer- und	
Passwesen, Bundesgesetz	381	Klostergütern in eine Geldrente	257
Pastowsky in Paris, Privilegium	414	Pfarrgrundstücke, Befreiung von der Wegebaulast	287
Paterhead, Bundeskonsulat	32	Pfarr-Erledigungen, Transport der vicarirenden	
Patras, Bundeskonsulat	20	Prediger	305
St. Paul, Bundeskonsulat	23	Pfarrwittwenhäuser, Verwendung des Vermögens	
La Paz, Bundeskonsulat	23	derselben	286
Pensionen der Lehrer an Gemeindefchulen .	254	Pflegbefohlene, Grundstücke derselben sind ge-	
— Sterbemonate	287	richtlich meistbietend zu verkaufen	351
— der Lehrer	300	— Aufbewahrung und Veräußerung der Werth-	
— der Beamten, Berechnung	436	papiere derselben	452
Pensionirung der Lehrer wegen sittlicher Halt-		Pferde, Aushebung zum Kriegsdienste	334. 335. 338
losigkeit	278	Pharmazeutische Fachanstalt	214
Person, juristische, Verleihung der Rechte derselben	425	Philadelphia, Bundeskonsulat	23
Personalsteuer, Veranlagung der Grundbesitzer	439	Philippville, Bundeskonsulat	26
Personalsteuer-Gesetz	439	Pbbsict	331
Porth, Bundeskonsulat	31	Piedboeuf in Aachen, Privilegium	419

	Seite		Seite
Piräus, Bundeskonsulat	20	Post-Tarifbestimmungen, reglementarische für den	
Plymouth, Bundeskonsulat	28	Norddeutschen Postbezirk	398
Polizei	378	— Abänderungen	398
— administrative	381	Posttaxe, innere, Reglement	394
Polizeibehörden, denselben sind Todesſcheine Ver-		Posttagwesen im Gebiete des Nordd. Bundes	398
storbener einzuliefern	231	Post-Verwendungen	396
Polizeimilitair, Bestellung der Forstrevier	140	Postvereins-Vertrag zu Frankfurt de 1860	390
— dessen Stellung in militairischer und straf-		— Bestimmungen über Gewährleistung	395
rechtlicher Beziehung	380	Postvereins-Verkehr, Reglement	390
— Nichtbeaufsichtigung der Tanzlustbarkeiten		Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde,	
im Bezirke der Stadt Braunschweig	388	Bayern, Württemberg und Baden	399
— Ladung der Stationscommandanten vor die		— mit Oesterreich	399
Civilgerichte	389	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und	
Polizeistrafen, Mittheilung an die Landespolizei-		Luxemburg	399
behörden	88	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und	
Polizei-Vergehen	76	Norwegen	399
Polytechnische Schule	214	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und	
Ponang, Bundeskonsulat	22	Dänemark	399
Pruce, Bundeskonsulat	27	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und	
Penzance, Bundeskonsulat	30	Belgien, auch Austausch kleiner Päckereien	
Pernambuco, Bundeskonsulat	24	und Geldsendungen betreffend	399
Pornau, Bundeskonsulat	21	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und der	
Porta Plata, Bundeskonsulat	31	Schweiz	400
Port Oratava, Bundeskonsulat	22	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und	
Port of Spain, Bundeskonsulat	22	Italien	400
Port Said, Bundeskonsulat	22	— zwischen dem Norddeutschen Bunde und	
Portoriko, Bundeskonsulat	25. 27	Schweden	400
Port au Prince, Bundeskonsulat	27	Postverwaltungsbeamte, Anzeige der Vergehen	
Porto Alegre, Bundeskonsulat	27	derselben	401
Port Elizabeth, Bundeskonsulat	28	Postvorschüsse und baare Einzahlungen	394
Port Louis, Bundeskonsulat	28	Postwesen des Norddeutschen Bundes, Reglement	396
Port Stanley, Bundeskonsulat	32	— Bundesgesetz	398
Portugal, Bundesgesandtschaft	18	— und Telegraphenwesen des Norddeutschen	
— Gesandtschaft	19. 24	Bundes, Verwaltung	398
Portsmouth, Bundeskonsulat	32	— vollständige Behandlung der eingehenden,	
Post, Postdienst	390	durchgehenden und ausgehenden Gegenstände	490
Postbeamte, Cautionsleistung	330 u. 442	Präjudicialfrage	76
Post- u. Bahnamt zu Wolfenbüttel, Bezeichnung	395	Prämien-Anleihe	135
Postämter, dänische, zu Hamburg und Lübeck,		Präventivmaßregeln	77
Aufhebung	399	Prediger, Communalsteuerpflicht	180
Post- und Porto-Defraudation, Verfahren bei		— Einführung	274
Gnadenerlassen	401	— Brennholzabgabe an dieselben aus herrschaft-	
Post-Convention zwischen dem Norddeutschen Bunde		lichen Forsten	294
und den Vereinigten Staaten von Nordamerika	398	— emeritirte, Gnadenmonate für deren Wittwen	
Posten, deren Benutzung, allgemeine Bestimmungen	395	und Kinder	310. 311
Postgesetz für das Herzogthum Braunschweig		— Transportkosten, Repartition unter die	
de 1864	396	Pflichtigen	323
Post-Lagergeld	394	— vicarirrende bei Pfarrerledigungen, Transport	305
Post-Laufzettel	394	— Synode, Feststellung der Entschädigung der	
Post, Aufgabe leicht entzündlicher und äßender		Superintendenten für die Speisung	259
Flüssigkeiten	381	— Wittwen, Anzeige vom Ableben derselben	300
Post-Weilenzeiger	390	Pressgesetz, Bairisches	78
Post-Gefasseten-Beförderung	397	Preußen, Uebereinkunft wegen Beförderung der	
Post-Personengeld	394	Rechtspflege	234
Post-Personenbeförderung	397	Presbyterium der reformirten Kirche, Veräuße-	
Post-Portofreiheit	316	rung von Kirchengrundstücken	297
Post-Portotaxe	393	Prinz Wilhelm, Kohlengrube	170
— für den inneren Verkehr des Herzogthums,		Privatanklagesachen	58
Abänderungen	395	— Stempel und Sporel	81. 82

	Seite		Seite
Privatankläger, Nichtigkeitsbeschwerde	59	Prüfung, der Reise zu Universitätsstudien	250
— Straßerlass	75	— der Lehrerinnen behuf der Zulassung zu den	
Privatforten, Forsthoheit	138	öffentlichen Schulen	306
Privilegien, Ausnahmsrechte	401	— der Aerzte, Zahnärzte, Thierärzte und	
Procurator	37	Apotheker	334
Prose, Bundeskonsulat	32	Puebla, Bundeskonsulat	31
Providentia, Feuerversicherungs-Gesellschaft	9	Puerto Cabello, Bundeskonsulat	31
Prüfung, der Candidaten der Rechte	233	Puerto Montt, Bundeskonsulat	31
— Aufhebung der dritten juristischen	233	Puyillen, Berthypapiere derselben	427
— der Candidaten der Theologie u. d. Predigtamts	249	Pupillengelder, Belegung	427

D.

	Seite		Seite
Quartierbeschaffung für Bundestruppen, Ent-		Duebek, Bundeskonsulat	24
schädigung	345	Duerel des nicht gezahlten Geldes	136
Quartierleistung während des Friedenszustandes	341. 342	Duitting, deren Beweiskraft	136

H.

	Seite		Seite
Näbke, Gemeindevaldung	169	Nettungsbaus zu St. Leonhardt, Rechte milder	
Nagusa, Bundeskonsulat	25	Stiftungen	409
Namsgate, Bundeskonsulat	30	Neval, Bundeskonsulat	21
Nanders, Bundeskonsulat	19	Rheinprovinz, Gewährung von Rechtshülfe	241
Nangoon, Bundeskonsulat	22	Richmond, Bundeskonsulat	23
Narva, Bundeskonsulat	21	Riddagshausen, Amtsgericht, Befugniß zu La-	
Nautenhorst, Forstgemarkung	172	dungen im Stadtgerichtsgebiete Braunschweig	235
Nautheim, Zuckerrabrik	206. 207	— Gemeindebezirk	179
Rechtsgeschäfte, Verstärkung derselben	145	Nieden, Forstort	170.
— bedingte	161	Nieseberg, Gemeindevaldung	164
— Abfassung derselben durch Verwaltungs-		Niga, Bundeskonsulat	2
behörden	161	Nimmerode, Gemeindebezirk	176
Rechtshülfe, Bundesgesetz	104	Ninderpest, Maßregeln zum Schutz	379
— deren Gewährung	235	— Zwangsversicherung	380
— Convention deshalb mit Hannover und		— Bundesgesetz	381. 408
Kurhessen	240	Reichsdiemärkte	380
— Anwendung der Convention mit Preußen		Ringjäbing, Bundeskonsulat	19
auf die Rheinprovinz	241	Rio de Janeiro, Bundeskonsulat	24
Rechtskraft	145	Rio Grande de Norte, Bundeskonsulat	27
Rechtsmittel im Civilproceß u. für Strafsachen	232	Ritterschäftlicher Creditverein	56
Rechtsverfolgung, deren Verjährung	71	Ritter, Kreisbaumeister zu Erier, Privilegium	411
Refutationen, der Richter	40	Robert, Fabrikant in Solowik, Privilegium	411
— Competenz	232	Robert, Zuckerrabrikant zu Solowik, Priv.	421. 423
Reformirte, Entrichtung von Stolgebühren an		Rocheport, Bundeskonsulat	20
die evangelisch-protestantische Kirche	253	Rochelle, Bundeskonsulat	20
— Kirchengemeinde, Anstellung von Assistenten		La Rochelle, Bundeskonsulat	26
und Adjuncten	259	Röber, Civil-Ingenieur zu Braunschweig, Priv.	417
— Presbyterium	297	Röhrig, Rittergutsbesitzer in Polnisch-Lissa, Priv.	412
Reichstag des Norddeutschen Bundes	14	Röminger in Dresden, Privilegium	413
Reichhardt, Dr. zu Gumburg a. d. Saale, Priv.	422	Rönn, Bundeskonsulat	19
Reinecke-Hausmann-Stiftung für arme Schul-		Röttger, Civil-Ingenieur zu Braunschweig, Priv.	414
kinder zu Altdorf und Allersheim, Rechte		Rohzucker, Abänderung der tarifmäßigen Tarafsätze	483
milder Stiftungen	421	Rohrbeck, Ober-Maschinenmeister in Bromberg,	
Reiniger, Cigarrenfabrikant zu Stuttgart, Priv.	406	Privilegium	404
Requisitionen in Strafsachen	68	Rom, Bundeskonsulat	24
		Rosario de Santa Fe, Bundeskonsulat	24

	Seite		Seite
Nothwilt	144	Rüben, Forstgemarkung	170
Rostoff, Bundeskonsulat	21	Rückfall in Strafsachen	69
Rotterdam, Bundeskonsulat	20	Rühme, Cichorienfabrik	210
Rouen, Bundeskonsulat	20	Ruhegehalte der Staatsdiener, städtischen Be-	
Roy zu Paris, Privilegium	407	amten und Lehrer	432
Rübenzucker, Steuervergütung	468	Runstedt, Gemeindebezirk	175
— aus getrockneten Rüben, Besteuerung	468	— Gemeindevaldung	171
Rüben-Melasse, Spiritus, Steuerbonification bei		Russisches Konsulat in Emden	28
der Ausführung	469	Russischer Konsular-Agent zu Danzig	32
Rübenzuckerfabriken, Einreichung der Verzeichnisse		Russland, Aufhebung des Abzugsrechts	5
der Rübenvorräthe	467	— Bundesgesandtschaft	18
Rübeland, Gemeindebezirk	178	Rustschuk, Bundeskonsulat	31
— Pulverfabrik	179		

S.

	Seite		Seite
Sabinski zu Paris, Privilegium	414	Schemmann zu Hamburg, Privilegium	408
Sack, Kaufmann zu Braunschweig, Privil.	410. 424	Schenkung unter Ehegatten	128
Saigon, Bundeskonsulat	23	— an ein Hauskind	130
Salz, Salzdebit	429	Schickelsheim, Gemeindeverwaltung	170
— im Amte Thedinghausen	430	Schiebekarren, beladene, Chausseegeldbefreiung	445
— Erhebung einer Nachsteuer davon im Amte		Schlägebush, Forstort	169
Thedinghausen	430	Schleswig, Herzogthum, Beitritt zum Passlar-	
— Ausführung des Bundesgesetzes über Ab-		tenderverein	379
gaben-Erhebung davon	431	— Holsteinsche Armee, Pensionen und Unter-	
— Creditirung der Ausgaben	431	stützungen	341
— Denaturirung des für Vieh und Gewerbe	431	— Aufhebung von Eingangsabgaben vom Rind-	
Bundesgesetz über Erhebung der Ausgaben		vieh und Hammeln	494. 495
davon	432	— Holstein, Anschluß an den Zollverein	490
— Uebereinkunft wegen Erhebung der Ausgaben	432	Schlewecke, Cementfabrik	214
— Preis des Speisefalzes	430	Schmidt, Ingenieur zu Braunschweig, Privil.	422
Salzdahlum, Rübenzuckerfabrik	201	Schmidtische Stiftung zu Braunschweig, Rechte	
Samarang, Bundeskonsulat	27	milder Stiftungen	417
San Blas, Bundeskonsulat	32	Schmidt in Berlin, Privilegium	409
San Jago, Bundeskonsulat	22	Schnücking, Maschinenfabrikant zu Helmstedt,	
San José, Bundeskonsulat	23	Privilegium	422
San Juan, Bundeskonsulat	25	Schneider, Handel mit Kleidungsstücken	199
San Louis Potosi, Bundeskonsulat	31	Schneider, Schmiedemstr. in Wolfenbüttel, Priv.	421
San Lucar de Barrameda, Bundeskonsulat	22	Schnorbel, Forstrevier	170
San Luiz, Bundeskonsulat	27	Schnupftabak, Verbot der Verpackung in Bleie	378
San Miguel de St. Salvador, Bundeskonsulat	26	Schöningen, Forstgemarkung	171
Santa Cruz, Bundeskonsulat	25	— chemische Fabrik	201. 212. 215
Santa Martha, Bundeskonsulat	23	— Steueramt, Ermächtigung zur Erledigung	
Santander, Bundeskonsulat	22	von Uebergangsscheinen	468
Santiago, Bundeskonsulat	26	Schöppenstedt, Rübenzuckerfabrik	211
Santos, Bundeskonsulat	27	— Steueramt, Ermächtigung zur Erledigung	
Sardinien, Additional-Convention zum Handels-		von Uebergangsscheinen	468
und Schifffahrtsvertrag mit den Zollvereins-		Schöttler, Fabrikant zu Braunschweig, Privil.	403
staaten	467	Schott, Deconomie-Conducteur zu Seesen,	
— Zollbegünstigung des dahin ausgeführten		Privilegium	406. 422
Brantweins	467	Schreibgebühren bei den Gerichten	244
Savannah, Bundeskonsulat	28	Schrotmühlen, Benutzung durch Brauerei- und	
Schaarschmidt, Zuckersieder in Rabe, Privil.	402	Brennereibesitzer	200
Schäffer, Mechaniker zu Bafau, Privilegium	413	Schürfen von Mineralien	7
Schäffer, Kaufmann in Berlin, Privilegium	405	Schützenhaus, Verkauf	195
Schärfse, Schlossermeister zu Königsutter, Priv.	417	Schuldschein, Beweiskraft desselben	136
Schanghay, Bundeskonsulat	29	Schuldhaft, Aufhebung derselben	39

	Seite		Seite
Schulabgaben und Dienste, Ablösung	3	Selbstmörder, Kosten der Untersuchung	58
Schulanstalten, Privat-	314	Separations-Absündung, der Gemeindecassen 185. 197	197
Schulberichte, Einfindungszeit	289	— der Häuser in Braunschweig	197
Schuldienst, Zulassung von Ausländern	305	Separationsbehörden, Aufhebung von Fußwegen durch dieselben	450
Schulen, Verwendung der Entschädigungscapitale für Grundvermögensstücke	254	Service-Abgabe in der Stadt Braunschweig	440
— Einführung neuer Unterrichtsgegenstände	267	Servicelasse, höhere für Königstein, Dom-Kiez und Wandsbeck	342
— Abschätzung des Einkommens der Landschulstellen	267	Setubal, Bundeskonsulat	23
Schulgeldbefreiungen	313	Sevilla, Bundeskonsulat	22
Schulgeldzahlungen, für die Kinder, welche in Folge Altersdispensation vor vollendetem 14. Jahre confirmirt sind	290	Seydlitz, Festschneidmacher zu Braunschweig, Privilegium	413
— aus der Schulcasse an die Lehrer	297	Seyferth, August Dr. zu Braunschweig, Priv. 407. 423	407. 423
Schulgrundstücke, Dispositions-Befugniss über dieselben	312	Seyferth, Dr. phil. in Braunschweig, Priv.	412
Schulinspections-Reisekosten der Superintendenden aus der Schulcasse zu erstatten	288	Shanghai, Bundeskonsulat	29
Schullehrer, Verpflichtung der Gemeinden zum Normalgehalte	283	Sheerneck, Bundeskonsulat	32
Schulpflichtigkeit und Schulgeld in den Landgemeinden	249. 269	Shields, Bundeskonsulat	29
— Aufhören derselben für nicht confirmationspflichtige Kinder	256	Shornhain, Bundeskonsulat	30
Schulstunden, deren Zahl	270	Siam, Handelsvertrag mit dem Zollvereine und Mecklenburg	473
Schulverschäumnisse, Straf- und Zwangsmittel deshalb	253. u. 303	Siebrecht zu Kassel, Privilegium	409
Schulvisitationsgeschäfte der Kreisdirectionen	258. 281	Siedersleben, Oeconom zu Piesdorf, Privatl.	412
Schulvorstand, Aeußerung über den Lectiionsplan	271	Singapore, Bundeskonsulat	22
Schulz, Silberarbeiter zu Braunschweig, Priv.	412	Singer, Techniker in Berlin, Privilegium	420
Schurath, Geldschrankfabrikant zu Leipzig, Priv.	424	Sinrier aus London, Privilegium	401
Schurig, Cigarrenfabrikant zu Braunschweig, Privilegium	403	Smirna, Bundeskonsulat	19
Schwarzkopf, Maschinenfabrikant zu Berlin, Privilegium	406. 408 u. 410	Societätsvertrag	166
Schwarzwild	144	Söderham, Bundeskonsulat	20
Schweden und Norwegen, Bundesgesandtschaft	18	So-Paolo, Bundeskonsulat	27
— Gesandtschaft	18. 33	Southampton, Bundeskonsulat	30
— Bundeskonsulat	17 u. 19	Spanien, Gesandtschaft	19. 28. 30
— Konsulat in Kiel	22	— Bundesgesandtschaft	17. 32
— Konsulat zu Cusum	33	— Konsulat in Hamburg	26. 33
Schweinefleisch, Schutz gegen trichinenhaltiges	378	— Handels- und Schiffsahrtsvertrag mit dem Norddeutschen Bunde	496
— u. 379		Spargelsbau-Gesellschaft	213
Schweiz, Uebereinkunft mit dem Norddeutschen Bunde wegen der Autorenrechte	7	Spellerfink, Waldtheilung	170
— Bundesgesandtschaft	18	Spottel- und Stempelfreiheit	54
— Gesandtschaft	24	Staatsangehörigkeit, der Einwanderer, Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten von Amerika	454
— Handels- und Zollvertrag mit dem Norddeutschen Bunde	498	— Verfahren bei Zweifeln über dieselbe	456. 457
— Uebereinkunft wegen Befreiung der Handelsreisenden von der Gewerbesteuer	200	Staatsanleihe	135
Scitib-Inseln, Bundeskonsulat	30	Staatsanwälte, Betheiligung an Civilprocessen	48
Seehandel	222	Staatsdiener, städtische Beamte und Lehrer, deren Ruhegehälte	432
Seele et Comp., Fabrikanten zu Braunschweig, Privilegium	415. 418	— Mittheilung der in Untersuchungssachen gegen dieselben ergangenen Erkenntnisse an die Vorgesetzten	434
Seesen, Amtsbezirk, Ermäßigung der Grundsteuer von Forstgrundstücken	439	Staatsdienst	432
— Jacobson'sche Waisenanstalt	426	Staatsministerium, Dispensationsbefugniss 114. 117	114. 117
Sectionskosten bei Selbstmördern	58	Stadtdendorff, Steueramt, Ermächtigung zur Erledigung von Uebergangsscheinen	481
		Stadtporto	394
		Städte, Pertinenzqualität	106
		— landespolizeiliche Cognition der Neubauten	384
		Städteordnung, Abänderungen	175. 179
		Stammrollen	338

	Seite		Seite
Stammrollen, Anlegung und Führung . . .	339	ausgehenden Branntweins mit dem Anspruche auf Steuerbonification . . .	494
Stationscommandanten des Polizeimilitärs, Ladung derselben vor Civilgerichte . . .	389	Steuerstrafen, Haftpflicht Gewerbetreibender . . .	199
Statutarautonomie . . .	180	Stiege, Grundsteuer-Ermäßigung . . .	439
Steinke, Mechanicus zu Hannover, Privilegium . . .	410	— Gemeindebezirk, Forstgemarkung . . .	53
Steinheil, Dr. zu München, Privilegium . . .	413	Stiftscurie . . .	177
Stellvertretung beim Militair, Aufhebung . . .	337	Stiftungen, milde . . .	401
Stempel und Sportel . . .	81. 160	— und Corporationen, Gelbansleihen der selben . . .	424. 425
— in Privatanlagen . . .	81	Stiftungsfonds, Belegung derselben . . .	426
— zu ausländischen gestempelten Kirchenscheinen . . .	439	Stiehl, Ingenieur zu Essen, Privilegium . . .	422
Stempelabgabe . . .	160. 436	Stockholm, Bundesconsulat . . .	20. 23
— von Spielkarten . . .	436	Stockton, Bundesconsulat . . .	32
— von Wesseln . . .	436	Stolgebühren der Katholiken, Reformirten und Juden an die evangelisch-protestant. Kirche . . .	253
Stempelmarken zur Wechselstempelsteuer und Erstattung verborbener . . .	436	Sternawah, Bundesconsulat . . .	32
Steterburg, Gemeindeverwaltung . . .	168	Stumpf, Ingenieur in Berlin, Privilegium . . .	414
Stettin, Französisches Consulat . . .	21	Stute zu Amels bei Allendorf, Privilegium . . .	417
— Brasilianisches Consulat . . .	25	Strübe, Fabrikant zu Osterode, Privilegium . . .	402
Steuern im Concourse . . .	48	Substitut des Oberstaatsanwalts, Ernennung desselben . . .	233
— directe . . .	439	Sunderland, Bundesconsulat . . .	29
— indirecte, Verwaltung derselben in den Königl. Preuss. Steuerverwaltung unterworfenen Braunschweigischen Gebietstheilen . . .	492	Sundswall, Bundesconsulat . . .	20
Steuerbonification bei der Ausführung von Rübenmelasse-Spiritus . . .	469	Sunstedt, Gemeindevandung . . .	169
— für ausgeführten inländischen Branntwein . . .	481	Superintendenten, Verpflichtung zur Anzeige des Wessels in den zu deputatholzberechtigten Personen der Geistlichen und Schuldiener . . .	282
— für ausgeführtes inländisches Bier . . .	488. 489. 494	— Schulspectations-Reisefkosten derselben . . .	288
— für ausgeführtes inländisches Bier . . .	481	— Einsendung der Uebersichten vom Eingange der Kirchenrechnungen . . .	289
Steuerstellen in den Staaten des Norddeutschen Bundes und angeschlossenen Gebietstheilen des Großherzogthums Hessen zur Abfertigung . . .	488. 491. 494	Swansea, Bundesconsulat . . .	30
		Syrup, ausländischer, Verzollung . . .	468

I.

	Seite		Seite
Taback, Besteuerung . . .	493. 496	Tagen für Hebammen, Gebühren . . .	334
— Abänderungen . . .	473	Tedenberg, Kohlengrube . . .	170
Tabackblätter und Stengel, in Kisten eingehend, Taravergütung . . .	470	Teichhütte, Gemeindeverwaltung . . .	176
— und Tabacksfabrikate, Erweiterung des freien Verkehrs . . .	488	Teichmühle, Gemeindeangehörigkeit . . .	179
Taganrog, Bundesconsulat . . .	21. 29	Telegraphen . . .	441
Tahiti, Bundesconsulat . . .	31	— Beamte, Cautionsleistung . . .	330. 442
Tampiko, Bundesconsulat . . .	31	Telegraphische Depeschen, gebührenf. Beförderung . . .	441
Tanne, Gemeindebezirk, Forstgemarkung . . .	177	— Freimarken . . .	442
— Grundsteuer-Ermäßigung . . .	439	— Zusätze . . .	442
Tanzbelustigung im Stadtbezirke Braunschweig, Beaufsichtigung . . .	388	— Abänderungen . . .	442
Tarafsätze bei Rohrzucker, Abänderung der tarifmäßigen . . .	493	— Abgabe an einen Credit . . .	442
Tarent, Bundesconsulat . . .	21	Telegraphen-Ordnung . . .	441
Tarragona, Bundesconsulat . . .	22	Telegraphen-Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Luxemburg . . .	442
Taufscheine legitimirter unehelicher Kinder . . .	252	Telegraphenwesen des Norddeutschen Bundes . . .	398. 442
Tagen für ärztliche, wundärztliche, geburtschülliche, zahnärztliche Dienstleistungen . . .	333	Teneriffa, Bundesconsulat . . .	25
— für thierärztliche Dienstleistungen . . .	334	Terpeira, Bundesconsulat . . .	25
— für Dienstleistungen der Heilgeschülen . . .	334	Testamente, Publicationsgebühren . . .	146
		Tezel, Bundesconsulat . . .	27
		Thedinghausen, Amtsbezirk, Besteuerung des Branntweins, Biers und Tabacks . . .	484
		Thesofon et Ode zu Hannover, Privilegium . . .	407

Register.

519

	Seite		Seite
Thiede, Rübenzuckerfabrik	211	Großherzogthum Hessen und dem Gebiete	
Thieme, Techniker zu Dresden, Privilegium	424	von Frankfurt, Aufhebung der Uebergangs-	
Thierärzte	332	abgaben	477
— deren Taxen	334	Trapezunt, Bundeskonsulat	21
Thistedt, Bundeskonsulat	19	Trauschelne polizeiliche, Aufhebung	442
St. Thomas, Bundeskonsulat	25	Trautenstein, Gemeindebezirk, Forstgemartung	177
Thomas, Ingenieur in Buxau-Magdeburg, Priv.	411	— Grundsteuer-Ermäßigung	439
St. Thomä, Bundeskonsulat	29	Treffkorn, Sprachlehrer zu Braunschweig, Priv.	423
Thune, Gemeindebezirk	179	Trendelbusch, Zuckerfabrik	210
Thuringia, Feuerversicherungs-Gesellschaft	9	Tresburg, Gemeindebezirk	178
Tiddische, Gemeindebezirk	174	— Holzschleiferei	210
Tiffis, Bundeskonsulat	21. 27	Trichinenhaltiges Schweinefleisch, Schutz dagegen	378
Timmenrode, Gemeindebezirk	178	Trichinenschauer, Untersuchungsbezirk derselben	u. 379
— Schützengesellschaft, Corporationsrechte	423	Triefst, Bundeskonsulat	20
Todesfälle, plötzliche	66	Trinidad, Bundeskonsulat	22
Todesschüsse für die Polizeibehörden	281	Trinks, Mechanicus zu Helmstedt, Privilegium	405
Tolle, Kaufmann in Hannover, Privilegium	406		407. 409. 418
Tonnar, Brauereibesitzer zu Eugen, Privilegium	406		
Topic, Bundeskonsulat	32		
Torouninga, Bundeskonsulat	22		
Transport vicariirender Prediger bei Pfarr-Ex-			
ledigungen	305		
Traubenmost aus Bayern, Württemberg, Baden,			

II.

	Seite		Seite
Uebergangsabgaben von Gegenständen der inneren		Uniform der Forst- und Jagdbeamten	139
Besteuerung in den der Hannöverschen		Unterofficiers-Wittwen- u. Waisen-Versorgungs-	
Steuerverwaltung angeschlossenen Gebiets-		anstalt	338
theilen	468	Unterrichtsgegenstände neue, deren Einführung	
Uebergangsstraßen und Uebergangsabfertigungs-		in den Schulen	267
stellen, Verzeichniß	489	Untersuchungsacten, Abschriften daraus	86
— Abänderung	490	Urban, Bundeskonsulat	28
— Berichtigung	490	Ursprungsnachweise des mit Zollbegünstigung nach	
— Ergänzung	494	Sardinien auszuführenden Branntweins	467
Ublieh, religiöse Vorträge	384	— deren Wegfall	469
Ulaborg, Bundeskonsulat	21	Uruguay, Bundes-Ministerresident	28
Umzugskosten bei Versetzung der Beamten	435	— Konsulat für Memel	30

III.

	Seite		Seite
Vacanzcassen bei Lehrergehalten	311	Vater, Verwaltungsrecht desselben an Gütern	
Väterliche Gewalt	218 u. 346	des Hauskinder	362
Valdivia, Bundeskonsulat	26	— Veräußerungsrecht desselben an Muttergrund-	
St. Valeri, Bundeskonsulat	21	stücken der Hauskinder	372
La Vallette, Bundeskonsulat	26	Veckelde, Rübenzuckerfabrik	211
Valparaiso, Bundeskonsulat	26	Venedig, Bundeskonsulat	21
Varna, Bundeskonsulat	31	Venezuela, Bundeskonsulat	27
Vater, dessen Rechtsbefugniß zur Vertretung der		Vera-Cruz, Bundeskonsulat	31
Hauskinder bei Veräußerungen	162	Veräußerung von Gütern der Hauskinder durch	
— dessen Verwaltungs- und Nießbrauchsrechte		den Vater	162
am Vermögen der Kinder	346	— von Pertinenzstücken	117
— Berechtigung zur Aufnahme von Hypotheken-		Verbietungsrechte, gewerbliche, Aufhebung	204
darlehne auf Grundstücke des minderjährigen		— Anmeldungsfrist	211
Hausjohns	349	Verbrecher, Auslieferung	59

	Seite		Seite
Verein, freiwilliger, Verfassung von Corpora- tionrechten	291. 293	Verweise	78
Vereinscaffen, polizeiliche Genehmigung zur Gründung	425. 426	Viehfaß, Bezug desselben	429
Vereinszolltarif	474 u. 496	— Denaturirung desselben	431
— Abänderungen	477	Villa nova de Portimar, Bundeskonsulat	25
Vergleichsverhandlungen	157	Blissingen, Bundeskonsulat	20
Verhaftung, Bundesangehöriger	104	Vocation der Prediger, Ergänzung der fehlenden	291
— auf Verfügung der Landespolizeibehörden	385	Völtel, Papierfabrikant zu Hildesheim, Privil.	415
Verjährung, der Rechtsverfolgung	71	Vollszählung	443
— der Strafe	71	Vollziehung der Freiheitsstrafen	59
Verläumdung der Landesversammlung	59	Volsdorf, Gemeindebezirk	177
Verleihung des Bergwerkseigentums	7	Vorführung auf Verfügung der Landespolizei- behörden	385
Verlochung des Bergwerksefeldes	7	Vormünder, Gastpflicht für Forststrafen der Mündel	137
Vermessung des Bergwerksefeldes	7	Vormund, Anspruch auf Entschädigung für Aus- lagen, Verschmämnisse und Mühwaltungen	348
Vermögensbeschlagnahme	71	Vormundschaften	346
Verträge, Form der Aufnahme vor der erforder- lichen obervormundschaftlichen Genehmigung	374	Vormundschafts-Gerichtsbarkeit	367
Verwaltungs-Behörden, Abfassung von Rechts- geschäften durch dieselben	161	Vormundschaftsachen, Sportelberechnung	365
Verwaltungsrechte, des Vaters am Vermögen der Kinder	346	Vorsynode, Berufung	255. 256
— der Mutter am Vermögen der Kinder kraft väterlichen Testaments	369	— Wahlschreiben	256
		— Geschäftsordnung	256
		Voruntersuchung in Correctionssachen	79

B.

	Seite		Seite
Baagen, äußerste zu duldende Abweichungen	330	Wechselstempelsteuer	436
Baarenbezeichnung, Vertrag mit Württemberg	201	Weferlingen, Weideabfindung	170
— Vertrag mit Hannover	201	Wegebau	445
— Vertrag mit Frankfurt	201	Wegebaulast, Heranziehung gewerblicher Eta- blissements	445. 449
Wahlschreiben	325. 327. 328	— Verfahren bei freiwilliger Verpflichtung	447
Wahlgesetz, Abänderungen	326	Wegebesserungsscaffen-Abgabe	147. 163
— für den Reichstag des Norddeutschen Bundes	15	Weichbilds-Gemeindebeschluß	195
Wahnsinnige	49	Weideinteressentenschaft, Verwaltungsstatut	196
Waisenhaus B. M. V. zu Braunschweig	174	Wein aus Bayern, Württemberg, Baden, Groß- herzogthum Hessen und Gebiete von Frank- furt, Aufhebung der Uebergangsabgabe	477
Walbeck, Weideabfindung	170	— Beitritt von Hannover und Oldenburg zum Zollvereinigungsvertrage über den Verkehr mit Taback und Wein	479
Walckenried, Zündholzfabrikation	137. 139	Wendefurt, Forstgemarkung	177
— Grundsteuer-Ermäßigung	439	Wendessen, Rübenzuckerfabrik	213
— Gemeindebezirk	177	Werthpapiere, Belegung von Pupillengeldern darin	427
Walker, Kaufmann in Breslau, Privilegium	405	— der Pflegebefohlenen, Besitz, Aufbewahrung und Veräußerung	452
Walshoff, Zuckerfabrikant zu Smela, Privil.	408	Wefer-Schiffahrt, nachträgliche Bestimmungen zur Additionalacte	452
Walter in Leipzig, Privilegium	420	Weferzölle, Suspension	482
Wanderprediger, Beschränkung religiöser Vorträge	384	Westerlinde, Gemeindebezirk	176
Wannemühler - Wiesen	171	Westerwick, Bundeskonsulat	23
Wasa, Bundeskonsulat	21. 28	Weymouth, Bundeskonsulat	30
Wassermann, Güttens-Ingenieur zu Cass, Priv.	416	Wiburg, Bundeskonsulat	21
Wasmuschsche Stiftung in Gellendorf, Rechte milder Stiftungen	421	Wid, Bundeskonsulat	32
Watenbüttel, Gemeindebezirk	174	Wieda, Gemeindebezirk	177
Watenstedt, Actienzuckerfabrik	208		
Waterloo, Feier des Siegesdankefestes	253		
— Denkmünze, Gestattung des Tragens des Bandes	378		
Wechselarrest	38		
Wechselordnung, allgemeine deutsche, Ergänzung — deren Einführung, Bundesgesetz	444 444		

Register.

521

	Seite		Seite
Wieda, Schützengesellschaft, Corporationsrechte	405	Wittwen, der Kirchen- u. Schuldiener, Pensions-	11
— Grundsteuer-Ermäßigung	439	beziehung	296
Wien, Bundeskonsulat	32	— und Waisen-Versorgungsanstalt	452
Wiedereinführung, von Amtswegen	75	— Pensionen, Fortzahlung nach dem Tode der	
Weglich, Gemarkung	171	Wittwe	433
Wienrode, Gemeindebezirk, Forstgemarkung	178	— Cassenbeiträge von länger als 2 Monate	
Wierthe, Rübenzuckerfabrik	213	beurlaubten Beamten	453
Wieseneder, Frau zu Braunschweig, Privil.	420	— und Waisen-Pensions- und Sterbekasse der	
Wildschaden	144	Opfermänner zu Braunschweig, Rechte milt-	
Wilhelmsburg, Insel, Einführung der Gesetze		der Stiftungen	420
über Besteuerung des Braumalzes und		— für Unterofficiere	335
Branntweins	497	v. Wigleben, Ingenieur zu Rötzen, Privilegium	416
Wilhelmsbafen, Zadebusen	179	Wobek, Gemeindewaldung	171
Wiske, Schlossermeister in Braunschweig, Priv.	404	Wohldgemarkung	170
Windau, Bundeskonsulat	21	Wohnortrecht, dessen Erwerb	453
Windhausen, Ingenieur zu Duderstadt, Privil.	408	— Bedingungen der Zulässigkeit einer Beschwerde	
Windhausen, Civil-Ingenieur zu Braunschweig,		im administrativen Wege bezüglich desselben	459
Privilegium	413. 415. 422	Wolf, Webermeister zu Glaucha, Privilegium	410
Windhausen, Techniker zu Braunschweig, Priv.	419	Wolfsche Stiftung für arme jüdische Mädchen	
Windmühlen, Brandversicherungsverein	11	aus der Stadt Braunschweig, Rechte milt-	
Wisbeach, Bundeskonsulat	32	der Stiftungen	424
Wishy, Bundeskonsulat	20	Wolfsenbüttel, Amtsgericht, Befugniss zu Ladungen	
Wiske, Kaufmann zu Braunschweig, Privil.	414	im Stadtgerichtsbezirke Wolfsenbüttel	235
Wiske, Fabrik-Inspector zu Wierthe, Privil.	418	Wollmanns-Stiftung zu Schöningen	405
Wittkeopische Stiftung zu Wolfsenbüttel, Rechte		Wrod zu London, Privilegium	410
milder Stiftungen	413	Würtemberg, Vertrag wegen der Waarenbe-	
Wittwen, Verbot der Proclamation und Copu-		zeichnungen	201
lation derselben vor Auseinanderlegung mit		— Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde	399
den Kindern erster Ehe	262	Wucherstrafen, Aufhebung	136
— Wiederverheirathung derselben im Trauer-		Wulferdsdorf, Gemarkung	173
jahre	295	Wundärzte deren Taxe	333

J.

	Seite		Seite
Orstadt, Bundeskonsulat	20	Jarmouth, Bundeskonsulat	32

3.

	Seite		Seite
Zacharia in Liseberg, Privilegium	420	Zollabfertigung des internationalen Verkehrs	
Zählung der Bevölkerung	443	auf Eisenbahnen, Vertrag deshalb mit	
Zahnärzte	331	Frankreich	476
— deren Taxe	333	Zollamtliche Behandlung der mit den Posten	
Zante, Bundeskonsulat	20	eingehenden, durchgehenden und ausgehen-	
Zanzibar, Bundeskonsulat	27	den Gegenstände	490
Zeitter, Pianofortefabrikant zu Braunschweig,		Zollordnung u. Zollstrafgesetzgebung Abänderung	
Privilegium	408	einzelner Bestimmungen	495
Zenga, Bundeskonsulat	25	Zollparlament, Einberufung	495. 497
Zeugen, Abhörung durch Bundeskonsuln	33	Zollübergangsstrafe, Communicationsweg von	
Zeugnisse über Befähigung zum einjährig-frei-		Heinigen nach Böhmen	473
willigen Militärdienste	341	Zollbegünstigung des nach Eardinten ausgeführ-	
Ziegelofen, ringförmiger, Patent	409	ten Branntweins	467
Zimmermann, Fabrikant zu Magdeburg, Priv.	421	Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge	467
Zinn, rohes, Befreiung von Eingangszoll	467	Zollverein, Vertrag über dessen Fortdauer	477
Zinsen, vertragemäßige, Bundesgesetz	136	—	478. u. 474
Zinsfuß, Aufhebung der Beschränkung	136	— Anschluss von Schleswig-Holstein	490

	Seite		Seite
Zollverein, Anschluß Preuss. und Hamburgischer		Zollvereinsstaaten, Vertrag mit Bremen über	
Gebietsheile und Errichtung eines Haupt-		gegenseitige Verkehrsverhältnisse . . .	482
zollamts in Hamburg . . .	491	— Handelsvertrag mit Großbritannien . . .	480
— Regulativ, die fortlaufenden Conten betr. . .	491	— Handelsvertrag mit Italien . . .	483
— und Großbritannien, zollfreie Zulassung von		— Herstellung des freien Verkehrs mit Mecklen-	
Mustern und Proben der Handelsreisenden . . .	492	burg und Lübeck . . .	491
Zollvereinsbeamte, den Directivbehörden und		— Handels- u. Schiffahrtsvertrag mit Spanien . . .	496
Steuerämtern beigeordnete . . .	497	Zoll- und Steuerverwaltungs-Vertrag zwischen	
Zollvereins-Bundesrath, Uebertragung des Ver-		Braunschweig und Hannover bezüglich ver-	
fügtes an den Kanzler des Nordd. Bundes . . .	495	schiedener Braunschweigscher Gebietsheile	
— Einberufung desselben . . .	495. 497	und der Communiten-Bestellungen . . .	431
— Ernennung der Bevollmächtigten . . .	495. 497	Zollvergehen gegen fremde Staaten, Bestrafung	482
Zollvereins-Controleure, Beordnung zu ver-		Zollvereins-Verträge, der Beitritt von Bayern,	
schiedenen Hauptzollämtern . . .	497	Württemberg, Großherzogthum Hessen und	
Zollvereinsstaaten, Additional-Convention zum		Rassau . . .	479
Handels- und Schiffahrtsverträge mit		Borge, Gemeindebezirk, Forstgemarkung . . .	177
Sardinien . . .	467	— Grundsteuer-Ermäßigung . . .	439
— Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-		Zucker, ausländischer, Verzollung . . .	468
vertrag mit dem Freistaate Paraguay . . .	469	— raffinirter in inländischen Siedereien, Aus-	
— Handelsvertrag mit der Osmanischen Pforte . . .	470	führungsvertrag . . .	468
— Handels- und Schiffahrtsvertrag mit China . . .	470	— Ausfuhrvergütung . . .	481
— Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-		— roher, Abänderung der Tarafsätze . . .	483
vertrag mit der Republik Chili . . .	472	— Anweisung zur Ausführung des Gesetzes	
— Handelsvertrag mit Siam . . .	473	die Zuckersteuer betreffend . . .	494
— Handelsvertrag mit Frankreich . . .	474	Zündhölzer-Fabrikation . . .	137. 139
— Handelsvertrag mit Oesterreich . . .	476. 498	— im Amtsgerichte Gasselsfelde und Walken-	
— Handelsvertrag mit Belgien . . .	477	ried . . .	137. 139
— Vertrag mit dem Großherzogthum Luxem-		Zufertigungsbescheinigung, Gebühren dafür . . .	244
burg wegen Fortdauer des Anschlusses . . .	482	Zwangsarbeitsstrafe der Weiber . . .	78

